SPD

JAHRBUCH 2015 – 2016

DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

SPD.DE

IMPRESSUM

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Telefon: 030 25991 -500
E-Mail: parteivorstand@spd.de
Internet: www.spd.de
Verantwortlich: Hubertus Heil
Gestaltung: Maja Krzanowski
Erschienen: Dezember 2017
Das Jahrbuch ist nur in digitaler Form erschienen.

INHALT

5 Vorwort

7 *BERICHTE DER GREMIEN*
8 Parteivorstand und Präsidium
9 Parteikonvent

11 *BERICHTE AUS DEM WILLY-BRANDT-HAUS*
12 Wir schreiben Deutschlands Zukunft #open SPD-Programmprozess
15 Nachbarschaftskampagne Neue Nähe. Politik aus der Mitte des Alltags (siehe Arbeitsprogramm des PV 2015)
17 Datenbasierte Kampagnen: SPD digital
17 Kommunikation im Digitalzeitalter
19 Internationale Politik
21 Die Arbeitnehmerinitiative
23 Kampagne Meine Stimme für Vernunft
24 25 Jahre gesamtdeutsche SPD – 25 Jahre Deutsche Einheit
24 Die SPD in der großen Koalition
25 Parteischule
31 Mitgliederwerbung und -entwicklung
32 Gleichstellungspolitik

35 *FINANZEN DER PARTEI*
38 Finanz- und Vermögensentwicklung der Partei
47 Kontrollkommission

49 *ARBEITSGEMEINSCHAFTEN*
50 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)
53 Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)
55 Arbeitsgemeinschaft 60plus
56 Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)
57 Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
59 Arbeitsgemeinschaft für Selbständige in der SPD (AGS)
60 Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)
61 Arbeitsgemeinschaft Jusos in der SPD
64 Arbeitsgemeinschaft Juso-Hochschulgruppen
65 Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos/SPDqueer)
67 Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt
68 Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

71 *KOMMISSIONEN, THEMENFOREN FOREN, PROJEKTGRUPPEN, ARBEITS- UND GESPRÄCHSKREISE, PREISVERLEIHUNGEN*
72 Themenforum Verbraucherpolitik
73 Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD
75 Arbeitskreis Jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
76 Arbeitskreis Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
77 Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR
78 Grundwertekommission
78 Historische Kommission
80 Medien- und Netzpolitische Kommission
81 Europapolitische Kommission
81 Koordinierungsgruppe Türkei
81 Kommission Internationale Politik
81 Progressive Allianz
83 Organisationspolitische Kommission
83 Bundesschiedskommission
85 Kommission Sicherheit und Bundeswehr
85 Forum Sport
86 Forum Innenpolitik
86 Forum Finanzmärkte und Finanzpolitik
86 Kulturforum der Sozialdemokratie
89 Forum Ländlicher Raum
89 Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie
91 Forum Metropolenpolitik
91 Forum Eine Welt
91 Gesprächskreis Jugend
92 Gesprächskreis Menschenrechte
93 Projektgruppe Höhere Wahlbeteiligung
94 Gewerkschaftsrat
94 Seniorenrat
95 Kommunalbeirat
95 Internationaler Willy-Brandt-Preis
96 Wilhelm-Dröscher-Preis
96 Gustav-Heinemann-Bürgerpreis
97 Regine-Hildebrandt-Preis

99 *LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE*
100 Schleswig-Holstein
102 Mecklenburg-Vorpommern
104 Hamburg
106 Bremen
112 Niedersachsen
118 Braunschweig
122 Hannover
125 Nord-Niedersachsen
127 Weser-Ems
130 Sachsen-Anhalt
133 Brandenburg
138 Berlin
141 Nordrhein-Westfalen
145 Hessen
149 Hessen-Nord
153 Hessen-Süd
156 Thüringen
159 Sachsen
162 Saarland
165 Rheinland-Pfalz
167 Baden-Württemberg
173 Bayern

177 *ARBEITSKREIS DER BETRIEBSRÄTE DER SPD*

181 *BERICHT DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION*

209 *DIE SPD-ABGEORDNETEN IM EU-PARLAMENT*

213 *SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK*

220 *140 JAHRE VORWÄRTS*

223 *VERSTORBENE SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN*

227 *BESCHLÜSSE UND ERKLÄRUNGEN*

VORWORT

Martin Schulz

Hubertus Heil

LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

wir blicken zurück auf zwei Jahre, die geprägt waren von spannungsvollen politischen Entwicklungen in Deutschland und der Welt. Populistische Bewegungen haben weltweit Zulauf bekommen – ihre Vertreter sitzen im Weißen Haus in Washington genauso wie in deutschen Parlamenten. Die Entscheidung zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union war eine historische Zäsur genauso wie die Flucht hunderttausender Menschen aus den Krisenregionen des Nahen Ostens und Afrikas nach Europa.

Die SPD hat auch in diesen zwei Jahren ihre Verantwortung wahrgenommen, unser Land in schwierigen Zeiten zusammenzuhalten. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich bei der Aufnahme der vielen Flüchtlinge, die nach Deutschland kamen, in bewundernswerter Weise engagiert – menschlich, hilfsbereit, solidarisch und weltoffen. Gleichzeitig hat die SPD in Bund und Ländern dafür gesorgt, dass Städte und Gemeinden bei der Aufnahme, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge solidarisch unterstützt werden. Angst und Ausgrenzung haben wir unsere Kampagne „Meine Stimme für Vernunft“ entgegengestellt.

Als Regierungspartei haben wir auch in diesen zwei Jahren die Große Koalition in Berlin auf Kurs gehalten und unsere sozialdemokratischen Vorhaben umgesetzt – und damit für mehr Gerechtigkeit in Deutschland und für wichtige Investitionen in die Zukunft unseres Landes gesorgt. Wir haben eine Begrenzung der Zeit- und Leiharbeit ebenso erreicht wie die Mietpreisbremse, die Frauenquote und Milliarden-Investitionen in unsere Kitas, Schulen und Hochschulen. Die Energiewende wurde vorangebracht und die Kommunen entlastet. In der internationalen Politik hat die SPD in der Bundesregierung in bester sozialdemokratischer Tradition eine aktive Friedens- und Entspannungspolitik in unsicheren Zeiten verfolgt.

Gleichzeitig haben wir als Programmpartei auch die großen Zukunftsfragen in den Blick genommen. Wie keine andere politische Kraft hat sich unsere Partei mit dem Thema Globalisierung auseinandergesetzt und mit der Debatte um das Freihandelsabkommen CETA eine wichtige Diskussion stellvertretend für die gesamte Gesellschaft geführt – kritisch, auch kontrovers, aber stets konstruktiv. Daneben haben wir mit der Initiative #DigitalLeben ein Programm für die digitale Zukunft erarbeitet, das Maßstäbe in der deutschen Politik gesetzt hat. Zusammen mit der Perspektivdebatte hat die SPD in diesen Prozessen auf dem Weg zum Bundestagswahlkampf 2017 einmal mehr ihre großen Stärken als Programm- und Mitgliederpartei und moderne politische Organisation auf allen Ebenen bewiesen.

Gemeinsam haben wir in den Jahren 2015 und 2016 nicht nur eindrucksvoll unsere politische Kompetenz, sondern auch unsere große Geschlossenheit demonstriert. Unser Dank gilt dafür Sigmar Gabriel, der als Parteivorsitzender die SPD gemeinsam mit den Generalsekretärinnen Yasmin Fahimi und Katarina Barley durch diese anspruchsvollen Jahre geführt hat. Er gilt aber vor allem unseren hunderttausenden Mitgliedern und ihrer großen Unterstützung – für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie.

Martin Schulz

Hubertus Heil

BERICHTE DER **GREMIEN**

BERICHTE DER GREMIEN

PARTEIVORSTAND UND PRÄSIDIUM

PARTEIVORSTAND

Der Parteivorstand kam im Berichtszeitraum im monatlichen Rhythmus zu seinen Sitzungen zusammen.

Zu Beginn jedes Jahres fand eine mehrtägige Jahresauftaktklausur statt, auf der der Parteivorstand Arbeitsplanung und Schwerpunkte für das anstehende Jahr beschloss.

Neben der aktuellen politischen Lage nahm die Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa und deren Ursachenbekämpfung einen breiten Raum ein. Darüber hinaus befasste sich der Parteivorstand intensiv mit dem Erstarken des Rechtspopulismus und dessen Bekämpfung. Hierzu lud der Parteivorstand Experten aus Gesellschaft und Wissenschaft ein und entwickelte eine Kampagne gegen Rechts. Die Kampagne unter dem Motto „Deine Stimme für Vernunft" fand auch in den Landtagswahlkampagnen regen Zuspruch und breite gesellschaftliche Unterstützung.

Zu Fragen der Internationalen und europäischen Entwicklung bat der Parteivorstand immer wieder internationale Gäste zu den Beratungen hinzu. So waren der frühere polnische Präsident Kwasniewski, der Nato Generalsekretär Jens Stoltenberg und der Präsident der Europäischen Kommission Jean Claude Juncker Gast im Parteivorstand.

Einen breiten Raum nahm auch die Debatte um internationale Handelsabkommen ein. Zu Ceta und TTIP wurde ein Grundsatzbeschluss gefasst und im Parteikonvent eingebracht.

Die Entwicklung der europäischen Wirtschaft und der europäischen Währung war Thema eines Vortrags von EU Kommissar Pierre Moscovici.

PRÄSIDIUM

Das Präsidium kam im vierzehntätigen Rhythmus zu seinen Sitzungen zusammen. Neben der aktuellen Lage und der Begleitung sozialdemokratischen Regierungshandelns nahm die Unterstützung der wahlkampfführenden Landesverbände breiten Raum ein. Das Präsidium führte darüber hinaus in regelmäßigen Abständen Gespräche mit gesellschaftlichen Gruppen, Verbänden und den Kirchen.

PRÄSIDIUMSMITGLIEDER 2015

Vorsitzender
Sigmar Gabriel

Stv. Vorsitzende
Hannelore Kraft
Aydan Özoguz
Olaf Scholz
Manuela Schwesig
Thorsten Schäfer-Gümbel
Ralf Stegner

Generalsekretärin
Yasmin Fahimi

Schatzmeister
Dietmar Nietan

Beauftragter des PV für die Europäische Union
Martin Schulz

Beisitzer
Doris Ahnen
Florian Pronold
Ute Vogt

PRÄSIDIUMSMITGLIEDER 2016

Vorsitzender
Sigmar Gabriel

Stv. Vorsitzende
Hannelore Kraft
Aydan Özoguz
Olaf Scholz
Manuela Schwesig
Thorsten Schäfer-Gümbel
Ralf Stegner

Generalsekretärin
Katarina Barley

Schatzmeister
Dietmar Nietan

Beauftragter des PV für die Europäische Union
Martin Schulz

Beisitzer
Doris Ahnen
Florian Pronold
Ute Vogt

MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDES 2015

Sigmar Gabriel
Hannelore Kraft
Aydan Özoguz
Thorsten Schäfer-Gümbel
Olaf Scholz
Manuela Schwesig
Ralf Stegner
Yasmin Fahimi (bis 11.12.2015)
Dietmar Nietan
Martin Schulz
Doris Ahnen
Niels Annen
Katrin Budde
Petra Crone
Martin Dulig
Michaela Engelmeier
Elke Ferner
Peter Friedrich
Kerstin Griese
Michael Groschek
Hubertus Heil
Gabriele Lösekrug-Möller
Heiko Maas
Homaira Mansury
Christoph Matschie
Matthias Miersch
Joachim Poß
Florian Pronold
Armin Schild
Dagmar Schmidt
Carsten Sieling
Jan Stöß
Sascha Vogt
Ute Vogt
Dietmar Woidke

MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDES 2016

Sigmar Gabriel
Hannelore Kraft
Aydan Özoguz
Thorsten Schäfer-Gümbel
Olaf Scholz
Manuela Schwesig
Ralf Stegner
Katarina Barley (ab 11.12.2015)
Dietmar Nietan
Martin Schulz
Doris Ahnen
Niels Annen
Katrin Budde
Udo Bullmann
Petra Crone
Martin Dulig
Michaela Engelmeier
Elke Ferner
Peter Friedrich
Kerstin Griese
Michael Groschek
Hubertus Heil
Natascha Kohnen
Gabriele Lösekrug-Möller
Heiko Maas
Christoph Matschie
Matthias Miersch
Florian Pronold
Dagmar Schmidt
Carsten Sieling
André Stinka
Jan Stöß
Sascha Vogt
Ute Vogt
Dietmar Woidke

BERICHTE DES
WILLY-BRANDT-HAUSES

#OPEN SPD

Programmkonferenz Arbeit in Bonn; © Ute Grabowsky / photothek.net

Hannelore Kraft und Sigmar Gabriel im Gespräch mit neuen Parteimitgliedern; © Ute Grabowsky / photothek.net

DER PROGRAMMPROZESS – „WIR SCHREIBEN DEUTSCHLANDS ZUKUNFT“

Mit der Perspektivdebatte, die Mitte 2015 begann, setzte der Parteivorstand ein Zeichen für einen programmatischen Aufbruch der SPD. Ziel war: über die Legislaturperiode hinausdenken und Deutschland mit neuen Ideen voranbringen. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie mit den SPD-Mitgliedern wurden in der Perspektivdebatte Ideen für die Zukunft unserer Gesellschaft entwickelt. Eine wichtige Grundlage für die Debatte bildete das Impulspapier „Starke Ideen für Deutschland 2025“ des SPD-Präsidiums. Das Impulspapier konnte online direkt von Mitgliedern und Nichtmitgliedern kommentiert werden. Mehrere hundert Kommentare wurden abgegeben. Außerdem wurde das Papier an alle Mitglieder versandt. Ein weiterer Bestandteil der Debatte war eine Befragung der SPD-Mitglieder nach ihren Vorstellungen von „Wohlstand“, „Guter Arbeit“, „Sicherheit in einer offenen Gesellschaft“, „Vereinbarkeit und Familie“ und „wichtigste Aufgaben der SPD in den kommenden zehn Jahren“. Einige Tausend Zuschriften und Kommentare erreichten das Willy-Brandt-Haus.

PERSPEKTIVKONGRESS IN MAINZ

Die Debatte hatte ihren ersten Höhepunkt auf dem „Perspektivkongress“ am 11. Oktober 2015 in Mainz. Dort trafen sich rund 900 Interessierte mit Politikerinnen und Politikern sowie Expertinnen und Experten zum Ideenaustausch. Eine besondere Atmosphäre ergab sich durch die Auswahl des Veranstaltungsortes – dem Mainzer Fußballstadion. Diese Umgebung passte gut zum modernen und dynamischen Konzept der Veranstaltung. Die Rede des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel bildete den kämpferischen Auftakt. Sie gab den SPD-Mitgliedern wichtige Orientierung.

Sigmar Gabriel auf dem Perspektivkongress in Mainz © Michael Gottschalk/photothek.net

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer zeigte auf dem Kongress, dass sie mit Herz und Verstand die Herausforderungen der Flüchtlingsintegration in ihrem Land in Angriff nimmt. Im Panel „Familienzeit – Zeit für Familien“ diskutierte eine hochkarätig besetzte Runde über das Konzept der Familienarbeitszeit der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Manuela Schwesig.

In 12 Workshops wurden wesentliche Impulse und Ideen für das nächste Jahrzehnt erarbeitet. Jedem Workshop lag ein zweiseitiges Impulspapier vor, in dem wichtige Zukunftsfragen gestellt wurden. In den Workshops war es möglich, sich mit der Parteispitze direkt und unkompliziert auszutauschen. Jeder Workshop entwickelte einen Leitsatz, der – kurz und knapp – die wichtigste Zukunftsaufgabe im jeweiligen Gebiet auf den Punkt brachte.

Workshop Gleichheit in Vielfalt mit Elke Ferner, Verena Bentele, Manuela Schwesig, Klaus Jetz, Anne Wizorek, Ursula Schwarzenbart (v. r.) © Michael Gottschalk/photothek.net

Mit dem Perspektivkongress machte die SPD ihre Verantwortung und ihren Gestaltungswillen für die Zukunft Deutschlands deutlich. Sie stellte unter Beweis, dass sie offen, diskussions- und experimentierfreudig ist.

BUNDESPARTEITAG DEZEMBER 2015 IN BERLIN – BESCHLUSS „WIR SCHREIBEN DEUTSCHLANDS ZUKUNFT“

Die Impulse aus der Perspektivdebatte und die Anregungen aus dem Perspektivkongress flossen in den Leitantrag „Wir schreiben Deutschlands Zukunft“ des SPD-Parteivorstandes zum Bundesparteitag im Dezember 2015 ein. Ziel des Programmprozesses war es, zentrale Projekte zu entwickeln, mit denen die SPD die Zukunft Deutschlands gestalten will.

Im Parteivorstand war die Programmkommission – bestehend aus Katarina Barley, Thomas Oppermann und Manuela Schwesig – für die Erarbeitung des Programms zur Bundestagswahl 2017 verantwortlich. Anfang des Jahres 2016 richtete der Parteivorstand sieben Perspektiv-Arbeitsgruppen ein. In diesen Arbeitsgruppen erarbeiteten Mitglieder des Parteivorstands, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter aus den Ländern, Kommunen und der europäischen

Martin Schulz bei der Programmkonferenz Europa in Berlin
© Thomas Trutschel/photothek.net

Workshop Fluchtpunkt Europa / Arbeitsmarkt Europa bei der Programmkonferenz Europa in Berlin; © Thomas Trutschel/photothek.net

Ebene Vorschläge für das Wahlprogramm. Auch Expertinnen und Experten aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Fachorganisationen waren beteiligt. Bis zum Herbst 2016 entwickelten die Arbeitsgruppen programmatische Impulse und konkrete Ideen.

DIE SIEBEN PERSPEKTIV-ARBEITSGRUPPEN:

1. Wirtschaft, Bildung, Investitionen, und Finanzen
Leitung: Hubertus Heil und Thorsten Schäfer-Gümbel
2. Arbeit, Digitales, Aus- und Weiterbildung und Rente
Leitung: Lars Klingbeil und Andrea Nahles
3. Leben und Familie
Leitung: Sören Bartol und Carola Reimann
4. Frieden und Europa
Leitung: Martin Schulz und Frank-Walter Steinmeier
5. Neue Gerechtigkeit und Zukunft des Sozialstaats
Leitung: Karl Lauterbach und Ralf Stegner
6. Umwelt, Klimaschutz und Verbraucherschutz
Leitung: Barbara Hendricks und Ute Vogt
7. Recht, Demokratie und Teilhabe
Leitung: Heiko Maas und Aydan Özoguz

Der Programmprozess hatte den Anspruch, Ideen und Vorschläge möglichst vieler einzubinden. Deshalb wurden auf vier Programmkonferenzen erste programmatische Ideen diskutiert. „Arbeit", „Europa", „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Integration" und „Familie" waren die Themen der Konferenzen im Sommer 2016.
Die Programmkonferenz Arbeit am 25. Juni 2016 im World Congress Center in Bonn widmete sich den Themen Arbeit und Wirtschaft 4.0, Zeit für Familie und Leben sowie Gesundheit und Arbeit. Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel machte deutlich, dass die SPD die Partei der Arbeit sei. „Gute Arbeit ist eine Herzensangelegenheiten für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten", bekräftigte Hannelore Kraft, die damalige Ministerpräsidentin und SPD-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen.

Die **Programmkonferenz Europa** am 2. Juli 2016 im Berliner Euref Campus gewann eine besondere Brisanz durch den BREXIT, der wenige Tage vorher in einer Volksabstimmung beschlossen worden war. Besondere Aufmerksamkeit bekamen dadurch die Reden von Martin Schulz, dem Präsidenten des Europäischen Parlamentes, und des Bundesaußenministers Frank-Walter Steinmeier. Weitere Themen waren „Fluchtpunkt Europa / Arbeitsmarkt Europa", „Unser Weg zur Klimaneutralität" und „Unsere Verantwortung für Europa und die Welt".

Die **Programmkonferenz Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Integration** am 9. Juli 2016 wurde in der Messe in Nürnberg durchgeführt. Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly und Sigmar Gabriel gaben starke Statements zu den politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen ab, denen sich die SPD gegenüber sieht. Die Workshops beschäftigten sich mit den Themen „Gutes Wohnen in der sozialen Stadt", „Gute Betreuung, gute Bildung" und „Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt".

Im Bürgerhaus Hamburg-Wilhelmsburg bildete die **Programmkonferenz Familie** am 17. September 2016 den Abschluss der Reihe. Die Workshops thematisierten Bildungsgerechtigkeit, gute Rahmenbedingungen für Familien sowie selbst bestimmtes Wohnen in jedem Alter. Der Erste Bürgermeister von Hamburg Olaf Scholz und die stellvertretende Parteivorsitzende Manuela Schwesig sprachen über Zukunft, Chancen und Sicherheiten für Familien in jeder Lebensphase.

Alle Programmkonferenzen wurden von Neumitgliedertreffen begleitet. Diese boten den neuen Genossinnen und Genossen Gelegenheit, in direkten Kontakt mit der Parteispitze zu kommen und Fragen und Anliegen zu formulieren. Die Resonanz der Mitglieder war bereits im Vorfeld sehr groß. Sich beteiligen zu können, war für viele ein Angebot, das gern genutzt wurde. Die Parteispitze und die Fachpolitikerinnen und -politiker konnten im Gegenzug ihre programmatischen Vorschläge zur Diskussion stellen. Die Ergebnisse der Programmkonferenzen und der Perspektiv-Arbeitsgruppen wurden auf dem Zukunftskongress gebündelt.

Manuela Schwesig bei der Programmkonferenz Familie in Hamburg
© Florian Gaertner/photothek.net

Grafisches Protokoll der Programmkonferenz Familie in Hamburg
© Florian Gaertner/photothek.net

DER ZUKUNFTSKONGRESS #OPENSPD

Am 30. Oktober 2016 platzte das Willy-Brandt-Haus in Berlin fast aus allen Nähten. Der Zukunftskongress #openspd ermöglichte es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Politik einmal ganz anders zu erleben: mit Spaß und mit Diskussionen auf Augenhöhe. Das Willy-Brandt-Haus hatte ein attraktives Programm sowohl im Haus als auch im Internet organisiert. Hunderte Menschen, darunter viele Kinder, nutzten das politische Angebot. Den Auftakt bildete ein Gespräch des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel mit dem Moderator Klaas Heufer-Umlauf zum Thema: „Wie umgehen mit Rechtspopulisten in Deutschland und international?“

Bei den weiteren Themen ging es um Bildung, Arbeit, Soziales, Gesundheit, Integration, Familienpolitik, Wirtschaft und Europa. Die Diskussionen fanden in einem lockeren Rahmen statt. Statt Stuhlreihen und Bühne waren im Atrium des Willy-Brandt-Hauses Sitzwürfel aufgestellt. In den Themenforen schufen enge Sitzkreise beste Voraussetzungen für intensive Fachdiskussionen mit SPD-Spitzenpolitikerinnen und -politikern. Auf dem Zukunftskongress stellte die Parteispitze außerdem 20 Thesen für die Zukunft Deutschlands vor. „Wir schreiben Zukunft – Die Kräfte des Landes bündeln, Orientierung geben, Vertrauen schaffen.“

Das Willy-Brandt-Haus platzte beim Zukunftskongress fast aus allen Nähten.; © Florian Gaertner/photothek.net

Die Leitung der Programmkommission beim Zukunftskongress, Katarina Barley, Manuela Schwesig und Thomas Oppermann (v. l.)
© Florian Gaertner/photothek.net

Auf Augenhöhe beim Zukunftskongress: Sigmar Gabriel und Klaas Heufer-Umlauf; © Florian Gaertner/photothek.net

IMPULSPAPIER DER PROGRAMMKOMMISSION

Die Ergebnisse der Programmkonferenzen und der Perspektiv-Arbeitsgruppen bündelte die Programmkommission in einem Impulspapier, das am 14. November 2016 veröffentlicht wurde. Dieses Papier wurde in 17 thematischen Fachgesprächen mit Verbänden und Organisationen von November 2016 bis Januar 2017 diskutiert. Hier ergaben sich weitere Anregungen.

AUSBLICK

Am 15. Mai 2017 brachte die Programmkommission den Entwurf für das Regierungsprogramm in den Parteivorstand ein. Der Entwurf war das Ergebnis des dargestellten umfangreichen Diskussions- und Konsultationsprozesses. Am nächsten Tag erhielten ihn die Gliederungen der Partei. Änderungs- und Ergänzungsanträge mussten bis zum Antragsschluss am 23. Mai im Willy-Brandt-Haus eingereicht werden. Den Leitantrag beschloss der Parteivorstand unter dem Vorsitzenden Martin Schulz am 22. Mai 2017.
Das Regierungsprogramm 2017 bis 2021 mit dem Titel „Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken“ wurde schließlich auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 25. Juni 2017 in der Dortmunder Westfalenhalle einstimmig verabschiedet.
Damit kam der intensive Programmprozess zum Abschluss. Die SPD hatte bewiesen, dass sie als demokratische Programmpartei nicht hinter verschlossenen Türen ausschließlich in Parteigremien berät und entscheidet. Vielmehr hat sie Parteimitglieder, Bürgerinnen und Bürger und die Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft in den Diskussions- und Entscheidungsprozess einbezogen.

Nachbarschaftskampagne; © Dominik Balkow

NACHBARSCHAFTS-KAMPAGNE

DIE NACHBARSCHAFTSKAMPAGNE 2015

Die Nachbarschaftskampagne wurde als Antwort auf sich wandelnde Formen von Engagement und Kommunikation in der Gesellschaft konzipiert. Berücksichtigt wurden dabei auch Veränderungen in Parteiorganisation und -entwicklung. Ziel der Kampagne war es, neue Themen, Orte, Aktionsformen und Instrumente der Parteiarbeit vor Ort zu erproben, um diese nachhaltig zu verbessern.

AUFBAU DER NACHBARSCHAFTSKAMPAGNE

Die Nachbarschaftskampagne bestand aus zwei Teilen. Die Elemente der Kampagne wurden zunächst in 21 Modellregionen erprobt, bevor die Ergebnisse und die gelungenen Aktionsbeispiele allen Unterbezirken und Kreisverbänden zur Verfügung gestellt wurden.
Die Modellregionen entdeckten ihre Nachbarschaften neu, knüpften alte und neue Netzwerke und erprobten neue Wege für die Parteiarbeit. Jeweils zwei Modellregionen wurden von einer Organisationsberaterin oder einem Organisationsberater betreut.

ARBEITSHILFEN FÜR DIE PARTEI VOR ORT

Folgende Arbeitshilfen wurden zur Unterstützung der Parteiarbeit vor Ort entwickelt:

POTENZIALANALYSE

Eine interaktives PDF-Dokument mit zielgerichteten Fragen unterstützt die Partei vor Ort dabei zu erkennen:

- Wie bin ich als Partei vor Ort aufgestellt?
- Mit welchen Themen erreiche ich meine Nachbarschaft?
- Welche Zielgruppen kann bzw. muss ich gewinnen?

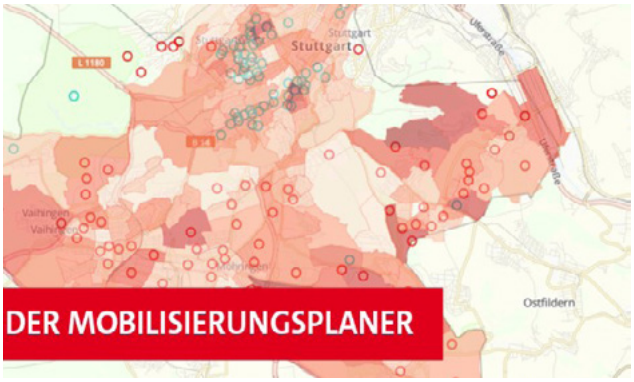
KAMPAGNENPLANER

Auf Grundlage der Potenzialanalyse gibt der Kampagnenplaner (interaktives PDF-Dokument) wichtige Hilfestellungen bei der Planung und Organisation einer Kampagne mit konkreten Beispielen und zahlreichen Tipps. Aufgrund der Komplexität richtet sich der Kampagnenplaner vor allem an Unterbezirke, konnte aber von allen Gliederungen abgerufen werden.

Kampagnenplaner

MOBILISIERUNGSPLANER

Die interaktive und webbasierte Deutschlandkarte stellt die Zielgruppen und Mobilisierungschancen der SPD in einzelnen Wohnquartieren und Straßenzügen dar. Zugriff auf den Mobilisierungsplaner hatten alle Hauptamtlichen sowie die Campaignerinnen und Campaigner.



Mobilisierungsplaner

NEUE FORMEN DER ANSPRACHE

Das Team der Nachbarschaftskampagne entwickelte neben Arbeitsmaterialen auch neue Formen der Ansprache vor Ort. Zum Einstieg in die Nachbarschaftsarbeit stellte es ein Startpaket mit Aktionsvorschlägen zusammen. Die Aktionen sollten den Campaignerinnen und Campaignern wie auch den Teams helfen, die Nachbarschaft mit einem neuen Blick zu betrachten. Das Startpaket enthielt alle notwendigen Informationen und Hilfsmittel für eine Erkundungstour vor Ort. Das Paket wurde sowohl in den Modellregionen als auch in allen Unterbezirken sehr gut angenommen. Vor allem die Arbeit mit der Stadtkarte wurde als sehr positiv bewertet.

MAILINGS

Im Rahmen der Nachbarschaftskampagne testete das Kampagnenteam neue Mailingformate. Absender waren Campaignerinnen und Campaigner aus den Unterbezirken, die in ihren Mails von ihren erfolgreichen Aktionen vor Ort berichteten. Diese Mailings kamen bei den Parteimitgliedern sehr gut an und wurden als Wertschätzung ihrer Arbeit empfunden.

THEMENFLYER

Das Kampagnenteam entwickelte zudem ein Set an Flyern zu Nachbarschaftsthemen mit Ratgeber-Charakter. SPD-Programmatik und sozialdemokratische Regierungspolitik nahm nur einen geringen Teil ein. Dafür boten die Flyer praktische Tipps und Infos zu den Themen Pflege, Wohnen, Arbeit und Innere Sicherheit.

Mailings in der NBK

Flyer in der NBK

AKTIONSTAGE

Um der Kampagne mehr Schlagkraft zu geben, wurden mehrere bundesweite Aktionstage und -wochen durchgeführt.

Europäischer Tag der Nachbarschaft (29. Mai 2015): Der Tag der Nachbarschaft war eine gute Gelegenheit, an einem Wochenende Gemeinschaft und Nachbarschaft zu feiern. SPD-Ortsvereine konnten an diesem Tag ihre Qualitäten zeigen: fest verankert vor Ort, im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern und offen für neue Interessierte.

Aktionswoche „Mehr Zeit für Familie“ (14.–20. September 2015): Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Betreuungsgeld rückte die Familienpolitik nach der Sommerpause wieder in den Fokus. Die öffentliche Aufmerksamkeit war eine gute Gelegenheit, dies auch auf lokaler Ebene in den Mittelpunkt zu stellen. Die SPD-Bundestagsfraktion organisierte in der Woche ebenfalls Aktionen zur Familienpolitik. Auch die AWO war dabei.

Aktionswoche „Wir ändern das“ (19.–25. Oktober 2015): Sozialdemokratische Politik gestaltet und verbessert die Lebensbedingungen der Menschen. Mit der Aktionswoche „Wir ändern das“ stellte die SPD ihre Kompetenz bei Lösungen von Problemen vor Ort dar.

Aktionstag zum Tag des Ehrenamtes (5. Dezember 2015): Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und natürlich auch in der SPD. Einen Tag lang haben wir diesen Menschen einfach „Danke“ gesagt.
Vor allem der erste Aktionstag zum „Europäischen Tag der Nachbarschaften“ war ein Erfolg. Der Aktionstag wurde langfristig vorbereitet und mit Mailings angekündigt. So hatten die Ortsvereine und Unterbezirke viel Vorbereitungszeit, eigene Aktionen zu planen.

DAS CAMPAIGN CAMP

Das Campaign Camp war eine Leuchtturmveranstaltung für die Nachbarschaftskampagne. Das Camp war ein voller Erfolg. Die 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren von den Rednerinnen und Rednern und der entspannten Atmosphäre der Veranstaltung begeistert. Das Camp hatte gezeigt, dass die SPD eine moderne Partei ist – stets auf der Höhe der Zeit.

Am Campaign Camp nahmen eine Reihe von interessanten Referentinnen und Referenten teil. Der US-Wahlkampfstratege und Obama-Mitarbeiter Jim Messina vermittelte in seinem Einführungsvortrag die Wirkungsmacht von politischen Kampagnen und die Bedeutung von Freiwilligen für den Erfolg einer Wahlkampagne. Anschließend diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in mehreren Diskussionsrunden verschiedene Facetten der Kampagnen- und Parteiarbeit: Wie bekommen wir Online-Aktivität auf die Straße? Welche Motivation brauchen Freiwillige? Was kann die SPD von Nichtregierungsorganisationen lernen und umgekehrt?

Das Campaign Camp

DATENBASIERTE KAMPAGNEN: SPD DIGITAL

SPD DIGITAL

Wir leben im digitalen Zeitalter. Dieses stellt Anforderungen an Gesellschaft, Wirtschaft und Politik und damit auch an die SPD als Partei. Die SPD will und muss die neuen digitalen Möglichkeiten nutzen, um eine lebendige Mitgliederpartei zu bleiben und erfolgreich sein zu können. Die Sozialen Netzwerke haben erhebliche Auswirkungen auf die politische Kommunikation – sie verändern die Informationsvermittlung und die Reaktionszeiten. Politische Alltagskommunikation findet nicht mehr nur am Küchentisch, sondern mit dem eigenen Netzwerk bei Facebook, Twitter und Co. statt.

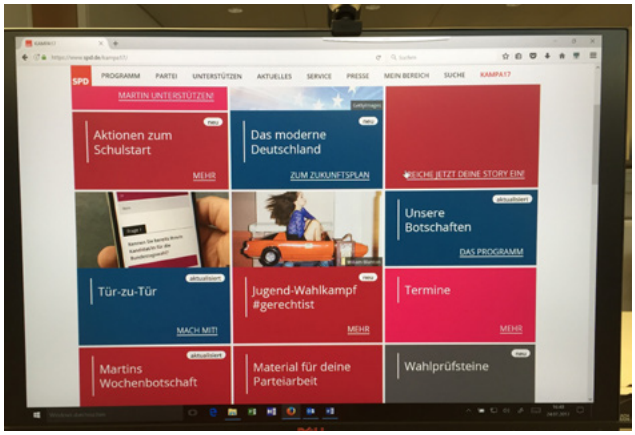
Das Willy-Brandt-Haus hat in den vergangenen zwei Jahren viele neue Pflöcke eingeschlagen:

- Mit einer Stabstelle Informationstechnik (IT) wurden die Kompetenzen beim SPD-Parteivorstand gebündelt.
- Mit einer Personendatenbank wurde die Möglichkeit geschaffen, bundesweit Interessierte anzusprechen und Kontakte, die der Parteivorstand geschlossen hat, allen Gliederungen zugänglich zu machen.
- Mit „Kampa17“ wurden Voraussetzungen für ein besseres Wissensmanagement in der SPD geschaffen. Rechte- und rollenbasiert stehen den Mitgliedern und Aktiven Informationen zur Verfügung.
- SPD-Mitglieder können zukünftig online abstimmen: Wenn alle Tests erfolgreich abgeschlossen sind, können Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke Online-Abstimmungen und -Befragungen durchführen.

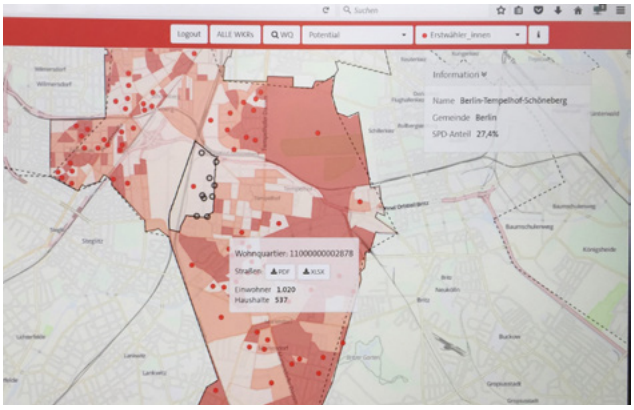
Professionelle Kampagnen haben immer schon soziografische Daten genutzt. Heute können diese Daten professionell verbunden und in Kampagnen eingesetzt werden.

- Mit dem Mobilisierungsplaner steht eine Plattform zur Verfügung, die es Aktiven erlaubt, ihre Haustürbesuche zielgerichtet zu planen und durchzuführen.
- Mit der Tür-zu-Tür-App ist es möglich, die Ergebnisse der Haustürbesuche zu erfassen und auszuwerten.
- Mit dem EasyMailer haben die OV-Vorsitzenden wie auch Kandidatinnen und Kandidaten die Möglichkeit, Mitglieder und Nichtmitglieder zielgerichtet und professionell anzumailen.

Dieses Wissen soll für die SPD dauerhaft gesichert werden, damit die kommenden Kampagnen und der politische Dialog auch in Zukunft zielgerichtet unterstützt werden können.



Bildunterschrift?



Bildunterschrift?

KOMMUNIKATION IM DIGITALZEITALTER

KOMMUNIKATION IM DIGITALZEITALTER

Aus dem Referat Onlinekampagne ist der Newsroom geworden. Was vordergründig wie ein Relaunch der Webseite aussah, hat tatsächlich die Arbeitsweise des Online-Bereichs im Willy-Brand-Haus bei technischen Großprojekten grundlegend verändert. Der Newsroom arbeitet heute interdisziplinärer, transparenter, nachhaltiger und leistungsorientierter als noch vor zwei Jahren.

Im Frühjahr 2015 stieß Generalsekretärin Yasmin Fahimi den Prozess „Datenbasierte Kampagnen“ an. Ziel war es, die Arbeitsbereiche Organisation und Kommunikation näher zusammenzuführen, um die Wirksamkeit von Kampagnen und Kommunikation der Partei langfristig zu steigern – auch über 2017 hinaus.

Im Referat Onlinekampagne bedeutete dies zunächst, die Onlinekommunikation auf den Prüfstand zu stellen. Nach einer Analyse des Status fiel im Frühsommer 2015 der Beschluss, die Webseite neu programmieren zu lassen, dabei gleichzeitig ein neues Konzept digitaler Kommunikation einzuführen und das Team entsprechend aufzustocken. Auf Empfehlung einer Kommunikationsagentur wurde die Onlinekommunikation vollständig auf mittel- und langfristige Botschaften und Ziele ausgerichtet. Außerdem rückte das Einsammeln von Kontaktdaten in den Mittelpunkt. Künftig will das WBH mit Menschen, die Interesse an der SPD haben, in Kontakt bleiben und sie nach und nach stärker an die Partei binden.

Mit dem Relaunch der Webseite zum Parteitag im Dezember 2015 präsentierte die SPD ihre neue Homepage. In ihrem Zentrum stehen die Nutzerinnen und Nutzer, die auf der Seite die zentralen Themen bzw. Standpunkte der Partei finden. Die Seite ist zudem auf eine mobile Nutzung durch Smartphones und Tablets ausgerichtet. Mit Hilfe einer neuen Systemsoftware kann das Digitalteam schneller und einfacher bestehende Seiten verändern und Satellitenseiten erstellen. Der Newsroom verfügt heute über einen Webbaukasten statt einer statischen Plattform.

Darüber hinaus wurden ein Trackingtool und ein Mailingtool eingeführt. So kann das Team den Erfolg der eigenen Kommunikation besser messen und zeitgemäß mit Interessierten kommunizieren.

Auch strukturell organisierte sich das Team neu, um die Kampagnenfähigkeit nachhaltig zu stärken. Der Newsroom wurde an die Pressestelle angegliedert und personell von zunächst sechs auf zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wahlkampf 2017 aufgestockt. Der Newsroom hat damit die zentralen Kompetenzen digitaler Kommunikation in einem Raum gebündelt. Die strukturelle Nähe zur Pressestelle sorgt für eine engere Kommunikation bei aktuellen Themen und schnellere Absprachen. Das Team versammelt Kompetenzen aus Grafik, Text, Kampagnenkonzeption, Community Management und Digitalmarketing sowie technisches Know-how. So kann es wie eine hausinterne Agentur agieren: schnell, kreativ, crossmedial und nah am „Herz und Bauch" der Sozialdemokratie. Mit dieser gebündelten Kompetenz unterstützte das Team die Partei auch in unterschiedlichen Landtagswahlkämpfen (bspw. Mecklenburg-Vorpommern).

Darüber hinaus entwickelte der Newsroom gemeinsam mit dem Team „Datenbasierter Wahlkampf" die digitale Infrastruktur des Parteivorstands weiter. Mit einem Webbaukasten wurde das veraltete Content-Management-System der Arbeitsgemeinschaften und Foren durch ein zeitgemäßes und flexibleres Open-Source-System ersetzt, das heute auch bei über 20 Bundestagsabgeordneten zum Einsatz kommt. Beitrittsformulare und Tools für Parteifunktionäre wurden neu aufgesetzt und für die mobile Nutzung optimiert.

Eine der wichtigsten Neuentwicklungen im Digitalbereich ist die Wahlkampfplattform „Kampa17", die im September 2016 vorgestellt wurde. Hier finden Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer alle Informationen für ihren Wahlkampf – ob Infos und Tools für die Kampagnen vor Ort oder Hilfen für die digitale Kampagne. Die Plattform arbeitet mit einem so genannten Single-Sign-On, der dafür sorgt, dass es nur noch einen Login für alle Tools und alle Nutzerinnen und Nutzer gibt, da das System erkennt, welche Berechtigungen vorliegen. Dieses und weitere Produkte werden dem Parteivorstand und der SPD in den kommenden Jahren wichtige Dienste in ihren digitalen wie analogen Kampagnen leisten.

INTERNATIONALE POLITIK

Die Welt scheint aus den Fugen: Krisen und Konflikte von großer Intensität und Strahlkraft bestimmen in weiten Teilen die internationalen Beziehungen. Die humanitäre Katastrophe in Syrien, Flüchtlingsströme, das Morden der Terrormiliz IS, die Konflikt in der Ukraine und im Jemen stellen Europa und Deutschland vor neuartige außen-, friedens- und sicherheitspolitische Herausforderungen.

Nachdem 2014 die Ukraine-Krise Europa und die Welt erschüttert hatte, begann mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland und dem Ausbruch bewaffneter Kämpfe in der Ostukraine ein blutiger Konflikt inmitten Europas, der noch anhält. Europa befand sich in der schwersten außen- und sicherheitspolitischen Krise seit dem Ende des Kalten Krieges. Fundamentale Prinzipien der europäischen Friedensordnung wurden 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Frage gestellt und das Völkerrecht gebrochen. Das deutsch-russische Verhältnis ist durch das Vorgehen der russischen Regierung in der Ostukraine und den Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der Krim schwer belastet; viel Vertrauen ist verloren gegangen. Vertrauen, das auch Dank Willy Brandts mutiger „Ostpolitik“ nach Jahrzehnten der Konfrontation behutsam zwischen Ost und West heranwachsen konnte. Die SPD hat sich mit ihrem Außenminister Frank-Walter Steinmeier unermüdlich für ein Ende der Gewalt in der Ukraine und eine politische Lösung eingesetzt. Im Februar 2015 hat sich Frank-Walter Steinmeier unter großem Einsatz und in enger Abstimmung mit Frankreich um das Zustandekommen der Minsk-II-Vereinbarungen zur Deeskalation und Befriedung des Konflikts in der Ost-Ukraine verdient gemacht.

Der Bürgerkrieg in Syrien verursachte im Nahen Osten eine humanitäre Katastrophe größten Ausmaßes. Die Menschen in Syrien und der unmittelbaren Nachbarschaft leiden unter den schrecklichen Folgen von Krieg, Terror und Not. Die Verwerfungen in Europas direkter Nachbarschaft haben auch für Deutschland unmittelbare Auswirkungen, nicht zuletzt durch Flüchtlingsbewegungen, die vor allem im Sommer 2015 zu einem rapiden Anstieg der Flüchtlingszahlen in Europa geführt haben. Die SPD und allen voran Außenminister Frank-Walter Steinmeier verpflichteten Deutschland zu einem größeren Engagement humanitärer Flüchtlingshilfe in der Region. Der Konflikt in Syrien zeigt auf brutale Art und Weise, wie dringend die Stärkung einer völkerrechtsbasierten internationalen Ordnung und regionaler Mechanismen, Organisationen und Institutionen zur Konfliktbewältigung ist.

Mit Blick auf diese globalen Umbrüche und Herausforderungen beschloss der Bundesparteitag im Dezember 2015 den Leitantrag „Die Zukunft gestalten – sozialdemokratische Friedenspolitik in einer Zeit neuer Konflikte“. Dies geschah insbesondere vor dem Hintergrund von über 60 Millionen Flüchtlingen weltweit und einer Vielzahl von Konflikten und Krisen, die eine aktive und vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und Europas nötiger denn je machen. Die zentralen Punkte dieses Antrags waren: die Ausgestaltung sozialdemokratischer Außen- und Friedenspolitik angesichts einer fragilen und schwierigen Weltlage; eine neue europäische Friedensordnung; der Ukraine-Konflikt und die Beziehungen zu Russland; die Bekämpfung von Fluchtursachen sowie Gewalt im Nahen und Mittleren Osten. An diesem Bundesparteitag nahmen rund 300 Gäste der europäischen und internationalen Schwesterparteien aus über 40 Ländern teil. Am letzten Tag des Parteitags diskutierten Sigmar Gabriel und Martin Schulz mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini sowie den europäischen Staats- und Regierungschefs aus Frankreich, Schweden und Österreich über die Zukunftsperspektiven Europas.

Auf die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im November 2016 reagierte die SPD-Führung mit Zurückhaltung. Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel sprach von dem Wunsch, dass sich die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft, die der Kandidat Donald Trump im Wahlkampf forciert habe, nicht weiter vertiefen möge. Europa und die USA seien auf engste Weise in einer Interessen- und Wertegemeinschaft verbunden, die auf Freiheit und Demokratie basiere. Hinzu komme: Die aktuellen Herausforderungen und die Unsicherheit in der Welt seien zu groß, als dass es sich die USA und Europa leisten könnten, nicht gemeinsam zu handeln.

Sigmar Gabriel und Martin Schulz zusammen mit Federica Mogherini, Manuel Valls, Stefan Löfven und Werner Faymann auf dem Bundesparteitag der SPD

Die Wahl von Donald Trump hat aber auch gezeigt: Europa darf sich bei der Wahrung seiner eigenen Sicherheit und bei der Lösung internationaler Konflikte nicht alleine auf die USA verlassen. Die SPD steht deshalb – neben der weiterhin engen Partnerschaft mit den USA – für mehr europäische Zusammenarbeit gerade in den Bereichen Diplomatie, Sicherheit und Verteidigung.

Ein wichtiger praktischer Arbeitsschwerpunkt des Parteivorstandes lag im Berichtszeitraum auf einem Erfahrungsaustausch über moderne Wahlkampfführung mit befreundeten Parteien und Organisationen. So informierte sich die SPD-Generalsekretärin Katarina Barley im Juli 2016 beim Nominierungsparteitag von Hillary Clinton über den Wahlkampf der US-Demokraten und führte Gespräche mit politisch Verantwortlichen, Wahlkampfmanagern und Think Tanks. Katarina Barley nahm zudem im Mai 2016 an der Global Convention der US Democrats Abroad im Willy-Brandt-Haus teil, um die politischen Beziehungen mit den US Democrats weiter zu vertiefen. Im September 2016 veranstaltete die SPD darüber hinaus ein zweitägiges Treffen mit Kampagnenmanagern und Generalsekretären internationaler Schwesterparteien aus neun verschiedenen Ländern (u.a. Großbritannien, Australien und Norwegen). Zum einen wurden Erfahrungen aus zurückliegenden Wahlkämpfen vorgestellt, insbesondere mit Blick auf die digitalen Möglichkeiten im Wahlkampf. Zum anderen wurden Strategien zum Umgang mit dem erstarkenden Populismus diskutiert.

Darüber hinaus wurden die politischen Beziehungen allgemein in unterschiedlichen Regionen und Teilen der Welt weiterentwickelt, durch Besuche des Parteivorsitzenden, der Generalsekretärin und weiteren Mitgliedern der Parteispitze etwa in Lateinamerika, dem Nahen Osten, China, dem Irak, Afrika und weiteren Ländern und Regionen. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland reiste die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi im Juni 2015 nach Israel und in die palästinensischen Gebiete. Auf der Reise führte sie auch Gespräche mit den israelischen Schwesterparteien, um die Partnerschaft weiter auszubauen.

EUROPAPOLITIK

Die Europapolitik stand im Berichtszeitraum im Zeichen der Sorge um den wachsenden Rechtspopulismus einerseits und der Bewältigung der politischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen im Nachgang zur Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa. Die AfD, der Front National, die PVV von Geert Wilders und die britische UKIP wie auch die Nationalkonservativen in Polen und Ungarn stellen die Errungenschaften der Europäischen Union in Frage. Im Zentrum der Bemühungen der SPD stand deshalb das Ziel, zusammen mit den europäischen sozialdemokratischen Partnern eine Neuausrichtung in der Europapolitik hin zu verstärkten Investitionen in Wachstum und Beschäftigung zu erwirken – mit dem Ziel eines anderen, besseren Europas, das das Vertrauen der Menschen zurückgewinnt.

Durch mehrere Treffen der sozialdemokratischen Regierungschefs und stellvertretenden Ministerpräsidenten im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), an denen auch der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel sowie der Europabeauftragte des Parteivorstands Martin Schulz teilnahmen, gelang es, Fortschritte in der europapolitischen Koordinierung der europäischen Sozialdemokratie zu erreichen.

Sigmar Gabriel bei einem Treffen sozialdemokratischer Regierungschefs in Paris

Durch Reisen des Parteivorsitzenden sowie der Generalsekretärin wurde die europapolitische Zusammenarbeit der SPD weiter vertieft – sowohl um eine bessere Koordinierung der Europapolitik zu erreichen, als auch um insgesamt Erneuerungsprozesse sozialdemokratischer Parteien voranzubringen sowie Wahlkämpfe von Schwesterparteien zu unterstützen. Hierzu dienten Reisen des Parteivorsitzenden u.a. nach Frankreich, Polen, Spanien, Österreich, Slowakei, Tschechien, Griechenland und Schweden. Zudem intensivierte der Parteivorstand die politischen Kontakte zu den Schwesterparteien in der Türkei, die sich dem zunehmend autoritären Kurs der AKP-Regierung und von Präsident Erdogan entgegenstellten. Hierzu zählten unter anderem die Gespräche des SPD-Vorsitzenden mit den Vorsitzenden der Schwesterparteien CHP und HDP sowie die Arbeit der Koordinierungsgruppe Türkei unter Vorsitz von Dietmar Nietan.

Die programmatische Weiterentwicklung der SPD in der Europa- und Außenpolitik stand unter anderem auf der Tagesordnung der Jahresauftaktklausur des SPD-Parteivorstandes im Januar 2015. Hierzu waren NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und der Präsident der EU-Kommission Jean-Claude Juncker eingeladen. Im Juni 2015 fand eine Konferenz zum Thema "The Open Society – A progressive agenda for investment and inclusive growth" im Willy-Brandt-Haus in Berlin statt. Die Konferenz wurde in Kooperation mit dem Center for American Progress und dem britischen Think Tank Policy Network ausgerichtet. Die Runde von über 30 hochrangigen Vertretern aus Politik, Think Tanks und Wissenschaft – darunter auch Sigmar Gabriel und der damalige französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron – erörterte Herausforderungen und Strategien in Bezug auf progressives Regieren in schwierigen politischen und wirtschaftlichen Zeiten. Im Dezember 2015 verabschiedete der SPD-Bundesparteitag einen umfassenden europapolitischen Leitantrag unter dem Titel „Europas Einheit bewahren – Solidarität und Zusammenhalt stärken", der die Ausrichtung der SPD als Europapartei und das Eintreten für ein solidarisches Europa bekräftigte. Im Juli 2016 diskutierte die SPD auf ihrer Programmkonferenz Europa in Berlin mit Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Martin Schulz über die weitere Entwicklung Europas. Die klare Botschaft der Konferenz war: nicht einfach mehr, sondern ein besseres Europa. Die SPD ließ dabei keinen Zweifel daran, dass sie für ihre Ideen und Werte streiten werde – und dass sie die Debatte um die Zukunft Europas vorantreiben werde.

Martin Schulz redet auf der SPD-Programmkonferenz zu Europa in Berlin

Ein besonderer thematischer Schwerpunkt in der europapolitischen Arbeit des Parteivorstandes lag auf einer Stärkung der sozialen Dimension Europas. So diskutierte der Vorstand etwa Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping und die Erarbeitung einer sozialen Fortschrittsklausel, um soziale Grundrechte gegenüber den Marktfreiheiten im Binnenmarkt aufzuwerten. Zu diesen Themen fanden im sogenannten „Bommersvik-Format" mehrere Koordinierungstreffen zwischen Sigmar Gabriel und den Vorsitzenden der schwedischen und österreichischen Sozialdemokraten, dem schwedischen Premierminister Stefan Löfven und dem österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann (später Christian Kern) sowie den Vorsitzenden der Gewerkschaftsdachverbände aus Schweden, Österreich und Deutschland statt.

Im Juni 2016 erschütterte die Entscheidung der Briten, aus der Europäischen Union auszutreten, Europa. Nachdem sich die SPD-Spitze nach dem Referendum besorgt und ernüchtert zeigte, lud Außenminister Frank-Walter Steinmeier wenige Tage nach der Abstimmung die Außenminister der EU-Gründerstaaten Frankreich, Italien, Niederlande Belgien und Luxemburg zu einem ersten Meinungsaustausch nach der Brexit-Entscheidung nach Berlin ein. Danach gab es in den SPD-Parteigremien und in der SPE intensive Diskussionen über Konsequenzen aus dem bevorstehenden Brexit, über Verhandlungslinien der EU und über die künftige Ausrichtung der EU.

EU-HANDELSPOLITIK

Die SPD und der SPD-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel haben sich im Berichtszeitraum intensiv in die Verhandlungen um die Transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) eingebracht. Um die innerparteiliche und öffentliche Diskussion zu befördern und mehr Transparenz, Offenheit und Raum für Kritik in der Debatte zu ermöglichen, lud der SPD-Parteivorstand in Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion im Februar 2015 zu einer Konferenz mit dem Thema „Transatlantischer Freihandel – Chancen und Risiken" ins Willy-Brandt-Haus ein. An dieser Veranstaltung und an den Panel-Diskussionen nahmen neben Sigmar Gabriel, Thomas Oppermann, Cecelia Malmström und Reiner Hoffmann weitere Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft teil. Mit dem Ziel, größere Transparenz in den Verhandlungen der Europäischen Kommission mit den USA und mit Kanada herzustellen, rich-

tete Sigmar Gabriel einen nationalen Beirat ein, dem die Verbände und Organisationen von Wirtschaft, Gewerkschaften, Kultur, dem Umwelt- und Sozialbereich und dem Verbraucherschutz angehörten. Der Beirat wurde regelmäßig über den Stand der Verhandlungen informiert.

Außerdem ergriff Sigmar Gabriel zusammen mit den Handelsministern weiterer EU-Staaten die Initiative, Investitionsschutzregeln in Handelsabkommen nach rechtsstaatlichen Prinzipien auszugestalten. Hierzu legte die Runde im Februar 2015 Vorschläge vor, die die EU-Kommission später in den Verhandlungen aufnahm und die die Basis für die letztlich in CETA vereinbarten Regelungen für einen öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshof darstellten.

Insgesamt setze sich die SPD überaus intensiv mit dem CETA-Abkommen auseinander und löste damit den Anspruch ein, wichtige gesellschaftliche Fragen auch unter schwierigen Bedingungen offen und kontrovers zu diskutieren. Mehrere Parteitage, Parteikonvente und der Parteivorstand diskutierten das Thema in zahlreichen Sitzungen, Veranstaltungen und mit den Parteigliederungen. Hier wurden zahlreiche Vorschläge erarbeitet und Forderungen aufgestellt – oft auch im Austausch mit den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft. Ein SPD-Sonderparteitag in Wolfsburg, an dem auch die kanadische Handelsministerin Crystia Freeland teilnahm, fasste letztlich einen ausgewogenen Beschluss, der festhielt, dass das CETA-Abkommen in sehr vielen Bereichen fortschrittliche Standards und Regeln setze und damit grundsätzlich einen Fortschritt gegenüber bisherigen Handelsabkommen bedeute. Zugleich sah der Beschluss an einigen Stellen des Abkommens noch offene Fragen und forderte rechtsverbindliche Klarstellungen im weiteren Ratifizierungsprozess ein. Um diese Ziele und Forderungen umzusetzen, vereinbarten im Herbst 2016 auf Initiative von Sigmar Gabriel der EU-Ministerrat und die kanadische Regierung weitere rechtsverbindliche Erklärungen zum CETA-Abkommen – etwa beim Schutz von Arbeitnehmerrechten, Schutz vor Privatisierungen oder dem Schutz von Verbraucherstandards und des Vorsorgeprinzips sowie auch in dem wichtigen Bereich des Investitionsschutzes.

Die öffentlichen Debatten und Kontroversen zeigten: Handelspolitik ist mittlerweile zu einem Feld der politischen und gesellschaftlichen Debatte geworden, das deutlich an Bedeutung hinzugewonnen hat. Schließlich verbinden sich mit der Handelspolitik im 21. Jahrhundert Fragen, die weit über wirtschaftliche Zusammenarbeit und bloßen Handel hinausweisen. Letztlich geht es aus einer sozialdemokratischen Perspektive um die Frage, wie der globale Kapitalismus im 21. Jahrhundert so gebändigt werden kann, dass er im Interesse der Menschen Freiheit, Wohlstand und Gerechtigkeit erzeugt. Während es bei CETA gelungen ist, viele fortschrittliche Standards zu vereinbaren, wurde beim geplanten Abkommen mit den USA (TTIP) deutlich, dass kein Abschluss mit ähnlich ambitionierten Ergebnissen möglich gewesen wäre. Klar ist, dass die Debatte über eine faire Handelspolitik ein wichtiger Schwerpunkt der SPD und der innerparteilichen Diskussion bleibt.

SPE

Im Juni 2015 tagte der 10. SPE-Kongress auf Einladung der ungarischen Schwesterpartei MSZP in Budapest. Auf dem Kongress diskutierten knapp tausend Delegierte und Gäste über die Themen Investitionen, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Zukunft der Sozialdemokratie. SPE-Präsident Sergei Stanishev und SPE-Generalsekretär Achim Post wurden in ihren Ämtern bestätigt. Vor dem Kongress hielt die Frauengruppe der SPE ihre jährliche Konferenz zum Thema „Power to Women“ ab, auf der auch die Resolution für Feminismus im 21. Jahrhundert verabschiedet wurde.

Im September 2015 fand eine SPE Konferenz zum Thema „Digitale Kampagnenführung“ in Berlin statt. An der Veranstaltung nahmen neben der SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi mehr als 40 Vertreter der europäischen Schwesterparteien teil. Im November 2016 veranstaltete die SPE eine Konferenz der Generalsekretäre auf Einladung von Achim Post in Berlin. Bei dieser Konferenz lag der Fokus auf dem Austausch von Erfahrungen in zurückliegenden Wahlkämpfen und der Vorstellung von erfolgreichen Strategien zur Mobilisierung und Ansprache von Zielgruppen.

Im Dezember 2016 fand die SPE-Ratssitzung in Prag statt, an der neben dem SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel über 600 Delegierte und Gäste auf Einladung der tschechischen Sozialdemokraten teilnahmen. Inhaltlich beschäftigte sich diese Sitzung mit den Themen Wachstum, Perspektiven für die Jugend, soziale Rechte im Binnenmarkt sowie Frieden und Entspannung weltweit.

Insgesamt lag im Berichtszeitraum der Fokus der SPE auf einer Neuausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik im Sinne der Überwindung einer reinen Austeritätspolitik, auf Fragen der Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion, der Stärkung und Glaubwürdigkeit der EU als Werte- und Rechtsgemeinschaft, auf Fragen des Umgangs mit Populismus und Nationalismus sowie einer sozialen Ausgestaltung der europäischen Integration. Ein besonderer Schwerpunkt stellte auch die Kooperation mit den sozialdemokratischen Schwesterparteien in Mittel- und Osteuropa dar. Die SPE versuchte, diese unter teils äußerst schwierigen Rahmenbedingungen zu stärken.

DIE ARBEITNEHMERINITIATIVE
GEMEINSAME GESCHICHTE FORTSCHREIBEN

DIE ARBEITNEHMER-INITIATIVE

Immer wenn Sozialdemokratie und Gewerkschaften in zentralen Fragen einig waren, gab es gesellschaftlichen Fortschritt. Leider ist es nicht mehr selbstverständlich, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in einer Gewerkschaft sind oder Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsräte ein SPD-Parteibuch haben.

Für die SPD ist die Nähe zu den Gewerkschaften und gewählten betrieblichen Interessenvertretungen von größter Bedeutung. Gewerkschaftliche Themen sind Themen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und sie sind der Kern der SPD.

Die Intensivierung der Kontakte auf allen Ebenen war dringend notwendig. Daher hat der SPD-Parteivorstand 2015 die Arbeitnehmerinitiative ins Leben gerufen.

DIALOG AUF ALLEN EBENEN

Die Initiative soll die Zusammenarbeit zwischen der SPD, den DGB-Mitgliedsgewerkschaften und den betrieblichen Interessenvertretungen wieder vertiefen und stärken. Dafür wird die gemeinsame historische Bindung ausgebaut – die SPD geht mit der Arbeitnehmerinitiative in den direkten nachhaltigen Dialog mit der Arbeitnehmerschaft.
Dazu will sich die Arbeitnehmerinitiative wichtigen Zukunftsdebatten – z. B. über die Prinzipien von „Guter Arbeit" – widmen. Damit will sie vor allem auch die junge Generation ansprechen, eine jugendgerechte Sprache finden und theorielastige Debatten vermeiden.

WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN

BETRIEBSRÄTEGESPRÄCH

Am 10. Juni 2016 organisierte die Arbeitnehmerinitiative das erste Betriebsrätegespräch. Auf der Veranstaltung diskutierten 35 Betriebs- und Personalräte mit dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann, dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, der SPD-Generalsekretärin Katarina Barley und der Bundesministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles. Das Gespräch fand in einem kleineren Rahmen statt, so dass alle die Möglichkeit hatten, sich intensiv auszutauschen und offen auszusprechen, was ihnen unter den Nägeln brennt.
Die Hinweise aus dem Kreis dienten als Denkanstöße für die Perspektivdebatte zur Erarbeitung des Regierungsprogramms. Die Betriebsrätegespräche sollen künftig regelmäßig stattfinden.

TREFFEN JUNGER SOZIALDEMOKRATISCHER GEWERKSCHAFTERINNEN UND GEWERKSCHAFTER

Für die meisten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist es selbstverständlich die Interessen von Jugendlichen im Betrieb ernst zu nehmen. Jugend, Politik und Betrieb zusammenzubringen, ist eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt. Um die Interessen junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser in die SPD einzubinden, veranstaltete die Arbeitnehmerinitiative einen Jugendgewerkschaftstag. Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung initiierte die Arbeitnehmerinitiative im Oktober 2016 ein Treffen junger sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Auf diesem Treffen wurden die wesentlichen Themen für den Jugendgewerkschaftstag festgelegt: Jugend, Politik und Betrieb. An dem Treffen nahmen ebenfalls der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel teil.

JUGENDGEWERKSCHAFTSTAG „JUGEND-POLITIK-BETRIEB"

Der Jugendgewerkschaftstag fand vom 2. bis 3. Dezember 2016 statt und war ein voller Erfolg. Junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter diskutierten mit dem SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, der Bundesministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles und der SPD-Generalsekretärin Katarina Barley über sozialdemokratische Gewerkschafts- und Beschäftigungspolitik.

Podiumsdiskussion mit Sigmar Gabriel, Katarina Barley, Denny Broßat (ver.di), Stefanie Krammer (IG Metall) und Ünsal Başer (IG Metall)

Im Fokus des Kongresses standen zwei Fragen: Wie trage ich die Interessen der Beschäftigten in die SPD? Und: Wie trage ich sozialdemokratische Themen in den Betrieb? Dabei entwickelten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendgewerkschaftstages zahlreiche konkrete Ideen, die in sechs Workshops diskutiert wurden:

- Ab in die Parlamente!
- Unsere Themen zum Thema machen
- SPD-Betriebsgruppenarbeit
- Jugend-Politik und Betrieb: Praxisbeispiele
- Wirklich zu wenige? – Gewinnen ist möglich!
- Partei und Gewerkschaften

Ideenwerkstätten

Der Jugendgewerkschaftstag hatte auch ein konkretes Ergebnis: Dort erklärte Sigmar Gabriel, dass die Forderung nach einer Mindestausbildungsvergütung für Auszubildende ins Wahlprogramm aufgenommen werde.

AUSBLICK AUF DIE ZUKUNFT

Die Einrichtung der Arbeitnehmerinitiative war eine politische Richtungsentscheidung der SPD. Der Dialog zwischen Partei und Gewerkschaften sollte verstetigt werden. Im Februar 2017 wurde deshalb eine Arbeitnehmerkonferenz in Bielefeld durchgeführt, auf der die Kernthemen der SPD und Gewerkschaften diskutiert wurden: gute Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne, Mitbestimmung auf Augenhöhe und soziale Gerechtigkeit.

Außerdem konzipierte die Arbeitnehmerinitiative für das Jahr 2017 die Qualifizierungsreihe „Jugend-Politik-Kommune". Das dreiteilige Seminarprogramm sollte jungen sozialdemokratischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern den Raum geben, sich auszutauschen und zu vernetzen.

„MEINE STIMME FÜR VERNUNFT“
EINE KAMPAGNE FÜR DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT IN DEUTSCHLAND

„MEINE STIMME FÜR VERNUNFT“

Der Moment Danke zu sagen:
denen, die der Vernunft bereits ihre Stimme geben;
denen, die dagegen halten;
denen, die den Job der schweigenden Mehrheit erledigen.

Völkische, Reichsbürger und Radikale säen Hass in der Gesellschaft. Angriffe und offen gezeigte Gewalt werden immer hemmungsloser. Um hier gegenzuhalten, braucht es eine klare Haltung gegen Rechts eine klare Haltung zur Demokratie und zum inneren Zusammenhalt der Gesellschaft. Dazu eine Debatte anzustoßen, das war Ziel der Initiative „MEINE STIMME FÜR VERNUNFT“, die der Parteivorstand Anfang 2016 startete.

Die Kampagne bietet Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit, sich für gemeinsame Ziele zu engagieren ohne ein starkes Bekenntnis zur SPD vorauszusetzen. Es geht bei der Kampagne um Haltung. Zudem kann sie auch ein „Türöffner“ zur SPD sein.
Die Kampagne liefert handfeste Argumente gegen die Polemik von AfD, Pegida und anderen rechtsextremen Bewegungen und Organisationen. „MEINE STIMME FÜR VERNUNFT“ bietet einen „Schirm“, unter dem sich viele Menschen – egal woher sie kommen – sammeln können. Und das nicht nur kurzfristig, sondern auf längere Zeit.

ELEMENTE DER KAMPAGNE

Über 160 prominente Unterstützer aus Kultur, Wissenschaft, Gewerkschaft, Politik und Wirtschaft haben den Aufruf „MEINE STIMME FÜR VERNUNFT“ unterzeichnet. Darunter Sybel Kikelli, Armin Mueller-Stahl, Iris Berben, Axel Pape, Clemens Schick, Ursela Monn und Mo Asumang.
Über 10.000 Plakate waren im Februar und März 2016 bei den Wahlkampf führenden Landesverbänden in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Hessen zu sehen. Zusätzlich warb ein 224 Quadratmeter großes Autobahnbanner für die Kampagne.
Dazu gab es diverse Aktionen mit prominenten Unterstützern, Auftakt-Pressekonferenzen in Berlin, Stuttgart und Frankfurt, Lesungen gegen Rassismus im Rahmen der Leipziger Buchmesse sowie eine Town-Hall Veranstaltung mit dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel in Sachsen-Anhalt.

Neben der klassischen Plakatierung, PR-Aktionen, Bannern auf Veranstaltungen, Flyern, Buttons etc. lag der Schwerpunkt auf Online und Social Media.
Vor allem Videos wurden erfolgreich weiterverbreitet. Einige Zahlen aus dem Onlinebereich (gerundet):

- Video auf Facebook mit Iris Berben: 700.000 erreichte Personen
- Bildmotiv auf Facebook mit Hannes Jaenicke: 500.000 erreichte Personen

MEDIALE VERBREITUNG UND REGIONALISIERUNG

Alle Maßnahmen wurden von Zielgruppen-Mailings (Landesverbände/Bezirke/Newsletter) begleitet, durch die eine weitere Verbreitung der Materialien/Statements erfolgte. Zentrale Veranstaltungen erreichten durch ein Video-Streaming eine höhere Reichweite. Die Videos konnten zudem weiter über die sozialen Netzwerke verbreitet werden.
Zudem wurde die Kampagne stärker individualisiert und personalisiert – unter dem Motto „Jeder kann seine STIMME FÜR VERNUNFT abgeben“. Dazu wurde ein Video-Spot mit O-Tönen prominenter wie auch unbekannter Personen veröffentlicht. Der Spot mobilisierte nochmals für die Landtagswahlen im März 2016, aber eben auch bewusst darüber hinaus. Er wurde um den Wahltag und noch zwei Wochen darüber hinaus kommerziell im Netz geschaltet und erreichte dort rund eine halbe Million Menschen.

Außerdem wurde auf der Internetseite www.stimmefuervernunft.de ein Petitionstool geschaltet, auf dem jede und jeder seine „STIMME FÜR VERNUNFT“ abgeben kann. Die SPD-Landesverbände Sachsen, Saarland, Bayern, Rheinland-Pfalz erhielten technische und werbliche Unterstützung, um die Kampagne in Eigenregie weiterzuführen.

PERSPEKTIVE

Das Willy-Brandt-Haus führt gemeinsam mit den Landesverbänden die Kampagne weiter. Gesucht werden regionale „Persönlichkeiten“ aus Wirtschaft, Sport, Kultur und Politik, die in kurzen Videospots oder auf Internet-Kacheln ihre „STIMME FÜR VERNUNFT“ abgeben. Ziel bleibt es, die Kampagne in der Öffentlichkeit zu halten und sie bekannter zu machen.

Pressekonferenz und Plakatvorstellung der Kampagne „Meine Stimme für Vernunft“ mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, der SPD-Generalsekretärin Katarina Barley, sowie den Schauspielern Iris Berben und Clemens Schick; © Thomas Trutschel/ photothek.net/SPD

25 JAHRE GESAMTDEUTSCHE SPD

25 JAHRE GESAMTDEUTSCHE SPD – VEREINT FÜR EIN BESSERES LAND

Nach der Umbenennung der ostdeutschen SDP in SPD im Januar 1990 existierten auf dem Gebiet der DDR und der Bundesrepublik zwei Sozialdemokratische Parteien mit dem Namen SPD. Die Vereinigung zu einer gesamtdeutschen SPD fand am 27. September 1990 in Berlin statt. Am Vortag hatten Delegierte der SPD-Ost und der SPD-West in getrennten Sitzungen ein gleichlautendes Statut verabschiedet. Das Tätigkeitsgebiet einer gesamtdeutschen SPD umfasste bis zur Herstellung der staatlichen Einheit die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Am 27. September wurde die Vereinigung mit der Annahme und Unterzeichnung eines „Manifestes zur Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ besiegelt. In den SPD-Parteivorstand wurden zehn Personen der Ost-SPD aufgenommen, an der Spitze Wolfgang Thierse als stellvertretender Parteivorsitzender.

Willy Brandt und Markus Meckel beim Vereinigungsparteitag am 27.9.1990 in Berlin.; © unbekannt

Anlässlich der Vereinigung von SPD-West und SPD-Ost vor 25 Jahren und des 25. Jahrestages der Deutschen Einheit am 3. Oktober lud der SPD-Parteivorstand zu einem Konvent „25 Jahre gesamtdeutsche SPD – Vereint für ein besseres Land“ am 26. September 2015 nach Magdeburg ein.

Der letzte Vorsitzende der Ost-SPD, Bundestagspräsident a. D. Wolfgang Thierse, und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel waren die Hauptredner des Konvents. Beide betonten in ihren Ansprachen die historische Bedeutung der Wiedergründung der Sozialdemokratie im Jahr 1989 in der ehemaligen DDR. Die Gründer stellten sich bewusst in die Tradition der Deutschen Sozialdemokratie und forderten damit die Machthaber heraus. Die Vereinigung der Ost- und West-SPD im September 1990 war die logische Konsequenz aus dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Sigmar Gabriel würdigte in seiner Rede die Verdienste Hans-Jochen Vogels als damaligen Vorsitzender der SPD und die Verdienste einer ganzen Generation ostdeutscher SPD-Politiker wie Christine Bergmann, Regine Hildebrandt, Matthias Platzeck, Harald Ringstorff, Manfred Stolpe und Reinhard Höppner.

Die Veranstaltung widmete sich aktuellen Fragen der Deutschen Einheit und der Entwicklung der Parteistrukturen im Osten Deutschlands. An der Diskussion nahmen Zeitzeugen wie Wilhelm Polte, Oberbürgermeister von Magdeburg a. D., Wissenschaftler wie Everhard Holtmann, Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH), und Künstlerinnen wie Jana Hensel und Sineb El Masrar teil.

Zum Schluss der Veranstaltung sprach Manuela Schwesig über die großen Herausforderungen, vor der die SPD auch im Jahr 25 der Deutschen Einheit im Osten der Republik noch stehe.

DIE SPD IN DER GROßEN KOALITION

DIE SPD IN DER GROSSEN KOALITION

In den Jahren 2015 und 2016 war die SPD die treibende Kraft in der Bundesregierung. Zielstrebig und konsequent setzte sie den Koalitionsvertrag Stück für Stück um, dem die Mitglieder 2013 mit großer Mehrheit zugestimmt hatten. Vieles setzten die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister Sigmar Gabriel, Andrea Nahles, Manuela Schwesig, Frank-Walter Steinmeier, Heiko Maas, Barbara Hendricks und die Integrationsbeauftragte des Bundesregierung Aydan Özoguz dabei gegen den Widerstand des Koalitionspartners CDU/CSU in langen Verhandlungen durch. Die SPD bewies in diesen Jahren, die vor allem unter dem Eindruck der starken Zuwanderung von Flüchtlingen standen, dass sie in schwierigen und herausfordernden Situationen verlässlich und handlungsstark Regierungsverantwortung für Deutschland übernimmt.

REGIERUNGSERFOLGE

Die SPD hielt Wort und verbesserte konkret das Leben der Menschen in Deutschland. Neun Milliarden Euro investierte der Staat in Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschung, Leih- und Zeitarbeit und Werkverträge wurden begrenzt. Mit dem Lohngerechtigkeitsgesetz und der Frauenquote setzte die SPD mehr Gerechtigkeit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch. Mit dem Bundesteilhabegesetz werden Menschen mit Behinderungen in Arbeit und Gesellschaft unterstützt. Der Grundfreibetrag, der Kinderfreibetrag, das Kindergeld und der Kinderzuschlag wurden angehoben, das ElterngeldPlus eingeführt. Die Mietpreisbremse war ein erster, wichtiger Schritt im Kampf gegen extrem steigende Mieten. Auf Druck der SPD wurden die Mittel für den sozialen Wohnungsbau verdreifacht und die Städtebauförderung nahezu verdoppelt, damit neue, bezahlbare Wohnungen gebaut werden können. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wurden 15.000 Stellen bei Kaiser‘s Tengelmann gesichert. Diese und viele weitere konkrete Verbesserungen zeigen, wie die SPD unser Land gerechter, fortschrittlicher und moderner gemacht hat.

Die SPD hielt Wort und stand an der Seite der Kommunen. Auf Drängen der SPD in der Koalition erhalten die Kommunen 2018 jährlich fünf Milliarden Euro vom Bund. Mit dieser Unterstützung sollen sie in die Lage versetzt werden, steigende Sozialausgaben zu finanzieren (z.B. durch die Erhöhung des Bundesanteils bei den Kosten für die Unterkunft von Langzeitarbeitslosen). Auch die Übernahme der flüchtlingsbedingten Mehrkosten im SGB II durch den Bund hätte es ohne Druck der SPD auf den Koalitionspartner nicht gegeben.

Der Strommarkt und die Erneuerbaren Energien wurden auf Initiative der SPD erstmals miteinander in Einklang gebracht. Die Kraft-Wärme-Kopplung wird jetzt verstärkt gefördert. Damit erhalten insbesondere Stadtwerke Planungssicherheit für eine klimafreundliche und sichere Technologie. Mit Erdkabeln wurde mehr Akzeptanz für den Netzausbau geschaffen. Für die Endlagersuche wurde eine Strategie vorgelegt, für Fracking ein faktisches Verbot durchgesetzt. Mit diesen und weiteren Gesetzen hat die SPD die seit Jahren schwelenden Konflikte um die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland befriedet und die Voraussetzungen für eine langfristig erfolgreiche Energiewende geschaffen. Mit dem Klima-

abkommen von Paris wurde Ende 2015 das erste weltweite Klimaschutzabkommen geschlossen.
Bei der Aufnahme und Versorgung geflüchteter Menschen hat die SPD Verantwortung übernommen. Sie stand dabei in der Koalition für eine ausgewogene Politik, die das Asylrecht nicht aushöhlt, aber sinnvolle Änderungen umsetzt. Dabei setzte sich die SPD auch frühzeitig für eine finanzielle Entlastung der Kommunen bei der Unterbringung und der Integration der Geflüchteten ein. Während die Union auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise noch über Zuständigkeiten, Grenzlager und Obergrenzen debattierte, hatte die SPD bereits ein Integrationskonzept vorgelegt. Damit wurden Unterbringung, Versorgung und Integration der Geflüchteten zu einer gesamtstaatlichen Aufgabe gemacht. Ein praxisorientiertes Integrationsgesetz hätte es ohne die SPD nicht gegeben und damit beispielsweise auch keine „3+2 Regelung", die jüngeren Menschen ein Integrationsangebot durch eine Berufsausbildung eröffnet.

Frank-Walter Steinmeier hat als Außenminister alle möglichen diplomatischen Wege beschritten, um zur Lösung von internationalen Krisen beizutragen. Insbesondere zu nennen sind hier: das Atomabkommen mit dem Iran, die Ukraine-Krise, der Syrien-Konflikt und die schwierige Lage in der Türkei. Die SPD hat damit ihre Prinzipien einer aktiven Friedens- und Entspannungspolitik in Europa und der Welt fortgesetzt.

Verantwortliche Flüchtlingspolitik jetzt; © HCP Lambrecht

PARTEISCHULE IM WILLY-BRANDT-HAUS: *PROFESSIONELLE WEITERBILDUNG FÜR POLITIK MIT IDEEN UND LEIDENSCHAFT*

I. INNOVATION, QUALIFIZIERUNG UND PERSONALENTWICKLUNG (IPQ)

Die Parteischule im Willy-Brandt-Haus trägt bundesweit zur betrieblichen Weiterbildung bei. Dafür gibt es das Programm „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung". So ist es seit 2000 mit den Bezirken und Landesverbänden verabredet. Die betriebliche Weiterbildung im Willy-Brandt-Haus lehnt sich daran an. Die Weiterbildungen dienen der Professionalität der Arbeit und des Engagements. „Professionalität heißt ergebnisorientiertes, qualitätsbewusstes Handeln, nicht Verberuflichung der Partei. Diesem qualitativen Maßstab kann sich niemand entziehen – weder Ehren- noch Hauptamtliche, weder Freizeit- noch Berufspolitik." (Beschluss des Bundesparteitags 2011 zur Parteireform)

Blick in die Parteischule im Gründungsjahr 1906; © SPD-Parteischule

„IPQ-POLITIKMANAGEMENT FÜR NEUE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER"

Kontinuierlich bietet die Parteischule im Willy-Brandt-Haus den Lehrgang „IPQ-Politikmanagement für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter" an. Diese Weiterbildung richtet sich speziell an Beschäftigte, die frisch in die Dienste der SPD eingetreten sind. Im Jahr 2015 endete der 6. Durchgang. Zugleich startete im Herbst der 7. Kurs, der bis in den Sommer 2016 reichte. Es nahmen 44 Hauptamtliche, 21 Frauen und 23 Männer, teil.
Der Lehrgang war praxisnah für die Erfordernisse der Parteiarbeit konzipiert. Er bestand aus vier dreitägigen Modulen und einem Praxistag im Willy-Brandt-Haus. Ein festes Trainerduo (Ulla Zumhasch und René Märtin) begleitete die Lehrgänge. Die Module stärkten die Fähigkeiten zum Selbstmanagement, zur Führung und zur Kooperation in der politischen Dienstleistung gleichermaßen. Zusätzlich standen die Werkzeuge für die politische Kommunikation und die strategische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund. Insgesamt erlernten die Teilnehmenden Berufsfeld- und praxisorientierte Verfahren, Methoden und Instrumente des Politikmanagements.

Der Kurs stand seit 2015 auch erstmals Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Fraktionen wie auch Abgeordneten offen.

Seminar 1: Selbstmanagement, Führung und Kooperation in der politischen Dienstleistung
Seminar 2: Methoden und Werkzeuge für (Selbst-)Management und Organisation
Seminar 3: (Partei-)öffentlich kommunizieren und agieren
Seminar 4: Strategische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Plus: Praxistag im Willy-Brandt-Haus

Der 8. Lehrgang für neue Beschäftigte findet nach der Bundestagswahl im Kalenderjahr 2018 statt.

IPQ-PARTEISCHULWOCHEN

Einmal im Jahr treffen sich Hauptamtliche aus dem gesamten Bundesgebiet auf der Parteischulwoche, um die Anwendung der für den Berufsalltag notwendigen Werkzeuge und Kompetenzen zu trainieren und Erfahrungen, Ideen und Wissen auszutauschen.

An der zehnten Parteischulwoche vom 15.–18. Juni 2015 in Steinbach (Taunus) nahmen 55 Beschäftigte (37 Frauen, 18 Männer) teil. Den Auftakt gestaltete der Publizist Prof. Dr. Thomas Leif zum Thema „Der mediale Kampf um Aufmerksamkeit. Zwischen Mainstream, Häme und Eindruckserweckung". Danach folgte ein „Interkultureller Dialog" zur Geschichte des Islam und der Interpretation des Koran mit Dr. Tuba Isik. Sie lehrt Komparative Theologie an der Universität Paderborn und ist im Bundesvorstand AK Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aktiv. Politisches Highlight war die

Diskussion mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel. Partei- und Demokratiegeschichte wurde lebendig bei der Exkursion zur Frankfurter Paulskirche, dem Ort, wo die erste demokratische deutsche Verfassung entstand.

Das Programm bot fünf zweitägige Seminare zur Auswahl an:
1. Wahlkampf. Planung, Umsetzung. Bewährte Tradition und zeitgemäße Innovation.
2. Texten – von Menschen, über Menschen, für Menschen
3. Social Media, Website oder Infostand? Strategien für eine ganzheitliche politische Öffentlichkeitsarbeit.
4. Das Gesundheitsseminar. Work-Life-Balance und gute Arbeitsresultate erzielen.
5. Arbeiten für (mehrere) Chefs und Chefinnen: Probleme. Lösungen. Spielräume.

Abgerundet wurde die 10. Parteischulwoche vom „Praxismarkt: Arbeiten in der SPD“. In hunderten Gesprächen tauschten die Hauptamtlichen Best Practices zu den folgenden Themen aus: „Mitgliederzuwachs möglich machen“, „Barrierefreiheit“, „Beitragsrückstand erfolgreich beseitigen“, „Druckportal“, „Optimierung von Gremienarbeit“, „Mehr machen mit der MAVIS II“, „Gut in Kontakt sein mit Vereinen“ sowie „Nachwuchs fördern“.

Die elfte Parteischulwoche vom 20. – 23. Juni 2016 in Berlin nutzten 43 Hauptamtliche (29 Frauen, 14 Männer), um sich weiterzubilden und zu vernetzen.

Der „Markt der Möglichkeiten“ funktionierte nach dem Motto „Geteiltes Wissen ist vielfaches Wissen.“ Jede und jeder brachte etwas mit zum großen Erfahrungs- und Materialaustausch und bekam viel zurück. Im Forum „Politik aktuell“ blieb Generalsekretärin Katarina Barley keine Antwort schuldig und erntete – eher unüblich bei den Hauptamtlichen – Standing Ovations. „Kunst und Politik“ vereinte der gemeinschaftliche Besuch der Fotoausstellung „World Press Photo Award“ im Willy-Brandt-Haus.

Die parallelen zweitägigen Seminare 2016 im Überblick:
1. Wahlkampf. Planung, Umsetzung. Bewährte Tradition und zeitgemäße Innovation.
2. Social Media Management. Strategien für eine ganzheitliche Öffentlichkeitsarbeit.
3. Selbstverantwortung und Achtsamkeit. So stärkst Du Deine persönliche Widerstandskraft.
4. Recht freundlich. Rechtliches für die Parteiarbeit.

Auch die 11. Parteischulwoche schloss mit dem „Praxismarkt“ ab. In diesem Jahr organisierten Kolleginnen und Kollegen aus dem Willy-Brandt-Haus den Wissenstransfer zu den Themen „Gespräche deeskalieren“, „MeineGestaltung.de“, „Mitglieder werben“, „Mobilisierungsplaner“, „SPD-Zeitung machen“. Als zusätzliches Produkt entstand daraus das Werkstattheft Nr. 3 der Parteischule „Zeitung machen“.

IPQ-KOOPERATIONSSEMINARE

Seit dem Jahr 2009 finden jährlich Kooperationsseminare mit dem DGB, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und der SPD statt. Je zehn Nachwuchskräfte aus den Organisationen trafen sich im Juni 2015 in Stuttgart. Erneut war das Thema international ausgerichtet. „Europa in der Krise: Alte Strukturen und neue Konflikte?“ lautete die Seminarüberschrift. Das Folgeseminar im Frühjahr 2016 widmete sich in Steinbach (Taunus) der „Digitalisierung der Arbeitswelt im europäischen Vergleich“.

IPQ-RUFSEMINARE: TEXTEN – VON MENSCHEN, ÜBER MENSCHEN, FÜR MENSCHEN

Das IPQ-Rufseminar entstand im Jahr 2009. Die Parteischule im Willy-Brandt-Haus legte es für haupt- und ehrenamtlich Aktive auf. Die Tagesseminare wurden regional in Kooperation mit dem jeweiligen Landesverband bzw. Unterbezirk durchgeführt. Die Serie der insgesamt 47 Seminare zur Mitgliederwerbung endete im März 2015 in Verden.

Das 3. Werkstattheft der Parteischule: Zeitung machen
© SPD-Parteischule

Neu entstanden aus der QIP-Schreibwerkstatt die Rufseminare „Texten – von Menschen, über Menschen, für Menschen“. Als Dozent gewann die Parteischule den Redenschreiber und Buchautoren Markus Franz. Die zweitägigen Intensivseminare fanden in Potsdam, Oldenburg und Kochsberg (Hessen-Nord) sowie im Rahmen der Parteischulwoche und als Alumniseminar der Führungsakademie statt. Als zusätzliches Produkt entstand das Werkstattheft Nr. 2 der Parteischule „Herzgeschichten“.

QUALIFIZIERUNG, INNOVATION UND PERSONALENTWICKLUNG (QIP) IM WILLY-BRANDT-HAUS

Fortgesetzt wurde die betriebliche Weiterbildung auch im Willy-Brandt-Haus. Die Seminare bildeten einen bunten Strauß hochwertiger Fortbildungen zum Projektmanagement, zum kreativen und gendersensiblen Schreiben und zur Gesprächsführung. Besondere Erwähnung verdient ein zweitägiges Seminar mit 25 Kolleginnen und Kollegen: „QIP-Aufbruch in Sekretariat, Sachbearbeitung und Assistenz“ im Juni 2016. Wahlkampfaktuelle Angebote zu „Tür-zu-Tür-Wahlkampf“, „Datenbasierter Wahlkampf“ und „Twitter“ kamen hinzu. Sehr arbeitsplatznahe EDV-Schulungen (Buchhaltung, Antragsbearbeitungssoftware, MS-Office) rundeten das QIP-Programm ab. Seit 2015 finden zudem regelmäßig „Führungswerkstätten“ für Referats- und Büroleitungen statt sowie für alle, die Teams führen.

Im Auftrag der Generalsekretärin Katarina Barley bildete die Parteischule im Willy-Brandt-Haus einen hausinternen Moderationspool aus, der auch im Bundestagswahlkampf 2017 die Kundgebungen des Kanzlerkandidaten Martin Schulz moderierte.

II. BILDUNGSARBEIT IM EHRENAMT

Parteimitglieder sind die besten Botschafterinnen und Botschafter der SPD. Sie zu fördern, ist die vornehmste Aufgabe der Bildungsarbeit.

WIKI DER PARTEISCHULE

Das Wiki der Parteischule ist seit 2011 in Gebrauch und wird stetig aktualisiert. Interessierte können hier Tipps und Methoden zur Bildungsarbeit und die Ausschreibungen der aktuellen Angebote der Parteischule finden.

Außerdem steht viel „präpariertes Wissen“ als „Pluspunkte“ kostenlos zum Download zur Verfügung. Über 280 Pluspunkte und fünf Werkstatthefte bereichern das Wiki.
Das Wiki ist unter https://parteischule-wiki.spd.de zu erreichen.

TRAIN THE TRAINER

Ehrenamtliche Bildungsarbeit ist oftmals Bildungsarbeit vor Ort. Sie bedient sich regionaler und lokaler Besonderheiten. Um dies zu unterstützen, wurde 2010 eine Trainerausbildung ins Leben gerufen. Diese ermöglicht den Landesverbänden und Bezirken, eigens für ihre Bildungsarbeit im Landesverband/Bezirk, ehrenamtlich Aktiven eine Ausbildung zu Trainerinnen und Trainern für bürgerschaftliches Engagement anzubieten.

2015 fand der vierte, 2016 der fünfte Ausbildungsjahrgang statt. Die Teilnehmenden konnten am Ende der Ausbildung ein Zertifikat des Berufsverbandes für Trainer, Berater und Coaches e.V. erlangen.

Inhalte

Startworkshop: Kennenlernen, Übereinkommen über Erwartungen und Aufgaben, Team-Management-System

Modul 1: Moderation von Seminaren und Workshops

Modul 2: Professionalisierung von Planungsprozessen und Veranstaltungen

Modul 3: Gespräche und die Gruppe steuern

- Jeweils zwischen den Modulen: umfangreiche Transferaufgaben, bspw. zur Schulung von Ortsvereinsvorsitzenden.
- BDVT-Prüfung: freiwillige Möglichkeit zur Zertifizierung durch den Berufsverband Trainer, Berater und Coaches e.V.

Die Trainerinnen und Trainer haben eigene Profile entwickelt und individuelle Vereinbarungen mit ihrem/seinem jeweiligen LV/BZ geschlossen. Insgesamt wurden mittlerweile 94 Personen ausgebildet. Sie werden in allen Landesverbänden und Bezirken eingesetzt. Auch die Parteischule im Willy-Brandt-Haus arbeitet weiter mit ihnen bspw. bei Mitgliederwerbeseminaren oder auch bei „Frauen an die Macht“ zusammen.

FRAUEN AN DIE MACHT?!

2012 haben Jusos und ASF das Programm „Frauen an die Macht“ initiiert. Seit 2013 gehört dieses Frauenförderprogramm zum Repertoire der Parteischule. Der SPD Parteivorstand trug damit dazu bei, Frauen, die ehrenamtlich auf verschiedenen Ebenen aktiv sind, in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die gemeinsame Reflexion und die Entwicklung von Handlungsoptionen sollten helfen, Hindernisse und teilweise strukturelle Schwierigkeiten zu überwinden.

Der hohe Andrang unterstreicht den Bedarf für das Angebot. Der Lehrgang, ursprünglich zweimal jährlich durchgeführt, wurde 2016 ausgebaut und bot je einen Frühjahrs-, Sommer- und Herbstkurs. Jeder Kurs bestand aus zwei Wochenendmodulen.

Zielgruppe des Angebots sind Frauen, die einem Vorstand angehören – ob in einem Ortsverein, im Unterbezirk oder einer Arbeitsgemeinschaft ist zweitrangig. Es gibt keine Altersbegrenzung.
Mit der Ausbildungsreihe verfolgt die Parteischule ehrgeizige Ziele:

- eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern innerhalb der Gesellschaft,
- männlich dominierte Parteistrukturen überwinden und
- mehr Frauen in führenden Positionen der Partei.

Seminarschwerpunkte

1. Wochenende

Eigene Erfahrungen; Gendermuster erkennen; Machtsymbole; Kamingespräch mit Personen aus der Politik; Visionen und Wünsche; Standortbestimmung; Präsentation der eigenen Stärken; Zielbestimmung und Zielsetzungsmethoden; Wie halte ich es mit Macht? (Mehrteilige Sequenz, Interaktives Arbeiten); Reflexion der Erfahrungen; Mikropolitik und Eigener Machtbegriff; Netzwerken in der SPD (Interaktives Arbeiten, Gruppenarbeit); Durchsetzungsstrategien: Politik gestalten, Mehrheiten gewinnen; Kompetenztrainingselement: Professionell auftreten.

2. Wochenende

Kompetenztrainingselement: Professionell auftreten II; Kommunikation & Präsentation (non-verbales, Auftritt); Kamingespräch mit erfolgreichen Frauen aus der Politik; Reflexion der Verhaltensmuster (Thema: Teambuilding + Gruppendynamik, ggf. Konfliktmanagement); Führungsanforderungen/praxen- in der SPD; von Fallstricken zu Steigbügeln; meine 10 nächsten Schritte; Brief an mich selbst.

Seit 2013 führt die Parteischule den Lehrgang „Frauen an die Macht?!“ durch.; © SPD-Parteischule

FRAUEN IN FÜHRUNG

Der Parteischule und die Bundes-SGK haben verschiedene Angebote speziell für Frauen entwickelt. Zum Beispiel die Lehrgänge „Frauen an die Macht“ oder die SGK-Seminare „Mein Weg zur Bürgermeisterin“. Frauen in politischen Führungspositionen zu stärken, war ein unverzichtbarer Bestandteil der Partei- und Organisationsentwicklung.

Für die Sichtbarkeit von Frauen in der Politik waren erfolgreiche Kommunalpolitikerinnen als Vorbilder sehr wichtig. Deshalb haben der SPD-Parteivorstand und die Bundes-SGK in den Jahren 2015/2016 das neue Mentoring-Programm „Frauen in Führung“ durchgeführt. Das hochwertige Angebot richtete sich an:

- Amtsinhaberinnen (Bürgermeisterinnen, Landrätinnen, Dezernentinnen usw.)
- Kandidatinnen in hervorgehobener ehrenamtlicher kommunalpolitischer Position (Fraktionsvorsitzende, Mitglied im Fraktionsvorstand, Vorsteherin usw.)
- Nachwuchstalente mit der festen Absicht einer kommunalen Kandidatur oder Amtsposition in den kommenden Jahren

Der Auftakt fand am 9. Dezember 2015 in Berlin statt. Das Mentoring-Programm dauerte zwölf Monate und bestand aus insgesamt sechs Bausteinen, darunter die dreitägige Mentee-Tagung vom 19. – 21.2.2016. Den Abschluss bildeten ein Perspektivseminar und eine gemeinsame Auswertungskonferenz vom 2. – 3. Dezember 2016.

Den Mentees wurde viel geboten: neue Kontakte, vertiefte Kompetenzen, erweiterte Karriereoptionen und persönliches Profi-Coaching. Die Mentees leisteten deshalb angemessene finanzielle Beiträge.

„Frauen in Führung“ hieß das Mentoring-Programm von Parteivorstand und Bundes-SGK.; © SPD-Parteischule

SCHULUNGSKONZEPT FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL 2017

Für die Bundestagswahl 2017 entwickelte die Parteischule das Schulungskonzept. Es fügte unterschiedliche Formate für die speziellen Zielgruppen zu einem gemeinsamen Qualifizierungsprogramm zusammen. Die Umsetzung begann frühzeitig im Herbst 2016.
Die Kandidatinnen und Kandidaten in den 299 Wahlkreisen waren zu maßgeschneiderten Camps eingeladen. Diese Intensivtrainings dauerten drei Tage. Alles, was relevant war für das politische Auftreten in der Öffentlichkeit, stand auf dem Programm. Bundesgeschäftsführerin Juliane Seifert persönlich stand dabei Rede und Antwort. Drei Termine wurden in der Akademie Schmöckwitz im Südosten von Berlin angeboten.

Die Wahlkampfteams planten in „Drehbuchseminaren" ganz konkret ihren Wahlkampf vor Ort. Unter Anleitung erfahrener Trainer wurden für den eigenen Wahlkreis passgenaue Wahlkampfpläne entwickelt. Gerne waren zwei bis drei Personen pro Wahlkreisteam willkommen. Das erste „Drehbuchseminar" fand bereits erfolgreich im Oktober 2016 in Berlin-Schmöckwitz statt. Wegen der großen Nachfrage wurden Zusatzangebote auf die Beine gestellt.

Für alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer aus den Regionen fanden regionale Campaign Camps statt. Sie boten Informationen, Anregungen und die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch. Eingeladen waren alle, die Lust auf Kampagne hatten – sowohl Mitglieder als auch Freiwillige und Unterstützerinnen und Unterstützer. Die Campaign Camps waren jeweils auf mehrere hundert Teilnehmende ausgelegt. Sie gaben Motivationsschub und stellten konkretes Wissen für die Arbeit vor Ort bereit.

TREFFEN DER BILDUNGSBEAUFTRAGTEN

Kooperation und Kommunikation zwischen den Landesverbänden, Bezirken und der Bundesebene sind besonders im Bereich der Bildungsarbeit von zentraler Bedeutung. Daher gibt es möglichst jährlich zentrale Treffen der Bildungsbeauftragten, um den Austausch über pädagogische Konzepte, Bildungsziele und die allgemeine politische Lage zu ermöglichen. Gemeinsam wird regelmäßig die Rolle von politischer Bildungsarbeit in der SPD aktualisiert und im Dialog weiterentwickelt.

Das Wissen über die jeweiligen Schwerpunkte der Bildungsaktivitäten in den Gliederungen und der Bundesebene führt zum Erkennen von Kooperations- und Ergänzungsmöglichkeiten. Der kontinuierliche Austausch verbessert das Angebot für die Mitglieder in der Gesamtorganisation.

2016 fand ein gemeinsames Treffen der Bildungs- und Mitgliederbeauftragten in Springe statt. Da diese Arbeitsfelder in der Praxis eng verzahnt sind, war ein gemeinsames Treffen organisiert worden, um über die jeweiligen Aktivitäten zu berichten und mögliche gemeinsame Projekte zu beraten. Der Ausblick auf den Bundestagswahlkampf 2017 bildete bereits ein zentrales Thema des Treffens. Zusätzlich wurde über besonders erfolgreiche Projekte der Nachbarschaftskampagne berichtet.

NETZWERK POLITISCHE BILDUNG

Das Netzwerk Politische Bildung ist seit 2000 ein Kooperationsprojekt von über 40 Bildungsträgern bundesweit, die ihre Arbeit an den Grundwerten und politischen Zielen einer sozialen Demokratie orientieren.

Das Netzwerk gibt aktiv Engagierten die Möglichkeit sich weiterzubilden. Veranstaltungen unterschiedlicher Themenbereiche geben jedem und jeder die Chance, Stärken zu festigen und den eigenen Horizont zu erweitern. Durch hochwertige und praxisorientierte Bildungsangebote ist das Netzwerk Politische Bildung eine spannende Adresse für Engagierte.

Am 23. November 2016 fand die bundesweite Konferenz „Demokratie und Zusammenhalt in einer Welt, die aus den Fugen gerät" in Berlin statt. Der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung Kurt Beck und die SPD-Generalsekretärin Katarina Barley sowie die Sozialwissenschaftlerin Jana Faus (pollytix) führten in das Thema ein. Breiten Raum nahm der Erfahrungsaustausch im World Café ein.

Heute arbeiten die selbstständigen Bildungsträger im Netzwerk Politische Bildung vorrangig im Rahmen eines selbstorganisierten, regionalisierten Erfahrungs- und Informationsaustauschs zusammen. Regionale Netzwerktreffen 2016: im Juni in Bayern, im August in NRW und im September in Hessen. Die Regionaltreffen wurden von der „Parteischule im Willy-Brandt-Haus" beratend begleitet.

Die Homepage www.netzwerk-politische-bildung.de weist auf mehrere tausend Veranstaltungen jährlich hin.

III. SOZIALDEMOKRATISCHE KOMMUNAL-AKADEMIE

Die SPD beantwortet die Nachwuchsfrage – neben vielen anderen dezentralen Aktivitäten – auf der Bundesebene mit der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie. Diese gilt unumstritten als Vorbild für moderne praxisnahe Weiterbildung. Eine Studie an der Uni Bochum erklärte sie zu der innovativsten Nachwuchsförderung in Deutschland. Sie wird international beachtet. In vielen der 16 Bundesländer gibt es eigenständige Kommunal-Akademien oder ähnliche Angebote. Die SPD weiß: Wer ernten will, muss säen. Die SPD investiert in die Nachwuchsförderung.
Dabei leiteten drei Grundsätze die politische Personalarbeit:
1. In der Politik gilt wie im Spitzensport: Die Profikarriere ist die Ausnahme. Der „bürgerliche" Beruf muss immer der Plan A sein – Berufspolitik ist Plan B. Nur in 1,5 Prozent der Fälle kehrt sich das um.
2. In der Politik ist die praktische Laufbahn zugleich die Ausbildung. Wer erfolgreich Aufgaben meistert, entwickelt in der Aufeinanderfolge von Aufgaben, Funktionen und Ämtern auch die politischen Kompetenzen und die Karriere.
3. „Nicht die Politik verdirbt den Charakter. Schlechte Charaktere verderben die Politik." (Johannes Rau) Die echte Grundlage von „Politik", nämlich die notwendige Haltung, muss jede und jeder werteorientiert leben. Das politische Handwerk kann man dazu lernen. Da hilft gezielte Weiterbildung sehr.

Der Parteivorstand und die Bundes-SGK haben die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie 2001 gegründet. Sie verfolgten ein klares Ziel: Junge Menschen, die aus der politischen Praxis kommen, erweitern ihre Fähigkeiten für wirksames Engagement. Sie werden auf Führungsaufgaben vorbereitet.

Der DEMO-Kongress 2015 zeichnete die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie mit dem Kommunalfuchs als beste Nachwuchsförderung aus; © SPD-Parteischule/DEMO

Voraussetzung für die Teilnahme an der bundesweiten Kommunal-Akademie: Junge Parteimitglieder haben bereits Verantwortung in der Partei und/oder in der Kommunalpolitik übernommen.
Die Lehrgänge fanden bundesweit auf zwei Veranstaltungsorte verdichtet statt, um die bundesweite Zusammensetzung der Lehrgänge

zu ermöglichen. Pro Lehrgang nahmen 50 Personen teil, begleitet von dem dreiköpfigen Trainerteam Gwendolin Jungblut, Celina Schareck und René Märtin.

Die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie initiierte in vier Wochenendmodulen nachhaltige Lernprozesse. Der innovative und bewährte Mix von Fachwissen, Soft Skills und politischer Werteorientierung knüpfte den konzeptionellen „roten Faden". Innovations- und Modernisierungsimpulse sowie Prinzipien erfolgreicher Wahlkampfführung wurden verstärkt eingebaut.

Die Plätze der Kommunal-Akademie wurden von den Veranstaltern SPD-Parteivorstand und Bundes-SGK in Kooperation mit den Landesverbänden und Bezirken ausgeschrieben und vergeben. Die Bezirke behielten ihr Auswahlrecht. Ein Direktmailing aus dem Willy-Brandt-Haus intensivierte das Bewerbungsverfahren.
Die Plätze waren auch für die Kurse 44 und 45 (2015) sowie 46 und 47 (2016) heiß begehrt. Die SPD-Bezirke und Landesverbände nominierten weit mehr Personen als Plätze zur Verfügung standen. Da bedurfte es eines klug gegenderten Verfahrens, damit möglichst gleich viele Frauen und Männer von den Kursen profitieren konnten – gut so für die SPD, gut für die Demokratie.

Viele der über 1.700 jungen Personen, die in der Kommunal-Akademie dazu gelernt haben, werden sozialdemokratische Gesichter der Zukunft. Nicht wenige sind heute in der Landes-, Bundes- oder Europapolitik wie Tiemo Wölken MdEP und Arne Lietz MdEP sowie die stellvertretende Parteivorsitzende und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig.

DAS CURRICULUM DER KOMMUNAL-AKADEMIE

Die vier verbindlichen Module der Kommunal-Akademie vermitteln einen Mix aus fachlich/sachlichen kommunalpolitischen Schwerpunkthemen sowie methodischen Kompetenzen. Hinzu kommen politische Orientierung und Networking.

Künstlerische Impression vom 48. Kurs der Kommunal-Akademie im Herbst 2016 mit Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zyprries © SPD-Parteischule/Markus Stein

1. Modul: Handlungsfelder und Selbstverständnis ehrenamtlicher Kommunalpolitik
Teilnehmerinnen und Teilnehmer erkennen kommunale Handlungsfelder ebenso wie unterschiedliche Rollen und Aufgaben in der Kommune. Sie definieren ihr eigenes Rollenverständnis, erkennen wesentliche Gestaltungsmöglichkeiten, gewinnen Klarheit über ihre Ziele und Kompetenzen und bestimmen ihr persönliches Aktionsfeld.

2. Modul: Umgang mit kommunalen Herausforderungen
Teilnehmerinnen und Teilnehmer verstehen die Komplexität kommunaler Herausforderungen am Beispiel der Gestaltung sozialräumlicher Entwicklungen und der Bedeutung kommunaler Unternehmen für das Leistungsangebot und die Infrastruktur der Kommunen. Sie lernen unterschiedliche Strategien kennen; sie erleben die Notwendigkeit, kreativ auf Herausforderungen zu reagieren und sie begreifen sich mit ihrer Persönlichkeit als Teil eines Ganzen, das auf die Zusammenarbeit mit den Ideen und Erfahrungen Anderer angewiesen ist.

3. Modul: Strategische Planung und Steuerung in der Kommune
Teilnehmerinnen und Teilnehmer begreifen Stadtentwicklung als spezifischen, umfassenden und kontinuierlichen strategischen Auftrag. Sie lernen wichtige strategische Steuerungsinstrumente kennen und anwenden. Sie erkennen die Notwendigkeit konsequenter Zielklärungen und den strategischen Umgang mit Daten. Sie begreifen die Bürgerschaft als kompetenten Partner in zukunftsorientierten Prozessen.

4. Modul: Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der Kommune
Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernen öffentliche Kommunikation als wesentliches Mittel kennen, soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt in der Kommune zu definieren und anzustreben. Sie bestimmen für sich Werte, Haltung und konsequentes Handeln als Voraussetzung für verantwortungsvolles politisches Wirken.

Das Arbeitsbuch der Kommunal-Akademie – geballtes Wissen auf 124 Seiten; © SPD-Parteischule

IV. FÜHRUNGSAKADEMIE DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Der SPD-Parteivorstand hatte im Jahr 2007 die „Führungsakademie der sozialen Demokratie" gegründet. Als einzige Partei in Deutschland bot die SPD damit auch den Berufspolitikerinnen und -politikern eine Weiterbildungsplattform an. Das SPD-Präsidium vergab kostenpflichtige Fellowship-Programme (Akademiemitgliedschaften) in der Führungsakademie. Bewerben konnten sich altersunabhängig Europaabgeordnete, Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, gewählte hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker (z.B. Oberbürgermeister/innen oder Landräte) sowie Funktionsträgerinnen und -träger der Partei.

1. FELLOWSHIP-PROGRAMM: 1. Juli 2007 – 30. Juni 2009
2. FELLOWSHIP-PROGRAMM: 1. Juli 2008 – 30. Juni 2010
3. FELLOWSHIP-PROGRAMM: 1. Januar 2010 – 31. Dezember 2011
4. FELLOWSHIP-PROGRAMM: 1. Januar 2012 – 31. Dezember 2013
5. FELLOWSHIP-PROGRAMM: 1. Januar 2014 – 31. Dezember 2014
6. FELLOWSHIP-PROGRAMM: 1. Januar 2015 – 31. Dezember 2015
7. FELLOWSHIP-PROGRAMM: 1. Januar 2016 – 31. Dezember 2016
8. FELLOWSHIP-PROGRAMM: 1. Januar 2018 – 31. Dezember 2018

Insgesamt 280 Personen (127 Frauen, 155 Männer) entwickelten ihre Führungskompetenz und ihre politische Persönlichkeit in der Führungsakademie weiter. Die Auswahl der Fellows geschah in einem transparenten Verfahren. Auswahlkriterien waren neben der Qualität der Bewerbung eine gerechte Geschlechterverteilung, ein regionales Gleichgewicht und eine angemessene Repräsentanz der verschiedenen Politikfelder (Europa, Bund, Land, Kommune). Der SPD-Parteivorstand beschloss die Teilnehmerliste. Der Beschluss wurde durch eine achtköpfige Auswahlgruppe vorbereitet. Ihr gehörten die Generalsekretärin, die Schatzmeisterin sowie weitere Mitglieder des Parteivorstands sowie qua Amt der Juso-Bundesvorsitzende an.

WISSEN, KÖNNEN UND HANDELN IN DER POLITIK ESSENTIALS

- Wer Politik entwickeln und gestalten will, muss Politik verstehen, also die politischen Strukturen kennen und handhaben lernen.
- Wer politisch mitreden will, muss fachlich ausgebildet sein, die Grundlagen des Wirtschafts- und Sozialsystems kennen und in der Lage sein, sich darauf aufbauend weitere Fachgebiete zu erarbeiten.
- Wer politisch Verantwortung übernehmen will, muss wissen, worauf er und sie sich einlässt, das heißt: Man muss eine Vorstellung von den Rollen, Aufgaben und Handlungsoptionen in der Politik haben.
- Wer in der Politik mehr erreichen will als Kraft seiner eigenen Persönlichkeit möglich ist, muss Allianzen bilden und bewegen. Nur wer weiß, wie andere zu motivieren und einzubeziehen sind, kann auf Dauer im politischen Maßstab wirkungsvoll sein.
- Wer politisch etwas bewirken will, muss moderieren und vermitteln können, muss Problemlösungskompetenz und Verhandlungsgeschick beweisen.
- Wer dauerhaft um politisches Vertrauen werben will, muss Vertrauen geben in die Entfaltung der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung und die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie vorleben.
- Wer politisch aufzeigen will, wohin er und sie führen möchte, muss sich seiner Wurzeln und Traditionen bewusst sein.
- Wer sich werteorientiert politisch engagiert, muss Wertmaßstäbe herleiten und begründen können.
- Wer von Solidarität redet, muss sie praktizieren.

Das Curriculum für das notwendige Wissen, Können und Handeln politischer Führungskräfte bildete eine produktive Einheit aus Fachwissen, Methodenkompetenz und politischer Orientierung. Dafür wurde eine eigene Systematik für den Lernprozess entwickelt, die von Prozessualität, Heterogenität sowie individueller und kollegialer Reflexion geprägt war. Für die Führungsakademie stellte die Parteischule einen vierköpfigen Trainerstab zusammen: René Märtin, Celina Schareck, Achim Moeller und Ulla Zumhasch.

DIE VIER KOMPETENZTRAININGS DES FELLOWSHIP-PROGRAMMS:

1. Führungsphilosophie: Wirksam führen
2. Führungsqualität: Zielorientiert handeln
3. Führungspraxis: Erfolgreich umsetzen
4. Führungspersönlichkeit: Das WIR gestalten

Die Parteiführung war kontinuierlich einbezogen. Das gab dem Projekt und den Fellows zusätzliche Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit.

ALUMNISEMINARE

Die Angebote für die (ehemaligen) Fellows, Alumniseminare genannt, wurden im Sommer 2015 und Sommer 2016 fortgesetzt. Die Wochenendseminare „Reden schreiben und texten“ (Dozent: Markus Franz) sowie „Besser kommunizieren – professionell mit sich und anderen umgehen“ (Trainerin: Astrid Posner) fanden in Berlin-Schmöckwitz statt.

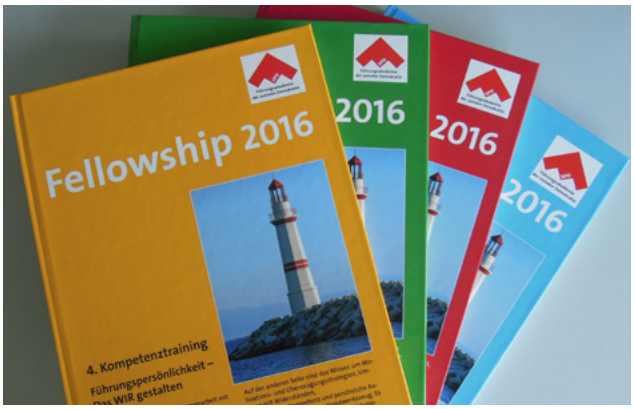
AUFTRITTSCOACHING IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Im Bundestagswahlkampf 2017 bot die Führungsakademie ein spezielles „Auftrittscoaching“ und „KandidatInnen-Camp“ für neue Kandidatinnen und Kandidaten an. Die Reihe begann bereits im November 2016 und wurde im März und Juni 2017 weitergeführt.

V. BEIRAT DER PARTEISCHULE IM WILLY-BRANDT-HAUS 2015 – 2016

Der Beirat der Parteischule begleitete die Bildungsarbeit fachlich und evaluierte die Qualifizierungsprogramme. Wie sieht zeitgemäße politische Bildung aus? Was garantiert höchste Qualität? Wie können die Ressourcen optimale Wirkung erzielen? Solche Fragen beschäftigten den Beirat der Parteischule. 17 Persönlichkeiten aus Partei, Arbeitnehmervertretungen, Wissenschaft und politischer Bildung gehörten dem Beirat der Parteischule an, der zweimal jährlich tagte.

Der Parteivorstand berief am 3. Dezember 2012 den neuen Beirat der



Die Arbeitsbücher der SPD-Führungsakademie - exklusives Wissen für politische Führung ; © SPD-Parteischule

Parteischule für die Jahre 2013 bis 2015: Wolfgang Jüttner (Vorsitzender), Niels Annen, Kerstin Bake-Völsch, Christian Demuth, Tobias Gombert, Karin Kaltenbach, Barbara König, Dr. Bettina Kohlrausch, Wilfried Klein, Barbara Menke, Dr. Carola Reimann MdB, Prof. Dr. Stefan Schieren, Sonja Schweizer, Reinhard Weil. Zusätzlich gehören Enrico Bloch, Elfi Heusinger von Waldegge, Olaf Abdinghoff-Feldkemper und Daniel Rigot aus den Reihen der Betriebsräte und der personalverantwortlichen Geschäftsführungen dem Beirat an.
Am 30.11.2015 berief der Parteivorstand für die dreijährige Amtszeit 2016 – 2018 folgende zwölf Personen in den Beirat der Parteischule: Wolfgang Jüttner (Vorsitzender), Kerstin Bake-Völsch, Sebastian Hartmann MdB, Dr. Birgit Hoppe, Tobias Gombert, Dr. Bettina Kohlrausch, Wilfried Klein, Barbara Menke, Dr. Carola Reimann MdB, Prof. Dr. Stefan Schieren, Sonja Schweizer sowie Reinhard Weil bzw. seit 1.1.2017 Dr. Sabine Fandrych.

Zusätzlich gehören dem Beirat je zwei Personen aus den Reihen der Leitenden Geschäftsführungen der Landesverbände und Bezirke sowie aus dem Arbeitskreis der Betriebsräte an. Diese werden von den Leitenden Geschäftsführungen und dem Arbeitskreis der Betriebsräte benannt.

MITGLIEDERWERBUNG UND -ENTWICKLUNG

„DAFÜR TRETE ICH EIN“

Vier Millionen Menschen! So viele können sich einer Studie zufolge eine SPD-Mitgliedschaft vorstellen. Erfolgreiche Mitgliederwerberinnen und -werber melden ans Willy-Brandt-Haus zurück: Entscheidend ist die persönliche Ansprache. Neue interessante Materialien und der Claim „Dafür trete ich ein“ erleichtern die Werbung von Neumitgliedern.

Wichtiger Grundsatz der Mitgliederwerbung ist: aus Unterstützern Mitglieder machen! Menschen, die der SPD ablehnend gegenüber stehen, werden so schnell keine SPD-Fans. Deshalb ist es wichtig, Interessierte anzusprechen, die sich bereits mit der SPD beschäftigen und die Übereinstimmungen sehen. Übereinstimmungen mit sozialdemokratischen Positionen oder verantwortlichen Personen auf allen Ebenen und der beteiligungsorientierten Art, wie die SPD Politik macht.

STUDIE: WIE KÖNNEN WIR NEUE MITGLIEDER GEWINNEN?

Fast sieben Prozent der in der Studie Befragten können sich vorstellen, in die SPD einzutreten. Die SPD hat in allen Altersgruppen ein relativ hohes Potenzial, unter den 35- bis 50-Jährigen ist es am höchsten. Das sind auf die wahlberechtigte Bevölkerung umgerechnet über vier Millionen potenzielle Neumitglieder.

- Als Haupthinderungsgrund für einen generellen Parteieintritt geben die meisten Personen Zeitmangel an (24%). Als zweithäufigsten Grund nicht einzutreten, wird „Nicht angesprochen worden zu sein“ genannt (17%).
- Für die Gruppe der 35- bis 50-Jährigen ist Zeitmangel entscheidender als für andere Altersgruppen. Für die unter 35-Jährigen ist hingegen der hohe Beitrag entscheidender als für andere Altersgruppen.
- Für potenzielle SPD-Mitglieder spielt neben dem Argument „Zeit“ vor allem eine Rolle, noch nicht angesprochen worden zu sein. Im Gegensatz zu potenziellen CDU-Mitgliedern ist es für sie entscheidender, jemanden in der Partei zu kennen.
- Wenn sich Menschen gar nicht vorstellen können, Mitglied einer Partei zu werden, liegt das häufig an der Überzeugung, dass sie auch als Parteimitglied nichts ändern könnten (28%). Dies gilt vor allem für diejenigen unter ihnen, die der SPD zugeneigt sind. Aber auch mangelndes Interesse an Politik spielt hier eine Rolle, vor allem für die unter 35-Jährigen.

NEUMITGLIEDER-FRAGEBÖGEN

Noch immer verlassen viele Mitglieder nach nur kurzer Zeit wieder die SPD. Für schnelle und gute Integration von Neumitgliedern in den Ortsverein stellt das Willy-Brandt-Haus einen Neumitgliederfragebogen zur Verfügung, der kontinuierlich weiter entwickelt wird. Im Folgemonat des Eintritts sowie nach 6 Monaten Mitgliedschaft werden die Neumitglieder gefragt: Was erwartet ihr von Eurer Mitgliedschaft? Wie wollt Ihr Euch einbringen? Und wie fühlt Ihr Euch in der Partei aufgenommen?

Die Ergebnisse gehen per E-Mail automatisch an alle zuständigen Ortsvereinsvorsitzenden und Mitgliederbeauftragten. Die Geschäftsstellen können die Ergebnisse über die MAVIS abrufen.

ONLINE-EINTRITTE

Die Möglichkeiten, online in die SPD einzutreten, wurden erweitert und verbessert. Ein Problem war, dass viele, die sich an einer Mitgliedschaft interessiert zeigten, das Aufnahmeverfahren wieder verließen, ohne dies abzuschließen. Das Formular wurde daher mit dem Ziel überarbeitet, den Online-Eintritt noch einfacher zu gestalten. Interessierte, die den Aufnahmeprozess dennoch abbrechen, werden nochmals vom Parteivorstand angeschrieben, um aufgetretene Fragen zu beantworten und Unterstützung anzubieten.

KLARTEXT-KONFERENZEN

Um den direkten Austausch von Neumitgliedern mit der Parteispitze zu ermöglichen, veranstaltete das WBH regelmäßig Klartext-Onlinekonferenzen. Ausgeloste Mitglieder wurden eingeladen mit Martin Schulz, Olaf Scholz, Ralf Stegner, Sigmar Gabriel, Andrea Nahles und Katarina Barley über aktuelle Themen zu diskutieren. Zusätzlich stand die Generalsekretärin jeden zweiten Monat Neumitgliedern Rede und Antwort.

WERBEMATERIALIEN

Für die Mitgliederwerbung stellt das WBH zudem viele interessante Materialien und Grafikvorlagen zur Verfügung. Getreu dem Motto „Keine Aktion ohne Mitgliederwerbung“ bietet der SPD-Shop ein Grundsortiment an Materialien für Veranstaltungen, Aktionsstände oder Bürgerbüros an. Im Internet-Portal „Meine Gestaltung“ steht ein Logo für die Mitgliederwerbung zur Verfügung, das lokalisiert oder personalisiert werden kann – für den Einsatz im Internet, in den sozialen Netzwerken oder auf vor Ort produziertem Werbematerial.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Zum 31. Dezember 2015 hatte die SPD 442.814 Mitglieder. Der Mitgliederbestand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 17.088 (-3,72 Prozent). Das Durchschnittsalter beträgt nun 60 Jahre. Der Frauenanteil in der Mitgliedschaft stieg wiederholt an und lag Ende 2015 bei 32,05 Prozent. 67,95 Prozent der Mitglieder waren Männer. Fast 11 Prozent der Mitglieder sind unter 35 Jahren, also im Juso-Alter. Die Gruppe der Mitglieder im Alter von 60 und aufwärts macht inzwischen 55,8 Prozent der Gesamtmitgliedschaft aus. Die Zahl der Eintritte war im Kalenderjahr 2015 niedriger als die Zahl der Austritte. Der Demografie-Faktor ist angestiegen, aber nicht die Hauptursache für die rückläufige Mitgliederentwicklung. 49,1 Prozent der Eintritte im Kalenderjahr 2015 sind jünger als 35 Jahre, also im Juso-Alter, 37,9 Prozent im Alter zwischen 35 und 59 Jahren und 13 Prozent sind im Alter von 60 und aufwärts. In der Altersstruktur sind die Neumitglieder 2015 etwas jünger als die Neumitglieder 2014.

Zum 31. Dezember 2016 hatte die SPD 432.706 Mitglieder. Der Mitgliederbestand verringerte sich im Vergleich zum 31.12.2015 um 10.108 (-2,28 Prozent). Das Durchschnittsalter beträgt 60 Jahre. Der Frauenanteil in der Mitgliedschaft stieg wiederholt an und lag Ende 2016 bei 32 Prozent. 68 Prozent der Mitglieder waren Männer. 11 Prozent der Mitglieder sind unter 35 Jahren, also im Juso-Alter. Die Gruppe der Mitglieder im Alter von 60 und aufwärts macht inzwischen 56 Prozent der Gesamtmitgliedschaft aus. Die Zahl der Eintritte war im Kalenderjahr 2016 wesentlich höher als im Kalenderjahr 2015. Im Vergleich zum Kalenderjahr 2015 sind die Eintritte um 36 Prozent gestiegen. Der Demografiefaktor ist gesunken. 50 Prozent der Eintritte im Kalenderjahr 2016 sind jünger als 35 Jahre, also im Juso-Alter, 38 Prozent im Alter zwischen 35 und 59 Jahren und 12 Prozent sind im Alter von 60 und aufwärts. In der Altersstruktur sind die Neumitglieder 2016 etwas jünger als die Neumitglieder 2015.

MITGLIEDERENTWICKLUNG 2015 / 2016

NAME	GESAMT 31.12.2015	GESAMT 31.12.2016	DAVON WEIBLICH ´15	DAVON WEIBLICH ´16
SPD-LV Schleswig-Holstein	17.282	16.911	6.118	5.971
SPD-LV Mecklenburg Vorpommern	2.709	2.721	862	859
SPD-Landesorganisation Hamburg	10.439	10.405	3.514	3.483
SPD-Landesorganisation Bremen	4.308	4.140	1.461	1.412
SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen	5.635	5.571	1.759	1.739
SPD-Bezirk Weser-Ems	15.274	15.200	4.692	4.689
SPD-Bezirk Hannover	26.961	26.544	8.335	8.265
SPD-Bezirk Braunschweig	9.814	9.571	2.994	2.969
SPD-LV Sachsen-Anhalt	3.449	3.397	929	913
SPD-Landesverband Brandenburg	6.007	5.995	1.747	1.758
SPD-Landesverband Berlin	16.895	17.145	5.744	5.873
SPD-Bezirk Hessen-Nord	18.723	17.940	5.258	5.098
SPD-Bezirk Hessen-Süd	34.939	34.067	10.539	10.396
SPD-LV Thüringen	3.891	3.726	1.074	1.038
SPD-LV Sachsen	4.268	4.295	1.053	1.066
SPD-Landesverband Saar	18.640	18.131	6.116	5.988
SPD-Landesverband BADEN-WÜRTTEMBERG	34.711	34.138	11.291	11.153
SPD-Landesverband Bayern	59.872	58.296	19.510	19.161
SPD-LV Rheinland-Pfalz	37.241	36.308	11.482	11.276
SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen	111.756	108.205	37.442	36.421
SPD gesamt	**442.814**	**432.706**	**141.920**	**139.528**

GLEICHSTELLUNGS-POLITIK

GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

INTERNATIONALE FRAUENTAGE *2015 – „STARKE FRAUEN FÜR EINE STARKE WELT“*

Im Vorfeld des Internationalen Frauentages beschloss der Parteivorstand am 2. März 2015 eine Resolution zur Gleichstellungspolitik. Die Themen der Resolution spiegelten sich auch in einer Themenwoche wieder, die der Parteivorstand vor allem online durchführte. Im Fokus der Resolution stand die Tatsache, dass Frauen und ihre Lebenswege vielfältig sind. Die SPD will Frauen ermöglichen, frei und selbstbestimmt über ihr Leben zu entscheiden. Die Resolution verwies auf das, was die Partei schon geschafft oder auf den Weg gebracht hatte und welche weiteren Vorhaben es noch gab.

Im Mittelpunkt standen die Themen:

- Gesetz zur „Frauenquote“
- Rückkehrrecht von Teilzeit zur früheren Arbeitszeit
- Zeitpolitik / Zeitgerechtigkeit
- Familienarbeitszeit

Die ASF bezog sich mit ihrem Motto „Starke Frauen für eine starke Welt“ auf die Kampagne „Peking plus 20“. Im Jahr 2015 wurde weltweit an die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking vor 20 Jahren erinnert.

SPD-Wandzeitung „Gute Politik für Sie“, 2015;

2016 – „FRAUEN BRECHEN AUF“.

Bei der Jahresauftaktklausur 2016 setzte der Parteivorstand ein starkes Zeichen für die Frauen. Der Beschluss „Mehr Respekt – Mehr Gerechtigkeit – Mehr Unterstützung. 2016 – Ein Jahr für die Frauen“ machte deutlich: In den vergangenen zwei Jahren war es der SPD in der Bundesregierung gelungen, einen politischen Perspektivwechsel zu erreichen und die Belange der Frauen in den Mittelpunkt zu rücken. CDU/CSU hatten dagegen erbitterten Widerstand geleistet und zentrale Reformprojekte lange blockiert, obwohl diese Bestandteil der gemeinsamen Koalitionsvereinbarung waren.

Der Parteivorstand kündigte an, den Weg der gesellschaftlichen Modernisierung auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode konsequent weiterzuverfolgen. Dafür hatte sich die Partei viel vorgenommen. Dies galt u.a. für folgende Ziele:

- Gerechtigkeit in der Arbeitswelt schaffen;
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern;
- Frauen im Beruf und in der Wirtschaft stärken;
- Frauen vor Gewalt schützen;
- Respekt im Alltag verschaffen, Geschlechterbild modernisieren;
- Frauenrechte international stärken.

Folgerichtig wurde auch zum Internationalen Frauentag am 8. März 2016 dieser Schwerpunkt aufgegriffen. „Der Internationale Frauentag ist in diesem Jahr politisch wie lange nicht mehr. Im Fokus stehen zum einen arbeitsmarkt- und sozialpolitische Themen: die Lohngerechtigkeit für Frauen, die Frauenquote in Unternehmen, die Neuordnung der Pflegeberufe. Zum anderen wird nach den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln stärker über das Geschlechterverhältnis, über Sexismus und Gewalt in unserer Gesellschaft diskutiert“, erklärte Generalsekretärin Katarina Barley.

Die ASF setzte den Akzent zum Frauentag etwas anders mit ihrem Motto „Frauen brechen auf“. Es wurde an den ersten Internationalen Frauentag vor 100 Jahren erinnert. Und es wurde deutlich: Frauen brechen auf – in ein Leben frei von Sexismus und Gewalt!

EQUAL PAY DAY

In guter Tradition beteiligte sich der Parteivorstand am jährlichen Equal Pay Day, um auf das Thema Lohngerechtigkeit aufmerksam zu machen.
Am 20. März 2015 lautete das Motto der Kundgebung am Brandenburg Tor „Recht auf mehr!“. Prominente Sozialdemokratinnen wie Manuela Schwesig, Yasmin Fahimi, Elke Ferner und Johanna Uekermann unterstützten dieses Anliegen. Zum Equal Pay Day am 18. März 2016 betonte die neue Generalsekretärin Katarina Barley: „Über Geld spricht man – doch!“ Sie forderte die Kanzlerin auf, das von der SPD eingebrachte Gesetz zur Lohngerechtigkeit rasch umzusetzen. „Am nächsten Equal Pay Day muss klar sein: Das Gesetz ist da, es wirkt und die Lohnlücke wird kleiner. Damit Frauen mehr in der Tasche haben.“

AKTIONSTAG „NEIN ZU GEWALT AN FRAUEN“

Am 25. November 2015 beging der Parteivorstand im Willy-Brandt-Haus den Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Wie in den vergangenen Jahren beteiligten sich der Parteivorstand an der Fahnenaktion der Frauenorganisation „Terre des Femmes e.V. – Menschenrechte für die Frau“. 2015 widmete sich die Aktion unter dem Thema Geflüchtete Frauen und Mädchen“.

Elke Ferner und Katarina Barley demonstrieren mit Beschäftigten des SPD-Parteivorstandes zum Aktionstag „Nein zu Gewalt an Frauen“.
© Thomas Imo / photothek.net

Am 24. November 2016 setzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parteivorstandes gemeinsam mit der Generalsekretärin Katarina Barley und der ASF-Bundesvorsitzenden Elke Ferner ein starkes Zeichen. Mit dem Slogan „Tür auf – Schutzräume für alle gewaltbetroffenen Frauen“ verliehen sie der Forderung nach Schutzräumen für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen Nachdruck.

150. GEBURTSTAG VON LOUISE ZIETZ

Eine besondere Würdigung erfuhr die 1922 verstorbene Louise Zietz anlässlich ihres 150. Geburtstages. Sie war die erste Frau, die in den SPD-Parteivorstand gewählt wurde. Der Parteivorstand gedachte ihrer am 25. März 2015 mit einer Kranzniederlegung auf der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde.

Louise Zietz wurde am 25. März 1865 in Bargteheide geboren. Erst im Mai 1908, fast ein halbes Jahrhundert nachdem die SPD gegründet wurde, war es Frauen per Gesetz erlaubt, sich in Parteien zu betätigen und damit auch in Gremien gewählt zu werden. Auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg im September 1908 wurde Louise Zietz als erste und einzige Frau als Beisitzerin in den zehnköpfigen Parteivorstand gewählt.

Mit der Ehrung erinnerte der Parteivorstand zusammen mit der Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg Birgit Monteiro und dem schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten Franz Thönnes an eine Frau, die zu den Vorkämpferinnen in der SPD gehörte. Sie hat vielen Frauen den Weg in die Politik bereitet.

Kranzniederlegung zum 150. Geburtstag von Louise Zietz: Birgit Monteiro, Elke Ferner und Franz Thönnes (v. l.)
© Thomas Trutschel/photothek.net/SPD

FINANZEN DER PARTEI

VORWORT

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

die langfristige Bewahrung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt für mich nach wie vor den Maßstab meiner Arbeit als Schatzmeister dar.

Kein Schatzmeister und keine Schatzmeisterin der Partei wird je behauptet haben, dass seine oder ihre Arbeit durch die Entwicklungen der vergangenen Jahre einfacher geworden oder die Finanzlage der Partei rosig geworden sei – so etwas verbietet sich schon qua Amt. Wenn ich in diesem Finanzbericht aber feststellen muss, dass wir vor großen Herausforderungen stehen, dann erklärt sich die Ernsthaftigkeit dieser Herausforderungen im Wesentlichen aus den massiven Stimmenverlusten der SPD bei einigen Landtagswahlen und insbesondere der Bundestagswahl 2017. Diese wirken sich auf die Verteilung der staatlichen Mittel erheblich aus und engen die finanziellen Spielräume der Partei mindestens für die Zeit der laufenden Legislaturperiode spürbar ein.
Auf diese Tatsache müssen wir eine politische Antwort finden, die nicht Mangel verwaltet, sondern die Partei so weiterentwickelt, dass diese im digitalen Zeitalter erfolgreich kommunizieren und ihre Mitglieder aktivieren und beteiligen kann, dabei jederzeit kampagnenfähig ist und überzeugende Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit entwickelt.

Es ist ein Grund zur Freude und Zuversicht, dass unsere Partei seit Anfang 2017 mehr als 26.000 neue Mitglieder aufnehmen konnte. Dieser Zuwachs ist eine große Chance und zugleich eine große Verpflichtung für uns: Wenn wir unsere Mitglieder langfristig für eine aktive Arbeit gewinnen wollen, dann müssen wir heute unsere Partei verändern. Hierbei wird es auch darum gehen, wie wir unsere finanziellen Ressourcen am besten einsetzen.
Vor diesem Hintergrund ist es eine unabdingbare Notwendigkeit, die bisherige Ausgabenpolitik des SPD-Parteivorstandes einer gründlichen Neubewertung und einer daraus hervorgehenden Prioritätensetzung zu unterziehen. Nur so kann die politische und finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD auch in Zukunft sichergestellt werden.

Und wenn wir von Ausgaben reden, müssen wir vor allem auf die großen Kostenblöcke schauen: Wahlkämpfe und Personalkosten. Wir werden die Aufgabe zu meistern haben, mit geringeren Mitteln erfolgreiche Wahlkämpfe zu organisieren und mit weniger Personal trotzdem die ehrenamtlichen Strukturen in der Fläche zu entlasten. Dies wird nur funktionieren, wenn wir unsere vorhandenen Ressourcen mit großem Bedacht einsetzen.
Wenn wir als Folge der Bundestagswahlniederlage 2017 jetzt die SPD wirklich konsequent erneuern wollen, müssen wir unsere Bemühungen, das Willy-Brandt-Haus noch mehr als bisher zu einer Serviceeinrichtung für alle Gliederungen weiter zu entwickeln, verstärken. Es geht darum, am Ende die Dienstleistungen zu erbringen, die die Gliederungen auch wirklich brauchen. Ziel muss es außerdem sein, administrative Abläufe so zu vereinfachen, dass vor Ort wieder mehr Zeit dafür vorhanden ist, Politik zu machen.
Es gibt gute Beispiele dafür, wie z. B. durch die Bündelung von administrativen Aufgaben in regionalen Service-Centern unnötige Kosten vermieden und zugleich auch aktive Mitglieder und hauptamtliche Mitarbeiter vor Ort von Verwaltungsarbeit entlastet werden können. Dies wird nur mit einer abgestimmten Personalentwicklung für die Gesamtpartei gelingen.
In guten Gesprächen mit den Verantwortlichen aus Landesverbänden und Bezirken konnte die Schatzmeisterei die Vorarbeiten für neue Formen der Zusammenarbeit zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden bzw. Bezirken abschließen. Nach dem ordentlichen Parteitag 2017 sollen in ersten Modellprojekten diese neuen Kooperationsformen in der Praxis verankert werden. Es ist das Ziel in den Bereichen Administration, Organisations- und Personalentwicklung sowie der Kampagnenfähigkeit zu Kooperationen zu kommen, die die Gesamtpartei sowohl finanziell, als auch vom Arbeitsaufwand her spürbar entlasten. Dazu werden wir mit den Landesverbänden bzw. Bezirken gemeinsame Zielvereinbarungen erarbeiten, um verlässliche und ergebnisorientierte Arbeitsstrukturen zu schaffen.

Der Parteivorstand hat in seiner Sitzung im Juli diesen Jahres beschlossen, in den nächsten Jahren auf allen Ebenen der Partei erhebliche Investitionen in den Bereichen der EDV-Ausstattung, moderner Informations- und Kommunikationsplattformen sowie eines professionellen Datenmanagements für erfolgreiche Wahl- und Kommunikationskampagnen auf den Weg zu bringen. Nur so können wir unter den Rahmenbedingungen des „Digitalen Zeitalters“ überhaupt noch kampagnen- und kommunikationsfähig bleiben. In der Nutzung digitaler Möglichkeiten liegt auch eine große Chance, mehr Räume für politische Arbeit zu öffnen, Mitglieder zu aktivieren, administrative Abläufe zu vereinfachen und auf mittlere Sicht Geld zu sparen. Der Weg dorthin wird ein Kraftakt, für den PV und die Bezirke bzw. Landesverbände, aber einer der sich lohnt. Er wird gelingen, wenn wir in Zukunft nicht nur enger zusammenarbeiten, sondern auch unsere jeweiligen Ressourcen gut aufeinander abgestimmt einsetzen.

Einen nicht unerheblichen Teil unseres Vermögens machen unsere Immobilien aus. Um dieses Immobilienvermögen gut verwalten, instand halten und nach Möglichkeit weiterentwickeln zu können, habe ich als Treuhänder den Geschäftsführer der Konzentration GmbH Anfang 2014 mit einer grundlegenden Restrukturierung dieses Bereichs beauftragt. Im Ergebnis konnte die Werthaltigkeit und die Liquidität unseres Immobilienbereichs deutlich verbessert werden. Ich verweise hier auf das Kapitel 4.1 dieses Finanzberichtes.

Es ist mir eine große Freude, dass es uns nach vielen mühevollen Anläufen in diesem Jahr endlich gelungen ist, zusammen mit unseren Partnern, der Arbeiterwohlfahrt Sachsen, der sächsischen SPD und der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung mit dem Bau des „Herbert-Wehner-Hauses“ in Dresden zu beginnen. Dies ist ein wichtiges Zeichen für die Sozialdemokratie, sicherlich nicht nur in Sachsen! Wir gehen davon aus, zum Jahresbeginn 2019 den Bau vollenden zu können. Die SPD wird dann auch in der sächsischen Landeshauptstadt mit einer eigenen attraktiven Immobilie an einer städtebaulich markanten Stelle vertreten sein. In diesem Zusammenhang möchte ich allen danken, die mich bei meinem Bemühen, das Herbert-Wehner-Haus doch noch Wirklichkeit werden zu lassen, so großartig unterstützt haben. Namentlich sei hier stellvertretend für alle anderen Genossinnen und Genossen Jürgen Schmude genannt.

Die in der ddvg gebündelten Beteiligungen bilden zusammen mit dem Immobilienbereich den Kern des heutigen Parteivermögens. Diese Beteiligungen leisten seit vielen Jahren einen stabilen Beitrag zur Finanzierung der Partei sichern zugleich die Existenz parteinaher Dienstleistungsunternehmen ab.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass dieses heutige Vermögen der Partei auf der großen Tradition des Kampfes für Freiheit und Emanzipation beruht. Die Bewahrung und Weiterentwicklung dieses Vermögens muss dieser Entstehungsgeschichte Rechnung tragen. Es gibt eine historische Verpflichtung gegenüber den Generationen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die mit ihrem „Arbeitergroschen“ der SPD eigene Druckereien und Zeitungen im Kampf gegen die Unterdrückung ermöglicht haben. Diese unter oft entbehrungsreichen Umständen geschaffenen Werte sind heute zum größten Teil in Form von Beteiligungen an Printmedien in der ddvg organisiert. Dieses Vermögen darf nicht kurzfristigen Finanzbegehrlichkeiten der Partei untergeordnet werden, sondern muss durch eine umsichtige Unternehmenspolitik auch zukünftig einen spürbaren Beitrag zur finanziellen Unabhängigkeit der SPD leisten!
Ich habe deshalb als Treuhänder der ddvg unseren Unternehmensbereich in umfassender Weise extern begutachten lassen, um aus den

Erkenntnissen dieser Gutachten die ddvg so weiter zu entwickeln, dass sie auch weiterhin mit einem modernen und nachhaltigen Geschäftsmodell für die Zukunft gut aufgestellt ist.

Im Jahre 2016 hat der SPD Parteivorstand auf meinen Vorschlag hin einen neuen verjüngten Treuhandaufsichtsrat berufen, der nicht nur mehr „digitale" Kompetenz beinhaltet, sondern bei seiner Berufung auch zum ersten Mal hinsichtlich der beiden Geschlechter quotiert war.

Ich freue mich, dass unser Unternehmensbereich auch weiterhin mit stabilen Ergebnissen zu den Einnahmen bei der SPD beitragen konnte. Das Unternehmensergebnis der ddvg zeigt seit 2013 ein stabil positives Bild.

Ich habe oben über die Geschichte des Unternehmensbereichs und die daraus resultierende Verantwortung gesprochen. Diese Verantwortung endet nicht beim Erhalt und der Entwicklung der reinen Vermögenswerte, sondern wir haben auch einen politischen Anspruch dahingehend, was wir tun und wie wir es tun. Die Medien sind in den vergangenen Jahren unter ökonomischen und zuletzt auch unter politischen Druck gekommen. Wenn es salonfähig wird, Worte wie „Lügenpresse" zu verwenden, dann steckt hierin ein Angriff auf die freie Presse und das freie Wort. Aufgrund unserer historischen Wurzeln sehe ich unsere Unternehmen in einer besonderen Verantwortung, den Feinden der Freiheit, die zurzeit Morgenluft wittern, entschieden entgegen zutreten: Gegenüber Intoleranz, Rassismus, Nationalismus und Demokratiefeindlichkeit gibt es keine Neutralität.

Die ddvg hat sich hierzu bereits klar positioniert und wird dies auch weiter tun. Wichtig bleibt es aber auch, die ökonomischen Herausforderungen der Digitalisierung zu meistern. Neben Innovation wird es vor allem darauf ankommen, einen qualitativ hochwertigen Journalismus zu bieten. Schon in den vergangenen Finanzberichten wurde geschildert, dass die Tarifstruktur in den Verlagen erodiert. Es versteht sich von selbst, dass wir dies mit Sorge sehen und hoffen, dass die Tarifparteien sich auf neue Tarifmodelle verständigen können, die geeignet sind, dem Wandel in der Medienbranche Rechnung zu tragen.

Da die Medienstrukturkrise die oben genannten politischen und ökonomischen Herausforderungen bietet, ist es angemessen, die Anforderungen, die wir an das Handeln unseres Unternehmensbereichs haben, offen zu diskutieren und auch in einem „Code of Conduct" oder vergleichbarem Regelwerk zu fassen.

Nachdem die „Sponsoring-Praxis" sogenannter „Vorwärtsgespräche" unserer damaligen Agentur Network Media (NWMD) dem Ansehen dieser Agentur und der SPD selbst großen Schaden zugefügt hat, habe ich als Treuhänder sofort entsprechende Konsequenzen gezogen. Das erwähnte Veranstaltungsformat wurde unmittelbar eingestellt. Nach einer umfangreichen Untersuchung wurden sämtliche gesponserten Vorwärtsgespräche des betroffenen Zeitraums mit den Namen der Sponsoren und der exakten Summe des gesponserten Geldbetrages veröffentlicht. Auch wenn Gesetzesverstöße nicht festgestellt werden konnten, ist deutlich geworden, dass die Agentur einen Neuanfang brauchte. Die Agentur wurde umgebaut und arbeitet jetzt mit neuer Führung unter dem Namen „Agentur für strategische Kommunikation" (ASK) mit einem neuen Portfolio, welches sich deutlicher an den Bedarfen der Partei und den betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten orientiert.

Jetzt, wo sich die SEB aus dem Geschäftskundensegment, zu welchem auch die SPD zählte, zurückgezogen hat, zeigt es sich, wie richtig unsere Entscheidung war, die Berliner Sparkasse als neue „Hausbank" des SPD Parteivorstandes zu gewinnen. Die Zusammenarbeit mit der Berliner Sparkasse bezieht auch den gesamten Unternehmensbereich mit ein, sodass wir die Voraussetzungen für ein gemeinsames „Liquiditätsmonitoring" des PV und seiner Unternehmen geschaffen haben. Darüber hinaus sehen wir unsere Zusammenarbeit mit der Berliner Sparkasse auch noch einmal als ein politisches Zeichen der Sozialdemokratie für den Sparkassensektor.
Seit meinem Amtsantritt setze ich mich als Schatzmeister für mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung ein. Deshalb hat es mich sehr gefreut, dass es uns gelungen ist, unter der Federführung meiner geschätzten Bundestagskollegin Eva Högl einen neuen Gesetzesvorschlag zur Änderung des Parteiengesetzes vorzulegen, der Sponsoring als eigene Einnahmeposition den Transparenzregeln des Parteiengesetzes unterwirft. Mit dem bisherigen Koalitionspartner CDU/CSU waren aber bessere Transparenzregeln hinsichtlich des Sponsorings im Parteiengesetz nicht umsetzbar.

Darüber hinaus hat der Parteivorstand im Dezember 2016 auf meinen Vorschlag hin durch einen entsprechenden Beschluss seine Sponsoring-Richtlinie um eine Transparenzregel ergänzt, die vorsieht, dass ab dem 1. Januar 2017 jede einzelne Einnahme von allen gesponserten Veranstaltungen mit Namen des werbenden Unternehmens und gezahlter Summe auf unserer Homepage im Bereich Finanzen ausgewiesen wird. Nur wer diesem Verfahren zustimmt, wird als Sponsor zugelassen.

Ebenso habe ich sehr gerne den Vorschlag der Kontrollkommission für die Erarbeitung neuer moderner „Verhaltensregeln für die Wahrnehmung von Ämtern, Funktionen und Mandaten" in die Tat umgesetzt.
Auf meinen Vorschlag hin hat der Parteivorstand am 17. Juli 2017 neue Verhaltensregeln beschlossen, die die alten Verhaltensregeln von 1995 abgelöst haben. Auch hier haben wir das Thema Sponsoring nunmehr klar geregelt. So empfehlen wir darin den Landesverbänden und Bezirken ihre Sponsoringeinnahmen entsprechend zu veröffentlichen. Diese Transparenz erwarten die neuen Verhaltensregeln auch von politischen Zusammenschlüssen, die sich auf die Sozialdemokratie berufen, aber nicht dem Statut der SPD unterliegen. Gleiches gilt für die Unternehmen, die zu 100 Prozent im Eigentum der SPD sind. Nunmehr gibt es in den neuen Verhaltensregeln auch eine Regelung zu möglichen Sanktionen. Jetzt fällt der Kontrollkommission die Aufgabe zu, über die Umstände eines möglichen Verstoßes zu beraten und darüber hinaus bei Verstößen mögliche Sanktionen zu prüfen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus, die mich bei meiner Arbeit als Schatzmeister unterstützt haben, herzlich bedanken. Ebenso danke ich der Schatzmeister- und Kassierer-Konferenz sowie der Kontrollkommission für die kritisch-konstruktive, stets kollegiale Zusammenarbeit.

Ein ganz großes Dankeschön möchte ich aber allen ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern für ihre so unschätzbar wichtige Arbeit vor Ort sagen!

Euer
Dietmar Nietan

Dietmar Nietan MdB, Schatzmeister der SPD. Foto: Susie Knoll

EINNAHME-ENTWICKLUNG

1.1 DIE EINNAHMEN AUS BEITRÄGEN

Weiterhin stellen die Mitgliedsbeiträge und die Mandatsträgerbeiträge mit etwa 47,8 Prozent (2015) bzw. 47,7 Prozent (2016) die wichtigste Einnahmequelle der Partei dar. In 2015 konnte die SPD Beitragseinahmen in Höhe von 75,0 Mio. EUR und in 2016 in Höhe von 74,9 Mio. EUR verzeichnen.

Diese verteilten sich wie folgt.

	2015	2016
Mitgliedsbeiträge	49,59 Mio. EUR	49,26 Mio. EUR
Mandatsträgerbeiträge	25,42 Mio. EUR	25,61 Mio. EUR

In der SPD waren im Jahr 2015 442.814 Menschen Mitglied, im Jahr 2016 waren es 432.706. Dies bedeutet einen Rückgang von 2,3 Prozent. Die Mitglieder zahlten im Durchschnitt einen Betrag von 9,33 EUR (2015) bzw. 9,48 EUR (2016).
Bisher konnten die Beitragseinnehmen trotz sinkender Mitgliederzahlen leicht erhöht werden. Dies ist in diesem Berichtszeitraum das erste Mal nicht mehr der Fall.
Allerdings werden wir im Jahre 2017 wieder einen Mitgliederzuwachs verzeichnen können. Ob dieser sich langfristig positiv auf unserer Einnahmenseite auswirken kann, wird auch vom Erfolg unserer Bemühungen, die Partei zu erneuern und für Neumitglieder attraktiv zu gestalten, abhängen.

Eine zuverlässige Konstante zur Finanzierung unserer Partei ist nach wie vor die jährlich stattfindende Beitragsanpassung gemäß § 1 Absatz 7 der Finanzordnung. Diese orientiert sich an der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens, ermittelt durch das Bundesamt für Statistik. Von der Anpassung ausgenommen sind Beiträge von Mitgliedern ohne oder mit geringfügigem Einkommen, die 2,50 EUR pro Monat zahlen.
Die Erhöhungen betrugen im Jahr 2015 1,6 Prozent bzw. 1,9 Prozent in 2016. Der Großteil der Mitglieder hat diese Erhöhungen akzeptiert, nur wenige legten Widerspruch ein.
85 Cent pro Beitragseuro verbleiben, nach Abzug der Anteile für die Strukturhilfe, den Innovationsfonds und den Anteil für den „vorwärts“, bei den Landesverbänden und Bezirken, sowie den nachgeordneten Gebietsverbänden, für die die kontinuierliche Anpassung der Beiträge für die Finanzierung der Politik vor Ort von großer Wichtigkeit ist. Der Parteivorstand erhält die restlichen 15 Prozent.

Einen weiteren wichtigen Finanzierungsbeitrag zu unserer politischen Arbeit, insbesondere vor Ort, leisteten mit 25,42 Mio. EUR in 2015 und 25,61 Mio. EUR in 2016 unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.
Diese machten somit 16,34 Prozent (2015) bzw.16,21 Prozent (2016) der Gesamteinnahmen aus. Für die Jahre 2018 ff. wird sich der Rückgang der Zahl unserer Bundestagsmandate von 193 auf 153 mit Verlusten bei den Einnahmen für die Bundespartei auswirken.

1.2 DIE STAATLICHE TEILFINANZIERUNG

Die Höhe der staatlichen Parteienfinanzierung wird von folgenden Faktoren bestimmt:

- Anzahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden
- Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (maximal 3.300 EUR je Person); hierzu zählen die Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge sowie die Spenden.

Sowohl die Wählerstimmen, als auch die Beiträge und Spenden können als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung angesehen werden.
Der Anteil an den staatlichen Mitteln erhöht sich, je stärker also eine Partei von Mitgliedern, Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann.
Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien betrug seit 2002 unverändert 133,0 Mio. EUR, er erhöhte sich erst mit der Novellierung des Parteiengesetzes am 23. August 2011. Gemäß § 18 Abs. 2 Satz 2 PartG wird seit dem Jahr 2013 die absolute Obergrenze jährlich entsprechend der Veränderung des Parteien-Index im Vorjahr erhöht. Die Ermittlung erfolgt durch das Statistische Bundesamt. Der Anspruchsbetrag für alle Parteien belief sich im Jahr 2015 auf 159,25 Mio. EUR, der Anteil der SPD lag hier bei rund 50 Mio. EUR.

Im Jahr 2016 betrug die absolute Obergrenze 160,52 Mio. EUR, die SPD erhielt hiervon 50,78 Mio. EUR.

Der Anteil der staatlichen Mittel machte somit 31,93 Prozent in 2015 und 32,39 Prozent in 2016 aus.

Die Landesverbände und Bezirke erhalten im Rahmen des Parteiinternen Finanzausgleiches ein Drittel der für die SPD festgesetzten Mittel zzgl. eines Zuschusses für die Spendenerfassung in Höhe von 80.000 EUR (siehe 1.6).

1.3 DIE EINNAHMEN AUS SPENDEN

Die Spendeneinnahmen der Parteien sinken in der Regel in den Jahren zwischen den Bundestagswahlen ab. Allerdings zeigten sich im Jahr 2015 sowohl bei der SPD aber auch bei CDU und CSU außergewöhnlich deutlich gesunkene Spendeneinnahmen im Vergleich zu den beiden Vorjahren. Eine Rolle mag dabei gespielt haben, dass sich das – auch finanzielle – Engagement vieler Menschen im Jahr 2015 auf die Unterstützung der vor allem aus dem Bürgerkriegsland Syrien nach Deutschland geflüchteten Menschen konzentrierte. Der Schatzmeister der SPD hat daher auch im Jahr 2015 entschieden, auf größere Spendenaktionen zu verzichten. Auch dies spiegelt sich selbstverständlich in den Zahlen der Gesamtpartei für 2015 wieder.
Im Jahr 2016 konnte die Partei dann wieder eine leichte Steigerung der Einnahmen verzeichnen. Die Spendeneinnahmen betrugen im Jahr 2015 insgesamt 9,83 Mio EUR, im Jahr 2016 waren es 11,1 Mio. EUR.
Auch die Wirtschafts- bzw. Unternehmensspenden an die SPD sanken von - traditionell geringem – Niveau noch einmal ab. So waren es wieder die Mitglieder der SPD, die den größten Teil der Spenden an die Partei aufbrachten. Mitglieder also, die ihre Partei zusätzlich zu ihren Beitragszahlungen finanziell unterstützen. Dies ist, ebenfalls unverändert, bei den Unionsparteien und der FDP anders, die deutlich größere Teile ihrer Gesamteinnahmen den Spenden und hierbei auch den Spenden von Unternehmen verdanken.

So vergrößert sich der Abstand insgesamt weiter: Seit 1998 haben die Unionsparteien insgesamt über 400 Millionen EUR mehr an Spenden eingenommen als die SPD.

ANTEIL DER SPENDEN AN DEN GESAMTEINNAHMEN *DER IM BUNDESTAG VERTRETENEN PARTEIEN 1998-2015*

JAHR	SPD	IN %	CDU	IN %	CSU	IN %	CDU/CSU	B90/GR.	IN %	FDP*	IN %	LINKE	IN %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	46.298	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	41.174	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	35.447	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	36.346	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	49.325	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	27.114	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	33.962	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	44.938	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	28.938	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	29.750	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	38.623	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	50.191	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56
2010	9.556	6,49	17.616	12,76	5.464	15,61	23.080	4.043	12,95	5.991	17,44	2.093	7,52
2011	12.105	7,77	21.819	15,48	5.870	15,85	27.689	4.850	13,17	6.609	19,27	1.935	6,73
2012	10.507	6,94	18.200	13,28	5.666	16,36	23.866	3.929	10,24	5.864	17,20	1.924	6,47
2013	14.960	9,10	30.805	20,29	14.639	30,74	45.444	4.980	12,41	10.902	32,71	2.571	9,32
2014	15.108	9,34	25.920	17,62	13.623	29,13	39.543	4.747	11,97	7.804	28,95	2.289	8,43
2015	9.826	6,27	19.809	13,75	5.968	10,11	25.777	4.193	10,48	7.155	27,74	1.903	6,81
1998-2015	247.000		470.567		176.939		647.505	79.956		166.048		45.576	
Durchschnitt		**8,52**		**18,27**		**23,99**			**15,14**		**31,00**		**10,91**

ANTEIL DER SPENDEN JUR. PERSONEN AN DEN GESAMTEINNAHMEN
DER IM BUNDESTAG VERTRETENEN PARTEIEN 1998-2015

JAHR	SPD	IN %	CDU	IN %	CSU	IN %	B90/GR.	IN %	FDP*	IN %	LINKE	IN %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65
2010	1.749	1,19	6.121	4,43	2.035	5,81	539	1,73	1.793	5,22	21	0,08
2011	2.450	1,60	7.276	5,15	2.281	6,16	860	2,34	1.738	5,07	29	0,10
2012	1.951	1,29	6.050	4,41	2.601	6,82	520	1,36	1.636	4,80	34	0,12
2013	2.905	1,77	10.744	7,11	6.080	12,77	697	1,74	3.699	11,10	85	0,31
2014	2.532	1,57	7.910	5,38	3.891	8,32	657	1,66	1.967	7,30	25	0,13
2015	1.796	1,15	6.389	4,46	2.190	3,71	580	1,45	1.880	7,29	2	0,01
1998-2015	47.237		150.615		66.390		9.845		43.744		904	
Durchschnitt		**1,63**		**5,81**		**8,99**		**1,82**		**7,93**		**0,21**

Beide Tabellen: Angaben in Tsd. Euro (gerundet);
in %: Anteil an den Gesamteinnahmen
Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien
FDP*: Die Partei ist seit der BTW 2013 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

1.4 DIE EINNAHMEN AUS SPONSORING

Unsere mehrtägigen Bundesparteitage sind für Aussteller und Sponsoren aufgrund der großen Zahl der politisch interessierten Gäste und dem Medieninteresse eine attraktive Werbeplattform. Im Berichtszeitraum erzielten wir mit dem ordentlichen Parteitag 2015 in Berlin die größte Einnahme im Bereich Sponsoring.

Obgleich Sponsoring nicht ausdrücklich im Parteiengesetz geregelt ist, bewegen wir uns trotz der Kritik an der Sponsoringpraxis der Parteien nicht in einem rechtsfreien Raum. Jedes Sponsoring wird vertraglich festgehalten. Es zählt zum wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Partei, wird versteuert und fließt im Rechenschaftsbericht ein in den Sammelposten „Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeiten“.

Die SPD war und ist hier immer um Transparenz bemüht. So werden bereits seit 2011 auf unserer Homepage die Namen der Aussteller und Sponsoren der Parteitage veröffentlicht. Im Finanzbericht wurden zudem die gesamten Sponsoringeinnahmen auf Bundesebene seit 2001 fortlaufend dokumentiert (siehe Abb.).

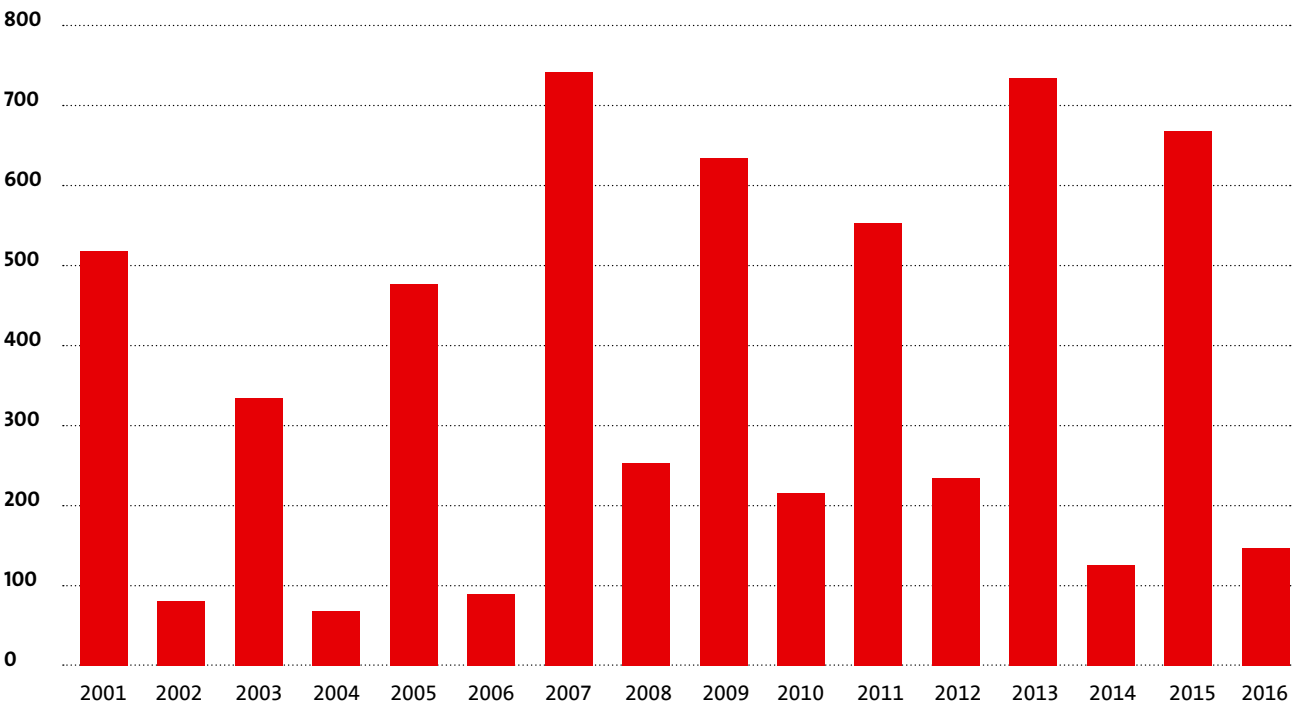
Solange jedoch eine gesetzliche Transparenzvorgabe fehlt, wird die Kritik nicht abreißen. Es fehlt an einer verbindlichen Definition und einer gesonderten Einnahmeposition im Rechenschaftsbericht. Sie würde in unserem Fall den relativ geringen finanziellen Anteil im Vergleich zu den anderen Einnahmen belegen. Dies allein könnte helfen, die Diskussion zu versachlichen.

Die SPD hat sich immer für mehr Transparenz im Parteiengesetz im Bereich des Sponsorings eingesetzt. Zuletzt hat die SPD-Bundestagsfraktion noch einmal Mitte 2017 in enger Zusammenarbeit mit dem Schatzmeister einen neuen Gesetzesvorschlag zur Änderung des Parteiengesetzes vorgelegt. Mit dem bisherigen Koalitionspartner CDU/CSU waren aber bessere Transparenzregeln hinsichtlich des Sponsorings im Parteiengesetz nicht möglich.

Auf Initiative des Schatzmeisters und der Kontrollkommission hat die SPD ihre Bemühungen über die Vorgaben des Parteiengesetzes hinaus Transparenz im Bereich des Sponsorings herzustellen noch einmal verstärkt: In diesem Sinne hat der Parteivorstand im Dezember 2016 durch einen entsprechenden Beschluss seine Sponsoring-Richtlinie um eine Transparenzregel ergänzt, die vorsieht, dass ab dem 1. Januar 2017 jede einzelne Einnahme von allen gesponserten Veranstaltungen mit Namen des werbenden Unternehmens und gezahlter Summe auf unserer Homepage im Bereich Finanzen ausgewiesen wird. Nur wer diesem Verfahren zustimmt, wird als Sponsor zugelassen.

Wir empfehlen in den 2017 verabschiedeten überarbeiteten „Verhaltensregeln der SPD“, den Landesverbänden und Bezirken, ihre Sponsoringeinnahmen entsprechend zu veröffentlichen. Diese Transparenz erwarten die neuen Verhaltensregeln auch von politischen Zusammenschlüssen, die sich auf die Sozialdemokratie berufen, aber nicht dem Statut der SPD unterliegen. Gleiches gilt für die Unternehmen, die zu 100 Prozent im Eigentum der SPD sind.

EINNAHMEN DES PARTEIVORSTANDES AUS SPONSORING UND VERMIETUNG VON STANDFLÄCHEN *IN TSD. EURO*



1.5 DIE EINNAHMEN AUS VERMÖGEN

Einnahmen aus Vermögen erzielt die Partei insbesondere aus der jährlichen Ausschüttung der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg).

Im Vergleich zu der Ausschüttung in der vorangegangenen Berichtsperiode (2013/2014 8,7 Mio. EUR) wurden in den Jahren 2015/2016 rund 8,2 Mio. EUR ausgeschüttet. Dies beinhaltet auch Sondertilgungen der ddvg in Höhe von 3,5 Mio. EUR (alle Angaben jeweils netto).
Die Hälfte des Geldes diente der Reduzierung der Finanzierungsraten für das Willy-Brandt-Haus. Der verbleibende Betrag der Finanzierung der auf die Bruttoausschüttung entfallenen Steuer und der Parteiarbeit.

1.6 PARTEIINTERNER FINANZAUSGLEICH

Seit 1994 gibt es den Parteiinternen Finanzausgleich zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden/Bezirken, da ab diesem Jahr die staatliche Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse umgestellt wurde.

Als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel dienen neben den erzielten Wählerstimmen auch die Zuwendungen.

Die Einbeziehung der Zuwendungen führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle zur Verteilung der staatlichen Mittel entwickelt.

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 31 Prozent für die Landesverbände und 69 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln wird über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände weitergegeben.
Seit 1994 erfolgt eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln. Dem steht die Beitragsverteilung von 85Prozent zu 15Prozent zugunsten der Gliederungen gegenüber.

ÜBERSICHT STAATLICHE MITTEL 1991 – 2016

	1991 – 1993 Ø PRO JAHR		1994 – 2001 Ø PRO JAHR		2002 – 2010 Ø PRO JAHR		2011 – 2012 Ø PRO JAHR		2013 – 2014 Ø PRO JAHR		2015 – 2016 Ø PRO JAHR		VERÄNDERUNG GGÜ. 1991 – 1993	
	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%
Landesverbände														
von den Landtagen	13.302.000 €		7.403.000 €		5.450.000 €		5.008.000 €		5.407.000 €		5.336.000 €			
aus Finanzausgleich	0 €		8.141.000 €		8.923.000 €		9.738.000 €		9.765.000 €		10.637.000 €			
LV-Gesamt	13.302.000 €	30%	15.544.000 €	33%	14.373.000 €	34%	14.746.000 €	33%	15.172.000 €	31%	15.973.000 €	35%	2.671.000 €	20,1%
Parteivorstand	**30.996.000 €**	**70%**	**31.541.000 €**	**67%**	**28.459.000 €**	**66%**	**30.233.000 €**	**67%**	**33.101.000 €**	**69%**	**30.202.000 €**	**65%**	**-794.000 €**	**-2,6%**
SPD-Gesamt	44.298.000 €	100%	47.085.000 €	100%	42.832.000 €	100%	44.979.000 €	100%	48.273.000 €	100%	46.175.000 €	100%	1.877.000 €	4,2%

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. € (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. € (= 245 Mio. DM),
von 2002 bis 2010 auf 133 Mio. €; 2011, 141,9 Mio. EUR; 2012, 150,8 Mio. EUR; 2013, 154,1 Mio. EUR; 2014, 156,7 Mio. EUR; 2015, 159,2 Mio. EUR; 2016, 160,5 Mio. EUR

2. MITTELBEWIRTSCHAFTUNG UND HAUSHALTSENTWICKLUNG

Im Berichtszeitraum konnten durch die Einnahmen die Ausgaben gedeckt werden. Für die Bundestagswahl im Jahr 2017 konnten die notwendigen Rücklagen gebildet werden.
Nach wie vor stellen für den Parteivorstand die Einnahmen aus Spenden, die Beitragsanteile sowie der Anteil an den staatlichen Mitteln die wichtigsten Einnahmequellen dar.

Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 20,4 Prozent (2013/2014: 18,2 Prozent), der Anteil der staatlichen Mittel betrug 70 Prozent (2013/2014: 56,9 Prozent). Insgesamt sind die Einnahmen leicht rückläufig.

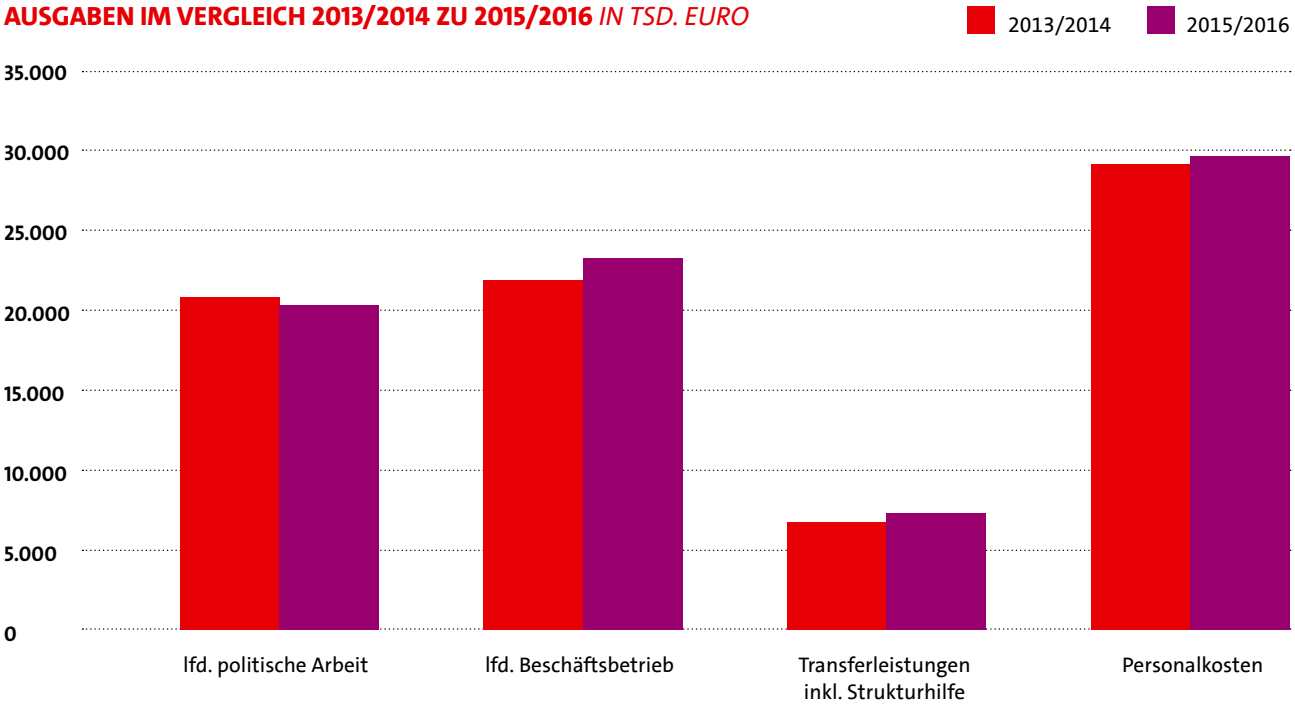
Der Aufwand für politische Arbeit inklusive Öffentlichkeitsarbeit entsprach einem Anteil von 23,2 Prozent gegenüber 2013/2014 einem Anteil von 26,5 Prozent.
Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV und der Restrukturierung des Unternehmensbereiches entsprachen 2013/2014 einem Anteil von 27,3 Prozent und im Berichtszeitraum 32,1 Prozent.
Der Anteil der Transferleistungen an den Gesamtausgaben betrug im Berichtszeitraum 8,2 Prozent (2013/2014: 8,3 Prozent).

Für den Vorwahlkampf zur Bundestagswahl wurden in 2016 bereits rund 2 Mio. EUR aufgewendet. Ebenfalls wurde in 2016 bereits Personal für den bevorstehenden Wahlkampf eingestellt. Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben lag bei 34,1 Prozent. In 2013/2014 betrug der Anteil 37,7 Prozent.

Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Durch das schlechte Abschneiden bei der Bundestagswahl 2017 ist trotz der Novellierung des Parteiengesetzes in Zukunft mit spürbar niedrigeren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein vernünftiges Verhältnis der Ausgaben für Politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes der Jahre 2015 und 2016 wurde regelmäßig unterjährig durch die Kontrollkommission geprüft und nicht beanstandet. Ebenso erfolgte eine Prüfung und Testierung nach den Vorschriften des Parteiengesetzes durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, diese ergab ebenfalls keine Beanstandungen.

AUSGABEN IM VERGLEICH 2013/2014 ZU 2015/2016 *IN TSD. EURO*



3. STRUKTURHILFEN FÜR DIE OSTDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDE

Die Strukturhilfe für die ostdeutschen Landesverbände wurde 1990 auf dem Berliner Parteitag beschlossen. Die Strukturhilfe dient der Sicherung einer handlungsfähigen Organisation und wird durch die Mitglieder aller Bundesländer getragen. Von jedem Mitgliedsbeitrag werden seither 0,26 EUR je Monatsbeitrag einbehalten.

Die ostdeutschen Landesverbände erhielten insgesamt in den Jahren 2015 und 2016 hieraus zusammen 2,8 Mio. EUR.
Darüber hinaus hat der Parteivorstand aus seinem Betriebshaushalt eine ergänzende Strukturhilfe in Höhe von insgesamt 825 TEUR geleistet, wobei auf das Jahr 2015 450 TEUR und 375 TEUR auf 2016 entfallen.

Im Jahr 2015 macht das einen Gesamtbetrag von 1,86 Mio. EUR und im Jahr 2016 von 1,77 Mio. EUR aus.

Über die Strukturhilfen hinaus wird es für die Zukunft unserer Partei als Volkspartei von entscheidender Bedeutung sein, wie es uns als Parteivorstand gemeinsam mit den ostdeutschen Landesverbänden gelingt, die Verankerung der SPD in der Fläche in den neuen Ländern wieder voran zu bringen.

4. UNTERNEHMENSBEREICH
4.1 IMMOBILIENBEREICH

Konzentration GmbH und Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH

Dem Immobilienbereich der Partei ist die Konzentration GmbH und die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (für das Willy-Brandt-Haus Berlin) als Obergesellschaften zugeordnet. Daneben ist die Konzentration GmbH an regionalen Grundstücksbesitz- und – verwaltungsgesellschaften der Partei beteiligt.

Die Konzentration GmbH verwaltet neben eigenen Immobilien, die sie in ihrem Betriebsvermögen hält, das Immobilienvermögen der Partei treuhänderisch. Sie nimmt dabei die Eigentumsrechte der Partei wahr und berät regionale Gliederungen auf deren Wunsch bei der Verwaltung des örtlichen Immobilienbesitzes.

Wie bereits im letzten Finanzbericht des Schatzmeisters erläutert, setzen die Konzentration GmbH und die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin („Willy-Brandt-Haus“) das im Sommer 2014 vom Schatzmeister freigegebene Restrukturierungskonzept für den Immobilienbereich der Partei weiter um. Inzwischen sind die Fortschritte so weit gediehen, dass bereits mit dem Ende des Geschäftsjahres 2017 der sich aus diesem Konzept ergebende Arbeitsplan abgearbeitet sein wird – ein Jahr früher als ursprünglich geplant.

Die Maßnahmen greifen, wie aus den Jahresabschlüssen zunehmend ersichtlich wird. So konnte der bilanzielle Verschuldungsgrad des Treuhandvermögens „Immo“ (ohne „Willy-Brandt-Haus“) von 71,8 v. H. (2012) auf unter 60 v.H. gesenkt werden. Mittelfristiges Ziel bleibt ein Verschuldungsgrad von um 50 v.H., um auch in Zukunft mögliche Zinsänderungsrisiken abfangen zu können und den Immobilienbesitz der Partei nachhaltig zu bewirtschaften und ausreichende finanzielle Mittel für Instandhaltungen und Modernisierungen aufbringen zu können.

Das Anlagevermögen des Treuhandvermögens „Immo“ sank im Zuge der Restrukturierung aufgrund von Verkäufen und insbesondere erheblichen Abschreibungen auf Gebäudewerte von 51,1 Mio. EUR (2012) auf 43,9 Mio. EUR. Aufgrund gezielter Investitionen in „starke“ Objekte und der abnehmenden Schuldenlast stieg jedoch das Reinvermögen (Vermögen abzgl. Schulden) von 32,1 Mio. EUR (2012) auf 35,9 Mio. EUR (2016).

Die Konzentration GmbH selbst war 2012 aufgrund einer erheblichen Schuldenlast in ihrer unternehmerischen Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Der Verschuldungsgrad betrug hier fast 127 v.H. (2012). Durch die bereits im letzten Finanzbericht angekündigte Restrukturierung der gesamten Fremdfinanzierung der Konzentration GmbH, die inzwischen abgeschlossen ist, gelang es, den Verschuldungsgrad auf 121 v. H. (2016) zu senken – weniger, aber langfristig immer noch zu hoch. Die weitere Reduzierung der Schulden bleibt auf der Agenda für die nächsten Jahre.

Zugleich wurden gezielt Investitionen in neue Objekte getätigt, die nicht der Parteiarbeit dienen, sondern unter Renditegesichtspunkten erworben wurden, um die Schuldentragfähigkeit insgesamt zu erhöhen. In kontrolliertem Ausmaß wurden daher „alte“ Schulden auch durch „neue“ Schulden bekämpft, was nur aufgrund des derzeit sehr niedrigen Zinsniveaus möglich war. Im Ergebnis hat sich der Schuldenstand daher nominal sogar erhöht, aufgrund der mit diesen Investitionen erfolgten Umsatzausweitung der Konzentration GmbH von 1,3 Mio. EUR (2012) auf 2,1 Mio. EUR (2016) ist die Belastung aus fälligen Zinszahlungen jedoch deutlich gesunken: Mussten 2012 von jedem verdienten EURO noch knapp 30 Cent an Zinsaufwendungen geleistet werden, sind es heute noch 16 Cent.

Schritt für Schritt ergeben sich damit neue unternehmerische Handlungsspielräume. Wir möchten auch in den kommenden Jahren auf diesem Weg weiter voranschreiten, wobei Tempo und Umfang der Neuinvestitionen tendenziell abnehmen werden, um die Bilanz nicht erneut zu überdehnen.

Zum Jahreswechsel 2016/2017 hat sich die Konzentration von ihrer Tochtergesellschaft Mikropress GmbH getrennt. Die Zahlen des Unternehmens, das im Bereich Mikroverfilmung tätig ist, einem Markt, der durch eine stagnative Entwicklung und zunehmende (europaweite) Konzentration sowie einen intensiven Wettbewerb gekennzeichnet ist, verschlechterten sich in den Vorjahren dramatisch. Über ein Management-Buy-Out gelang hier der Ausstieg, so dass die Konzentration sich in Zukunft auf ihre Kernkompetenzen im Bereich der Immobilienwirtschaft konzentrieren kann.

Im letzten Finanzbericht haben wir berichtet, dass wir in zentraler Lage in Dresden ein Grundstück erwerben konnten, das wir zusammen mit unseren Partnern, der Arbeiterwohlfahrt Sachsen, der Sächsischen SPD und der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung mit dem zukünftigen „Herbert-Wehner-Haus“ bebauen wollen. Inzwischen hat der Bau begonnen und wir gehen davon aus, zum Jahresbeginn 2019 den Bau vollenden zu können. Die SPD wird dann auch in der sächsischen Landeshauptstadt mit einer eigenen Immobilie vertreten sein.

Das Willy-Brandt-Haus hat wirtschaftlich eine erfreuliche Entwicklung genommen. Das bilanzielle Reinvermögen (Vermögen abzgl. Schulden) stieg von 31,3 Mio. EUR (2012) auf 42,2 Mio. EUR (2016). Das ist insbesondere der fortschreitenden Tilgung der noch aus der Bauphase resultierenden Darlehen zu verdanken, für die Ausschüttungen der ddvg herangezogen werden.

Das Haus selbst ist nicht nur Sitz des Parteivorstands der SPD, sondern längst auch ein gesellschaftspolitischer und kultureller Anlaufpunkt ersten Ranges in Berlin geworden. Das ist nicht zuletzt der Zusammenarbeit der Verwaltungsgesellschaft mit dem Freundeskreis WBH e.V. zu verdanken. Die Partner haben zur weiteren Vertiefung dieser Zusammenarbeit eine neue vertragliche Grundlage geschaffen.

Auch in Zukunft bleibt es das vornehmliche Ziel des Immobilienbereichs, „Quartiermeister“ der Partei zu bleiben, die bauliche Infrastruktur für die Parteiarbeit vor Ort zu entwickeln und das sozialdemokratische Erbe der historischen Parteihäuser zu pflegen. Daneben soll der Immobilienbereich – soweit er nicht der unmittelbaren Parteiarbeit dient – jedoch auch Bestandteil der Vermögensverwaltung der Partei sein und Immobilieninvestitionen aus Rendite-Gründen tätigen, um langfristig zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Weitere Informationen:
www.willy-brandt-haus.de
www.konzentration.de

4.2 DEUTSCHE DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT MBH

VERSTETIGUNG DES DIGITALEN ENGAGEMENTS

Im vergangenen Berichtszeitraum (2013/2014) hat die ddvg ihre digitale Strategie stärker konturiert und mit der Gründung der Green Lifestyle GmbH und der 2 Welten Investment GmbH die entsprechenden Strukturen hierfür geschaffen. In den Jahren 2015 und 2016 konnten hierauf aufbauend die entsprechenden Beteiligungen weiterentwickelt und auch neue Engagements eingegangen werden.

a) **Green Lifestyle GmbH, GLG**
(100%; Aktivitäten im Themenfeld „Nachhaltigkeit").

- Nachdem die ddvg 2015 ihre Beteiligung an der **Utopia GmbH** auf 100% ausgebaut hatte, wurde eine neue Reichweitenstrategie entwickelt, die im Jahr 2016 ein Wachstum über alle Kanäle von rund 90% erzielt hat. Utopia konnte damit die Position als reichweitenstärkste Plattform für nachhaltigen Lebensstil weiter ausbauen.
- Auch **Avocadostore** konnte seinen Erfolgskurs fortsetzen und den getätigten Außenumsatz im Jahr 2016 gegenüber 2015 um mehr als rund 75% steigern. Die gute Entwicklung des Unternehmens ließ es zu, dass die ddvg über die GLG im Jahr 2016 den Anteilsbesitz an Avocadostore auf 70% aufstocken und mittlerweile sämtliche Anteile übernehmen konnte.

b) In der **2 Welten Investment GmbH, 2WI** (88%) bündelt die ddvg Unternehmungen, die digitale Angebote für solche lokalen und regionalen Bedürfnisse entwickeln, die traditionell früher von Zeitungen bedient wurden.

- Seit dem Jahr 2015 ist die 2Welten Investment am Berliner Startup Locafox beteiligt. Mit dem Eintritt eines neuen strategischen Investors hat sich die Beteiligungsquote von 15,2% auf 12% reduziert.
- In einem wesentlichen Schritt konnte **Locafox** im Jahr 2016 ein tabletgestütztes all-in-one Kassensystem für den kleineren Einzelhandel in den Markt bringen. Mit dem darin integrierten Warenwirtschaftssystem ist den Nutzern nun ohne große Hürden möglich, ihr Warenangebot im Web sichtbar und verfügbar zu machen.
- Die Investition in eine zunächst Minderheits- und mittlerweile Mehrheitsbeteiligung an der **Lokalportal GmbH** (50,16%) verfolgt das Ziel, den Regionalverlagen einen Weg zu eröffnen, sublokale Informationen im Netz zu gewinnen und zu verbreiten. Als sublokale Plattform verbindet „Lokalportal" Akteure aus der Nachbarschaft miteinander, vermittelt nutzwertige Informationen und Nachrichten rund um das jeweilige lokale Umfeld und lädt zum aktiven Mitmachen und Austauschen ein. Die Angebote befinden sich derzeit noch in der Pilotphase.

Darüber hinaus hat sich die ddvg am Hamburger Medien-Standortprojekt **Next Media Accelerator** (NMA) beteiligt. Damit ist die ddvg Teil eines Netzwerks, das innovative Geschäftsideen im Bereich rund um Werbung, Inhalte, Technologie und Services bündelt und fördert.

Das 2015 in der VR China freigeschaltete unabhängige Verbraucherportal Okoer.com hat in den vergangenen Jahren zunächst eine Reichweitenstrategie verfolgt: Ende 2016 hatte Okoer eine Reichweite von mehr als 45 Mio. monatlichen Nutzern (Unique Visitors) erreicht. Daran anknüpfend wurden verschiedene Monetarisierungsstrategien entwickelt. Die ersten entsprechenden Produkte befinden sich seit Anfang/Mitte 2017 in der Vermarktung. Ob diese Angebote hinreichend angenommen werden, wird nicht vor Ende 2017/Anfang 2018 absehbar sein.

WICHTIGE ENTWICKLUNGEN IM KERNPORTFOLIO

Die Beschreibungen der Situation im Mediensektor in den vorhergehenden Finanzberichten bleiben aktuell. Insofern waren die damals genannten Herausforderungen für das Kernportfolio der ddvg, verschiedene Beteiligungen an regionalen Zeitungsverlagen, auch für den jetzigen Berichtszeitraum prägend. Die Aktivitäten der ddvg in den vergangenen Jahren sind Antworten auf diese Herausforderungen und stellen insbesondere Schritte zur Schaffung innovationskräftiger und überlebensfähiger Einheiten und Kooperationen dar.

Neben die ökonomischen Herausforderungen des Strukturwandels im Tageszeitungssegment traten in den vergangenen Jahren rechtsradikale Angriffe auf die Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland. Insbesondere die Redakteure und andere Mitarbeiter der Dresdner Medien (MoPo, Sächsische Zeitung, Dresdner Neueste Nachrichten) waren und sind tagtäglich durch die demokratiefeindliche und rassistische Melange aus PEGIDA und AfD öffentlicher Hetze und Anfeindung bis hin zu Todesdrohungen und physischen Attacken ausgesetzt. Es gehört zum Kernverständnis der ddvg den betroffenen Redaktionen den Rücken zu stärken und klar zu signalisieren, dass wir Angriffe auf das freie Wort nicht zulassen werden. Die ddvg bekennt sich zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und sieht sich in der Pflicht, ihre Verlagsbeteiligungen in einer klaren Haltung für die Pressefreiheit und die Demokratie zu unterstützen.

Zum 1. Januar 2016 hat die ddvg ihre Beteiligung am Ostwestfälischen Medienhaus **Neue Westfälische** (Bielefeld) um weitere 42,5% auf 100% der Anteile aufgestockt. Gemeinsam mit der Geschäftsführung der Neuen Westfälischen wurden die Kooperationen mit Nachbarverlagen in Ostwestfalen-Lippe intensiviert. Außerdem haben NW und ddvg gemeinsam eine Reihe digitaler Pilotprojekte gestartet:
So wurden erste Netzwerke durch Lokalportal aufgebaut, die Angebote von Locafox im Ostwestfälischen Markt vertrieben und in Kooperation mit dem Dresdner Medienhaus DDV eine ostwestfälische Ausgabe des digitalen Boulevard-Portals Tag24.de ins Leben gerufen. Diese Kooperation ist Teil eines gesteigerten Austauschs beider Verlagshäuser über Themen des herkömmlichen Verlagsgeschäfts, aber auch der Entwicklung von neuen Geschäftsfeldern und insbesondere über Digitalisierungsschritte. Nicht zuletzt sind beide Unternehmen Mitgesellschafter der oben erwähnten 2Welten GmbH.

Die **DDV Mediengruppe** (Dresden) hat mit dem neugegründeten Tochterunternehmen „Die Mehrwertmacher" ein neues Kompetenzzentrum für technische Verlagsdienstleistungen und Strategieentwicklung etabliert. Im wichtigen Geschäftsfeld Brieflogistik konnte im Jahr 2016 ein neues Sortierzentrum in Betrieb genommen werden, in dem täglich rund 360.000 Sendungen verarbeitet werden können. Dies war ein wichtiger Schritt des weiteren Ausbaus von Wachstumsfeldern jenseits des klassischen Zeitungsgeschäfts.

Im Jahr 2016 ist es gelungen, den **Nordbayerischen Kurier** (Bayreuth) an den Verbund der **Mediengruppe Hof, Coburg, Suhl (HCS)** heranzuführen. Die Eigenständigkeit der Bayreuther Redaktion wurde hierbei verbindlich vereinbart. Die ddvg bleibt über ihre Beteiligung an der Frankenpost (Hof) mittelbare Gesellschafterin des Nordbayerischen Kurier. Mit der Frankenpost als 65%igem Mehrheitsgesellschafter wurden klare Strukturen geschaffen, die dem Unternehmen im Verbund mit der Mediengruppe eine neue Entwicklungsperspektive bieten. Auch die Mediengruppe HCS selbst ist durch den Erwerb der Mehrheit am Nordbayerischen Kurier erheblich gestärkt worden.

Über die schwierige Entscheidung im Jahr 2015, die Zeitungsdruckerei der **Madsack Mediengruppe** in Hannover zu schließen, hat bereits der letzte Finanzbericht informiert. Letztlich konnte im Jahr 2016 ein Sozialplan vereinbart werden, von dem auch die Arbeitnehmerseite sagt, dass „die Verlagsgesellschaft Madsack ihrer sozialen Verantwortung nach (gekommen ist)".

Mittlerweile ist das Restrukturierungsprogramm der Madsack Mediengruppe unter dem Namen Madsack 2018 in nahezu vollem Umfang abgearbeitet. Das Unternehmen bleibt stabil in der Gewinnzone und hat z.B. mit der Akquisition in heinekingmedia (Digital Out-of-Home Produkte) weitere wichtige Schritte hin zu digitalen Geschäftsmodellen unternommen.

POSITIVE ERGEBNISSE DER DDVG

Das Betriebsergebnis der ddvg zeigt mit 4,6 Mio. EUR (2015) und 7,5 Mio. EUR (2016) ein durchgängig positives Bild. Hierzu hat beigetragen, dass 2016 nach längerer Pause aufgrund von Restrukturierungen wieder erste Gewinnausschüttungen aus der Verlagsgesellschaft Madsack vereinnahmt werden konnten.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit in Höhe von 9,8 Mio. EUR (2015) bzw. 10,3 Mio. EUR (2016) spiegelt die robuste Verfassung der ddvg wider.

Der Schwerpunkt des Portfolios der ddvg war, wie oben erwähnt, auch im Berichtszeitraum das regionale Verlagssegment. Die Beteiligungsergebnisse aus den Medienbeteiligungen beliefen sich auf 8,8 Mio. Euro (2015) bzw. 11,0 Mio. Euro (2016). Auf die Ergebnisse haben sich unter anderem auch die mit der Einführung des Mindestlohns verbundenen Kosten (nicht zuletzt die Administrationsaufwendungen) ausgewirkt. Im Übrigen haben sich auch die Mehraufwendungen für die Pensionsrückstellungen einiger Unternehmen bedingt durch die anhaltende Niedrigzinssituation fortgesetzt.

WEITERE GESCHÄFTSBEREICHE

Das Tourismusgeschäft hat sich deutlich erholt. Der SPD-Reiseservice konzentriert sich auf sein Kerngeschäft mit weiter wachsendem Zuspruch aus Mitgliedschaft und Umfeld der Partei.

Die Serviceangebote für die SPD und deren Mitglieder konnten im Jahr 2016 deutlich erweitert werden: Zum 1. Januar 2016 hat die IMAGE Ident Marketing GmbH sämtliche Aktivitäten des bisherigen internen SPD-Shops und des IMAGE-Shops unter einem Dach zusammengeführt.

II. FINANZEN DER GESAMTPARTEI FÜR DAS JAHR 2015 IM VERGLEICH

Die SPD konnte im Jahr 2015 Gesamteinnahmen in Höhe von insgesamt 156,8 Mio. EUR verzeichnen. CDU und CSU zusammen verzeichneten Einnahmen in Höhe 202,4 Mio. EUR.

Neben den Einnahmen aus der staatlichen Teilfinanzierung bleiben für die SPD die Zahlungen der Mitglieder die wichtigste Einnahmequelle. Der Anteil durch Beitragszahlungen belief sich auf 31,6 Prozent. Rechnet man die Anteile der Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge zusammen, finanziert sich die SPD zu 47,8 Prozent, die CDU zu 39,7 Prozent und die CSU zu 22,7 Prozent aus Beiträgen.

Im Vergleich zu den Unionsparteien erhält die SPD sehr viel weniger Spenden. Das betrifft vor allem die Großspenden aus der Wirtschaft und von vermögenden Privatpersonen. Spenden machen somit nur einen kleinen Teil unserer Einnahmen aus.

In absoluten Zahlen haben CDU und CSU zusammen 25,7 Mio. EUR an Spenden erhalten, die SPD hat im Jahr 2015 9,8 Mio. EUR Spenden erhalten.
Einerseits bedeutet dies, dass die SPD über ein hohes Maß an Unabhängigkeit verfügt, es bedeutet aber auch, dass der Finanzbedarf durch andere Quellen bestritten werden muss. Auch im Jahr 2015 profitiert die SPD vom Unternehmensbereich und dem Vermögen, dass sie sich in ihrer über 150jährigen Geschichte aufgebaut hat. Die Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen sowie aus sonstigem Vermögen betrugen rund 9 Mio. EUR.

Die Ausgaben der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2015 auf 133,7 Mio. EUR, CDU und CSU zusammen gaben 166,1 Mio. EUR aus.
Für Personal und den laufenden Geschäftsbetrieb wendete die SPD 57,4 Prozent ihrer Ausgaben auf.

Ende 2015 betrug das Reinvermögen der SPD 202,1 Mio. EUR. Die Unionsparteien hatten zusammen ein Reinvermögen von 186,2 Mio. EUR.

Es werden die Daten aus den Rechenschaftsberichten des Jahres 2015 zugrunde gelegt, da die Rechenschaftsberichte für das Jahr 2016 noch nicht veröffentlicht sind.

RECHENSCHAFTSBERICHTE DER IM BUNDESTAG VERTRETENEN PARTEIEN IM VERGLEICH FÜR DAS JAHR 2015

	SPD		CDU		CSU		CDU/CSU		GRÜNE		DIE LINKE	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Einnahmen												
Mitgliedsbeiträge	49.594.159,03	31,62	38.229.329,19	26,67	9.790.888,81	16,57	48.020.218,00	23,72	8.861.012,14	22,15	9.353.020,46	33,47
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	25.424.510,29	16,21	18.635.491,35	13,00	3.612.381,85	6,11	22.247.873,20	10,99	9.631.746,26	24,08	4.438.884,38	15,88
Spenden von nat. Pers.	8.029.565,13	5,12	13.319.550,85	9,29	3.778.862,45	6,40	17.098.413,30	8,45	3.613.285,42	9,03	1.900.933,91	6,80
Spenden von jur. Pers.	1.796.227,74	1,15	6.389.355,93	4,46	2.189.581,50	3,71	8.578.937,43	4,24	580.652,07	1,45	1.722,50	0,01
Einn. aus Unternehmens-tätigkeit u. Beteiligungen	2.184.003,78	1,39	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	914,89	0,00	0,00	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	6.804.816,76	4,34	4.211.830,43	2,94	18.680.574,86	31,62	22.892.405,29	11,31	123.742,56	0,31	117.924,31	0,42
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	12.346.752,12	7,87	12.343.249,20	8,61	6.429.114,84	10,88	18.772.364,04	9,27	650.966,08	1,63	251.546,65	0,90
Staatliche Mittel	50.081.283,54	31,93	49.256.341,14	34,36	13.416.265,37	22,71	62.672.606,51	30,96	15.098.449,68	37,75	10.959.390,60	39,22
Sonstige Einnahmen	579.808,79	0,37	977.134,36	0,68	1.178.764,32	2,00	2.155.898,68	1,06	1.436.883,67	3,59	922.268,85	3,30
Gesamt	**156.841.127,18**	100,00	**143.362.282,45**	100,00	**59.076.434,00**	100,00	**202.438.716,45**	100,00	**39.997.652,77**	100,00	**27.945.691,66**	100,00
Ausgaben												
Personalausgaben	48.806.676,52	36,50	43.064.806,43	35,44	10.904.013,89	24,44	53.968.820,32	32,49	14.334.737,14	46,19	10.088.598,98	45,02
Lauf. Geschäftsbetrieb	27.966.839,78	20,92	27.622.153,44	22,73	8.172.226,02	18,32	35.794.379,46	21,55	6.206.491,90	20,00	4.737.416,21	21,14
Allg. politische Arbeit	33.876.155,74	25,34	32.697.898,28	26,91	14.979.691,51	33,58	47.677.589,79	28,70	7.492.777,70	24,14	6.326.687,08	28,23
Wahlkämpfe	12.536.752,60	9,38	13.319.473,99	10,96	424.437,41	0,95	13.743.911,40	8,27	2.588.672,87	8,34	1.195.942,71	5,34
Vermögensverw. einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	10.293.836,01	7,70	2.888.011,22	2,38	9.686.317,88	21,71	12.574.329,10	7,57	284.833,75	0,92	16.915,29	0,08
sonstige Zinsen	144.592,99	0,11	273.311,74	0,22	254.403,78	0,57	527.715,52	0,32	785,25	0,00	3.984,02	0,02
sonstige Ausgaben	83.749,37	0,06	1.649.505,79	1,36	189.664,01	0,43	1.839.169,80	1,11	127.735,51	0,41	42.037,14	0,19
Gesamt	**133.708.603,01**	100,00	**121.515.160,89**	100,00	**44.610.754,50**	100,00	**166.125.915,39**	100,00	**31.036.034,12**	100,00	**22.411.581,43**	100,00
Überschuss / Defizit	23.132.524,17		21.847.121,56		14.465.679,50		36.312.801,06		8.961.618,65		5.534.110,23	
Reinvermögen	202.128.197,81		149.231.882,13		36.938.372,26		186.170.254,39		42.836.580,79		29.118.366,04	

BERICHT DER KONTROLLKOMMISSION

Nach dem Organisationsstatut wählt der ordentliche Bundesparteitag eine Kontrollkommission, bestehend aus neun Mitgliedern. Die Kontrollkommission ist nach § 31 des Organisationsstatuts mit der „Kontrolle des Parteivorstandes sowie für die Behandlung von Beschwerden über den Parteivorstand“ für die Zeit zwischen den Parteitagen betraut.

Die Mitglieder der Kommission bestätigten bei ihrer konstituierenden Sitzung nach dem Parteitag 2015 die Vorsitzende Brigitte Reckmann und ihren Stellvertreter Walter Meinhold in ihren Ämtern.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Kommission stehen die Überwachung der Einnahmen und Ausgaben des Parteivorstandes, die Entwicklung des Parteivermögens, die Finanzplanung, die Aufstellung des Betriebshaushaltes, die mittelfristige Finanzplanung, die Wahlkampfplanung und -durchführung sowie die Kontrolle der Tätigkeit des Parteivorstandes.

Die Kontrollkommission tagt mindestens einmal pro Vierteljahr und prüft regelmäßig, welche Entscheidungen in politischer und kostenwirksamer Hinsicht gefällt oder geplant sind und welche Risiken damit verbunden sein könnten.

Neben der Prüfung der Quartals- und Jahresabschlüsse der Betriebshaushalte befasste sich die Kontrollkommission im Berichtszeitraum auch mit den Vorarbeiten zum Budget des Bundestagswahlkampfes 2017. Regelmäßig wurden Anmerkungen, Anregungen und Nachfragen mit der Geschäftsführung diskutiert und erörtert. Auch nach dem Wechsel der Generalsekretärin und dem Einsetzen einer Bundesgeschäftsführerin konnte diese gute Zusammenarbeit fortgesetzt werden.

Einzelprojekte im Rahmen des Betriebshaushaltes wurden mit den fachverantwortlichen Büro-, Abteilungs- und auch Referatsleiter/-innen des Willy-Brandt-Hauses regelmäßig im Rahmen von Haushaltsvollzugsprüfungen erörtert.
Die Kontrollkommission fasste eine Reihe von wichtigen Beschlüssen, unter anderem, dass langjährig bestehende Verträge auf ihre Nachhaltigkeit zu überprüfen sind und vor Abschluss eines Vertrages weder Leistungen erbracht, noch Zahlungen getätigt werden dürfen.

Die Kontrollkommission befasste sich auch mit dem umfangreichen Datenbankprozess und hielt per Beschluss fest, dass hier ein präzises Controlling aus technischer und finanzieller Sicht zu erfolgen hat.

Mehrmals jährlich befasst sich die Kontrollkommission mit dem Unternehmensbereich.

Bei der Konzentration GmbH entwickelt sich das Restrukturierungs- und Sanierungskonzept positiv. Jährlich berichten außerdem die Geschäftsführer der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg).
Regelmäßige Berichte erfolgten im Berichtszeitraum zur Entwicklung der Sozialitischen Internationale, der Arbeit der Progressive Alliance, der Arbeit der Parteischule und der Arbeit der Jusos.

Auch die Entwicklung der Personalkosten wird von der Kommission regelmäßig thematisiert und mit dem Personalleiter besprochen. Sowohl die Entwicklung der Personalkosten, als auch eine zukunftsfähige Personalentwicklungsplanung werden weiterhin ein Schwerpunkt der Arbeit der Kontrollkommission sein.

Vertraulich erfolgten Berichte zur Auslagerung des Vertriebes an die IMAGE Ident Marketing GmbH und der Poststelle des Willy-Brandt-Hauses an die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (VBB).

Die Erarbeitung von Compliance-Richtlinien auf Beschluss der Kontrollkommission war ein weiterer Schwerpunkt in den letzten Jahren. Diese Richtlinien nehmen inzwischen Form an und sollen auf Beschluss der Kommission auch von Einrichtungen des sozialdemokratischen Umfeldes übernommen werden, wenn diese sich auf die Sozialdemokratie berufen bzw. sich in deren Eigentum befinden.

MITGLIEDER DER KONTROLLKOMMISSION

(AB DEM PARTEITAG 2015)

Vorsitzende:
Brigitte Reckmann (Gütersloh)

Stellvertretender Vorsitzender:
Walter Meinhold (Hannover)

Weitere Mitglieder:
Renate Drewke (Köln)
Norbert Wieczorek (Rüsselsheim)
Marko Mühlstein (Wallhausen)
Karin Rehbock-Zureich (Jestetten)
Brigitte Fronzek (Elmshorn)
Günter Gloser (Nürnberg)
Thomas Hitschler (Südpfalz)

BERICHTE DER
ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)

ARBEITSSCHWERPUNKTE DER ASF

Die Arbeit der ASF im Berichtszeitraum war bundespolitisch geprägt von der Großen Koalition mit der Union. Viele langjährige ASF-Forderungen wurden in der 18. Wahlperiode umgesetzt oder in Angriff genommen, obwohl CDU und CSU Maßnahmen immer wieder in Frage stellten – trotz Vereinbarung im Koalitionsvertrag.

- Der Mindestlohn kommt insbesondere Frauen zugute.
- Das ElterngeldPlus und das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege sind wichtige Schritte hin zu einer partnerschaftlichen Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit.
- Das „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ ist ein gleichgestellungspolitischer Meilenstein. Über 30 Jahre hat die ASF ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und den Öffentlichen Dienst gefordert. Mit der Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent für die Aufsichtsräte vollmitbestimmter und börsennotierter Unternehmen ist ein erster wichtiger Schritt getan. Wichtig waren der SPD, dass es keine Ausnahmen gibt und dass ein Aufsichtsratsmandat nicht besetzt wird, wenn die Quote nicht erfüllt ist (Leerer Stuhl). Diesem ersten Schritt müssen weitere folgen: Das Ziel der ASF bleibt die paritätische Besetzung von Aufsichtsräten, Vorständen und weiteren Führungsebenen sowie die Ausdehnung des Gesetzes auf mitbestimmte oder börsennotierte Unternehmen.

Nicht erst die Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten haben die Diskussion innerhalb und außerhalb der SPD um die dringend notwendige Reform des Sexualstrafrechts entfacht. In diesem Zusammenhang hat die ASF den Aufruf #ausnahmslos unterzeichnet – eine Initiative junger Feministinnen, die sich gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus wendet. Die ASF hat mit anderen Frauenverbänden erfolgreich für eine umfassende Reform des Sexualstrafrechts gekämpft. Das Prinzip „Nein heißt Nein“ ist nun ebenso wie der Straftatbestand der sexuellen Belästigung im Sexualstrafrecht verankert. Dies war auch die Voraussetzung zu der in der Zwischenzeit erfolgten Ratifizierung der Istanbul Konvention.

„Nein heißt Nein“; © SPD-Parteivorstand

Obwohl seit Jahren von Parteitagen gefordert wird, die SPD müsse jünger und weiblicher werden, hat der Bundesparteitag im Dezember 2015 sich noch nicht einmal in der Lage gesehen, den Antrag auf Ermöglichung einer Doppelspitze intensiv zu diskutieren. Nach wenigen Redebeiträgen wurde die Debatte abgebrochen. Aber wenn mehr jüngere Menschen und mehr Frauen Führungsverantwortung auch auf den unteren Ebenen übernehmen sollen, bleibt das Thema auf der Tagesordnung.

Im Berichtzeitraum hat sich die ASF auch mit der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) und ihrem Einzug in zahlreiche Landesparlamente auseinandergesetzt. Gerade das reaktionäre Frauenbild der AfD erfordert von der ASF und der SPD, auch im 21. Jahrhundert immer wieder mühsam erkämpfte Frauenrechte zu verteidigen, sich gegen Rückschritte zu wehren und für eine moderne Gleichstellungspolitik einzutreten.

BUNDESKONFERENZ 2016

Im Juni fand die 22. ASF-Bundeskonferenz in Magdeburg statt. Die Konferenz stand unter dem Motto „Mehr! Respekt, Gerechtigkeit, Solidarität“. Im Vorfeld hatten Bundesvorstand und Gliederungen der ASF rund 150 Anträge erarbeitet und in der Antragskommission vorberaten. Sie wurden in fünf thematische Bereiche gruppiert: „Nachhaltigkeit ist weiblich“, „Arbeiten 4.0“, „Mehr Demokratie!“, „Vielfalt ist Zukunft“ und „Europa“.

Neben den Antragsberatungen standen Reden von SPD-Generalsekretärin Katarina Barley und Barbara Hendricks MdB, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, sowie die Wahlen eines neuen Bundesvorstands im Mittelpunkt der Konferenz. Zum Bereich „Arbeiten 4.0“ gab es einen Input von Elke Ahlhoff, Geschäftsführin der ArbeitGestalten Beratungsgesellschaft mbH.

Zahlreiche Vertreterinnen der Zivilgesellschaft, darunter die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates Mona Küppers, die Vorsitzende von FidAr (Frauen in die Aufsichtsräte) Monika Schultz-Strelow sowie die Vorsitzende von BPW Henrike von Plathen haben die Diskussionen bereichert. Alle Ergebnisse, Beschlüsse und Fotos finden sich auf asf.de.

BUNDESVORSTAND UND BUNDESAUSSCHUSS

Neben der internen Arbeit spielte der Austausch mit Fachpolitikerinnen und -politikern der SPD eine ebenso große Rolle wie der Meinungs- und Informationsaustausch mit Gewerkschaftskolleginnen, Vertreterinnen von Frauenverbänden, Wissenschaftlerinnen und anderen Expertinnen. So konnten Positionen ausgetauscht und weiterentwickelt werden, Themen der ASF transportiert, neue Impulse gegeben und aufgegriffen werden.

Themen in den regelmäßigen Sitzungen waren unter anderem:

- Sterbehilfe
- Unterstützung der Petitionen von Pinkstinks gegen sexistische Werbung und der Kampagne gegen Sexismus in der BILD-Zeitung
- Gespräch mit Alexander Bercht, Büroleiter der Generalsekretärin, über die organisationspolitische Neuordnung und das Organigramm des Parteivorstands
- Ergebnisse der Frauenrechtskommission in New York
- Diskussion zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Aufhebung des Kopftuchverbots

- Gespräch mit Sigmar Gabriel – Diskussion zu den Themen Rüstungsexportkontrolle und SPD weiblicher machen
- Internes Streitgespräch zum Thema Kopftuchverbot
- Gespräch mit Verfassungsexperten Prof. Dr. Waldhoff zum Thema Sonderrechte der Kirchen
- Vortrag von Sabine Gilleßen zum Thema asf@digital
- Diskussion zum Thema Frühehen/Ehemündigkeit in Deutschland
- Vortrag von Judith Kerschbaumer, ver.di, zum Thema Alterssicherung von Frauen
- Wahlprogramm
- Gespräch mit Katarina Barley – Diskussion zum Verhältnis ASF/SPD

PROJEKTGRUPPEN

Seit Mitte 2010 ist beim ASF-Bundesvorstand die Projektgruppe „Frieden und Sicherheit" aktiv. Des Weiteren wurden im Berichtszeitraum Projektgruppen zu folgenden Themen gebildet: „Parität bei Wahlen", „Wie können wir mehr Frauen für die ASF gewinnen" und „Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung".

ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN GREMIEN/VEREINEN:

Die ASF beteiligt sich aktiv bei folgenden Organisationen:

- PES Women
- Deutscher Frauenrat
- UN Women
- Marie-Schlei-Verein

Und ist darüber hinaus Anlass bezogen mit weiteren Frauenverbänden im Gespräch.

VERANSTALTUNGEN/TERMINE

150.Geburtstag Luise Zietz – Kranzniederlegung am 25. März 2015
Gemeinsam mit dem SPD-Parteivorstand würdigte die ASF Louise Zietz, die 1908 als erste Frau in den SPD-Parteivorstand gewählt wurde, mit einer Kranzniederlegung am 25. März 2015 auf der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde, an dem auch die ASF-Bundesvorsitzende teilnahm.

Deutscher Evangelischer Kirchentag 3. bis 7. Juni 2015 in Stuttgart
Die SPD war wieder mit einem Stand des „Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD" vertreten, an dem sich traditionsgemäß ASF und Jusos beteiligten. Für den ASF-Bundesvorstand war Agnes Allroggen-Bedel an allen drei Tagen am Stand, zeitweise verstärkt durch Ioanna Zakarakis.

Fachgespräch „Geflüchtete Frauen und Mädchen" am 13. Juni 2015
Zum Fachgespräch im Bundesausschuss zum Thema „Geflüchtete Frauen und Mädchen" waren Ülker Radziwill, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Soziales, und Figen Brandt, Vorstandsfrau von DaMigra – Dachverband Migrantinnenorganisationen, geladen. Der Ausschuss diskutierte mit ihnen Fragen zu den speziellen Bedürfnissen von geflüchteten Frauen und Mädchen bei der Unterbringung und der Gesundheitsversorgung. Die Ergebnisse des informativen Fachgesprächs brachte die ASF erfolgreich in Anträgen zur Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrats im November 2015 und zum Bundesparteitag im Dezember 2015 ein.

Matinee zum Jubiläum 20 Jahre Weltfrauenkonferenz in Peking in Mainz am 5. September 2015
Vor 20 Jahren kamen tausende Frauen aus aller Welt in Peking bei der vierten – und bislang letzten – Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen zusammen. Die Aktionsplattform von Peking war ein Meilenstein in der Geschichte der Frauenrechte weltweit. Anlässlich dieses Jubiläums veranstaltete der ASF-Bundesvorstand am 5. September 2015 in Mainz eine Matinee mit dem Titel „Starke Frauen für eine starke Welt". Nach einer Eröffnungsrede der ASF-Bundesvorsitzenden Elke Ferner hielt die stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Rheinland-Pfalz Doris Ahnen MdL ein Grußwort. An der anschließenden Diskussionsrunde nahmen hochkarätige Expertinnen wie die Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins Christa Randzio-Plath, die rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete Jaqueline Rauschkolb und die Vorsitzende des Deutschen Komitees von UN Women Karin Nordmeyer teil.

Neben persönlichen Berichten über die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 ging es vor allem um die Umsetzung der Aktionsplattform von Peking und die gleichstellungspolitischen Herausforderungen in Deutschland und weltweit. Die Veranstaltung im Haus am Dom in Mainz wurde musikalisch umrahmt von Alexandra Maas (Akkordeon).

Fachgespräch „Reproduktionsmedizin/ Social Freezing" am 5. Dezember 2015
Der ASF-Bundesvorstand und der ASF-Bundesausschuss diskutierten beim Fachgespräch zum Thema „Reproduktionsmedizin/Social Freezing" mit den Expertinnen Annegret Nimbs, Referentin der SPD Bundestagfraktion, Katja Sander, Deutscher Juristinnenbund, und Dr. Claudia Schuhmann, Arbeitskreis Frauengesundheit und Vizepräsidentin der Deutschen Gesellschaft für psychosomatische Frauenheilkunde und Geburtshilfe. So konnte dieses ja auch sehr emotionale Thema von medizinischer, juristischer und politischer Seite betrachtet und diskutiert werden. Das Thema bleibt weiter auf der Tagesordnung.

ASF-Veranstaltungen zum Thema Geschlechterparität bei Wahlen in Hannover und Mannheim
Ein Schwerpunktthema des Bundesvorstands im Berichtszeitraum war „Parität bei Wahlen". Der ASF-Bundesvorstand organisierte unter dem Titel „Die Hälfte des Himmels, die Hälfte der Erde – die Hälfte der Parlamente?" zwei Veranstaltungen in Hannover und Mannheim. Auf beide Veranstaltungen standen die Fragen im Fokus, welche Gründe es für den niedrigen Frauenanteil in deutschen Parlamenten gibt und wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Parlamenten sichergestellt werden kann. Dabei diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor allem über die Notwendigkeit einer Wahlrechtsänderung.

Internationaler Gedenktag „NEIN zu Gewalt an Frauen"
Jedes Jahr am 25. November wird der Internationale Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen begangen. Auch 2015 und 2016 hisste die SPD auf Initiative der Menschenrechtsorganisation „TERRE DES FEMMES e.V. – Menschenrechte für die Frau" vor dem Willy-Brandt-Haus eine Fahne mit der Aufschrift „Nein zu Gewalt an Frauen – frei leben ohne Gewalt".

ASF Aktion zum Gedenktag „Nein zu Gewalt an Frauen und Mädchen" 2016; © SPD-Parteivorstand

Internationaler Frauentag am 8. März
Der Internationale Frauentag 2015 stand unter dem Motto „Starke Frauen für eine starke Welt. Frauenrechte weltweit". Schwerpunkt war das 20-jährige Jubiläum der vierten – und bislang letzten – Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking 1995. 20 Jahre nach der erfolgreichen Weltfrauenkonferenz in Peking sind Einkommen und Macht weiterhin ungleich verteilt: Immer noch sind mehr als 70 Prozent der in Armut lebenden Menschen Frauen. Zweidrittel der Analphabeten weltweit sind Frauen und Mädchen.

Frauen besitzen nur zehn Prozent des Einkommens und ein Prozent des Vermögens weltweit. Nur ein Drittel aller Frauen hat Zugang zu Gesundheitsversorgung. Deshalb forderte die ASF, dass es höchste Zeit für mehr Geschlechtergerechtigkeit sei – in allen gesellschaftlichen Bereichen und überall auf der Welt.

Der Internationale Frauentag 2016 stand unter dem Motto „Frauen brechen auf" – in ein Leben frei von Sexismus und Gewalt. Die Übergriffe gegen Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten hatten in tragischer Weise gezeigt, worauf die ASF schon seit Langem aufmerksam macht: Sexualisierte Gewalt gegen Frauen muss endlich ernst genommen werden und ist leider auch Teil der deutschen Kultur.
Neben einem Verbot Geschlechter diskriminierender Werbung lagen die Schwerpunkte der ASF auf der dauerhaften Finanzierung der Hilfe- und Beratungseinrichtungen für Frauen und Mädchen (auch für geflüchtete Frauen) und einer umfassenden Reform des Sexualstrafrechts, die den Grundsatz „Nein heißt Nein" umsetzt und sexuelle Belästigung unter Strafe stellt.

Equal Pay Day
Auch 2015 und 2016 rief die ASF zum bundesweiten „Equal Pay Day" auf. Sie beteiligte sich als Mitglied des Deutschen Frauenrats mit vielseitigen Aktionen am Aktionsbündnis aus Wirtschaftsverbänden und Frauenorganisationen zum „Equal Pay Day". Die ASF nutzte den Aktionstag, um auf die vielfältigen Ursachen für die Lohndiskriminierung aufmerksam zu machen. Viele der ASF-Bundesvorstandsmitglieder kamen 2015 und 2016 zur zentralen Veranstaltung am Brandenburger Tor in Berlin. Mit ihrem Protest stießen die Versammelten auf breite Resonanz nicht nur bei den zahlreich erschienen Pressevertreterinnen und -vertretern, sondern vor allem bei den vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

Der Equal Pay Day unter dem Motto „Frauen verdienen mehr – Für Lohngerechtigkeit"; © SPD-Parteivorstand

MATERIALIEN/PUBLIKATIONEN:

- Selbstdarstellungsflyer
- Lesezeichen „Starke Frauen für eine Starke Welt"
- Frauentags-Flyer „Starke Frauen für eine Starke Welt" 2015
- Frauentags-Flyer „Selbstbestimmt und frei von Gewalt leben – Frauen brechen auf" 2016
- Flyer „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn" 2015
- Flyer „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn" 2016

MITGLIEDER IM ASF-BUNDESVORSTAND

(GEWÄHLT AUF DER BUNDESKONFERENZ 17. BIS 19. JUNI 2016 IN MAGDEBURG)

Vorsitzende
Elke Ferner MdB (Saar)

Stellvertreterinnen
Dr. Agnes Allroggen-Bedel (Rheinland-Pfalz)
Ulrike Häfner (Brandenburg)
Cornelia Östreich (Schleswig-Holstein)
Claudia Schöning-Kalender (Baden-Württemberg)

Beisitzerinnen
Petra Ackmann (Hamburg)
Fatos Aytulun (Nordrhein-Westfalen)
Inge Blask (Nordrhein-Westfalen)
Shantha Chaudhuri (Bremen)
Afra Gamoori (Hannover)
Maike Lechler (Sachsen-Anhalt)
Janine Lilie (Mecklenburg-Vorpommern)
Bettina Marquis (Bayern)
Ulli Nissen, MdB (Hessen-Süd)
Heidrun Sachse (Thüringen)
Sally Lisa Starken (Nordrhein-Westfalen)
Sabine Theobald (Saarland)
Sophia Ulferts-Dirksen (Weser-Ems)
Micky Wenngatz (Bayern)
Azra Zahovic (Nordrhein-Westfalen)
Margrit Zauner (Berlin)

ASF-Bundesvorstand auf der Bundeskonferenz 2016; © SPD-Parteivorstand

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER (AFA)

WICHTIGE TERMINE/VERANSTALTUNGEN

BUNDESKONFERENZ APRIL 2016 IN DUISBURG

Vom 22. bis 24. April 2016 fand in Duisburg der ordentliche Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) statt. Unter dem Motto „Mensch 4.0 – Gerechtigkeit und gute Arbeit" diskutierten 200 Delegierte über rund 150 Anträge zu den verschiedenen Themen der Arbeitnehmerpolitik und wählten einen neuen Bundesvorstand der AfA.

Als Gastredner konnte die AfA unter anderem den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann und die Generalsekretärin der SPD Katarina Barley begrüßen. Die Delegierten diskutierten in vier Workshops zentrale Themen der Arbeit der Zukunft: moderne Arbeitszeitpolitik und Arbeit 4.0, Zukunft der Mitbestimmung, Qualifizierung und Weiterbildung sowie Gute Arbeit weltweit.

AFA-PRÄSENTATION BEIM ERSTEN JUGENDGEWERKSCHAFTSTAG DEZEMBER 2016 IN BERLIN

Die AfA hat sich engagiert beim ersten Jugendgewerkschaftstag der SPD beteiligt – in der Vorbereitung, mit Stand vor Ort sowie mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den Workshops.

AfA-Stand beim Jugendgewerkschaftstag der SPD 2016
© SPD-Parteivorstand

AfA-Präsentation beim Bundesparteitag in Berlin 2015

AfA-Stand auf dem Deutschen Betriebsrätetag 2015 und 2016

AfA-Stand beim Deutschen Betriebsrätetag in Bonn;
© SPD-Parteivorstand

MATERIALIEN/PUBLIKATIONEN:

- Selbstdarstellungsflyer
- Flyer Mitbestimmung
- Flyer Gute Arbeit
- aktueller Beschluss (Bundeskonferenz 2016) zur Rente als Broschüre

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

BUNDESVORSTAND UND BUNDESAUSSCHUSS

AfA-Bundesvorstand und -Bundesausschuss haben in den letzten zwei Jahren folgende Themen beraten:

- Investitionslücken und deren Auswirkung auf die Arbeitswelt
- „Die wirtschaftliche Lage und was ist zu tun?" Dr. Gustav Horn (Hans-Böckler-Stiftung) stellte in einem Referat die Mitbestimmungsoffensive des DGB vor, die anschließend beraten wurde.
- TTIP und CETA. Diese Themen nahmen einen großen Raum in den Beratungen ein. Der AfA-Bundesvorsitzende Klaus Barthel informierte immer wieder über die neusten Entwicklungen.
- 2015 wurde mehrfach über die Beteiligung der Jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bundesvorstand beraten, um einen Konsens mit dem Beschluss der Bundeskonferenz zu erreichen.
- Vorstand und Ausschuss berieten mehrfach mit der Generalsekretärin über die Lage der AfA.
- Der Bundesausschuss im November 2016 griff ausführlich das Thema „Rente" auf.
- Nach einem Input von Jan-Paul Grüner, Politischer Sekretär im IG Metall Vorstand für Arbeits- und Sozialrecht sowie betriebliche Altersversorgung, gab es zwei Arbeitsgruppen:
  - „Erwerbstätigenversicherung" mit Ingo Schäfer, Referatsleiter Alterssicherung und Rehabilitation
  - „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung" sowie „Betriebliche Altersvorsorge" mit Jan-Paul Grüner, Politischer Sekretär IG Metall Vorstand für Arbeits- und Sozialrecht sowie betriebliche Altersversorgung
- Zum Abschluss berichtete Ralf Kapschak MdB über den Diskussionsstand zum Thema Rente in der Bundestagsfraktion und über die Vorhaben in dieser Legislaturperiode.

Ferner standen aktuelle Themen aus Bund und Ländern auf der Tagesordnung z. B. über den Umgang von Arbeitgebern mit Betriebsräten, die anhand aktueller Fälle diskutiert wurden. Zur laufenden Arbeit gehörte auch die Begleitung der parlamentarischen Aktivitäten der SPD-Bundestagsfraktion, die Vermittlung und Bewertung der gesetzgeberischen Fortschritte, die erfolgreiche Etablierung des „Gesprächskreises Arbeitnehmerpolitik" sowie die Durchführung von Betriebs- und Personalrätekonferenzen. Außerdem befasste sich die AfA mit den Vorbereitungen für das Regierungsprogramm 2017, in deren Verlauf sich erneut die traditionelle Zusammenarbeit der vier großen Arbeitsgemeinschaften (ASF, AG 60Plus, Jusos und AfA) bewährte.

Der AfA-Bundesvorstand befasste sich regelmäßig mit dem organisatorischen Zustand und der Verbesserung der Arbeit in den Bezirken und Unterbezirken. Es gab zahlreiche Neu- und Wiedergründungen von AfA-Gliederungen. Außerdem unterstützte und koordinierte der Bundesvorstand Regionalkonferenzen, die mehrere Bezirke gemeinsam veranstalten. Aufgabe für die Zukunft bleibt die organisatori-

sche (Wieder-)Zusammenführung von Betriebsgruppenarbeit und Arbeitnehmerinitiative in der AfA.

DIE AFA KÄMPFT FÜR EINE OFFENSIVE FÜR GERECHTIGKEIT UND GUTE ARBEIT:

- Wir brauchen eine Offensive gegen politische Resignation und Spaltung.
- Wir brauchen Vertrauen in Programm und Handeln der Sozialdemokratie.
- Wir brauchen Vertrauen in die Handlungsbereitschaft und Handlungsfähigkeit von Politik und Staat.
- Deshalb brauchen wir eine programmatisch eigenständige und selbstbewusste Sozialdemokratie. Wir wollen eine Sozialdemokratie, die die Arbeit und die Menschen, die von ihr leben müssen, wieder dauerhaft und verlässlich in den Mittelpunkt ihrer Programmatik und politischen Praxis stellt.

AfA-Bundeskonferenz 2016; © SPD-Parteivorstand

JUNGE ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER

Die AfA-Bundeskonferenz im April 2014 in Leipzig verabschiedete einen Antrag, der vorsah, die Interessen junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb der AfA stärker in den Fokus zu rücken.

Der Bundesvorstand verständigte sich darauf, zwei junge, aktive AfA-Mitglieder zu kooptieren. Am 30. Januar 2015 war eine Gruppe junger AfA-Mitglieder in Berlin zusammengekommen, um zwei Vertreter zu bestimmen. Die Gruppe wählte Denny Broßat aus Berlin und Denise Anton aus NRW aus. Beide hatten die Aufgabe, eine Gruppe junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufzubauen und Ende 2015 einen Kongress zum Themenbereich zu veranstalten.

Denny Broßat und Denise Anton haben regelmäßig an den Bundesvorstandsitzungen teilgenommen und bei Bedarf die Stimme junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten. Dazu gab es zwei weitere Jugendtreffen auf Bundesebene mit Vertretern aus fast allen Bundesländern (am 20. November 2015 in Hannover und am 20. Februar 2016 in Duisburg). Die jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in ihren jeweiligen Bundesländern aktiv, im Nachwuchs für die AfA zu werben, Netzwerkarbeit zu betreiben (z. B. Kooperationen mit Gewerkschaften), die jugendorientierte Themen anzusprechen und themenspezifische Infoveranstaltungen durchzuführen.

Seit der Bundeskonferenz 2016 sind Tim Radzanowski und Sarah Pawlowski als Vertreterin und Vertreter für die junge Arbeitnehmerschaft im Bundesvorstand kooptiert und setzen die Arbeit ihrer Vorgänger fort.

MITGLIEDER IM AFA-BUNDESVORSTAND

Ehrenvorsitzender
Rudolf Dreßler

Vorsitzender
Klaus Barthel, MdB (Bayern)

AfA Bundesvorstand 2016; © SPD-Parteivorstand

Stellvertreterinnen und Stellvertreter:
Annegret Hansen (Berlin)
Wolfgang Lorenz (Nordrhein-Westfalen)
Udo Lutz (Baden-Württemberg)
Kornelia Keune (Sachsen-Anhalt)
Wolfgang Jägers (bis 04/16) (Bremen)

Beisitzerinnen und Beisitzer:
Denise Anton (seit 04/16, Nordrhein-Westfalen)
Almut Auerbach (Schleswig-Holstein)
Gabriele Grass (Saar)
Harald Helling (Weser-Ems)
Michael Jung (seit 04/16, Rheinland-Pfalz)
Bettina Kiene (seit 04/16, Mecklenburg-Vorpommern)
Renate Kleinfeld (Hamburg)
Dagmar Losert (Hessen-Süd)
Ulrich Piechota (seit 04/16, Nordrhein-Westfalen)
Irena Rudolph-Kokot (seit 04/16, Sachsen)
Uwe Schmidt (seit 04/16, Bremen)
Klaus Schüller (seit 04/16, Thüringen)
Olaf Schüssler (Hessen-Nord)
Gunter Wachholz (Braunschweig)
Lars Wendland (seit 04/16, Brandenburg)
Ursula Weser (Bayern)
Stefan Brangs (bis 04/16, Sachsen)
Michael Detjen (bis 04/16, Rheinland-Pfalz)
Heike Dignaß (bis 04/16, Nordrhein-Westfalen)
Christoph Gagzow (bis 04/16, Mecklenburg-Vorpommern)
Manfred Sigges (bis 04/16, Nordrhein-Westfalen)
Gudrun Utz (bis 04/16, Brandenburg)
Frank Weber (bis 04/16, Thüringen)

Kooptierte Mitglieder
Dietmar Glaßer
Hermann Hibbeler
Sarah Pawlowski (seit 04/16)
Tim Radzanowski (seit 04/16)

Beratende Mitglieder
Christian Haß
Barbara Adamowsky

ARBEITSGEMEINSCHAFT SPD 60 PLUS

WICHTIGE TERMINE/VERANSTALTUNGEN

BUNDESKONFERENZ AM 16./17. SEPTEMBER 2015 IN ROSTOCK

Höhepunkt der AG SPD 60 plus Bundeskonferenz 2015 in Rostock war die Rede der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Manuela Schwesig. Neben der Wahl eines neuen Bundesvorstandes stand die intensive Beratung von Anträgen zu den Themen Alterssicherung/Rente, Pflege/Gesundheit, Wohnen und Europa/Flüchtlingspolitik im Mittelpunkt der Konferenz.

60 plus Bundeskonferenz 2015 in Rostock: Rosemarie Thiele, Manuela Schwesig, Angelika Graf, Erika Drecoll, Julian Barlen (v.l.)

FACHKONFERENZ „STERBEN IN WÜRDE – STERBEHILFE IN DER DISKUSSION“ AM 24. JUNI 2015 IN NÜRNBERG

Die über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der öffentlichen Fachkonferenz beschäftigten sich mit den Gesetzentwürfen zum Thema Sterbehilfe, die dem Bundestag vorlagen. Als Fachleute referierten Kerstin Griese MdB, Martina Stamm-Fibich MdB, Prof. Dr. Dr. Eric Hilgendorf und Dr. med. Matthias Thöns auf der Konferenz, die die AG SPD 60 plus zusammen mit der AG Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen durchführte. Die Wortbeiträge vieler Zuhörer machten deutlich, dass viele sich im Falle einer tödlichen Erkrankung die Möglichkeit eines ärztlich begleiteten Suizids wünschten.

FACHTAGUNG MIT DEN ARBEITSGEMEINSCHAFTEN SELBST AKTIV UND MIGRATION ZUM THEMA „WOHNKONZEPTE FÜR EINE GUTE ZUKUNFT FÜR ALLE“

Im Dezember 2015 diskutierte die AG SPD 60 plus in Berlin mit rund 100 Gästen und dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Florian Pronold über zukunftsfähige Wohnkonzepte.

Fachtagung „Wohnkonzepte“ 2015 in Berlin

Für 2017 plante die AG eine Fachkonferenz zum Thema Kampf gegen Diskriminierung und eine Gerechtigkeitskonferenz in Zusammenarbeit mit zusammen mit AfA, AsF und Jusos.

BUNDESWEITE 60 PLUS AKTIONSTAGE 2015 UND 2016

Unter dem Motto „Solidarität, Teilhabe, Gerechtigkeit“ fand 2015 der jährliche Aktionstag der AG SPD 60 plus statt. 2016 stand der Tag unter dem Motto „Solidarisch handeln, damit wir morgen noch gut leben können“. Rund um den „Europäischen Tag der Solidarität zwischen den Generationen“, der jedes Jahr auf den 28. April fällt, rief die AG SPD SPD 60 plus zu bundesweiten Aktionen auf.

Auf dem SPD-Bundesparteitag 2015 in Berlin und der Seniorenmesse SenNova war die AG SPD 60 plus mit einem Stand und verschiedenen Aktionen vertreten.

PUBLIKATIONEN

Die AG SPD 60 plus auf der SenNova 2015: Angelika Graf und Peter Schöbel (v. l.)

Als Materialien hat die AG SPD 60 plus im Berichtszeitraum einen Selbstdarstellungsflyer sowie die Aktionspakete „Solidarität, Teilhabe, Gerechtigkeit“ und „Solidarisch handeln, damit wir morgen noch gut leben können“ herausgegeben.

Im zweimonatigem Rhythmus erscheint seit Mitte 2014 ein Newsletter der AG SPD 60 plus, der helfen soll, die interne Kommunikation der Funktionäre und Mitglieder zu verbessern. Der Newsletter greift inhaltliche Themen auf und berichtet über Parteivorstandssitzungen sowie Termine des Bundesvorstandes und der Landesverbände. Er umfasst meist ca. 30 Seiten, wird an Bundesvorstand, Bundesausschuss und die Landesverbände und Bezirke der AG SPD 60 plus per

E-Mail versandt und steht auf der internen Internetseite der Arbeitsgemeinschaft.

THEMATISCHE SCHWERPUNKTE IN DER VORBEREITUNG DES WAHLPROGRAMMS 2017

- Rente
- Wohnen
- Verteilungsgerechtigkeit
- Bürgerversicherung Gesundheit und Pflege
- Europa/Migration

MITGLIEDER IM AG SPD 60 PLUS-BUNDESVORSTAND

(GEWÄHLT AUF DER BUNDESKONFERENZ AM 16./17. SEPTEMBER 2015 IN ROSTOCK)

Vorsitzende
Angelika Graf (Bayern)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter
Dr. Reinhold Hemker (Nordrhein-Westfalen)
Peter Schöbel (Hessen-Süd)

Beisitzerinnen und Beisitzer
Lothar Binding (Baden-Württemberg)
Norwin Dorn (Sachsen-Anhalt)
Heidemarie Fischer (Berlin)
Friedhelm Hilgers (Nordrhein-Westfalen)
Annemarie Pell (Nordrhein-Westfalen)
Gesche Peters (Schleswig-Holstein)
Jürgen Rischar (Saarland) (Schriftführer)

SPD ASG ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN IM GESUNDHEITSWESEN (ASG)

WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN:

Gemeinsam mit der ASG Berlin führte die Bundes-ASG eine Veranstaltung zum Thema Pflege durch, auf der drei Schwerpunktthemen abgehandelt wurden: Angehörige in der Pflege, Rolle der Kommunen bei der pflegerischen Versorgung, Ausbildung in der Pflege. Außerdem war die ASG auf dem „Tag der Arbeitsgemeinschaften“ präsent.

Pflegeveranstaltung 2016 mit dem Landesverband Berlin
© SPD-Parteivorstand

MITARBEIT IN GREMIEN UND ARBEITSGRUPPEN

- Arbeitsgruppe 5 des SPD-Bundesvorstandes und Einspeisung eines Positionspapiers des ASG Bundesvorstands zu unseren Positionen
- Arbeitsgruppe zur Digitalisierung der FES
- Arbeitsgruppe Verbraucherschutz der FES
- Arbeitsgruppe zur Bürgerversicherung bei der FES

MATERIALIEN/PUBLIKATIONEN:

- Selbstdarstellungsflyer

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE:

Pflege
Themen zur Pflege waren insbesondere die gesetzlichen Personalstandards in der Pflege und die Reform der Pflegeausbildung und ihre Umsetzung. Wiederholt hat sich der Vorstand mit der Frage der Pflegeinteressenvertretung und der Bildung von Kammern befasst. Besonders das Thema Wertschätzung der Pflege und die Unterstützung der Wertschätzungskampagne wurden von der ASG bearbeitet. Dazu zählt auch der Anspruch auf einen Pflegesitz im GBA.

Pflegebürgerversicherung
Hier ging es uns vor allem darum, die Zuzahlungen und die unzureichende Sockelfinanzierung abzuschaffen. Damit soll auch der hohen Zahl derjenigen begegnet werden, die Hilfe zur Pflege in Anspruch nehmen müssen, was die Kommunen erheblich belastet. Ambulante Pflege soll in notwendigem Umfang finanzierbar gemacht werden um dem Prinzip „Ambulant vor stationär“ Geltung zu verschaffen.

Digitalisierung
Die ASG hat zu diesem Thema einen Antrag auf dem Bundesparteitag eingebracht. Wesentlich war für die ASG neben den technischen Möglichkeiten auch die Auswirkungen der Digitalisierung auf soziale Kategorien, die Arzt-Patient-Beziehung und Fragen des Datenschutzes.

Unabhängige Patientenberatung
Das Thema unabhängige Patientenberatung und die Vergabe durch das BMG wurde mehrfach diskutiert. Dazu wurde auch ein Gespräch mit dem Geschäftsführer Thorsten Krummwiede geführt.

WEITERE THEMEN:

TTIP und CETA
Antrag zum Bundesparteitag.

Hebammen
Anträge auf Bundeskonferenzen. Zusammenarbeit mit Bundestagsfraktion.

Psychotherapie
Wichtige Themen waren hier insbesondere die psychotherapeutische Versorgung im Versorgungsstärkungsgesetz und die Auswirkungen auf die Versorgunksicherheit. Darüber hinaus bearbeitete die ASG intensiv die Reform der Psychotherapeutenausbildung.

Migration und Gesundheit
Hier hat sich der Vorstand insbesondere mit der Versorgung von Flüchtlingen und mit den Problemen von EU-Migranten aus Süd-Ost-Europa mit ungeklärtem Versichertenstatus oder ohne Krankenversicherung befasst.

Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen:
Die ASG ist der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen beigetreten.

Bundesteilhabegesetz
Nach Diskussionen brachte die ASG eine Position zur Weiterentwicklung des Bundesteilhabegesetzes in die Debatte ein.

Korruption im Gesundheitswesen
Hierzu entwickelte die ASG ein Papier in Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ).

Reform der Medizinerausbildung
Themen waren der so genannte „Masterplan" von CDU-Gesundheitsminister Hermann Gröhe sowie die Frage nach der Reservierung von Studienplätzen für angehende Ärztinnen und Ärzte, die sich zur Niederlassung auf dem Lande verpflichten. Außerdem behandelte die ASG die Themen Öffnung des Auswahlverfahrens, Lehrstühle für Allgemeinmedizin an allen medizinischen Fakultäten und ein allgemeinmedizinischer Teil im Praktischen Jahr. Wesentlich aus Sicht der ASG sind zudem einige seit Jahren unbehandelte grundsätzliche Fragen der Zulassung und der Ausbildungsstrategie, Inhalte und ausbildungsbedingten Sozialisation. Diese Themen trug die ASG auch an die Konferenz der gesundheitspolitischen Sprecher der SPD Landtagsfraktionen heran.

ASG-Bundeskonferenz 2015: Armin Lang, Thomas Spies, Ingrid Rehwinkel (v. l.); © SPD Parteivorstand

MITGLIEDER IM ASG-BUNDESVORSTAND

(GEWÄHLT AUF DER BUNDESKONFERENZ 27./28. FEBRUAR 2015, BERLIN)

Vorsitzender
Dr. Thomas Spies

Stellvertreterin und Stellvertreter
Helga Kühn-Mengel
Boris Velter

Beisitzerinnen und Beisitzer
Cornelia Klisch
Bettina Fladung-Köhler
Christian Lukosch
Ingrid Rehwinkel
Björn Rodday
Elisabeth Rüdinger
Ronja Schmager
Klaus Stahl
Marlies Volkmer
Astrid von Waldenfels
Herbert Weisbrod-Frey

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AFB)

BILDUNGSPOLITIK IST ZENTRALES POLITIKFELD

Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist es, Bildungsgerechtigkeit und gleiche Chancen für alle genau so wie Entfaltungsmöglichkeiten für individuelle Talente zu schaffen. Trotz vieler Verbesserungen hängen Erfolge immer noch zu oft vom Geldbeutel der Eltern oder der Herkunft ab. Deshalb engagiert sich die AfB für eine gerechte Bildungspolitik, schafft Foren für Fachdiskussionen und verbindet Menschen aus Praxis, Theorie und Politik in der SPD. Gemeinsam erstellen alle Beteiligten Konzepte, Positionspapiere sowie Zielvorstellungen und bringen diese in gesellschaftliche Debatten und in die Partei ein. Die AfB will neue Erkenntnisse aus der Bildungsforschung besonders für Schulen schnell nutzbar machen.

Die AfB setzt sich für hohe Qualität in den Bildungseinrichtungen, gebührenfreie Bildung, gut umgesetzte Inklusion und mehr individuelles, gemeinsames Lernen ein. Egal wo gelernt wird: Die Orte müssen offen sein und strahlen. Die AfB will, dass Kinder, Jugendliche, Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Eltern gerne dort hingehen. Deshalb müssen in einer „Nationalen Bildungsallianz" alle Kräfte von Bund, Ländern und Kommunen gebündelt werden. Alle Betei-

ligten sollen erleben, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gute Bildung viel wert ist und die SPD gute Lösungen für die aktuellen Herausforderungen entwickelt. Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, junge Menschen bei ihrer Entwicklung und Weiterentwicklung durch Bildung zu unterstützen: Damit alle Menschen gute Bildungschancen und eine gute Zukunft in Deutschland haben.

BUNDESKONFERENZ 2016

Am 20./21. Mai 2016 fand in Hannover die letzte AfB-Bundeskonferenz statt. Neben der Wahl eines neuen Bundesvorstandes, war vor allem Beratung der Leitanträge „Gute Bildung – Auf den Start kommt es an!" und „Inklusion: Bildungssystem umbauen" von zentraler Bedeutung.

Inhaltliche Anregungen erhielten die Delegierten von Hamburgs Schulsenator Ties Rabe und vom stellvertretenden Vorsitzenden der SPD Bundestagsfraktion Hubertus Heil (MdB) sowie von Rainer Spiering (MdB). Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe sagte in ihrem Vortrag zu, in inhaltlichen Fragen eng mit der AfB zusammenzuarbeiten.

Die Beschlüsse können auf der AfB-Internetseite abgerufen werden:
https://afb.spd.de/dokumente/beschluesse-der-bundeskonferenzen/

Die AfB-Bundeskonferenz 2016

GUTE BILDUNG – AUF DEN START KOMMT ES AN!

Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten, einschließlich Krippen, und Kindertagespflege ist die Herausforderung des nächsten Jahrzehnts, denn das frühkindliche Bildungssystem ist im Umbruch. Gute Frühkindliche Bildung muss von der Zeit nach der Geburt bis zum Ende der Grundschulzeit zusammengedacht werden. Die Phasen müssen abgestimmt und gemeinsam gestaltet werden.

Das Recht jedes Kindes auf angemessene Bildung und Erziehung muss sichergestellt werden, um einen frühen Einstieg in die Kita zu ermöglichen. Gute Bildung ist Kinderrecht, alle Kinder brauchen deshalb entwicklungsorientiert einen guten Bildungsstart. Jedem Kind soll die höchstmögliche pädagogische Qualität angeboten werden, in der die Fachkräfte mit optimalen Rahmenbedingungen unterstützen, verlässliche strukturelle Standards festgelegt, der Ausbau von Kitas und Krippen konsequent und bedarfsorientiert vorangebracht werden.

Die AfB fordert, dass die Qualitätsanforderungen in den Bildungsprogrammen der Länder zur frühkindlichen Bildung mit aktuellen Bildungs-, Erfahrungs- und Kompetenzbereichen einschließlich Praxisempfehlungen festzuschreiben sind, um somit den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten auf ein starkes Fundament zu stellen.

INKLUSION: BILDUNGSSYSTEM UMBAUEN

Längst bezieht sich Inklusion nicht mehr nur auf die Integration von Menschen mit besonderem Förderbedarf oder besonderen Beeinträchtigungen (Behinderte), sondern meint im Bildungsbereich die bestmögliche Förderung jedes einzelnen Kindes oder Jugendlichen. Ziel ist es, ihnen ein weitgehend selbstbestimmtes Lebens in sozialer, ökologischer, kultureller und ökonomischer Verantwortung zu ermöglichen. Alle Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben deshalb das Recht, in das Regelschulsystem aufgenommen zu werden.

Dafür muss das Bildungssystem umgebaut werden, in dem zum einen im Hinblick auf die UN-Behindertenrechtskonvention die Selektion beendet und mehr Verantwortung in die Hände der Schulen vor Ort gegeben wird. Nur sokann eine Förderkultur mit Verantwortung und gleichzeitiger Verpflichtung entwickelt werden. Zum anderen sollen Unterstützungssysteme entwickelt werden, die mit Hilfe einer Bund-Länder-Unterstützungsagentur z.B. Einrichtungen beratend begleitet. Die AfB setzt sich dafür ein, dass Bundestag und Bundesregierung den großen Rahmen vorgeben und zusammen mit den Kultusministern die Länder unterstützen.

MITGLIEDER IM AFB-BUNDESVORSTAND

Vorsitzender
Ulf Daude (Schleswig-Holstein)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter
Marion C. Winter (Bayern)
Mathias Kocks (Nordrhein-Westfalen)

Beisitzerinnen und Beisitzer
Prof. Dr. Frauke Hildebrandt (Brandenburg)
Meike Jensen (Hamburg)
Martin Rabanus (Hessen-Süd)
Norbert Theobald (Baden-Württemberg)

ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE (AGS)

WICHTIGE TERMINE/VERANSTALTUNGEN:

AGS-WIRTSCHAFTSEMPFANG 2015

Am 13. November 2015 hatten der SPD-Parteivorstand und die Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD (AGS) zu ihrem Wirtschaftsempfang in das Willy-Brandt-Haus eingeladen, in dessen Rahmen traditionell auch der AGS-Innovationspreis verliehen wird. Der Wirtschaftsempfang und die Preisverleihung standen unter dem Motto „Innovation – Migration. Wirtschaft integriert Flüchtlinge“ und damit ganz im Zeichen der Flüchtlingsthematik.

Preisträger 2015

- Arrivo Berlin
- Workeer.de
- ReutHer STC gMBh

Verleihung des Innovationspreises 2015 im Willy-Brandt-Haus

AGS-WIRTSCHAFTSEMPFANG 2016

Wirtschaftsempfang und Preisverleihung standen 2016 unter dem Motto „Innovative Mitarbeiterbeteiligung und betriebliche Altersvorsorge in kleinen und mittleren Unternehmen“. Der AGS-Bundesvorsitzende Christian Flisek begrüßte am 25. November rund 200 Gäste aus Wirtschaft, Verbänden, Politik und vielen Genossinnen und Genossen im Atrium des Willy-Brandt-Hauses. Die Preisverleihung nahm die Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Yasmin Fahimi vor.

Preisträger 2016

- Anovia AG
- Fit120a e G
- Steuerberatung Richter GbR

Verleihung des Innovationspreises 2016 im Willy-Brandt-Haus

WEITERES:

Die 28. AGS-Bundeskonferenz fand am 29./30. April 2016 im Berliner Willy-Brandt-Haus statt und stand unter dem Motto „Neue Existenzen“. Neben der Wahl des neuen Bundesvorstandes stand die Antragsberatung im Mittelpunkt der Konferenz. Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Wirtschaftsverbände und die SPD-Generalsekretärin Dr. Katarina Barley nahmen an der Konferenz teil.

INTERNATIONALE VERNETZUNG DER AGS

Bereits vor Jahren stellte die AGS Kontakte zu europäischen „Schwesterorganisationen“ her. Gespräche gab es mit dem spanischen Wirtschaftsverband UPTA (www.upta.es) und mit dem Wirtschaftsverband in Österreich (www.wirtschaftverband.at). Die AGS plant die Kontaktaufnahme zu weiteren europäischen Verbänden und die Organisationen gemeinsamer Treffen.

PUBLIKATIONEN

Seit 2016 erscheint regelmäßig ein Newsletter der AGS „AGS-Aktuell“, der dabei helfen soll, die interne Kommunikation der Funktionäre und Mitglieder zu verbessern. Der Newsletter greift inhaltliche Themen auf und berichtet über Termine des Bundesvorstandes und der Landesverbände. Er steht auf der internen Internetseite der AGS. Außerdem hat die AGS einen neuen Selbstdarstellungsflyer herausgegeben.

POLITISCHE ZIELE

Die AGS fordert vor allem

- den schnellen Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der Verkehrs- und der digitalen Infrastruktur (flächendeckender Breitbandausbau);
- unnötige Bürokratie für Selbständige, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie für Existenzgründerinnen und -gründer abzuschaffen;
- die Finanzierungsbedingungen für KMU und Existenzgründer zu verbessern;
- innovative und forschende Unternehmen zu fördern;
- die Chancen der Energiewende zu nutzen und ihre Kosten zu begrenzen;
- Migrantinnen und Migranten schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren;
- den Fachkräftemangel durch Stärkung der dualen Ausbildung zu bekämpfen;
- Selbstständige besser sozial abzusichern;
- ein effizienteres und gerechteres Steuersystem – u. a. durch die Schließung von Steueroasen und Steuerschlupflöchern sowie durch den Abbau des „Mittelstandsbauches“.

MITGLIEDER IM BUNDESVORSTAND

(GEWÄHLT AUF DER BUNDESKONFERENZ AM 29./30.4.2016, BERLIN)

Vorsitzender
Christian Flisek MdB (Bayern)
Ehrenvorsitzende
Jürgen Vahlberg
Franz-Leo Wirtz († 2012)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter
Christiane Breuer (Nordrhein-Westfalen)
Ralph Weinbrecht (Baden-Württemberg)

Beisitzerinnen und Beisitzer
Marie-Jeanne Beringer (Mecklenburg-Vorpommern)
Dr. Dieter Falk (Hessen-Süd)
Ruth Gehring (Nordrhein-Westfalen)
Dirk Goldenstein (Bayern)
Dr. Thorsten Heinze (Hannover)
Ender Önder (Rheinland-Pfalz)
Peter Saar (Saarland)
André Soudah (Sachsen)
Dr. Iris Spiess (Bremen)
Angelika Syring (Berlin)
Kai-Olaf von Wolff (Schleswig-Holstein)

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTINNEN UND JURISTEN (ASJ)

WICHTIGE TERMINE/VERANSTALTUNGEN:

BUNDESAUSSCHUSS

Das Jahr 2015 begann für die ASJ mit einem Novum: Zum ersten Mal tagte der Bundesausschuss in Brüssel in den Räumen der Foundation for European Progressive Studies (FEPS). Hauptthema war der Stand und Inhalte der Gesetzgebung zum Europäischen Datenschutz. Fazit der Tagung: Das deutsche Datenschutzniveau scheint gesichert; wenn es in Frage gestellt wird, dann durch den Einfluss deutscher Innenbehörden. Die Wirkung der kommenden Verordnung auf Gesetzgebung und Verwaltung in den Mitgliedsstaaten, insbesondere auf das föderalistisch aufgebaute Deutschland, zeichnet sich in Ansätzen ab.

Am Vortag hatte die ASJ an einer Konferenz der S&D-Fraktion und von EUSONET, dem Netzwerk Europäischer Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen, zu den Bereichen TTIP und europäisches Migrationsrecht teilgenommen. Die Positionen auf der europäischen und auf der amerikanischen Seite wurden deutlich; im Ergebnis war festzustellen, dass oft kritisierte neoliberale Inhalte nicht notwendig auf amerikanische Forderungen, sondern vielmehr auf Haltung und Mandat der europäischen Kommission zurückzuführen waren. Der Konferenz folgte noch die 5. EUSONET-Konferenz in der Parteizentrale der europäischen Sozialdemokratie.

Der zweite Bundesausschuss in Saarbrücken beschloss unter anderem die Forderung der ASJ nach einer unverzüglichen Öffnung der Ehe für alle, eine Ausweitung des Bestellerprinzips im Maklerrecht und forderte Konkretisierungen und Verbesserungen für den Mietspiegel. Am Rande der Sitzung nahmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einem Empfang zum Jubiläum des Instituts für Rechtsinformatik teil, das die Datenbank „IURIS“ entwickelt hatte und an dem ein „hoffnungsfroher“ Nachwuchswissenschaftler namens Heiko Maas seine Karriere begonnen hatte.

GUSTAV-RADBRUCH-FORUM

Das Gustav-Radbruch-Forum 2015 befasste sich unter der Überschrift „Datensouveränität mit den vielfältigen Auswirkungen der Digitalisierung auf den Datenschutz“. Insbesondere das Smartphone ist mittlerweile zu einem allumfassenden Auskunftsgerät geworden. In zwei Foren wurde einerseits über die elektronische Akte in Justiz und Verwaltung diskutiert und andererseits der Verbraucherschutz im Internet bei sozialen Netzwerken näher beleuchtet. Anschließend wurden noch die Einflüsse dieser Veränderungen auf die deutsche Nachrichtendienstwelt näher untersucht.

Ergebnis dieser Diskussion war eine eigene Veranstaltung mit dem Thema Freiheit in Zeiten geheimdienstlicher Überwachung, die im Februar 2016 in Potsdam stattfand. Gemeinsam mit dem Obmann der Bundestagsfraktion Christian Flisek diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Konsequenzen der NSA-Affäre. Insbesondere die Notwendigkeit für rechtstaatliche Grenzen für die Fernmeldeaufklärung des BND stand im Vordergrund. Zugleich war man sich einig, dass es einer stärken parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste bedarf.
Unter dem Motto „Strafprozess im Wandel“ beschäftigte sich das Gustav-Radbruch-Forum 2016 in Hamburg mit der von Bundesjustizminister Heiko Maas in Angriff genommenen Reform der Strafprozessordnung. Grundlage für die Reform sind Empfehlungen einer Expertenkommission aus Justiz, Anwaltschaft und Strafrechtswissenschaft, die Heiko Maas schon im Juli 2014 eingesetzt hatte. Nach einer Einführung durch den rechtspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion fand eine Diskussion mit Richtern, Staatsanwälten und Anwälten über die empfohlenen Änderungen statt.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Gustav-Radbruch-Forum 2016
© SPD-Parteivorstand

Der am folgenden Tag stattfindende Bundesausschuss beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Thema Mieten und Wohnen, aber auch Anträge zu den Bereichen Asylverfahrensrecht, Mediation und Rundfunkfinanzierung standen auf der Tagesordnung.

BUNDESKONFERENZ 2016

Die Bundeskonferenz 2016 stand unter dem Motto „Sicher, demokratisch, gerecht und frei“. Am ersten Tag diskutierte die Konferenz in mehreren Foren mit hochrangigen Referenten aus Politik, Justiz und Wissenschaft über die Antworten, die eine sozialdemokratische Rechtspolitik auf die drängenden Fragen von heute und morgen geben kann. Bürgerrechte im digitalen Zeitalter, Arbeit 4.0 und deren Auswirkungen auf das Arbeitsrecht, lebendige Demokratie und Teilhabe sowie wirksame Strafverfolgung als sozialdemokratische Anliegen standen im Zentrum der Debatte. Justizminister Heiko Maas zog auf der Bundeskonferenz Zwischenbilanz über die Rechtspolitik der SPD in der laufenden Legislaturperiode. SPD- Generalsekretärin Katarina Barley eröffnete den zweiten Konferenztag mit einer Rede zum Thema „Vor der Wahl: Mit Courage für ein gerechtes und weltoffenes Land“. Darüber hinaus war die AsJ-Bundeskonferenz von der Neuwahl des Bundesvorstandes geprägt. Mit großer Mehrheit bestätigten die Delegierten den sächsischen Landtagsabgeordneten Harald Baumann-Hasske als Bundesvorsitzenden.

MATERIALIEN/PUBLIKATIONEN:

- Selbstdarstellungsflyer
- Rechtspolitisches Magazin anlässlich der Bundeskonferenz 2016 (Im Netz: www.asj.spd.de/ueber-uns/)

Alle Beschlüsse stehen auf der ASJ-Homepage:
www.asj.spd.de/ beschluesse

AsJ-Bundesvorstand 2016;
© SPD-Parteivorstand

MITGLIEDER IM ASJ-BUNDESVORSTAND

(GEWÄHLT AUF DER BUNDESKONFERENZ AM 12./13.11.2016, BERLIN)

Vorsitzender
Harald Baumann-Hasske MdL, Rechtsanwalt (Sachsen)

Stellvertreter und Stellvertreterin
Dr. A. Thorsten Jobs, Richter am OVG (Brandenburg)
Katja Weitzel, Rechtsanwältin (Bayern)

Beisitzerinnen und Beisitzer
Fabian Hoffmann, Richter am BGH (Hessen)
Marcus Köhler, Oberstaatsanwalt (Baden-Württemberg)
Ralf Lindemann, Verwaltungsjurist (Niedersachsen)
Frank Diembeck, Richter am AG (Nordrhein-Westfalen)
Dr. Anne Deike Riewe, Rechtsanwältin (Nordrhein-Westfalen)
Dr. Antje Draheim, Verwaltungsjuristin (Mecklenburg-Vorpommern)
Tina Winter, wissenschaftliche Mitarbeiterin (Hamburg)
Jürgen Gasper, Richter am VG (Hessen)
Thomas Notzke, Richter am VG (Thüringen) – bis 2016
Daniela Cernko, Richterin (Saarland) – ab 2016

JUSO-BUNDESVERBAND 2015/2016

In den Jahren 2015/2016 haben die Jusos die erfolgreiche Verbandsarbeit ausgebaut sowie neue, auf aktuelle Debatten bezogene Projekte und Kampagnen durchgeführt. Auf Großveranstaltungen und Bildungsseminaren konzentrierten sich die Jusos darauf, einen linken Gesellschaftsentwurf auszuarbeiten. Durch die Verzahnung von Onlinearbeit und Aktionen auf der Straße steigerten sie ihre Kampagnenschlagkraft. Die Jusos setzten damit in der öffentlichen Debatte einen starken Gegenpol zum Rechtspopulismus.

KAMPAGNEN

Im Berichtszeitraum legten die Jusos den Fokus verstärkt auf Kampagnen, die Aufmerksamkeit erzeugen sollten und informativ waren. Darüber hinaus sollten sie online und offline mobilisieren und zu Aktionen aufrufen (Call-to-Action). Die Kampagnen griffen brisante Themen auf, die auch in der gesamten Gesellschaft diskutiert wurden.

In der auf zwei Jahre angelegten Kampagne „Links leben“ hat sich der Verband Zeit genommen, einen neuen, linken Gesellschaftsentwurf zu erarbeiten. Auf dem Linkskongress, in Zukunftswerkstätten und in einem Sommercamp entwarfen die Jusos die Vision eines guten linken Lebens. Die Ergebnisse wurden in dem Antrag „links leben“ für den Bundeskongress 2015 gebündelt. Für den Online-Bereich der Kampagne veranstalteten sie einen Videowettbewerb.

Mit der Kampagne „Wir ziehen’s durch“ setzten sich die Jusos 2015 für die Legalisierung von Cannabis ein. Mit verschiedenen Materialien und Give-aways, wie Juso-TIP-Blättchen, kommunizierten sie die Vorteile der Legalisierung von Cannabis.

Mit der Kampagne „Unsere Zukunft ist mehr wert“ machten die Jusos auf den herrschenden Investitionsstau aufmerksam und kämpften für eine längst überfällige Investitionsoffensive in Bildung, Mobilität und Daseinsvorsorge.

Bei der Debatte um die Freihandelsabkommen TTIP und CETA betonten die Jusos immer wieder öffentlich und innerparteilich, dass es Alternativen zur neoliberalen Freihandelsdoktrin gebe. Mit dem Beschluss auf dem Bundeskongress 2015 konkretisierten sie ihre Vorstellungen von einem demokratischen, solidarischen und gerechten Welthandel: „Fairhandel statt Freihandel.“ Ihre Argumente und ihre Kritik brachten sie auch in den Parteikonvent zu den Freihandelsabkommen ein.

2015 bestimmte die Einreise hunderttausender geflüchteter Menschen die öffentliche Debatte. Weit ins konservative Lager hinein wurde die Öffnung der Grenzen kritisiert. Um rechtspopulistischen Argumenten und Forderungen etwas entgegenzustellen, starteten die Jusos die Kampagne „Refugees welcome“. Mit Argumentationshilfen und Aktionspaketen unterstütze der Juso-Bundesverband die politische Arbeit vor Ort. Die Facebook-Kampagne stellte Juso-Mitglieder vor, die sich vor Ort aktiv in der Geflüchteten-Arbeit engagierten. Dies motivierte auch Menschen außerhalb des Verbandes, sich ebenfalls zu engagiere.

Facebook-Kacheln mit Jusos, die sich in der Geflüchtetenhilfe engagieren
© SPD-Parteivorstand

2016 verfestigten sich die gesellschaftliche Stimmung und das negative Meinungsklima in den Medien. Mit der zweiten Kampagne „Kein Grund zur Panik“ setzten die Jusos erneut ein Signal: Geflüchtete Menschen aufzunehmen, ist humanitäre Pflicht und keine Katastrophe. Geflüchtete überfordern das Land nicht, wenn man die Herausforderungen anpackt anstatt die Energie mit Abschottungsdebatten und -maßnahmen zu verschwenden. Die Jusos hatten ihre Position nicht nur in die öffentliche und innerparteiliche Debatte eingebracht, sondern auch Materialien – Themenflyer, Aufkleber und Bierdeckel – zur Aufklärung von Stammtischparolen produziert. Gemeinsam mit dem Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ wurden die Juso-Positionen auch online und in den Medien weiter verbreitet.

BÜNDNISARBEIT

Die Jusos legen großen Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen. Gemeinsam gibt es bessere Chancen, Forderungen und Botschaften des Verbandes in eine größere Zielgruppe hineinzutragen und umfangreiche Projekte umzusetzen. Gerade in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus bündelten die Jusos und andere Organisationen ihre Kräfte. So entstanden neue Netzwerke im Kampf gegen Rassismus und Rechtextremismus.

GEDENKSTÄTTENFAHRT 2015

70 Jahre nach Ende von Nazi-Deutschland erinnerten die Jusos an die Verbrechen in den Konzentrationslagern Auschwitz, Sobibor, Treblinka und Dachau. Gerade in Zeiten, in denen Neonazis und Rechtsradikale immer schamloser in der Öffentlichkeit auftreten, wird die Erinnerungs- und Gedenkkultur an die Verbrechen der Nazis immer wichtiger. Im Sommer 2015 organisierten die Jusos deshalb zusammen mit vielen anderen Jugendverbänden eine Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz und Krakau. Fast 1000 junge Menschen, darunter 100 Jusos, nahmen an der Fahrt teil. Zusammen organisierten sie Workshops, Vorträge und Lesungen, um sich zu informieren und vor Augen zu führen, was in den 23 Jahren des deutschen Faschismus' wirklich geschehen ist. Die Idee der Fahrt, über antifaschistische Bildungsarbeit und Erinnerungsarbeit die Jugendorganisationen stärker zu vernetzen, konnte nachhaltig umgesetzt werden.

BÜNDNIS „AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS“

Im Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ arbeiteten die Jusos mit anderen antifaschistischen Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern zusammen, um Widerstand gegen rechte Organisationen und Gruppen vor Ort zu organisieren und zu unterstützen. Gemeinsam veranstaltete das Bündnis eine Konferenz in Frankfurt, an der über 600 Aktivisten und Aktivistinnen teilnahmen. Darüber hinaus organisierte es eine „StammtischkämpferInnenausbildung“ mit dem Ziel, die Argumentationsfähigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu stärken. An den Seminaren nahmen auch viele Jusos teil. Außerdem hat der Verband viele Teamerinnen und Teamer ausgebildet, die dann selbst das „StammtischkämpferInnenseminare“ leiten sollen. So erreichte das Bündnis bereits tausende Menschen und mobilisierte gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Darüber hinaus können sich Aktive auf der Onlineplattform „Aufstehen-Netzwerk“ vernetzen und gemeinsam Aktionen starten. Mit den Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern organisierten die Jusos zum Programmparteitag der AfD zwei Großdemonstrationen in Stuttgart und Berlin und sorgten dafür, dass viele Mitglieder laut und sichtbar an diesen Demos teilnahmen.

BILDUNGSSEMINARE UND GROßVERANSTALTUNGEN

Eine der Kernaufgaben der Jusos ist es, politische Bildungsarbeit zu organisieren. Deshalb hat der Verband verschieden Angebote entwickelt, die sowohl etablierte Juso-Funktionärinnen und Funktionäre als auch „Neulinge“ ansprechen sollten. Damit sind die Jusos in der Weiterbildung breit aufgestellt und werden unterschiedlichsten Mitgliederinteressen gerecht.

POLITIK-DIPLOM

In den Jahren 2015 und 2016 führten die Jusos die Politikdiplom-Seminare weiter. An den Seminaren, die an jeweils drei Wochenenden in der Heimvolkshochschule Springe stattfanden, nahmen je zwei Juso-Funktionärinnen und -Funktionäre pro Landes- oder Bezirksverband teil. In den Seminaren lernten sie, mithilfe marxistischer und feministischer Theorie, sozialistische Gesellschaftsentwürfe selbst zu entwickeln und herrschende Verhältnisse kritisch zu hinterfragen. Zudem übten sie beteiligungsorientierte Moderationsmethoden, um politische Entscheidungen herbeizuführen. Sie bekamen „Werkzeuge“ für eine erfolgreiche Kommunikation an die Hand. Die Auswertung der Seminare durch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen ergab, dass das Politikdiplom erheblich zur Professionalisierung der Absolventinnen und Absolventen und damit auch zur Stärkung des Jugendverbandes beiträgt.

FRAUENEMPOWERMENT

2016 begannen die Jusos mit der inhaltlichen Entwicklung und Konzeption eines zweiten Bildungsseminars auf Bundesebene. Das „Frauenempowerment-Programm“ richtet sich an jeweils eine Frau pro Landes- oder Bezirksverband, die schon Erfahrung in politischer Arbeit sammeln konnte und Wissen zum Thema Feminismus mitbringt. Diese Frauen sollen als Multiplikatorinnen in ihre Landes- und Bezirksverbände hineinwirken. Im dreiteiligen Frauenempowerment-Programm lernen die Teilnehmerinnen, Diskriminierungsmuster und -mechanismen zu erkennen. Denn Frauen werden noch immer auf zahlreichen Ebenen benachteiligt. So erschweren oder Verhindern ungleiche Bezahlung oder Geschlechterdiskriminierung im Steuersystem die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen und damit auch ihre Emanzipation. Alltagssexismus und sexuelle Belästigung sind immer noch weit verbreitet und werden oft verharmlost. Auch innerhalb von Parteien sehen Frauen sich mit Sexismus konfrontiert. In den Seminaren erarbeiten die Teilnehmerinnen Strategien, um sich effektiv gegen Diskriminierung und Belästigung zur Wehr setzen zu können und so mehr Selbstbestimmung und Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen.

VERBANDSWOCHENENDEN

Kontinuierlich fanden weiterhin dreimal im Jahr die Verbandswochenenden der Jusos statt. Hier diskutierten die Mitglieder auf Bundesebene über verschiedene Themen und Projekte tiefgehend. Daneben gab es 2016 eine Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden Konferenz in Berlin, auf der fast 300 Genossinnen und Genossen aus allen Landesverbänden und Bezirken über Asylpolitik und Argumente gegen Rechts diskutierten. Sie nahmen an Workshops zu Mitgliedergewinnung, Moderation, Pressearbeit oder zum Umgang mit rechter Hetze im Netz teil.

Der Anspruch der Jusos ist es, möglichst viele Mitglieder zu mobilisieren und zu aktivieren. Mit diesem Ziel veranstalteten sie 2015 und 2016 „Linkskongresse“, die sich vor allem an Nicht- und Neumitglieder wendeten. An beiden Kongressen nahmen jeweils 400 junge Menschen teil. 2015 diskutierten sie in Erfurt unter dem Motto „links leben“ in Workshops und Panels über linke Gesellschaftsentwürfe und erarbeiteten die Grundlage für den Antrag zur Friedenspolitik für den nächsten Juso-Bundeskongress. Der Kongress 2016 in Berlin stand unter dem Motto „es geht auch anders“. Am letzten Tag konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die für sie wichtigsten Themen abstimmen. Dabei fand das Thema „Mindestausbildungsvergütung“ den größten Zuspruch und sollte eines der zentralen Themen im anstehenden Bundestagswahlkampf werden.

Diskussionen im Rahmen eines Workshops beim Linkskongress 2016

Erfolgreich haben die Jusos auch weiterhin jährlich die Basiskongresse der Juso-SchülerInnen- und Auszubildendengruppe (JSAG) organisiert und so die Strukturen dieser Organisationen gefestigt. Dazu trugen auch die Besuche verschiedener JSAG-Landesverbände bei. Darüber hinaus haben sich die Jusos auch an der ArbeitnehmerInneninitiative des Parteivorstandes beteiligt und den Kongress „Jugend-Politik-Betrieb“ mitgestaltet.

INTERNATIONALE ARBEIT

Der Juso-Bundesverband baute In den vergangen Jahren sein internationales Engagement im Willy Brandt Center (WBC) und bei weiteren internationalen Veranstaltungen aus.

Das deutsch-israelisch-palästinensische **Willy Brandt Center Jerusalem (WBC)** ist ein Zentrum der Begegnung und Verständigung zwischen jungen Menschen aus Israel, Palästina und Europa. Die Jusos unternahmen zahlreiche Delegationsreisen nach Israel und Palästina und empfingen im Gegenzug Gruppen der Partnerinnen- und Partnerorganisationen in Deutschland. So kam 2015 eine Frauendelegation aus Israel und Palästina nach Berlin. Im März 2016 besuchte eine Frauendelegation der Jusos Israel und Palästina. Ziel dieser Besuche ist es, dass Frauen ein dauerhaftes Netzwerk aufbauen und sich mit frauenpolitischen Fragen in ihren Gesellschaften auseinandersetzen. Darüber hinaus feierte das Willy Brandt Center 2016 sein 20-jähriges Bestehen. Dies nahmen die Jusos zum Anlass, um in Brandenburg mit ihren Partnerinnen- und Partnerorganisationen ein WBC-Sommercamp zu veranstalten. Zum Jubiläum wurde eine Festschrift über das WBC publiziert.

Die Jusos nahmen im Berichtszeitraum an den Großveranstaltungen ihres internationalen europäischen Dachverbandes IUSY (International Union Of Socialist Youths) teil. Dem IUSY World Council 2015 in Jerewan, Armenien, folgte 2016 der IUSY World Congress in Tirana, auf dem die Jusos Anträge zu den Themen globale Entwicklung, Nachhaltigkeitsziele und zur Bekämpfung von Ungleichheit einbrachten. Zudem waren die Jusos regelmäßig bei den Treffen des European Committee vertreten.

Auch in den letzten Jahren beteiligten sich die Jusos wieder in großer Zahl an den jährlich stattfindenden Kongressen und Summercamps von YES (Young European Socialists). Auf dem YES Congress 2015 in Winterthur, Schweiz, wurden die Juso-Anträge zu Vorratsdatenspeicherung und einem einheitlichen Sozialsystem in Europa mit großer Mehrheit angenommen. Auf dem YES Summercamp 2016 in Sizilien mit über 1000 Teilnehmenden stellten die Jusos mit 150 Teilnehmenden die größte Delegation.

Darüber hinaus tauschten sich die Jusos im Rahmen der Sommerschule der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) mit der Partnerorganisation JPT in Brasilien aus und nahmen an der Sommerschule der FES Lateinamerika teil. Zudem hatten sechs Mitglieder des Juso-Bundesvorstandes auf einer Delegationsreise in die USA und Kanada die Möglichkeit, sich in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Demokratischen Partei, Wahlforscherinnen und Wahlforschern sowie zivilgesellschaftlichen Aktivistinnen und Aktivisten über die US-Präsidentschaftswahlen im November 2016 zu informieren und verschiedene Kritikpunkte unseres Verbandes zu CETA nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen.

CORPORATE DESIGN UND ONLINE-AUFTRITT

Aus Basis einer Zielgruppenstudie haben die Jusos ihr Corporate Design und Logo komplett neu gestalten lassen. Passend zur verstärkten Ausrichtung auf die Online- und Social Media- Kommunikation gibt es neue Gestaltungsrichtlinien, die Klarheit, Bewegung und Zukunftsorientiertheit transportieren sollen. Die traditionelle Faust mit Rose ist auch im neuen Design gut wiederzuerkennen, strahlt jetzt jedoch durch klare Linien und einen grafischeren Aufbau Durchsetzungsfähigkeit, Fortschrittlichkeit und Optimismus aus. Der nach rechts oben ansteigende Schriftzug verstärkt diesen Effekt. Im Corporate-Design-Manual auf der Juso-Webseite sind die Design-Vorlagen für Flyer, Postkarten, Online-Kacheln, Rollups und Präsentationen frei verfügbar.

Das neue Juso-Logo

MITGLIEDER IM JUSO-BUNDESVORSTAND

Bundesvorsitzende
Johanna Uekermann (seit Dezember 2013)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter (bis Dezember 2015)
Stefan Brauneis
Moritz Deutschmann
Charlotte Rosa Dick
Johannes Gorges
Jan Krüger
Svenja Ludwig
Justus Moor
Katharina Oerder

Stellvertreterinnen und Stellvertreter (seit Dezember 2015)
Stefan Brauneis
Delara Burkhardt
Charlotte Rosa Dick
Johannes Gerken
Matthias Glomb
Svenja Haarmann
Kevin Kühnert
Filippos Kourtoglou

Kooptierte Mitglieder
Jan Lichtwitz (IUSY-Vizepräsident, seit 2013)
Johanna Klingbeil (YES-Vizepräsidentin, seit 2015)
Josefine Geib (Juso-Hochschulgruppen, bis 2016)
Ferdinand Meyer-Erlach (Juso-Hochschulgruppen, seit 2016)
Rhoda Thieves (Juso-SchülerInnen, bis 2016)

Oleg Shevchenko (seit 2016)
Michelle Rauschkolb (seit 2016)
Jan Dieren (seit 2016)

Bundesgeschäftsführung
Julia Maas (bis Juli 2016)
Daniel Choinovski (seit Juli 2016, kommissarisch)

JUSO-HOCHSCHULGRUPPEN

Die Juso-Hochschulgruppen sind der Studierendenverband der SPD und mittlerweile an über 80 Hochschulen bundesweit vertreten. Und der Verband wächst weiter - auch an Fachhochschulen gründen sich zunehmend Juso-Hochschulgruppen. Hier gestalten sie sozialdemokratische Politik im studentischen Umfeld und engagieren sich vielfältig.

Das Engagement der Juso-Hochschulgruppen umfasst die Vertretung und Mitarbeit in den Gremien der Hochschulen und der studentischen Selbstverwaltung, den Studierendenwerken sowie die Planung und Organisation von Veranstaltungen zu hochschul- und bildungspolitischen Themen. Darüber hinaus verstehen sie sich aber auch als politische Akteurinnen im gesamtgesellschaftlichen Kontext und engagieren sich über die Grenzen des Campus' hinaus.

In den Jahren 2015/16 führten die Hochschulgruppen viele spannende Projekte, Bildungsveranstaltungen und Kampagnen durch. Ein Schwerpunkt lag dabei insbesondere auf dem Konzept des Frauenempowerment. Hier konnten aktive Frauen aus dem Verband sich untereinander austauschen, vernetzen und sich für die Arbeit vor Ort qualifizieren. Außerdem wurden Multiplikatorinnen für die Arbeit im gesamten Verband ausgebildet. Das erfolgreiche Empowerment-Programm der Juso-Hochschulgruppen wurde 2016 erweitert und fortgeführt.

#GRLPWR bei den Juso-Hochschulgruppen – die Teilnehmerinnen des Empowermentprogramms 2015; © Juso-Hochschulgruppen

Zum wiederholten Male führten die Juso-Hochschulgruppen in Kooperation mit der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion einen bildungspolitischen Kongress durch. Vom 1. bis 3. Juli 2016 kamen zahlreiche Studierende und Interessierte im Deutschen Bundestag zusammen. Unter dem Motto „Studieren heute in Hochschulen von gestern?" diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an drei Tagen mit spannenden Gästen über die Fragen des studentischen Lebens in der heutigen Zeit.

Nachdem bereits 2015 eine Delegation aus Israel und Palästina die Juso-Hochschulgruppen besuchte, gab im Folgejahr ein weiteres Highlight im internationalen Austausch. Eine Delegation der Juso-Hochschulgruppe reiste im August 2016 erstmals nach Israel und Palästina. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer informierten sich in Kooperation mit dem Willy-Brandt-Center über die aktuelle Situation vor Ort, tauschten sich mit israelischen und palästinensischen Studierenden aus und nahmen viele Erfahrungen für die hochschulpolitische Arbeit mit nach Hause.

Teilnehmende der ersten Delegationsreise nach Israel und Palästina, August 2016; © Juso-Hochschulgruppe

Die Juso-Hochschulgruppen bieten zudem für thematische Kampagnen Aktionspakete und aktuelles Material zum Download an. Der Schwerpunkt dabei lag zu Beginn des Jahres 2015 auf dem Thema „Gute Arbeit an Hochschulen". Unter dem Motto „Studijob gesucht? Aber nicht unter 8,50€!" wurde für die Einführung des Mindestlohns prominent auf dem Campus geworben.

Motiv der „Gute Arbeit-Kampagne" 2015; © Juso-Hochschulgruppen

Gemeinsam mit den Jusos organisierten die Juso-Hochschulgruppen eine groß angelegte „Refugees Welcome"-Kampagne. Um auf die problematische Wohnraumsituation für Studierende zum Semesterstart hinzuweisen, führten sie zu Beginn des Wintersemesters 2016 unter dem Motto: „Zelten ist schön, bezahlbarer Wohnraum ist schöner" einen Flashmob mit Zelten auf dem Campus an vielen Hochschulorten durch.

Die politische Bildungsarbeit des Verbands wurde maßgeblich durch die Sommerschule im August 2015 bereichert, die unter dem Motto

stand „Hast Du nichts Besseres zu tun...als die Welt zu verändern?“. Darüber hinaus organisierten die Hochschulgruppen regelmäßige Seminarwochenenden. Hier konnten die Aktiven inhaltliche Kompetenzen zu aktuellen bildungspolitischen Fragestellungen sowie methodische Qualifikationen für die Arbeit vor Ort und im Verband erwerben.

Im Jahr 2016 haben sich die Juso-Hochschulgruppen aktiv am Prozess zur Erarbeitung des Wahlprogramms beteiligt. In die Perspektiv-AG „Wirtschaft, Finanzen, Investitionen und Bildung“ brachten sie wichtige Impulse für den Bildungs- und Wissenschaftsteil des Wahlprogramms ein. Gemeinsam mit den Jusos entwickelten sie zudem die Jugendkampagne zur Bundestagswahl.

Gemeinsam mit dem Parteivorstand organisierten die Hochschulgruppen erneut Hochschuldialoge in vielen Orten. Im Fokus dabei stand der offene Dialog zwischen Politik und Studierenden über zentrale Gerechtigkeits- und Zukunftsfragen. Die Auftaktveranstaltung mit Sigmar Gabriel am 5. Dezember 2016 in Köln lockte über 1.000 Studierende in den Hörsaal.

Der jährlich im November auf ein Jahr gewählte Bundesvorstand entsandte jeweils ein Mitglied in die AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, den Bundesvorstand der Jusos und in den Parteivorstand.

MITGLIEDER IM BUNDESVORSTAND DER JUSO-HOCHSCHULGRUPPEN

2014/15
Philipp Breder (Juso-Bundesvorstand)
Josefine Geib
Miriam Hack
Annika Klose (AG Bildung und Forschung)
Niklas Konrad
Philip Kroner (erw. SPD-Parteivorstand)
Sophia Schiebe (bis Mai 2015)
Anna Wilhelmi (ab Mai 2015)

2015/16
Jaqueline Dejosez
Josefine Geib (Juso-Bundesvorstand)
Florian Korb
May Meisenheimer
Ferdinand Meyer-Erlach (SPD-Parteivorstand)
Mia Thiel (AG Bildung und Forschung)
Anna Wilhelmi

Seit November 2016/17
Torrent Balsamo (ab Mai 2017)
Aljoscha Dalkner
Jasmin Delveaux
Emily Feigel
May Meisenheimer (AG Bildung und Forschung)
Ferdinand Meyer-Erlach (Juso-Bundesvorstand)
Mia Thiel (SPD-Parteivorstand)

Bundesgeschäftsführung
Daniel Choinovski (bis Dezember 2015)
Katharina Kaluza (bis September 2016)
Marieke Reiffs (ab September 2016)

SPDQUEER – ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SPD FÜR AKZEPTANZ UND GLEICHSTELLUNG

WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN:

CSD-Tour 2015: „Homophobie ist eine Bildungslücke“
Unter dem Motto „Homophobie ist eine Bildungslücke“ gingen die SPD und die AG SPDqueer in die CSD-Kampagne 2015. Gute Bildungsarbeit, die rechtzeitig begonnen wird, kann einen akzeptierenden Umgang mit den vielfältigen Lebensweisen vermitteln. Die AG SPDqueer setzt daher auf Bildung – und auf Nachhilfe, bei denjenigen, die immer noch homophobe Gedanken äußern. Für eine akzeptierte und vielfältige Gesellschaft!

Die CSD-Trucktour des SPD-Parteivorstandes gemeinsam mit der AG fand in neun Städten bundesweit statt. Darüber hinaus gab es dezentral zahlreiche CSD-Aktionen. Traditionell hisste die SPD auch wieder die Regenbogenfahne am Willy-Brandt-Haus – diesmal mit dem Staatsminister für Europa Michael Roth MdB.

Regenbogenfahne-Hissen am WBH 2015; © SPD-Parteivorstand

CSD-Tour 2016: „Keine Macht den Homophoben. Integration für Alle“
Das CSD-Motto 2015 lautete „Keine Macht den Homophoben. Integration für Alle“. Auch das Design spiegelte mit einer Iris-Anmutung eine vielfältige und bunte Gesellschaft wieder. Die CSD-Trucktour des SPD-Parteivorstandes gemeinsam mit der AG fand wiederum in neun Städten bundesweit statt. In diesem Jahr hisste SPD-Generalsekretärin Katarina Barley die Regenbogenfahne gemeinsam mit der AG.

Motto CSD 2016; © SPD-Parteivorstand

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Die AG präsentierte ihre Arbeit auf dem Bundesparteitag 2015 in Berlin. Auf der Bundeskonferenz 2016 in Schwerin gab es Reden und Grußworten von Manuela Schwesig (stellv. SPD-Parteivorsitzende und Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Michael Roth MdB (Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt), Helmut Metzner (Mitglied im Bundesvorstand LSVD), Jörg Litwinschuh (Geschäftsführender Vorstand Magnus-Hirschfeld-Stiftung), Margrit Zauner (Mitglied im ASF-Bundesvorstand), Karl Heinz Brunner MdB und Reno Banz (AG Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern) Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Neuwahl des Vorstandes und eine Veränderung der Vorstandsstruktur. Die AG hat sich für das Modell 1 Vorsitz, 1 Stellvertreterin oder Stellvertreter, 12 Beisitzerinnen oder Beisitzer entschieden.

UMBENENNUNG DER AG:

Auf der Bundeskonferenz im Oktober 2016 fasste die AG den Beschluss, der Mitte Dezember vom Parteivorstand in der AG-Richtlinie festgeschrieben wurde:
Die Arbeitsgemeinschaft heißt „SPDqueer – Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung“.

Der alte Name Schwusos entstand in den 70er Jahren als Kürzel für schwule Jusos. Die AG ist heute vielfältiger. Der Begriff Queer hat sich inzwischen im deutschsprachigen Raum als „Dachbegriff“ in der Community etabliert. Die AG versteht ihn so, dass damit jede*r mit der jeweiligen ganz persönlichen Identität wahrgenommen wird und einbezogen ist, egal, ob er*sie sich selbst individuell als lesbisch, bi, trans, schwul, queer oder noch anders definiert. Mit der SPDqueer wird die fast 40-jährige Erfolgsgeschichte der Schwusos weitergeführt. Nun aber mit einem inklusiven Namen!

MATERIALIEN/PUBLIKATIONEN:

- Selbstdarstellungsflyer
- Postkartenset CSD
- Aufkleber CSD
- Gummitiere CSD

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE:

- Gleichstellung für Regenbogenfamilien und Öffnung der Ehe für alle
- Artikel 3 Abs. 3 GG um die Merkmale „sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität“ ergänzen
- Rechte trans- und intergeschlechtlicher Menschen neu fassen
- Bildungsprojekte an Schulen
- Diskriminierung bei Blutspenden beenden
- Würdige Lebensbedingungen für LSBTI* im Alter schaffen
- Rehabilitierung und Entschädigung verurteilter Männer nach §175 StGB
- Bundesweiter Aktionsplan gegen Homo-, Bi- und Transphobie zur Akzeptanz von LSBTI*
- Geltende Regelungen zur Anerkennung von LSBTI*-Geflüchteten konsequent anwenden
- Kampf gegen Homophobie im Alltag

Neu gewählter SPDqueer Bundesvorstand 2016 in Schwerin
© SPD-Parteivorstand

Motto CSD 2016; © SPD-Parteivorstand

MITGLIEDER IM BUNDESVORSTAND DER SPDQUEER

Vorsitzende
Petra Nowacki (ab 10/2016)
Ansgar Dittmar (bis 10/2016)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter
Marc Terence Jones
Petra Nowacki (bis 10/2016)
Julia Ostrowicki (bis 10/2016)
Georg Teichert (bis 10/2016)

Beisitzerinnen und Beisitzer
Daniel Alff
Arne Platzbecker
Nancy Engel
Andrea Kracht
Hans-Dieter Straup
Michael Blödel-van der Werf (ab 10/2016)
Georg Teichert (ab 10/2016)
Elia Scaramuzza (ab 10/2016)
Martin Schöpe (ab 10/2016)
Fabienne Vesper (ab 10/2016)
Anke Vetter (ab 10/2016)
Andrea Woltmann (ab 10/2016)
André Rostalski (bis 10/2016)
Martina Wilczynski (bis 10/2016)
Edgar Spengler-Staub (bis 10/2016)
Julia Steinbichl (bis 10/2016)

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION UND VIELFALT

WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN:

ERSTER KOMMUNALKONGRESS IN GELSENKIRCHEN

Vernetzung und inhaltliche Arbeit stand im Mittelpunkt des 1. Kommunalkongresses der Bundes-AG für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit Zuwanderungsgeschichte in Gelsenkirchen. Anwesend waren Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, Fraktionsvorsitzende, Ratsmitglieder, sachkundige Bürgerinnen und Bürger sowie Mitglieder in Integrationsräten. Kurzum: die Veranstaltung zeigte, wie viel Potential die SPD in den Kommunen besitzt. Die Veranstaltung soll – nach vielen positiven Rückmeldungen – regelmäßig stattfinden.

Kommunalkongress in Gelsenkirchen 2016; © SPD-Parteivorstand

PREIS DER VIELFALT

Der Preis wurde 2015 vom Bundesvorstand der AG erstmals verliehen, um Personen, Vereine oder Verbände für ihr herausragendes Engagement für die Vielfalt in Deutschland zu würdigen. Das Thema der Ausschreibung war „Flüchtlingshilfe". Erhalten hat den „Preis der Vielfalt" das „Praxisprojekt Migrationsrecht – Juristische Hilfe für Flüchtlinge durch Studierende" aus Halle/Saale. In einem würdigen Rahmen hielt Thorsten Schäfer-Gümbel die Laudatio und übergab anschließend den „Preis der Vielfalt" an die jungen Studierenden und ihren Mentor.

WEITERES:

- Mitarbeit im Projekt #NeuesMiteinander der SPD-Bundestagsfraktion;
- Mitwirkung im Expertengremium zum Umgang mit islamitischem Extremismus und Islamfeindlichkeit und bei der Leitbildkommission der FES;
- Vernetzung mit anderen Arbeitsgemeinschaften;
- Gemeinsam mit der AG SPD 60 plus und der AG Selbst Aktiv diskutierte die AG Migration und Vielfalt unter dem Titel „Wohnkonzepte für eine gute Zukunft für alle" im Dezember 2015 u. a. mit dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Florian Pronold;
- Mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen und der AG SPD 60 plus organisierte die AG im April 2017 eine Veranstaltung zur Antidiskriminierungspolitik;
- Präsentation mit Stand zum Bundesparteitag 2015 in Berlin. Fotoaktion mit „Wir schaffen das, weil…" und Podiumsdiskussion in der Dialogarena zum Thema „Land der Vielfalt. Was hält uns zusammen? Werte, Kultur oder Symbole?".

Fotoaktion beim Bundesparteitag 2015 in Berlin; © SPD-Parteivorstand

MATERIALIEN/PUBLIKATIONEN:

- Postkarte „Mehr Vielfalt passte nicht auf diese Karte!"
- Luftballons „Rassismus in den Wind schießen"
- Kugelschreiber „Deutschland neu schreiben"
- regelmäßige Newsletter „Vielfalts-Brief"
- verstärkte Social Media Präsenz

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE:

Große Aufmerksamkeit legte die AG in den letzten beiden Jahren auf die Flüchtlingspolitik. Proaktiv formulierte sie insbesondere zu Beginn der Wahlperiode Anforderungen an eine europäische Flüchtlingspolitik – legale Wege nach Europa, eine solidarische Verteilung, gleiche Standards bei der Aufnahme etc. –, die mittlerweile auch in breiten Teilen der Gesellschaft getragen werden.

Der Kampf gegen Rechts war ein weiterer wesentlicher Teil der inhaltlichen Arbeit und mündete u. a. in einem Positionspapier zur Bundeskonferenz 2017 zum Umgang mit Rechtspopulisten.

Zur interkulturellen Öffnung der Verwaltungen hat die AG Eckpunkte für ein Partizipationsgesetz auf Bundesebene erarbeitet. Das Thema Antidiskriminierungspolitik wurde in die sozialdemokratische Aufstiegserzählung eingebunden und weitere Reformvorschläge entwickelt. Zur Bundeskonferenz erarbeitete die AG einen Strukturvorschlag für die Verankerung der Integrationspolitik auf Bundesebene. Außerdem begleitete und kommentierte sie die Arbeit der Bundestagsfraktion beim Thema Einwanderungsgesetz. Für das Regierungsprogramm brachte sie Reformvorschläge für das Staatsangehörigkeitsrecht ein.

Mehr Vielfalt passte nicht auf diese Karte – Postkarte der AG. © SPD-Parteivorstand

Zum Thema Zielgruppenarbeit lud die Bundes-AG Dimitri Stratievski als Vertreter der Berliner AG Migration und Vielfalt zum Bundesausschuss ein. Er berichtete von den Erfahrungen bei der Gründung einer Projektgruppe mit russischsprachigen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Hierzu erarbeitete der Bundesvorstand ein schlüssiges Positionspapier. Zentral geht es in dem Papier darum, wie neue Zielgruppen in der Einwanderungsgesellschaft besser erreicht werden können, wie ein institutionalisierter Austausch mit der Einwanderungsgesellschaft aussehen und wie die Vernetzung der bisherigen Mitglieder mit Einwanderungsgeschichte unterstützt werden kann.

Die AG beschäftigte sich darüber hinaus mit der interkulturellen Öffnung der SPD und stellte folgende Kernforderungen auf:

- Der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Landesvorstände sollen regelmäßig einen Fortschrittsbericht über den aktuellen Stand der interkulturellen Öffnung vorlegen.
- Jede Gliederung soll eine Zielvereinbarung hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft, der Besetzung ihrer Gremien und Mandate erarbeiten.
- Die SPD soll gezielt um junge Menschen mit Migrationshintergrund werben.
- Die Parteischule soll ehrenamtliche Schulungen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz anbieten.
- Die SPD soll ein Mentoringprogramm für Mitglieder mit Migrationshintergrund zur Verfügung stellen.

MITGLIEDER IM BUNDESVORSTAND

(GEWÄHLT AUF BUNDESKONFERENZ AM 24./25. APRIL 2015, BERLIN)

Vorsitzender
Aziz Bozkurt (Berlin)

Stellvertreterinnen und Stellvertreter
Tuna Firat (Hessen-Süd)
Josip Juratovic (Baden-Württemberg)
Nadia Khalaf (Nordrhein-Westfalen)
Irena Rudolph-Kokot (Sachsen)

Beisitzerinnen und Beisitzer
Fikret Abaci (Braunschweig)
Dimitrios Axourgos (Nordrhein-Westfalen)
Kader Ekici (Nordrhein-Westfalen)
Hayat Erten (Rheinland-Pfalz)
Stella Kirgiane-Efremidou (Baden-Württemberg)
Serpil Sarikaya (Hessen-Süd)
Christopher Keiichi Schmidt (Schleswig-Holstein)
Carolina Tobo (Nordrhein-Westfalen)
Miguel Vicente (Rheinland-Pfalz)

ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBST AKTIV

WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN:

BUNDESKONFERENZ AM 02./03. MAI 2015

Auf der Bundeskonferenz am 2. und 3. Mai 2015 stellte die AG zentrale Forderungen für eine zukunftsorientierte Gesellschafts- und Behindertenpolitik auf. Im Mittelpunkt stand dabei das geplante Bundesteilhabegesetz. Das Gesetz muss nach der Rentenreform und dem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro der dritte finanziell gut ausgestattete Schwerpunkt sozialdemokratischer Sozialpolitik werden.

Abgeleitet aus dem Grundverständnis der Kompetenz und Mitentscheidung behinderter Menschen widmete sich die AG darüber hinaus, einem inklusiven Arbeitsleben, inklusiver Bildung, inklusiver Wohn- und Lebensformen, Inklusion in Kultur, Freizeit, Sport, Inklusion in Familie, Gesundheit, Pflege und anderen Arbeitsfeldern. Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit und aufrechtes politisches Handeln – im Sinne einer gerechten Gesellschaft für alle, aber unter konsequenter Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen – prägen auch künftig das Denken und Handeln von „Selbst Aktiv".

Gemeinsam will die AG eine Bindewirkung zwischen den ca. 13 Millionen Menschen mit einer Behinderung und der SPD erzeugen. Fundament des politischen Handelns für Menschen mit Behinderungen ist die SPD als Volkspartei.

FACHVERANSTALTUNG ZUM DIGITALEN LEBEN

Am 18. November 2015 diskutierte die AG Selbst Aktiv in Hannover mit SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi und zahlreichen Gästen darüber, wie die kommende Computergeneration die Anforderungen an Arbeit, Wohnmöglichkeiten und Mobilität, insbesondere behinderter Menschen verändert.

Veranstaltung „Digitale Inklusion" mit Achim Tangelder, Yasmin Fahimi, Karl Finke, Katrin Gensecke und Gerwin Matysiak (v. l.);

GEMEINSAME FACHTAGUNG VON SPD-PARTEIVORSTAND UND DER AG SELBST AKTIV ZUM BUNDESTEILHABEGESETZ

Die AG Selbst Aktiv machte am 18. Oktober 2016 auf einer Tagung im Willy-Brandt-Haus ihre Standpunkte zur Neugestaltung des Bundesteilhabegesetzes gegenüber Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles deutlich und unterstütze so den Gesetzgebungsprozess. SPD-Generalsekretärin Katarina Barley betonte, wie wichtig die

Einbindung behinderter Menschen und Organisationen wie „Selbst Aktiv“ in die politische Arbeit ist.

Fachtagung der SPD zum neuen Bundesteilhabegesetz im Willy-Brandt-Haus

GEMEINSAME FACHTAGUNG MIT DEN ARBEITSGEMEINSCHAFTEN 60 PLUS UND MIGRATION ZUM THEMA „WOHNKONZEPTE FÜR EINE GUTE ZUKUNFT FÜR ALLE“

Im Dezember 2015 diskutierte die AG Selbst Aktiv in Berlin gemeinsam mit ca. 100 Gästen und dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Florian Pronold über zukunftsfähige Wohnkonzepte.

WEITERE AKTIVITÄTEN:

- Präsenz am Stand der Arbeitsgemeinschaften beim Bundesparteitag 2015 in Berlin
- Beteiligung mit einem Stand an der Demonstration zum „Tag der Menschen mit Behinderungen“ am 5. Mai 2016 am Brandenburger Tor
- Einführung des ersten elektronischen Newsletters „Selbst Aktiv Kurier“ im Jahr 2016
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe des SPD-Parteivorstandes „Inklusives Parteileben“
- Gemeinsame Erarbeitung des Leitantrags für den Bundesparteitag 2015 in Berlin „Eine menschliche Gesellschaft muss eine inklusive Gesellschaft sein.“ mit dem SPD-Parteivorstand.

PUBLIKATIONEN UND MATERIALIEN

- neuer Selbstdarstellungsflyer
- Button „Inklusion jetzt!“
- Broschüre „Barrierefeiheit in der SPD“ (gemeinsam mit dem SPD-Parteivorstand)

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

Inklusion und Partizipation ...
... bilden ein Begriffspaar und sind unmittelbar ineinander verflochten. Ohne die Mitentscheidung behinderter Menschen ist alles „alter Wein in neuen Schläuchen“. Hierbei werden verlässliche Strukturen benötigt.

Inklusive Bildung...
... ist ein Menschenrecht. Gute Voraussetzungen von der Kita bis zur Erwachsenenbildung müssen durch ein qualitatives, hochwertiges und durchgängiges inklusives Bildungssystem geschaffen werden.

Inklusion und Barrierefreiheit ...
... wird durch eine Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf allen gesellschaftlichen Ebenen erreicht. Selbst Aktiv wird bundesweit die gesetzlichen Voraussetzungen für einen inklusiven Arbeitsmarkt, eine barrierefreie Wohn- und Lebensraumgestaltung sowie für Inklusion in Kultur, Freizeit und Sport stärken.

MITGLIEDER IM BUNDESVORSTAND

(GEWÄHLT AUF DER BUNDESKONFERENZ AM 02./03. MAI 2015, BERLIN)

Vorsitzender
Karl Finke (Hannover)

Stellvertreterinn und Stellvertreter
Sibylle Brandt (Bayern)
Gerwin Matysiak (Hannover)
Achim Tangelder (Nordrhein-Westfalen)

Beisitzerinnen und Beisitzer
Frank Feles (Nordrhein-Westfalen)
Katrin Gensecke (Sachsen-Anhalt)
Eleonore Hammes (Nordrhein-Westfalen)
Stephan Neumann (Berlin)
Christina Philippi (Hessen-Nord)
Georg Suchanek (Saarland)
Heike Treffan (Schleswig-Holstein)

BERICHTE –
KOMMISSIONEN, FOREN, PROJEKTGRUPPEN, ARBEITS- UND GESPRÄCHSKREISE, PREISVERLEIHUNGEN

SPD

THEMENFORUM VERBRAUCHER-POLITIK

WICHTIGE TERMINE UND VERANSTALTUNGEN

MESSERUNDGANG AUF DER INTERNATIONALEN GRÜNEN WOCHE 2015

Regionale Vermarktungskonzepte, die sogenannten „Health Claims“ (Gesundheitsversprechen auf Lebensmittelverpackungen) und Lebensmittel ohne Gentechnik standen bei den Mitgliedern des Themenforums Verbraucherpolitik, die am Messerundgang auf der Internationalen Grünen Woche im Januar 2015 teilnahmen, im Mittelpunkt des Interesses.

Das Themenforum Verbraucherpolitik am Stand des Bund für ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW): Florian von Brunn (verbraucherpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Bayer) Inge Blask (Sprecherin des Themenforums Verbraucherpolitik), Peter Röhrig (Geschäftsführer vom BÖLW), Ulrich Kelber (Parl. Sts. Beim BMJV); © SPD Parteivorstand

Am Stand der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv): Elvira Drobinski-Weiß (Beiratsvorsitzende des Themenforums), Ulrich Kelber (Parl. Sts. beim BMJV); © SPD Parteivorstand

Mitglieder des Themenforums Verbraucherpolitik am Stand des Verbandes Lebensmittel ohne Gentechnik; © SPD Parteivorstand

SPD-EMPFANG ZUR GRÜNEN WOCHE 2016

Zur Grünen Woche lud das SPD-Themenforum Verbraucherpolitik zu einem Empfang auf die Domäne Dahlem ein. „Darf´s ein bisschen mehr sein?“ lautete die entscheidende Frage an diesem Nachmittag. Diese sei durchaus doppeldeutig zu verstehen, erläuterte die Beiratsvorsitzende des Themenforums Verbraucherpolitik Elvira Drobinski-Weiß. Zum einem gehe es um faire Preise für die Erzeuger, zum anderen um mehr Qualität in der Schulverpflegung. Zum Auftakt der Veranstaltung gab Ulrich Kelber, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, einen Überblick über die aktuellen verbraucherpolitischen Initiativen der SPD.

Danach diskutierten Jan-Hendrik Langeloh, Betreiber eines Milchhofs, Micha Heilmann von der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG), Franziska Humbert von Oxfam und Gert Kekstadt, SPD-Mitglied der Hamburger Bürgerschaft und Geschäftsführer eines Schulcaterers der AWO, darüber, wie man Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurückgewinnen kann, um mehr Akzeptanz für faire, ggf. auch höhere Preise für gute Produkte zu erzielen. Beim Thema Schulverpflegung ging es um die Frage, wie Schülerinnen und Schülern die Wertschätzung guter Produkte und Lebensmittel vermittelt werden kann.

4. JAHRESTAGUNG DES THEMENFORUMS VERBRAUCHERPOLITIK

„Wer Recht hat, muss auch Recht bekommen“

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Anspruch der SPD, dass jeder Verbraucher Recht bekommen müsse, wenn er Recht habe. Niemand solle vor unseriösen Anbietern kapitulieren müssen. Der aktuellen Rechtsdurchsetzung stellten die Expertinnen und Experten dabei auf dem Podium ein mäßiges Zeugnis aus: Im Schnitt eine Vier mit Tendenz zu einer Drei aufgrund der guten Fortschritte, die die sozialdemokratische Verbraucherpolitik in den vergangenen Jahren erwirkt habe. Aber gerade wenn es um vermeintlich kleine Schadenssummen gehe, seien die Hürden für die Verbraucherinnen und Verbraucher hoch, ihre Ansprüche geltend zu machen.

Zwei Kernforderungen kristallisierten sich in der zweistündigen Diskussion heraus. Die Möglichkeit zu einer Musterfeststellungsklage würde die Rechtsdurchsetzung erheblich verbessern. Mit diesem Verfahren könnten Verbraucher, die einen gleichen Schaden erlitten haben, ihre Ansprüche geltend machen, ohne dafür jeweils allein vor Gericht ziehen zu müssen Auf allgemeine Zustimmung beim Publikum und auf dem Podium traf auch die Forderung, Unrechtsgewinne von Unternehmen besser abzuschöpfen. Gelder, die Unternehmen zu Unrecht erwirtschaftet haben, sollten eins zu eins und bestenfalls auch direkt an die geschädigten Verbraucherinnen und Verbraucher zurückfließen.

Die Beschlüsse des Themenforums findet man auf der Homepage: https://verbraucherpolitik.spd.de/

NEWSLETTER »VERBRAUCHERBRIEF«

Der Verbraucherbrief, der regelmäßig versendet wird, erreicht Interessierte und Verantwortliche in Partei, Gesellschaft und Verbänden. Regelmäßig erhält das Themenforum Anfragen von SPD-Mitgliedern und Menschen, die sich für die Verbraucherpolitik der SPD interessieren und in den Newsletter-Verteiler aufgenommen werden wollen.

Der Verbraucherbrief, der weiterhin ausschließlich elektronisch erscheint, behandelt aktuelle verbraucherpolitischen Themen. Außerdem hat das Themenforum einen Selbstdarstellungsflyer herausgegeben.

SPRECHERINNEN UND SPRECHER DES THEMENFORUMS VERBRAUCHERPOLITIK

Inge Blask MdL (Nordrhein-Westfalen, seit 14. Februar 2014)
Sarah Ryglewski MdB (Bremen, seit 1. Dezember 2014)
Ulrich Kelber MdB (Nordrhein-Westfalen, bis 14. Februar 2014)

ARBEITSKREIS CHRISTINNEN UND CHRISTEN IN DER SPD (AKC)

SELBSTVERSTÄNDNIS DES AKC

Der bundesweite Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD ist ein Netzwerk von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die ihr politisches Engagement aus ihrer christlichen Glaubensüberzeugung heraus begründen. Die Aktiven auf der Bundesebene und in den zahlreichen regionalen Arbeitskreisen sehen ihre Aufgabe darin, den Kontakt der SPD zu den christlichen Kirchen, zur Diakonie und Caritas sowie zu kirchlichen Verbänden und Initiativen zu fördern. Sie begleiten kirchenpolitische Debatten und vermitteln diese in die SPD hinein.

TAGUNG „WIR ALLE SIND DEUTSCHLAND“

Wie kann ein gutes Miteinander von Menschen verschiedener Religionen und Kulturen gelingen?

Traditionell lädt die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit dem AKC einmal jährlich zu einer öffentlichen Tagung ein, die der Klausurtagung des AKC vorausgeht. 2015 fand diese Tagung am 17. April in Kooperation mit dem Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKJS), dem Arbeitskreis Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKMS) sowie der SPD-Bundestagsfraktion statt. Die Kooperation der drei Arbeitskreise bei der sehr gut besuchten Tagung setzte ein wichtiges Zeichen des Miteinanders.

Kerstin Griese MdB, Sprecherin des AKC und Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften, eröffnete die Tagung mit dem Hinweis, dass Verständnis für andere Religionen Kenntnis der eigenen voraussetze. Daraufhin fragte Bundestagspräsident a.D. Dr. h.c. Wolfgang Thierse, ebenfalls Sprecher des AKC, welche Vielfalt wir wollen und welche Art von Gemeinsamkeit es brauche, damit ein gutes Miteinander in der Gesellschaft gelinge.

Staatsministerin Aydan Özoğuz und Prof. Dr. Rainer Forst diskutierten über die Bedingungen, unter denen Vielfalt gelingen könne. Dabei wurde die Bedeutung der Menschen betont, die in religiösen Fragen indifferent seien. Es sei ein Unterschied, ob die moralische Sprache areligiös oder antireligiös ist, sagte Prof. Forst. Auch die Aussage „Der Islam gehört zu Deutschland“ wurde diskutiert. Wolfgang Thierse betonte, dass die Religionsfreiheit für alle gelte. „Der Islam gehört zu Deutschland. Wer diesen Satz bildet, habe das Recht und die Pflicht zu fragen: Welcher Islam?“

Die interreligiöse Perspektive brachten Prof. Dr. Dres, Christoph Markschies, Prof. Dr. Harry Harun Behr, Mark Dainow und Kerstin Griese ein. Die Fundamentalismen müssten zunächst in der eigenen Religion und Theologie eingehegt werden, betonte Christoph Markschies. Mark Dainow, Vizepräsident des Zentralrats der Juden, hob hervor, dass nur persönliche Begegnung die Unterschiede und Grenzen zwischen den Religionen überwinden könne. Schließlich wurde auf einem dritten Podium noch die Perspektive der Jugend beleuchtet. Clara Leiva Burger, Alaa Abdulkadir und Susann Rüthrich MdB hoben hervor, dass die Jugendverbandsarbeit einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt leiste.

In der anschließenden Klausurtagung berichteten die Vertreterinnen und Vertreter der Regionalgruppen aus ihrer Arbeit und debattierten die Aktivitäten der kommenden Monate. Thema war außerdem der Gesetzgebungsprozess zur Palliativmedizin und Sterbehilfe.

TAGUNG „DIE WELT IST AUS DEN FUGEN GERATEN“

Friedensethische Grundsätze und politische Verantwortung im 21. Jahrhundert

Angesichts von schärfer werdenden internationalen Konflikten, die auch religiöse Dimensionen haben, griff der AKC dieses Thema zu einem frühen Zeitpunkt auf und veranstaltete am 15. April 2015 in Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion eine Tagung, die nach dem Friedenspotenzial der Religionen fragte.

Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier erörterte angesichts der gegenwärtigen Krisen und Kriege den Satz: „Die Welt ist aus den Fugen geraten.“ Der brutale Bürgerkrieg in Syrien, die Terrormiliz IS und die Anschläge islamistischer Selbstmordattentäter in Paris und Istanbul zeigten, dass uns die globalen Konflikte direkt betreffen. Steinmeier betonte die besondere außenpolitische Verantwortung der SPD. Die SPD-Bundestagsfraktion wisse, dass die komplexen Konflikte der Gegenwart nicht nur militärisch gelöst werden könnten und dass zivile Konfliktlösungen immer Vorrang hätten. Niemand in der SPD-Bundestagfraktion habe sich die Entscheidung über den militärischen Einsatz gegen den IS leicht gemacht, auch wenn dieser Einsatz völkerrechtlich legitimiert sei. Steinmeier betonte, dass jeder im Angesicht von scheinbar unerträglichen Situationen Verantwortung für sein Tun genauso trage wie für sein Nichttun.

Daraufhin diskutierten Prof. Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, Direktor des Instituts für Theologie und Frieden, mit Rolf Mützenich MdB und Hans-Richard Reuter vom Exzellenzcluster Religion und Politik Münster unter der Moderation von Wolfgang Thierse die Frage, auf welche Weise Staaten Interessen verantwortbar und ethisch legitim durchsetzen können. In einer weiteren Runde diskutierten Niels Annen MdB, Ulrich Pöner von der Deutschen Bischofskonferenz, Barbara Stolleis von der Friedrich Ebert Stiftung und Daniyel Demir, Vorsitzender der Aramäer in Deutschland, die Situation in Syrien und dem Irak. Daniyel Demir wies darauf hin, dass das aramäische Christentum in Syrien und im Irak vom Aussterben bedroht sei. Schließlich fragte die Moderatorin des dritten Panels, Diana Stachowitz MdL, nach den Chancen und Grenzen ziviler Konfliktprävention. Ute Finckh-Krämer MdB verwies auf die Aufstockung der finanziellen Mittel

Frank Walter Steinmeier und Kerstin Griese; © SPD Parteivorstand

für Krisenprävention und humanitäre Hilfe. Der Vorrang des Zivilen müsse zum Markenzeichen deutscher Politik werden, forderte die Präsidentin von Brot für die Welt, Cornelia Füllkrug-Weitzel. Thomas Hitschler MdB forderte, dass Bundeswehrmandate stärker auch zivile Instrumentarien beschreiben müssten.

Wolfgang Thierse fasste zum Abschluss der Tagung die Ergebnisse zusammen. Gegen Resignation und Zynismus müsse man mit Leidenschaft und Geduld Außenpolitik betreiben. Wandel durch Annäherung sei keine Politik des menschenrechtlichen Fundamentalismus. Religion dürfe nicht mit ihrer Ideologisierung verwechselt werden. Die Rede von Frank-Walter Steinmeier sowie das Fazit von Wolfgang Thierse stehen auf der Homepage des AKC zum Download bereit (Stand: Juni 2017).

Die anschließende Klausurtagung war erneut geprägt von intensiven Beratungen der Regionalgruppen. Turnusmäßig wurde ein neuer Vorstand gewählt. (Zusammensetzung s. unten)

DIE DEBATTE UM STERBEHILFE

Intensiv beschäftigte sich der AKC in den Regionalkreisen und auf Bundesebene mit der Gesetzgebung zu Palliativmedizin und assistiertem Suizid. Zum Beispiel fand am 9. März 2015 im Münchner Maximilianeum das Fachgespräch zum Thema „In Würde leben – in Würde sterben“ statt.

Wolfgang Thierse warb in einem Brief bei allen Bundestagsabgeordneten für ein Verbot geschäftsmäßiger Suizidbeihilfe. Der von Abgeordneten aller vier im Bundestag vertretenen Fraktionen (federführend von Kerstin Griese, SPD, Michael Brand, CDU, Kathrin Vogler, Die Linke, und Dr. Harald Terpe, Bündnins90/Die Grünen) eingebrachte Gesetzentwurf greife am wenigsten in die bestehende freiheitliche Rechtslage ein. Dabei gebe es auch weiter Raum für Gewissensentscheidungen. Unter Strafe gestellt werden solle lediglich die geschäftsmäßige Hilfe beim Suizid. Hier sei der Gesetzgeber gefordert, denn entsprechende Angebote erhöhten das Risiko, dass Sterbehilfe auch von Menschen in Anspruch genommen werde, die sich nicht frei verantwortlich für den Suizid entschieden hätten.

Der Gesetzentwurf zum §217, der ein Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung beinhaltet, wurde am 6. November 2015 nach einem Jahr intensiver Debatte mit großer Mehrheit im Bundestag verabschiedet. Diese weitreichende Abstimmung wurde als Gewissensfrage behandelt.

DER 35. DEUTSCHE EVANGELISCHE KIRCHENTAG 2015 IN STUTTGART UND DER 100. DEUTSCHE KATHOLIKENTAG 2016 IN LEIPZIG

Auch in den Jahren 2015/2016 zählte die Präsenz beim Kirchen- und Katholikentag zum Schwerpunkt der Arbeit des AKC. Auf dem 35. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart vom 3. bis 7. Juni 2015 beteiligten sich viele SPD Spitzenpolitikerinnen und -politiker an Bibelarbeiten, Hauptvorträgen und Podiumsdiskussionen. Zu den Höhepunkten gehörten neben der Bibelarbeit von Erhard Eppler und Frank-Walter Steinmeier auch die Podien, an denen Sigmar Gabriel, Manuela Schwesig, Andrea Nahles und Martin Schulz teilnahmen. Der AKC war in bewährter Kooperation mit der ASF und den Jusos mit einem Stand auf dem Markt der Möglichkeiten vertreten und erreichte so viele Besucherinnen und Besucher. Eine eigene AKC-Veranstaltung fand unter dem Thema „Wir Kinder der Reformation“ auf dem Marktplatz statt.

Am 5. Juni lud der AKC mit der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg zum Jour Fixe-Empfang der SPD anlässlich des Kirchentags ein. Kerstin Griese begrüßte die Gäste. Frank-Walter Steinmeier und Manuela Schwesig hielten Festansprachen. Ein bewegender Höhepunkt war die Rede Erhard Epplers. Auch der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, hielt eine kurze Ansprache. Die 400 anwesenden Gäste suchten bis in den späten Abend das Gespräch miteinander.

Beim 100. Katholikentag in Leipzig (25. bis 29. Mai 2016) lud der AKC mit der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag am 26. Mai zum Jour Fixe-Empfang, durch den Wolfgang Thierse führte. SPD-Generalsekretärin Dr. Katarina Barley, Martin Dulig, der stellvertretende sächsische Ministerpräsident und der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung begrüßten die über 300 Gäste. Der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Thomas Sternberg, bekräftigte in seinem Grußwort die Bedeutung des Austausches zwischen Politik und Kirche. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und weitere Spitzenpolitikerinnen und -politiker tauschten sich mit Vertreterinnen und Vertretern der Kirchen, der kirchlichen Verbände und dem ZdK aus.

SYNODEN DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND (EKD)

Weitere herausragende Anlässe der Begegnung zwischen SPD und der EKD waren die Empfänge der SPD im Rahmen der Herbstsynoden 2015 und 2016.

Am 10. November 2015 empfingen die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles und Kerstin Griese als Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften die Synodalen in Bremen. Gäste des Empfangs der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD waren führende Kirchenvertreterinnen und -vertreter sowie zahlreiche Journalistinnen und Journalisten.

Am 8. November 2016 begrüßten Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und die Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalts Dr. Katja Pähle mit Kerstin Griese die Gäste. Der EKD-Ratsvorsitzende Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm und die Präses der Synode Dr. Irmgard Schwaetzer antworteten auf die Grußworte.

FAZIT

Insgesamt hat der AKC in den Jahren 2015 und 16 die Beziehungen zu den Kirchen weiter gefestigt. Auch die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde verstärkt – insbesondere durch die intensive Mitarbeit des AKC (sowie des AKJS und des AKMS) in der Werkstatt „Religion und Politik“ der FES. Aus der Feder von Kerstin Griese und Wolfgang Thierse als Sprecher des AKC sowie von Dr. Tuba Işik vom AKMS stammt das Diskussionspapier „Religion – Demokratie – Vielfalt“.

Darüber hinaus begleiteten die Sprecher des AKC auf Bundesebene, Kerstin Griese und Wolfgang Thierse, den Austausch mit der Leitung der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) mit der SPD. Das Präsidium der SPD traf die Mitglieder des Rates der EKD am 2. Februar 2015 zum Gespräch. Hauptthemen waren die Situation von Flüchtlingen in Deutschland und Europa, das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP sowie das Thema Sterbehilfe. Beim Thema Flüchtlinge waren SPD und EKD sich einig, dass die Kommunen eine stärkere Unterstützung des Bundes brauchen. Am 28. September 2015 traf sich das SPD-Präsidium mit Vertretern der DBK. Unter Leitung des DBK-Vorsitzenden Kardinal Reinhard Marx und des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel wurden die wachsenden Flüchtlingszahlen in Deutschland und Europa diskutiert. Weitere Themen waren des Grundrecht auf Asyl, das Sterben in Würde und die anstehenden gesetzlichen Regelungen zur Palliativmedizin sowie die Familienpolitik. Es waren gute und nachdenkliche Gespräche.

Die Sprecher Wolfgang Thierse und Kerstin Griese; © SPD-Parteivorstand

Internet:
ak-christen.spd.de facebook: facebook.com/christinnen.spd/

VORSTAND DES ARBEITSKREIS CHRISTINNEN UND CHRISTEN IN DER SPD

BIS APRIL 2015

Kerstin Griese MdB (Sprecherin)
Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident a. D. (Sprecher)
Dr. Joachim Feldes
Dr. Dietmar Kehlbreier
Ernst-Ewald Roth MdL
Diana Stachowitz MdL
Andreas Weigel (Vertretung bei Parteitagen)
Dagmar Mensink (Geschäftsführerin)

SEIT APRIL 2015

Kerstin Griese MdB (Sprecherin)
Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident a. D. (Sprecher)
Dr. Joachim Feldes
Dr. Dietmar Kehlbreier
Dagmar Mensink
Ernst-Ewald Roth MdL
Diana Stachowitz MdL
Alexander Straub
Andreas Weigel (Vertretung bei Parteitagen)
Angelica Dinger (Geschäftsführerin)

ARBEITSKREIS JÜDISCHER SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN (AKJS)

ARBEITSKREIS JÜDISCHER SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN

SELBSTVERSTÄNDNIS DES AKJS

Der AKJS versteht sich als ein Zusammenschluss von Jüdinnen und Juden, die Mitglieder der SPD sind oder sich als Nichtmitglieder mit den Zielen der Partei identifizieren und als solche die jüdische Perspektive in die innerparteiliche Diskussion einbringen. Außenpolitisch will der AKJS vor allem transatlantische Positionen innerhalb der SPD stärken. Zudem geht es ihm darum, eine zukunftsfähige Israel-Politik Deutschlands zu unterstützen. Innenpolitisch wirbt der Arbeitskreis für die Belange der wachsenden jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und bezieht Position in religionspolitischen Kontroversen.

RELIGION IN DER SÄKULAREN GESELLSCHAFT – BUNDESSEMINAR 2015

Einmal jährlich lädt der AKJS zu einem Bundestreffen ein. Beim Treffen am 19. und 20. November 2015 in Frankfurt am Main ging es um die Rolle der Religion in der säkularen Gesellschaft. Der stellvertretende Parteivorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel eröffnete die Tagung.

Der Eröffnung folgten Impulsreferate von Rabbinerin Dr. Elisa Klapheck, dem Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck Prof. Dr. Martin Hein, Hamideh Mohagheghi vom Zentrum für Komparative Theologie und Kulturwissenschaften der Universität Paderborn und Domkapitular Dr. Wolfgang Pax, Leiter des Kommissariats der Katholischen Bischöfe im Lande Hessen.

Bei einer Diskussion zur Religion in der säkularen Gesellschaft konzentrierten sich die Expertinnen und Experten besonders auf die Frage einer religiösen Begründung der Demokratie. Den Diskutanten und den Verantwortlichen des AKJS war dabei die interreligiöse Perspektive besonders wichtig. Den zweiten Teil des Bundesseminars bildeten interne Beratungen. Dabei waren die Flüchtlingspolitik ebenso Thema wie der Beschluss eines Positionspapiers dazu.

AUßERORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2016

Am 1. Mai 2016 traf sich der AKJS zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in Frankfurt am Main. Themen der internen Sitzung waren neben dem Vorstandsbericht eine Diskussion der Struktur des Arbeitskreises, die Zusammensetzung des Vorstands und die thematische Ausrichtung des Arbeitskreises für das nächste Jahr. Danach gab es eine Diskussion mit Vertretern der kurdischen Gemeinde zum Thema Israel und Kurdistan.

BILDUNG UND VORURTEILE – BUNDESSEMINAR 2016

Vom 3. bis 4. Dezember 2016 hielt der AKJS eine Tagung zu „Bildung und Vorurteile, Abbau oder Verfestigung?“ ab. Dabei diskutierten die Mitglieder zunächst über einen Impuls von Prof. Dr. Wolfgang Sander, Mitglied der Deutsch-Israelischen Schulbuchkommission über die Darstellung Israels in deutschen Schulbüchern. Bemängelt wurde, dass der Staat Israel in Schulbüchern im Wesentlichen im Rahmen des Nahost-Konfliktes, also im Kontext „Krieg/Konflikt“ behandelt werde. Ein Beitrag von Prof. Dr. Nina Kölsch-Bunzen über die Darstellung jüdischer Menschen und des jüdischen Lebens in deutschen Schulbüchern zeigte, dass die Darstellung von beidem überwiegend im Kontext der NS-Diktatur und des Holocausts steht. Der wichtige Einfluss jüdischer Kultur etwa in der Neuzeit werde vernachlässigt, in Geschichtsbüchern werde die Darstellung der Juden und Jüdinnen

auf die Opferrolle verengt. Turnusgemäß wurde ein neuer Vorstand gewählt. (Zusammensetzung s. unten)

„DENN FREMD WARST DU IM LAND ÄGYPTEN." BEITRAG ZUR DEBATTE UM DIE FLÜCHTLINGSPOLITIK

Im April 2016 veröffentlichte der AKJS ein Papier zur Flüchtlingspolitik. Darin wurde die Integration der angekommenen Flüchtlinge als eine der zentralen ethischen Herausforderungen Deutschlands identifiziert. Es gehe sowohl um die Zukunft des sozialen und demokratischen Rechtsstaats als auch um eine Neuausrichtung der Prioritäten für Staat und Verwaltung.

Der AKJS forderte eine „Agenda der sozialen Gerechtigkeit", verbunden mit einer neuen Bildungsdebatte und einem breiten gesellschaftlichen Bekenntnis zu den demokratischen Werten, zu denen immer auch die gelebte Religionsfreiheit gehört.

Das Papier sprach auch die Sorge in Teilen der jüdischen Bevölkerung in Deutschland an, dass einige der Flüchtlinge aus Staaten kämen, die sich seit vielen Jahrzehnten kriegerisch gegen den Staat Israel stellten. Der AKJS stellt sich Judenhass in jeder Form entgegen. Die kritische Auseinandersetzung mit jeder Form des Antisemitismus müsse eine wesentliche Rolle bei der Integration der Flüchtlinge spielen. Das Positionspapier ist auf der Homepage des AKJS abrufbar (Stand: Juni 2017).

FAZIT

Insgesamt leistet der AKJS im Rahmen der religionspolitischen Arbeit der SPD wichtige Arbeit, er bringt sich aktiv ein und unterstützt den Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD durch Teilnahme bei den Jahrestreffen und den Aktivitäten bei Kirchen- und Katholikentagen. Besonders die Teilnahme an Podien und Diskussionsformaten der Vorstandsmitglieder ist hierbei hervorzuheben. So vertrat zum Beispiel Renée Röske den AKJS bei einem interreligiösen Austausch im Rahmen einer Podiumsdiskussion des Arbeitskreises Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKMS) im Ramadan 2016. Darüber hinaus hält der AKJS Kontakt zu jüdischen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern beispielsweise vom Zentralrat der Juden in Deutschland.

Internet: **https://akjs.spd.de/**

SPRECHERKREIS

BIS DEZEMBER 2016

Alexander Hasgall (Rücktritt Juli 2015)
Grigori Lagodinsky (Rücktritt Juli 2015)
Petra Somberg-Romanski
Abraham de Wolf
Vered Zur-Panzer

AB DEZEMBER 2016

Daniel Dejcman
Renée Röske
Petra Somberg-Romanski
Abraham de Wolf
Vered Zur-Panzer

ARBEITSKREIS MUSLIMISCHER SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN (AKMS)

SELBSTVERSTÄNDNIS DES AKMS

Der Arbeitskreis Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKMS) versteht sich als ein Kreis von muslimischen Mitgliedern sowie Unterstützerinnen und Unterstützern der SPD, die sich dafür einsetzen, dass die SPD als politische Heimat für Menschen islamischen Glaubens wahrgenommen wird. Zugleich ist der Arbeitskreis eine Plattform, die Anliegen der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland in die SPD hinein vermittelt. Mit ihrer Arbeit wollen die Mitglieder zu mehr Normalität und Differenziertheit im Umgang mit Musliminnen und Muslimen beitragen.

JAHRESTREFFEN 2015: RELIGION IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Einmal jährlich lädt der AKMS zu einem Jahrestreffen ein. So traf sich der Arbeitskreis am 14. und 15. November 2015 im Willy-Brandt-Haus und diskutierte die Rolle der Religion im öffentlichen Raum. Engin Karahan eröffnete die Tagung mit einem Vortrag zu den Herausforderungen der muslimischen Community in Deutschland. Darauf folgte ein Vortrag von Dr. Martin Breul vom Institut für Katholische Theologie der Universität Köln, in dem die Rolle von Religionen im öffentlichen Raum beleuchtet wurde. An die Vorträge schlossen sich jeweils Diskussionen an. Den zweiten Teil des Jahrestreffens bildeten interne Beratungen. Dabei wurden die Arbeitsweise des AKMS, künftige Projekte und Themenschwerpunkte diskutiert.

JAHRESTREFFEN 2016: POPULISMUS IM AUFWIND – URSACHEN UND UMFANG

Vom 17. bis 18. Dezember 2016 hielt der AKMS seine Jahrestagung erneut im Willy-Brandt-Haus ab. Dabei setzte sich der Arbeitskreis mit dem Phänomen des Rechtspopulismus auseinander. Eröffnet wurde die Tagung durch den AKMS-Sprecher Atila Ülger, der die Notwendigkeit betonte, dass Muslime, über die in der öffentlichen Debatte gesprochen wird, selbst zu Wort kommen und sich aktiv in die Debatte einbringen müssten. Anschließend gab Prof. Dr. Hajo Funke einen thematischen Impuls. Er wies einerseits auf die enthemmende Wirkung Thilo Sarrazins hin und stellte die Mechanismen rechtspopulistischer Argumentationsmuster dar. Danach fand eine Podiumsdiskussion mit Lydia Nofal (Sprecherin des AKMS), Delara Burkhardt (stv. Juso-Bundesvorsitzende) und Hajo Funke statt, die von Elisa Gutsche moderiert wurde. Die intensive Diskussion mündete in ein offenes Gespräch, bei dem erneut deutlich wurde, wie tief die muslimische Gemeinschaft vom grassierenden (in großen Teilen antimuslimischen) Populismus betroffen ist. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten über einen möglichen Umgang mit Rechtspopulismus.

Am nächsten Tag fanden interne Besprechungen statt. Dabei wurde länger die Struktur des Arbeitskreises diskutiert. Turnusgemäß wurde ein neuer Vorstand gewählt. (Zusammensetzung s. unten). Beim Jahrestreffen wurden mehrere Neumitglieder für die SPD und den AKMS gewonnen.

KULTURABEND IM RAMADAN 2016 IM WILLY-BRANDT-HAUS

Der AKMS setzte 2016 mit dem „Kulturabend Ramadan“ ein wichtiges Zeichen für Zusammenhalt. Der Bundessprecher des AKMS Mohamed Ibrahim führte durch den Abend, zu dem viele Vertreterinnen und Vertreter der muslimischen Community in Berlin und darüber hinaus, aber auch jüdische und christliche Freundinnen und Freunde eingeladen waren. Generalsekretärin Dr. Katarina Barley begrüßte die Gäste im Willy-Brandt-Haus. Sie betonte die Bedeutung der Religionen für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Bei einem Podiumsgespräch diskutierten Lisi Maier vom AKC, Atila Ülger vom AKMS und Renée Röske vom AKJS, warum sie sich aus ihrem Glauben heraus für Gerechtigkeit einsetzten. Die sehr persönliche Diskussion führte in beeindruckender Weise vor, wie interreligiöse Gespräche die Debatten bereichern können. Nach Sonnenuntergang fanden sich alle Gäste zum gemeinsamen Essen zusammen. Für die musikalische Begleitung sorgte Orhan Senel.

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHMEN DES AKMS

Der AKMS arbeitet kontinuierlich zu inhaltlichen Themen und begleitet so die politische Diskussion in Deutschland.

Im Juni 2015 veröffentlichte der Arbeitskreis ein Papier, das den Fastenmonat Ramadan als Anlass zum sozialethischen Handeln beschreibt. Darin wird ausgeführt, wie die islamische Sozialethik die Verantwortlichkeit des Menschen stärkt und sich dafür einsetzt, dass gesellschaftliche oder wirtschaftliche Strukturen sich ändern. Die Fastenzeit diene nicht nur der inneren Einkehr, sondern auch dem Einsatz für den Nächsten.
Im Spätsommer 2016 nahm der AKMS Stellung zur Diskussion um ein „Burka-Verbot“. Der AKMS analysierte die politischen Debatten um Vollverschleierung als vorrangig populistisch. Wortwahl und Duktus bedienten Ressentiments, so die Stellungnahme. Mit Bezug auf Artikel 4 des Grundgesetzes mahnte der AKMS die Religionsfreiheit an. Das Selbstbestimmungsrecht der Frau hob die Stellungnahme als besonders schützenswert hervor.

Im September 2016 nahm der AKMS Stellung zum Umgang mit der AfD. Der AKMS greift darin die populistische Islamkritik der AfD und die vordergründigen Bemühungen um Mäßigung der Partei auf. Man solle sich davon nicht täuschen lassen: Die Forderungen der AfD gingen stets in die gleiche Richtung: hin zu einem völkischen Deutschland, das jegliche Pluralität ablehne, ausgrenze und die Tatsache verkenne, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. Der AKMS warnte vor Ausgrenzung von „anderen“, denn „anders“ seien nicht nur Muslime. Im völkischen Denken seien auch Juden, Farbige, Roma, Homosexuelle, Linke oder behinderte Menschen „anders“. Alle Stellungnahmen sind auf der Homepage des AKMS abrufbar (Stand: Juli 2017).

Insgesamt leistete der AKMS 2015 und 2016 wichtige Vermittlungsarbeit in die muslimische Gemeinschaft in Deutschland und in die SPD hinein. Der AKMS arbeitet kontinuierlich bei der Werkstatt „Religion und Politik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mit. Tuba Işik ist Verfasserin eines Beitrages zum Diskussionspapier „Religion – Demokratie – Vielfalt“. Lydia Nofal hat in den letzten Jahren mehrere Zeitungsartikel geschrieben. Die Sprecherinnen und Sprecher des AKMS sind bei religionspolitischen Diskussionen in Berlin und darüber hinaus präsent.

Internet: **akmuslime.spd.de** facebook: **facebook.com/SPDAKMS/**

AKMS-Sprecher (v. l.): Selma Yilmaz-Ilkhan, Samir Fetic, Lydia Nofal, Ufuk Bagdat und Atila Ülger; © SPD-Parteivorstand

SPRECHERKREIS

BIS DEZEMBER 2016
Mohamed Ibrahim
Dr. Tuba Işik
Lydia Nofal
Atila Ülger
Selma Yilmaz-Ilkhan

AB DEZEMBER 2016
Ufuk Bagdat
Samir Fetic
Lydia Nofal
Atila Ülger
Selma Yilmaz-Ilkhan

ARBEITSKREIS EHEMALS VERFOLGTER SOZIALDEMOKRATEN/ ARBEITSKREIS EHEMALIGER POLITISCHER HÄFTLINGE DER SBZ/DDR

ARBEITSKREIS EHEMALS VERFOLGTER UND INHAFTIERTER SOZIALDEMOKRATEN (AvS)

Anfang 2016 fasste der SPD-Parteivorstand den Beschluss zur Fusion der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten und des Arbeitskreises der politischen Häftlinge in der SBZ/DDR zum Arbeitskreis ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten (AvS). Im Beschluss heißt es: „Der AvS sieht seine Hauptaufgabe darin, die sozialdemokratischen Traditionen des politischen Widerstands gegen Gewaltherrschaft wach zu halten, das Gedenken an die Opfer der Diktaturen zu bewahren sowie Neonazismus, Rassismus und Extremismus zu bekämpfen.“
Zur Umsetzung des Beschlusses wurden im Jahr 2016 umfangreiche Recherchearbeiten angestellt. Aus den Beständen der alten AvS und des Häftlingsarbeitskreises formierte sich im Laufe des Jahres ein neuer Vorstand. Dieser gab sich im November einen Arbeitsplan, der 2017 Zug um Zug umgesetzt werden soll.

VORSTAND DER ARBEITSGEMEINSCHAFT

Vorsitzender
Wolfgang Kopitzsch (Hamburg)
Stellvertreter
Dr. Holger Martens (Hamburg)

Beisitzer
Lothar Tautz (Thüringen)

Gesine Schwan

Die Grundwertekommission setzte ihr Arbeitsprogramm im Jahr 2015 kontinuierlich um. Im Januar diskutierte sie den Entwurf der Stellungnahme „TTIP und die sozialdemokratischen Grundwerte – ein Konflikt?“ und beschloss diesen. Die Stellungnahme stieß auf großes Interesse und führte zu einem intensiven inhaltlichen Austausch zwischen den Autoren und dem Parteivorstand. Mit Fachleuten und Politikern diskutierten die Mitglieder der Grundwertekommission die Themen „Internationale Politik im 21. Jahrhundert und sozialdemokratische Grundwerte“ und „Die Herausforderungen der Digitalen Gesellschaft“. Aus den internen Papieren der entsprechenden Arbeitsgruppen und dem fachlichen Austausch mit externen Fachleuten wurden Veröffentlichungen erarbeitet, die im August bzw. Oktober 2015 von der Kommission beschlossen wurden.

Nach dem Ordentlichen Bundesparteitag 2015 konstituierte sich die Grundwertekommission im Frühjahr 2016 unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Gesine Schwan neu. In der ersten Sitzung am 16. Mai 2014 beriet die Kommission über die Themen und Formen ihrer künftigen Arbeit. Übereinstimmend betonten die Mitglieder die Notwendigkeit, den Einfluss der Kommission in die Partei und in die Öffentlichkeit hinein zu erhöhen.

HISTORISCHE KOMMISSION BEIM PARTEIVORSTAND DER SPD

In den Jahren 2015/16 gab es bedeutende historische Jubiläen, die die Arbeit der Historischen Kommission beeinflussten. Zu nennen sind vor allem der 70. Jahrestag des Kriegsendes 1945 mit der Befreiung vom NS-Regime und der 25. Jahrestag der friedlichen Revolution von 1989/90.

DEBATTE ÜBER „DAS KAPITAL IM 21. JAHRHUNDERT“

Das im Herbst 2014 erschienene Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Piketty löste international, insbesondere in den USA, eine breit geführte, lebhafte Debatte aus. Piketty weist nicht nur die wachsende, den heutigen Kapitalismus prägende Ungleichheit in der Gesellschaft nach, sondern erklärt, dass diese Ungleichheit sowohl die Demokratie als auch die wirtschaftliche Basis der Gesellschaft bedrohe. Die Historische Kommission griff die Debatte, die nicht zuletzt um langfristige Entwicklungstrends des Kapitalismus kreist, auf und organisierte im Februar 2015 eine Abendveranstaltung mit dem Sozialhistoriker Jürgen Kocka und Ralf Stegner unter dem Titel „GEFÄHRDET DER KAPITALISMUS DIE DEMOKRATIE? Zur Debatte um ‚Das Kapital im 21. Jahrhundert‘ von Thomas Piketty“.

„AUßENPOLITIK ZUR EINDÄMMUNG ENTGRENZTER GEWALT – HISTORISCHE ERFAHRUNGEN UND GEGENWÄRTIGE HERAUSFORDERUNGEN“

Das Berliner Forum der Historischen Kommission widmete sich im März 2015 dem Thema „Außenpolitik zur Eindämmung entgrenzter Gewalt – Historische Erfahrungen und gegenwärtige Herausforderungen“. Die hochrangig besetzte Tagung diskutierte sowohl sozialdemokratische Traditionen in der Außenpolitik zwischen den Weltkriegen als auch die historische Bedeutung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Neben Außenminister Frank-Walter Steinmeier diskutierten zahlreiche namhafte Personen aus Wissenschaft und Politik sozialdemokratische Positionen in der Zeit der Weltkriege, die historische Bedeutung der Neuen Ostpolitik für Europa, die Veränderung des internationalen Systems seit 1989 sowie die gegenwärtige Konstellation und ihre politische Bewältigung.

NS-RAUBKUNST UND RESTITUTION

Im April 2015 lud die Historische Kommission zu einem Forum über das Thema Restitution von NS-Raubkunst und der „Anspruch auf eine Rechtslage“ ein. Den Anstoß zu diesem Forum hatte der „Fall Gurlitt“, auch Schwabinger Kunstfund genannt, gegeben. Die Historische Kommission griff den Fall auf, sich mit der unbefriedigenden Situation zu befassen, dass auch heute noch, siebzig Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft, die Restitution NS-verfolgungsbedingt entzogener Kunstwerke kein abgeschlossenes Thema der Geschichte ist.

„POPULISMUS – DAS HÄSSLICHE KIND DER DEMOKRATIE“

Mit der Veranstaltung „Populismus – das hässliche Kind der Demokratie“ griff die Historische Kommission im November 2016 die populistischen Tendenzen in der deutschen und internationalen Politik auf. Quer durch die westlichen Länder äußern ca. 30 Prozent der Bevölkerung ihre gelegentlich in Wut umschlagende Unzufriedenheit gegen Regierungen und Minderheiten früher, schneller und direkter als noch vor Jahren. Analysen haben ergeben, dass es besonders der

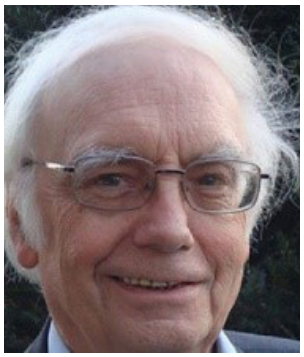
Mittelstand ist, der protestiert – und die traditionelle Arbeiterklasse. Der Kommission stellte sich die Frage, ob die Parteien der linken Mitte den Kontakt ausgerechnet zu denen verloren haben, deren Interessen zu vertreten sie vorgeben. In diese Lücke stießen populistische Bewegungen – sei es der Front National in Frankreich, die AfD in Deutschland oder die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien.

Publikationen zu Tagungen können über die Internetseite der Historischen Kommission https://hiko.spd.de/ angefordert werden.

JAHRESTAGUNGEN

Im September 2015 widmete sich die Jahrestagung der Historischen Kommission mehreren Themenbereichen. Wolfgang Thierse gab Einblick in die Arbeit der Kommission zur Reform der Stasi-Unterlagenbehörde. Darüber hinaus wurden sozialdemokratische Positionen zur Geschichtspolitik auf der europäischen Ebene und Fragen zur Linkspartei und ihrer Geschichtspolitik intensiv diskutiert.

Schwerpunkt der Jahrestagung 2016 waren historische Jubiläen in den Jahren 2017/18/19. 100 Jahre russische Revolution, 100 Jahre Novemberrevolution in Deutschland und die Gründung der Weimarer Republik im Jahr 1919 waren Ereignisse, die unzweifelhaft die Geschichte der SPD prägten. Die Historische Kommission beim SPD-Parteivorstand sieht eine große Verantwortung der heutigen Politikergeneration in der SPD, diese geschichtlichen Wegmarken darzustellen und die SPD als konsequente Verfechterin der parlamentarischen Demokratie im Geschichtsbewusstsein der Nation zu verankern.



links: Prof. Dr. Bernd Faulenbach; © SPD-Parteivorstand
rechts: Veranstaltung „Außenpolitik zur Eindämmung entgrenzter Gewalt – Historische Erfahrungen und gegenwärtige Herausforderungen"; © SPD-Parteivorstand

Veranstaltung „GEFÄHRDET DER KAPITALISMUS DIE DEMOKRATIE? Zur Debatte um ‚Das Kapital im 21. Jahrhundert' von Thomas Piketty"; © SPD-Parteivorstand

VORSTAND DER KOMMISSION

Vorsitzender
Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Stellvertretende Vorsitzende
Dr. Bernd Rother
Prof. Dr. Barbara Vogel

Mitglieder:
Prof. Dr. Stefan Berger
Prof. Dr. Peter Brandt
Prof. Dr. Gisela Diewald-Kerkmann
Dr. Nikolas Dörr
Prof. Dr. Rainer Eckert
Prof. Dr. Helga Grebing († 2017)
Prof. Dr. Antonia Grunenberg
PD Dr. Siegfried Heimann
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Prof. Dr. Christoph Kleßmann
Dr. Anja Kruke
Prof. Dr. Detlef Lehnert
Dr. Ulrich Mählert
Prof. Dr. Jürgen Mittag
Prof. Dr. Walter Mühlhausen
Prof. Dr. Daniela Münkel
Prof. Dr. Ulrich Pfeil
Prof. Dr. Reinhard Rürup
PD Dr. Mike Schmeitzner
Prof. Dr. Dietmar Süß
Prof. Dr. Siegfried Weichlein
Prof. Dr. Thomas Welskopp
Prof. Dr. Edgar Wolfrum
Dr. Meik Woyke

Beirat
Niels Annen
Prof. Dr. Friedhelm Boll
Prof. Dr. Beatrix Bouvier
Dr. Barbara Distel
Prof. Dr. Dieter Dowe
Siegmund Ehrmann
Kerstin Griese
Prof. Dr. Jürgen Kocka
Franz Müntefering
Prof. Dr. Karsten Rudolph
Prof. Dr. Axel Schildt
Prof. Dr. Michael Schneider
Prof. Dr. Klaus Schönhoven
Prof. Dr. Rolf Wernstedt
Dr. Stefan Wolle

Sekretär
Jens Hartung

MEDIEN- UND NETZPOLITISCHE KOMMISSION

MNK

AUFGABEN

Die Medien- und Netzpolitische Kommission beobachtet und analysiert gesellschaftspolitische relevante Entwicklungen mit medien- und netzpolitischem Schwerpunkt. Sie sorgt für Diskurs zwischen allen relevanten Akteuren aus Medien- und Kreativwirtschaft, stößt Debatten in der Gesellschaft und der Politik an, versteht sich als Plattform für alle medien- und netzpolitischen Aktivitäten der Partei und ist Impulsgeber für eine zukunftsweisende, Vielfalt sichernde und sozialdemokratische Medien- und Netzpolitik.

Die Kommission hat sich am Projekt #DigitalLeben mit dem Themenbereich: Kultur, Medien und Öffentlichkeit beteiligt und setzt auf eine Fortsetzung dieses Prozesses.

ARBEITSWEISE:

Die Medien- und Netzpolitische Kommission tagte viermal im Jahr. Dabei wurde an der Arbeitsweise festgehalten, zunächst intern und anschließend mit Referentinnen und Referenten in einem erweiterten Kreis medienöffentlich zu tagen. Ergänzt werden die Sitzungen durch Werkstattgespräche.

SITZUNGEN 2015:

23. Januar
Gemeinsame Sitzung von der Medien- und Netzpolitischen Kommission und der Arbeitsgruppe 5 #DigitalLeben mit Olaf Scholz in Hamburg

23. Februar
Sitzung mit Günther Oettinger, Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft, EU-Kommission, über die aktuelle Politik der Digitalisierung in Europa

4. März
Werkstattgespräch „Radio“ mit Prof. Dr. Karola Wille, Intendantin Mitteldeutscher Rundfunk, Dr. Willi Steul, Intendant Deutschlandradio, Klaus Schunk, VPRT/Geschäftsführer Radio Regenbogen

18. Mai Sitzung mit Simon Schäfer, Gründer Factory Berlin zum Thema „Einblick in die Gründerszene“

7. September
Sitzung zum Thema „Netzneutralität“ mit Fredy Künzler, Init7, Winterthur/Schweiz

9. November
Sitzung zum Thema „Mediaagenturen – eineThema für die Medienpolitik“ mit Janine Kalle, NDR, und Dr. Martin Soppe, Vorsitzender Rechtsausschuss Verband Deutscher Zeitungsverleger e.V., Partner Kanzlei Osborne Clark

SITZUNGEN 2016:

15. Februar
Sitzung zur „Aktuellen Medienpolitik“ mit Thomas Bellut, Intendant des ZDF

9. Mai
Sitzung zum Thema „Journalismus und Meinungsfreiheit unter Druck – zur Situation in Deutschland und auf dem internationalen Parkett“ mit Britta Hilpert, Reporter ohne Grenzen, und Frank Überall, Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands

19. September
Sitzung zur „Aktuellen Medienpolitik“ mit Prof. Dr. Karola Wille, Vorsitzende der ARD

12. Dezember
Sitzung zum Thema „Neustes zur AVMD-Richtlinie“ und „Die Zeit nach EU-Digital-Kommissar Oettinger?“ mit Petra Kammerevert, MdEP

PRESSEMITTEILUNGEN:

- SPD-Netzwerkpolitiker: Die Störerhaftung muss weg!
- Marc Jan Eumann/Lars Klingbeil am 27.2.2015
- Thorsten-Schäfer-Gümbel und Marc Jan Eumann zum Welttag der Pressefreiheit am 3.5.2016
- Marc Jan Eumann: Endlich freies WLAN – ein Erfolg der SPD am 11.5.2016
- Marc Jan Eumann: Freies WLAN ist endlich möglich – Deutschland ist ein Stück weit in der Zukunft angekommen am 02.06.2016
- SPD-MNK: Unterdrückung der Meinungsfreiheit nicht tolerieren
- Marc Jan Eumann am 13.12.2016

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Gesteuert und koordiniert wird die Kommission vom Geschäftsführenden Vorstand. Der Vorstand der Medien- und Netzpolitischen Kommission setzt sich neben dem Vorsitzenden **Marc Jan Eumann** (seit 2006) zusammen aus: **Björn Böhning** (Netzpolitik/Filmpolitik), **Petra Kammerevert MdEP** (Europa), **Heike Raab** (Länder), **Olaf Scholz** (Parteivorstand), **Carsten Brosda** (Länder), **Martin Stadelmaier** (Gremien) sowie die medien- und netzpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Martin Dörmann** und **Lars Klingbeil**.
Betreuung und Geschäftsführung:
Hermann Zimmermann, stv. Abteilungsleiter Politik

KOMMISSION:

Die Kommission selbst setzt sich aus Vertreterinnen und Vetretern aus Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften, Medien- und Netzwirtschaft zusammen. In der Kommission sind alle medien- und netzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen und Landesverbände tätig.

MITGLIEDER

Clemens Appel, Kurt Beck, Burkhard Blienert, Björn Böhning, Karin Brieden, Carsten Brosda, Michael Burkert, Ulrich Commercon, Martin Dörmann, Sigmund Ehrmann, Matthias Esche, Marc Jan Eumann, Vorsitzender, Yasmin Fahimi, Peter Friedrich, Katrin Gaertner, Paul Leo Giani, Dieter Gorny, Lothar Hay, Reiner Hoffmann, Peter Hufe, Gesche Joost, Petra Kammerevert, Thomas Kleist, Thomas Krüger, Valentina Kerst, Lars Klingbeil, Michael Konken, Jacqueline Kraege, Nico Lumma, Stephan Noller, Tanja Machelet, Uwe Parpat, Renate Pepper, Thomas Schelberg, Frank Schildt, Guido Schmitz, Olaf Scholz, Klaus Schrotthofer, Michael Sommer, Martin Stadelmaier, Henning Tillmann, Gerd Walter, Andreas Weber, Frank Werneke, Olaf Zimmermann, Brigitte Zypries

GÄSTE

Norbert Bicher, Jürgen Bremer, Siegmar Mosdorf, Sabine Nehls, Anja Strieder

SPRECHERINNEN/SPRECHER

Sascha Binder, Oliver Draber, Hans-Jürgen Döring, Peter Eichstädt, Matthias Graner, Thomas Felke, Rüdiger Fries, Antje Grotheer, Yannick Haan, Martin Haller, Rainer Hamann, Veith Lemmen, Klaus Ness †, Norbert Nieszery, Ute Pannen, Dirk Panter, Hans-Jörg Schmidt, Rene Schneider, Michael Siebel, Andreas Stoch, Sven Thomsen, Sebastian Thul, Alexander Vogt, Marcus Unbenannt, Steffen Voß, Hans-Joachim Werner, Frank Zimmermann

MITARBEITER

Matthias Dahlke, Dennis Eighteen, Thomas Friebel, Johannes Kollbeck, Tino Kunert, Hermann Zimmermann

EUROPAPOLITISCHE KOMMISSION

Die Europapolitische Kommission hat vierteljährlich unter dem Co-Vorsitz von Udo Bullmann MdEP und Axel Schäfer MdB getagt. In den Sitzungen wurden europapolitische Themen im Austausch zwischen Politik, Kommunen, Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft erörtert. Zu den diskutierten Themen zählten neben Aktuellem aus Bundestag und Europäischem Parlament die europäische Außenpolitik, Großbritannien nach dem Brexit-Referendum, die Luxemburg Leaks und Panama Papers, die europäische Flüchtlingspolitik, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) sowie die bilaterale Parteienkooperation.

KOORDINIERUNGSGRUPPE TÜRKEI

Im Zentrum der Arbeit der Koordinierungsgruppe Türkei unter Vorsitz von SPD-Schatzmeister Dietmar Nietan MdB stand die Auseinandersetzung mit den aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei nach den Parlamentswahlen 2015 und dem Militärputsch im Juli 2016. Dazu kam der Dialog mit Türkei-Expertinnen und -experten, Bündnispartnerinnen und -partnern in Deutschland sowie den Parteien und Partnern in der türkischen Zivilgesellschaft wie auch in den türkischen Gewerkschaften. Entsprechende Kontakte in der Türkei wurden im Rahmen von Besuchen von Mitgliedern der Koordinierungsgruppe in enger Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung gepflegt.

KOMMISSION INTERNATIONALE POLITIK

Unter Leitung von Martin Schulz MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments und SPD-Europabeauftragter, und Niels Annen MdB, Mitglied des Parteivorstandes und außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, befasste sich die Kommission Internationale Politik mit aktuellen Themen wie der Lage in Syrien und möglichen Konfliktlösungsansätzen sowie den Auswirkungen der US-Wahlen 2016 auf die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Daneben berichtete Bernd Lange MdEP, Vorsitzender des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments, zum Verhandlungsstand bei den Freihandelsabkommen TTIP und CETA.

PROGRESSIVE ALLIANCE

ERSTE BILANZ

Vor fast vier Jahren gründete sich das globale Netzwerk sozialdemokratischer, progressiver und sozialistischer Parteien und Organisationen: die Progressive Allianz. Die bisherige Bilanz kann sich sehen lassen. Die drängenden Themenfelder progressiver Politik – Frieden, Demokratie, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit, Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit – wurden aufgegriffen und intensiv behandelt. Neben der programmatischen Arbeit stand in den letzten Jahren auch ein umfassender Austausch zu Fragen der Kampagnenführung und moderner Parteiorganisation. Von besonderer Bedeutung ist für die Progressive Allianz darüber hinaus die Solidaritätsarbeit mit den Genossinnen und Genossen auf der ganzen Welt, die oft unter großen Entbehrungen und unter Gefährdung ihres Lebens für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität kämpfen.

Der Präsident des Europäischen Parlamentes Martin Schulz
© Maurice Weiss/Ostkreuz

Mittlerweile umfasst die Progressive Allianz über 130 Parteien und Organisationen. Die PA hilft mit, regionale Organisationen aufzubauen und engagiert sich weiter dafür, den regionalen Austausch zu fördern. Mit verschiedenen regionalen Parteinetzwerken wie der Party of European Socialists (PES), der Group of Socialists and Democrats in the European Parliament, dem Network of Social Democracy in Asia (SocDem Asia), der Central African Progressive Alliance (CAPA) und dem Arab Social Democratic Forum (ASDF) arbeitet die Progressive Allianz eng zusammen. Es bestehen auch intensive und strategische Beziehungen mit der Internationalen Union der Sozialistischen Jugend (IUSY). Darüber hinaus war die Progressive Allianz in den letzten Jahren in allen Weltregionen präsent und konnte das Netzwerk progressiver Parteien weiter entwickeln und stärken. Von Anfang an hat sich die Progressive Allianz für die dringend gebotene Kooperation mit progressiven Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Think Tanks geöffnet.
Schließlich – und das ist ein entscheidender Wesenszug – setzt die Progressive Allianz auf das Engagement einzelner Parteien, die Initiativen und Projekte vorschlagen und gemeinsam umsetzen. Die Stärke der Progressiven Allianz besteht in der Kombination von Einsatzbereitschaft und Eigenverantwortung.

MOTIVATION UND VERPFLICHTUNG

Die Gründung der Progressiven Allianz am 22. Mai 2013 war Schlusspunkt einer langjährigen Diskussion über eine moderne internationale Parteien-Zusammenarbeit. Die Progressive Allianz war eine Reaktion auf den Zustand der Sozialistischen Internationale (SI). Der Charakter der Progressiven Allianz ist ein doppelter: Es geht weiterhin darum, die SI zu reformieren, aber gleichzeitig auch den wichti-

gen internationalen Austausch, solange er in der SI nicht stattfindet, voranzubringen. Dabei ist es der Progressiven Allianz gelungen, neue Maßstäbe für die Zusammenarbeit in der sozialdemokratischen, progressiven und sozialistischen Parteienfamilie zu setzen.

Und genau diese internationale Zusammenarbeit ist dringender denn je. Die Welt erlebt eine nie dagewesene Zunahme politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen, deren Wucht sich insbesondere in ihrer internationalen Dimension entfaltet. Die Finanz- und Wirtschaftskrise geht einher mit einer umfassenden Umweltkrise und struktureller extremer Ungleichheit. In vielen Ländern der Welt verschärft sich die Krise der Demokratie. Die Rückkehr von Krieg und Nationalismus als politische Mittel höhlt vielerorts die Bereitschaft für internationale Kooperation aus.
Anspruch sozialdemokratischer, progressiver und sozialistischer Parteien und Organisationen muss es daher sein, realistische und gleichzeitig visionäre Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit zu formulieren. Dies bedeutet einerseits, politische Einstiegsprojekte für das Hier und Jetzt zu entwickeln. Andrerseits müssen langfristige Strategien und Konzepte angelegt werden, die – durchaus mit einem utopischen Überschuss – die Möglichkeit einer anderen, besseren, gerechten Gesellschaft aufzeigen und so politisches Tagesgeschäft mit weitergehenden Visionen verbinden. Denn eine andere Welt ist möglich.

ARBEITSSCHWERPUNKTE

Vor diesem Hintergrund hat sich die Progressive Allianz folgende Arbeitsschwerpunkte gesetzt, die mit Hilfe von Kampagnen und verschiedenen Veranstaltungsformaten in die Praxis umgesetzt werden.

Gute Arbeit weltweit
Getragen von allen Mitgliedern und mit zahlreichen Veranstaltungen auf allen Kontinenten führte die Progressive Allianz ab Oktober 2013 drei Jahre lang die Kampagne „Decent Work Worldwide“ durch. Im Fokus der Veranstaltungen stand der Austausch zu verschiedenen Aspekten guter Arbeit inhaltlicher und regionaler Art. Gute Arbeit weltweit zu stärken ist nicht nur eine Kernaufgabe progressiver, sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien, sondern auch ein zentraler Ansatzpunkt um Ungleichheit zu reduzieren. Die Mehrheit der Bevölkerung auch in den Entwicklungsländern verfügt bereits über Arbeit. Dies jedoch überwiegend im informellen Sektor, in dem die Produktivität gering ist, schlechte Arbeitsbedingungen herrschen, ungerechte Löhne gezahlt werden und soziale Sicherungsleistungen völlig fehlen. In vielen Ländern sind Kinderarbeit, Zwangsarbeit, die Diskriminierung von Frauen, die Verfolgungen von Gewerkschaftsmitgliedern und die Nichteinhaltung von Arbeitsschutz Teil der Arbeitswelt. Progressive Ansätze und Beispiele, wie Geschlechtergerechtigkeit, soziale Sicherheit und inklusives Wachstum voran gebracht sowie soziale Ungleichheit zwischen den Ländern und in den Gesellschaften eingedämmt werden können, wurden intensiv diskutiert. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Kampagne waren die Dynamiken globaler Migration. Zu all den Themenbereichen Guter Arbeit hat die Progressive Allianz umfassende Positionspapiere erarbeitet und veröffentlicht.

Agenda für Frieden und Gerechtigkeit
Die Progressive Allianz hat im Oktober 2016 die Kampagne „Für eine neue Agenda für Frieden und Gerechtigkeit“ gestartet. In vielen Ländern auf der ganzen Welt ist der Krisen- und Ausnahmezustand ein normaler Zustand geworden. Gesellschaften sehen sich zunehmend mit einem Aufstieg von Terrorismus, Extremismus und bewaffneten Konflikten konfrontiert. Aufgabe progressiver Politik muss es sein, Kriege zu verhindern und die gesellschaftlichen Grundlagen zu schaffen, die Frieden ermöglichen. Dazu erforderlich ist ein frühes, entschiedenes und effektives Agieren auf internationaler Bühne, stets im Sinne internationaler Solidarität, des Dialogs und der Zusammenarbeit. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts muss der Maßstab internationaler Politik sein.
Um das zu erreichen, setzen wir uns dafür ein:
a) die Vereinten Nationen zu reformieren und ihnen zu neuer Geltungs- und Wirkungskraft zu verhelfen,
b) unsere demokratischen Werte auch gegen autoritäre Tendenzen innerhalb und außerhalb unserer Gesellschaften zu behaupten,
c) die universellen und unteilbaren Menschenrechten zu stärken und
d) Frieden nicht nur als die Abwesenheit von Krieg zu begreifen, sondern vielmehr an der Beseitigung struktureller Bedingungen zu arbeiten, die Konflikte und Kriege oftmals erst möglich machen, nämlich: Armut, Ungleichheit und Umweltzerstörung.

Im Rahmen der Kampagne „Für eine neue Agenda für Frieden und Gerechtigkeit“ fördert die Progressive Allianz den Austausch über diese Themen mit Veranstaltungen in allen Weltregionen und in Zusammenarbeit mit ihren wichtigen Partnern in Gewerkschaften, Zivilgesellschaften und Think Tanks.

Sao Paolo, u.a. mit Lula da Silva; Maurice Weiss/Ostkreuz

Wahlkampf-Seminare
Im Zentrum des Austauschs progressiver Kräfte steht die Weiterentwicklung progressiver und sozialdemokratischer Programmatik. Der Anspruch ist, nicht nur führend in nationalen Regierungen zu sein, sondern, dass die Konzepte auch eine globale Nachhaltigkeit sowie globale Umsetzbarkeit beweisen. Aber die fortschrittlichste Programmatik hat nur eine Chance auf Verwirklichung, wenn sozialdemokratische und sozialistische Parteien auch Wahlen gewinnen und Verantwortung übernehmen können. Daher ist die Diskussion über Wahlkampftechniken und -strategien sowie über Parteiorganisation – neben der inhaltlichen Arbeit – die zweite Säule der Progressiven Allianz. In den bisherigen Kampagnen-Seminaren standen vor allem der praktische Austausch erfolgreicher Strategien und Konzepte im Mittelpunkt, so zum Beispiel Tür-zu-Tür-Kampagnen, geschlechterspezifische Anforderungen an Wahlkampagnen bzw. Strategien beim Online-Campaigning. Einige Beiträge sind auf der Homepage der Progressiven Allianz unter der Rubrik „Progressive Campaigning“ abrufbar.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄTSARBEIT

Seit Anbeginn der Arbeiterbewegung war die grenzüberschreitende Solidarität eines der entscheidenden Wesens- und Unterscheidungsmerkmale zu anderen politischen Bewegungen. Unter Solidarität verstehen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Idee der Zusammengehörigkeit und der gegenseitigen Hilfe. Solidarität ist Schwert der scheinbar Machtlosen. Und gleichzeitig schafft Solidarität Macht zur Veränderung. Das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Für alle Mitglieder der Progressiven Allianz ist es daher ein zentrales Anliegen, Genossinnen und Genossen auf der ganzen Welt zu helfen, die politisch unterdrückt und verfolgt werden bzw. deren Einsatz für unsere Werte internationale Unterstützung benötigt.

DER WEITERE WEG

Die Progressive Allianz soll helfen, grenzüberschreitenden Dialog, weltweite Zusammenarbeit und internationale Solidarität weiter voranzubringen und zu verstärken. Um dabei den politischen Ansprüchen und Werten von Demokratie, Gerechtigkeit, Solidarität und Geschlechtergerechtigkeit auch innerhalb der Progressiven Allianz gerecht zu werden, müssen die Handlungsgrundsätze und Strukturen der Progressiven Allianz weiterentwickelt werden. Dies hatte sich die PA für einen Konvent im März 2017 vorgenommen. Auch eine programmatische Erneuerung steht an.
Denn wie das 21. Jahrhundert verlaufen wird, hängt entscheidend von der Stärke der Sozialdemokraten, Progressiven und Sozialisten weltweit ab. Sie müssen dafür kämpfen, dass das 21. Jahrhundert ein soziales und demokratisches Jahrhundert wird.

ORGANISATIONSPOLITISCHE KOMMISSION

Zu Beginn des Jahres 2015 setzte die Organisationspolitische Kommission die Bestandsaufnahme zur „Umsetzung der Parteireform" fort. In diesem Rahmen fanden Workshops mit verschiedenen Gruppen in der SPD (Arbeitsgemeinschaften, Hauptamtlichen, Bildungs- und Mitgliederbeauftragten sowie Ortsvereins- und Unterbezirksvorsitzenden) statt. Ziel war es, die Erfahrungen von Vertreterinnen und Verteuern der Gesamtpartei einzubinden, die Parteireform zu evaluieren, umgesetzte Schritte auszuwerten, Vorschläge zur Weiterentwicklung zu erarbeiten und konkrete Anforderungen für die weitere Parteiarbeit herzuleiten.

Ergebnis dieser Evaluation war der Beschluss „Evaluation der Parteireform. Partei in Bewegung – Organisationspolitisches Grundsatzprogramm". Daraus entstand der Leitantrag „SPD. Die Beteiligungspartei" zum ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2015. In diesen Antrag mündeten die Evaluationsergebnisse der Workshops und das Diskussionspapier des Digitalen Beirats zur Einführung digitaler Beteiligungsinstrumente unter dem Titel „SPD – Die digitale Mitmachpartei". Der Antrag wurde ebenso wie die weiteren organisationspolitischen Anträge auf dem Bundesparteitag aus Zeitgründen nicht behandelt und auf den nächsten ordentlichen Bundesparteitag 2017 vertagt.

Auf der Tagesordnung der Organisationspolitischen Kommission standen weiterhin die Evaluation der Arbeit der Parteischule, die Erarbeitung eines Thesenpapiers zur Rolle der Arbeitsgemeinschaften, die Begleitung und Evaluation der Nachbarschaftskampagne und die Fortführung der Arbeit des Digitalen Beirats.

Wie in den Vorjahren hat die Organisationspolitische Kommission auch in den Jahren 2015 und 2016 die Vorschläge an den Parteivorstand zur Förderung von Projekten aus dem Innovationsfonds erarbeitet. Der Innovationsfonds fördert Projekte von Unterbezirken bzw. Kreisverbänden, die darauf abzielen, neue Wege zu finden, auf Bürgerinnen und Bürger sowie Initiativen zuzugehen, sie in politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden und die gesellschaftliche Verankerung der SPD zu festigen mit jeweils bis zu 5.000 Euro pro Projekt. 2015 wurden 43 Projekte mit insgesamt 169.200 Euro gefördert. 2016 betrug die Fördersumme 102.050 Euro, die an 23 Projekte ausgeschüttet wurde.

MITGLIEDER DER ORGANISATIONSPOLITISCHEN KOMMISSION

STIMMBERECHTIGTE MITGLIEDER

Yasmin Fahimi (Parteivorstand) / ab 2016 **Katarina Barley**
Dietmar Nietan (Parteivorstand)
Dagmar Schmidt (Parteivorstand) / ab 2016 **André Stinka**
Mathias Stein (LV Schleswig-Holstein)
Thomas Würdisch (LV Mecklenburg-Vorpommern)
Inka Damerau (LO Hamburg)
Dieter Reinken (LO Bremen) / ab 2016 **Sasha Karola Aulepp**
Heino Baumgarten (Bezirk Nord-Niedersachsen)
Susanne Mittag (Bezirk Weser-Ems)
Ulrich Watermann (Bezirk Hannover)
Hans Henning-Schridde (Bezirk Braunschweig) / ab 2016 **Dirk Roller**
Rüdiger Erben (LV Sachsen-Anhalt) / ab 2016 **Andrej Stephan**
Klara Geywitz (LV Brandenburg)
Ulrike Sommer (LV Berlin) / ab 2016 **Angelika Schöttler**
André Stinka (LV Nordrhein-Westfalen) / ab 2016 **Andreas Rimkus**
Dr. Edgar Franke (Bezirk Hessen-Nord)
Gernot Grumbach (Bezirk Hessen-Süd)
Rene Lindenberg (LV Thüringen) / ab 2016 **Dorothea Marx**
Jens Wittig (LV Sachsen) / ab 2016 **Richard Kaniewski**
Petra Berg (LV Saarland)
Dr. Jörg Bruch (LV Rheinland-Pfalz) / ab 2016 **Julia Troubal**
Prof. Dr. Lars Castellucci (LV Baden-Württemberg)
Jonas Merzbacher (LV Bayern)

BERATENDE MITGLIEDER

Walter Meinhold (Kontrollkommission)
Dr. Manfred Sternberg (SGK)
Dr. Manuela Erhart (FES)
Elfi Heusinger von Waldegge (AK Betriebsräte)
Angelika Graf (große Arbeitsgemeinschaften)
Harald Baumann-Hasske (kleine Arbeitsgemeinschaften)
Inge Blask (Themenforen) / ab 2016 **Sarah Ryglewski**

BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Die Bundesschiedskommission hat in den Jahren 2015 - 2016 insgesamt 14 Verfahren bearbeitet:

- 7 Parteiordnungsverfahren
- 7 Statutenstreitverfahren
- 0 Wahlanfechtungsverfahren

Die sieben Parteiordnungsverfahren richteten sich in fünf Fällen gegen ein Parteimitglied und jeweils in einem Verfahren gegen zwei bzw. drei Parteimitglieder.
Die Bundesschiedskommission hat wie folgt entschieden:

- Im ersten Verfahren haben sich die Beteiligen im Rahmen der mündlichen Verhandlung geeinigt. Nach der Veröffentlichung der gemeinsamen Presseerklärung hat die Bundesschiedskommission das Verfahren eingestellt.
- Im zweiten Verfahren wurde auf die Berufung des Antragstellers die Entscheidung der Landesschiedskomission Berlin aufgehoben und das Verfahren an die Vorinstanz zurücküberwiesen.
- Im dritten Verfahren wurde die Berufung der Antragsgegnerin gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission Bremen, mit der die Antragsgegnerin aus der SPD ausgeschlossen wurde, als unzulässig verworfen.
- Im vierten Verfahren wurde aufgrund der Berufung der Antragsgegnerin die Entscheidung der Landesschiedskommission I des SPD-Landesverbandes NRW abgeändert und der Antragsgegnerin eine Rüge erteilt.
- Im fünften Verfahren wurde die Berufung des Antragsgegners gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission Berlin zurückgewiesen und auf Parteiausschluss befunden.
- Im sechsten Verfahren wurde die Berufung gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission II des Landesverbandes NRW verworfen. Es wurde festgestellt, dass die Antragsgegner nicht mehr Mitglieder der SPD sind.
- Im siebten Verfahren wurde auf die Berufung des Antragstellers gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission Schleswig-Holstein die Entscheidung aufgehoben. Das Parteiordnungsverfahren wurde an die Landesschiedskommission zur erneuten Verhandlung und Entscheidung unter Beachtung der Rechtsauffassung der Bundesschiedskommission verwiesen.

Gründe für die Parteiordnungsmaßnahmen waren u.a. Verstöße gegen die Grundsätze der Partei durch

- Verdacht auf Beschaffung und Besitz von Bild- und Filmmaterial mit unbekleideten Minderjährigen,
- belästigende, sexualisierte und ehrabschneidende Äußerungen und Handlungen gegenüber Abteilungsmitgliedern,
- Einzelkandidatur gegen die von der Mitgliederversammlung aufgestellte Liste für die Wahl des Gemeinderates,
- Einzelkandidatur aus dem Amt heraus gegen den von der SPD nominierten Bürgermeisterkandidaten,
- Austritt aus der SPD-Fraktion und Bildung einer neuen Fraktion

In den sieben Statutenstreitverfahren ging es um

- eine Beschwerde zum Einspruch gegen den Bezirksbeiratsbeschluss zum Thema „Flughafen“,
- einen Antrag auf Auslegung des § 9 OrgSt, dass jedem Gremienmitglied ermöglicht werden muss – unabhängig von mehrheitlichen Terminbeschlüssen – an Sitzungen teilnehmen zu können,
- eine Anfechtung der Beschlüsse mehrerer Ortsvereine wegen der Durchführung eines außerordentlichen Parteitages sowie von Kreisvorstandsbeschlüssen,
- den Verstoß gegen § 28 Abs. 6 OrgaSt. (Beschluss des Konvents auf Ausschluss der Öffentlichkeit) und damit die Nichtigkeit der Beschlüsse,
- einen Antrag auf Aufhebung des Beschlusses des Unterbezirkes zur Neuabgrenzung sowie zur Einberufung der Mitgliederversammlung zur Neuwahl eines neuen Ortsvereinsvorstandes,
- die Auflösung eines Ortsvereins durch Eingliederung seines Gebietes in drei benachbarte Ortsvereine.

Im Berichtszeitraum gab es keine Wahlanfechtungsverfahren.

MITGLIEDER DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

(GEWÄHLT AUF DEM SPD-PARTEITAG IN BERLIN AM 11. DEZEMBER 2015)

Vorsitzende
Hannelore Kohl

Stellvertretende Vorsitzende
Dr. Thorsten Jobs
Prof. Dr. Roland Rixecker

Beisitzerinnen und Beisitzer
Kristin Keßler
Ilse Brusis
Dr. Johannes Risse
Thomas Notzke

STATISTIK

(ENTHÄLT ALLE SEIT DEM 01.01.2015 – 31.12.2016 ENTSCHIEDENEN BZW. ANHÄNGIGEN VERFAHREN)

VERF. NR.	ANZAHL AG	ENTSCHEIDUNG												
		Abweisung der Anträge	Berufung als unzulässig verworfen	Berufung/Antrag zurückgewiesen	Aufhebung der Entscheidung der Vorinstanz	Einstellung des Verfahrens	Erteilung einer Rüge	Funktionsverbot 1 Jahr	Ruhen aller Rechte für 1-3 Jahre	Ausschluss	Aussetzung des Verfahrens	Zurückverweisung an Vorinstanz zur Sachaufklärung	Zurücknahme der Berufung	noch nicht abgeschlossen Ende Berichtszeitraum (31.12.2016)
1/2015/st	1	X												
2/2015/st	1			X										
3/2015/st	1				X*									
4/2015/p	1	X				X**								
5/2015/st	2													
6/2015/p	1											X		
7/2015/p	1		X***											
8/2015/p	1				X		X							
9/2015/st	1			X										
10/2015/p	1			X						X				
1/2016/st	1												X	
2/2016/p	3			X						X				
3/2016/p	2													X
4/2016/st	1													X
	18	**2**	**1**	**4**	**2**	**1**	**1**	**0**	**0**	**2**	**0**	**1**	**1**	**2**

* Mit Feststellung, dass der OV-Vorstand gemäß der Landessatzung einen Antrag auf Einberufung eines a.o. Parteitages stellen kann.
** Einigung mit Presseerklärung
*** Die Berufung wurde aufgrund der nicht fristgerechten Einlegung der Berufung als unzulässig verworfen.

Das Forum Sicherheits- und Verteidigungspolitik beim SPD-Parteivorstand wurde im Jahr 2009 zunächst als Arbeitskreis und später als Kommission etabliert, um den Austausch zwischen der SPD und der sicherheits- und verteidigungspolitischen Community weiter auszubauen. Neben dem Vorsitzenden Walter Kolbow, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung a.D., wurde 2013 Rainer Arnold MdB, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, als stellvertretender Vorsitzender des Forums benannt. Besondere Themenschwerpunkte in den Jahren 2015 bis 2016 waren die NATO-Russland-Beziehungen im Zeichen des Ukraine-Konflikts, das Weißbuch als sicherheitspolitisches Grundlagendokument der Bundesregierung und die Debatte um einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Nicht zuletzt bot das Forum Gelegenheit, den Bericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags zu diskutieren und inhaltliche Impulse für die programmatische Arbeit im Hinblick auf die Themen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Bundeswehr zu liefern. Es war weiterhin möglich, die Arbeit des Forums mit regionalen Gliederungen über die Landesverbände zu verzahnen.

KOMMISSION SICHERHEIT UND BUNDESWEHR

SPORTINFORMATIONSBRIEF

Tausende Ehrenamtliche, die sich mit der SPD verbunden fühlen, werden regelmäßig vom Forum Sport mit Informationen versorgt. Der Sportinformationsbrief behandelt die aktuellsten sportpolitischen Themen und erreicht Interessierte und Verantwortliche in Partei, Vereinen und Verbänden. Regelmäßig erhält das Forum Anfragen von SPD-Mitgliedern und Menschen, die sich für die Sportpolitik der SPD interessieren und in den Newsletter-Verteiler aufgenommen werden wollen. Der Sportinformationsbrief erscheint weiterhin ausschließlich elektronisch.

KOORDINIERUNGSRUNDE UND SPORTBEIRAT DES FORUMS SPORT

Die Koordinierungsrunde Sportpolitik besteht aus SPD-Sportpolitikerinnen und -politikern, sozialdemokratischen Sportfunktionären sowie aus ca. 20 Persönlichkeiten des Sports. Die Runde, die sich im Berichtszeitraum regelmäßig traf, berät den SPD-Parteivorstand in sportpolitischen Fragen. Forum und Beirat prägten die sportpolitische Meinungsbildung der SPD – z. B. mit einem klarem Kurs gegen Doping. Außerdem sprachen sie sich für eine bessere finanzielle Unterstützung des Sports und für eine stärkere Anerkennung des ehrenamtlichen und gemeinnützigen Engagements aus – auch über den Sport hinaus.

JAHRESTREFFEN AM 16. DEZEMBER 2016 IN BERLIN

Im Dezember 2016 fand das traditionelle Jahrestreffen des Forums Sport in Berlin statt. Im Mittelpunkt stand die Nachbetrachtung der Olympischen und Paralympischen Spiele 2016 in Rio de Janeiro.

Neben dem Vorsitzenden des Vorstandes des Deutschen Olympischen Sportbundes Michael Vesper nahmen auch der Präsident des Deutschen Behindertensportverbands Friedhelm-Julius Beucher, der Vizepräsident des Deutschen Fußballbundes Dr. Rainer Koch und die sportpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Michaela Engelmeier teil.

Nach der Begrüßung durch de sportpolitischen Sprecher der SPD Manfred Schaub moderierte der Journalist Hajo Schumacher die Runde, an der viele sportbegeisterte Gäste teilnahmen. Die Runde diskutierte über die Ergebnisse der Spiele in Rio de Janeiro und wertete diese aus.

SPRECHER DES FORUMS SPORT IN DER SPD

Manfred Schaub

Michael Vesper, Vorsitzender des Vorstandes des Deutschen Olympischen Sportbundes bei seiner Rede vor den Gästen im Willy-Brandt-Haus; © SPD

FORUM INNENPOLITIK

THEMEN 2015

Das Forum Innenpolitik tagte 2015 dreimal. Unter der Leitung von Ralf Stegner waren aktuelle innenpolitische Themen der Schwerpunkt. Die Mitglieder des Forums erarbeiteten ein Positionspapier zum Thema Innere Sicherheit und berieten über den Umgang mit Rechtspopulismus, der Flüchtlingspolitik aber auch über Maßnahmen gegen islamistischen Terrorismus. Mit Jörg Radek, dem Vorsitzenden des Bezirks Bundespolizei der GdP, fand eine Diskussion zur Lage der Bundespolizei statt. Ralf Stegner stellte das Impulspapier „Sicher zusammen leben" für den Perspektivkongress am 11. Mai 2015 in Mainz vor. Ulrich Mäurer berichtete über den Bremer Versuch, eine Kostenbeteiligung für Fußballprofivereine an Polizeieinsätzen bei Bundesligaspielen durchzusetzen.

THEMEN 2016

Auf den vier Sitzungen des Jahres 2016 waren vor allem die Flüchtlings- und Integrationspolitik Thema. Weitere Themen des Forums waren:

- das Asylpaket II;
- die Vorkommnisse in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln;
- das NPD-Verbotsverfahren;
- Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten;
- die Stellenentwicklung bei den Polizeibehörden in Bund und Ländern;
- der Kampf gegen Geldwäsche im Zusammenhang mit der Panama-Papers-Affäre.
- Dr. Karamba Diaby MdB stellte die Projektgruppe „NeuesMiteinander – Einwanderungsland Deutschland" vor.

MITGLIEDER

Mitglieder des Forums (Gesprächskreises) Innenpolitik sind die innenpolitischen Sprecherinnen und -sprecher aus Bund und Ländern, die Innenminister und -senatoren, Fachpolitikerinnen und -politiker aus der Bundestagsfraktion sowie Mitglieder der Jusos, der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen und der Gewerkschaft der Polizei. Geleitet wird das Forum seit 2008 von Ralf Stegner.

GESPRÄCHSKREIS „FINANZMARKT UND FINANZPOLITIK"

Der Gesprächskreis „Finanzmarkt und Finanzpolitik" wurde unter Leitung von Thorsten Schäfer-Gümbel weitergeführt. Der Kreis versteht sich als interner Gesprächskreis, an dem Bundestagsabgeordnete, Finanzwissenschaftler sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Verbänden, Gewerkschaften und der Finanzbranche teilnehmen.

2015 tagte die Gesprächsrunde fünfmal. In der ersten Sitzung im März in Frankfurt begrüßte Thorsten Schäfer-Gümbel als Referenten Prof. Richard Werner, Professor of International Banking an der Universität Southampton in England und Mitglied des Schattenrats der Europäischen Zentralbank (EZB). Prof. Werner referierte zum Thema „Die Finanzkrise in der Eurozone und die Rolle der EZB". Dabei stellte er die Entwicklungen der Bankenkrise seit 2008 dar und betonte, dass Deutschland aufgrund des vielfältigen Bankensektors mit Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht so hart von der Krise betroffen sei. Seiner Ansicht nach solle die EZB stärker auf den Ausbau vergleichbarer Kommunalbanken in ganz Europa setzen.
Bei der zweiten Sitzung im Mai in Berlin referierte Markus Henn, Koordinator des Netzwerks Steuergerechtigkeit sowie Referent für Finanzmärkte bei weed über das Thema „Base Erosion and Profit Shifting (BEPS): von formalen Erklärungen zur realpolitischen Umsetzung des OECD Aktionsplans". Die Diskussionen drehten sich vorwiegend um Umsetzungsstand und Lücken des Aktionsplans.

Die dritte Sitzung fand im Juli ebenfalls in Berlin statt. Als Referent sprach Prof. Philipp Genschel, Professor of European Public Policy am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, über das Thema „Mehr Harmonie durch mehr Steuerharmonisierung? Mindeststeuern für Unternehmen in der EU". Hier stand die politische Umsetzbarkeit einer Harmonisierung aufgrund der Ko-Existenz der verschiedenen EU-Steuersysteme im Vordergrund.

Bei den beiden folgenden Sitzungen in Frankfurt standen die „Eurokrise" und die Politik der EZB im Vordergrund. Prof. Dr. Joachim Nagel, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, berichtete über die Auswirkungen der EZB-Ankäufe und der expansiven Geldpolitik auf Aktienmärkte sowie Zinsverläufe in Europa. Aufgrund des großen Diskussionsbedarfs fand eine weitere Sitzung im November zu diesem Thema statt.

Aus unterschiedlichen Gründen wie der Arbeit am finanzpolitischen Teil des Regierungsprogramms gab es 2016 keine Sitzung des Gesprächskreises. Die Sitzungen wurden erst 2017 wiederaufgenommen.

KULTURFORUM DER SOZIALDEMOKRATIE

„Nichts ist erledigt"
(Klaus Staeck, Grafiker und Präsident der Akademie der Künste a. D.)

KULTUR FÜR ALLE – KULTUR VON ALLEN

Die drei Hauptaufgaben, die Peter Glotz und Willy Brandt dem Kulturforum bei Gründung im Jahr 1983 mit auf den Weg gaben, haben ihre Gültigkeit nie verloren.
Erstens: Einsatz für alle künstlerischen Belange.
Zweitens: Erweiterung der kulturpolitischen Expertise der SPD.
Drittens: Einbindung engagierter Kunst- und Kulturschaffender.

Diese drei Aufgaben bildeten auch für die Jahre 2015/2016 das Fundament der gesellschafts- und kulturpolitischen Arbeit des Kulturforums der Sozialdemokratie und seiner mittlerweile wieder über 40 regionalen Kulturforen in ganz Deutschland. Das Kulturforum bleibt ein Ort des kontinuierlichen Austausches und der inhaltlichen Zusammenarbeit, ein wichtiges Netzwerk für Künstlerinnen und Künstler, Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker wie auch kultu-

rinteressierte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Darauf kann die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stolz sein. Das Kulturforum baut Brücken zwischen themeninteressierten, intellektuellen und kulturellen Milieus und politischen Repräsentanten. Seit mehr als drei Jahrzehnten setzt das Kulturforum dafür auf einen Mix von Kulturveranstaltungen, Debatten, klassischer Netzwerkarbeit und theoretischem kulturpolitischen Diskurs.

Sigmar Gabriel eröffnete das Branchengespräch CINEMA MEETS POLITICS am 9. Februar 2015; © Thomas Imo/photothek.net

Im Berichtszeitraum bearbeitete das Kulturforum kulturpolitische Grundsatzfragen und gab dabei wichtige Anstöße – beispielsweise zur Weiterentwicklung der Künstlersozialkasse und zur Förderung von soziokulturellen Projekten. Das Kulturforum engagierte sich für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur, die Förderung kultureller Einrichtungen und die Pflege des kulturellen Erbes. Klare sozialdemokratische Akzente setzte das Forum bei der kulturellen Bildung, bei der Etablierung einer neuen Erinnerungskultur, bei der Filmförderung und bei der auswärtigen Kulturpolitik. Besonderer Dank gilt an dieser Stelle Wolfgang Thierse, der den Vorsitz des Kulturforums 2015 abgab. Wolfgang Thierse steht für intensive Arbeitsjahre, in denen er Kultur und Kunst in den Fokus rückte und viel zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kulturschaffende durchsetzte.

Hannelore Kraft empfing die Ehrengäste Éric Toledano, Olivier Nakache, Delphine Coulin und Moderatorin Pascale Hugues zum 12. SPD-Filmabend zur Berlinale 2015. © Thomas Imo/photothek.net

An die beispielhafte Arbeit der letzten Jahrzehnte will das Kulturforum in den kommenden Jahren unter seinem neuen Vorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel, der sein Amt am 28. September 2015 antrat, anknüpfen.

„NICHTS IST ERLEDIGT!“

Der sozialdemokratische Kulturpolitiker Klaus Staeck, der neun Jahre lang die Akademie der Künste als Präsident leitete, stellte die letzte Ausstellung seiner Amtszeit in der Akademie unter das Motto „Nichts ist erledigt“. Dieses Motto gilt allgemein für Kunst und Kultur unserer Zeit, insbesondere aber für die Arbeit des Kulturforums. Nichts ist fertig, nichts ist in Stein gehauen und unverrückbar. Das Kulturforum lebt vom Diskurs, davon dass Kultur und Politik in der gemeinsamen Auseinandersetzung neue Konzepte entwickeln. Der „Austausch von Geist und Macht“ – das war der Anspruch der Gründungsväter an das Kulturforum. Und diesen braucht es in den kommenden Jahren mehr denn je.

Die Digitalisierung stellt Deutschland und Europa vor große Herausforderungen, die auch vor der Kultur nicht Halt machen. Sie verändert nicht nur Arbeitsprozesse, sondern auch Medienwahrnehmung, Medienkonsum und die Nutzung kultureller Angebote – und das in rasender Geschwindigkeit. Längst hat die Digitalisierung Einzug in die Alltagskultur gehalten, etwa in Form von Online-Museumsrundgängen, Streamingangeboten oder Konzerten im Netz. Das Internet hat die Verwertung kultureller Produkte grundsätzlich verändert. Dabei hat sich die Arbeitssituation von Künstlerinnen und Künstlern nicht verbessert. Viele arbeiten unter prekären Bedingungen. Das Urheberrecht orientiert sich immer noch an der alten analogen Welt und muss an die digitale Welt angepasst werden. Dazu reichen nationale Regelungen längst nicht mehr aus. Es bedarf vielmehr europäischer und internationaler Vereinbarungen.

Autorin Hatice Akyün und Thorsten Schäfer-Gümbel auf dem Kulturempfang der Sozialdemokratie 2015 in der Galerie BOX FREIRAUM © Dirk Bleicker

Ähnlichen Veränderungsbedarf gibt es bei der Kulturförderung. Diese trennt immer noch streng zwischen Hochkultur, Pop- und Subkultur. Auch hier hat die Digitalisierung längst überkommene Grenzen aufgehoben.

Abendveranstaltung „Fremdenfeinde in unserem Land“ im Rahmen von Leipzig liest! zur Buchmesse Leipzig 2016. Im Gespräch: Hanka Kliese, Mo Asumang und Thorsten Schäfer-Gümbel © Kulturforum der Sozialdemokratie

DISKURS MIT DEN KULTURSCHAFFENDEN

Unter dem neuen Vorsitzenden Torsten Schäfer-Gümbel nahm der Vorstand im Berichtszeitraum grundsätzliche kulturpolitische Debatten in Angriff – beispielsweise zum sozialdemokratischen Kulturbegriff, zu den heute existierenden Kunstbereichen, zu bestehenden Fördermechanismen und zum Stellenwert kultureller Bildung.

Die Mitglieder des Kulturforums analysierten Begrifflichkeiten und Strukturen des Kulturbereichs mit dem Ziel, neue kulturpolitische Leitlinien zu entwerfen, die den Ansprüchen der heutigen Kulturlandschaft gerecht werden. Diesen Diskurs führte das Forum auch mit Vertreterinnen und Vertretern von Kulturverbänden und mit Kulturschaffenden selbst. Besonders wichtig war es dem Forum dabei, jüngere Künstlerinnen und Künstler anzusprechen. Dazu beitragen sollte ein modernes Erscheinungsbild des Forums.

Der dänische Künstler Olafur Eliasson im Gespräch mit Thorsten Schäfer-Gümbel auf dem Kulturempfang der Sozialdemokratie 2016 unter dem Motto „BERLIN UND DIE WELT“;
© Kulturforum der Sozialdemokratie

2015/2016 beeinflussten die Fluchtbewegungen aus dem arabischen und afrikanischen Raum die kulturpolitischen Debatten in Deutschland. Vielen tausende Menschen kamen aus den Krisen- und Kriegsregionen der Welt mit unterschiedlichsten kulturellen Hintergründen und ohne Kenntnisse über unsere Kultur nach Deutschland. Ihre Integration wird auch Deutschland und seine Kultur verändern. Das Kulturforum diskutierte darüber, wie wir diese Phase kulturell gestalten können. Dabei ging es nicht nur um die großen Fragen der Teilhabe, der Offenheit und Toleranz. Es ging auch um konkrete Probleme wie den Abbau von Sprachbarrieren in der Kultur. Ein Teil der kulturellen Angebote sollte deshalb nach Ansicht des Forums mehrsprachig gestaltet werden. Förderprojekte sollten nicht nur auf Deutsch ausgeschrieben werden. Bei der Besetzung von Gremien und Projektleitungen sollte auf Vielfalt geachtet werden.

Kultur spielt für die Sozialdemokratie gerade in Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs und zunehmender Polarisierung eine herausgehobene Rolle. Kultur hilft, Toleranz, Dialog und Verständigung zu erreichen. Um eine kulturelle Teilhabe aller unter den Bedingungen einer Einwanderungsgesellschaft gewährleisten zu können, müssen Barrieren abgebaut werden. Dazu bedarf es auch ausreichender finanzieller Mittel.

AUS DEN AKTIVITÄTEN DES KULTURFORUMS

2015

27. Januar „ÜberLeben“ Film- und Theaterabend zum Gedenken an die Befreiung des KZ Auschwitz vor 70 Jahren mit Zwi Steinitz und Wolfgang Thierse im Willy-Brandt-Haus
9. Februar Organisation Branchentreffen CINEMA MEETS POLITICS und 12. Filmabend zur Berlinale: „Heute bin ich Samba“ mit den Regisseuren Eric Toledano und Olivier Nakache, Sigmar Gabriel, Thorsten Schäfer-Gümbel und Hannelore Kraft im Willy-Brandt-Haus
27. Februar-1. März Beteiligung am 10. Lübecker Autorentreffen mit Günter Grass
20. März Öffentliche Veranstaltung „Miteinander statt gegeneinander – für neue Bündnisse in der Kulturförderung“ in Bremen mit Siegmund Ehrmann, Carmen Emigholz, Thorsten Schäfer-Gümbel, Wolfgang Thierse u. a.
20.-22. März Treffen der regionalen Kulturforen in Bremen mit Carsten Sieling, Norbert Sievers, Wolfgang Thierse, Thorsten Schäfer-Gümbel
4. Mai Verleihung des August-Bebel-Preises 2015 an Klaus Staeck. Mit Sigmar Gabriel, Eva Menasse, Christina Rau und Wolfgang Thierse im Willy-Brandt-Haus
23. Juni „Der Jude mit dem Hakenkreuz“, Buchvorstellung und Gespräch mit Lorenz S. Beckhardt und Dagmar Mensink in der vorwärts-Buchhandlung im Willy-Brandt-Haus
27. August Buchvorstellung und Gespräch „Die unerträgliche Leichtigkeit des Vorurteils. Zu einer Funktionalisierung des historischen Antisemitismus im gegenwärtigen Geschichtsdiskurs“ mit Raiko Hannemann, Helga Grebing und Richard Saage in der vorwärts-Buchhandlung im Willy-Brandt-Haus
31. August Exklusive Filmpreview „Der Staat gegen Fritz Bauer“ in Berlin; Gespräch mit Sigmar Gabriel, Thomas Kufus, Lars Kraume, Burghardt Klaußner, Stefanie Schüler-Springorum
4.-18. Oktober Frankfurter Buchmesse: Beteiligung am vorwärts-Stand, Autorengespräche, Moderationen, Rundgänge
4. November Buchpremiere und Gespräch „Links Leben“ von Erhard Eppler; mit Peter Brandt und Dietmar Nietan im Willy-Brandt-Haus
5. November Buchvorstellung und Gespräch mit Olaf Schwencke, Axel Schäfer, Thorsten Schäfer-Gümbel „Europa. Kultur. Politik. Die kulturelle Dimension im Unionsprozess.“ in der vorwärts-Buchhandlung im Willy-Brandt-Haus
6. November Buchpräsentation „Manfred ‚Ibrahim‘ Böhme. Das Prinzip Verrat“ mit Christiane Baumann, Wolfgang Thierse und Harald Seidel. Gemeinsame Veranstaltung mit dem Forum Ostdeutschland
16. November Kulturempfang der Sozialdemokratie mit der Verabschiedung von Wolfgang Thierse in der Box Freiraum Berlin mit Hatice Akgün, Sigmar Gabriel, Heiko Maas, Jeanine Meerapfel, Thorsten Schäfer-Gümbel, Wolfgang Thierse

2016

23. Januar Beteiligung am 11. Lübecker Autorentreffen
28. Januar Veranstaltung zum 60. Geburtstag von Frank Walter Steinmeier
29. Januar Kulturpolitik als Demokratiepolitik – zum 80. Geburtstag von Olaf Schwencke gemeinsam mit der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. im Willy-Brandt-Haus
31. Januar Beteiligung an der exklusiven Sondervorführung „SUFFRAGETTE“ im Kino International Berlin mit Podiumsdiskussion „Frauenbewegung – gestern heute morgen“
15. Februar WBH: Organisation 13. Filmabend zur Berlinale „Mustang“ von Deniz Gamze Ergüven und Branchengespräch CINEMA MEETS POLITICS zum Urheberrecht mit Heiko Maas
21. Februar Beteiligung an der Preview „Colonia dignidad“ mit Martin Schulz, Astor Filmlounge Berlin
18. März Lesung „Fremdenfeinde in unserem Land“ im Rahmen von Leipzig liest mit Mo Asumang, Hanka Kliese und Thorsten Schäfer-Gümbel auf der Buchmesse Leipzig
11. Mai Buchvorstellung und Gespräch „Kosmopolen. Auf der Suche nach einem europäischen Zuhause.“ mit Artur Becker und Dietmar Nietan
26. August Kulturempfang der Sozialdemokratie „BERLIN UND DIE WELT“ im Studio Olafur Eliasson Berlin mit Thorsten Schäfer-Gümbel, Michael Müller, Tim Renner
26.-28. August Treffen der regionalen Kulturforen in Berlin
19.-23. Oktober Frankfurter Buchmesse: Beteiligung am vorwärts-Stand, Autorengespräche, Moderationen, Rundgänge

AUS DEN PUBLIKATIONEN

- Evgeny Morozov. Eine humane Gesellschaft durch digitale Technologien? Philosophie und Politik XIV; Kultur in der Diskussion, Band 19; Herausgeber: Wolfgang Thierse, Klartext Verlag Essen 2015
- Rüdiger Fikentscher (Hg.): Reisekulturen in Europa. Kulturforum der Sozialdemokratie Sachsen-Anhalt e.V. mdv Halle (Saale) 2015
- Rüdiger Fikentscher (Hg.): Wohnkulturen in Europa. Kulturforum der Sozialdemokratie Sachsen-Anhalt e.V. mdv Halle (Saale) 2016

Internet

- 14-tägiger Newsletter des Bundeskulturforums: www.kulturforen.de
- Kulturseite über www.spd.de: www.kulturundpolitik.de

VORSTAND DES KULTURFORUMS DER SOZIALDEMOKRATIE *(SEIT JANUAR 2016)*

Vorsitzender
Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL

Stellvertretende Vorsitzende
Dr. Babette Winter, Staatsekretärin für Kultur Thüringen
Eva Högl MdB, AG Kultur und Medien BTF

Beisitzerinnen und Beisitzer
Siegmund Ehrmann MdB (AG Kultur und Medien Bundestagsfraktion)
Carmen Emigholz (Staatsrätin für Kultur der Freien Hansestadt Bremen)
Egmont Elschner (Kulturforum Sachsen)
Burkhard Jellonnek (Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Saarland)
Tim Renner (Staatssekretär für kulturelle Angelegenheiten des Landes Berlin a. D.)
Prof. Dr. Oliver Scheytt (Präsident Kulturpolitische Gesellschaft)
Christina Kampmann (Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen a. D.)
Prof. Barbara Kisseler (Kultursenatorin im Hamburger Senat † 7. Oktober 2016)
Hanka Kliese MdL (kulturpolitische Sprecherin SPD-Landtagsfraktion Sachsen)
Peter Kurz (Oberbürgermeister Mannheim)
Manfred Geis MdL (kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz)
Prof. Dr. Wolfgang Schneider (Universität Hildesheim)
Kristina Volke (Mitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft)
Olaf Zimmermann (Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates)

Geschäftsführerin
Stefanie Lemke

FORUM LÄNDLICHE RÄUME UND DEMOGRAFIE

Die Mitglieder des Forums Ländliche Räume – ab 2016 Forum Ländliche Räume und Demografie – haben die Aufgabe, Vorschläge zu erarbeiten, wie der demografische Wandel insbesondere in ländlichen Räumen gestaltet und wie die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland sichergestellt werden kann.

In den letzten Jahren konzentrierten sich die gesellschaftlichen und politischen Debatten vorwiegend auf Metropolregionen und (Groß-)Städte. Ländliche Räume wurden zunehmend von der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung abgekoppelt. Daher haben sich die Mitglieder des Forums thematisch vor allem Konzepte zur Erhaltung und Entwicklung von (Land-)Wirtschaft und Arbeitsplätzen, zur Sicherung der Daseinsvorsorge auf dem Land, Entwicklung der ländlichen Infrastruktur, Erhaltung der Mobilität sowie zur Stärkung der eigenständigen regionalen Entwicklung konzentriert.
Die Arbeitsergebnisse sind in einen Leitantrag des Parteivorstandes zum ordentlichen Bundesparteitag 2015 eingeflossen. Die Forumsmitglieder haben zudem die Aspekte des demografischen Wandels als Querschnittsaufgabe in die Beratungen zum Regierungsprogramm 2017 einfließen lassen.

MITGLIEDER DES FORUMS LÄNDLICHE RÄUME UND DEMOGRAFIE

LEITUNG 2015
Katrin Budde MdL
Petra Crone MdB
Ute Vogt MdB

AB 2016
Willi Brase MdB
Katrin Budde MdL
Petra Crone MdB

WISSENSCHAFTSFORUM DER SOZIALDEMOKRATIE

Wissenschaft und Forschung treiben eine moderne Gesellschaft an. Wissenschaftliche Erkenntnisse und neue technische Lösungen haben immer wieder rasante Entwicklungen angestoßen. Sie sichern sozialen Zusammenhalt, stärken die Fähigkeit zu Innovationen und schaffen Arbeitsplätze. In diesem Bewusstsein wurde vor mehr als 25 Jahren das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie gegründet. Seitdem dient es der SPD als Plattform für Debatten über die Grundlinien in der Wissenschaftspolitik und organisiert den Austausch zwischen Verantwortlichen in Wissenschaft und Politik.

NEUAUSRICHTUNG DES FORUMS

Während das zuständige Bundesministerium in der Großen Koalition vom Koalitionspartner geführt wurde, trugen in der Mehrzahl der Länder Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Verantwortung für die Wissenschaftspolitik. Vor diesem Hintergrund richtete das Wissenschaftsforum seine Arbeit ab 2014 neu aus. Das Forum verstärkte seine Aktivitäten und erhöhte so seine Wahrnehmbarkeit in der wissenschaftlichen Community deutlich. Die SPD wurde wieder als treibender Motor politischer Entwicklungen, als Partner von Wissenschaft, Forschung und Hochschulen angesehen und ernst genommen.

Eine kleine, flexible Steuerungsgruppe organisiert seitdem die strategische Planung und Themensetzung des Wissenschaftsforums. Der Dialog mit den wichtigsten Akteuren aus Hochschulen, Forschungsorganisationen, Wirtschaft und Verbänden wird im so genannten „Forum“ geführt. Eingebunden wurden hier auch die wissenschaftspolitisch Verantwortlichen aus Bundestag, Landesparlamenten und

Regierungen. Diese Runden dienten einem offenen fachlichen Austausch, der für beide Seiten neue Impulse und Erkenntnisse liefern sollte. Die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses und die zukünftige Rolle der Fachhochschulen waren die wesentlichen Themen im Forum.

Ergänzt wurden die Forumsveranstaltungen durch den Politischen Gesprächskreis, in dem der strategische Austausch zwischen der Steuerungsgruppe des Wissenschaftsforums und den Präsidenten und Vorsitzenden der Wissenschafts- und Forschungsorganisationen stattfand. Beide Seiten schätzten vor allem den informellen Rahmen, der dazu beitrug, neues Vertrauen aufzubauen.

REGIONALE FOREN

Nach wie vor wurde die Arbeit des Wissenschaftsforums auch durch eine Vielzahl regionaler Foren getragen, die sich ganz unterschiedlich organisieren. Vor allem den ehrenamtlich Engagierten gilt hier ein ausdrücklicher Dank. Die regionalen Foren werden in Zukunft noch wichtiger werden, wenn es darum geht, Wissenschaft und Politik zu vernetzen und die in der Wissenschaft Tätigen anzusprechen. In diesem Sinne sollen sie inhaltlich und organisatorisch weiter entwickelt werden. Dazu bedarf es der Unterstützung durch das Willy-Brandt-Haus und die der Landesverbände und Bezirke. Jährliche Treffen der regionalen Foren (2015 in Hannover und 2016 in Hamburg) förderten den Austausch und die Koordinierung der Arbeit.

EIN NEUER NEWSLETTER

Eine neu ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit begleitete die inhaltlichen Angebote. Hierzu zählt die Weiterentwicklung von Logo und Layout. Darüber hinaus hat ein E-Mail-Newsletter die über viele Jahre hinweg erscheinenden Wissenschaftsnotizen abgelöst. Der Newsletter bündelt nicht nur Termine und aktuelle Informationen, sondern befördert mit thematischen Artikeln renommierter Autorinnen und Autoren die wissenschaftspolitische Debatte. Damit dies zukünftig noch besser gelingt, wurde die Internetplattform des Wissenschaftsforums www.forscher.de entsprechend umgebaut.

AUSBLICK

Die vorhersehbaren wissenschaftspolitischen Themen der kommenden Monate und Jahre sind vielfältig und herausfordernd. Insbesondere gilt es, nach dem Auslaufen der Hochschul- und Wissenschaftspakte eine neue Finanzarchitektur in der Wissenschaftsfinanzierung zu etablieren, die die Grundfinanzierung der Hochschulen stärkt und der außeruniversitären Forschung eine verlässliche Perspektive gibt. Hierzu wird das Wissenschaftsforum entsprechende Beiträge liefern, den Austausch mit Wissenschaft, Forschung und Hochschulen verstetigen und die notwendigen Impulse geben.

VERANSTALTUNGEN IN DEN JAHREN 2015/2016

2015

22. Januar Festveranstaltung „25 Jahre Wissenschaftsforum“, Berlin
22. Januar Politischer Gesprächskreis, Berlin
04. Mai Politischer Gesprächskreis, Berlin
23. September Sitzung des Forums (Thema: Fachhochschulen), Berlin
21./22. November Treffen der regionalen Wissenschaftsforen, Hannover

2016

9. März Politischer Gesprächskreis, Berlin
16./17. Juni Zukunftsworkshop „Wissenschaft 2030“, Hamburg
22. November Sitzung des Forums (Themen: Regierungsprogramm 2017, Wissenschaftsfinanzierung, Fachhochschulen), Berlin

MITGLIEDER DER STEUERUNGSGRUPPE

Christoph Matschie MdL
(Vorsitzender des Wissenschaftsforums)
Hubertus Heil MdB (stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion)
Dr. Hans-Gerhard Husung
(Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz GWK)
Prof. Dr. Eva Quante-Brandt
(Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, Bremen)
Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB
(bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion)
Vera Reiß
(Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kunst, Rheinland-Pfalz)
Svenja Schulze
(Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung, Nordrhein-Westfalen)

Treffen der regionalen Wissenschaftsforen 2015 in Hannover
© Wissenschaftsforum Hannover; © Kulturforum der Sozialdemokratie

Besuch an der Technischen Universität Hamburg-Harburg im Rahmen des Zukunftsworkshops Wissenschaft 2030; © TUHH

FORUM METROPOLENPOLITIK

Als führende Großstadtpartei muss die SPD die Zukunft der großen Städte und Metropolregionen in Deutschland noch stärker als bisher in den Fokus ihrer Programmatik nehmen. Deshalb hat das Forum Metropolenpolitik im Berichtszeitraum die Arbeit an der Weiterentwicklung einer sozialdemokratischen Strategie für eine nachhaltige Großstadtpolitik fortgesetzt.

Die Beratungen des Forums konzentrierten sich in einem ersten Schritt auf die Analyse der Wachstumsprozesse in den meisten Großstädten und der ungebrochenen Attraktivität großstädtischer Räume – nicht nur für die jüngere Generation. In einem zweiten Schritt ging es darum Strategien zu entwickeln, wie Städte das Wachstum mit einer hohen Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner verbinden und sich zugleich als wettbewerbsfähige und innovative Metropolen im europäischen und internationalen Vergleich positionieren können.

Das Forum hat dazu ein Positionspapier für insgesamt fünfzehn Handlungsfelder einer modernen Großstadtpolitik entwickelt – von der Digitalisierung, über Wohnraumversorgung, Mobilitätskonzepte, Klimaschutz und Energiewende, Zuwanderung bis hin zu Integration und Inklusion. Das Papier sollte in die Beratungen zur Erarbeitung des Regierungsprogramms einfließen.

LEITUNG

Jan Stöß

FORUM EINE WELT

Das Forum Eine Welt, das seit 1996 auf Bundes- und Landesebene besteht, hat auch im Zeitraum 2015 und 2016 regelmäßig zu Fragen der Entwicklungszusammenarbeit getagt. Zur inhaltlichen Vertiefung des Forums wurden in der Vergangenheit Arbeitsgruppen gebildet, die sich insbesondere den Themen „Klimawandel und Entwicklung“, „Gute Arbeit weltweit!“ und „Zivile Krisenprävention“ widmen. Die Arbeitsgruppen bereichern die Arbeit des Forums u.a. durch die Entwicklung von Positionspapieren.

Inhaltliche Schwerpunkte des Forums Eine Welt 2015/2016 waren der Stellenwert der Entwicklungspolitik für die deutsche G7-Präsidentschaft, die globalen Nachhaltigkeitsziele, die Ursachen und Lösungen zur Flüchtlingskrise im Nahen Osten sowie die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Partnerländern in Asien, Afrika und der Karibik. Hierbei stand insbesondere die Frage der Auswirkungen dieser Abkommen auf die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in den Partnerstaaten im Mittelpunkt.

LEITUNG

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Stellvertreterinnen und Stellvertreter
Dr. Reinhard Hermle
Dr. Bärbel Kofler
Niels Annen
Bärbel Dieckmann

GESPRÄCHSKREIS JUGEND

Der Gesprächskreis Jugend hat sich vor dem Hintergrund der SPD-Regierungsbeteiligung als ein Ort der Vernetzung verstanden, wo das Regierungshandeln begleitet und Ideen und Projekte über die laufende Legislaturperiode hinaus entwickelt wurden.

Auf der Grundlage des jugendpolitischen Grundsatzbeschlusses des SPD-Parteikonventes 2012 „Mit einer eigenständigen Jugendpolitik Freiräume schaffen, Chancen eröffnen, Rückhalt geben“ setzte der Gesprächskreis Jugend im Jahr 2015 seine konzeptionelle Arbeit zum Thema „Zeitautonomie für Jugendliche“ fort. Er griff damit den gesellschaftlichen Trend zu mehr verplanter Zeit im Tagesablauf junger Menschen auf und beteiligte sich an den entsprechenden Diskursen in den Jugendverbänden.

Der Gesprächskreis erarbeitete den Antrag „Mehr Zeitautonomie für junge Menschen schaffen – Engagement ermöglichen“, der im Dezember 2015 als Antrag des Parteivorstandes vom ordentlichen Bundesparteitag beschlossen wurde. Dazu hat der Gesprächskreis zwei Anhörungen mit Expertinnen und Experten zu den inhaltlichen Schwerpunkten Schule, Hochschule, Ausbildung, Freiwilligendienste und Berufseinstieg veranstaltet. Daneben gab es drei weitere Arbeitssitzungen unter anderem mit Bundesjugendministerin Manuela Schwesig und SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi.

Auf der Grundlage dieses Beschlusses beteiligte sich der Gesprächskreis 2016 an der Programmarbeit der Perspektivarbeitsgruppen und erarbeitete in drei Sitzungen Impulspapiere. Die Papiere flossen – in Form eines Unterkapitels „Politik für junge Menschen“ – in das Regierungsprogramm 2017 ein. Im Zentrum standen dabei die Forderungen nach mehr zeitlichen Freiräumen für Jugendliche, nach einer Flexibilisierung des Bafög z. B. für Teilzeitstudien und einer Absenkung des Wahlalters bei Bundestags- und Europawahlen auf 16 Jahre, um junge Menschen politisch besser zu beteiligen.

Über die Programmarbeit hinaus standen 2016 die jugendpolitischen Herausforderungen aufgrund des Zuzuges junger Flüchtlinge im Fokus des Gesprächskreises. Dazu fand im Juli 2016 ein Workshop mit Vertretern des Deutschen Jugendinstituts im Willy-Brandt-Haus statt, die den Forschungsstand präsentierten und erste politische Handlungsstrategien zur Diskussion stellten.

MITGLIEDER DES GESPRÄCHSKREISES JUGEND

Leitung
Sascha Vogt

Mitgliederliste
(Stand Mai 2017)
Yusuf As DIDF-Jugend
Janina Bauke Ringe deutscher Pfadfinderinnen- und Pfadfinderverbände
Julia Böhnke DGB, Abteilung Jugend und Jugendpolitik
Norbert Born SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, jugendpol. Sprecher
Daniel Choinovski Jusos, kommissarisch Geschäftsführer
Manuela Conte DGB, Abteilungsleiterin Jugend und Jugendpolitik, Bundesjugendsekretärin
Janina Fiehn BDAJ, Bundesgeschäftsführerin Bund der Alevitische Jugend in Deutschland
Immacolata Glosemeyer SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen, jugendpol. Sprecherin
Lisa GnadlSPD-Landtagsfraktion Hessen, jugendpol. Sprecherin
Stephan Groschwitz Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V., Jugendpolitiker
Thomas Günther SPD-Landtagsfraktion Brandenburg, jugendpol. Sprecher
Jana Herrmann Bundesvorsitzende der SJD - Die Falken
Henning Homann SPD-Landtagsfraktion Sachsen, jugendpol. Sprecher
Ruken Ince BDAJ, Generalsekretärin Bund der Alevitische Jugend in Deutschland
Wolfgang Jörg SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, jugendpol. Sprecher
Rebekka Kemmler-Mueller Deutsche Sportjugend, Referentin Jugendpolitik/Hauptstadtbüro,
Andreas Kenner SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, jugendpol. Sprecher
Peter Klausch Geschäftsführer AGJ (Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe)
Alma Kleen Bundesvorsitzende der SJD - Die Falken
Tobias Köck DBJR Vorstand - stellv. Vorsitzender / Solidaritätsjugend
Melanie Kühnemann SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin, jugendpol. Sprecherin
Diana Lehmann SPD-Landtagsfraktion Thüringen, jugendpolitische Sprecherin
Yvonne Lehmann FES, Referentin Forum Politik und Gesellschaft
Uwe Lohmann SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg, jugendpol. Sprecher
Lisi Maier BDKJ und Vorsitzende der Bundesjugendrings
Caren Marks Parl. Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Dennis Mayer Soli Jugend - Solidaritätsjugend Deutschlands, Bundesvorsitzender
Dennis Melsa Naturfreundejugend Deutschlands, Bundesgeschäftsführer
Klaus Möhle SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, jugendpol. Sprecher
Ralf Mucha SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, jugendpol. Sprecher
Armin Pullen Johanniter Jugend, Bundesjugendleiter
Carola Reimann Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Sönke Rix SPD-Bundestagsfraktion, jugendpol. Sprecher
Marc Ruland SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, jugendpol. Sprecher
Stefan Schwartze MdB, AG FSFJ, Berichterstatter Jugendpolitik
Jan Sörnsen AWO Bundesjugendwerk, Geschäftsführer
Svenja Stadler SPD-Bundestagsfraktion, Sprecherin bürgersch. Engagement und Mitglied AG FSFJ
Klaus Theissen AWO-Bundesverband, Leiter Abteilung Kinder, Jugend, Familie
Mia Thiel Juso-Hochschulgruppen, Mitglied im Bundesvorstand
Sebastian Thul SPD-Landtagsfraktion Saarland, jugendpol. Sprecher
Josephin Tischner Bundesvorsitzende der SJD - Die Falken
Johanna Uekermann Jusos, Bundesvorsitzende
Sascha Vogt Mitglied des SPD-Parteivorstandes
Tobias von Pein SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, jugendpol. Sprecher
Miriam Wolters Deutsche Schreberjugend, stellv. Vorsitzende

GESPRÄCHSKREIS MENSCHENRECHTE

Im Gesprächskreis Menschenrechte treffen sich regelmäßig die relevanten Akteure der Menschenrechtspolitik aus Bundestag, Landesparlamenten, Ministerien, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Gewerkschaften, Kirchen und der Wissenschaft, um Menschenrechtsthemen zu diskutieren, Handlungsbedarfe zu identifizieren und Lösungsansätze aufzuzeigen.

Der Gesprächskreis bearbeitete auch im Zeitraum 2015 bis 2016 eine große Bandbreite an Fragen der Menschenrechtspolitik. Dabei standen Themen auf der Tagesordnung wie die Menschenrechtsverletzungen bei der Organisation von Großveranstaltungen im Spitzensport (z. B. Fußball-WM in Katar), unmenschliche Arbeitsbedingungen in der globalisierten Textilindustrie oder der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte im Lichte der Frage der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von Unternehmen. Vertiefend diskutierte der Gesprächskreis auch das „Racial Profiling“ und den Stellenwert menschenrechtlicher Aspekte in der polizeilichen Arbeit. Vor dem Hintergrund der Bundestagswahl 2017 arbeitete der Gesprächskreis an der Erstellung des Regierungsprogramms und den Passagen zur Menschenrechtspolitik mit.

MITGLIEDER DES GESPRÄCHSKREIS MENSCHENRECHTE

Leitung
Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin

Stellvertreter
Christoph Strässer MdB, ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe

INITIATIVE ZUR STEIGERUNG DER WAHLBETEILIGUNG BZW. „DEMOKRATIE STÄRKEN“

„DEMOKRATIE STÄRKEN“

Die seit langem z.T. dramatisch schwachen Wahlbeteiligungen (auf Landesebene schon unter 50 Prozent, bei vielen Kommunalwahlen noch weit schwächer) und die unterschiedliche Wahlbeteiligung der sozialen Schichten werfen die Frage nach der Legitimation der politischen Repräsentation auf. Zahlreiche Studien zeigen: Je schwieriger die Lebensverhältnisse in einem Wahlbezirk sind, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Auch ein geringeres Bildungsniveau verstärkt Wahlenthaltung. Die sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland geht mit einer sozialen Spaltung der Wählerschaft einher. Auch die ungleiche Repräsentation der Geschlechter ist ein Anachronismus, der zu überwinden ist. Und nicht zuletzt gewinnt angesichts hoher Zuwandererzahlen auch die Frage nach der Integration in unser demokratisches System an Bedeutung.

Die SPD hat sich als erste Partei in Deutschland ernsthaft dem Problem gestellt. Nach der Landtagswahl in Sachsen 2014 ergriff der Parteivorstand im September 2014 die Initiative. Die Arbeitsgruppe „Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung“ unter Leitung der Generalsekretärin Yasmin Fahimi und dem stellv. Parteivorsitzenden Ralf Stegner wertete die Forschungslage aus und holte Gutachten ein. Hierüber diskutierte die Arbeitsgruppe mit Praktikern aus Ländern und Kommunen sowie mit Initiativen außerhalb der Partei. Was viele nicht für möglich hielten, gelang: Die SPD holte die Generalsekretärinnen und -sekretäre der im Bundestag vertretenen Parteien (und der FDP) an einen Tisch und vereinbarte einen gemeinsamen Arbeitsprozess. Die parteinahen Stiftungen organisierten 2016 parallel dazu gemeinsame Veranstaltungen und erarbeiteten einen gemeinsamen Abschlussbericht.

Der Parteivorstand legte zudem einen Antrag unter dem Titel: „Unsere Demokratie stärken – mehr Transparenz, mehr Profil, mehr Mitentscheidung, mehr Wahlbeteiligung“ vor, der vom Berliner SPD-Bundesparteitag am 11. Dezember 2015 einstimmig beschlossen wurde. Auf Basis einer kritischen Analyse führt der Antrag einen umfangreichen Katalog mit Ideen und Vorschlägen zur Stärkung der Demokratie auf.

Die SPD will bürokratische Hürden abbauen, den Wahlakt so unkompliziert wie möglich machen und das Wählen in den Alltag der Menschen zurückholen. Ein erster Schritt besteht in mehr Information, mehr Motivation und mehr Akzeptanz. Dazu gehören auch ein besserer Service der Verwaltungen und eine verstärkte politische Bildung. In einem zweiten Schritt müssen Hürden abgesenkt und die Stimmabgabe erleichtert werden. Die Briefwahl kann dabei aus verfassungsrechtlichen Gründen nur noch begrenzt erweitert werden. Deshalb schlägt der Parteivorstand (in Gutachten geprüft) die zeitliche Ausweitung der Stimmabgabemöglichkeit an einem Wahlwochenende und den Einsatz mobiler Wahlstationen vor. Letzteres soll gerade auch älteren Menschen, Kranken bzw. Menschen mit Einschränkungen die Stimmabgabe massiv erleichtern. In einem dritten Schritt will die SPD die Partizipationsmöglichkeiten erweitern und im Grundgesetz das Verfahren von Volksbegehren und Volksabstimmungen neu regeln.

Eine Debatte über Instrumente allein wird freilich dem Anspruch an eine gute demokratische Kultur nicht gerecht. Auch die Politik muss selbstkritisch Fehler analysieren und Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Die SPD mit ihrer über 150-jährigen demokratischen Tradition geht dabei voran.

Mit den Wahlerfolgen der Rechtspopulisten stieg die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 2016 wieder, denn Mobilisierung und Gegenmobilisierung im Hinblick auf die AfD führten zu einer gesteigerten Politisierung der Wählerschaft.

Die AG arbeitete deshalb auch nach dem Wechsel im Amt der SPD-Generalsekretärin zu Katarina Barley unter dem Titel: „Demokratie stärken“ weiter. Um Möglichkeiten eines wählerfreundlicheren Wahlrechtes zu prüfen, beriet die Initiative ein Gutachten von Prof. Hans-Peter Schneider, das er im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitet hatte: „Mobile Frühwahl auf kommunaler Ebene“. Ergebnisse der Beratungen sollten in die parlamentarische Gesetzgebung auf Landesebene eingebracht werden (u.a. in Schleswig-Holstein).

Der Fokus der Arbeit umfasste auch die Auseinandersetzung mit Strategien zum Umgang mit dem Rechtspopulismus in Gesellschaft und Parlamenten. Gemeinsam mit der SPD-Grundwertekommission begann die Initiative zudem eine Debatte über das Verhältnis von parlamentarischer Demokratie zu plebiszitären Verfahren.

MITGLIEDER DER AG „INITIATIVE ZUR STEIGERUNG DER WAHLBETEILIGUNG“ BZW. „DEMOKRATIE STÄRKEN“

Dr. Katarina Barley, Generalsekretärin der SPD
Frederik Beck, SPD-Parteivorstand
Immanuel Benz, Die Falken, Bundesvorsitzender
Nancy Böhning, SPD-Parteivorstand
Daniel Choinovski, Juso-Bundesbüro
Dr. Stefanie Elies, beratendes Mitglied, Friedrich-Ebert-Stiftung
Prof. Dr. Thorsten Faas, beratendes Mitglied, Professor für Politikwissenschaft im Bereich “Empirische Politikforschung” an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Yasmin Fahimi, Generalsekretärin der SPD
Dr. Gunilla Fincke, SPD-Parteivorstand
Karl Finke, AG Selbst Aktiv
Saskia Freiesleben, SPD-Parteivorstand
Angelika Graf, AG 60plus
Christine Lambrecht, MdB, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion
Julia Maas, Jusos
Volker Norbisrath, SPD-Parteivorstand
Dr. Alexander Petring, SPD-Parteivorstand
Maike Rocker, SPD-Parteivorstand
Manuela Söller-Winkler, beratendes Mitglied, Staatssekretärin im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten Schleswig-Holstein
Sabine Sprywald, SPD-Bundestagsfraktion
Dr. Ralf Stegner, MdL, stellv. SPD-Parteivorsitzender, SPD-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein
Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer der Bundes-SGK
André Stinka, Generalsekretär der SPD in NRW
Josephin Tischner, Die Falken, Bundesvorsitzende
Dr. Frank Wilhelmy, SPD-Parteivorstand
Jessika Wischmeier, SPD-Parteivorstand

GEWERKSCHAFTSRAT

Im Berichtszeitraum fanden vier Sitzungen des Gewerkschaftsrates statt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die aktuelle politische Lage, die Flüchtlingskrise und die Bekämpfung von Fluchtursachen sowie der erstarkende Rechtspopulismus in Deutschland und Europa.

Außerdem entwickelte der Gewerkschaftsrat gemeinsame Positionen zur Sozial- und Gesellschaftspolitik. Die Steuer- und Finanzpolitik sowie Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada nahmen ebenfalls einen breiten Raum in der Debatte ein. Dabei war und ist die Arbeitsatmosphäre im Gewerkschaftsrat von großem Vertrauen und großer Offenheit geprägt.

SENIORENRAT DER SPD

Die Aufgabe des Seniorenrats der SPD ist es seit seiner Gründung im Jahr 1974 die Mitglieder der Parteiführung beratend zu begleiten. Daneben werden auch immer wieder Gäste zu den Sitzungen des Seniorenrats eingeladen, die über aktuelle Entwicklungen in Politik und Partei berichten können.

Die Beratungen des Seniorenrats und deren Ergebnisse sind nicht öffentlich. Allerdings versucht der Seniorenrat dort, wo es notwendig scheint, Einfluss auf bestimmte Themen zu nehmen.

Ein Beispiel dafür ist das bereits vor längerer Zeit vom Seniorenrat aufgegriffenen Thema „Altersgrenzen jenseits der Berufstätigkeit". Nach intensiven Diskussionen mit Petra Crone MdB, mit Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, und im Austausch mit dem Ministerium der damaligen Ministerin Manuela Schwesig ist es schließlich gelungen, das Thema als grundsätzliche Forderung im Programm der SPD für die Bundestagwahl 2017 zu verankern.

Darüber hinaus hat der Seniorenrat aber auch immer wieder das Gespräch mit Vertretern von Partei, Regierung und Fraktion zu weiteren Themen gesucht.

So kam es im März 2015 zum Thema „Vertrauen in der Krise – die Außenpolitik der SPD" zu einer Diskussion mit Rolf Mützenich MdB, zweifellos einem der versiertesten Außenpolitiker unserer Partei. Im September 2015 traf der Seniorenrat mit der Generalsekretärin Yasmin Fahimi zusammen, im April des Folgejahres kam es zu einem kurzen Treffen mit ihrer Nachfolgerin Katarina Barley. In beiden Gesprächen waren die wesentlichen Themen die Lage der Partei, aber auch die Planungen für die Bundestagswahl des Jahres 2017. Ebenfalls im April des Jahres 2016 fand eine spannende Diskussion zum Thema „Ist Europapolitik nur noch Krisenpolitik?" mit Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt, statt. Ihre Zusage zu einem längeren Austausch mit dem Seniorenrat löste Katarina Barley dann im Oktober 2016 ein.

MITGLIEDER DES SENIORENRATS

Vorsitzende
Ilse Brusis

Stellv. Vorsitzende
Wilma Simon
Herbert Ehrenberg

Mitglieder
Christine Bergmann
Anke Brunn
Hans Eichel
Irene Ellenberger
Anke Fuchs
Rose Götte
Otto Graeber
Klaus Hänsch
Karin Junker
Sigrid Keler
Bruno Köbele
Walter Kolbow
Gerd Kompe
Gerlinde Kuppe
Ernst Gottfried Mahrenholz
Ulrike Mascher
Ingrid Matthäus-Maier
Heidi Merk
Christa Randzio Plath
Herbert Schmalstieg
Jürgen Schmude
Herbert Schnoor
Peter Seifert
Ludwig Stiegler
Manfred Stolpe
Wolfgang Thierse
Beate Weber-Schuerholz
Cornelius Weiss
Rolf Wernstedt
Inge Wettig-Danielmeier
Norbert Wieczorek
Dieter Wiefelspütz

Im Berichtszeitraum verstorbene Mitglieder
Helga Timm, gest. 6. Dezember 2014
Antje Huber, gest.30. September 2015
Anke Martiny, gest. 22. Januar 2016
Gerda Linde, gest. 20. Mai 2016

KOMMUNAL-BEIRAT

Im Kommunalbeirat der SPD erörtert die SPD-Spitze mit ehren- und hauptamtlichen SPD-Kommunalpolitikerinnen und -politikern aus den Führungsgremien der kommunalen Spitzenverbände und der Bundes-SGK kommunalpolitische Initiativen und trifft Verabredungen über die entsprechende Positionierung der SPD. Im Berichtszeitraum tagte der Kommunalbeirat zweimal.

In seiner Sitzung am 6. November 2015 widmete sich der Kommunalbeirat ausführlich der Entwicklung der Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen und besprach die Situation vor Ort in den Städten, Gemeinden und Kreisen. Der Kommunalbeirat war sich einig, dass über die im September 2015 zwischen Bund und Ländern verabredeten Maßnahmen eine weitere Unterstützung der Kommunen bei Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen notwendig sei.

Auch in der Sitzung am 14. November 2016 spielte das Thema Zuwanderung und Integration eine große Rolle. Außerdem diskutierte der Beirat die Bund-Länder-Vereinbarungen vom Oktober 2016 sowie das Bundesteilhabegesetz und das Pflegestärkungsgesetz III. Der Kommunalbeirat wies dabei darauf hin, dass durch Leistungsverbesserungen und -ausweitungen im Bundesteilhabegesetz erhebliche Mehrkosten für die Träger der Eingliederungshilfe zu erwarten seien. Hier sei eine Evaluation notwendig, um die tatsächlichen Kostensteigerungen nach Inkrafttreten zu ermitteln und um strukturelle Mehrbelastungen durch eine Revisionsklausel dem Bund zuordnen zu können.

MITGLIEDER DES SPD-KOMMUNALBEIRATES *(STAND: 31.12.2016)*

Vorsitzender
Sigmar Gabriel, MdB (Vorsitzender der SPD, Vizekanzler, Bundesminister für Wirtschaft und Energie)

Mitglieder
Burkhard Albers (Landrat des Landkreises Rheingau-Taunus, Stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK, Vorsitzender der SGK Hessen)
Frank Baranowski (Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Vorsitzender der Bundes-SGK, Vorsitzender der SGK Nordrhein-Westfalen)
Dr. Katarina Barley, MdB (Generalsekretärin der SPD)
Sören Bartol, MdB (stellv. Fraktionsvorsitzender, SPD-Bundestagsfraktion)
Thomas Beyer (stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK, Bürgermeister der Hansestadt Wismar, Vorsitzender der SGK Mecklenburg-Vorpommern)
Karl-Ludwig Böttcher (Sprecher der SPD-Gruppen im Deutschen Städte- und Gemeindebund, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebund Brandenburg)
Rolf Christiansen (Landrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim, Vizepräsident des Deutschen Landkreistages)
Bernhard Daldrup, MdB (kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion)
Helmut Dedy (Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages)
Michael Ebling (Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz, stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK, Vorsitzender der SGK Rheinland-Pfalz, Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen)
Jörg Freese (Beigeordneter des Deutschen Landkreistages)
Bertram Hilgen (Oberbürgermeister der Stadt Kassel, Sprecher der SPD-Gruppe im Deutschen Städtetag)
Barbara Ludwig (Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz)
Dr. Ulrich Maly (Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Vizepräsident des Deutschen Städtetages)
Michael Müller (Regierender Bürgermeister von Berlin)
Silvia Nieber (Bürgermeisterin der Hansestadt Stade, stellv. Vorsitzende der Bundes-SGK)
Thomas Oppermann, MdB (Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion)
Bernhard Reuter (Landrat des Landkreises Göttingen, Vizepräsident des Deutschen Landkreistages)
Annette Sawade, MdB (Vorsitzende des Unterausschusses Kommunales der SPD-Bundestagsfraktion, stellv. Vorsitzende der Bundes-SGK, stellv. Vorsitzende der SGK Baden-Württemberg)
Roland Schäfer (Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes)
Manfred Schaub (Bürgermeister der Stadt Baunatal)
Carsten Schneider, MdB (stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion)
Dr. Manfred Sternberg (Geschäftsführer der Bundes-SGK)
Uwe Zimmermann (stellv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes)

INTERNATIONALER WILLY-BRANDT-PREIS 2015

Der Internationale Willy-Brandt-Preis wurde 2015 zum vierten Mal verliehen. Preisträgerin war die ungarische Philosophin und Kämpferin gegen Antisemitismus und Rassismus Ágnes Heller. Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel ehrte Ágnes Heller für ihren lebenslangen Kampf gegen den „braunen und schließlich den roten Terror". Freiheit und Humanismus, Demokratie und Moralität haben ihr Leben eindrücklich geprägt, was sie mit dem Namenspatron des Preises, Willy Brandt, verbindet.

Willy-Brandt-Preisträgerin Ágnes Heller (M.), SPD-Chef Sigmar Gabriel (l.) und der Jury-Vorsitzende Julian Nida-Rümelin; © Dominik Butzmann

Den Sonderpreis für besonderen politischen Mut erhielt die Mitarbeiterin des NSA-Whistleblowers Edward Snowden, die britische Journalistin Sarah Harrison. Sie hat mit ihrem Engagement für WikiLeaks und speziell durch ihre journalistische Begleitung von Edward Snowden großen politischen Mut bewiesen. Ihr Wirken steht exemplarisch für das Streben nach Transparenz und den Einsatz gegen ausufernde Überwachung.

Der Internationale Willy-Brandt-Preis wird jährlich an herausragende Persönlichkeiten und Organisationen verliehen, die sich im Sinne des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers, Friedensnobelpreisträgers und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in besonderer Weise für Verständigung und Frieden verdient gemacht haben. Der Preis ist mit 25.000 Euro dotiert und wurde anlässlich des 40. Jahrestags von Willy Brandts Kniefall in Warschau ins Leben gerufen.

WILHELM-DRÖSCHER-PREIS 2015

Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2015 in Leipzig präsentierten sich 32 Projekte in den Kategorien:

- Demokratie verwirklichen
- Miteinander leben
- Beteiligung von Frauen in Politik und Gesellschaft stärken
- Zukunft braucht die Lehren aus der Geschichte

Zum Abschluss des Parteitages verliehen die Vorsitzende des Kuratoriums Heidemarie Wieczorek-Zeul und die Söhne von Willem Dröscher, Peter Wilhelm Dröscher und Prof. Dr. Michael Dröscher den 1. Preis an das Projekt „Junges Bündnis für Geflüchtete". Das Bündnis wurde auf Mitinitiative der Jungsozialisten im Herbst 2014 in München als ehrenamtlicher Helferkreis für Flüchtlinge gegründet. Es ist ein Zusammenschluss verschiedener politischer, kirchlicher und gewerkschaftlicher Jugendorganisationen mit dem Ziel, die Lebensbedingungen für Geflüchtete zu verbessern.

Der Wilhelm-Dröscher-Preis wurde erstmals auf dem Parteitag 1982 verliehen. Er erinnert an den 1977 während eines Bundesparteitages in Hamburg verstorbenen Wilhelm-Dröscher, dessen Namen in besonderer Weise für bürgernahe Arbeit der SPD steht. Wilhelm Dröscher war bekannt als der „gute Mensch von Kirn", der stets für seine Mitmenschen zu sprechen war. Er war Amtsbürgermeister, Abgeordneter des rheinland-pfälzischen Landtages und des Bundestages, Schatzmeister und Präsident der Europäischen Sozialisten.

Der Wilhelm-Dröscher-Preis wird an den ordentlichen Bundesparteitagen von einem Kuratorium des Parteivorstandes an herausragende vorbildliche Aktionen und Projekte von Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und sonstigen sozialdemokratischen Initiativen vergeben.

Preisverleihung des Wilhelm-Dröscher-Preises 2015; © Cynthia Rühmekorf

KURATORIUM FÜR DEN WILHELM-DRÖSCHER-PREIS 2015:

Vorsitzende
Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin a. D.

Stimmberechtigte Mitglieder
Yasmin Fahimi, Generalsekretärin der SPD
Peter Wilhelm Dröscher,
Prof. Dr. Michael Dröscher
Dr. Gerlinde Kuppe
Thomas Krüger
Elfriede Marx
Loke Mernizka
Marie-Christine Reinert
Dr. Karsten Rudolph
Rainer Strang
Helga Ziemann

GUSTAV-HEINEMANN-BÜRGERPREIS

„Nur wer bekennt, findet den, der mit ihm bekennt. Nur wer Bürgermut lebt, macht andere Bürger lebendig."
(Weihnachtsansprache von Bundespräsident Gustav Heinemann 1971)

In Andenken an das Lebenswerk des ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten (1969-1974) stiftete der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis und verleiht ihn seit 1977 jährlich möglichst in zeitlicher Nähe zum 23. Mai, dem Tag der Verkündigung des Grundgesetzes.

Der Preis wird an Personen, Gruppen oder Organisationen verliehen, die sich im Sinne Heinemanns um Deutschland und die Gesellschaft verdient gemacht haben und für Demokratie eintreten. Mit der Verleihung des Preises sollen Menschen ermutigt werden, die von Gustav W. Heinemann vorgelebten Bürgertugenden zu verwirklichen, den Ansprüchen des Grundgesetzes gerecht zu werden und durch ihre Haltungen und Handlungen mehr eigenverantwortliche Mitwirkung und Mitbestimmung in unserem Staat wagen.

2015 und 2016 standen wieder zwei Initiativen als Preisträger im Mittelpunkt, die sich dem Thema Demokratie und Engagement gegen Rechts verpflichtet fühlen.

PREISTRÄGER 2015: „NETZWERK FÜR DEMOKRATIE UND COURAGE"

Preisträger 2015 war das „Netzwerk für Demokratie und Courage" (NDC), das bundesweit in 12 Ländern unterwegs ist. Das Netzwerk verbindet das Engagement für Demokratie und Courage in geradezu vorbildlicher Weise. Impuls war die wachsende Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen, die bei ihnen spürbare Gewaltbereitschaft, Intoleranz und die Bereitschaft zu Diskriminierung. Aber vor allem beunruhigten die Initiatoren das oft geringe demokratische Engagement junger Menschen.

Seit seinem Bestehen klärt das NDC junge Menschen und inzwischen auch viele Erwachsene über Rassismus und andere Diskriminierungsformen auf, es legt die Folgen für Betroffene von Diskriminierung offen und motiviert, Zivilcourage zu zeigen.

PREISTRÄGER 2016: AKTIONSNETZWERK „LEIPZIG NIMMT PLATZ"

Das Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz" steht für ein streitbares, mutiges und unermüdliches Engagement für die Demokratie. Seine Aktionen, Veranstaltungen und Aktivitäten zeigen die Lebendigkeit zivilgesellschaftlicher Kräfte. Die Aktivitäten des Netzwerks richteten sich von Anfang an gegen Rechts. Dabei kooperierte das Netzwerk mit vielen Bündnissen und Initiativen in Sachsen und bot diesen in vielfältiger Form rat und Unterstützung an – zum Beispiel gegen antidemokratische, nazistische und rassistische Initiativen und Bewegungen. Im Zuge des aufkommenden Rechtspopulismus förderte das Netzwerk auch Aktivitäten für die Vielfalt von Kulturen und Religionen und für eine bessere Integration. „Leipzig nimmt Platz" ist eine der besten Initiativen gegen antidemokratische, nazistische und rassistische Bewegungen.

ABSTIMMUNG IM NETZ

Seit der Preisverleihung 2011 wird über die Preisverleihung in einer Internet-Abstimmung entschieden. Zuerst trifft das Kuratorium eine Vorauswahl, die dann zur Abstimmung gestellt wird. Das Projekt, das im Internet die meisten Stimmen bekommt, erhält den Preis.

Verleihung 2016:
Mitglieder und Vorstand des „Aktionsnetzwerk Leipzig nimmt Platz" mit Henning Scherf, Vorsitzender des Kuratoriums (6. V. l.), Christina Rau, Mitglied im Kuratorium des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises (5. V. l.) und Thorsten Schäfer-Gümbel, stv. SPD-Vorsitzender und Laudator (3. V. l.); © Thomas Imo/ photothek.net

KURATORIUM „GUSTAV-HEINEMANN-BÜRGERPREIS"

Vorsitzender
Dr. Henning Scherf

Mitglieder
Nils Annen (MdB und ehemaliger Bundesvorsitzender der Jusos)
Prof. Dr. Helga Grebing (†)
Dr. Peter Heinemann (Sohn von Gustav Heinemann)
Barbara Hendricks (Schatzmeisterin der SPD a.D. und MdB)
Christina Rau (Enkelin von Gustav Heinemann)
Prof. Dr. Karsten Rudolph
Andre Schmitz (Sts. a.D. Berlin)
Inge Wettig-Danielmeier (Schatzmeisterin der SPD a.D., MdB a.D.)
Prof. Dr. Manfred Wichelhaus (Schwiegersohn von Gustav Heinemann)
Brigitte Zypries (Parl. Staatssekretärin und MdB)
Hermann Zimmermann, Geschäftsführer des Kuratoriums

REGINE-HILDEBRANDT-PREIS

2015

Im Jahr 2015 wurde erstmalig vom SPD-Parteivorstand ein Regine-Hildebrandt-Ehrenpreis verliehen. Dieser ging an Manfred Stolpe. Manuela Schwesig, Vorsitzende der Jury, begründete die Vergabe eines Ehrenpreises im 25. Jahr der Deutschen Einheit mit Manfred Stolpes Verdiensten beim Zusammenwachsen beider Deutschen Staaten. Das Preisgeld in Höhe von 20.000 Euro ging aufgrund der aktuellen politischen Situation direkt in Projekte der Flüchtlingshilfe über mehrere Bundesländer verteilt.

2016

Im Jahr 2016 jährte sich die Preisvergabe zum 15. Mal. Manuela Schwesig und Heiko Maas überreichten die Preise in diesem Jahr an den Verein „KIDS & CO" aus Berlin, den Verein „Afghanische Frauen in München" und den Verein „Arbeit und Dritte Welt" aus Hildesheim. Die Preisträger des diesjährigen Wettbewerbes Jugend musiziert des Landes Berlin Kunibert Rudolph (15 Jahre, Baritonsaxophon), Rosali Rudolph (12 Jahre, Sopransaxophon), Lucilla Rudolph (9 Jahre, Jazzklarinette) begeisterten das Publikum mit ihrem Können.

Die Preisträgerinnen und Preisträger 2016

Manuela Schwesig

BERICHTE DER LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE

SCHLESWIG-HOSTEIN

SPD

LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN
STARK IM NORDEN.

VERSPROCHEN. GEHALTEN.
Seit 2012 hat die SPD in Schleswig-Holstein gemeinsam mit Ministerpräsident Torsten Albig einen klaren Politikwechsel durchgesetzt. Seitdem wurden Meilensteine auf dem Weg zu einem gerechten Bildungssystem und mehr Chancengleichheit erreicht. Viele wegweisende Entscheidungen werden weit in die Zukunft reichen. Dazu gehört die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, eine beispielhafte menschliche Flüchtlingspolitik, das Vorantreiben der Energiewende, die Verbesserung der Unterrichtsversorgung, Investitionen in Schulen, Krankenhäuser, Straßen, schnelles Internet und der seit fünf Jahrzehnten erstmals erreichte Abbau von Schulden.

Ministerpräsident Torsten Albig auf dem Landesparteitag
© SPD Schleswig-Holstein

WAHLKAMPFVORBEREITUNG FÜR 2017
Die Jahre 2015 und 2016 standen im Zeichen der Vorbereitungen für die Wahlkämpfe in Land und Bund. Folgende fünf Prinzipien hat die SPD Schleswig-Holstein dabei entwickelt:

- Unser Wahlkampf findet auf der Hauptstraße der sozialen Gerechtigkeit statt.
- Wir behandeln die Alltagsthemen der Menschen in den Bereichen Arbeitswelt, Bildung, Familienleben und Infrastruktur.
- Wir wollen enttäuschte Nichtwählerinnen und Nichtwähler zurückgewinnen.
- Wir werden unser Profil als Gerechtigkeitspartei schärfen, um die Unterschiede zwischen SPD und CDU klar herauszuarbeiten.
- Wir wollen die vielen Jung- und Erstwählerinnen und -wähler mit einem eigenständigen Jungendwahlkampf für uns gewinnen.

GERECHTIGKEITSPOLITIK
Der Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein hatte 2015 ein Papier mit dem Titel „Die Zeit ist reif. Mehr Gerechtigkeit wagen“ beschlossen. Die Diskussion darüber erzeugte überregionale Aufmerksamkeit. Die Schwerpunkte, die auf dem Landesparteitag im April 2016 beschlossen wurde, prägten die Programmdebatte der SPD für die Bundestagswahl 2017.

TEAMENTWICKLUNG IM HAUPTAMT
In einem großen Projekt füllte die SPD Schleswig-Holstein die sozialdemokratische Formel „Gute Arbeit“ mit Leben. Die erste Säule des Projekts widmete sich der Teamentwicklung in der SPD-Landesgeschäftsstelle in Kiel. Die zweite Säule galt den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisgeschäftsstellen und setzte sich mit Fragen und Herausforderungen ihrer Arbeit auseinander. Die dritte Säule richtete sich an unsere Teams vor Ort, die aus den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie ihren ehrenamtlichen Vorständen bestehen.

Gemeinsame Workshops boten Reflexionsmöglichkeiten und gaben praktische Unterstützung bei der Bewältigung des politischen Management- und Führungsalltags. Die Erkenntnisse und Erfahrungen, die die Hauptamtlichen im Rahmen der Teamentwicklung gewannen, helfen ihnen, die künftigen Herausforderungen miteinander besser zu meistern. Zusammengefasst wurden die Ergebnisse in einer Broschüre mit dem Titel „Gute Führung, Gute Arbeit“.

NACHWUCHSFÖRDERUNG
Der SPD-Landesvorstand brachte bereits 2015 ein Nachwuchsqualifizierungsprogramm auf den Weg, in dem fast 50 Nachwuchstalente für verschiedene Aufgaben in der Partei qualifiziert wurden. Vom Mentoringprogramm über das Projektmanagement bis zum Kampagnenmanagement wurden unterschiedlichste Bereiche abgedeckt. Von den sehr guten Ergebnissen profitierte der Landesverband schon 2018 bei der Kommunalwahl und wird sicher auch in den nächsten Jahrzehnten davon profitieren.

BEITRAGSKAMPAGNE „MEHR BEITRAG, MEHR SPD“
Im November 2016 führte die SPD Schleswig-Holstein mit Blick auf den Landtagswahlkampf eine Beitragskampagne durch. Das Ergebnis war sehr positiv: Fast die Hälfte der angerufenen Mitglieder erhöhten ihren Beitrag. Dies trägt nachhaltig zur Finanzierung der SPD Schleswig-Holstein bei.

TERMINE
2015

14./15. März	Ordentlicher Landesparteitag
7. April	Ortsvereins-Konferenz
26. April	Arbeitnehmer-Empfang
30. August	Verleihung des Willi-Piecyk-Preis
7. September	„Stegner trifft... Herfried Münkler“
19. September	Kongress zum Thema „Gerechtigkeit heute“ mit Martin Schulz
5. Oktober	„Stegner trifft... Heribert Prantl“
21. November	Schleswig-Holstein Konferenz
15. Dezember	Kommunale Bildungskonferenz

2016

24. Februar	„Stegner trifft... Jan Fleischhauer“
28. Februar	Gedenkveranstaltung für Olof Palme

8. März	Regionalkonferenz Süd zur Regierungsbilanz
9. März	Regionalkonferenz West zur Regierungsbilanz
10. März	Regionalkonferenz Ost zur Regierungsbilanz
23. April	Außerordentlicher Landesparteitag zum Gerechtigkeitspapier
29. April	Regionalkonferenz Süd zur Regierungsbilanz
31. Mai	„Stegner trifft… Gregor Gysi“
9. November	„Stegner trifft… Martin Schulz“
11. November	Landesparteitag zum Regierungsprogramm

PARTEITAGE

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 14./15. MÄRZ 2015 IN NEUMÜNSTER

Gäste
Sigmar Gabriel, Uwe Polkaehn, SPD-Mitglieder aus dem Ostseeraum
Themen
Vorstandswahl: Vorsitzender (81,9 Prozent) und weitere Vorstandsmitglieder gewählt.
Resolution zum Ukraine-Konflikt
Resolution für eine offene Gesellschaft

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 23. APRIL 2016 IN KIEL

Gäste
Björn Engholm, SPD-Mitglieder aus dem Ostseeraum
Themen
Gedenken an Egon Bahr und Helmut Schmidt
Beschluss des Gerechtigkeitspapiers des SPD-Landesvorstands

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 11. NOVEMBER 2016 IN NEUMÜNSTER

Gäste
Uwe Polkaehn, Irene Johns
Themen
Beschluss Regierungsprogramm Landtagswahl 2017

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS 2015-2017

Landesvorsitzender
Ralf Stegner

Stellvertretende Vorsitzende
Bettina Hagedorn
Christiane Küchenhof

Schatzmeister
Stefan Bolln

Beisitzerinnen und Beisitzer
Kristin Alheit
Serpil Midyatli
Birte Pauls
Nina Scheer
Mathias Stein
Dirk Diedrich
Alexander Wagner

Mitglieder des SPD-Landesvorstands; © SPD Schleswig-Holstein

MECKLENBURG-VORPOMMERN

SPD

LANDESVERBAND MECKLENBURG-VORPOMMERN

Der Berichtszeitraum war für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern vor allem durch den Landtagswahlkampf 2016 und dessen Vorbereitung geprägt. Schon frühzeitig war für den Landesvorstand klar, dass mit einer öffentlichen Beteiligung der Grundstein für den Wahlerfolg gelegt werden musste. Daher führte der Landesverband schon Anfang 2015 erste Bürger- und Mitgliederkonferenzen durch, deren Ergebnisse direkt in das Wahlprogramm einflossen.

WAHLEN

LANDTAGSWAHLEN

Bei den Landtagswahlen 2016 behauptete sich die SPD Mecklenburg-Vorpommern als stärkste Kraft und gewann in absoluten Zahlen 4.142 Stimmen hinzu. Mit Erwin Sellering stellte die SPD dazu erneut den Ministerpräsidenten. Aufgrund seiner Erkrankung legte er zum 4. Juli 2017 seine Ämter nieder. Manuela Schwesig folgte ihm in seinem Amt.

ERGEBNIS DER LANDTAGSWAHLEN *(IN PROZENT)*

SPD	30,6
AFD	20,8
CDU	19,0
Linke	13,2
Grüne	4,8
FDP	3,0
NDP	3,0
Sonstige	5,6

BÜRGERMEISTERWAHLEN

Zeitgleich zu der Landtagswahl 2016 wählten die Einwohner der Landeshauptstadt Schwerin ihren neuen Oberbürgermeister. Für die SPD forderte dabei der Mediziner Dr. Rico Badenschier die Amtsinhaberin Angelika Gramkow heraus und zwang sie in die Stichwahl. die er deutlich gewann. Damit wird die Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns wieder von einem Sozialdemokraten geführt.

Ebenfalls neu als Bürgermeisterin wurde Doreen Radelow in Neustadt-Glewe gewählt. Während des Berichtszeitraumes verteidigten Ute Lindenau (Lübtheen), Mathias Drese (Satow) und Stefan Kerth (Barth) die Bürgermeisterämter erfolgreich für die SPD.

WICHTIGE TERMINE

XIV. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 25./26 4.2015 IN GÄGELOW

Auf dem 15. ordentlichen Landesparteitag der SPD Mecklenburg-Vorpommern am 25. und 26. April 2015 in Gägelow wurde Erwin Sellering mit 80,2 Prozent wiedergewählt. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Manuela Schwesig, Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider und Christian Pegel gewählt. Komplettiert wurde der geschäftsführende Landesvorstand durch die Schatzmeisterin Iris Hoffmann:

Klares Zeichen des Landesparteitages: Flucht ist kein Verbrechen © SPD Mecklenburg-Vorpommern

PROGRAMMPROZESS LANDTAGSWAHL

Der SPD-Landesverband startete am 24. Januar 2015 mit der Vorbereitung zur Landtagswahl 2016. Im Fokus dieser Veranstaltung standen die Aufarbeitung der Kommunalwahlergebnisse 2014 und der gemeinsame Prozess zur Entwicklung des Wahlprogramms. Der Auftaktveranstaltung schlossen sich Konsultationen der Kreisverbände, Arbeitsgemeinschaften sowie der Landtagsfraktion an. Im Herbst 2015 stellte der Landesverband die Programmschwerpunkte auf drei Regionalkonferenzen in Neubrandenburg, Rostock und Stralsund Bürgerinnen und Bürgern sowie Vereinen und Verbänden zur Diskussion. Insgesamt folgten etwa 500 Personen der Einladung. Begleitet wurde dieser öffentliche Teil des Programmprozesses durch eine flächendeckend verteilte Postkarte, in der die Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen äußern konnten. In der Landesgeschäftsstelle gingen etwa 900 Antworten ein. Die Ergebnisse wurden gesichtet und flossen in das Wahlprogramm ein. In der letzten Phase trat Erwin Sellering auf

Erwin Sellering begrüßt die Teilnehmer zur Regionalkonferenz Rostock.; © SPD Mecklenburg-Vorpommern

acht öffentlichen Veranstaltungen auf und stellte den Bürgerinnen und Bürgern das Programm vor. Die breite Beteiligung von Parteibasis und Bürgerinnen und Bürgern wurde sehr positiv aufgenommen.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS

Landesvorsitzender
Erwin Sellering

Stellvertreterinnen und Stellvertreter
Manuela Schwesig
Ulrike Lehmann-Wandschneider
Christian Pegel

Schatzmeisterin
Iris Hoffmann

Beisitzerinnen und Beisitzer
Stefanie Drese
Tilo Gundlack
Jana Haak
Luisa Heide
Stefan Kerth
Daniel Meslien
Sonja Steffen
Stefan Sternberg
Bernd Woldtmann
Dagmar Kaselitz
Michael Stieber

HAMBURG

SPD

LANDESORGANISATION HAMBURG
ZUSAMMEN SCHAFFEN WIR DAS MODERNE HAMBURG.

BÜRGERSCHAFTSWAHL 2015

Im Januar 2015 startete die SPD Hamburg ihren Wahlkampf für die Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015. Unter dem Motto „Hamburg weiter vorn" galt es, die Hamburgerinnen und Hamburger erneut davon zu überzeugen, die SPD mit einem starken Mandat auszustatten. Im Mittelpunkt des Wahlkampfs standen die Themen Wohnungsbau, Kitaplätze und starke Wirtschaft. Mit Erfolg: Die SPD ging mit 45,6 % der Stimmen – mit fast 30 Prozentpunkten Abstand zur CDU – als stärkste Kraft aus der Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft hervor.

Vor allem im Wahlkampf ein bewährtes Format: Olaf Scholz im Gespräch; © SPD Hamburg

ERGEBNISSE DER BÜRGERSCHAFTSWAHL 2015 *(IN %)*

SPD	45,6
CDU	15,9
Grüne	12,3
Die Linke	8,5
FDP	7,4
Afd	6,1
Sonstige	4,2

REGIERUNGSBILDUNG / KOALITIONSVERTRAG

Wie im Wahlkampf angekündigt, nahm die SPD kurz nach der Wahl Gespräche mit den Hamburger Grünen auf. Diese mündeten schnell in konkrete Koalitionsverhandlungen, deren Ergebnis der Koalitionsvertrag mit dem Titel „Zusammen schaffen wir das moderne Hamburg" war. Nach Beschluss der Landesmitgliederversammlung der Grünen vom 12. April 2015 und des SPD-Landesparteitags vom 14. April 2015 bildet dieser Koalitionsvertrag die Grundlage für das Regierungshandeln der aktuellen Regierungsperiode.
Am 15. April 2015 wurde Olaf Scholz erneut als Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg vereidigt.

Zu den Zielen des SPD-geführten Senats gehört seit 2011 die Förderung der Elektromobilität – ein Feld, auf dem Hamburg inzwischen bundesweit Vorreiter ist. Dieses Ziel hat sich auch die SPD Landesorganisation zu eigen gemacht, Benzin- und Dieselfahrzeuge abgeschafft und komplett auf Elektromobilität umgestellt. Die e-Mobile werden am Kurt-Schumacher-Haus mit Ökostrom geladen und bewähren sich ausgezeichnet im städtischen Verkehr.

Jens Kerstan und Katharina Fegebank von den Grünen mit Olaf Scholz und dem Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion Andreas Dressel mit dem Koalitionsvertrag (v. l.); © SPD Hamburg

Olaf Scholz wird in der Hamburgischen Bürgerschaft zum Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg vereidigt. © SPD Hamburg

HELMUT SCHMIDT (23.12.1918 – 10.11.2015)

2015 musste sich die Hamburger SPD von einen großen Staatsmann und Sozialdemokarten verabschieden. Am 10. November verstarb Helmut Schmidt im Alter von 96 Jahren. Es gibt kaum einen Politiker der Nachkriegszeit, dem die Freie und Hansestadt Hamburg mehr zu verdanken hat. Als Bundskanzler erwies sich Schmidt als kluger Politiker, hervorragender Krisenmanager und darüber hinaus als inter-

national hoch angesehener Staatsmann. Auch nach seiner Kanzlerschaft blieb er ein aufmerksamer Beobachter des Weltgeschehens, unverzichtbarer Berater und mahnende Stimme in der SPD sowie der gesamten Bundesrepublik. Auf Initiative der Jusos Hamburg trägt der Hamburger Flughafen seit November 2016 zu seinen Ehren den offiziellen Namen „Hamburg Airport Helmut Schmidt".

HENNING VOSCHERAU (13.8.1941 – 24.8.2016)

Am 24. August 2016 verstarb der ehemalige Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Dr. Henning Voscherau nur wenige Tage nach seinem 75. Geburtstag. Olaf Scholz würdigte ihn mit den Worten: „Henning Voscherau war ein starker Bürgermeister in bewegten Zeiten. Er hat seine politischen Ämter mit Format und Substanz ausgefüllt." Voscheraus Warnung vor dem „spielerischen Umgang mit den vitalen Funktionen der Stadt" wird ebenso in mahnender Erinnerung bleiben wie seine konkreten Visionen für Hamburg, die sich unter anderem in der HafenCity manifestieren.

LANDESVORSTANDSWAHLEN

Die SPD Hamburg wählte auf ihrem ordentlichen Landesparteitag am 11. Juni 2016 ihren Vorstand neu. Unter anderem wurde Olaf Scholz mit überragender Mehrheit von 97,4 % als Landesvorsitzender der SPD Hamburg bestätigt.

BUNDESTAGSWAHL 2017 – HAMBURG IST BEREIT

Auf der Landesvertreterversammlung am 10. Dezember 2016 hat die SPD Hamburg ihre Landesliste für die Bundestagswahl im Herbst 2017 beschlossen. Angeführt wird die Liste von der Staatsministerin Aydan Özoğuz.

Mit folgenden Ergebnissen wurden die zwölf Listenplätze gewählt:
Aydan Özoğuz (94,1%)
Johannes Kahrs (69%)
Dorothee Martin (85,1%)
Niels Annen (90,9%)
Ronja Schmager (85,6%)
Dr. Matthias Bartke (96,6%)
Anja Quast (83%)
Metin Hakverdi (83,7%)
Petra Ackmann (85,9%)
Prof. Dr. Christian Bernzen (87,2%)
Annika Urbanski (78,1%)
Wolfgang Rose (80,1%)

Bereits zuvor wurden in den sechs Wahlkreisen die jeweiligen Direktkandidatinnen und -kandidaten gewählt:
Johannes Kahrs für Hamburg-Mitte,
Dr. Matthias Bartke für Altona,
Niels Annen für Eimsbüttel,
Dorothee Marin für Hamburg-Nord,
Aydan Özoğuz für Wandsbek,
Metin Hakverdi für Harburg und Bergedorf.

Damit war die SPD Hamburg für den Wahlkampf bestens aufgestellt und setzte sich das Ziel, alle sechs Wahlkreise in Hamburg zu gewinnen.

Die E-Mobil-Flotte der SPD Hamburg. Links der zum mobilen Infostand ausgebaute Streetscooter, rechts der Transporter von Renault © SPD Hamburg

Auf dem Landesparteitag der SPD Hamburg am 10.12.2016: Die Landesliste für die Bundestagswahl steht.; © SPD Hamburg

Der SPD-Landesvorsitzende Olaf Scholz und die Kandidatinnen und Kandidaten der sechs Hamburger Wahlkreise für die Bundestagswahl 2017: Aydan Özoguz, Johannes Kahrs, Niels Annen, Dr. Matthias Bartke, Dorothee Martin und Metin Hakverdi; © Christoph Busse

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS DER SPD HAMBURG VON 2014-2016

(GEWÄHLT AUF DEM ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAG AM 21.6.14)

Landesvorsitzender
Olaf Scholz

Stellvertretende Landesvorsitzende
Inka Damerau
Dr. Melanie Leonhard
Dr. Nils Weiland

Schatzmeister
Prof. Dr. Christian Bernzen

Beisitzerinnen und Beisitzer
Mark Classen
Lars Holster
Regina Jäck
Dr. Elke Jakubowski
Annkathrin Kammeyer
Elisabeth Kiausch
Sönke Klages
Peter Maßmann
Ina Morgenroth
Aydan Özoğuz
Anja Quast
Ronja Schmager
Markus Schreiber
Dr. Joachim Seeler
Sören Tomasek
Sylvia Wowretzko

Aus den Kreisen
Johannes Kahrs
Dr. Mathias Petersen
Milan Pein
Dr. Peter Tschentscher
Karl Schwinke
Ties Rabe
Frank Richter

Aus den Arbeitsgemeinschaften
Renate Kleinfeld (AfA)
Hauke Wagner (Jusos)
Petra Ackmann (ASF)
Rudolf Herbers (AG 60 plus)

BREMEN

SPD

LANDESORGANISATION BREMEN

Die Jahre 2015 und 2016 lassen sich kurz gefasst so bilanzieren: deutliche Verluste bei der Bürgerschaftswahl am 10. Mai 2015, neue Gesichter an der Spitze des Senats (Juni 2015) und des Landesvorstandes (April 2016), klare Schwerpunktsetzungen in der Landespolitik.

Die personelle Erneuerung und die Schärfung der inhaltlichen Kernthemen Bildung, Sicherheit, Wohnen, Arbeit änderten jedoch nichts an der grundsätzlichen inhaltlichen Ausrichtung der Bremer SPD. Im Gegenteil: Die Partei kämpft weiterhin mit ganzer Kraft für eine sozial gerechte fortschrittliche Politik im Land und im Bund, um ein gutes Leben zu gewährleisten und ein besseres Morgen für die Menschen zu erreichen.

BÜRGERSCHAFTSWAHL(-KAMPF) 2015

Den Grundstein für den Wahlkampf legte der Landesvorstand bereits im Juli 2014. Wesentliche Eckpunkte dabei waren:

- Die SPD geht von einer hohen Zustimmung für ihre Politik auch in dieser schwierigen Zeit aus.
- Die SPD steht für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Keiner repräsentiert dies besser als Bürgermeister Jens Böhrnsen, es gibt weit und breit keine ernst zu nehmende Alternative.
- Die SPD kann einen Bestätigungswahlkampf führen, in dem gute politische Ergebnisse, die Stärken der Partei und ihres Spitzenkandidaten herausgestellt werden;
- Das alles drückt sich in der sich durchziehenden Aussage „Miteinander“ aus.

Zu diesem Zeitpunkt diskutierte die Landesorganisation bereits erste programmatische Thesen für das spätere Regierungsprogramm Damit startete sie einen intensiven Dialogprozess mit der Partei und mit der interessierten Öffentlichkeit, der seinen Höhepunkt und gleichzeitigen Abschluss mit einem Zukunftskongress am 6. Dezember 2014 in der Messe Bremen fand. Am 11. Januar 2015 legte der Landesvorstand unter dem Titel „Leben, arbeiten, lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven“ seinen Entwurf (Leitantrag) für das Regierungsprogramm 2015-2019 vor. Dieser wurde dann für die formale Antragsberatung in die Partei gegeben.

LANDESPARTEITAG VERABSCHIEDET REGIERUNGSPROGRAMM

Der Landesparteitag am 7. März 2015 in der Bremerhavener Stadthalle diskutierte das Regierungsprogramm 2015-2019 nochmals intensiv. Die Abschlussabstimmung zeigte die für einen Wahlkampf so wichtige Geschlossenheit der SPD in Bremen und Bremerhaven. Das Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2015-2019 wurde ohne Gegenstimme bei nur drei Enthaltungen verabschiedet. Die 200 Parteitagsdelegierten sprachen sich damit für ein Programm aus, das in einem mehrmonatigen öffentlichen und parteiinternen Dialogprozess entwickelt wurde. „Wir haben für den Programmentwurf den Weg der Beteiligung gewählt, vielleicht der mühsamere Weg, aber sicher der richtige“, erklärte der Landesvorsitzende Dieter Reinken. Und weiter: „Dieser Beteiligungsprozess ist ein Beispiel lebendiger Parteiarbeit. Aber wir haben nicht nur intensiv unter uns diskutiert, sondern den Austausch mit Vereinen, Verbänden, Initiativen und allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern gesucht und geführt.“ SPD-Spitzenkandidat Jens Böhrnsen sah die Partei mit dem Regierungsprogramm gut aufgestellt für den kommenden Bürgerschaftswahlkampf: „Wir wollen am 10. Mai wieder mit Abstand stärkste politische Partei werden. Und wir wollen zulegen!“

Die wichtigsten Botschaften des Regierungsprogramms in fünf Punkten waren:

- „Wir sorgen für gute Betreuung und Bildung mit längeren U3-Betreuungszeiten, mehr Krippen- und Kitaplätzen und immer mehr Ganztagsschulen – alle Grundschulen mit Ganztagsangebot.“
- „Wir schaffen gute Bedingungen für Wachstum in klassischen und neuen Branchen, mit exzellenter Forschung und optimierter Infrastruktur.“
- „Wir wollen Städte der fairen Arbeit sein, mit guten Löhnen, sicheren Arbeitsplätzen und einer Garantie auf Ausbildung.“
- „Wir sorgen für einen sozialen und ausgeglichenen Wohnungsmarkt und dämpfen Mietsteigerungen durch mehr Wohnungsbau.“
- „Wir lassen Schwache nicht allein und unsere Städte nicht in Reich und Arm zerfallen. Wir wollen Integration, mit Respekt, Regeln und gleichen Chancen für alle.“

Die Landesorganisation stellte Konzeption und Strategie des Wahlkampfs, die Produkte und Medien, sowie die Vorhaben und Veranstaltungsplanung in der Partei offen und transparent wie nie zuvor vor. und diskutiert: Drei große Wahlkampf- und Organisationskonferenzen – mit allen Kandidierenden, den Verantwortlichen aller Gliederungsebenen, Arbeitsgemeinschaften sowie Foren, mit allen interessierten Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern sowie allen interessierten Mitglieder – diskutierten die Wahlkampfplanung am 16. September 2014, am 17. Oktober 2014 und am 20. März 2015.

Auftaktveranstaltung für die Bürgerschaftswahlkampagne „Miteinander. Die SPD erleben!“ mit den norddeutschen Ministerpräsidenten Stephan Weil, Olaf Scholz, Gastgeber Jens Böhrnsen und Erwin Sellering (v. l.) am 10. April 2015 im Kulturzentrum Schlachthof in Bremen
© SPD Bremen

Die Dialog- und Stadtteilorientierung des Wahlkampfes wurde bereits im Vorwahlkampf deutlich: Die erste von 16 Veranstaltungen in der Reihe „Bürgermeister Jens Böhrnsen im Gespräch bei Ihnen vor Ort“ fand am 19. Januar 2015 im Bremer Stadtteil Osterholz statt. Ihren Abschluss fand die Reihe, nachdem sie in fast allen Bremer Beiratsgebieten Station gemacht hatte, am 24. März 2015 in der Östlichen Vorstadt.

Die Partei, ihre vielen Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgerschaft, für die Stadtverordnetensammlung Bremerhaven und für die Bremer Beiräte führten vor Ort in den Stadtteilen einen intensiven Wahlkampf mit der verbindenden Botschaft „Miteinander“. Nach den Änderung des Persönlichkeitswahlrecht im Jahr 2011 hatten die Kandidierenden praktisch von jedem Listenplatz aus eine tatsächlich Wahlchance, die sie durch einen intensiven Persönlichkeitswahlkampf auch nutzen konnten. Die SPD wollte starke und engagierte Kandidatinnen und Kandidaten. Auch darum hat die Partei in Bremen sehr aufwendig auch mit persönlichen Großflächenplakaten für alle Kandidatinnen und Kandidaten zur Bürgerschaftswahl geworben.

Nachträglich muss aber auch festgestellt werden, dass einige Kandidatinnen und Kandidaten bei der Werbung für die eigene Person nicht immer im Rahmen der verabredeten Fairnessregeln geblieben sind und sich manches letztlich auch nur schwer fair regeln lässt. Auch Präsenz des Spitzenkandidaten wäre sicher steigerungsfähig gewesen. Von der Popularität Jens Böhrnsens hätte die Partei noch stärker profitieren können.

Mit der Nachbarschaftskampagne, dem Einsatz der Campaignerinnen und Campaigner und der Veranstaltungsreihe „Bürgermeister Jens Böhrnsen im Gespräch bei Ihnen vor Ort“ führte die Partei verstärkt Wahlkampf in den Stadtteilen. Das Konzept des „Wahlkampfes vor Ort“ ging in weiten Bereichen auf, muss aber in Zukunft noch besser flächendeckend verankert werden. Dafür soll die Arbeit mit Campaignerinnen und Campaignern fortsetzt und weiterentwickelt werden. Kampagnenarbeit heißt: kontinuierliche Präsenz in den Stadtteilen, den Nachbarschaften und in den Betrieben – nicht nur zu Wahlkampfzeiten, auch wenn die Wahlkampagne natürlich die Königin der Kampagnen ist und bleibt!

Wahlkampfunterstützung von Siegmar Gabriel zur Bürgerschaftswahl: Endspurtveranstaltung „Don´t stop thinking about tomorrow“ am 8. Mai 2015 im Foyer des Musical Theater Bremen; © SPD Bremen

Zum Konzept gehörte es, 2015 nur wenige zentrale Veranstaltungen im Wahlkampf durchzuführen. Zunächst waren deshalb nur eine Auftaktveranstaltung und die Endspurt-Veranstaltung (beide indoor) geplant. Diese wurden später aber noch um Termine mit Bundesministerin Andrea Nahles, Bundesminister Frank-Walter Steinmeier und mit NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ergänzt. Mit Ausnahme der Veranstaltung „Starke Wirtschaft – Gute Arbeit“, die vom Arbeits- und Wirtschaftssenator Martin Günthner bestritten wurde, war Jens Böhrnsen bei allen diesen Terminen dabei:

- Auftaktveranstaltung „Miteinander. Die SPD erleben!“ mit den norddeutschen Ministerpräsidenten Olaf Scholz, Stephan Weil und Erwin Sellering, Freitag, 10. April 2015, Kulturzentrum Schlachthof
- „Sozialdemokratische Außenpolitik in stürmischen Zeiten – Diplomatie für Frieden und Stabilität“ mit Bundesminister Frank-Walter Steinmeier, Mittwoch, 15. April 2015, BLG-Forum
- „Starke Wirtschaft – Gute Arbeit“ mit Bundesministerin Andrea Nahles, Donnerstag, 16. April 2015, Schuppen Eins
- Endspurtveranstaltung in Bremerhaven mit NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Mittwoch, 6. Mai 2015, Die Theo
- Besuch des Denkorts „Bunker Valentin“ mit NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Donnerstag, 7. Mai 2015
- Endspurtveranstaltung in Bremen mit dem Parteivorsitzenden und Vizekanzler Sigmar Gabriel, Freitag, 8. Mai 2015, Musical-Theater Bremen

DAS BITTERE ERGEBNIS DER BÜRGERSCHAFTSWAHL

Es wurde ein bitterer Wahlabend in der „Ständigen Vertretung“ in der Böttcherstraße, wo sich die Bremer SPD und ihre Sympathisantinnen und Sympathisanten trafen. Die Koalition hat deutlich an Zustimmung verloren: die SPD - 6,7 Prozent, Bündnis 90/Die Grünen - 6,8 Prozent – zusammen - 13,5 Prozent.

Sichtlich enttäuscht: Bürgermeister Jens Böhrnsen am Abend der Bürgerschaftswahl (10. Mai 2015) auf dem SPD-Wahltreff in der Bremer „StäV“; © SPD Bremen

Nach der Wahl musste die Bremer SPD feststellen, dass dem Wahlkampf die inhaltliche Zuspitzung gefehlt hatte und es falsch gewesen war, jede Konfrontation zu vermeiden. Den „Bestätigungswahlkampf“ kennzeichnete ein Gefühl des „weiter so“. Jedoch war „weiter so“ ganz offensichtlich nicht die Erwartung vieler Wählerinnen und Wähler. Angesichts guter Umfragewerte der SPD von bis zu 40 Prozent, angesichts des prognostizierten Wahlsiegs und angesichts von Spitzenpopularitätswerten für den Bürgermeister noch zwei Wochen vor Wahl fehlte das nötige Gespür für Stimmungen in der Bevölkerung, die erst im Wahlergebnis offensichtlich wurden. Dabei war die Partei gewarnt, denn die Wahlkampfberater hatten bereits in der Vorbereitung der Wahlkampfplanung in der Klausur Juli 2014 gemahnt: „Sicher scheinender Sieg demobilisiert. Jahrzehntelanges Regieren ermuntert Protestwähler.“

Es gibt vielschichtige Gründe für das Wahlergebnis und sicher nicht die eine Ursache. Einer der Gründeist der Verlust an Vertrauen in sozialdemokratische Politik. Es ist aber mehr als alarmierend, wenn 71 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Umfragen sagen, wir hätten die Probleme nicht im Griff. Dass die Menschen die Leistungen der SPD als „unbefriedigend“ einschätzten, ist ein Alarmsignal. Unterrichtsausfall, Armut, Krankenhäuser, unbegleitete straffällige jugendliche Flüchtlinge, Kosten für die Anschaffung von neuen Abgeordnetenstühlen in der Bürgerschaft etc. – dieser Themenmix bestimmte die öffentliche Wahrnehmung. Dagegen verblassten die guten Ergebnisse, die die SPD in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik, in der Integrationspolitik und in vielen anderen Feldern vorweisen konnten.

NACH DER BÜRGERSCHAFTSWAHL: INHALTLICHE PROFILIERUNG UND PERSONELLER NEUANFANG

Am Tag nach der Wahl erklärte Bürgermeister Jens Böhrnsen gegenüber den Medien, er übernähme die politische Verantwortung für das schlechte Wahlergebnis und kandidiere aus diesem Grund nicht mehr für die Wahl zum Präsidenten des Senats in der Bremischen Bürgerschaft. Die Partei nahm diese ganz persönliche Entscheidung

von Jens Böhrnsen mit großem Respekt vor der Arbeit, die Jens Böhrnsen für die Stadt und das Land Bremen sowie für seine Partei geleistet hat, auf. Trotzdem war bei vielen die Enttäuschung groß.

Wie üblich und ohne Vorahnung hatte die Landesorganisation frühzeitig für den Abend nach der Wahl zu einer Landesparteikonferenz eingeladen, die eine erste Auswertung des Wahlergebnisses vornehmen und den Wahlkampf diskutieren sollte.. Vor der Parteikonferenz tagte der Landesvorstand. Zur Parteikonferenz kamen weit mehr als 250 Mitglieder in den Treffpunkt KWADRAT ▣ unter ihnen auch Jens Böhrnsen, der mit großem Applaus empfangen wurde. Er erklärte, es brauche jetzt einen Neuanfang, dem er nicht im Wege stehen wolle. Die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer verabschiedeten Jens Böhrnsen nach dessen persönlichen Worten mit Standing Ovations und brachten so ihren großen Respekt und Dank für die von ihm geleistete Arbeit zum Ausdruck.

Mit dieser nicht vorgesehenen Situation und doppelten Herausforderung – schlechtes Abschneiden bei der Bürgerschaftswahl und Rückzug von Jens Böhrnsen vom Amt des Präsidenten des Senats – mussten Landesvorstand und Partei umgehen. der Handlungs- und Zeitdruck waren hoch. Denn eines war auch klar: Trotz des schlechten Wahlergebnisses, hatte die SPD von den Wählerinnen und Wählern erneut einen klaren Auftrag zur Senatsbildung erhalten. Der personelle Neuanfang musste organisiert werden und der Landesvorstand war sich einig, dass es zukünftig eine schärfere inhaltliche Profilierung geben müsse. Der Vorstand beauftragte den Vorsitzenden Dieter Reinken, schon bis zum kommenden Montag Personalgespräche zu führen und über deren Ergebnisse berichten: Welche Kandidatinnen und Kandidaten würden für die Nachfolge im Amt des Bürgermeisters zur Verfügung standen. Außerdem wurde bei der Parteikonferenz nach einer offenen Aussprache deutlich: Die große Mehrheit der Diskutantinnen und Diskutanten setzte sich für eine Fortsetzung des rot-grünen Regierungsbündnisses ein.

CARSTEN SIELING EINSTIMMIG VOM LANDESVORSTAND VORGESCHLAGEN

Am 18. Mai 2015 fanden erneut eine Sitzung des Landesvorstandes und eine Parteikonferenz im Treffpunkt KWADRAT statt. In der Woche zuvor konzentrierte sich die Personalsuche schnell auf eine Person. Auf Vorschlag des Landesvorsitzenden Dieter Reinken nominierte der Landesvorstand den Bundestagsabgeordneten und früheren Landes- und Fraktionsvorsitzenden Carsten Sieling einstimmig als Nachfolger von Jens Böhrnsen und schlug seine Wahl durch einen Landesparteitag vor. Dieser Landesparteitag wurde für Dienstag, 2. Juni 2015, in das Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Bremen-Vegesack einberufen. Der Parteitag sollte auch die sozialdemokratischen Eckpunkte für die Koalitionsgespräche diskutieren und beschließen.

Der Vorschlag, Carsten Sieling zu nominieren, fand große Zustimmung auf der anschließenden Parteikonferenz. Wie schon zuvor im Landesvorstand positionierte sich Carsten Sieling auf der Parteikonferenz mit einem 6-Punkte-Papier „Vertrauen zurückgewinnen – Mit ganzer Kraft für Bremen!“ und sprach sich für die Fortsetzung des rot-grünen Regierungsbündnisses aus.

Carsten Sieling auf dem Landesparteitag am 2. Juni 2015, auf dem er als Nachfolger im Amt des Bremer Bürgermeisters und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen mit dem starken Ergebnis von 96,8 Prozent nominiert wurde – ein Beleg für seinen Rückhalt in der Bremer SPD; ©SPD Bremen

96,8 PROZENT FÜR CARSTEN SIELING

Mit einem Spitzenergebnis wurde Carsten Sieling auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 2. Juni 2015 im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Bremen-Vegesack für das Amt des Bremer Bürgermeisters und Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen nominiert. Damit erhielt er von den Parteitagsdelegierten einen großen Vertrauensvorschuss: 184 der anwesenden Delegierten stimmten für Carsten Sieling, vier stimmten mit Nein, zwei enthielten sich – eine Zustimmung von 96,8 Prozent. Vor seiner Wahl hatte Carsten Sieling seine politischen Schwerpunkte für die kommenden vier Jahre genannt. Er wolle sich in der Legislaturperiode auf die Themen Arbeit, Bildung und Erziehung, Wohnungsbau und wirtschaftliches Wachstum konzentrieren. „Wir werden in den nächsten vier Jahren Kontinuität und Erneuerung zusammenbringen müssen“, so Carsten Sieling in seiner Rede auf dem Landesparteitag.

KOALITIONSVERHANDLUNGEN MIT BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die offiziellen Koalitionsverhandlungen starteten am 4. Juni 2015 und wurden im Morgengrauen des 27. Juni 2015 nach acht Runden erfolgreich beendet. Noch am gleichen Tag fanden im Laufe des Vormittags eine Sitzung des Landesvorstandes und eine gemeinsame Pressekonferenz von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Parteivorsitzenden und dem designierten Bürgermeister Carsten Sieling sowie Bürgermeisterin und Finanzsenatorin Karoline Linnert statt. Am Nachmittag gab es wiederum eine Parteikonferenz für alle interessierten Mitglieder im Treffpunkt KWADRAT. Formal befürwortete der Landesvorstand den ausgehandelten Koalitionsvertrag am 1. Juli 2015 einstimmig und leitete ihn an den Landesparteitag weiter.

KOALITIONSVERTRAG BESCHLOSSEN

Der außerordentliche Landesparteitag am 11. Juli 2015, der wiederum unter dem Motto Motto „Mit ganzer Kraft für Bremen!“ stand, stimmte nach einer intensiven Aussprache mit großer Mehrheit (4 Gegenstimmen, 14 Enthaltungen) für den Koalitionsvertrag und damit für eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition in der 19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft.

Der Landesvorsitzende Dieter Reinken erinnerte in der Debatte zuvor an die Politikweisheit, dass Koalitionsverträge das Ergebnis von Verhandlungen seien und nicht das Regierungsprogramm einer einzelnen Partei. Weiter stellte er fest: „Wir haben es aber geschafft, die sozialdemokratischen Schwerpunkte ordentlich abzubilden, wir haben den Regierungsauftrag ernst genommen und geliefert.“

In seiner Rede skizzierte der künftige Bremer Bürgermeister die Inhalte des Koalitionsvertrags: Mit der Ausbildungsplatzgarantie solle der Arbeitslosigkeit der Nachwuchs entzogen werden, mit dem Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) und der Weservertiefung werde der Wirtschaftsstandort Bremerhaven nachhaltig gestärkt, durch die Zusammenlegung der Bereiche Kinder und Bildung würden Brüche in den Bildungsbiografien der Kinder und Jugendlichen gemindert und für mehr gute Bildung gesorgt. Die Koalition stehe zu wachsenden Städten und werde in Zukunft mehr Flächen für den Wohnungsbau ausweisen, um das Bundesland für Familien und junge Menschen attraktiver zu machen. Bei der Polizei und der Feuerwehr werde sie in Zukunft auf realistische Personalzahlen setzen, nicht auf finanztechnische Zielzahlen. Die sei eine verlässliche Basis für Einstellungen und die Ausbildungsplanung.

KOALITIONSVERTRAG UNTERZEICHNET

Am 13. Juli 2015 unterzeichneten SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Haus der Bremischen Bürgerschaft den Koalitionsvertrag. Für die SPD unterschrieben der Landesvorsitzende Dieter Reinken, der designierte Bürgermeister Carsten Sieling und der Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe den Vertrag, für Bündnis 90/Die Grünen die damalige Landesvorstandssprecherin Henrike Müller, der Landesvorstandssprecher Ralph Saxe, Bürgermeisterin Karoline Linnert und die Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer.

CARSTEN SIELING ZUM PRÄSIDENTEN DES SENATS GEWÄHLT

Am Mittwoch, den 15. Juli 2015 fanden die Wahlen der Senatsmitglieder in der Bremischen Bürgerschaft statt. Bei seiner Wahl zum Bremer Bürgermeister und Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen erhielt Dr. Carsten Sieling 46 von 83 möglichen Stimmen – zwei mehr als die 44 Stimmen, die die eigene Koalition einbringen konnte. Mit Carsten Sieling wurden vier weitere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie drei Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen zu Senatorinnen und Senatoren gewählt:

- Dr. Claudia Bogedan (SPD) für Kinder und Bildung
- Martin Günthner (SPD) für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie für Justiz und Verfassung
- Ulrich Mäurer (SPD) für Inneres
- Karoline Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) für Finanzen
- Dr. Joachim Lohse (Bündnis 90/Die Grünen) für Umwelt, Bau und Verkehr
- Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD) für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
- Anja Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Eine Woche später, am 22. Juli 2015, gab Carsten Sieling als Bürgermeister und Präsident des Senats die Regierungserklärung zur Arbeit des Senats für die kommenden vier Jahre ab. Damit war das Ziel erreicht, noch vor Beginn der Sommerschulferien die Arbeitsfähigkeit des Senats herzustellen.

SARAH RYGLEWSKI WIRD BUNDESTAGSABGEORDNETE

Mit der Wahl zum Präsidenten des Senats gab Carsten Sieling sein Mandat im Deutschen Bundestag ab. Für ihn rückte die stellvertretende Landesvorsitzende und bisherige Bürgerschaftsabgeordnete Sarah Ryglewski in den Deutschen Bundestag nach.

STRUKTUR-/ORGANISATIONSREFORM – DISKUSSION ABGEBROCHEN

Bereits auf seiner konstituierenden Sitzung im Juli 2014 informierte Landesgeschäftsführer Roland Pahl den Landesvorstand umfassend über die Mitgliederentwicklung und die Entwicklung der Finanzlage der Landespartei. Daraus zog der Landesvorstand die Konsequenz, eine „Diskussion und Entscheidung zur Strukturreform in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 (nach der Bürgerschaftswahl): Bestandsaufnahme – Schlussfolgerungen/Ziele – Umsetzungsschritte“ anzustoßen.

In seiner Sitzung am 22. Mai 2015 setzte der Landesvorstand eine Projektgruppe ein, die prüfen sollte, ob und wie mit einer Reform der Strukturen der Partei – unter den Bedingungen einer weiter negativen Mitgliederentwicklung und bei reduzierten finanziellen Mitteln – die Kampagnenfähigkeit erhalten bzw. erhöht werden könne, um so den politischen Anforderungen, die durch die geringe Wahlbeteiligung und das schlechte Wahlergebnis noch erheblich gestiegen seien, wieder mehr gewachsen zu sein.

Nachdem im Sommer 2015 die Landesarbeitsgemeinschaften mögliche Reformpläne diskutiert hatten, zeigte sich, dass diese einer Veränderung ihrer Strukturen unter Hinweis auf die Priorität inhaltlicher Diskussionen ablehnend gegenüberstanden. Eine erste Bestandsaufnahme der Diskussionen wollte die Projektgruppe am Wochenende des 12./13. September 2015 in einer Klausurtagung in Bremerhaven vornehmen. Doch die Widerstände gegen Strukturveränderungen formierten sich bereits vor diesem Termin. Ein Bericht des Weser-Kuriers orakelte über die mögliche „Zerschlagung“ des Unterbezirks Bremen-Stadt. Für Unruhe sorgte auch ein Artikel des Landesgeschäftsführers im bremerFORUM, der Bremer Regionalbeilage des vorwärts, unter der Überschrift „Die Bremer SPD braucht einen neuen Anzug“. Der Artikel warf die Frage auf, ob der Organisationsmantel der SPD noch passe, nachdem die letzte tiefer gehende Organisationsveränderung mit dem Zusammenschluss der Unterbezirke Bremen-West und Bremen-Ost zum Unterbezirk Bremen-Stadt vor rund 20 Jahren stattgefunden habe und sich die Mitgliederzahl der SPD im Land Bremen in diesem Zeitraum praktisch halbiert habe.

Der Landesvorsitzende Dieter Reinken hatte angesichts der Doppelstrukturen insbesondere von Unterbezirk Bremen-Stadt und der Landesebene vorgeschlagen, ein Organisationsmodell entsprechend der Struktur der Bremischen Bürgerschaft mit Stadt- und Landesebene zu diskutieren. Zumal es bei der politischen Arbeit und Kommunikation für die Stadtgemeinde Bremen nicht eine einheitliche Gliederungseinheit seitens der Partei gibt, sondern zwei Unterbezirke zuständig sind. Die beiden Bremer Unterbezirke hatten darauf hingewiesen, dass das Statut getrennt zu wählende Ebenen vorsieht, und Eingriffe in ihre Bestandsstrukturen abgelehnt. Hierbei blieb es während der Klausurtagung. Der Landesvorstand schloss sich mit klarer Mehrheit dieser Position an. Damit wurde auch beschlossen, dass es über diese Frage zunächst zu keiner strukturierten, breiter angelegten Diskussion in der Partei kommen solle. Der Landesvorsitzende Dieter Reinken stellte im BremerForum in der Ausgabe 12/2015 – 01/2016 fest: „Sorgen vor dem Zerschlagen von »Bewährtem« überlagerten die Notwendigkeit einer kritischen Bestandsaufnahme. Diese notwendige Debatte haben wir jetzt gestoppt. Das mag zunächst nicht anders möglich sein – es löst jedenfalls nicht die strukturellen und finanziellen Probleme der SPD im Land Bremen. Es wird Aufgabe eines neuen Landesvorstandes sein, die offenen Fragen weiter zu bearbeiten.“

Umso umfassender befasste sich der Landesvorstand mit der Entwicklung der finanziellen Rahmenbedingungen der Landesorganisation und der Unterbezirke. Anlass dafür war die transparente Aufarbeitung der finanziellen Auswirkungen eines aufwendigen Wahlkampfes und künftiger Mindereinnahmen. Diese ergaben sich vor allem durch fehlende Beiträge von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, die ihr Mandat verloren hatten, durch weniger öffentlicher Gelder aufgrund der Einbuße absoluter Stimmen bei den Wahlen sowie durch rückläufige Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen infolge des erwarteten Mitgliederrückganges in den kommenden Jahren. Dabei wurde deutlich: Die Landesorganisation ist seit über zehn Jahren strukturell unterfinanziert.

WEITERER LANDESPARTEITAG AM 26. SEPTEMBER 2015

Der Landesparteitag am 26. September 2015 im Bürgerzentrum Neue Vahr war lebhaft und diskussionsfreudig. Im Zentrum standen die Rede des stellvertretenden Parteivorsitzenden und Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Hessen-SPD, Thorsten Schäfer-Gümbel, zur Perspektivdebatte in der SPD, die Aussprache zu seiner Rede sowie die intensive Beratung der vom Landesvorstand eingebrachten Resolution „Bremen heißt Willkommen und stellt sich den Herausforderungen!“.

Thorsten Schäfer-Gümbel positionierte sich in seiner Rede klar in der Flüchtlingsdebatte: „Die Würde des Menschen ist unantastbar – Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes, das ist die oberste Richtlinie unserer Verfassung, das ist unsere Richtschnur.“ Scharf kritisierte er den Empfang von Ungarns Regierungschef durch die CSU: „Victor Orbán steht für ein Europa, welches wir glaubten überwunden zu haben. Es ist eine Schande, was Horst Seehofer sich erlaubt hat!“

Thorsten Schäfer-Gümbel warb für eine intensive Beteiligung an der Perspektivdebatte in der Partei: „Nutzt die Perspektivdebatte als Voraussetzung dafür, dass wir eine gute Grundlage für das Wahlprogramm 2017 erhalten und offene Fragen unter uns auch wirklich ausdiskutieren.“ Und weiter: „Die SPD muss im konkreten tagtäglichen Handeln zeigen, dass sie es besser kann, und eine klare Vision für eine gerechtere Zukunft aufzeigen.“

Im Vorfeld des Parteitages hatte der Arbeitskreis „Wirtschaft und Finanzen“ (WiFi) gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Europa“ den Antrag „Eine neue Offensive für Europa – Vorrang für Beschäftigung statt Stagnation und Deflation“ erarbeitet und sich intensiv mit dem Thema beschäftigt. Der Parteitag beschloss den Antrag bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung und brachte ihn in den Bundesparteitag ein, wo er einen wichtigen Debattenimpuls geben konnte.

BUNDESPARTEITAGE UND PARTEIKONVENTE

Auf dem Parteikonvent am 20. September 2014 in Berlin nahmen als Bremer Delegierten Karl Bronke, Gisela Schwellach und Falk Wagner

teil. Auf dem Parteikonvent am 20. Juni 2015 in Berlin vertraten die Bremer SPD als Delegierte Falk Wagner und Melanie Kennard die Bremer SPD als Delegierte.

Als Delegierte für die Bundesparteitage der nächsten zwei Jahre wählte der Landesparteitag am 26. September 2015 Sören Böhrnsen, Karl Bronke, Janne Herzog, Uta Kummer, Sarah Ryglewski, Uwe Schmidt, Joachim Schuster und Gisela Schwellach, die alle auch am Parteitag vom 10. bis 12. Dezember 2015 in Berlin teilnahmen. Auf dem Bundesparteitag wurde Carsten Sieling mit einem überzeugenden Ergebnis wieder in den Parteivorstand gewählt.

Anlieferung durch die Deutsche Post der ausgefüllten Stimmzettel zur Auszählung des Mitgliedervotums zur Besetzung des Bremer SPD-Landesvorsitzes am 16. April 2016; © SPD Bremen

MITGLIEDERVOTUM ZUR BESETZUNG DES LANDESVORSITZES, ORGANISATIONSWAHLEN AUF ALLEN GLIEDERUNGSEBENEN UND IN ALLEN ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND FOREN

Dieter Reinken hatte bereits im September 2015 erklärt, im Frühjahr 2016 nicht erneut als Landesvorsitzender kandidieren zu wollen. Im Dezember 2015 beschloss der Landesvorstand, eine Befragung aller Mitglieder im Land Bremen zur Frage der Besetzung des Landesvorsitzes durchzuführen – vorausgesetzt es gebe mehr als eine Bewerberin bzw. einen Bewerber. Nachdem deutlich geworden war, dass diese Bedingung erfüllt sein würde, beschloss der Landesvorstand in seiner Sitzung am 15. Januar 2016 eine „Richtlinie zur Durchführung der Mitgliederbefragung zur Besetzung des Landesvorsitzes der SPD im Land Bremen".

In den ersten Wochen und Monaten des Jahres 2016 wurden wieder die alle zwei Jahre stattfindenden Organisationswahlen auf allen Ebenen der Partei im Land Bremen durchgeführt. Die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften wählten ab Jahresbeginn neue Vorstände, dann folgten die Unterbezirksparteitage: Bremen-Stadt am 12. März 2016, Bremen-Nord am 16. März 2016 und Bremerhaven am 9. April 2016.

Von Mitte März bis Mitte April 2016 fand als reine Briefwahl das Mitgliedervotum zur Besetzung des Landesvorsitzes statt: Die 4.283 stimmberechtigten Mitglieder konnten zwischen den Bremer Bürgerschaftsabgeordneten Sascha Karolin Aulepp aus dem Ortsverein Altstadt-Mitte und Mustafa Güngör aus dem Ortsverein Osterholz entscheiden. Das Mitgliedvotum führte zu einer starken Mobilisierung der Partei.

Die Auszählung am 16. April 2016 ergab: 2.361 der 4.283 (55,1 %) Mitglieder beteiligten sich an dem Mitgliedervotum. Damit war das Ergebnis des Mitgliedervotums für den Landesparteitag am 30. April 2016 verbindlich. Sascha Karolin Aulepp erhielt 1.327 (65,18 %) der abgegebenen gültigen Stimmen, 591 Stimmen (29,02 %) entfielen auf Mustafa Güngör. Sascha Karolin Aulepp wurde somit den Delegierten des Landesparteitages vom Landesvorstand als Kandidatin vorgeschlagen.

LANDESPARTEITAG MIT DER NEUWAHL DES LANDESVORSTANDES

Auf dem Landesparteitag am 30. April 2016 im BLG-Forum in Bremen sprachen die Delegierten Sascha Karolin Aulepp dann mit 194 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen (87,4 %) das Vertrauen aus.

Der frisch gewählte Landesvorstand auf dem Landesparteitag am 30. April 2016 im Bremer BLG-Forum, in der Mitte die neue Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp; © SPD Bremen

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen den rechten Rattenfängern entgegen treten, sie inhaltlich stellen und sie entlarven. Der Kampf gegen Rechts ist für uns nichts Neues – in unserer 150-jährigen Geschichte haben wir es immer wieder getan und werden es weiter tun, ja tun müssen", so bezog die neue Landesvorsitzende klar Stellung. Weiter warb sie für die Besinnung auf alte sozialdemokratische Tugenden wie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Hier werde sich die Bremer SPD unter ihrer Führung auch in Berlin einmischen: „Wir müssen deutlich machen, dass wir die Politik für diejenigen machen, denen es nicht so gut geht und für die, denen es nur mit sozialer Politik weiterhin gut gehen kann. Es geht um gute Betreuung und Bildung in Kita und Schule, und das besonders da, wo die soziale Lage schwierig ist, um Ausbildungsgarantie und Teilhabe an der Arbeitswelt, um preiswerten Wohnraum und ein gutes Zuhause. Wir müssen uns für eine gute und gerechte Rente stark machen. Wir haben viel zu tun für soziale Gerechtigkeit, ich freue mich darauf, als Landesvorsitzende diese Arbeit gemeinsam mit euch anzupacken".

Den geschäftsführenden Landesvorstand komplettieren die in ihren Ämtern bestätigten Sarah Ryglewski und Elias Tsartilidis als stellvertretende Landesvorsitzende, Gisela Schwellach als neue Schatzmeisterin und Karl Bronke als neuer Schriftführer.

Bürgermeister Carsten Sieling erinnerte in seinem Bericht zur Arbeit des Senats an die schwierige finanzielle Situation des Landes Bremen und die Schwerpunkte der politischen Arbeit in dieser Legislaturperiode. Zur Situation der mehr als 12.000 Menschen, die vor Krieg und Vertreibung nach Bremen und Bremerhaven gekommen waren, merkte Carsten Sieling an, dass man allen Geflüchteten im Land Bremen ein Dach über dem Kopf gegeben habe – dezentral, in kleinen Einheiten und nicht in Massenunterkünften. Dass es in Bremen und Bremerhaven keine Angriffe von Rechten auf Geflüchtetenunterkünfte gegeben habe, sei vor allem in dem großen gesellschaftspolitischen Engagement von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in Bremen zu verdanken. Darauf sei er sehr stolz, sagte Sieling. Sowohl Sieling, als auch Aulepp betonten, dass das dogmatische Festhalten an der Schwarzen Null für den Bundeshaushalt nicht der richtige Weg sei. Man müsse den kommenden Generationen eine intakte Infrastruktur hinterlassen, ein Kaputtsparen zu Lasten der Jungen sei der völlig falsche Weg.

TOD HANS KOSCHNICK

Am 21. April 2016 verstarb Hans Koschnick. Auf dem Landesparteitag am 30. April 2016 erinnerte der Landesvorsitzende Dieter Reinken in einer sehr persönlichen Rede daran, welch großer sozialdemokratischer Bürgermeister und Politiker Hans Koschnick gewesen sei und was er für das Land Bremen und die Stadt Bremen geleistet habe – aber auch darüber hinaus für Deutschland und Europa. Hans Koschnick habe seinen Platz in der Geschichte und in unseren Herzen.

INFOAKTION „SCHWERPUNKTE 2016/2017"

Im September 2016 ging die SPD auf die Straße, um mit den Bürgerinnen und Bürgern in Bremen und Bremerhaven zu diskutieren. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche Schwerpunkte im gerade

beschlossen Haushalt für die Jahre 2016/2017 trotz aller Sparnotwendigkeiten vorgenommen werden sollten, damit die sozialdemokratische Handschrift im Haushalt deutlich erkennbar sei. Die Parteimitglieder wollten Probleme und Engpässe in den Großstädten offen ansprechen und so verdeutlichen, dass Senat und sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion mit aller Kraft an Lösungen arbeiten. Damit zeigte die Partei landesweit in Bremen und Bremerhaven Präsenz –auch in einer Zeit ohne Wahlkampf.

EINIGUNG BEI DEN BUND-LÄNDER-FINANZBEZIEHUNGEN

Im Oktober 2016 konnte Bürgermeister Carsten Sieling nach harten Verhandlungen Ergebnisse präsentieren, die er am 16. Oktober in der SPD-Bürgerschaftsfraktion vorstellte. Die SPD-Landesvorsitzende Sascha Aulepp erklärte im Anschluss: „Bürgermeister Carsten Sieling verdient für diese Leistung das Prädikat ‚historisch'. Bremen ist mit einer Forderung von 500 Millionen Euro an die Ländergemeinschaft und den Bund herangetreten. Das ist natürlich ein ordentlicher Brocken. Nun erhält Bremen über 480 Mio. Euro, mehr als derzeit. Das ist ein unschätzbarer Erfolg für die Sicherung der Selbständigkeit unseres Zwei-Städte-Staates". Und weiter: „Wie alle Eltern bin ich zudem erleichtert, dass mit der Einigung auch das so genannte Kooperationsverbot, das dem Bund die Finanzierung von Schulen untersagt, deutlich gelockert wird. Der Einstieg des Bundes in die Sanierung von Schulgebäuden auch in Bremen und Bremerhaven muss schnell erfolgen."

WAHLKREISKANDIDATUREN FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL 2017

Am 18. und 19. November 2016 fanden die beiden Delegiertenkonferenzen zur Aufstellung der Direktkandidaturen in den beiden Bundestagswahlkreisen im Land Bremen statt. Im Wahlkreis 54 (Bremen I) trat Diplom-Politikwissenschaftlerin und Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski an, die sich gegen den Bürgerschaftsabgeordneten Arno Gottschalk durchsetzte. Kandidat im Wahlkreis 55 (Bremen II/ Bremerhaven) wurde Uwe Schmidt, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats des Hafenbetriebsvereins im Land Bremen und Bürgerschaftsabgeordnete. Er sich gegen den Burglesumer Ortsamtsleiter (Bremen-Nord) Florian Boehlk, durch.

Aufstellung der Bremer SPD-Landesliste zur Bundestagswahl 2017 am 10. Dezember 2016 im Konsul-Hackfeld-Haus in Bremen (v. l.): David Ittekkot (6), Kadriye Pille (5), Florian Boehlke (4), Sarah Ryglewski (1, Direktkandidatin im Wahlkreis 54), Uwe Schmidt (2, Direktkandidat im Wahlkreis 55), Ute Reimers-Bruns (3); © SPD Bremen

AUFSTELLUNG DER LANDESLISTE FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL 2017

Am 10. Dezember 2016 fand dann die Landesdelegiertenkonferenz zur Aufstellung der Landesliste der Bremer SPD zur Bundestagswahl 2017 statt. Die ersten beiden Plätze gingen an die Wahlkreiskandidatin Sarah Ryglewski und den Wahlkreiskandidaten Uwe Schmidt. Auf den weiteren Plätzen folgen Ute Reimers-Bruns (3), Florian Boehlke (4), Kadriye Pile (5) und David Ittekkot (6).
Damit sah sich die Bremer SPD gut aufgestellt für die Bundestagswahl 2017. Ihr Ziel war klar: Die SPD will wieder ein Spitzen- Zweitstimmenergebnis im Land Bremen erzielen und beide Bundestagswahlkreise sicher für die SPD gewinnen.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS

(GEWÄHLT AUF DEM LANDESPARTEITAG AM 30. APRIL 2016)

Vorsitzender
Sascha Karolin Aulepp MdBB1

Stellvertretende Vorsitzende
Sarah Ryglewski MdB
Elias Tsartilidis MdBB1

Schatzmeisterin
Gisela Schwellach

Schriftführer
Karl Bronke

Beisitzerinnen und Beisitzer
Maike Baasen
Susanne Benöhr-Laqueur
Elfriede Dieke
Arno Gottschalk MdBB1
Wolfgang Grotheer
Rainer Hamann MdBB1
Petra Krümpfe MdBB1
Elena Reichwald
Ute Reimers-Bruns
Anja Schiemann
Andrej Seifert
Dennis van der Kamp

Landesgeschäftsführer:
Roland Pahl

1 MdBB = Mitglied der Bremischen Bürgerschaft

NIEDERSACHSEN

SPD

LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

LANDESPARTEITAG 2016

Ein ordentlicher Landesparteitag mit Neuwahl des Landesvorstandes der SPD Niedersachsen fand am 9. April 2016 in Braunschweig statt. In seiner Rede an die Delegierten und Gäste erklärte Stephan Weil, die rot-grüne Landesregierung sei stabil und habe das Land weiter voran gebracht. Als Beispiele für gute Politik nannte er die Abschaffung der Studiengebühren, die dritte Kraft in Krippen, die Abschaffung des Turbo-Abiturs sowie den Ausbau von Ganztagsschulen. Man stehe jedoch vor großen Herausforderungen bei VW. Auch die Beschäftigten gehörten zu den Opfern der Diesel-Affäre.

Mit Blick auf die Flüchtlingskrise gelte es, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, betonte Weil. Außerdem benötige Deutschland dringend ein Zuwanderungsgesetz. Verstärkt werde sich das Land um die Wohnungsbau-Förderung kümmern. Die Bundes-SPD habe bereits große Unterstützung in der Frage der Flüchtlingspolitik geleistet. Es sei jedoch wesentlich mehr Geld des Bundes für die Unterkunftskosten erforderlich. Die AfD propagiere die Spaltung der Gesellschaft, die SPD stehe für den Zusammenhalt. Es brauche mehr politische Bildung – die Abschaffung der „Landeszentrale für politische Bildung“ sei gerade auch in diesem Zusammenhang ein schwerer Fehler gewesen.

2016.04.09 Weil SPD NDS Landesparteitag...
Stephan Weil – der alte und neue Landesvorsitzende der SPD Niedersachsen ; ©: Sebastian Philipp

Bei der Wahl des Landesvorstandes gab es nur wenige Veränderungen gegenüber der vorangegangenen Zusammensetzung. An die Spitze wurden Stephan Weil als Vorsitzender und als Stellvertreterinnen und Stellvertreter Daniela Behrens (Bez. Nord-Niedersachsen), Petra Emmerich-Kopatsch (Bez. Braunschweig), Olaf Lies (Bez. Weser-Ems), Johanne Modder (Bez. Weser-Ems) und Ulrich Watermann (Bezirk Hannover) gewählt. Einen Wechsel gab es beim Amt des Schatzmeisters. Nach langjähriger verdienstvoller Amtsführung durch Dieter Möhrmann trat dieser nicht erneut an. Nachfolgerin wurde mit über 95-prozentiger Zustimmung Hanna Naber aus dem Bezirk Weser-Ems. Auch die weiteren Wahlen zum Landesvorstand verliefen einvernehmlich und ohne Gegenkandidaturen.

Gäste und Redner des Landesparteitages waren der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn und der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel. Jean Asselborn erklärte, die Europa-Politik sei derzeit von irrationalen Merkmalen geprägt. Der Geist der Europäischen Union dürfe nicht den internen Auseinandersetzungen der britischen Konservativen geopfert werden. Das Referendum „Nee“ der Niederländer zum EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine sei ein Schlag in das Gesicht der EU gewesen. Nur Europa könne den internationalen Terrorismus wirksam bekämpfen. Kein EU-Land dürfe es ablehnen, Kriegsflüchtlinge aufzunehmen. Polen befinde sich inzwischen leider auf dem Weg in eine gelenkte Demokratie. Die europäischen Staaten müssten von nationalistischen Tendenzen abgehalten werden. An Deutschland gerichtet, erklärte er, man dürfe nicht immer die eigene Stärke betonen.

2016.04.09 Weil-Asselborn-Gabriel SPD NDS Landesparteitag...
Jean Asselborn (rechts) und Sigmar Gabriel (links) waren Gäste des Landesparteitages in Braunschweig.; © Sebastian Philipp

Sigmar Gabriel forderte, Deutschlands ökonomische Stärke dürfe nicht dazu genutzt werden, andere Staaten zu schulmeistern. Die Bürgerinnen und Bürger hätten wenig Verständnis für Milliarden Euro zur Bankenrettung, wenn gleichzeitig das Geld für grundlegendste Dinge wie den Erhalt und Bau von Schulen fehle. Die SPD müsse Schutzmacht der kleinen Leute bleiben und so der AfD den Boden entziehen. Europa müsse mehr sein als ein Binnenmarkt und dies den Bürgerinnen und Bürgern deutlich vermitteln. Die Panama-Papers hätten ein unglaubliches Maß an organisierter Kriminalität ans Tageslicht gebracht.

Bei allem Bürger-Engagement zur Bewältigung der Flüchtlingskrise dürfe man nicht verkennen, dass viele „kleine Leute“ in den Flüchtlingen eine Konkurrenz um Sozialleistungen und Arbeitsplätze sähen. Wahrer Sozialmissbrauch sei jedoch, wenn man gemeinschaftsfinanzierte Einrichtungen wie Theater in Anspruch nehme, gleichzeitig aber nicht bereit sei, die erforderlichen Steuern zu zahlen. Die Zeche der Verfehlungen bei VW dürfe nicht von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gezahlt werden. In kaum einem anderen Land seien die

Löhne und Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Sigmar Gabriel sprach sich für die Solidarrente/Mindestrente als „Schwester des Mindestlohns“ aus. Mit Blick auf gute Arbeit, Bildung und Aufstiegschancen müsse noch Erhebliches geleistet werden. Es gelte Kurs zu halten bis zur Bundestagswahl.

Bei der Antragsberatung begab sich der Landesparteitag 2016 auf Neuland. Die Reihenfolge der Beratung wurde durch ein Votum der Delegierten bestimmt. Ein herausragender Themenkomplex rankte sich um die Fragen von Flucht, Asyl und Integration. Diesen Fragen waren auch zahlreiche Anträge gewidmet, deren Anliegen der Landesvorstand in seinem Leitantrag bündelte.

PROGRAMMJAHR „ARBEIT.BILDUNG.NIEDERSACHSEN.“

Das wahlfreie Jahr 2015 nutzte der SPD-Landesverband Niedersachsen für eine Programmdebatte unter dem Motto „Arbeit.Bildung.Niedersachsen.“. Hintergrund dieser Entscheidung war die Erkenntnis, dass zwar das Eintreten für soziale Gerechtigkeit zu den ausgewiesenen Stärken der SPD zählt, dies jedoch nicht ausreicht, um bei Wahlen eine erforderliche Mehrheit zu erringen. Die SPD-geführte rot-grüne Landesregierung setzte von Beginn an einen Schwerpunkt auf die Bildungspolitik, denn „sie ist der Schlüssel, um jungen Menschen alle individuellen Berufschancen zu ermöglichen und die Voraussetzungen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen,“ wie Landesvorsitzender Stephan Weil zur Eröffnung des Programmjahres betonte. Es brauche jedoch auch sichere Arbeitsplätze und eine stabile Wirtschaft. Darüber wolle man parteiintern aber auch mit vielen Akteuren der Gesellschaft diskutieren, ergänzte Generalsekretär Detlef Tanke.

2015.01.22 Betriebsrätekonferenz Lies Weil Landesvorsitzender Stephan Weil und Wirtschaftsminister Olaf Lies bei der Betriebsrätekonferenz in Hannover; © SPD Niedersachsen.

Im Rahmen des Programmjahres fand eine Reihe interner und öffentlicher Veranstaltungen statt, in denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anhand von Leitfragen mit dem Thema befassten. Den Auftakt machte eine „Niedersachsenkonferenz“ am 17. Januar 2015 in Hannover. Nach einem einführenden Beitrag von Stephan Weil fand eine intensive Debatte in drei thematisch unterschiedlichen Arbeitsgruppen statt. Am 22. Januar folgte eine Betriebsrätekonferenz mit Arbeitsministerin Andrea Nahles. Eine Veranstaltung mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in Hannover am 20. März 2015 schloss sich an. Ein vorläufiges Ende fand die Debatte auf einem Landesparteirat am 28. November 2015, der ein Abschlusspapier mit überwältigender Mehrheit bei nur zwei Gegenstimmen verabschiedete. Zuvor hatte Stephan Weil in einer Rede hervorgehoben, dass sich die politische Lage im Lande innerhalb von drei Monaten bedingt durch die Flüchtlingsbewegung und den Abgasskandal bei VW drastisch verändert habe. Gerade die Flüchtlingssituation werde von den Menschen als Thema Nr. 1 gesehen, was eine aktuelle Umfrage belege. Dies sei kein Wunder, da derzeit tagtäglich 1.000 Flüchtlinge nach Niedersachsen kämen und die damit verbundenen Kosten des Landes von 170 Millionen Euro im Jahre 2014 auf 650 Millionen Euro im Jahre 2015 angestiegen seien. Weitere Steigerungen würden erwartet. Die Diskussion über den Antrag „Arbeit.Bildung.Niedersachsen.“ sei Anfang des Jahres unter anderen Vorzeichen gestartet. Das Thema bleibe jedoch wichtig und unverzichtbar für die SPD.

LANDESVERBÄNDE NIEDERSACHSEN UND BREMEN TAUSCHTEN SICH AUS

Regelmäßig treffen sich die SPD-Landesvorstände, die Bundestagsabgeordneten sowie die Fraktionsspitzen der Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen aus Niedersachen und Bremen. Am 12. und 13. März 2015 fand eine solche Begegnung in Bremen statt. Die Flüchtlingspolitik stand auch bei diesem Treffen im Mittelpunkt der Beratung. In einer abschließenden gemeinsamen „Bremer Erklärung“ unterstützten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Forderung, dass der Bund die Kosten der Unterbringung der Flüchtlinge übernehmen müsse. Ebenso müsse der Bund die Erstattung der Gesundheitskosten übernehmen und das BAMF personell in die Lage versetzen, die Asylverfahren sorgfältig und schnell zu bewältigen. Nur so könnten Länder und Kommunen den Anforderungen durch die steigenden Flüchtlingszahlen standhalten. Darüber hinaus wurde ein transparentes Einwanderungsgesetz gefordert, auch um ausländische Fachkräfte für Deutschland zu gewinnen.

Die Landesvorsitzenden Stephan Weil und Jens Börnsen bei der gemeinsamen Tagung in Bremen ; © SPD Niedersachsen.

Außerdem stellten die zuständigen Abgeordneten auf der Tagung die Arbeitsschwerpunkte der Bundes- und Landtagsfraktionen vor. Dazu zählten die Bereiche gesunde Ernährung/Agrarpolitik/Tier- und Verbraucherschutz, maritime Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Inklusion. Über Stand und Zielsetzung des niedersächsischen Programmjahres „Arbeit.Bildung.Niedersachsen.“ berichtete Landesvorsitzender Stephan Weil. Neben dem Standbein soziale Gerechtigkeit benötige die SPD das Spielbein wirtschaftspolitische Kompetenz, betonte er. Abgerundet wurde die Tagung durch einen sehr informativen Besuch beim Luftfahrtunternehmen Airbus in Bremen.

GELUNGENE BEITRÄGE GELEBTER WILLKOMMENSKULTUR

Bilanz und Ausblick, Antragsberatung sowie eine Preisverleihung bestimmten die Tagesordnung des Landesparteirates am 30. Mai 2015. Genau zweieinhalb Jahre nach der letzten Landtagswahl und ebenso lange vor dem nächsten Wahltermin blickten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zurück auf die Erfolge rot-grüner Landespolitik und warfen einen Blick auf die Projekte der zweiten Hälfte der aktuellen Legislaturperiode. Die stellvertretende Landesvorsitzende und Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Hanne Modder nannte die Abschaffung der Studiengebühren einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Sie habe bereits dazu geführt, dass wieder mehr junge Menschen ihr Studium in Niedersachsen aufnähmen. Der weitere Ausbau der Ganztagsschule und die Abschaffung des Turbo-Abiturs stünden unmittelbar vor der Beschlussfassung im Landtag. Ministerpräsident Stephan Weil strich heraus, es gebe weniger Arbeitslose und mehr Arbeitsplätze als je zuvor. Außerdem stehe man kurz davor, einen Landeshaushalt ohne neue Schulden auf den Weg zu bringen.

2015.05.30 LPR Hanne Modder
Die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Hanne Modder präsentierte die Erfolge von zweieinhalb Jahren rot-grüner Regierung.
© SPD Niedersachsen

Du kannst alles – Aktion vor dem Landtag
Das neue Schulgesetz wurde mit einer Aktion vor dem Landtag gefeiert.; © SPD Niedersachsen

Erstmalig wurde auf dem Landesparteirat ein Preis für gelebte Willkommenskultur verliehen. Diese Preisverleihung war durch Beschluss des Landesparteitages 2014 ins Leben gerufen worden. Ausgezeichnet werden damit u. a. Aktivitäten zur Verbesserung des Miteinanders von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und Beiträge zur Völkerverständigung. Den Preis in Höhe von je 500 Euro erhielten die Organisatoren eines Fußballcups, eine SPD-Arbeitsgruppe zur Unterstützung von Flüchtlingen sowie ein ehrenamtlicher Integrationskurs in einer Gemeinde. Bei der Preisverleihung betonte Generalsekretär Detlef Tanke, jedes Zeichnen von Willkommen sei für die Menschen wichtig, die als Flüchtlinge in Deutschland ein neues Zuhause suchten. Bei der Antragsberatung, dem dritten Programmpunkt des Landesparteirates, setzten sich die Gegner der Vorratsspeicherung mit ihrem Anliegen nach ausführlicher, kontroverser Debatte durch.

2015.05.30 LPR Preisverleihung mit Weil und Pistorius
Die Preisträger für gelungene Willkommenskultur zusammen mit Stephan Weil (links) und Innenminister Boris Pistorius (rechts)
© SPD Niedersachsen

DU KANNST ALLES – KAMPAGNE ZUR BILDUNGSPOLITIK

Am 03. Juni 2015 beschloss der Landtag mit rot-grüner Mehrheit eine einschneidende Reform des niedersächsischen Schulgesetzes. Mit dieser Entscheidung brachte er wichtige Verbesserungen für den Schulalltag junger Menschen, für Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer in Niedersachsen auf den Weg. Dazu zählen:

- eine verbesserte Ganztagsbeschulung,
- die Abschaffung des Turbo-Abiturs und Rückkehr zum Abi nach 13 Jahren,
- der Wegfall der Schullaufbahn-Empfehlung am Ende der Grundschule,
- mehr Elternwille,
- die Stärkung der kommunalen Schulträger.

Im Rahmen einer viel beachteten Kampagne des SPD-Landesverbandes Niedersachsen unter dem Motto: #dukannstalles – Bildungschancengesetz 2015 fanden landesweit Aktionen statt. Für Hausverteilungen, Infostände sowie die Medienarbeit gab es Vorlagen und Materialien, u. a.

- Stundenpläne
- Kugelschreiber
- Postkarten
- Musterpressemitteilungen
- Header und Banner für Internetseiten
- Sharepics für Facebook und Instagram

Du kannst alles – Infostand
Mit Infoständen warb die SPD für die Bildungsreformen.
© SPD Niedersachsen

Du kannst alles – Kugelschreiber: Kugelschreiber gab es mit Hashtag
© SPD Niedersachsen

Du kannst alles - Postkarten: Die eigens für die Kampagne entworfenen Postkarten machten deutlich, dass mit einer modernen und gerechteren Schulpolitik auch verborgene Talente in unseren Kindern und Jugendlichen gefördert werden, die nicht auf den ersten Blick erkennbar sind.

KOMMUNE UND LAND – HAND IN HAND

Bereits zum dritten Mal in der laufenden Landtagswahlperiode trafen sich am 18. Juli 2015 die sozialdemokratischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte Niedersachsens mit der SPD-Landesspitze. Zu diesem Treffen erschienen der Landesvorsitzende Stephan Weil, die Landtagsfraktionsvorsitzende Hanne Modder, Generalsekretär Detlef Tanke, der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Ulrich Watermann, der SGK-Landesvorsitzender Franz Einhaus und Staatssekretär Stephan Manke in Vertretung von Innenminister Boris Pistorius. Sie informierten und diskutierten über neueste landespolitische Themen mit besonderer Bedeutung für die kommunale Ebene.

Alle staatlichen Ebenen seien sehr gefordert bei einer menschenwürdigen Bewältigung des Flüchtlingsproblems. Darin waren sich die Anwesenden einig. „Land und Kommunen sind bis an die Grenzen des Möglichen belastet“, erklärte Stephan Weil. Ziel müsse es deshalb sein, dass Asylbewerber, die überhaupt keine Chance auf Anerkennung hätten, erst gar nicht auf die Kommunen verteilt würden. Die gemeinsame Forderung der Anwesenden lautete daher, die Anerkennungsverfahren deutlich zu beschleunigen – immer unter strikter Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien. Wer als Asylbewerber nicht anerkannt werde, müsse schnell in das Heimatland zurückgeführt werden. Diejenigen dagegen, die auf Dauer in Deutschland bleiben, sollten verstärkt in Ausbildung und Arbeitsmarkt integriert und gefördert werden.

Auf dem Treffen betonte Stephan Weil auch, dass die Ganztagsschule zur Regelschule gemacht werden solle. Als sehr positiv am neuen Schulgesetz strich Stephan Weil heraus, dass die Spielräume für die Schulträger erweitert worden seien. Es sei die Haltung dieser Landesregierung, Dinge nicht zentral vorzugeben, die man vor Ort sehr viel besser entscheiden könne. „Kommune und Land – Hand in Hand“ – so laute das Motto der Landesregierung.

2015.07.18 Treffen der SPD HVB
Austausch zwischen Landesebene und Kommunen; Franz Einhaus, Ulrich Watermann, Stephan Manke und Stephan Weil (v. l.)
© SPD-Niedersachsen

„AUF SOZIALISTEN, SCHLIEßT DIE REIHEN“

70 Jahre Wiederaufbau der SPD im Nachkriegsdeutschland

Mit einem Festakt gedachte die SPD Niedersachsen am 6. Oktober 2015 des 70. Jahrestages der Wennigser Konferenz. Vom 5. bis 7. Oktober 1945 waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus ganz Deutschland erstmals nach der Zerschlagung des Faschismus in Wennigsen in die Region Hannover zusammen gekommen, um die SPD neu zu gründen. Zum 70. Jubiläum trafen sich erneut SPD-Mitglieder und Gäste an diesem historischen Ort.

„Die Eröffnung des Treffens vor 70 Jahren war ein hoch emotionaler Moment,“ berichtete Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Leiter der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, in seiner Festrede. Rote Tücher, Blumen und ein Porträt von Karl Marx hätten den Saal geschmückt. Erstmals war nach 12 Jahren Unterdrückung, Verfolgung, Inhaftierung und Ermordung vieler Genossinnen und Genossen wieder der Sozialistenmarsch zu hören: „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen. Die Trommel ruft, die Banner weh’n. Es gilt die Arbeit zu befreien, es gilt der Freiheit Auferstehn.“ Im Zentrum der damaligen Konferenz habe die Rede „Der Kampf um die Demokratie“ von Kurt Schumacher gestanden, der mit ihr den Grundstein für die Entwicklung der SPD zur Volkspartei einleitete.

Dieser Meinung waren auch der SPD-Landesvorsitzende Stephan Weil sowie die Politologin und Strategieberaterin Laura-Kristin Krause in ihrem Gespräch über die Zukunft der SPD. Der Landesvorsitzende betonte, dass für ihn eine lebendige Demokratie ohne den stabilisierenden Faktor Parteien undenkbar sei. Wichtig für die künftige Entwicklung sei deshalb, die gemeinsame Linie der SPD öffentlich deutlicher werden zu lassen.

Im Rahmen des Festaktes gab es ein zweites Jubiläum. Niedersachsens ehemaliger Finanzminister Heiner Aller wurde gemeinsam von Stephan Weil und dem Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Region Hannover, Matthias Miersch MdB, für 50 Jahre engagierte Parteimitgliedschaft geehrt.

2015.10.06 Wennigsen Weil-Aller-Miersch
Jubilar Heiner Aller (Bildmitte) zusammen mit Stephan Weil (links) und Matthias Miersch (rechts); © SPD Niedersachsen

KOMMUNALWAHL 2016

Mit einem Kommunalkongress völlig neuer Prägung stimmte sich die SPD Niedersachsen auf die Kommunalwahl im Herbst 2016 ein. Mit elf Wahlkampfworkshops, einem Improvisations-Theater sowie einem großen Markt der Möglichkeiten bot der Kongress am 27. Februar 2016 in Hannover eine Reihe praktischer Anregungen. Hunderte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus allen Landesteilen nahmen das Angebot wahr und informierten sich über neue Möglichkeiten der Wahlkampfführung. Zahlreiche Ortsvereine präsentierten innovative Ideen und praktische Beispiele ihrer Arbeit. Die Workshops beschäftigten sich mit Bürgerkontakt am Infostand oder dem Einsatz von digitaler Fotografie, Filmen und sozialen Medien. Eine Schreibwerkstatt vermittelte die Grundlagen für das Verfassen von Medieninformationen. Gut gerüstet und mit vielen neuen Ideen im Gepäck traten die Besucherinnen und Besucher des Kommunalkongresses die Heimreise an und setzten ihr neues Wissen im Wahlkampf vor Ort ein. Für den Kommunalwahlkampf stellte der Landesverband ein Gestaltungsportal im SPD-Shop bereit, mit dem die Ortsvereine ihre Wahlkampfmaterialien gestalten und in Druck geben konnten. Einige Pilot-Unterbezirke erprobten außerdem gezielt die Möglichkeiten des datenbasierten Wahlkampfes, der insbesondere im Landtagwahlkampf 2017/2018 zum Tragen kommen sollte. Außerdem vermittelte der Landesverband landes- und bundespolitische Prominenz, die die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vor Ort unterstützten.

2016 Kommunalwahl FuZo Hannover
Wahlkampf in der Fußgängerzone; © SPD Niedersachsen

Mit einer Pressekonferenz läutete der Landesverband am 11. August 2016 die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes ein. Bei dieser Gelegenheit stellte Ministerpräsident Stephan Weil die erfolgreiche Landespolitik vor. Er betonte: „Die SPD-geführte Landesregierung hat die gute Entwicklung unserer Kommunen tatkräftig unterstützt." Die Kosten für die Flüchtlinge würden zeitnah erstattet und die Unterkunftspauschale deutlich erhöht. Mit einem Investitionsprogramm von 1,3 Mrd. Euro werde man die Sanierung der Krankenhäuser mit Nachdruck vorantreiben. Hanne Modder, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und selbst Kandidatin für den Kreistag und Gemeinderat in ihrer Heimat, strich unter anderem die Bedeutung der Einführung einer dritten Kraft in Krippen und den systematischen Ausbau von Ganztagsschulen durch die rot-grüne Mehrheit im Niedersächsischen Landtag heraus.

2016 Kommunalwahl Rosen verteilen Weil
Bürgerdialog beim Rosen Verteilen; © SPD Niedersachsen

Die Kommunalwahl in Niedersachsen erbrachte für die SPD höhere Verluste als erwartet. Aber im Detail präsentierte sich ein sehr differenziertes Bild. Bei den Rats- und Kreistagswahlen lag das durchschnittliche Minus bei 3,7 Prozent. Jedoch zeigten sich sehr große regionale Unterschiede. So gewann die SPD in der Braunschweig hinzu, während sie in Hannover verlor. Ein schlechtes Ergebnis wurde ebenfalls in Osnabrück erzielt und die SPD in Emden stellte aufgrund örtlicher besonderer Probleme mit einem Minus von über 20 Prozent gegenüber der vorangegangenen Wahl einen Sonderfall dar. Doch auch bei den Grünen gab es „Katzenjammer" und die AfD erzielte nicht das Ergebnis, das sie sich erhofft hatte. Bedauerlicherweise gab es jedoch auch zweistellige AfD-Ergebnisse wie in der Region Hannover.

DIE LANDTAGSWAHL IM BLICK

Dem turnusgemäßen Landesparteirat 2016 hielt der SPD-Landesverband am 12. November 2016 in Hannover ab. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Beratung von Anträgen, darunter zwei Kapitel, die der Landesparteitag 2016 aus Zeitgründen vertagt hatte.
Landesvorsitzender Stephan Weil erklärte, mit dem Brexit und dem Erstarken der AfD habe es einschneidende Ereignisse seit dem letzen Landesparteitag im April gegeben. Die SPD habe bei der Kommunalwahl am 11. September 2016 im Landesdurchschnitt 3,5 % verloren, bei allerdings regional sehr großen Unterschieden. In Niedersachsen sei der Rechtpopulismus in der eindeutigen Minderheit, was jedoch nicht dazu verleiten dürfe, das Problem zu unterschätzen. Der Zustrom von Flüchtlingen sei gut bewältigt worden. Die SPD bleibe die Partei der Gerechtigkeit und lasse sich diesen Rang von der AfD nicht ablaufen.
Leider sei die SPD die Partei mit dem unklarsten politischen Profil. Daran müsse dringend gearbeitet werden. Die niedersächsische Landespolitik stoße auf hohe Zufriedenheit. Die Landesregierung investiere 1,3 Milliarden Euro in die Krankenhaussanierung. 60 Millionen Euro würden zusätzlich für Kindertagesstätten aufgewendet, die Schulsozialarbeit werde als Landesaufgabe übernommen. 1.000 Polizisten würden zusätzlich eingestellt. Gleichzeitig würden der Landeshaushalt saniert und keine neuen Schulden aufgenommen. Bereits ab 2017 werde die Schuldenbremse eingehalten. Im Schulterschluss mit dem Betriebsrat wirke die Landesregierung für eine sichere Zukunft des VW-Konzerns.
Neben dem Rückblick auf die vergangenen Monate und auf die Wahlen stand auch eine erste Information der Delegierten über die Werbelinie der SPD zur Landtagswahl 2018 auf der Tagesordnung. Man müsse die Menschen mit verständlicher Sprache erreichen. Erforderlich sei es, wenige Botschaften immer wieder zu wiederholen. Die politische Darstellung sei oft zu intellektuell. Sie dürfe nicht banal, aber durchaus einfach sein. Die Botschaften müssten zudem mit Stephan Weil als Spitzenkandidat verbunden werden. Die SPD könne mit dem Thema Sicherheit zwar nicht gewinnen, sehr wohl aber verlieren. Derzeit fühlten sich die Niedersachsen jedoch sicher, wie aktuelle Umfragen belegten. Bildung sei nie ein Thema, bei dem alle Menschen zufrieden seien. Doch Niedersachsen stehe gerade auf diesem Feld im bundesweiten Meinungsvergleich gut da. Die Abschaffung des Turbo-Abiturs und der Studiengebühren seien Gewinnerthemen. Gewarnt wurde, nicht die Wählerinnen und Wähler der AfD anzugreifen („die dummen AfD-Wähler"), sondern sich mit der Partei auseinanderzusetzen.

ARBEIT 4.0 – GUTE ARBEIT HAT ZUKUNFT

Auf einer Fachkonferenz „Arbeit 4.0 – Digitalisierung der Arbeitswelt" diskutierte die SPD Niedersachsen mit Experten und Interessierten am 19. November 2016 auf dem hannoverschen Messegelände über Herausforderungen und Vorteile der Digitalisierung. Die Digitalisierung hinterlasse bereits heute deutliche Spuren im Alltag. Dennoch stehe sie etwa mit automatischem Waren-Versand, robotertergestütztem Autobau und mobiler Arbeit erst am Anfang. Umso wichtiger sei es, die Digitalisierung zu gestalten. Der SPD-Landesvorsitzende Stephan Weil betonte auf der Konferenz: „Die Menschen müssen auch in Zukunft die Maschinen beherrschen und nicht umgekehrt." Das müsse der Maßstab für ein Arbeitsrecht 4.0. sein. „Wir wollen die Chancen nutzen für mehr Selbstständigkeit und Flexibilität am Arbeitsplatz. Arbeitnehmer dürfen aber nicht uneingeschränkt verfügbar und kontrollierbar sein."

Der Staatssekretär des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) Thorben Albrecht stellte ein entsprechendes Projekt vor: „Arbeitszeitpolitik muss auch in der digitalen Arbeitswelt Schutz vor

Entgrenzung und Überforderung bieten. Zugleich wollen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zeitlich und räumlich flexiblere Arbeitszeiten." Deshalb teste das BMAS mit ausgewählten Unternehmen eine Wahlarbeitszeit – zeitlich befristet, wissenschaftlich begleitet und tarifvertraglich abgesichert. Zudem sei Qualifizierung im digitalen Zeitalter die beste Arbeitsversicherung. Deshalb gelte es, dass alle Akteure – Staat, Arbeitslosenversicherung, Unternehmen, Erwerbstätige – gemeinsam an einer Weiterbildungsstrategie arbeiteten, so Albrecht.

2016.11.19 Arbeit 4.0
Die Digitalisierung ist aus der Arbeitswelt nicht mehr wegzudenken.
© Konstantin Tönnies

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

In Niedersachsen organisieren sich die Arbeitsgemeinschaften weiterhin entweder auf Bezirks- oder auf Landesebene. Die Arbeitsgemeinschaften, die auf Bezirksebene bestehen und dort ihre Vorstände wählen (AGS, AfA, ASF, ASG, Selbst Aktiv, 60plus), treffen sich auf Landesebene in sog. Landesausschüssen. In diese entsenden sie zum Zwecke des gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausches Vertreterinnen und Vertreter aus den vier Bezirken. Einen Landesverband bilden die Arbeitsgemeinschaften der Jusos, der AfB und der ASJ. Alle im Landesverband bestehenden Arbeitsgemeinschaften entsenden ein beratendes Mitglied in den SPD-Landesvorstand.

Nachstehend die im Landesverband Niedersachsen in den Jahren 2015/16 bestehenden Arbeitsgemeinschaften:
AfA – Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Sprecher: Hans-Jürgen Licht / Burkhard Bisanz
ASF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen)
Sprecherin: Annegret Ihbe
ASG (Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen)
Sprecher: Andreas Hammerschmidt
AfB (Arbeitsgemeinschaft für Bildung)
Vorsitzende: Elke Tonne-Jork
ASJ (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen)
Vorsitzender: Robert Nicholls
AGS (Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD)
Sprecher: Prof. Dr. Michael Hamann
Jusos (Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten)
Vorsitzende: Knud Hendricks / Leonard Kuntscher
Selbst Aktiv
Sprecher: Karl Finke
60plus (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren)
Sprecher: Wolfgang Welge / Heiner Kortmann

GEDENKEN

Auch in den Jahren 2015 und 2016 hat die SPD in Niedersachsen wieder verdiente und langjährige Genossinnen und Genossen durch Tod verloren. Darunter:

Hermann Kulle, Oldenburg, 67 Jahre Mitglied der SPD, ab 1959 u. a. SPD-Unterbezirksgeschäftsführer, Bezirksgeschäftsführer Weser-Ems von 1968 bis zum Eintritt in den Ruhestand im Jahre 1996 geb. am 14. Mai 1931, gest. am 29. Juni 2016.
Manfred Pesditschek, Braunschweig, ehemaliger Ratsherr der Stadt Braunschweig, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion und Landtagsabgeordneter, geb. am 10. Februar 1944, gest. am 01. Juni 2015.
Arnold Schölzel, Ritterhude, 61 Jahre Mitglied der SPD, Mitglied des Kreistages Osterholz von 1966 bis 1976, Mitglied im UB-Vorstand Osterholz von 1966 bis 1980, Ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Ritterhude von 1970 bis 1995, geb. am 28. April 1926, gest. am 12. Januar 2016.
Hans-Joachim Stief, Hannover, Bezirksgeschäftsführer von Braunschweig und anschl. Hannover, danach Landesgeschäftsführer bis 1987, 1970 bis 1986 Mitglied des Nds. Landtages, geb. am 26. Mai 1926, gest. am 01. April 2015.

Die vier Genossen stehen beispielhaft für zahlreiche ehemalige Weggefährtinnen und -gefährten. Partei und Gesellschaft haben ihnen viel zu verdanken.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS (GEWÄHLT AM 9. APRIL 2016)

Vorsitzender
Stephan Weil

Stv. Landesvorsitzende
Daniela Behrens
Petra Emmerich-Kopatsch
Olaf Lies
Johanne Modder
Ulrich Watermann

Generalsekretär
Detlef Tanke

Schatzmeisterin
Hanna Naber

Beisitzerinnen und Beisitzer
Frauke Heiligenstadt
Knud Hendricks
Hauke Jagau
Christina Jantz-Herrmann
Andrea Kötter
Leonard Kuntscher
Laura Letter
Dirk-Ulrich Mende
Matthias Miersch
Siemtje Möller
Carola Reimann
Michael Rüter
Nilgün Sanli
Astrid Schlegel
Katja Schoner
Andrea Schröder-Ehlers
Jenna Schulte
Gerd Will
Bernd Wölbern

Landesgeschäftsführer
Katy Hübner (ab 01. November 2014)
Schorsch Brockmeyer (ab 15. August 2015)

Revisorinnen und Revisoren
Rolf Hojnatzky
Ute Johanns
Diethard Karau
Bernd Michallik

BRAUNSCHWEIG

SPD

SPD-BEZIRK BRAUNSCHWEIG

DIE POLITISCH-ORGANISATORISCHE TÄTIGKEIT DES BEZIRKSVORSTANDES UND DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Seit dem Bezirksparteitag am 25. April 2015 in Peine liegen zwei ereignisreiche Jahre hinter dem SPD-Bezirk Braunschweig, in denen die ehrenamtlichen Funktions- und Mandatsträgerinnen und Funktions- und Mandatsträger, die Berufspolitiker und -politikerinnen in Land und Bund sowie die Geschäftsführung in vielfältiger Weise beschäftigt und aktiv waren.

Zusammengefasst waren folgende Ereignisse und Entwicklungen von herausragender Bedeutung und haben das Wirken der SPD nach innen und nach außen geprägt:

- Planung und Durchführung des 150-jährigen Jubiläums der SPD im Braunschweiger Land;
- personelle, inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Kommunalwahlen im September 2016 mit vielfältiger Beratung und Unterstützung durch den Bezirk;
- inhaltliche Planung und Veranstaltung von Klausurtagungen zur Abstimmung des Arbeitsprogramms des Bezirksvorstandes gemeinsam mit den Abgeordneten und den Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten;
- Abstimmung mit dem Bezirk Hannover und die Organisation des Wechsels des Unterbezirks Osterode von Braunschweig nach Hannover sowie die Planung innerhalb des Bezirks zu finanziellen und organisatorischen Folgen;
- Durchführung von Workshops in allen Unterbezirken zur aktuellen Situation und zu den Zukunftsperspektiven der Parteiorganisation;
- Vorbereitung auf die Bundestagswahlen am 24. September 2017 sowie die Vorbereitung der Landtagswahlen am 14. Januar 2018.

Sigmar Gabriel MdB (Parteivorsitzender) sprach zu den Delegierten des SPD-Bezirksparteitags am 25. April 2015 in Peine.

Die Erläuterungen skizzieren die Arbeit des SPD-Bezirks sowie die Aktivitäten der Unterbezirke. Die Berichte beschreiben die wichtigsten Ereignisse. Sie geben Einblick in die Arbeit in den Gliederungen und zeigen einen kleinen Teil der Arbeit vor Ort.

150 JAHRE SPD IM BRAUNSCHWEIGER LAND

Der 6. September 1865 gilt als Gründungstag der SPD im Braunschweiger Land. Damals wurden auf Initiative von Wilhelm Bracke die ersten Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) gegründet. Der SPD-Bezirk Braunschweig führte zum 150-jährigen Jubiläum ein Kolloquium zu den historischen Aspekten der Parteigeschichte und am 6. September 2015 in Braunschweig eine große Jubiläumsfeier durch.

Die Historikerin Prof. Dr. Helga Grebing (†) referierte im Rahmen der Festveranstaltung des SPD-Bezirks Braunschweig zum Thema „Die gestaltende Kraft – 150 Jahre SPD im Braunschweiger Land“.

DIE KOMMUNALWAHLEN AM 11. SEPTEMBER 2016

Die Kommunalwahlen waren die einzigen landesweiten Wahlen im Berichtszeitraum. Die SPD musste landesweit Einbußen hinnehmen. Im Bezirk legte die Partei nur in Braunschweig zu. Vor allem in Gifhorn, Helmstedt und Wolfsburg gab es erhebliche Verluste. Aber auch die Konservativen und die Grünen mussten zum Teil erhebliche Verluste hinnehmen. Dagegen gab das relativ gute Abschneiden der AfD (zwischen 8 und 12 Prozent) allen Parteien Anlass zur Sorge.

Ein Problem der SPD war die zu geringe Auswahl an Kandidatinnen und Kandidaten. Deshalb muss die Partei in Zukunft wieder mehr Wert auf innerparteiliche Bildung und Qualifizierung legen. Schon

Mit Rückenwind aus Berlin ins Rathaus der Stadt Peine: Thomas Oppermann MdB (Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion) unterstützte Klaus Saemann beim Bürgermeisterwahlkampf.

jetzt müssen Maßnahmen zur Personalentwicklung und Qualifizierung für die Wahlen 2021 in Angriff genommen werden, um dann besser personell aufgestellt zu sein.

DIE KLAUSURTAGUNGEN DES BEZIRKSVORSTANDES

Die Klausurtagungen des SPD-Bezirks Braunschweig dienten der Vorbereitung und Diskussion über die inhaltliche, strategische und politische Arbeit. Neben öffentlichen Veranstaltungen, die zumeist den Klausurtagungen vorgeschaltet waren (wie die Veranstaltung „Vereinbarkeit von Beruf und Familie"), gehörten auch abendliche Kamingespräche mit der SPD-Generalsekretärin Katarina Barley und der SPD-Bundesgeschäftsführerin Juliane Seifert zum Ablauf der Klausur. Darüber hinaus diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Schwerpunkte der politischen Arbeit und verabschiedeten diese.

Im Rahmen der Veranstaltung „Die neue Vereinbarkeit: Gut für die Familie – gut für die Wirtschaft!" diskutierte die SPD mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Gewerkschaften.

Diskussionsrunde mit Rifat Fersahoglu-Weber (Vorstandsvorsitzender des AWO-Bezirksverbands Braunschweig), Susanne Hollenbach (Geschäftsführerin Galeria Kaufhof Braunschweig), Christiane Hesse (Mitglied des Vorstands der Volkswagen Financial Services AG) und Detlef Ahting (ver.di Landesbezirksleiter Niedersachsen-Bremen) (v. l.). Die Moderation übernahmen Dr. Carola Reimann MdB und Hubertus Heil MdB.

DER WECHSEL DES UB OSTERODE ZUM BEZIRK HANNOVER

Aufgrund der Fusion der Landkreise Osterode und Göttingen zum neuen Landkreis Göttingen waren auch die Parteigliederungen dazu aufgerufen, sich über die Struktur in diesem Bereich Gedanken zu machen. Da die entsprechenden SPD-Unterbezirke unterschiedlichen Bezirken angehörten, mussten sich die Bezirke Braunschweig und Hannover auf einen Weg der Fusion verständigen, der für die Mitglieder nachvollziehbar und politisch tragbar war. Nach langen Verhandlungen erzielten die Bezirke einen Kompromiss. Der Unterbezirk Osterode wird dem Bezirk Hannover zugeordnet und fusioniert dann mit dem Unterbezirk Göttingen. Zum Ausgleich für diesen Verlust wurden finanzielle und organisatorische Zugeständnisse zwischen den Bezirken Braunschweig und Hannover vereinbart.

DIE WORKSHOPS IN DEN UNTERBEZIRKEN MIT DEM BEZIRKSVORSITZENDEN

Sinkende Mitgliederzahlen, eine älter werdende Partei, immer weniger junge Menschen und immer weniger Frauen – so stellt sich die SPD leider auch im SPD-Bezirk Braunschweig dar. Um diese Entwicklung nicht einfach hinzunehmen, sondern um dem entschlossen und entschieden entgegen zu wirken, setzte der Bezirk eine organisationspolitische Arbeitsgruppe ein. Mit Hilfe einer Befragung aller Ortsvereine im Bezirk versuchte die Gruppe, Wege zu finden, dem Trend entgegenzuwirken.

Zur Vertiefung der Kommunikation veranstaltete der Bezirk in allen acht Unterbezirken Workshops mit alle Ortsvereinsvorsitzenden, um zentrale organisationspolitische Fragen zu klären:

- Wie können die Ortsvereine entlastet werden, damit sie wieder stärker politisch arbeiten können?
- Wie können sie sich auch wieder mehr um Mitgliedergewinnung und Mitgliederbindung kümmern?

Der Prozess wird in den nächsten Jahren fortgesetzt und soll dazu führen, dass die SPD im Bezirk Braunschweig im Jahr 2021 wieder optimal aufgestellt ist, um die anstehenden Kommunalwahlen für sich zu entscheiden.

DIE VORBEREITUNGEN AUF DIE BUNDESTAGSWAHLEN AM 24. SEPTEMBER 2017 UND DIE LANDTAGSWAHLEN AM 14. JANUAR 2018

Für die Bundestagswahl am 24. September 2017 stellte der Bezirk folgende Kandidatinnen und Kandidaten auf: Dr. Carola Reimann (Braunschweig), Sigmar Gabriel (Salzgitter-Wolfenbüttel), Hubertus Heil (Gifhorn-Peine) und Falko Mohrs (Helmstedt-Wolfsburg) Damit macht die SPD den Bürgerinnen und Bürgern in der Region ein ausgezeichnetes Personalangebot. Ziel ist es – auch bei der Landtagswahl – alle Wahlkreise direkt zu gewinnen.

HILFE FÜR HILFESUCHENDE UND DANK AN EHRENAMTLICHE

Neben den vielen politischen und organisatorischen Aufgaben haben den SPD-Bezirk auch immer wieder die Menschen bewegt, die auf der Flucht vor Hunger, Krieg und Verfolgung nach Deutschland kamen und hier Schutz suchten.

Seit Sommer/Herbst 2015 reisten mehr als eine Million Flüchtlinge und Asylsuchende nach Deutschland. Diese unerwartet große Zahl von Menschen stellte vor allem die Kommunen vor große Herausforderungen. Unterkünfte und die Versorgung der Menschen mussten organisiert werden. Hinzu kamen zahlreiche Aufgaben im Bildungs- und Gesundheitswesen. Sprachbarrieren mussten überwunden werden. Die Asylsuchenden brauchten organisatorische Hilfen z. B. bei Behördengängen. Alle diese Aufgaben konnten nur durch eine gemeinsame Anstrengung bewältigt werden. Vieles ist gelungen, aber vieles ist noch zu tun! Dank an alle, die mit Rat und Tat mitgeholfen haben. Dazu gehören insbesondere die Wohlfahrtsverbände und Kirchen mit ihren zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die Kommunalpolitikerinnen und -politiker, die Verwaltungen und die Vielzahl von Ehrenamtlichen, zu denen viele zahlreiche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zählen, die vor Ort unbürokratisch mit angepackt haben.

KOMMUNALWAHLEN AM 11. SEPTEMBER 2016

Am 11. September 2016 wurden in den Samtgemeinden die Räte der Mitgliedsgemeinden und die Räte der Samtgemeinden gewählt. In den Einheitsgemeinden bzw. Städten wurden die Mitglieder der Gemeinderäte bzw. der Stadträte und die Mitglieder der Ortsräte bzw. Bezirksräte gewählt. Hinzu kamen die Wahlen der Abgeordneten der Kreistage.

Dort, wo die Amtszeit der hauptamtlichen Bürgermeister bzw. Landräte abgelaufen war, fanden Direktwahlen statt. Im Bereich des SPD-Bezirks Braunschweig gab es diese im Landkreis und in der Stadt Peine, der Gemeinde Lengede, im Landkreis Helmstedt, der Samtgemeinde Nord-Elm und der Samtgemeinde Velpke sowie in den Samtgemeinden Papenteich (LK GF) und Baddeckenstedt (LK WF).

Bei der Vorbereitung der Wahlen wurde auch in der SPD erneut sehr deutlich, dass zu wenig interessierte und qualifizierte Mitglieder für eine Kandidatur bereit standen. Der hohe Altersdurchschnitt in der Partei von knapp unter 60 Jahren hat dazu beigetragen, dass es in einigen Bereichen nicht genügend Kandidatinnen und Kandidaten gab. In manchen Bereichen gab es sogar keine SPD-Liste. SPD-Mitglieder, die dennoch kandidieren wollten, mussten sich auf einer Bürgerliste aufstellen lassen.

Im Vergleich zu vorherigen Wahlen gab es zwei Aspekte, die erstmals Einfluss auf das Wahlergebnis hatten:
1. die Kandidatur der AfD
2. die aktuelle Flüchtlingspolitik

Die Bandbreite der SPD-Ergebnisse war enorm und reichte von 20 Prozent bis weit über 60 Prozent. In zahlreichen Gemeinden erzielte die SPD die absolute Mehrheit der Mandate und stellt dort die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister und oft auch den Stellvertreter oder die Stellvertreterin.

Als Fazit aus dieser nicht vollständigen Analyse der Kommunalwahlen zieht der Bezirk folgende Schlüsse:
1. Das Thema Mitgliederwerbung muss eine Daueraufgabe für alle Parteigliederungen und insbesondere für alle Mandats- und Funktionsträger sein.
2. Neue und interessierte SPD-Mitglieder müssen besser betreut und qualifiziert werden.
3. Die Vorstände und Fraktionen müssen sich öffnen und Mitgliedern Einblicke in kommunalpolitische Prozesse und Abläufe ermöglichen. Dazu gehören mehr Beteiligungsmöglichkeiten als bisher.
4. Die Vorstände der Ortsvereine sollten sich dauerhaft darum kümmern, in ihren Bereichen eine vorausschauende und nachhaltig wirkende Personalentwicklung zu betreiben.
5. Die Unterbezirke und der Bezirk sind aufgerufen, den Vorständen der Ortsvereine bei der Umsetzung dieser Ziele bzw. Aufgaben die notwendige Unterstützung anzubieten.

150 JAHRE SPD – ERINNERN UND FEIERN
BERICHT ÜBER DIE AKTIONEN UND FEIERLICHKEITEN IM JAHR 2015

Am 6. September 1865 gründete sich auf Initiative von Wilhelm Bracke in Braunschweig die erste Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV). In den Folgejahren bildeten sich zahlreiche weitere Vereine im Braunschweiger Land. Die SPD im Bezirk Braunschweig betrachtet die Bildung dieser Vereine als ihre Gründungszeit. Somit war 2015 die SPD im Braunschweiger Land 150 Jahre alt. Grund genug, dieses Jubiläum angemessen zu würdigen und zu feiern.

Bereits im Jahr 2013, dem offiziellen 150-jährigen Jubiläum der SPD in Deutschland, beteiligten sich alle Unterbezirke im Bezirk Braunschweig aktiv an den Aktionen und Feierlichkeiten. So fuhren acht Reisebusse und zahlreiche Pkw mit mehr als 500 Personen nach Berlin und nahmen am Deutschlandfest am Brandenburger Tor teil.

Für das 150-jährige Jubiläum der SPD im Braunschweiger Land berief der Bezirksvorstand den Ehrenvorsitzenden des Bezirks, Ministerpräsident a. D. Gerhard Glogowski, als Schirmherren und Organisator. Unterstützung erhielt „Glogo“ vom ehemaligen Vorsitzenden des DGB in Südostniedersachsen Gundolf Algermissen und von Karl-Heinz Mühe als Mitarbeiter des SPD-Bezirks Braunschweig. Gerhard Glogowski hatte vorgeschlagen, zunächst die verschiedenen Aspekte der Geschichte der SPD im Braunschweiger Land historisch und wissenschaftlich zu beleuchten. Dies geschah auf einem historischen Kolloquium, das am 18. April 2015 in Braunschweig im „Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte“ stattfand.

Mit fast 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war das Kolloquium sehr gut besucht. Alle Grußworte und Vorträge wurden von Gundolf Algermissen in einer umfangreichen Dokumentation zusammengefasst und mit zahlreichen Fotos bebildert. Damit verfügt der Bezirk jetzt über eine eigene Dokumentation seiner Geschichte mit dem

Die Beteiligten am Kolloquium (v. l.): Prof. Dr. h. c. Gerd Biegel, Gundolf Algermissen (Schriftleitung), Gerhard Glogowski, Dr. Bernd Rother, Prof. Dr. Klaus Pollmann, Frank Erhardt, Dr. Hans-Ulrich Ludewig, Prof. Dr. Werner Widuckel

Titel: „150 Jahre SPD im Braunschweiger Land – Von den Anfängen der Arbeiterbewegung auf dem Weg zur modernen Dienstleistungsgesellschaft“. Für seine umfangreiche Arbeit dankt der Bezirk Gundolf Algermissen herzlich. Die Broschüre kann beim SPD-Bezirk Braunschweig bestellt werden.

FESTVERANSTALTUNG „150 JAHRE SPD IM BRAUNSCHWEIGER LAND“

Alle Mitglieder der SPD im Bezirk Braunschweig und zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen waren zur Festveranstaltung „150 Jahre SPD im Braunschweiger Land“ am 6. Oktober 2015 eingeladen. Mehr als 500 SPD-Mitglieder und Gäste aus Politik und Gesellschaft kamen in die historischen Pantherwerke, in denen von 1896 bis 1963 Fahrräder, Motorräder und sogar Kinderwagen hergestellt wurden.

Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Hubertus Heil hielt der SPD Parteivorsitzende Sigmar Gabriel ein Grußwort. Sigmar Gabriel machte deutlich, dass die Geschichte der SPD in Deutschland eine beispielslose Erfolgsgeschichte ist. Keine Partei habe so viel Kontinuität und Kraft gehabt und die Demokratie und die soziale Grundordnung in Deutschland und in Europa so positiv und nachhaltig gestaltet wie die SPD. „Die Braunschweiger SPD hat mit Wilhelm Bracke den Grundstein für diesen Erfolg gelegt. Darauf können wir gemeinsam stolz sein“, rief Gabriel den Gästen zu.

In seinem Grußwort ging der Ehrenvorsitzende des SPD-Bezirks Braunschweig Gerhard Glogowski besonders auf die Persönlichkeit und die Verdienste von Wilhelm Bracke ein. Er schloss seine Rede mit den Worten: „Nur der, der die eigenen Wurzeln freilegt, hat die Möglichkeit, dass die eigenen Wurzeln auch wachsen.“ Diesen Ausführungen schloss sich die Festrednerin, die Historikerin Prof. Dr. Helga Grebing, ausdrücklich an. In ihrer Rede beschrieb sie den oftmals schwierigen Weg der deutschen Sozialdemokratie, sich zu konstituieren und eigene, stabile Strukturen aufzubauen. Für Helga Grebing war Wilhelm Bracke „der richtige Mann, zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle“. Wie gefährlich und bedrohlich die damaligen Zeiten für viele Sozialdemokraten waren, erklärte Grebing am Beispiel des „Sozialistengesetzes“ und am Leben von Dr. Heinrich Jasper, den ersten sozial-demokratischen Ministerpräsidenten des Freistaates Braunschweig. Dr. Heinrich Jasper versammelte vorwiegend jüngere Menschen um sich und vermittelte ihnen die sozialdemokratischen Werte. Er wurde immer wieder politisch verfolgt, verhaftet und starb schließlich im Konzentrationslager in Bergen-Belsen. In ihrer Festrede beleuchtete Helga Grebing auch die 70-jährige Geschichte der SPD in der Nachkriegszeit und beschrieb dabei die besonderen Leistungen von Kurt Schumacher und Willy Brandt.

In einem weiteren Grußwort gratulierte Stephan Weil, Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzender in Niedersachsen, der Braunschweiger SPD. Weil bezeichnete das Braunschweiger Land als „das industrielle Herz“ Niedersachsens, das ganz besonders durch die Politik der SPD geprägt sei.

Titel der Broschüre „150 Jahre SPD im Braunschweiger Land“

CHRONIK 2015

25. April 2015 Bezirksparteitag mit Sigmar Gabriel und Stephan Weil in Peine (ca. 250 Teilnehmende)
20. Mai 2015 Veranstaltung „Es darf keine Forschungsverbote in Deutschland geben“
zum Thema Kernfusionsforschung (Moderation: Marcus Bosse MdL; Gäste: Prof. Dr. Bruno Thomauske und Dr. Ulrich-Dieter Standt ; ca. 30 Teilnehmende)
12. Juni 2015 4. Sozialkonferenz zum Thema „Inklusion“ in Braunschweig (ca. 80 Teilnehmende)
6. September 2015 Festveranstaltung „150 Jahre SPD im Braunschweiger Land“ mit Sigmar Gabriel, Prof. Dr. Helga Grebing, Hubertus Heil, Stephan Weil und Gerhard Glogowski in Braunschweig (ca. 300 Teilnehmende)
26. Oktober 2015 Start der Veranstaltungsreihe „Aktuelle Flüchtlingspolitik: Bund, Land, Kommune – Aufgabenteilung in der Flüchtlingspolitik“ mit Dr. Christos Pantazis MdL, Dr. Carola Reimann MdB und Braunschweigs Oberbürgermeister Ulrich Markurth (ca. 90 Teilnehmende)
29. Oktober 2015 Veranstaltungsreihe „Aktuelle Flüchtlingspolitik: ‚Zuflucht Niedersachsen’“ mit Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlingsrates Niedersachsen
7. November 2015 125 Jahre OV Salzgitter-Bad mit Sigmar Gabriel MdB, Stephan Weil MdL, Hubertus Heil MdB in Salzgitter-Bad
16. November 2015 Betriebs- und Personalrätekonferenz mit Andrea Nahles in Braunschweig (ca. 100 Teilnehmende)
7. Dezember 2015 1. Sicherheitskonferenz des SPD-Bezirks Braunschweig mit Hubertus Heil MdB in Gifhorn
10.-12. Dez, 2015 Bundesparteitag in Berlin

CHRONIK 2016

9. Januar 2016 Bezirksparteitag mit Thomas Oppermann MdB, Johanne Modder MdL, Boris Pistorius und Ulrich Markurth in Braunschweig (ca. 300 Gäste)
14. Januar 2016 Neujahrsempfang des Unterbezirks Braunschweig mit Stephan Weil und Ulrich Markurth in Braunschweig (ca. 400 Gäste)
26. Januar 2016 Veranstaltung zur „Gründung des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes vor 90 Jahren“ mit Klaus Wettig und Gerhard Glogowski in Braunschweig
30. Januar 2016 AsF-Neujahrsempfang in Wolfenbüttel
12. Februar 2016 Veranstaltung „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ in Salzgitter (ca. 80 Teilnehmende)
12./13. Februar 2016 Klausurtagung des SPD-Bezirksvorstands u. a. mit SPD-Generalsekretärin Katarina Barley in Salzgitter
9. April 2016 Landesparteitag mit Sigmar Gabriel in Braunschweig (ca. 300 Gäste)
18. Mai 2016 2. Sicherheitskonferenz „Öffentliche Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ in Peine
31. August 2016 Veranstaltung „Initiative Sozialer Wohnungsbau“ mit Dr. Barbara Hendricks MdB, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, in Wolfsburg (ca. 60 Teilnehmende)
6. September 2016 Kleiner Bildungsparteitag mit Frauke Heiligenstadt in Wolfenbüttel /ca. 50 Teilnehmende)
19. September 2016 Parteikonvent zum Thema CETA in Wolfsburg
11. September 2016 Kommunalwahlen
21./22. Oktober 2016 Klausurtagung des Bezirksvorstands mit SPD-Bundesgeschäftsführerin Juliane Seifert in Braunschweig
25. Oktober 2016 Workshop Orga-Entwicklung mit Hubertus Heil MdB in Wolfsburg (ca. 15 Teilnehmende)
26. Oktober 2016 Workshop Orga-Entwicklung mit Hubertus Heil MdB in Salzgitter (ca. 20 Teilnehmende)
31. Oktober 2016 Workshop Orga-Entwicklung mit Hubertus Heil MdB in Helmstedt (ca. 15 Teilnehmende)
1. November 2016 Workshop Orga-Entwicklung mit Hubertus Heil MdB und Dr. Carola Reimann MdB im Wolfenbüttel (ca. 70 Teilnehmende)
14. November 2016 Workshop Orga-Entwicklung mit Hubertus Heil MdB und Dr. Carola Reimann MdB in Gifhorn (ca. 30 Teilnehmende)
15. November 2016 Workshop Orga-Entwicklung mit Hubertus Heil MdB in Peine (ca. 40 Teilnehmende)
16. November 2016 Workshop Orga-Entwicklung mit Hubertus Heil MdB in Goslar (ca. 12 Teilnehmende)
17. November 2016 Veranstaltung zum Bundesteilhabegesetz mit der Parlamentarische Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller MdB in Braunschweig (ca. 50 Teilnehmende)
5. November 2016 Workshop Orga-Entwicklung mit Hubertus Heil MdB und Dr. Carola Reimann MdB in Braunschweig (ca. 40 Teilnehmende)

MITGLIEDER DES BEZIRKSVORSTANDS

Vorsitzender
Hubertus Heil

Stellvertretende Vorsitzende
Regina Bollmeier
Stephan Manke
Carola Reimann
Detlef Tanke

Schatzmeister
Matthias Wehrmeyer

Beisitzerinnen und Beisitzer
Achim Barchmann
Marcus Bosse
Petra Emmerich-Kopatsch
Immacolata Glosemeyer
Falk Hensel
Annegret Ihbe
Barbara Klausmeyer
Laura Letter
Gerd Meister
Falko Mohrs
Christos Pantazis
Miriam Riedel-Kielhorn
Eva Schlaugat
Bodo Seidenthal
Nicole Tietz

Ehrenvorsitzender
Gerhard Glogowski

Ltd. Geschäftsführer
Dirk Roller

HANNOVER

SPD

BEZIRK HANNOVER

SPD-BEZIRK HANNOVER VERGRÖßERTE SICH

Zum 1. November 2016 wurden die beiden Landkreise Göttingen und Osterode zum neuen Landkreis Göttingen verschmolzen. In diesem Zusammenhang erklärten die beiden SPD-Unterbezirke Göttingen und Osterode, dass sie zu einem Unterbezirk fusionieren wollen, der dem SPD-Bezirk Hannover zugeordnet werden solle. Da dieser Prozess die beiden SPD-Bezirke Braunschweig und Hannover betraf, wurde in Gesprächen nach einer einvernehmlichen Lösung für den Zusammenschluss und die Zuordnung des neuen Unterbezirks gesucht. Die Bezirke Braunschweig und Hannover schlossen im Juli 2015 eine finanzielle und organisationspolitische Vereinbarung ab, in der der Übergang des Unterbezirks Osterode vom Bezirk Braunschweig in den Bezirk Hannover geregelt wurde. Der Parteivorstand wurde gebeten, die nach § 8 (2) des Organisationsstatuts vorgesehene Neuabgrenzung vorzunehmen und die notwendigen Schritte für die jeweiligen Gliederungen zu beschreiben, so dass die Fusion der beiden Unterbezirke zum 1. Januar 2016 erfolgte.

Um der Neuabgrenzung gerecht zu werden, musste sich der Bezirk mit einem außerordentlichen Bezirksparteitag weniger als ein halbes Jahr nach dem ordentlichen Bezirksparteitag (12. September 2015, Hildesheim) neu gründen. Seit dem 9. Januar 2016 gehört nun das Gebiet des ehemaligen SPD-Unterbezirks Osterode zum SPD-Bezirk Hannover. Dadurch hat sich der Organisationsbereich des Bezirks Hannover vergrößert. Er erstreckt sich nun vom südöstlichen Landkreis Göttingen bis nach Harburg im Norden und von Diepholz im Westen bis zur Elbe im Osten. Mit seinen knapp 27.000 Mitgliedern stellt der Bezirk Hannover fast die Hälfte der SPD-Mitgliedschaft in Niedersachsen.

PROGRAMMJAHR 2015

Die SPD in Niedersachsen nutzte das wahlkampffreie Jahr 2015, um sich wirtschaftsprogrammatisch neu aufzustellen. „Unbestritten ist unsere Stärke für soziale Gerechtigkeit. Die Zukunft unseres Landes und die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sind weitere Schwerpunkte der SPD auch hier in Niedersachsen. Hierzu suchen wir den Dialog – innerhalb und außerhalb der Partei“, so Stephan Weil auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Programmjahres 2015, das unter dem Motto „Arbeit. Bildung. Niedersachsen!“ stand. Im Rahmen des Programmjahres 2015 der niedersächsischen SPD veranstaltete der SPD-Bezirk Hannover einen Diskussionsabend zum Thema „Perspektiven der Mobilitätswirtschaft in Niedersachsen“ im Alten Rathaus in Hannover. Die Ergebnisse aus dieser Veranstaltung brachte der Bezirk in den auf Landesebene ein. Zudem legte der Vorstand zum ordentlichen Bezirksparteitag im September 2015 den Antrag „Zehn Punkte für eine zukunftsfähige und sozial gerechte Verkehrspolitik“ vor, den dieser verabschiedete.

Fachveranstaltung „Perspektiven der Mobilitätswirtschaft in Niedersachsen“ im Mai 2015; © Hans-Werner Blume

LÄNDLICHER RAUM

Gemeinsam mit dem SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen nahm sich der Bezirksvorstand dem Thema „Ländliche Räume“ an. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe diskutierte unterschiedliche Aspekte (Mobilität, Bildung und Betreuung, Daseinsvorsorge, Stärkung des Zusammenhalts, der das Leben auf dem Lande ausmacht), die dann in einem Impulspapier zusammengefasst wurden. Das Impulspapier wurde auf einer Fachtagung mit zahlreichen Expertinnen und Experten diskutiert. Aus den Diskussionsergebnissen erarbeitete der Bezirk im Laufe des Jahres 2015 ein Aktionsprogramm für Niedersachsen, das auf dem ordentlichen Bezirksparteitag im September 2015 sowie auf dem Landesparteitag im Mai 2016 verabschiedet wurde.

BARRIEREFREIE POLITIK – LEICHTE SPRACHE

Die SPD hat in den letzten Jahren viel unternommen, um Menschen mit Behinderung die Beteiligung an der Parteiarbeit zu erleichtern. Mit der Neugründung der Arbeitsgemeinschaft „SelbstAktiv“, die im Bezirk Hannover ihren Ursprung nahm, machte die SPD deutlich, dass die Mitarbeit von Parteimitgliedern und Unterstützerinnen und Unterstützern mit Behinderung in der SPD selbstverständlich ist. Das Parteileben muss so organisiert sein, dass sich alle ungehindert und gleichberechtigt daran beteiligen können. Zur funktionierenden Teilhabe gehört es auch, komplexe Sachverhalte mit einfacher und klarer Sprache darzustellen. Bei der letzten Landtagswahl war das Wahlprogramm in leichter Sprache mit deutlichem Abstand die am meisten heruntergeladene Datei im Wahlkampf. Um hier eigene Kompetenzen im Bezirk aufzubauen, nahm die Leiterin des Hildesheimer SPD-Büros Birgit Abraham an einem entsprechenden Seminar bei der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung teil. Hieraus folgte die Gründung einer eigenen Arbeitsgruppe Thema Leichte Sprache. Diese Arbeitsgruppe hat sich einige Male getroffen und das Thema, auch mit wissenschaftlicher Unterstützung, vertieft. Sie bereitete darüber hinaus einen Fachtag zum Thema im November 2016 in Hannover vor und leistete praktische Hilfe, indem sie die Kommu-

nalwahlprogramme von drei Unterbezirken, einem Ortsverein und einem Stadtverband in leichte Sprache übersetzte.

IT-SICHERHEIT

Im Dezember 2016 war die bundesweite IT-Struktur der SPD vielfältiger Angriffe von außen ausgesetzt. Da diese Angriffe mit hohen Risiken verbunden waren, unternahm der Bezirk unterschiedliche Maßnahmen, um sowohl die ehrenamtlichen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger als auch die Kolleginnen und Kollegen mit der notwendigen IT-Kenntnis und Sensibilität auszustatten, um die Angriffe abzuwehren. In einer Webkonferenz mit dem IT-Sicherheitsbeauftragten der SPD wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über aktuelle Bedrohungsfälle und die erforderlichen Abwehrmaßnahmen informiert.

Der Bezirksvorstand diskutierte mit Lars Klingbeil die Chancen der Digitalisierung und ließ uns anschließend von Markus Bärsch (Willy-Brandt-Haus) das breite Feld der IT-Sicherheit erläutern. Trotz dieser Maßnahmen wurde einer der Bezirksrechner erfolgreich angegriffen, so dass die Serverstruktur fast 30 Stunden lahm lag. Nur durch fachkundiges Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde Schlimmeres verhindert.

PERSONALENTWICKLUNG

Der SPD-Bezirk Hannover beschäftigt hauptamtliches Personal, das unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten im Bezirksbüro und in den SPD-Unterbezirken eingesetzt wird. Im Rahmen des seit 1996 laufenden Strukturprozesses gibt es die Zusage, dass jeder Unterbezirk mindestens eine Stelle für die administrativ-politische Arbeit erhält. Der Bezirk übernimmt gegenüber den Gliederungen vollständig die Ausgaben für Personal und verteilt darüber hinaus einen Zuschuss an die Unterbezirke für die politische Arbeit, um so die Handlungsfähigkeit der Unterbezirke zu erhöhen. Eine paritätisch besetzte Strukturkommission berät – vor dem Hintergrund der in einer Betriebsvereinbarung vom 23. November 1995 vereinbarten Arbeitsplatzsicherung – regelmäßig über die Weiterentwicklung der hauptamtlichen Arbeit im SPD-Bezirk Hannover.

Im November 2016 verständigten sich der Arbeitgeber und der Betriebsrat darauf, über die administrativen und operativen Aufgaben der Service- und Kommunikationszentren zu beraten, die im November 2004 beschlossen wurden. Ziel ist es, die Aufgaben zu überprüfen, die Chancen und Risiken der digitalen Möglichkeiten zu bewerten und den Bezirk Hannover zu einer modernen Organisationseinheit weiterzuentwickeln. Zudem wurde vereinbart, die Beratung der Strukturprozesse auf der Landesebene vorzubereiten. Hier ist es u. a. erforderlich, die in den „Achimer Beschlüssen“ vereinbarten strukturellen Maßnahmen aus Sicht des SPD-Bezirk Hannover zu beurteilen und Vorschläge zur Weiterentwicklung zu machen.

Darüber hinaus organisierte der Bezirk die Arbeitsstruktur im Kurt-Schumacher-Haus neu. Drei Abteilungen mit den Schwerpunkten Politik und Kampagne, Parteileben und Service, Organisation und Technik, werden von Geschäftsführern und Geschäftsführerinnen verantwortet.

Darüber hinaus musste der Bezirk zahlreiche weitere Personalentscheidungen treffen: aufgrund altersbedingten Ausscheidens langjähriger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, persönlicher Weiterentwicklungen sowie beruflicher Neuorientierung von Kolleginnen und Kollegen. Personalfragen standen in fast jeder Bezirksvorstandssitzung auf der Tagesordnung. Ohne einen offenen Austausch mit den jeweils betroffenen Kolleginnen und Kollegen, ohne eine enge Abstimmung mit den Verantwortlichen in den Unterbezirken, ohne die vorbereitende Arbeit der Strukturkommission und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat wäre dies nicht möglich gewesen.

VON ERIKA HUXHOLD ZU CHRISTOPH MATTERNE

Zum 31. Dezember 2014 verließ Erika Huxhold nach etwas mehr als drei Jahren als leitende Geschäftsführerin den SPD-Bezirk Hannover in Richtung Kultusministerium und übernahm dort die Abteilungsleitung Berufliche Bildung. Im Juli 2015 wurde sie zur neuen Staatssekretärin im Niedersächsischen Kultusministerium berufen. Der Bezirksvorstand beschloss nach erfolgtem Ausschreibungsverfahren auf seiner Sitzung am 7. März 2015, den langjährigen Geschäftsführer Christoph Matterne als leitenden Geschäftsführer einzusetzen. Christoph Matterne war zuletzt beim SPD-Landesverband Niedersachsen für alle digitalen Aktivitäten zuständig.

UNTERBEZIRKSPARTEITAGE

Im April 2015 fanden in zwölf von dreizehn Unterbezirken Parteitage statt. Viele Unterbezirke setzten auf Kontinuität, ihre Vorsitzenden wurden mit hervorragenden Ergebnissen wiedergewählt: Thomas Oppermann (UB Göttingen), Sabine Tippelt (UB Holzminden) Uwe Schwarz (UB Northeim-Einbeck), Elke Tonne-Jork (Nienburg), Karsten Becker (Schaumburg), Andrea Schröder-Ehlers (Lüneburg), Matthias Miersch (Region Hannover) und Klaus-Peter Dehde (Uelzen/Lüchow-Dannenberg).

In Hameln-Pyrmont trat die langjährige Vorsitzende Gabriele Lösekrug-Möller nicht wieder zur Wahl an. Zur neuen Vorsitzenden wählten die Delegierten Barbara Fahncke. Im Unterbezirk Diepholz wurde Ingo Estermann zum neuen Vorsitzenden gewählt, nachdem Astrid Schlegel auf eine weitere Kandidatur verzichtet hatte. Klaus-Dieter Feindt wurde im Unterbezirk Landkreis Harburg nach 16 Jahren als Vorsitzender von Thomas Grambow abgelöst. Dem im Dezember 2014 verstorbenen ehemaligen Landtagsabgeordneten Rolf Meyer folgte Maximilian Schmidt im Unterbezirk Celle als Vorsitzender. Im Frühjahr 2016 wurde Waltraud Friedemann im Unterbezirk Hildesheim erneut zur Vorsitzenden gewählt.

Der Bezirksvorstand lud alle neu gewählten Vorsitzenden zu einer Sitzung ein, um sich in neuer Funktion kennenzulernen. Darüber hinaus stand die Zusammenarbeit des Bezirksvorstandes mit den Unterbezirken im Mittelpunkt des Treffens.

WAHLEN IM BERICHTSZEITRAUM

KOMMUNALWAHL 2016

Die letzte Wahlperiode des Bezirksvorstandes war vor allem von der Kommunalwahl geprägt. Der SPD-Bezirk Hannover fasste seine Richtlinien zur Kommunalwahl neu und gab eine Handreichung für Ortsvereinsvorsitzende heraus, in der all das zusammengestellt ist, was für den korrekten Ablauf der Aufstellungskonferenzen, für die formale Einreichung der Wahlvorschläge und weitere Vorgaben eine Rolle spielte. Zudem mussten für die zu besetzenden Listenplätze ausreichend Kandidatinnen und Kandidaten gefunden werden. Dieses gelang noch in den meisten Fällen, aufgrund der Altersstruktur im Bezirk steht die Partei bei der Vorbereitung kommender Kommunalwahlen vor größeren Herausforderungen.

Das Ergebnis für die SPD im Bezirk war durchwachsen. Zwar stieg die Wahlbeteiligung, dennoch musste die SPD vor allem in ihren Hochburgen Verluste hinnehmen. Bei den Direktwahlen schnitt sie tendenziell eher besser ab. Durch das schlechte Abschneiden der Grünen gehören vielerorts rot-grüne Mehrheiten nun der Vergangenheit an. Nach den Landtagswahlen im Frühjahr 2016 präsentierte sich die AfD als großer Wahlsieger, besonders in Regionen mit mittelgroßen Städten konnte die AfD sehr gut abschneiden.

Bezirks-Schatzmeister Stephan Klecha gab in der Bezirksvorstandsitzung nach der Wahl erste Antworten auf schwierige Fragen: Die Partei müsse strategisch neue Mehrheiten erschließen, sich personell verbreitern, eine Orientierung auf die Mitte der Gesellschaft finden, Haltung zeigen und künftig stärker polarisieren. Dass die Vorbereitung der Kommunalwahl 2021 nicht erst ein knappes Jahr vor dem Wahltermin starten könne, verstehe sich von selbst.

Bei den Direktwahlen, die parallel zur Kommunalwahl stattfanden, gab es unerwartete Erfolge und unerwartete Niederlagen: Olaf Levonen wurde überraschend im ersten Wahlgang neuer Landrat in Hildesheim, Bernhard Reuter gewann seine Stichwahl zwei Wochen später und blieb Landrat des zum 1. November 2016 fusionierten neuen Landkreises Göttingen. Dirk-Ulrich Mende, der Oberbürgermeister in Celle, musste sein Amt nach einer Amtszeit wieder aufgeben. Trotz eines intensiven Wahlkampfes verlor er die Stichwahl gegen den CDU-Bewerber.

Stefan Schostok, Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover seit 2009
© Hans-Werner Blume

MITGLIEDER DES BEZIRKSVORSTANDS

(GEWÄHLT AUF DEM BEZIRKSPARTEITAG AM 12. SEPTEMBER 2015 IN HILDESHEIM UND BESTÄTIGT AUF DEM AUßERORDENTLICHEN BEZIRKSPARTEITAG AM 9. JANUAR 2016 IN HANNOVER)

Vorsitzender
Stefan Schostok*

Stellvertretende Vorsitzende
Sylvia Binkenstein*
Ulrich Watermann*

Schatzmeister
Dr. Stephan Klecha*

Beisitzerinnen und Beisitzer
Tjark Bartels
Markus Brinkmann
Barbara Fahncke
Ulf-Birger Franz
Karl-Heinz Hausmann
Frauke Heiligenstadt*
Dr. Udo Husmann
Hauke Jagau*
Philip Le Butt
Caren Marks*
Christoph Matterne, Ltd. GF*
Sylvia Meier
Luzia Moldenhauer
Dr. Cornelia Ott
Michael Rüter
Astrid Schlegel*
Maximilian Schmidt*
Andrea Schröder-Ehlers*
Doris Schröder-Köpf
Svenja Stadler
Grant-Hendrik Tonne*
Sven Björn Wieduwilt

Ehrenvorsitzender
Wolfgang Jüttner

* (Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes)
Der leitende Geschäftsführer Christoph Matterne gehört dem Bezirksvorstand als stimmberechtigtes Mitglied an.

Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer
Andreas Kröpelin
Christine Rinne (ab November 2016)
Marga Süsselbeck(bis Dezember 2016)

Mitglieder des Vorstandes mit beratender Stimme
Zu den Sitzungen wurden mit beratender Stimme eingeladen:
Theresa Abend (Jusos)
Dario Arconada Valbuena (AsJ)
Burkhard Bisanz (AfA)
Georg Brockmeyer (Landesgeschäftsführer)
Wilhelm Drabke (ASG)
Wolfgang Freter (AvS)
Heidi Friedrichs (Revisorin)
Andreas Hammerschmidt (AGS)
Thomas Harms (SelbstAktiv)
Knud Hendricks (Landesvorstand)
Bernd Howe (Revisor)
Prof. Dr. Rolf Hüper (Wissenschaftsforum)
Klaus Kaiser (AG 60plus)
Pierre Kleinfeld (Schwusos)
Leonhard Kuntscher (Juso-Landesvorsitzender)
Bernd Lange (Mitglied des Europäischen Parlaments)
Rene Leitner (Revisor)
Reinhold Lüthen (Gesprächskreis Gymnasien)
Gabriele Lösekrug-Möller MdB, Staatssekretärin, (Parteivorstand, SPD und Kirche)
Tomke Meier (ASF)
Walter Meinhold (Kontrollkommission Parteivorstand)
Dr. Matthias Miersch (Parteivorstand)
Jörg Rodenwaldt (AGS)
Katja Schoner (Landesvorstand)
Franziska Schröter (AK Humanisten und Säkulare)
Elke Tonne-Jork (Schupoko, AfB)
Friedrich Wilke (SJD - Die Falken)
Stephanie Wirth (AK Tierschutz)

NORD-
NIEDERSACHSEN

SPD

BEZIRK NORD-NIEDERSACHSEN

Der 67. Bezirksparteitag im Oktober 2014 bildete den Auftakt für eine Diskussion über die Stärkung des ländlichen Raums Nord-Niedersachsens. Das vorgestellte Thesenpapier behandelte vor allem die wirtschaftliche und demografische Entwicklung ländlicher Räume, Fragen der Mobilität und den Erhalt der ländlichen Strukturen. Gemeinsam mit dem SPD-Bezirk Hannover nahm sich der Bezirksvorstand des Themas „Ländlicher Raum“ an. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe diskutierte unterschiedliche Aspekte des Themas (Mobilität, Bildung und Betreuung, Daseinsvorsorge, Stärkung des Zusammenhalts, der das Leben auf dem Lande ausmacht). Die Ergebnisse wurden in einem Impulspapier zusammengefasst. Dieses Impulspapier diskutierte die Partei auf einer Fachtagung in Schwarmstedt im November 2014 mit zahlreichen Expertinnen und Experten. Aus den Ergebnissen entstand ein Aktionspapier für Niedersachsen, das am 12. September 2015 von einer Bezirkskonferenz beschlossen und an die Bundes- und Landespartei weitergeleitet wurde. Dieses Aktionsprogramm für den ländlichen Raum bietet dem SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen den Rahmen für weiteres Handeln für die Elbe-Weser-Heide-Region.

Bereits ein Jahr vor der Kommunalwahl 2016 wurden erste Vorbereitungen getroffen, um die Ortsvereine und Unterbezirke in die Lage zu versetzen, einen modernen Wahlkampf zu führen. Auf Initiative des Bezirks fanden in den Unterbezirken dazu bis Ende 2015 ganztägige Kommunalworkshops statt. Für den Online-Wahlkampf bot der Bezirk verschiedene Social-Media- und Webmaster-Seminare an.

In den Jahren 2015/2016 haben 15 Vorstandssitzungen im Bezirk stattgefunden.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Im Bezirk sind sechs Arbeitsgemeinschaften aktiv. Die Jusos und die AG 60 plus können sich auf einen Organisationsaufbau in Ortsvereinen und Unterbezirken stützen. Die ASF ist in den Unterbezirken Cuxhaven und Stade organisiert. Daneben arbeiten die AfB, die ASG und die AG Selbst Aktiv und die AsJ auf Bezirks- und Landesebene.

KOMMUNALWAHL 2016

Bei den Kommunalwahlen am 11. September 2016 erreichten die SPD im Bezirk Nord-Niedersachsen bei der Wahl der Gemeinde- und Stadträte 35,1 Prozent (- 2,8 %) und bei den Kreistagswahlen insgesamt 34,9 Prozent (- 5,2 %). Die Wahlbeteiligung lag bei 56,8 Prozent. Die SPD errang bei den Kreistagswahlen insgesamt 99 Sitze und bei den Gemeindewahlen insgesamt 760 Sitze. Die besten Ergebnisse wurden in den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz erzielt.

BEZIRKSPARTEITAGE UND BEZIRKSVERTRETERVERSAMMLUNG

Petra Tiemann, Landtagsabgeordnete aus dem Landkreis Stade, steht weiterhin an der Spitze des am 26. November 2016 neu gewählten Bezirksvorstandes des SPD-Bezirks Nord-Niedersachsen. Sie erhielt 89,0 Prozent der Stimmen. Petra Tiemann führt den nördlichsten der vier Parteibezirke in Niedersachsen seit 2010.

Die Delegierten wählten als stellvertretende Bezirksvorsitzende die Osterholzer Bundestagsabgeordnete Christina Jantz, den Bundestagsabgeordneten Lars Klingbeil, Bernd Wölbern und Claus Johannßen (Cuxhaven). Finanzverantwortlicher blieb der Verdener SPD-Kreisvorsitzende Bernd Michallik.

Neben den Wahlen befassten sich die Delegierten mit zahlreichen Anträgen aus den sechs Unterbezirken und den Arbeitsgemeinschaften zu Sozial-, Bildungs-, Asyl-, Umwelt- und Europapolitik. Hierzu zählten Anträge zur Rente, zur Ausweitung der Familienversicherung, zur Kitafinanzierung, zur Reform der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, zur Schülerbeförderung, zu einer sozialverträglichen Flüchtlingspolitik und zum Ausstieg aus der Kohleenergie.

KONFERENZEN UND VERANSTALTUNGEN 2015/2016:

9. Mai 2015 Regionalkonferenz in Bremervörde
30. Mai 2015 Landesparteirat in Hannover
4. September 2015 ASJ Diskussions-Veranstaltung in Stade
7. Oktober 2015 ASG Veranstaltung „Pflegenotstand – Was ist zu tun?“ in Walsrode
28. November 2015 Landesparteirat in Hannover
16. März 2016 Webmasterkonferenz in Verden
29. April 2016 Sozial-Media im Kommunalwahlkampf in Stade
20. Mai 2016 Planungskonferenz in Verden
31. August 2016 Diskussionsveranstaltung mit Olaf Scholz
19.September 2016 Zweiter Parteikonvent in Wolfsburg
20. September 2016 ASJ-Bezirkskonferenz
29. Oktober 2016 AsF-Bezirkskonferenz
26. November 2016 68. Ordentlicher Bezirksparteitag in Langwedel

Die Bezirksvorsitzende Petra Tiemann, MdL, mit Finanzminister Peter-Jürgen Schneider; © SPDNN

MITGLIEDER DES BEZIRKSVORSTANDS

(GEWÄHLT AUF DEM 67. BEZIRKSPARTEITAG AM 18.10.2014 IN HAMMAH)

Ehrenvorsitzender
Karl Ravens

Vorsitzende
Petra Tiemann, MdL (UB Stade)

Stellvertretende Vorsitzende
Christina Jantz, MdB (UB Osterholz)
Claus Johannßen (UB Cuxhaven)
Lars Klingbeil, MdB (UB Heidekreis)
Bernd Wölbern (UB Rotenburg)

Finanzverantwortliche
Bernd Michallik (UB Verden)

Beisitzerinnen und Besitzer
Daniela Behrens (UB Cuxhaven)
Richard Eckermann (UB Verden)
Jan Flacke (UB Rotenburg)
Oliver Kellmer (UB Stade)
Dörte Liebetruth (UB Verden)
Claudia Lange (UB Stade)
Uwe Santjer (UB Cuxhaven)
Jendrik Schröder (UB Osterholz)
Annette Schütz (UB Heidekreis)
Franka Strehse (UB Heidekreis)
Gunnar Wegener (UB Cuxhaven)

Geschäftsführer
Heino Baumgarten
(gewählt auf dem 68. Bezirksparteitag am 18.10.2016 in Langwedel)

Ehrenvorsitzender
Karl Ravens

Vorsitzende
Petra Tiemann, MdL (UB Stade)

Stellvertretende Vorsitzende
Christina Jantz, MdB (UB Osterholz)
Claus Johannßen (UB Cuxhaven)
Lars Klingbeil, MdB (UB Heidekreis)
Bernd Wölbern (UB Rotenburg)

Finanzverantwortlicher
Bernd Michallik (UB Verden)

Beisitzerinnen und Besitzer
Alexander Paatsc (UB Stade)
Franka Strehs (UB Heidekreis)
Gunnar Wegener (UB Cuxhaven)
Klaus Manal (UB Rotenburg)
Uwe Santjer (UB Cuxhaven)
Richard Eckermann (UB Heidekreis)
Dr. Dörte Liebetruth (UB Verden)
Annette Schütz (UB Heidekreis)
Jendrik Vietze (UB Osterholz)
Susanne Puvogel (UB Cuxhaven)
Tanja Motscha (UB Osterholz)

Geschäftsführer
Heino Baumgarten

Mitgliederzahlen:
31.12.2015: **5635,** 31.12.2016: **5571**

WESER-EMS

SPD

BEZIRK WESER-EMS

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Klare Worte, klare Entscheidungen und ein klarer Weg. So hat die SPD in Weser-Ems eine bessere Politik für die Menschen in ihrer Region gemacht. Gemeinsam mit der von Stephan Weil geführten rot-grünen Landesregierung kann der Bezirk Weser-Ems auf eine umfangreiche Bilanz in den Jahren 2015/16 blicken. Seitdem Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wieder die Verantwortung haben, ist Niedersachsen ein ordentliches Stück vorangekommen.

Die SPD hat das Turbo-Abi abgeschafft und das Studium wieder gebührenfrei gemacht. Die Gesamtschule wurde zu einer gleichberechtigten Schulform, Ganztagsschulen wurden massiv ausgebaut. Die Landesregierung hat 12.000 Kinder-Krippenplätze geschaffen. Und da frühkindliche Bildung wichtig ist, wurde die dritte Kraft in den Krippen eingeführt.
Die SPD hat dafür gesorgt, dass die Polizei verstärkt wurde und den höchsten Personalstand seit Jahrzehnten verzeichnet. Der Landeshaushalt ist wieder in Ordnung, so dass seit 2016 keine neuen Kredite aufgenommen werden müssen.
Das hat Luft für Investitionen verschafft. Beispiel Gesundheitswesen: Über drei Milliarden Euro investiert das Land in die Modernisierung der Krankenhäuser.
Nach der Flüchtlingsnot in 2015 hat die SPD 2016 gemeinsam das Bündnis für Integration „Niedersachsen packt an“ mit Kirchen, Gewerkschaften, Kommunen und Unternehmen ins Leben gerufen. So ist das Land auch bei der Integration einen Schritt voraus, weil es sich frühzeitig um Sprachkurse, Wohnungen und Arbeitsmarkt gekümmert hat und weiter kümmert.
Es wurde die höchste Anzahl an sozialversicherten Jobs und die niedrigste Arbeitslosenquote seit der Wiedervereinigung im Land erreicht. Diese Bilanz ist hervorragend.

Der Bezirksparteitag am 10. Oktober 2015 in Lingen sicherte mit erfolgreichen Vorstandswahlen und guten Beschlüssen die kontinuierliche Arbeit der SPD in der Region. Unter dem Beifall des Hauptredners und stv. Parteivorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel wurde Hanne Modder erneut an die Spitze der SPD Weser-Ems gewählt.

Hanne Modder, Bezirksvorsitzende SPD Weser-Ems; © SPD Weser-Ems

Wiard Siebels (2.v.r.), Gerd Will (r) und Susanne Mittag (l.) bleiben ihre Stellvertreter. Hanna Naber (2.v.l.) übernimmt erneut als Schatzmeisterin die Verantwortung für die Finanzen.

Neben den regionalen Konferenzen beteiligte sich der Bezirk Weser-Ems auch aktiv an bundesweiten Treffen und Parteitagen. Zum Bundesparteitag 2015 stellte Weser-Ems die Delegation mit dem jüngsten Altersdurchschnitt!

Durch die kontinuierlich gute und ideenreiche Arbeit der Arbeitsgemeinschaften, hier sei im Kommunalwahljahr 2016 besonders die AG 60 plus und die Jusos mit ihren Nacht-Infoständen erwähnt, konnte der Rückhalt in diesen Wählerbereichen gestärkt werden.

PERSONAL, GESCHÄFTSSTELLEN UND MITGLIEDER/ FINANZEN IM BEZIRK

Die im vergangenen Jahrzehnt mit großen Herausforderungen an alle Gliederungen begonnene Strukturreform des Bezirks zeigt durch eine solidarisch getragene Finanzierung eine positive Entwicklung. Obwohl eine Personalausstattung wie in den 80er und 90er Jahren nicht wieder erreicht wird, sind die 17 Unterbezirke in Weser-Ems durch eine regional zentrierte und die Versorgung in der Fläche sicherstellende Personalbesetzung mit grundlegenden Angeboten gut versorgt.
Für die Identifikation der Mitglieder mit der Partei in der Region sind die regionalen und lokalen Geschäftsstellen und Büros der Abgeord-

neten eine große und wichtige Konstante. Ihre Effizienz auszubauen ist ständige Aufgabe aller Beteiligten.
Die Regionalgeschäftsstelle Norden ist nach erfolgter Renovierung und Übergang in den Besitz der SPD zu einem städtebaulichen Schmuckstück geworden!
Die Ausstattung der Geschäftsstelle ist ebenfalls rechtzeitig vor der Kommunalwahl 2016 auf dem neuesten Stand der Technik gebracht worden und bildet gemeinsam mit den Standorten in Osnabrück und Oldenburg die Leuchttürme der SPD Weser-Ems.

Die Regionalgeschäftsstelle in Norden; © SPD Weser-Ems

Aber auch in den Lokalgeschäftsstellen in der Fläche werden durch eine ständige Anpassung und Optimierung des Arbeits- und Betriebsklimas positive Impulse in die Untergliederungen gegeben und die Kampagnenfähigkeit weitestgehend aufrechterhalten. Was für einen SPD-Flächenbezirk zum unverzichtbar politischen Kapital gehört, wird so gestärkt: guter Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern und damit die Chance politische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und vor Ort zu begleiten.

Diese Vorstandsperiode zeigte ebenfalls, dass die Mitgliederzahlen nicht auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden konnte (Mitgliederbestand 1.1.2015: 15.908, Mitgliederbestand 31.12.2016: 15200) Obwohl sich reale Eintritte und Austritte fast die Waage halten, bleibt weiterhin der Verlust von vielen langjährigen und verdienten Genossinnen und Genossen durch die demographische Entwicklung der Hauptgrund für sinkende Zahlen.

Damit das Beitragsaufkommen die Handlungsfähigkeit des Bezirks und der Untergliederungen sicherstellt, wurden vielfältige Maßnahmen ergriffen. So wird inzwischen von den Geschäftsstellen aktiv die Arbeit der Kassiererinnen und Kassierer geschult und unterstützt.
Für die Jahre 2015/16 hatte der Bezirk nochmals verstärkt auf das Beitragssegment 2,51-4,99 bearbeitet. Allerdings mit keinem durchschlagenden Erfolg – trotz enger Absprache mit den Untergliederungen vor Ort.

WAHLEN

KOMMUNALWAHLEN 2016

Am 11. September 2016 fanden niedersachsenweit Kommunalwahlen statt.

Die Verluste an Stimmen waren im Vergleich der Bezirke in Niedersachsen in Weser-Ems am geringsten.Eine Analyse, ob der langsame Stimmenumschwung in Hochburgen von CDU aber auch SPD dafür verantwortlich war, wäre spekulativ.
Sicher ist: Die Zahlen zeigen, dass im ländlichen Raum Weser-Ems eine sich über Jahre verstetigende Zunahme der SPD-Stimmen zu verzeichnen ist, während in städtischen Ballungsgebieten die Wählerstimmen für die SPD sinken. Hier sind nicht immer hausgemachte Probleme oder lokale Spitzen zur Erklärung heranzuziehen, hier zeichnen sich Tendenzen ab.
Die fehlende Bindung und fehlendes Interesse an politischem Geschehen in Ballungszentren, die wegen ihrer Soziostruktur nur noch wenige kontinuierlich politisch Interessierte und Handelnde aufweisen, macht sich bemerkbar und ist an Zahlen zu belegen.
Wenn in den „Speckgürteln“ um Ober- und Mittelzentren die Mittelschicht für einen Zuwachs für SPD-Stimmen sorgt, unterstützt das die These der Ausdünnung der politischen Lebenskraft der Städte. Dort führen dann politischer Populismus und ein unzureichendes politisches Wissen viele Menschen in die Arme von extremen und undemokratischen Parteien und Gruppierungen. Ein ernsthaftes Problem für die Volksparteien, dass in den kommenden Jahren mit zunehmenden Zwei-Klassen-Städten ansteigen wird.

Katarina Barley im Kommunalwahlkampf in Oldenburg
© SPD Weser-Ems/OAF

Im Großen und Ganzen hat die SPD in der Region Weser-Ems an die Ergebnisse der letzten Wahlen anknüpfen können und stellt viele gute Ratsfraktionen, die Verantwortung für ihre Gemeinden übernehmen.

Die Kandidatur unseres Europaabgeordneten Matthias Groote zum Landrat im Landkreis Leer wurde ebenfalls ein großer Erfolg. Im ersten Wahlgang zog er klar mit 56,8 % der Stimmen an den anderen Kandidaten vorbei. Leider ging damit dem Bezirk ein langjähriger, allseits anerkannter und kompetenter Ansprechpartner im Themenbereich Umwelt und Energie auf europäischer Ebene verloren.

Matthias Groote, Landrat Landkreis Leer; © SPD Weser-Ems/OAF

Sein Nachfolger als Huckepack-Kandidat ist der 31-jährige Osnabrücker Jurist Tiemo Wölken. Er arbeitet als Mitglied im Haushaltsausschuss des EU-Parlaments.

Der neue Europaabgeordnete Tiemo Wölken; © SPD

BILDUNG

Das Bildungsangebot ist in der Grundversorgung durch ein gutes Zusammenspiel der Bezirke, des Landesverbands und der sie unterstützenden Bildungsvereinigungen sehr gut eingespielt. In den Jahren 2015/16 initiierte der Bezirk Weser-Ems ein niedrigschwelliges Angebot mit Schulungsmaßnahmen zur Stärkung der Organisationskraft einer sich im Generationenwandel befindlichen Partei.
Wie neue Funktionsträger in kurzen Bildungsabschnitten, die sich gut in das weitere ehrenamtliche Engagement und die beruflichen wie privaten Anforderungen einbinden lassen, auf ihre künftigen Aufgaben vorbereitet werden können, wurde in kurzen, den Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements angepassten Veranstaltungen angeboten.

MITGLIEDER DES BEZIRKSVORSTANDS SPD WESER-EMS

(GEWÄHLT AM 10. OKTOBER 2015)

Vorsitzende
Hanne Modder MdL, KV Leer

Stellvertretende Vorsitzende
Gerd Will MdL, KV Grafschaft Bentheim
Susanne Mittag MdB, UB Delmenhorst
Wiard Siebels MdL, UB Aurich

Schatzmeisterin
Hanna Naber, UB Oldenburg-Stadt

Beisitzerinnen und Beisitzer
Holger Ansmann MdL, KV Wilhelmshaven
Annika Bents, KV Wittmund
Axel Brammer MdL, UB Oldenburg-Stadt
Hans Forster, UB Aurich
Matthias Groote, KV Leer
Holger Heymann, KV Wittmund
Andrea Kötter; KV Emsland
Werner Lager, KV Osnabrück-Land
Karin Logemann MdL, KV Wesermarsch
Rohde Dennis, MdB, KV Ammerland
Kathrin Wahlmann MdL, KV Osnabrück-Land
Maria Winter, UB Emden
Tiemo Wölken MdEP, UB Osnabrück-Stadt

SACHSEN-ANHALT

SPD

LANDESVERBAND SACHSEN-ANHALT

Der Berichtszeitraum war durch die Landtagswahl 2016 geprägt. Zudem wurde der Landesvorstand am 19. September 2015 in Magdeburg und am 2. April 2016 in Halle auf einem außerordentlichen Landesparteitag neu gewählt.

LANDTAGSWAHL

Bei der Landtagswahl am 13. März 2016 verlor die SPD Sachsen-Anhalt 10,9 Prozent der Stimmen im Vergleich zu 2011 und erzielte ein Zweitstimmenergebnis von 10,6 Prozent. Sie wurde nur noch viertstärkste Kraft. Somit verringerte sich die Anzahl der Landtagsabgeordneten von 26 auf 11. Damit ging die Abgeordnetenzahl um drei Fünftel zurück. Das Erststimmenergebnis lag dagegen deutlich höher bei 14,3 Prozent. Hier verlor die SPD „nur“ 7,4 Prozent im Vergleich zu 2011.

Konzeptionell setzte der Landesverband im Wahlkampf verstärkt auf gekaufte Kommunikation, um die Schwächen aufgrund der geringen Mitgliederstärke auszugleichen. Das bedeutete beispielweise, dass die Anzahl der Großflächen („Wesselmänner“) im Land verdoppelt wurde. Im Bereich der A1-Plakatierung setzte der Landesverband mit Plakaten der Firma Vordermann auf neuartige Doppelplakate, um sicher zu stellen, dass die Wahlkreiskandidatinnen und Kandidaten sowie die übergreifenden Themen überall plakatiert wurden. Darüber hinaus unterstützte er die Gliederungen durch Teams für die roten Busse.

Nah bei den Menschen – Wahlkampfabschluss in Halle mit Frank Walter Steinmeier; © SPD Sachsen-Anhalt

Nach der schweren Niederlage organisierte der Landesverband einen Auswertungsprozess, der eine möglichst hohe Mitgliederbeteiligung gewährleistete. Dazu fanden fünf Regionalwerkstätten in allen Regionen statt, zu denen alle Mitglieder eingeladen waren. Dort formulierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kritikpunkte am Wahlkampf und an den Parteiaktivitäten der letzten Jahre, entwickelten aber auch Ideen für die zukünftige Arbeit. Maßgebliche Kritikpunkte waren u. a. die mangelnde Profilschärfe der SPD und die interne und externe Kommunikation. Der Landesvorstand diskutierte die Ergebnisse intern und in einer mitgliederoffenen Sitzung des Landesparteirates. Aus den Auswertungen wurden verschiedenste Maßnahmen abgeleitet und Stück für Stück umgesetzt.

ORGANISATIONS- UND MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die Zahl der Ortsvereine lag zum 31. Dezember 2016 bei 140 und ging damit im Berichtszeitraum um weitere neun zurück. Die Ortsvereine haben nach wie vor eine sehr unterschiedliche Organisationskraft. In den städtischen und insbesondere in den großstädtischen Bereichen ist die Mitgliederstärke verhältnismäßig gut, in einigen ländlichen Räumen ist die Entwicklung bedenklich.

Mit Stichtag 31. Dezember 2016 hatte der Landesverband 3.397 Mitglieder. Dies sind insgesamt 181 Mitglieder weniger als zum Ende des letzten Berichtszeitraums. Der Frauenanteil in der SPD Sachsen-Anhalt liegt seit längerem stabil bei 27 Prozent. Die Altersstruktur bleibt ebenfalls stabil. Die Jusos bilden 15 bis 16 Prozent der Mitglieder.

LANDESVERBAND

Das Jahr 2015 stand bereits im Zeichen der Vorbereitungen zur Landtagswahl am 13. März 2016. Am Internationalen Frauentag (8. März 2015) wurde Katrin Budde Spitzenkandidatin. Am 17. Oktober 2015 beschloss der Landesverband in Leuna das Wahlprogramm. Am 5. Dezember 2015 wurde die Landesliste zur Landtagswahl in Wittenberg aufgestellt. Darüber hinaus fand am 19. September 2015 der ordentliche Landesparteitag in Magdeburg statt.

Nach der Landtagswahl folgten weitere außerordentliche Landesparteitage. Nachdem der Landesvorstand nach der Wahlniederlage zurückgetreten war, wurde dieser am 2. April 2016 neu gewählt. Dabei wurde er personell fast vollständig neu aufgestellt. Ein weiterer außerordentlicher Landesparteitag beschloss am 23. April 2016 in Burg den Koalitionsvertrag.

Der Landesvorstand traf sich monatlich. Themen der Sitzungen waren die Vorbereitung der Landtagswahl, die Landtagswahlauswertung, die Verbesserung der internen und externen Kommunikation, die Stärkung des thematischen Profils und die Vorbereitung der Bundestagswahl.

Der Landesvorstand hat die innerparteiliche Kommunikation verbessert. Es gibt jetzt regelmäßige Treffen der Ortsvereinsvorsitzenden

und der Kreisvorsitzenden. Zudem beschloss der Landesvorstand, dass jedes gewählte Mitglied ca. acht Ortsvereine pro Jahr besuchen muss. Die Mitglieder der Landesregierung berichten regelmäßig und ausführlich im Landesvorstand und Landesparteirat. Der Versand von Mitgliederbriefen wurde intensiviert.

Neujahrsempfang 2016 in Magdeburg mit Sigmar Gabriel © SPD Sachsen-Anhalt

Die traditionellen Neujahrsempfänge der SPD in Sachsen-Anhalt waren mit knapp 800 Gästen wieder sehr gut besucht und sind ein absolutes Aushängeschild der Partei. Auf dem politischen Aschermittwoch in Köthen war 2015 Dr. Karl Lauterbach MdB zu Gast. 2016 musste der Politische Aschermittwoch kurzfristig aufgrund eines Zugunglücks in Bayern abgesagt werden.

PROJEKTGRUPPEN

Auf Landesebene gibt es 3 Projektgruppen:

- Historische Kommission
- AG Mitglieder
- AG gegen Rechtsextremismus

Mehr zur Arbeit der Historischen Kommission unter dem Punkt „Geschichtsarbeit 25 Jahre Landesverband".

Die AG Mitglieder intensivierte ihre Arbeit im Rahmen des Landtagswahlkampfes. Die Leitung der AG übernahm in dieser Zeit Nadine Hampel. Die AG entwickelte beispielweise Sachsen-Anhalt bezogene Mitgliederwerbekarten. Nach der Landtagswahl übernahm Julia Brandt die Leitung der AG Mitglieder. Die AG führt seitdem wieder regelmäßig Neumitgliederseminare und -abende durch.

Die AG gegen Rechtsextremismus arbeitet weiterhin eng mit zivilgesellschaftlichen Vereinen und Verbänden zusammen. Sie beteiligt sich an Demonstrationen gegen rechte Akteure und fördert die Weiterbildung auf diesem Gebiet.

FACHARBEIT

Die Arbeitsgemeinschaften Jusos, ASF, AfA, AG 60plus, AsJ, AfB, ASG, AGS, AG Selbst Aktiv, AG Migration und Vielfalt und SPDqueer sind auf Landesebene organisiert. Einige Arbeitsgemeinschaften haben auch auf Kreisebene Gliederungen. Dazu zählen die Jusos, ASF, AfA und AG 60plus.

ASF-Landeskonferenz 2015 in Magdeburg; © SPD Sachsen-Anhalt

Darüber hinaus arbeiten Fachausschüsse als direkte Beratungsgremien des Landesvorstands zu den Politikfeldern Europa, Christen, Energie, Demografie, Bauen und Wohnen, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft, Wirtschaft, Kultur, Inneres/Kommunales, Umwelt, Wissenschaft. Daneben gibt es als eigenständige Vereine im sozialdemokratischen Umfeld die SGK und das Kulturforum.

2015 führte der SPD-Landesverband gemeinsam mit dem SGK Landesverband die erste Weiterbildungsreihe FRAUEN.MACHT.POLITIK durch. Dieses Angebot soll weiblichen SPD-Mitgliedern das nötige Rüstzeug mitgeben für politisches Engagement in Partei und Parlamenten. Die Reihe besteht aus den Seminar-Modulen „Rhetorikseminar – Sprache und Macht", „Frauen in die Parlamente" und „Menschen erreichen – Erfolg planen". Zudem fanden Kamingespräche mit erfahrenen Politikerinnen (Parlamentarische Geschäftsführerin, Ministerin, ASF-Landesvorsitzende etc.) statt.

GESCHICHTSARBEIT – 25 JAHRE LANDESVERBAND

Die Historische Kommission unter Leitung von Dr. Rüdiger Fikentscher stellte den siebten Band der „Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt" fertig. Die Ausgabe trägt den Titel „SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt – Traditionen und Neubeginn". Die Reihe ist ein sehr wichtiger Bestandteil der Aufarbeitung und Bewahrung der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung und wichtiger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt.

Ein Fokus lag im Berichtszeitraum zudem auf dem 25. Jubiläum des SPD-Landesverbands, der am 28. August 1990 in Quedlinburg gegründet worden war. Das Jubiläum wurde mit einer Festveranstaltung am 28. August 2015 in Quedlinburg begangen. Dr. Rüdiger Fikentscher und der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel ließen die über 400 Gäste an den Entwicklungen der letzten 25 Jahre teilhaben.

Auch die Mitglieder verschiedener Ortsvereine und Kreisverbände ehrten mit Veranstaltungen die mutigen Menschen, die seit der Neugründung der SPD in Sachsen-Anhalt dabei sind und sich schon zuvor offen für sozialdemokratische Ideen einsetzten, als dies noch gefährlich war.

Festveranstaltung 25 Jahre SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt in Quedlinburg mit Sigmar Gabriel.; © SPD Sachsen-Anhalt

NEUMITGLIEDERSEMINARE

Die Neumitgliederseminare finden seit Herbst 2016 wieder regelmäßig halbjährlich statt. Die Zahl der Teilnehmenden liegt bei 15 bis 20. Die Seminare arbeiten vorwiegend in Kleingruppen. Thematisch geht es dabei um die Parteistruktur, Organisation, Mitmachmöglichkeiten, Grundwerte und Geschichte der SPD. Zudem gibt es immer einen politischen Mittagstisch mit dem Landesvorsitzenden oder der Fraktionsvorsitzenden. Das positive Feedback bestätigt die Art und den Inhalt der Seminare.

PERSONALENTWICKLUNG

Aufgrund der mittelfristigen Finanzplanung und dem Ergebnis der Landtagswahl musste die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berichtszeitraum reduziert werden. So arbeiteten ab dem Frühjahr 2016 nur noch zehn Beschäftigte für den Landesverband. Sie besetzen 8,8 Stellen.

Mit viel persönlichem Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und angepassten Aufgabenzuordnungen will der Landesverbands sein Dienstleistungsangebot möglichst breit aufrechterhalten. Um dies zu unterstützen, wird weiterhin an der technischen Infrastruktur der Geschäftsstellen gearbeitet.

Im Rahmen des Landtagswahlkampfes wurden zudem zwei Referent*innen eingesetzt, die beispielsweise die Tour der Spitzenkandidatin betreut und die Kommunikation und Abstimmung mit Kandidatinnen und Kandidaten vorgenommen haben.

Um die gute Zusammenarbeit mit anderen hauptamtlichen Akteuren weiterhin zu gewährleisten, werden jährliche Treffen organisiert. Daran nehmen die Wahlkreismitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten, des Landesverbandes und der Stadtratsfraktionen der kreisfreien Städte teil. Themen der Beratungen waren u.a. „Urheberrecht & Co“, „Presse und Öffentlichkeitsarbeit“ und „Wahlkreispotenzialanalyse für die Landtagswahlkreise“.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDES

2015-2016
(gewählt auf dem Landesparteitag in Magdeburg)

Vorsitzende
Katrin Budde

Stellvertretende Vorsitzende
Holger Hövelmann
Dr. Katja Pähle
Andrej Stephan

Schatzmeister
Dr. Steffen Eichner

Beisitzerinnen und Beisitzer
Jürgen Barth
Markus Bauer
Ute Brachmann
Dr. Steffen Burchhardt
Rüdiger Erben
Petra Grimm-Benne
Nadine Hampel
Kornelia Keune
Burkhard Lischka
Corinna Reinecke
Silke Schindler
Lars Schirmer

Ltd. Landesgeschäftsführer:
Oliver Draber

2016-2018
(gewählt auf dem Landesparteitag in Halle)

Vorsitzender
Burkhard Lischka

Stellvertretende Vorsitzende
Markus Bauer
Norbert Born
Dr. Katja Pähle

Schatzmeister
Dr. Steffen Eichner

Beisitzerinnen und Beisitzer
Julia Brandt
Dr. Steffen Burchhardt
Konrad Fuchs
Bernd Hauschild
Tobias Kascha
Dr. Franziska Kersten
Juliane Kleemann
Uta Krauß
Susi Möbbeck
Tina Rosner
Andrej Stephan
(Oliver Linder 2017 zurückgetreten)

Ltd. Landesgeschäftsführerin
Friederike Rösler

BRANDENBURG

SPD

LANDESVERBAND BRANDENBURG

Wahlparteitag am 13. Dezember 2014 in Frankfurt (Oder): Katrin Lange, Stephan Loge, Elisabeth Alter, Günter Baaske, Dr. Burkhard Schröder, Mike Schubert, Simona Koß, Dr. Dietmar Woidke, Ines Hübner, Sabine Tischendorf, Daniel Kurth, Andrea Wicklein, Klara Geywitz, Barbara Hackenschmidt (nicht auf dem Foto: Uwe Schmidt)
© Oliver Lang

INNOVATIONEN IN DER PARTEIARBEIT

Bereits im Januar 2015 beschloss der SPD-Landesvorstand, neue Arbeitskreise einzurichten, die grundsätzlich allen Mitgliedern der Brandenburger SPD offen stehen. Die Arbeitskreise sollen interessierten Mitgliedern ermöglichen, aktiv an der inhaltlichen Arbeit der Brandenburger SPD mitzuwirken. Folgende Arbeitskreise gab es 2015/2016 im Landesverband Brandenburg: Arbeitskreis Wirtschaft und Energie (Sprecher: Wolfgang Roick), Arbeitskreis Umwelt und ländliche Entwicklung (Sprecher: Wolfgang Roick), Arbeitskreis Digitale Gesellschaft (Sprecher: Jean-Pierre Winter), Arbeitskreis Europa (Sprecher: Detlef Groß), Arbeitskreis Verkehr (Stephan Wilhelm), Arbeitskreis Sozialdemokraten in der Polizei (Sprecher: Sören Kosanke) sowie das Forum Sport (Sprecherin: Britta Müller).

FÖRDERUNG AKTIVER ORTSVEREINE DURCH INNOVATIONSFONDS

Mit dem Innovationsfonds 2015 sollten Projekte von Ortsvereinen gefördert werden, die die Verankerung der SPD vor Ort in der Brandenburger Gesellschaft stärken. Die Förderung war kein Preisgeld, sondern musste zweckgerichtet in das Projekt fließen. Der Innovationsfonds richtete sich an alle Brandenburger Ortsvereine. Insgesamt wurden im Jahr 2015 10.000 Euro über den Innovationsfonds an Ortsvereine ausgeschüttet.

Auch 2016 hat der SPD-Landesvorstand 10.000 Euro zur Verfügung gestellt, um die Aktivitäten in den Ortsvereinen zu unterstützen. Im Rahmen des Wettbewerbs „6-Sterne-Plus-Ortsvereine“ werden 2017 die Gewinner gekürt. Durch besonderes Engagement in der Öffentlichkeitsarbeit und im organisatorischen Bereich können die Ortsvereine bis zu 9 Sterne erkämpfen.

Über die Ausschreibungen zum Innovationsfonds 2015 und 2016 wurde landesweit im „Vorwärts“ sowie im Online-Mitgliedermagazin „OSTKURVE“ berichtet und zur Teilnahme aufgerufen.

Ortsvereins-Feier in Potsdam; © SPD Potsdam

SPD FÜR BESSERE BAHNVERBINDUNGEN

Im Mai 2015 beschloss der Landesvorstand, dass das bestehende Regional- und S-Bahn-System zwischen Brandenburg und Berlin hinsichtlich der Leistungsfähigkeit zu überprüfen und für die zukünftigen Verkehrsanforderungen weiterzuentwickeln sei. Dabei sollen die unterschiedlichen Ansprüche von berlinnahen und berlinfernen Regionen berücksichtigt werden. Das Konzept muss mit Berlin abgestimmt werden, Es ist Grundlage für die Fortschreibung des Landesnahverkehrsplans ab 2018. Ziele sind dabei die Förderung der umweltgerechten Mobilität, die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) sowie die Unterstützung von Wohn- und Gewerbeansiedlungen im Land Brandenburg durch eine attraktive Bahnanbindung. Aus Sicht des Landesvorstandes soll die Landesregierung beim Bund darauf dringen, dass dieser seinen Verpflichtungen für den Ausbau der bundeseigenen Schieneninfrastruktur nachkommt sowie langfristig und in angemessener Höhe Regionalisierungsmittel für den SPNV-Betrieb in Brandenburg bereitstellt.

BER: KEINE DRITTE START- UND LANDEBAHN

Mit Beschluss vom Juni 2015 lehnte der Landesvorstand den Bau einer dritten Start- und Landebahn am Verkehrsflughafen Berlin-Brandenburg (BER) dauerhaft ab. Die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion wurden aufgefordert, geeignete gesetzliche Maßnahmen zu prüfen, um einen mit höherrangigem Recht konformen Gesetzesentwurf zu erarbeiten und in den Landtag einzubringen, der darauf hinwirkt, dass der Verkehrsflughafen am Standort Schönefeld dauerhaft nicht mehr als die mit Planfeststellungsbeschluss vom 13. August 2004 geregelten zwei Start- oder Landebahnen haben wird.

Zudem wurde die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, flankierend als ersten Schritt einen Beschlussentwurf in den Landtag einzubringen, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, in den Gremien, Vorlagen und Plänen der gemeinsamen Landesplanung aktiv darauf hinzuwirken, dass der Bau einer dritten Start- und Landebahn am Verkehrsflughafen BER nicht erfolgt.

Keine dritte Start- und Landebahn am BER; © clipdealer.de

ZUKUNFTSFÄHIGE STRUKTUR DER SPD BRANDENBURG

Am 12. Januar 2015 wurde auf Beschluss des Landesvorstandes eine Organisationspolitische Kommission eingerichtet. Aufgabe der Kommission war es, Vorschläge für eine zukunftsfähige Struktur des SPD-Landesverbandes Brandenburg zu entwickeln. Die Kommission untergliederte diesen Auftrag in folgende Teilaufgaben:

- Einführung eines zentralen Mitglieder-Servicecenters in der Landesgeschäftsstelle;
- Erarbeitung eines neuen Geschäftsstellenkonzepts, in Verbindung mit dem entsprechenden Finanzierungsmodell;
- Entwurf einer Stellenbeschreibung für eine/n Geschäftsführer/in bzw. eine/n Regionalgeschäftsführer/in des SPD-Landesverbands Brandenburg.

Für die Kommission stand fest, dass es sich bei den Handlungsempfehlungen in erster Linie nicht um eine Sparmaßnahme des Landesverbandes handeln sollte. Vielmehr sollte es darum gehen, finanzielle Mittel der gesamten Organisation effizienter einzusetzen (Überprüfung und mögliche Optimierung der Organisationskosten).

Bis Dezember 2014 gab es im Landesverband Brandenburg mit 17 Geschäftsstellen zu zehn Bundestagswahlkreisen (170 %) die höchste SPD-Bürodichte bundesweit. Landesweit überstiegen die Organisationskosten (= Kosten für die Geschäftsstelle + allgemeine Verwaltungsausgaben) die Beitragseinnahmen der Unterbezirke. Diese konnten zum Teil nur durch Zuschüsse des Landesverbandes gedeckt werden. Die Kommission erarbeite in ihrem Bericht, der im Juli 2015 vom Landesvorstand einstimmig angenommen wurde, folgende Handlungsaufträge:

- Einführung des Mitglieder-Servicecenters der SPD Brandenburg;
- Neues Geschäftsstellenkonzept der SPD Brandenburg;
- neue Stellenbeschreibungen für eine/n Geschäftsführer/in bzw. eine/n Regionalgeschäftsführer/in.

Nach der neuen Struktur der SPD Brandenburg gliedert sich der Landesverband in fünf Verwaltungsregionen, in denen jeweils zwei Geschäftsstellen verortet sind. Die Einteilung in Regionen dient vorrangig der Abbildung von internen Verwaltungsabläufen (wie z. B. der zentralen Dokumentenablage etc.). Des Weiteren wurden gegenseitige Vertretungsregeln im kurzzeitigen Krankheitsfall sowie eine Urlaubsvertretung geschaffen. Spätestens im Jahr 2019 soll die Geschäftsstellenstruktur und die entsprechende Finanzierung aufgrund der geplanten Kreisgebietsreform neu bewertet und ggf. angepasst werden.

INTEGRATION: STARKES LAND MIT KLAREN REGELN

Im November 2015 legte der Landesvorstand das Positionspapier „Starkes Land mit klaren Regeln“ zur Integration von Flüchtlingen vor. Darin entwickelte er ein ausgewogenes Programm im Sinne von Fördern und Fordern. Der Beschluss enthält zahlreiche sehr konkrete Handlungsaufforderungen, um zu uns geflüchtete Menschen gut aufzunehmen und in die Gesellschaft zu integrieren. Vier Politikfelder werden detailliert in den Mittelpunkt gestellt: Bildung, Arbeitsmarkt, sozialer Wohnraum und innere Sicherheit.

Ziel aller im Papier entwickelten Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene ist der Zusammenhalt der Gesellschaft. Die SPD darf nicht zulassen, dass Deutsche und Flüchtlinge von Rechtspopulisten gegeneinander ausgespielt werden. Wir können das verhindern, indem wir klare Regeln schaffen und konstruktive, nach vorn weisende Problemlösungen anbieten, die allen Menschen in Deutschland gemeinsam zugutekommen. Das schafft viele Chancen – für diejenigen, die zu uns kommen und für die Menschen in Deutschland und Brandenburg.

Das Papier des Landesvorstandes wurde auf dem Landesparteitag 2015 als Initiativantrag eingebracht und mit wenigen Änderungen mit großer Mehrheit beschlossen.

GLEICHE RENTEN IN OST UND WEST

Nach über 25 Jahren deutscher Einheit waren ungleiche Rentenwerte in Ost und West nicht mehr hinnehmbar – sie stellten eine klare Benachteiligung ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger dar. Der SPD-Landesvorstand forderte die vollständige Rentenanpassung, so wie sie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene festgeschrieben wurde.

GERECHTIGKEIT. VERANTWORTUNG. ZUSAMMENHALT.

Was ist für die Zukunft Ostdeutschlands entscheidend? Über diese Frage diskutierte der SPD-Landesvorstand Mitte April 2016 auf seiner Klausurtagung und beschloss wichtige Forderungen, die sich nach seinem Willen im Bundestagswahlprogramm wiederfinden sollten. Oberstes Ziel dabei ist ein starker Staat, der Familien fördert, sozialen Aufstieg ermöglicht, Leistung belohnt und Solidarität organisiert. Besonders wichtig war dem Landesvorstand die Besserstellung von Familien. Vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen sollen entlastet werden, unabhängig vom Familienstand der Eltern. Auch alleinerziehende Mütter und Väter brauchen aus Sicht des Landesvorstandes mehr Unterstützung, etwa in Form einer steuerlichen Entlastung.

Neben vielen anderen familienpolitischen Forderungen will die SPD durchsetzen, dass der Bund künftig einen stärkeren finanziellen Beitrag in der Bildungspolitik leistet. Und auch zur Gesundheitsversorgung setzt der Landesvorstand neue Akzente: Mobile Arztpraxen sollen die Versorgung in den ländlichen Regionen verbessern. Auf dem Arbeitsmarkt, so hat es der SPD-Landesvorstand beschlossen, soll der Missbrauch bei der Leiharbeit beendet werden. Sozial abgesicherte und gute Arbeit muss die Regel sein. Leiharbeit ist daher zu befristen. Bei der Vergütung sollen Leiharbeiter der Stammbelegschaft vom ersten Tag an gleichgestellt werden. Auch in Sachen Renten sieht der Landesvorstand Handlungsbedarf. So soll eine Mindestrente eingeführt werden und der Übergang in die Rente flexibler gestaltet werden können.

MINDESTLOHN SICHERN. GESETZESLÜCKE SCHLIEßEN.

Im Mai 2016 hatte das Bundesarbeitsgericht geurteilt, dass Arbeitgeber Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf den Mindestlohn anrechnen dürfen. Der SPD-Landesvorstand wollte diese Entscheidung nicht hinnehmen und forderte daher im Juni 2016 die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative zum Mindestlohn auf den Weg zu bringen. Vor dessen Einführung arbeiteten fast ein Drittel der Beschäftigten in Ostdeutschland für weniger als 8,50 Euro. Mit seiner Einführung wurde die Kaufkraft von hunderttausenden Beschäftigten im Osten gestärkt. Umso wichtiger ist, dass der Mindestlohn nicht durch fragwürdige Rechentricks geringer ausfallen darf, als durch das Gesetz vorgesehen. Diese Hintertür muss schnell geschlossen werden.

KOMMUNALE WAHLEN: WIEDER MEHR SPD-BÜRGERMEISTER IN BRANDENBURG

Der Landesparteitag hat am 13. Dezember 2014 auf Antrag des Landesvorstandes beschlossen, kommunale Wahlkämpfe stärker

in den Mittelpunkt zu rücken. Ortsvereine und Unterbezirke wurden gebeten, die jeweilige Ausgangslage zu analysieren und Wahlkampfkosten in den Finanzplanungen zu berücksichtigen. Weiterhin wurden sie gebeten, rechtzeitig geeignete sozialdemokratische Kandidatinnen und Kandidaten zu identifizieren und zu nominieren. Die Ortsvereine sollen Problemlagen frühzeitig untereinander und mit dem jeweiligen Unterbezirk erörtern. Erklärtes Ziel ist, bei möglichst allen Wahlen mit sozialdemokratischen Kandidatinnen und Kandidaten anzutreten.

Großfläche beim Bürgermeisterwahlkampf in Falkensee
© Guido Speer

Beschlossen hat der Landesparteitag zudem die professionelle Unterstützung von sozialdemokratischen Kandidaturen. Dafür leistet der Landesverband seit Dezember 2014 umfangreiche professionelle Beratungs- und Gestaltungsdienste, um die politische Schlagkraft in Wahlkämpfen zu erhöhen. Ortsvereine und Unterbezirke müssen nun keine Werbeagenturen mehr beschäftigen. Ortsvereine und Unterbezirke können, müssen aber nicht vom Angebot des Landesverbandes Gebrauch machen.

Der Landesverband hat alle Wahlkämpfe, bei denen es gewünscht war, intensiv unterstützt. Zur Vorstellung der Unterstützungsmöglichkeiten hat die Generalsekretärin Vorsitzende von Ortsvereinen, in deren Verantwortungsbereich Bürgermeisterwahlen 2015 oder 2016 anstanden, ins Regine-Hildebrandt-Haus eingeladen. In einer Informationsbroschüre können sich betroffene Gliederungen zusätzlich über Unterstützungsmöglichkeiten informieren.

Bei Vor-Ort-Terminen wurden die Angebote des Landesverbandes zudem im Detail erörtert, auf die jeweiligen Verhältnisse vor Ort abgestimmt und im Anschluss in konkrete Planungen umgesetzt. Der Landesverband unterstützte bei der Planung und Erstellung von Wahlkampfmaterialien. Für alle vor Ort gewünschten Materialien wurden kostenlos Druckvorlagen erstellt.

Wahlkampfzeitung für Landrat Stephan Loge
© SPD Landesverband Brandenburg

Im Berichtszeitraum gab es vier Landratswahlen. In Oberhavel holte SPD-Kandidat Ludger Weskamp im Jahr 2015 in der Stichwahl 60,1 Prozent der abgegebenen Stimmen. Das notwendige Quorum wurde jedoch nicht erreicht, so dass Ludger Weskamp durch den Kreistag zum neuen Landrat gewählt wurde. Im Landkreis Dahme-Spreewald stellte die SPD mit Stefan Loge den Amtsinhaber. Mit 52,6 Prozent gewann Stefan Loge überzeugend bereits im ersten Wahlgang. Das notwendige Quorum wurde erreicht. 2016 fand im Havelland eine Landratswahl statt, bei der Martin Gorholt (SPD) in der Stichwahl unterlag. Im Landkreis Potsdam-Mittelmark wurde der Amtsinhaber Wolfgang Blasig mit 70,4 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Der Landesverband unterstützte alle Landratswahlkämpfe.

2015 fanden 14 Bürgermeisterwahlkämpfe in Brandenburg statt. Bei elf von 14 Wahlkämpfen war die SPD mit sozialdemokratischen Kandidaten aktiv beteiligt. Allerdings liegt der Frauenanteil bei den sozialdemokratischen Bürgermeistern aktuell lediglich bei 16,6 Prozent. Die Kandidatur von deutlich mehr SPD-Bürgermeisterkandidatinnen muss daher Anspruch aller Ebenen innerhalb der Brandenburger SPD sein. Vier Bürgermeisterwahlen wurden 2015 von der SPD gewonnen: Lübben (Lars Kolan), Forst (Philipp Wesemann), Ludwigsfelde (Andreas Igel) und Falkensee (Heiko Müller).

2016 fanden 20 Bürgermeisterwahlen statt. Die SPD stellte 14 Kandidatinnen und Kandidaten auf. Fünf Wahlen wurden gewonnen: Gumtow (Stefan Freimark), Uckerland (Matthias Schilling), Premnitz (Ralf Tebling), Schöneiche (Ralf Steinbrück) und Kleinmachnow (Michael Grubert).

Kandidatenplakat von Lars Kolan, Bürgermeister von Lübben
© SPD Landesverband Brandenburg

Die Anstrengungen auf allen Ebenen der Brandenburger SPD zeigen bereits positive Wirkung. Von 2008 bis 2014 verlor die SPD 22 Prozent ihrer hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Dieser Trend ist gestoppt. Erstmals seit 2008 stellte die SPD am Jahresende 2015 wieder mehr SPD-Bürgermeister als zu Jahresbeginn. 2016 setzte sich diese positive Entwicklung fort, die Anzahl der SPD-Bürgermeister wuchs weiter.

Unabhängig davon, ob die SPD-Kandidaten am Ende das Amt des Bürgermeisters erringen konnten, trugen alle Wahlkämpfe erheblich zur Profilierung der Sozialdemokratie vor Ort bei. In allen Wahlkämpfen zeigten sich Kandidaten und Ortsvereine hoch engagiert. Der Dank der gesamten Landes-SPD gilt daher insbesondere auch denjenigen SPD-Kandidaten, die trotz geringerer Erfolgsaussichten ihren Hut für die Partei in den Ring geworfen haben. Denn unabhängig von den Siegchancen ist jede einzelne Wahlkampfteilnahme für den Erhalt sozialdemokratischer Politik in allen Regionen des Landes sehr wichtig.

DIE BRANDENBURGER PARTEISCHULE

2016 hat die Brandenburger SPD auf Beschluss des Landesvorstandes die Brandenburger Parteischule ins Leben gerufen. Damit lebt in Brandenburg eine der wichtigsten sozialdemokratischen Traditionen wieder auf. Denn von Beginn an war die sozialdemokratische Bewegung von dem Gedanken geprägt, möglichst vielen Menschen Wissen zu vermitteln.

Seminar der Parteischule Brandenburg
© SPD Landesverband Brandenburg

Bereits seit den 1830er Jahren entstanden auf dem Gebiet des Deutschen Bundes erste Arbeiterbildungsvereine. Daraus bildete sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV), der am 23. Mai 1863 in Leipzig gegründet wurde. Er gilt als Vorläufer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Am 15. November 1906 wurde die zentrale Parteischule der SPD in der Lindenstraße 3 in Berlin eröffnet. Das Kursangebot der Schule richtete sich an „parteigenössische Agitatoren in Wort und Schrift", die, wie es im Schulprogramm hieß, das „für die Aufklärung der breiten Massen erforderliche Maß von Wissen und theoretischer Schulung" erwerben sollten. Die Eröffnungsrede hielt August Bebel.

Mit den Lehrmethoden des Jahres 1906 hat die Brandenburger Parteischule nicht mehr viel zu tun. Heute steht der Spaß am Lernen im Vordergrund. Wissen und Handwerk, darum geht es in unserer Brandenburger Parteischule. Im ersten Jahrgang nahmen 65 Genossinnen und Genossen aus allen Landesteilen an den Seminaren und Übungen teil. Etwa die Hälfte von ihnen waren Mitglieder, die vor weniger als zwei Jahren der SPD beigetreten sind.

Bestandteil der Brandenburger Parteischule sind auch gemeinsame Exkursionen. Mitglieder und Freunde der SPD haben so die Gelegenheit, spannende Orte zu entdecken. Prominente Persönlichkeiten ermöglichen Eindrücke, die so sonst nicht zu haben sind. Die Exkursionen erfreuten sich 2016 großer Beliebtheit. Nicht wenige Angebote waren nach kurzer Zeit ausgebucht. Am Ende konnten rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgende Orte mit der Brandenburger Parteischule besuchen: Die Brandenburger Landesvertretung beim Bund, das Auswärtige Amt, den Flughafen BER, das Willy-Brandt-Haus, den Brandenburger Verfassungsschutz, den Landtag Brandenburg und das Rathaus Potsdam.

Auf dem Flughafen BER; © Arnulf Triller

Im Auswärtigen Amt; © Auswärtiges Amt

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Seit Dezember 2014 gibt es mit der OSTKURVE ein neues Online-Magazin der Brandenburger SPD. Mehrfach im Jahr werden hier aktuelle Themen aufgegriffen, beleuchtet und einfach erklärt. Neben aktuellen Entwicklungen und sozialdemokratischen Themen wird auch dem Parteileben ein hoher Stellenwert eingeräumt. Mitmachangebote und nützliche Tipps runden das neue Online-Angebot ab.

Ausgabe der OSTKURVE; © SPD Landesverband Brandenburg

In Brandenburg erscheint der „Rote Adler" als ständiger Bestandteil des VORWÄRTS. Er erreicht alle Mitglieder der Brandenburger SPD. In den Jahren 2015 und 2016 berichtete der „Rote Adler" über wichtige Ereignisse, Beschlüsse und bevorstehende Termine. Besonderer Schwerpunkt der Berichterstattung in den vergangenen beiden Jahren waren zudem die regionalen Wahlkämpfe in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen.
Weiterer Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der Brandenburger SPD ist die PERSPEKTIVE21. Sie erscheint bereits seit 1997 als Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik. Persönlichkeiten des Öffentlichen Lebens, Wissenschaftler und Politiker geben vertiefte Einblicke und Hintergründe zu gesellschaftsrelevanten Themen und Meinungen. Herausgeber der PERSPEKTIVE21 sind Klara Geywitz (V.i.S.d.P.), Klaus Ness†, der SPD-Landesverband Brandenburg und das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern e.V. Chefredakteur ist Thomas Kralinski.

FACEBOOK, TWITTER & CO.

Neben den klassischen Pressemitteilungen, mit denen sich der SPD-Landesverband regelmäßig an die Medien wendet, ist die Brandenburger SPD auch in verschiedenen sozialen Medien und mit ihren Online-Auftritten im Internet gut vertreten. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können so auf unterschiedlichen Wegen und zielgruppenorientiert aktuelle Entwicklungen und politische Aktivitäten der SPD Brandenburg begleiten, sie unterstützen oder verbreiten.

Auch der Twitter-Account erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Für weiterreichende Informationen des Landesverbandes und seiner Arbeitsgemeinschaften steht die Homepage zur Verfügung. Arbeitsgemeinschaften, Unterbezirke und Ortsvereine haben die Möglichkeit, Informationen und Aktualisierungen für ihre jeweiligen Internetseiten zu abonnieren.

Facebook-Kachel „Kinder fördern"; © SPD-Landesverband Brandenburg

Der Rote Knete-Adler ist immer dabei; © Foto: s.o.

MITGLIEDERWERBUNG

Besondere Aufmerksamkeit legt die SPD Brandenburg auf die Gewinnung neuer Mitglieder. Mehrere Werbeaktionen sorgten seit 2015 für Aufmerksamkeit und regten auch die Mitgliedschaft an, sich zu beteiligen. Ohne diese Anstrengungen wäre die Mitgliederzahl deutlich gesunken.
Zum Sommerfest 2016 hat die Brandenburger SPD die neue Kampagne „Dafür trete ich ein" vorgestellt, bei der sich erneut alle Parteimitglieder aktiv beteiligen können. Auf Plakaten, Postkarten oder im Internet ließen sich sozialdemokratische Positionen werbewirksam mit Personen verbinden und luden ein, der SPD beizutreten.

Die angepasste Kampagne „Dafür trete ich ein";
© SPD-Landesverband Brandenburg

SOMMERFESTE

Es ist eine gute Tradition, dass die Brandenburger SPD und die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam zum Sommerfest einladen. So wird jedes Jahr den Menschen „Danke" gesagt, die sich für Brandenburg, für die SPD und für unsere gemeinsamen Werte einsetzen, so auch in den Jahren 2015 und 2016.

© Oliver Lang

© SPD-Landtagsfraktion Brandenburg

© Arnulf Triller

© Arnulf Triller

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDES 2014-2016

Landesvorsitzender
Dr. Dietmar Woidke

Stellvertretende Landesvorsitzende
Katrin Lange
Daniel Kurth

Generalsekretärin
Klara Geywitz

Schatzmeister
Dr. Burkhard Schröder

Beisitzerinnen und Beisitzer
Ines Hübner
Günter Baaske
Andrea Wicklein
Barbara Hackenschmidt
Sabine Tischendorf
Stephan Loge
Mike Schubert
Simona Koß
Elisabeth Alter
Uwe Schmidt

BERLIN

SPD

LANDESVERBAND BERLIN

WAHLPROGRAMMPROZESS UND MITGLIEDERBETEILIGUNG

AUF DEM WEG ZUM WAHLPROGRAMM NOVEMBER 2014 – MAI 2016

Das Wahlprogramm der Berliner SPD, das am 27. Mai 2016 auf dem Landesparteitag einstimmig von den Delegierten beschlossen wurde, war das Ergebnis eines umfassenden Beteiligungsprozesses der Mitglieder, Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse sowie gesellschaftlicher Gruppen.

Bereits im November/Dezember 2014 begann der Prozess mit einer Postkartenaktion, bei der die Mitglieder die aus ihrer Sicht wichtigsten Themen nennen konnten. Die Auswertung ergab drei Schwerpunkte: Mieten/Wohnungsbaupolitik, Arbeit/Wirtschaft und Bildung/Kultur. Diese drei Punkte stellten später auch die Schwerpunkt-Kapitel im Wahlprogramm dar.

Die Grundlage für den ersten Entwurf des Wahlprogramms bildeten die zum Juli 2015 eingereichten Thesenpapiere der Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse der Berliner SPD.

Zudem fanden zwischen Juli und Oktober 2015 drei große Programmkonferenzen zu den Schwerpunkten Mieten/Wohnen, Arbeit/Wirtschaft und Bildung statt. Zwei kleine Konferenzen gab es zu den Themen Integration und Sicherheit. Hier konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Thesen abstimmen, die zuvor in Panels erarbeitet worden waren. Die Thesen mit den meisten Stimmen flossen ebenfalls in den ersten Wahlprogramm-Entwurf ein.

Um möglichst viele Mitglieder direkt zu beteiligen, fand im Oktober/November eine Mitglieder-Befragung mit zwölf Fragen zu konkreten Einzelforderungen und einer Schwerpunktgewichtung zum Wahlprogramm statt. Daran beteiligten sich 7636 Mitglieder. Das entspricht einem Anteil von 45 Prozent. Aus der Befragung ergab sich mit dem Bereich innere Sicherheit ein weiterer Schwerpunkt für das Programm.

Im Januar 2016 wurde der erste Entwurf des Programms an die Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse geschickt. Auf Basis der Rückmeldungen beriet der Landesvorstand einen zweiten Entwurf, der Anfang Februar an alle Mitglieder verschickt wurde.

Im März und April fanden zudem zu ausgewählten Themen in kleinem Rahmen Programmdialoge mit Verbänden, Gewerkschaften, Unternehmen und Initiativen statt. Bis zum Antragsschluss für den Programm-Parteitag am 22. April gingen von den Gliederungen ca. 400 Änderungsanträge ein.

ABGEORDNETENHAUSWAHLKAMPF 2016

Vorwahlkampagne im Frühling „Füreinander-Tour“

„Wachstum menschlich gestalten – Füreinander“. Dies war das Motto einer Tour, die den Regierenden Bürgermeister und Spitzenkandidaten der Berliner SPD Michael Müller von März bis Juni 2016 durch alle zwölf Berliner Bezirke führte. Auf der „Füreinander-Tour“ waren die Berlinerinnen und Berlinern aufgerufen, direkt mit Michael Müller ins Gespräch zu kommen, über die Probleme vor Ort zu berichten und mögliche Lösungen zu diskutieren. Es gab keinen Moderator, keine trennenden Barrieren. Beworben wurden die einzelnen Termine durch Anzeigen und Postwurfsendungen rund um die gut besuchten Veranstaltungsorte, zu denen Kinos, Galerien und Gemeindesäle zählten.

Michael Müller auf der Füreinander-Tour; © Ulrich Horb

Heiße Wahlkampfphase im Sommer/Herbst: Kampagne „Berlin bleibt…“

Die Kampagne „Berlin bleibt …“ zur Abgeordnetenhauswahl im September 2016 war darauf ausgerichtet, Berlin so zu zeigen, wie es ist: weltoffen, solidarisch und bezahlbar. Die SPD Berlin und ihr Spitzenkandidat Michael Müller machten mit der Kampagne deutlich, dass sie Politik für alle Berlinerinnen und Berliner machen wollen: für ein gutes Zusammenleben, für sozialen Zusammenhalt und für gute Arbeitsplätze. Dies spiegelte sich auch auf den Großflächen-Plakaten wider, die Michael Müller beispielsweise in der U-Bahn, im Kiez, auf einem Großmarkt zeigten, also überall dort, wo die Berlinerinnen und Berliner ihren Alltag leben.

Flankiert wurde die Kampagne mit einer Sommertour, auf der der Spitzenkandidat gemeinsam mit dem „Team Müller“ und Roten Bussen Einkaufsstraßen, Fußgängerzonen und belebte Plätze besuchte. Darüber hinaus luden die Arbeitsgemeinschaften und Foren der Berliner SPD hunderte von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu themenspezifischen Empfängen ein: Sportpolitischer Empfang, Kulturempfang, Empfänge der AG Migration und Vielfalt und der AG 60plus sowie der Frauenempfang der ASF Berlin.

Abgeordnetenhaus- und Kommunalwahlen am 18. September 2016

Trotz Einbußen wurde die SPD bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016 mit 21,6 Prozent der Zweitstimmen wieder stärkste Kraft und erlangte dadurch den Regierungsauftrag. Laut Wahlana-

Kampagne zu den Abgeordnetenhauswahlen 2016; © Ulrich Horb

lysen lag die SPD in den Kompetenzfeldern Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit sowie in der Familien-, Wohnungsbau-, Bildungs- und Integrationspolitik klar vorne.

Der neue rot-rot-grüne Senat mit Michael Müller als Regierenden Bürgermeister war die von den Berlinerinnen und Berliner bevorzuge Koalition. Andreas Geisel (Inneres und Sport), Sandra Scheeres (Bildung, Jugend und Familie), Matthias Kollatz-Ahnen (Finanzen) und Dilek Kolat (Gesundheit, Pflege, Gleichstellung) sind weitere SPD-Mitglieder im Senat.

Insgesamt konnte die SPD trotz Verluste mit 28 der 78 Wahlkreise die meisten Direktmandate gewinnen. Auch erhielt sie mehr Erst- als Zweitstimmen, wobei sie besonders vom Wahlverhalten der nach Berlin neu zugezogenen Wählerschaft und von früheren Nichtwählerinnen und Nichtwählern profitierte.

In den Bezirken lag das SPD-Ergebnis mit 23,4 Prozent leicht über dem Landesergebnis. Die SPD ist auch als einzige Partei in allen Bezirksämtern vertreten (18 der 60 Bezirksamtsmitglieder).

Hervorzuheben ist der große Einsatz der Kandidierenden sowie der zahlreichen ehrenamtlichen engagierten Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Dennoch war bereits am Wahlabend klar, dass sich die Berliner SPD nicht auf dem Ergebnis ausruhen wird. So führte der Landesverband unmittelbar nach den Wahlen zwei Mitgliederforen durch und setzte eine Arbeitsgruppe Wahlanalyse ein. Jeder Aspekt des Wahlkampfes und der Themensetzung wurden kritisch hinterfragt. Diese Analyse ist eine Grundlage für kommende Wahlkämpfe.

REGELMÄßIGE AKTIONEN

Zur Arbeit der Berliner SPD gehören seit Jahren regelmäßige Aktionen, an denen sich berlinweit die Abteilugen (Ortsvereine) beteiligen. Am Internationalen Frauentag verteilen die Abteilungen 30.000 (FairTrade-) Rosen. Rund um den 8. Mai werden gemeinsam mit Initiativen Stolpersteine geputzt. Zur Einschulung verteilen die Abteilungen vor Schulen Brotdosen, Buntstifte und das Berliner Schulgesetz. Zu Ostern und Weihnachten finden weitere Verteilaktionen mit Postkarten, Schokolade und Informationsmaterial statt.

Zu den regelmäßigen Aktionen gehört für die Berliner SPD auch das zweimal im Jahr stattfindende Neumitgliedertreffen. Der Landesvorsitzende lädt alle Neumitglieder ein, damit sie Fragen stellen, die Strukturen des Landesverbandes kennen lernen und mit dem Landesvorsitzenden über Politik debattieren können.

DIE BERLINER SPD IN DEN SOCIAL-MEDIA-KANÄLEN

Social Media ist für die SPD Berlin ein selbstverständlicher Teil der politischen Kommunikation. Der Landesverband ist bei Twitter, Facebook und Instagram mit einem Profil präsent und bietet darüber hinaus einen WhatsApp-Newsletter an. Bei Twitter ist die Berliner SPD bundesweit der SPD-Landesverband mit den meisten „Followern", bei Instagram der mit den meisten Abonnenten. Auch bei Facebook gehört die Berliner SPD zu den Landesverbänden mit den meisten Fans. Im Vergleich zu den konkurrierenden Parteien in Berlin konnten sie die Zahl der Follower deutlich stärker erhöhen.

DIE BERLINER SPD AUF BUNDESEBENE

Die Berliner Sozialdemokratin Petra Nowacki ist seit Oktober 2016 neue Bundesvorsitzende der „AG Akzeptanz und Gleichstellung (SPDqueer)". Der Berliner Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) Boris Velter ist seit März 2017 auch Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft. Bereits seit 2015 ist Aziz Bozkurt Bundesvorsitzender der AG Migration und Vielfalt in der SPD und wurde 2017 in dieser Funktion bestätigt. Dr. Jan Stöß ist seit November 2013 Mitglied des Parteivorstands.

LANDESPARTEITAGE

LANDESPARTEITAG AM 13. JUNI 2015

Auf ihrem Landesparteitag am 13. Juni 2015 im InterContinental Berlin diskutierte die Berliner SPD über Außen-, Friedens- und Flüchtlingspolitik. Zu Gast war Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Frieden müsse immer und überall hart erarbeitet werden, er falle nicht vom Himmel, betonte Steinmeier in seiner Rede. Eindringlich warb er für die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa und rief dazu auf, das große friedenspolitische Erbe von Willy Brandt anzunehmen.

Ein friedenspolitischer Leitantrag, der einstimmig angenommen wurde, beschreibt den Ausbau der zivilen Krisenprävention und die Entwicklung einer ressortübergreifenden Strategie für Friedensförderung und Krisenprävention. Internationale Organisationen sollten gestärkt und ausgebaut werden. In einer Resolution und mehreren Anträgen setzte sich die Berliner SPD für die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen ein. Statt Unterbringung in Traglufthallen und Turnhallen solle die Unterbringung in Wohnungen erfolgen. Ein großer Dank gelte den Berlinerinnen und Berlinern, die sich ehrenamtlich für die Geflüchteten einsetzen und die Willkommenskultur der Stadt prägen. Außerdem verabschiedete der Landesparteitag den Antrag „Starke Finanzen im Land und in den Bezirken". Kernpunkt des Antrags ist die Forderung, die Bezirke auskömmlich zu finanzieren.

LANDESPARTEITAG AM 14. NOVEMBER 2015

Auf ihrem Landesparteitag am 14. November 2015 bezog die Berliner SPD klare Positionen in der Flüchtlingspolitik. „Menschlich bleiben. Haltung zeigen." ist die Resolution überschrieben, die einstimmig vom Parteitag angenommen wurde. „Wir wollen ein weltoffenes Berlin, das Menschen in Not willkommen heißt, ihnen Schutz und ein neues Zuhause bietet", heißt es darin. Die Resolution wendet sich gegen „Obergrenzen" und andere Scheindebatten, die nicht zur Lösung beitragen. Eine verschärfte Residenzpflicht wurde abgelehnt. In einer weiteren Resolution forderte der Parteitag Bundesverkehrsminister Dobrindt einstimmig auf, alles dafür zu tun, um die Arbeitsplätze bei Air Berlin zu erhalten.

Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß gedachte auf dem Parteitag der beiden verstorbenen SPD-Politiker Egon Bahr und Helmut Schmidt. Stöß erinnerte an die Verdienste Bahrs in der Ostpolitik und für die Sicherung des Friedens. „Egon Bahrs Name bleibt in Berlin damit verbunden, dass er maßgeblich das Zusammenwachsen der Stadt gefördert hat." Helmut Schmidt habe in schwierigen Zeiten Orientierung gegeben.

LANDESPARTEITAG AM 30. APRIL 2016

Auf dem Landesparteitag am 30. April 2016 wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Michael Müller wurde von den Delegierten mit 81,7% der Stimmen neuer Landesvorsitzender. In seiner Rede hatte er seine Kandidatur mit der Notwendigkeit klarer Strukturen begründet. „Wir müssen unseren Anspruch auf politische Führung ganz neu durchkämpfen", so Müller. Es gehe ihm darum, die Kräfte zu bündeln. Senat und SPD stellten sich gemeinsam den Veränderungen der wachsenden Stadt. Er sei überzeugt, dass die SPD die richtigen Lösungen für die Stadt anbieten könne. Nur die SPD stelle sicher, dass Berlin Heimat für alle bleibe: „Wir müssen kämpfen gegen die Spalter in unserer Gesellschaft und in Europa."

Die Parteitagsdelegierten dankten Jan Stöß, der nicht wieder für den Vorstand kandidierte, für die Arbeit der vergangenen vier Jahre. Stöß rief die Delegierten zur Geschlossenheit auf, um gemeinsam ein gutes Ergebnis im September zu erreichen. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Andreas Geisel (192 Stimmen, 80,6 %), Barbara Loth (207 Stimmen, 86,9%), Mark Rackles (215 Stimmen, 90,3%) und Iris Spranger (178 Stimmen, 74,7%) gewählt. Als Nachfolgerin von Ulrike Sommer als Landeskassiererin wurde Angelika Schöttler (160 Ja-Stimmen, 67,5%) gewählt. Die Zahl der Beisitzerinnen und Beisitzer wurde von acht auf zwölf erhöht. Dem Landesvorstand gehören ferner Vertreterinnen und Vertreter der zwölf Kreise und der großen Arbeitsgemeinschaften an.

In einer Resolution rief der Parteitag dazu auf, die solidarische Stadt zu bewahren, die wachsende Stadt menschlich zu gestalten und für eine Verbindung von innerer und sozialer Sicherheit zu sorgen.

Neuer geschäftsführender Landesvorstand; © Ulrich Horb

LANDESPARTEITAG AM 27. MAI 2016

Der Landesparteitag am 27. Mai 2016 beschloss einstimmig das Regierungsprogramm für die Jahre 2016 bis 2021. In einer kämpferischen Rede auf dem Parteitag rief Berlins SPD-Landesvorsitzender Michael Müller die Berliner SPD-Mitglieder auf, gemeinsam für die solidarische und weltoffene Stadt einzutreten: „Wir brauchen alle 17.000, die das mitkommunizieren, die in die Auseinandersetzung gehen und selbstbewusst für die eigenen Positionen streiten." Darüber hinaus wies er auf die Erfolge der SPD hin: auf 55.000 neue Arbeitsplätze innerhalb eines Jahres, sinkende Arbeitslosigkeit, kostenlose Kitaplätze und die Anstrengungen im Wohnungsbau. Drei Punkte griff Müller dabei heraus, für die sich die SPD besonders stark machen werde. Die Zahl städtischer Wohnungen solle von 300.000 auf 400.000 erhöht werden. Alle Berliner Schulen sollen in den kommenden zehn Jahren saniert werden. Der öffentliche Dienst solle entsprechend des tatsächlichen Bedarfs ausgebaut werden. Personal-Obergrenzen solle es künftig nicht mehr geben. Für die Berliner SPD stehe das Bild einer solidarischen Stadt im Vordergrund. Einen Schwerpunkt werde die Auseinandersetzung mit der AfD bilden. Der Kampf für Freiheit sei heute ein Kampf gegen Diskriminierung und Intoleranz, so Müller. „Es geht um ein gutes Zusammenleben." Internationalität und Offenheit der Stadt seien wichtige Grundlagen, die nicht in Frage gestellt werden dürften. Bei der Wahl am 18. September gehe es auch darum, Rechtspopulisten aus dem Parlament fernzuhalten.

LANDESPARTEITAG AM 5. DEZEMBER 2016

Thema des Parteitags war die Verabschiedung des rot-rot-grünen Koalitionsvertrags. Als gute Grundlage für einen gemeinsamen Erfolg, aber auch für eine sozialdemokratische Profilierung bezeichnete der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller diesen. Es gebe einen Politikwechsel, der eine Chance für die Stadt bedeuten könne. „Lasst uns den Aufbruch wagen", so Müller. „Vielleicht gelingt es über eine gute Regierungsarbeit auch, Machtoptionen für die SPD über Berlin hinaus zu eröffnen." In geheimer Abstimmung sprachen sich 213 Delegierte (89,5%) für den Koalitionsvertrag aus. Jetzt könne man umsetzen, was in den vergangenen Jahren von der CDU blockiert worden sei, erklärte Müller.
Das Ergebnis der Abgeordnetenhauswahlen nannte er enttäuschend. Aber die SPD habe einen Regierungsauftrag erhalten. Die Menschen erwarteten jetzt, dass die Probleme angepackt würden. Müller betonte die Bedeutung der sozialen Fragen. Sie zögen sich durch alle Ressorts. Die DGB-Vorsitzende Doro Zinke dankte auf dem Parteitag ausdrücklich auch für die Einbeziehung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. In einer gemeinsamen Sitzung von Landesvorstand und Fraktion hatten sich die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats am 6. Dezember vorgestellt, am 8. Dezember wurden sie vereidigt. Michael Müller wird von den Staatssekretärinnen und Staatssekretären Steffen Krach, Björn Böhning und Sawsan Chebli unterstützt. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung übernimmt Dilek Kolat mit den Staatssekretärinnen und Staatssekretären Barbara König und Boris Velter. Inneres und Sport: Andreas Geisel mit Christian Gaebler, Sabine Smentek und Torsten Akmann. Bildung, Jugend und Familie: Sandra Scheeres mit Sigrid Klebba und Mark Rackles. Finanzen: Matthias Kollatz-Ahnen mit Margaretha Sudhof und Klaus Feiler.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS DER BERLINER SPD

(GEWÄHLT IM APRIL 2016)

Landesvorsitzender
Michael Müller

Stellvertretende Vorsitzende
Andreas Geisel
Barbara Loth
Mark Rackles
Iris Spranger

Landeskassiererin
Angelika Schöttler

Beisitzerinnen und Beisitzer
Mirjam Blumenthal
Daniel Buchholz
Fritz Felgentreu
Alexander Freier
Frank Jahnke
Cansel Kiziltepe
Dr. Maja Lasic
Klaus Mindrup
Barbara Scheffer
Ulrike Sommer
Ulf Wilhelm
Julian Zado

Kreisvorsitzende
Boris Velter (01 Mitte)
Harald Georgii (02 Friedrichshain-Kreuzberg)
Knut Lambertin (03 Pankow)
Christian Gaebler (04 Charlottenburg-Wilmersdorf)
Raed Saleh (05 Spandau)
Susanne Pape (Vertreter des Kreises im LV)
Ruppert Stüwe (06 Steglitz-Zehlendorf)
Dilek Kolat (07 Tempelhof-Schöneberg)
Dr. Franziska Giffey (08 Neukölln)
Oliver Igel (09 Treptow-Köpenick)
Stefan Komoß (10 Marzahn-Hellersdorf)
Ole Kreins (11 Lichtenberg)
Jörg Stroedter (12 Reinickendorf / kooptiert)

Arbeitsgemeinschaften
Rolf Wiegand (AfA)
Angelika Syring (AGS)
Dr. Eva Högl (ASF)
Heidemarie Fischer (AG 60 plus)
Daniela Kaya (AG Migration)
Annika Klose (Jusos)
Markus Pauzenberger (SPDqueer)

Regierender Bürgermeister von Berlin
Michael Müller (seit Dez. 2014)

Landesgeschäftsführer
Dennis Buchner (bis Dez. 2016)
Anett Seltz (seit Januar 2017)

NORDRHEIN-WESTFALEN

SPD

LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN

EINLEITUNG

2015 und 2016 waren für die NRWSPD intensive und arbeitsreiche Jahre. Mit dem Projekt „Fundament stärken!“ stand einerseits die Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung der Arbeit an der Basis der Partei auf der Tagesordnung. Andererseits ging es natürlich um die inhaltliche, personelle und organisatorische Vorbereitung der Landtagswahl am 14. Mai 2017.

Fundament stärken!

Ende 2014 startete Generalsekretär André Stinka den Prozess einer kritischen und ehrlichen Bestandsaufnahme der Arbeit in der NRWSPD. Ziel war es, die NRWSPD als lebendige, aktive und zukunftsfähige Mitgliederpartei zu erhalten. Das Motto war: Raus aus dem Hinterzimmer und ran an die Ideen, die die SPD für ihre Zukunft braucht. Dazu gehörte unter anderem: veränderte Kommunikationsgewohnheiten einzubeziehen, neue Formen der Mitarbeit zu finden, gleichzeitig bewährte Methoden nicht zu vernachlässigen. Oder anders gesagt: online und offline gemeinsam denken, anstatt sich für eins von beidem zu entscheiden.

Wie sieht die Parteiarbeit der Zukunft aus? Viele Mitglieder haben in den Teilprojekten mitdiskutiert.; © NRWSPD

Um die Aufgabe umfassend in Angriff zu nehmen, wurde das Projekt „Fundament stärken!“ in 20 Teilprojekte gegliedert, die von Haupt- und Ehrenamtlichen in Projektgruppen bearbeitet wurden. Dabei ging es etwa um neue Veranstaltungsformen, die Mitgliederentwicklung, um Personalentwicklung, Talentförderung und das Projekt „Sprichst Du Politik?“. Manche Projekte – zum Beispiel „Wir kommen hin“, bei dem es um Gesprächsveranstaltungen vor Ort ging – tourten durchs ganze Land. Andere fanden exemplarisch an einzelnen Orten statt. Natürlich waren bei 20 Teilprojekten die Erfolge der einzelnen Projekte unterschiedlich.

„Fundament stärken!“ ist nicht abgeschlossen, sondern wird in vielen einzelnen Teilen und anderen Formen in den Gliederungen weitergeführt. Der Prozess hat Stärken und Schwächen aufgezeigt, die für die weitere Arbeit in der NRWSPD wichtige Fingerzeige waren. Die bisherigen Ergebnisse lassen sich in der „Zwischenbilanz 2016“ nachlesen, erhältlich beim Landesverband der NRWSPD oder als Download auf https://www.nrwspd.de/fundament-staerken.

LANDESPARTEITAGE, KONFERENZEN, KONVENTE UND VERANSTALTUNGEN

GELSENKIRCHENER GESPRÄCHE AM 14. MÄRZ 2015 – WISSENSCHAFTSPARK, GELSENKIRCHEN

Beim traditionellen Treffen der Mandats- und Funktionsträger der NRWSPD ging es um die Flüchtlingspolitik und um Fragen der Integration. Ergebnis der Diskussionen war die Resolution: „Integration von Flüchtlingen: Eine gesamtstaatliche Aufgabe – Überforderung der Kommunen abwenden!“ Ein weiteres wichtiges Thema war die Frage nach den Anforderungen an eine zukunftsfähige Politik: „Wie wir im Jahr 2030 in NRW leben, wohnen und arbeiten werden“. Wichtige Impulse in der Diskussion lieferte der Zukunftswissenschaftler und Berater Prof. Horst Opaschowski.

FACHTAGUNG: „ANGRIFF AUF EINE FRAGILE MITTE – RECHTSEXTREMISTISCHE ZUGRIFFSSTRATEGIEN AUF BÜRGERLICHE KREISE“ AM 25. MÄRZ 2015 – DÜSSELDORF

Die Veranstaltung der Arbeitsgruppe „Maßnahmen für Toleranz und gegen Rechtsextremismus“ des Landesvorstandes der NRWSPD fand vor dem Hintergrund der wöchentlich stattfindenden Demonstrationen der „PEGIDA“ in Dresden, der DÜGIDA in Düsseldorf und der DUgIdA in Duisburg statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Fragen nach der Wehrhaftigkeit unserer Demokratie und wie es gelingen kann, die Zivilgesellschaft im Sinne einer wehrhaften Demokratie zu stärken.

THEMENWOCHE „WIRTSCHAFT 4.0“ VOM 10. BIS 21. AUGUST 2015

Die digitale Vernetzung kommt nicht über Nacht. Das merken die Menschen jeden Tag. Viele neue Chancen und Herausforderungen sind mit ihr verbunden. Was versteht man unter einer intelligenten Fabrik? Welche neuen Jobs entstehen? Welche Berufsbilder werden sich ändern? Wie gestalten wir die Arbeitswelt von morgen? Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordnete, Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Fraktionen und Gliederungen der Partei waren aufgefordert, bei der Themenwoche 2015 mitzumachen. Die NRWSPD führte dazu zahlreiche Veranstaltungen durch – unterstützt von der Landesvorsitzenden, den NRW Arbeits- und Wirtschaftsministern, dem Generalsekretär, den stellvertretenden Landesvorsitzenden, Landratskandidaten sowie weiteren Funktionären und Mandatsträgern. Anregungen, Anforderungen und Wünsche, die die besuchten Betriebe äußerten, wurden festgehalten. Betriebe und Kooperationspartner der Themenwoche erhielten eine Einladung zum Zukunftskonvent am 14. November 2015, um dort die Diskussion fortzusetzen.

FACHTAGUNG „AKTIONSPROGRAMM KLIMASCHUTZ“ AM 21. SEPTEMBER 2015 – WISSENSCHAFTSPARK, GELSENKIRCHEN

Die Tagung fand unter Mitwirkung von Generalsekretär André Stinka, Bundesministerin Barbara Hendricks, Norbert Meesters MdL und

Expertinnen und Experten aus dem Klimaschutz in NRW statt. Am Beispiel der Koordinierungsstelle Klimaschutz der Stadt Gelsenkirchen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wie auch regionale Maßnahmen wirkungsvoll für eine nachhaltige Entwicklung stehen können. Außerdem tauschten sie Erfahrungen aus, die zeigen, dass der Dialog mit der Wirtschaft Voraussetzung für einen effektiven Klimaschutz ist.

NRWSPD KOMPAKT: „VERANTWORTLICHE FLÜCHTLINGS- UND EINWANDERUNGSPOLITIK“ AM 19. OKTOBER 2015 – BOCHUM

Die parteiinterne Veranstaltungsreihe „NRWSPD Kompakt“, die 2013 gestartet wurde, bot interessierten SPD-Mitgliedern die Möglichkeit, aktuelle politische Themen aus Kommunen, Land, Bund und Europa mit der Fachwelt zu diskutieren. Inhalt der Veranstaltung waren Fragen der Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Staatsministerin Aydan Özoğuz, Hans-Willi Körfges MdL, Birgit Sippel MdEP und Birgit Zoerner, Sozialdezernentin der Stadt Dortmund, diskutierten.

ZUKUNFTSKONVENT: „DIGITALISIERUNG MADE IN NRW“ AM 14. NOVEMBER 2015 – INDUSTRIEMUSEUM, OBERHAUSEN

Was bedeutet die Digitalisierung für unsere Art zu leben, zu wirtschaften und zu arbeiten? Was heißt eigentlich dieses „4.0“, das man jetzt überall hinter die Begriffe hängt, ganz konkret für die Menschen in NRW? Zu diesen Fragen diskutierten die Landesvorsitzende Hannelore Kraft, Wirtschaftsminister Garrelt Duin und Arbeitsminister Rainer Schmeltzer mit dem Publikum, bevor die Debatte in themenbezogene Foren mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft weitergeführt wurde. Themen dieser Foren waren: „Industrie 4.0“, „Arbeiten in der Digitalen Welt 4.0“ und „Wirtschaftspolitik 4.0“.

Die Themen Wirtschaft und Arbeit in der digitalen Welt standen im Mittelpunkt der Diskussionen beim Zukunftskonvent.; © NRWSPD

GELSENKIRCHENER GESPRÄCHE AM 5. MÄRZ 2016 – MARITIM HOTEL, GELSENKIRCHEN

Bereits zum zwölften Mal fand dieses Treffen der Mandats- und Funktionsträger der NRWSPD statt. Nach einer intensiven Diskussion, an der auch der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel teilnahm, beschlossen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Erklärung: „Gelingende Integration braucht einen verbindlichen Rahmen: Für ein Sofortprogramm für Integration und sozialen Zusammenhalt“. Außerdem standen Workshops zu den Themen „Bildungsgerechtigkeit“, „Innovationsland NRW“ und „Integration und Teilhabe“ auf der Tagesordnung.

THEMENWERKSTÄTTEN ZUM LANDTAGSWAHLPROGRAMM: 29. APRIL 2016 IN BIELEFELD, 30. APRIL 2016 IN BERGHEIM, 2. MAI 2016 IN KAMEN UND 3. MAI 2016 IN MÜLHEIM A.D. RUHR

Ein starkes Programm entsteht durch Dialog und Diskussion. Die Ideen für die Zukunft Nordrhein-Westfalens kamen dabei aus der Mitte der SPD. Die Parteimitglieder sollten ihre Erfahrungen und Ideen im Prozess der Programmentwicklung einbringen können. Aus diesem Grund startete die NRWSPD einen breiten Beteiligungsprozess zur Erarbeitung des Regierungsprogramms. Mit Hilfe verschiedener Veranstaltungs- und Beteiligungsformate hatten alle Mitglieder der SPD in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, ihre Impulse und Vorschläge für das Regierungsprogramm an die Programmkommission zu richten. Auf vier Themenwerkstätten in den Regionen des Landes diskutierten Mitglieder der NRWSPD über verschiedene Thesen und erarbeiten einen Überblick über wichtige landespolitische Themen.

Viele Genossinnen und Genossen brachten ihre Ideen in die Erarbeitung des Wahlprogramms ein; © NRWSPD)

Themenwoche „Vorbeugende Politik“ vom 17. bis 27. Mai 2016

Auch 2016 wurden Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordnete, Landräte, Oberbürgermeister, Fraktionen und Gliederungen und die Arbeitsgemeinschaften der Partei aufgerufen, sich an einer Themenwoche der NRWSPD zu beteiligen. Die Beteiligung war noch einmal höher. Insgesamt wurden 72 Veranstaltungen durchgeführt. Unter dem Aspekt einer präventiven Politik besuchten die Beteiligten Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie Organisationen aus beiden Bereichen in ganz NRW, planten Veranstaltungen und führten Gespräche mit Expertinnen und Experten. Zudem gab es eine Reihe von Diskussions- und Informationsveranstaltungen, darunter auch einen Familientag, Vor-Ort-Gespräche, Kundgebungen und Infostände.

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 24. SEPTEMBER 2016 – RUHRCONGRESS, BOCHUM

Beim Landesparteitag der NRWSPD in Bochum stand – neben turnusgemäßen Vorstandswahlen – die inhaltliche Vorbereitung der Landtagswahl im Mittelpunkt. Mit viel Leidenschaft stellte Hannelore Kraft ihren Plan für die Zukunft des Landes vor. Im Anschluss wurde die Landesvorsitzende mit großer Mehrheit (98,45 %) im Amt bestätigt. Ebenfalls bestätigt wurden die stellvertretenden Landesvorsitzenden, der Schatzmeister und der Generalsekretär (s.u.). Generalsekretär André Stinka präsentierte die Zwischenergebnisse des „Fundament stärken!“-Prozesses. Außerdem zeigte sich die NRWSPD als lebendige und beteiligungsorientierte Mitgliederpartei: Der Parteitag beriet 130 Anträge aus den Gliederungen, dabei auch erste Leitlinien für das Wahlprogramm zur Landtagswahl 2017.

Hannelore Kraft wurde vom Parteitag mit großer Mehrheit erneut zur Landesvorsitzenden der NRWSPD gewählt.; @ NRWSPD)

REGIONALFOREN ZUM REGIERUNGSPROGRAMM AM 29. OKTOBER 2016 IN KÖLN, AM 18. NOVEMBER 2016 IN BOCHUM UND AM 25. NOVEMBER 2016 IN BIELEFELD

Auf die Themenwerkstätten in der ersten Jahreshälfte folgten drei Regionalforen mit der Landesvorsitzenden Hannelore Kraft. Sie stellte allen interessierten Mitgliedern den bisherigen Stand der Überlegungen zum Regierungsprogramm für die Landtagswahl vor und diskutierte Ideen und Argumente mit der Basis. Diese Diskussionen flossen dann wiederum in den eigentlichen Programmentwurf ein und bildeten einen wichtigen Baustein des Programmprozesses.

ARBEIT IN DER LANDESREGIERUNG

BILDUNG UND FAMILIEN

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass jedem Kind alle Chancen und Möglichkeiten offen stehen. Der Schlüssel dafür ist Bildung. Darum investierte die rot-grüne Landesregierung in NRW zwischen 2010 und 2017 rund 200 Milliarden Euro in Bildung, Kinder und Familien. Jeder dritte Euro des Landeshaushalts floss in diesen Bereich. Im Kindergartenjahr 2015/2016 wurden rund 161.500 Betreuungsplätze für Unterdreijährige zur Verfügung gestellt. Also fast doppelt so viel wie noch in 2010. Seit dem Schulkonsens 2011 entstanden in NRW 457 neue „Schulen des längeren gemeinsamen Lernens“. Gemeinsames Lernen wurde außerdem im Bereich der Inklusion an den Schulen umgesetzt.

Um die Ausstattung der Schulen zu verbessern, startete die Landesregierung das kommunale Investitionsprogramm „Gute Schule 2020“. Für Städte und Gemeinden stehen ab 2017 bis 2020 Jahren insgesamt zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Als erstes Flächenland baute NRW an den Schulen ein landesweit einheitliches Übergangsystem von der Schule in Ausbildung oder Studium auf. Mit Hilfe von Potenzialanalysen in den Schulen, Praxistagen und Praktika werden Schülerinnen und Schüler aktiv und gezielt unterstützt und begleitet.

Das Modellprojekt „Kein Kind zurücklassen – Kommunen in NRW beugen vor“, das 2012 an den Start ging, wurde 2015/2016 weitergeführt. Das Modellvorhaben folgte dem Grundsatz „Vorbeugen ist besser als Heilen“. Ziel ist es, vor Ort vorhandene Ressourcen und Programme zu optimieren und besser miteinander zu vernetzen sowie durch Erfahrungen und Erkenntnisse anderer Kommunen zu ergänzen. So sollen die Chancengerechtigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten jedes einzelnen Kindes verbessert und gleichzeitig die öffentlichen Haushalte von den „Reparaturkosten“ entlastet werden.

WIRTSCHAFT

Nordrhein-Westfalen ist eine der wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa. 2015 erwirtschaftete NRW 646 Milliarden Euro, also knapp 21,3 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Damit liegt NRW in Deutschland an der Spitze und im internationalen Vergleich vor Ländern wie der Schweiz, Belgien oder Schweden. Jeder dritte aus dem Ausland investierte Euro fließt nach NRW. Nicht ohne Grund wurde Nordrhein-Westfalen in 2016 zum 2. Mal nacheinander als Zukunftsregion Nummer 1 in Europa ausgezeichnet.

Die Landesregierung machte das Thema Digitalisierung bereits Anfang 2015 zu einem zentralen Anliegen ihrer Politik. Der digitale Wandel verändert die Art, wie Menschen leben und arbeiten, grundlegend. Es geht darum, diese Veränderung aktiv zu gestalten. Die Grundlage dafür ist die Versorgung mit schnellem Internet. Im Vergleich mit anderen Bundesländern liegt NRW hier an der Spitze. Außerdem gründete das Land die „Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0“. Gewerkschaften, Unternehmer und Politik diskutieren dort über die Gestaltung des digitalen Wandels. Für den Wirtschaftsstandort, aber besonders auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in NRW ist das eine der wichtigsten Zukunftsfragen und Zukunftsaufgaben.

INNERE SICHERHEIT

Die Landesregierung hat seit 2010 die Polizei gestärkt, allein 2016 wurden fast 2.000 neue Polizistinnen und Polizisten ausgebildet. Das waren so viele wie nie zuvor und die meisten im bundesweiten Vergleich. Die rot-grüne Landesregierung erhöhte die Einstellungszahlen für neue Polizistinnen und Polizisten von 1.100 in 2010 (unter der damaligen CDU/FDP-Regierung) auf fast 2.000 in 2016. Auch in der Justiz wurden fast 1.800 Stellen geschaffen. Das ist bundesweit einmalig. Insgesamt investierte das Land in den vergangenen Jahren 30 Milliarden Euro in die Innere Sicherheit.

KOMMUNEN

Die Landesregierung stockte die Gemeindefinanzierung von jährlich 7,6 Milliarden Euro bei Regierungsantritt 2010 auf 10,6 Milliarden Euro auf. Außerdem unterstützte sie über den Stärkungspakt Stadtfinanzen die 66 höchstverschuldeten Städte und Gemeinden des Landes mit bis zu weiteren 642 Millionen Euro pro Jahr. Der Erfolg ist beachtlich: Die Zahl der Nothaushaltskommunen wurde bis 2016 von 138 auf acht reduziert. Neben der finanziellen Unterstützung der Kommunen spielte die Stärkung der kommunalen Demokratie eine zentrale Rolle. Nach den Kommunalwahlen 2014 waren in 14 von 23 kreisfreien Städten und in drei Kreistagen jeweils mindestens zehn Parteien oder Wählergruppen vertreten. Um einer Zersplitterung und Schwächung der kommunalen Parlamente entgegenzuwirken, setzte sich die SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag deshalb erfolgreich für die Einführung der Sperrklausel von 2,5 Prozent bei Stadtrats- und Gemeinderatswahlen ein.

INTEGRATION

2015 und 2016 kam eine große Zahl Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen. NRW investierte so viel wie kein anderes Bundesland in Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen. Rund 4,6 Milliarden Euro standen 2016 für Unterbringung und Integration zur Verfügung. Davon gingen 2,8 Milliarden Euro an die Kommunen. Zwei Drittel mehr als NRW vom Bund bekam. Zudem wurde ein bundesweit einzigartiges Netz aus 52 kommunalen Integrationszentren aufgebaut. Mit dem Programm KOMM-AN NRW, das ebenfalls bundesweit einmalig ist, unterstützt die Landesregierung die Kommunen personell und finanziell. Als erstes Flächenland ermöglichte NRW die Gesundheitskarte für Flüchtlinge.

Die Landesregierung richtete Kita-Plätze und neue Lehrerstellen ein, um geflüchteten Kindern so schnell wie möglich Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Als erstes und bisher einziges Bundesland investierte NRW erhebliche Mittel, um zunächst 3.600 zusätzliche Plätze in Basissprachkursen zu den Angeboten des Bundes zu schaffen – und dies zu einem möglichst frühen Zeitpunkt. Denn Integration gelingt durch Sprache. Sie ist der Schlüssel, damit Integration zu einem Erfolg wird. NRW verabschiedete außerdem als erstes Bundesland einen umfassenden Integrationsplan.

FINANZEN

Seit Amtsübernahme 2010 senkte die Landesregierung die Nettoneuverschuldung kontinuierlich. War in der mittelfristigen Haushaltsplanung der Vorgängerregierung aus CDU und FDP noch eine Kreditaufnahme von 6,6 Milliarden Euro vorgesehen, so gelang 2016 zum ersten Mal seit 43 Jahren ein Haushaltsüberschuss.

Die Landesregierung setze sich konsequent für mehr Gerechtigkeit im Steuersystem ein. Nach dem Ankauf von Steuer-CDs aus der Schweiz im Jahr 2010 zeigten sich fast 23.000 Steuerzahler selbst an. Das bedeutete zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro in NRW, bundesweit waren es sogar 6 Milliarden Euro. NRW setze hier Maßstäbe und machte Steuergerechtigkeit zum Markenzeichen des Landes.

Um eine gerechte Finanzordnung ging es auch bei den Verhandlungen zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ab 2020. Die Landesregierung setze sich erfolgreich für eine transparente und gerechte Regelung ein, die den Erfordernissen und Bedingungen der verschiedenen Bundesländer und des Bundes Rechnung trägt. Ab 2020 stehen für NRW aufgrund der Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleichs jährlich 1,4 Milliarden Euro mehr für Investitionen in Bildung, Infrastruktur etc. zur Verfügung.

WAHLEN

KOMMUNALWAHLEN 2015

Die Kommunalwahlen für die Wahlperiode 2014 bis 2020 fanden am 25. Mai 2014 statt. Die 2007 von der Regierung Rüttgers beschlossene Entkoppelung der Bürgermeister- und Landratswahlen von den Wahlen der kommunalen Parlamente wurde von der rot-grünen Landesregierung wieder rückgängig gemacht. Dadurch ergab sich für 2014 eine Sonderregelung. Die 2009 für sechs Jahre gewählten Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte konnten selbst entscheiden, ob sie bereits 2014 gemeinsam mit den Räten wieder zur Wahl antreten wollten, um so die Wahlen wieder zusammenzuführen. Oder ob sie ihre Amtszeit bis 2015 ausschöpfen wollten. Ab 2020 werden Rat und Bürgermeister wieder gemeinsam gewählt.

Aus dem oben genannten Grund wurden am 13. September 2015 in 177 von 396 Kommunen in NRW Direktwahlen der Hauptverwaltungsbeamten durchgeführt unter anderem auch in 23 Kreisen und kreisfreien Städten. Sowohl in den Großstädten als auch im ländlichen Raum erzielte die SPD Erfolge, zum Beispiel in Bochum, Wuppertal, Krefeld und Solingen, aber auch in den Kreisen Lippe und Herford. Nach diesen Wahlen werden jetzt bis 2010 22 von 54 Kreisen und kreisfreien Städten sozialdemokratisch geführt. Bezogen auf alle 396 Kommunen gibt es in 108 davon Hauptverwaltungsbeamte mit SPD-Parteibuch.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND IHRE VORSITZENDEN

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)
Armin Jahl
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
Marlies Stotz
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos)
Frederick Cordes
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)
Ulla Meurer (bis 27. Februar 2016), dann Daniela Jansen
Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG):
Dr. Matthias Albrecht (bis 26. Oktober 2016), dann Waldemar Radtke
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt (MuV)
Ali Dogan (bis 26. Mai 2016), dann Nadia Khalaf
Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD (AGS)
Andre Brümmer (bis 13. Februar 2016), dann Susanne Brefort
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)
Folke große Deters
Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Wilfried Kramps † (kommissarische Leitung: Friedhelm Hilgers (Stand Juni 2017)
SPDqueer
Fabian Spies
Arbeitsgemeinschaft Selbst aktiv
Hans-Gerd Adolphy

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS[1]

(GEWÄHLT AUF DEM ORDENTLICHEN PARTEITAG AM 24. SEPTEMBER 2016 IN BOCHUM)

Landesvorsitzende
Hannelore Kraft (bis 14. Mai 2017)

Landesvorsitzender
Michael Groschek
(gewählt auf dem Außerordentlichen Parteitag am 10. Juni 2017 in Duisburg)

Stellvertretende Landesvorsitzende
Britta Altenkamp
Marc Herter
Elvan Korkmaz
Jochen Ott

Schatzmeister
Norbert Römer

Generalsekretär
André Stinka (bis 18. Mai 2017)

Generalsekretärin
Svenja Schulze
(gewählt auf dem Außerordentlichen Parteitag am 10. Juni 2017 in Duisburg)

Beisitzerinnen und Beisitzer
Inge Blask
Bernhard Daldrup
Christoph Dolle
Franz-Josef Drabig
Thomas Eiskirch
Sonja Jürgens
Oliver Kaczmarek
Petra Kammerevert
Stefan Kämmerling
Katja Kirmizikan
Hans-Willi Körfges
Dietmar Köster
Tim Kurzbach
Veith Lemmen
Angela Lück
Nadja Lüders
Elisabeth Müller-Witt
Ernst-Wilhelm Rahe
Uwe Richrath
Andreas Rimkus
Dörte Schall
Marion Schunck-Zenker
Sabine Seibel
Birgit Sippel
Lisa Steinmann
Dierk Timm
Apostolos Tsalastras
Alexander Vogt
Gisela Walsken
Ibrahim Yetim

Landesgeschäftsführer
Jürgen Angenendt

Regionalvorsitzende
Norbert Römer (Westliches Westfalen)
Britta Altenkamp (Niederrhein)
Sebastian Hartmann (Mittelrhein)
Ostwestfalen-Lippe (Stefan Schwartze)

HESSEN

SPD

LANDESVERBAND HESSEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG UND ARBEITSSCHWERPUNKTE

Die politische Arbeit des SPD-Landesverbandes Hessen war 2015 und 2016 geprägt durch den Kommunalwahlkampf für die Wahlen am 6. März 2016, die Vorbereitung der Bundestagswahlen und die inhaltliche Vorbereitungen auf die Landtagswahlauseinandersetzung mit Schwarz-Grün im Jahr 2018.

Damit verbunden führte die hessische SPD eine Reihe bewährter Veranstaltungsformen fort, wie die jährlich stattfindenden Verteilaktionen zum Schulstart, den traditionellen Hessengipfel zum Jahresbeginn und die Verleihung des Georg-August-Zinn-Preises und der Holger-Börner-Medaille im jährlichen Wechsel. Dazu kommt die Ausrichtung eines jährlichen Mitarbeiterkonvents sowie des Berliner Apfelweinanstichs. Die hessische SPD beteiligte sich außerdem mit einer Denkwerkstatt und einer Konferenz an den bundesweiten Aktivitäten der SPD zur digitalen Zukunft. Regelmäßige Konferenzen der hessischen Ortsvereins- und kommunalen SPD-Fraktionsvorsitzenden, um den Austausch mit der kommunalen Basis zu stärken, wurden neu als dauerhaftes Format aufgenommen wie auch ein Mentoringprogramm für weiblichen Parteinachwuchs.

HESSENGIPFEL 2015

Der Hessengipfel, die jährliche Auftaktklausur der Spitzen der hessischen SPD aller politischen Ebenen, diskutierte 2015 abschließend die kommunalpolitischen Leitlinien der SPD Hessen für die Kommunalwahl 2016. Anschließend wurden sie vom Landesvorstand – nach einer Diskussion mit dem Präsidenten des Deutschen Städtetages und Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly – verabschiedet. Daneben befasste sich die Jahresauftaktklausur der hessischen SPD zusammen mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles mit einer Zwischenbilanz nach dem ersten Jahr der großen Koalition in Berlin.

HESSENGIPFEL 2016

Der Hessengipfel am 15. und 16. Januar 2016 stand im Zeichen des Kommunalwahlkampfes und der Flüchtlingsdebatte. Die ca. 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier die Flüchtlingslage in Europa und die aktuellen Herausforderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Weiterer Gast war die designierte SPD-Generalsekretärin Katarina Barley, mit der sich der Hessengipfel über die politische Strategie bis zur Bundestagswahl austauschte.

VERLEIHUNG DES GEORG-AUGUST-ZINN-PREISES AN IRIS BERBEN

Alle zwei Jahre verleiht die hessische Sozialdemokratie den Georg-August-Zinn-Preis an Persönlichkeiten, die im Geiste der Werte und Prinzipien des sozialdemokratischen Nachkriegsministerpräsidenten wirken. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. In den vergangenen Jahren erhielten Steffi Jones, Prof. Dr. Jürgen Habermas und Stefan Aust den Georg-August-Zinn-Preis. 2016 zeichnete das vom Landesvorstand eingesetzte Komitee Iris Berben für ihr Wirken bei Initiativen und Kampagnen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass aus. Die Preisverleihung fand am 14. September 2016 in den historischen Räumlichkeiten des Hessischen Landtags statt.

Verleihung des Georg-August-Zinn-preises an Iris Berben
© Peter Jülich

KOMMUNALWAHLKAMPF 2016: „HESSEN. ZUSAMMENHALTEN.“

Kernpunkte der Auseinandersetzung mit der schwarz-grünen Landesregierung im Kommunalwahlkampf waren zunächst der auch weiterhin mangelhafte Ausbau der Ganztagsschulen und eine Haushaltssanierung auf dem Rücken der Kommunen und der Landesbediensteten. Insbesondere die katastrophale Finanzlage der hessischen Kommunen, die zu einer Welle von Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen für Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Vereine führte, wurde zum zentralen Thema in der Vorbereitung der Kampagne für die Kommunalwahlen 2016 gemacht.

Der Wahlkampf stand unter dem Claim „HESSEN. ZUSAMMENHALTEN.“. Der Claim betonte, dass sozialer Zusammenhalt Kernanspruch sozialdemokratischer Politik ist. Anderseits appellierte er an den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor dem Hintergrund der Flüchtlingsdebatte, um damit einen Kontrapunkt zu den Rechtspopulisten zu setzen.

Mit schwarz-grünem Absperrband verdeutlichte die SPD-Landtagsfraktion bei Straßenaktionen, wo die kommunalfeindliche Politik der Landesregierung zu Kürzungen und Streichungen zulasten der Bürgerinnen und Bürger führte. ; © SPD Hessen

Die hessische SPD unterstützte, wie in der in der Satzung vorgesehen, zusammen mit den beiden Bezirken die Wahlkampf-führenden Gliederungen.

Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzendenkonferenz
Erstmals organisierte der SPD-Landesverband gemeinsam mit der Landtagsfraktion am 21. März 2015 in Alsfeld eine Konferenz für alle Vorsitzenden von kommunalen Fraktionen und Ortsvereinen in Hessen. Der Landesverband informierte die mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über aktuelle rechtliche Rahmenbedingungen, über die strategische Listenaufstellung, über die Funktionen des Druckportals und das Layout des zentral angebotenen Wahlkampfmaterials. Angesichts der guten Resonanz und einer offenen Diskussion sollen solche Konferenzen zukünftig regelmäßig stattfinden.

Kommunalpolitische Leitlinien
Der Landesvorstand setzte 2014 elf Arbeitsgruppen ein, die bis Januar 2015 mit Beteiligung der SGK und der Bezirke Anregungen und Textbausteine für die Kommunalwahlprogramme der hessischen SPD-Gliederungen erarbeiteten. Diese kommunalpolitischen Leitlinien hatten den Titel „Starke Städte und Gemeinden für ein lebenswertes Hessen".

Druckportal für Wahlkampfmaterial
In Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand entwickelte der Landesverband ein Onlineangebot zum Layout, Bestellen oder Selbstdruck von Plakaten, Faltblättern, Visitenkarten etc., das im September 2015 an den Start ging. Dem Material zugrunde lag eine grafisch einheitliche Werbelinie mit dem örtlich anpassbaren Claim „HESSEN. ZUSAMMENHALTEN." / „MUSTERSTADT. ZUSAMMENHALTEN".

Zielgruppenwahlkampf
Gemeinsam mit dem SPD-Parteivorstand entwickelte der Landesverband ebenfalls einen Online-„Mobilisierungsplaner" mit Wahlbezirkskarten, aus denen eine genaue Verteilung von für die SPD interessanten Zielgruppen hervorging. Damit hatten die örtlichen SPD-Wahlkämpferinnen und -wahlkämpfer erstmals die Möglichkeit, ihren Wahlkampf mit Hilfe von soziografischen Daten exakt zu steuern.

Mobilisierung
In Zusammenarbeit mit einer Werbeagentur und unter Beteiligung der Bezirke entwickelte der Landesverband drei Aktionspakete für die Ortsvereine zur kurzfristigen Mobilisierung vor der Wahl.

Großflächen
Der Landesverband koordinierte, bündelte und unterstützte Großflächenwerbung und Plakatspenden der Gliederungen in Zusammenarbeit mit dem Willy-Brandt-Haus.

Beratung und Handbücher
Der Landesverband erarbeitete gemeinsam mit den Bezirken drei Wahlkampfhandbücher zu den Themen Onlinewahlkampf, Wahlkampfkommunikation und Best Practice sowie ein Kampagnenhandbuch mit umfangreichen Rechtshinweisen und Hilfestellungen.
Darüber hinaus wurden zahlreiche weitere Materialien wie Argumentationskarten, ein Briefwahlflyer, ein Wahlrechtsflyer, Mobilisierungsflyer in verschiedenen Sprachen und Printanzeigen produziert.

Kampagne zur Abschaffung der Kitagebühren
In der Endphase des Wahlkampfes setzte der SPD-Landesverband inhaltlich ein neues Thema. Er erhob die hessenweite Abschaffung der Kitagebühren – gegenfinanziert aus den frei werdenden Mitteln Hessens im Länderfinanzausgleich – öffentlichkeitswirksam zu einer zentralen Forderung der hessischen SPD für die kommenden Jahre. Die Gebührenfreiheit wurde in der Wahlkampfschlussphase durch eine Unterschriftenaktion und zentral produzierte Materialien und Plakate beworben.

7.15foto_4
Start der Unterschriftenaktion für hessenweite Gebührenfreiheit der Kitas vor dem Hessischen Landtag
© SPD Hessen

Start der Unterschriftenaktion für hessenweite Gebührenfreiheit der Kitas vor dem Hessischen Landtag; © SPD Hessen

Wahlergebnisse
Trotz ungünstigen Rahmenbedingungen – das Flüchtlingsthema dominierte den Wahlkampf – ging die SPD mit vergleichsweise geringen Verlusten (Landesergebnis: 28,5 Prozent, - 3,0 %) aus den Kommunalwahlen hervor. Im Endergebnis lag sie fast gleichauf mit der hessischen CDU (CDU: 28,9 Prozent , - 4,8 %). Hauptverlierer der Wahl waren die Grünen (-7,0 %), die ihr gutes Ergebnis nach der Fukushima-Katastrophe von 2011 nicht wiederholen konnten. Dagegen erreichte die neu angetretene AfD 11,9 Prozent. Schwarz-Grün verlor damit bei den Kommunalwahlen die landesweite Stimmenmehrheit. Die schwarz-grüne Koalition in Hessens größter Stadt Frankfurt am Main verlor ihre Mehrheit und wurde durch eine schwarz-rot-grüne Zusammenarbeit ersetzt.

Thorsten Schäfer-Gümbel beim Straßenwahlkampf; © SPD Hessen

MITARBEITERKONVENTE

Um die Vernetzung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Gliederungen, Geschäftsstellen, Abgeordnetenbüros und Fraktionen der SPD ebenenübergreifend zu fördern, organisiert der Landesverband jährlich einen ganztägigen Mitarbeiterkonvent. 2015 und 2016 kamen jeweils ca. 100 Teilenehmerinnen und Teilnehmern zusammen. Auf dem Programm standen – neben Austausch und Feedback – Workshops und Fortbildungsangebote zu Kommunalwahlvorbereitung, Freiwilligenmanagement, Wahlkampfkommunikation und -strategie, Pressearbeit, Social Media, Zielgruppenarbeit und Rechtsfragen.

MENTORINGPROGRAMM „POLITIK BRAUCHT FRAUEN. POLITIK BRAUCHT DICH"

Um den Anteil der Frauen an den aktiven Mitgliedern zu erhöhen, startete die hessische SPD 2015 ein neues Mentoringprogramm. Das Programm „Politik braucht Frauen" der hessischen SPD möchte Frauen jeden Alters, jeder Herkunft und jeder Lebenssituation ermutigen und stark machen, sich einzubringen und sich aktiv zu beteiligen. Insgesamt nahmen in der ersten Runde 25 Frauen an dem Mentoringprogramm des Landesverbandes teil. Dort wurden sie von erfahrenen Politikerinnen aller Ebenen gecoacht und beraten. Das erfolgreiche Programm wurde nach der Kommunalwahl fortgeführt und neu aufgelegt.

VERLEIHUNG DER HOLGER-BÖRNER-MEDAILLE AN DR. CHRISTINE HOHMANN-DENNHARDT, HANS EICHEL UND KARL EYERKAUFER

Zum Andenken an Holger Börner und zur Auszeichnung herausragender Verdienste um die Sozialdemokratie wird die Holger-Börner-Medaille alle zwei Jahre an bis zu drei Sozialdemokraten vergeben, die sich durch ihren politischen Einsatz und ihr langjähriges Engagement um die SPD Hessen in besonderer Weise verdient gemacht haben. Am 7. Juli 2015 beschloss der Landesvorstand, die Holger-Börner-Medaille 2015 an Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, Hans Eichel und Karl Eyerkaufer zu verleihen. Die Verleihung fand im Rahmen des Hessengipfels 2016 statt.

BERLINER APFELWEINANSTICH

Um dem Berliner Politikbetrieb ein Stück hessische Tradition näher zu bringen und den Austausch zwischen Landes- und Bundesebene zu stärken, organisierte der SPD-Landesverband in Zusammenarbeit mit der SPD-Landesgruppe im Bundestag den jährlichen traditionellen Berliner Apfelweinanstich in der hessischen Landesvertretung am 5. Mai 2015 und am 27. April 2016.

DENKWERKSTATT UND KONFERENZ DIGITALE ZUKUNFT

2014 rief der Landesverband eine Denkwerkstat ins Leben, die sozialdemokratische Antworten auf die Herausforderungen der Digitalisierung formulieren sollte. Der Denkwerkstatt gehörten 25 überwiegend parteiexterne Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft an. Sie wurde von Dr. Thomas Spies geleitet. Die Denkwerkstatt erarbeitete weitreichende Vorschläge für eine politische Gestaltung der Digitalisierung, die dem Landes- und dem Bundesparteitag 2015 vorgelegt wurden.

Begleitend dazu führte der SPD-Landesverband am 8. Juni 2015 im Museum Wiesbaden die Konferenz „Digitale Zukunft“ durch. Die Gäste und die online zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten über Gestaltungsmöglichkeiten der digitalisierten Wirtschaft, Chancen und Risiken für Kulturschaffende und Chancen der Produktivität in der digitalisierten Wirtschaft.

Konferenz Digitale Zukunft mit Gastreferentin Malu Dreyer; © SPD Hessen

THEMENSCHWERPUNKT FLUGHAFEN

Der Flughafen Frankfurt bleibt ein emotionales Thema im Rhein-Main-Gebiet – insbesondere nachdem die hessische CDU und die hessischen Grünen von ihren flughafenpolitischen Wahlversprechen und von der Fortsetzung des Mediationsprozesses abgerückt waren. Der SPD-Landesvorstand rief deshalb unter der Leitung des Hanauer Oberbürgermeisters Claus Kaminsky eine Arbeitsgruppe „Flughafen und Region“ ins Leben, die sich mit bundes- und landespolitischen Handlungsmöglichkeiten beschäftigte, um einen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen Interessen des Flughafens und den Bedürfnissen der Menschen nach Lärmschutz zu ereichen. Auf dieser Grundlage legte der Landesparteitag im November 2015 die Position der SPD Hessen zur Weiterentwicklung des Flughafens fest.

THEMENSCHWERPUNKT FLÜCHTLINGSPOLITIK

Bereits Ende 2013 zeichnete sich ab, dass mit einer zunehmenden Anzahl von Flüchtlingen aus Hunger-, Armuts- und Krisenregionen zu rechnen ist. Der Landesvorstand setzte deshalb eine Arbeitsgruppe zur Flüchtlingspolitik ein, die 2014 ein erstes Eckpunktepapier erarbeitete. 2015 erarbeitete er gemeinsam mit dem Landesverband Nordrhein-Westfalen einen Antrag für den Bundesparteitag. Im September 2015 rief er kurzfristig einen Landesparteirat zur Flüchtlingspolitik ein. Darüber hinaus erarbeitete er Handreichungen für die Gliederungen mit Praxisbeispielen aus der kommunalen Flüchtlingsarbeit, um so die kommunalen Verantwortlichen bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Im Kommunalwahlkampf 2016, der zum Höhepunkt der Flüchtlingsdebatte stattfand, unterstützte er die Gliederungen mit Handreichungen und Argumentationshilfen zur Flüchtlingspolitik.

REFORM DER HESSISCHEN LANDESVERFASSUNG

Zeitgleich mit der Landtagswahl 2018 findet in Hessen eine Volksabstimmung über die Reform der hessischen Landesverfassung statt. Hier ist es das Ziel der hessischen SPD, die sozialen Errungenschaften der maßgeblich von Sozialdemokraten geprägten hessischen Verfassung – wie etwa das Studiengebührenverbot und die Lehrmittelfreiheit – in Verhandlungen mit den anderen Parteien zu erhalten, sie weiterzuentwickeln und wenn möglich zu ergänzen. Landesverband und Landtagsfraktion haben deshalb 2015 eine gemeinsame Kommission eingesetzt, die zahlreiche Vorschläge erarbeitet hat, auf deren Grundlage der Landesvorstand die Verhandlungen mit den anderen Parteien führen wird.

HESSENPLAN 2.0: INHALTLICHE VORBEREITUNG DER LANDTAGSWAHLEN 2018

Der Landesvorstand setzte sich das Ziel, frühzeitig in die inhaltliche Vorbereitung der Landtagswahl einzusteigen. Als Kernstück des Regierungsprogramms 2019-2024 soll deshalb ein neuer Hessenplan erarbeitet werden. Dieser soll in Anlehnung an den sozialdemokratischen Hessenplan der Nachkriegszeit ambitionierte Konzepte für die Bereiche Bildung/Familie sowie Wohnen/Mobilität/Infrastruktur enthalten – ein klarer Gegenentwurf zur Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners der schwarz-grünen Landesregierung. Im Bereich Bildungsgerechtigkeit wir der Hessenplan die Schwerpunkte auf den Ausbau von Ganztagsschulen, auf Inklusion und Integration, auf Durchlässigkeit und die berufliche Ausbildung setzen. In den Bereichen Wohnen, Verkehr und Infrastruktur geht es um bezahlbares Wohnen und den Aufbau einer modernen Verkehrs- und Infrastruktur. Zu beiden Themenkomplexen verabschiedete der Landesparteitag im November 2016 Leitanträge mit ersten wesentlichen Zielsetzungen.

MAGAZIN ZUKUNFT HESSEN

2014 führte der Süd-Landesverband in Zusammenarbeit mit der SPD-Landtagsfraktion das Magazin „Zukunft Hessen“ ein. Es richtet sich an interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie an Entscheiderinnen und Entscheider in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Das Magazin hat eine Auflage von 10.000 Stück (zum Hessentag: 20.000) und erscheint vierteljährlich.

BEIRÄTE, FOREN UND LANDESARBEITSKREISE DER HESSISCHEN SPD

Im Berichtszeitrum arbeiteten dem SPD-Landesverband sechs fachpolitische Beiräte zu.
Die Beiräte für die Bereiche

- Wirtschaft und Finanzmarkt
- Forum Wissenschaft und Innovation
- Kirche und Religion
- Sport
- Medien
- Sozialpolitik

wurden mit parteiinternen und auch -externen Multiplikatoren und Expertinnen und Experten besetzt. Ihre Aufgabe ist es, in den wichtigen Bereichen der Landespolitik neue Ansätze und Perspektiven zu entwickeln und die SPD zu vernetzen.

Daneben organisiert der Landesverband das „Forum Neue Energie für Hessen“ als regelmäßig mitgliederöffentlich tagenden Arbeitskreis für Energiepolitik und den Arbeitskreis „Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Polizei Hessen“ (SiP) mit regelmäßigen Treffen und Veranstaltungen.

Der Sportbeirat führte auch in den Jahren 2015 und 2016 jährliche Sportforen durch, zu denen Expertinnen und Experten, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Vereinssport eingeladen wurden. 2015 fand das Forum zum schulpolitischen Thema „Sport im Ganztag“ in Kassel statt, 2016 zum Thema „Integration durch Sport“ in Frankfurt.

LANDESPARTEITAGE

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 7. NOVEMBER 2015 IN KASSEL

Am 7. November 2015 fand ein ordentlicher Landesparteitag mit Vorstandswahlen statt, der sich mit der Wahl eines neuen Landesvorstands, der Vorbereitung der Kommunalwahlen und den Ergebnissen der Denkwerkstatt Digitalisierung und Gesellschaft befasste. Als Vorsitzender wurde Thorsten Schäfer-Gümbel wieder gewählt. An seiner Seite wurden Manfred Schaub, Gernot Grumbach und Gisela Stang als stellvertretende Vorsitzende und Nancy Faeser als Generalsekretärin bestätigt. Für die Vorstandswahlen setzte die SPD erstmals probehalber digitale Abstimmungsgeräte ein.

Landesparteitag 2015: Rede von Thorsten Schäfer-Gümbel
© Peter Jülich

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 19. NOVEMBER 2016 IN HANAU

Der außerordentliche Landesparteitag am 19. November 2016 schlug erste inhaltliche Pflöcke für den Landtagswahlkampf ein und verabschiedete zwei umfassende Leitanträge zur Bildungspolitik und zu den Themen Wohnraum und Infrastruktur. Gastredner waren die rheinlandpfälzische Kultusministerin Doris Ahnen und der Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen Michael Groschek.

Landesparteitag 201:, SPD-Landesvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel mit Gastreferentin Doris Ahnen, Kultusministerin in Rheinland-Pfalz; © Peter Jülich

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDES 2015 UND 2016

Landesvorsitzender
Thorsten Schäfer-Gümbel

Stellvertretende Landesvorsitzende
Gernot Grumbach
Gisela Stang
Manfred Schaub

Schatzmeisterin bzw. Schatzmeister
Bärbel Feltrini (bis 7. November 2015)
Bertram Theilacker (ab 7. November 2015)

Generalsekretärin
Nancy Faeser

Beisitzerinnen und Beisitzer
Dr. Udo Bullmann
Corrado Di Benedetto (bis 7. November 2015)
Petra Fuhrmann(bis 7. November 2015)
Lisa Gnadl
Timon Gremmels
Melanie Haubrich
Mike Josef (ab 7. November 2015)
Hidir Karademir
Christine Lambrecht
Michael Roth (ab 7. November 2015)
Susanne Selbert
Michael Siebel (ab 7. November 2015)
Dr. Thomas Spies
Christel Sprößler (ab 7. November 2015)
Muhamed Talic (bis 7. November 2015)
Torsten Warnecke

Revisorinnen und Revisoren:
Hildegard Klär
Heinrich Haupt
Rudi Sölch

HESSEN NORD

SPD

BEZIRK HESSEN-NORD

Aus den zahlreichen Themen ragten im Berichtszeitraum der 70. Jahrestag der Wiedergründung der nordhessischen SPD, die Kommunalwahl im März 2016 sowie die Vorbereitungen für die Bundestagwahl 2017 heraus.

Einen breiten Raum nahm die Energiepolitik ein. Themen waren der Rückkauf von Anteilen am Stromversorger e.on verbunden mit der Wiedergründung der EAM als regionalem Energieversorger in kommunaler Hand, die geplante Hochspannungsgleichstromtrasse SüdLink und die Salzeinleitungen in Weser und Werra. Weitere Schwerpunkte waren die Politik für den ländlichen Raum und die Finanzsituation der Kommunen. Beim Schwerpunkthema Bildungspolitik ging es vor allem um die Lehrerbildung, die Schule der Zukunft, die Beschulung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge und um Inklusion.

Die starke kommunale Verankerung der nordhessischen SPD und die dezentrale hauptamtliche Struktur ermöglichten es dem Bezirk, Politik gut zu organisieren und wichtige Projekte weiter voranzutreiben.

70 JAHRE WIEDERGRÜNDUNG DER SPD HESSEN-NORD

Am 12. September 1945 forderte der Sozialdemokrat Karl Hermann die Verantwortlichen der nordhessischen Landkreise auf, alle SPD-Mitglieder von vor 1933 wieder „in ordentliche Strukturen zurückzuführen“. Dieses Datum nahm der SPD-Bezirk zum Anlass, die Neugründung der nordhessischen SPD zu feiern. Denn genau vor 70 Jahren begannen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Nordhessen, die SPD wieder aufzubauen, bis sie als Nordhessenpartei die treibende Kraft im nördlichen Landesteil wurde. So feierte der SPD-Bezirk Hessen-Nord gemeinsam mit dem Unterbezirk Werra-Meißner und dem Ortsverein Bischhausen den 70. Jahrestag der Wiedergründung.

Der Geschäftsführer des DGB Region Nordhessen Michael Rudolph unterstrich die gute Zusammenarbeit von SPD und Gewerkschaften in Nordhessen. SPD-Bezirksvorsitzender Manfred Schaub stellte heraus, dass die Sozialdemokraten in traditionsreicher Geschichte immer das Notwendige und das Richtige für das Land getan hätten. Man sei stolz darauf, dass die Sozialdemokratie in Nordhessen auch in schwierigen Zeiten als die Kraft der Veränderung hervorgegangen sei.

Während der nationalsozialistischen Herrschaft war die SPD verboten, auch der damalige nordhessische SPD-Bezirk Kassel wurde aufgelöst. Schon ab Ende Mai 1945 bemühte sich eine „Bezirksleitung für den Bezirk Kurhessen“ mit Karl Herrmann an der Spitze um die Wiederzulassung der SPD. Und am 12. September 1945 richtete Hermann jenes Rundschreiben an die Verantwortlichen, alle Mitglieder vor 1933 wieder in ordentliche Strukturen zusammenzuführen.

Erster Bezirksvorsitzender wurde 1945 Stadtrat Christian Wittrock, der schon die Kasseler SPD wieder gegründet hatte. Die Linie der Bezirksvorsitzenden reicht von Ministerpräsidenten Dr. Georg August Zinn, über Holger Börner, Staatsminister Hans Krollmann, Innenminister Dr. Herbert Günther, Landrat Dr. Udo Schlitzberger bis zu Manfred Schaub, der seit 2001 Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Nord ist.

KOMMUNALWAHL 2016

Die Vorbereitung der Kommunalwahlen und später die zahlreichen Wahlkampfaktivitäten prägten maßgeblich die Arbeit des Jahres 2014 bis in den März 2015. Im Rahmen der innerparteilichen Bildungsarbeit schulte der Bezirk die Kandidatinnen und Kandidaten für die kommunalen Parlamente, gab Hilfestellung bei der Erarbeitung der Wahlprogramme und organisierte Wahlkampfschulungen. Daneben standen natürlich auch wichtige kommunalpolitische Themen im Fokus. Neben der eingangs erwähnten Energiepolitik ging es vor allem um Kinderbetreuung, kommunale Infrastruktur, kommunale Verkehrspolitik und um die finanzielle Situation der Kommunen.

Der Ausgang der Kommunalwahl zeigt, dass die nordhessische SPD ihre Position als Kommunalpartei und Nordhessenpartei deutlich behaupten konnte. Sie wurde erneut stärkste Kraft in der Stadt Kassel sowie in sechs der sieben nordhessischen Landkreise. Auch lag das nordhessische Ergebnis 4,7 Prozent über dem Landesdurchschnitt.

DIREKTWAHLEN

Die Direktwahlen im Jahr 2015 in den Landkreisen Kassel und Schwalm-Eder, aber auch die Oberbürgermeisterwahl in der Stadt Marburg waren überaus erfolgreich für die nordhessische SPD. Sie belegen, dass die Sozialdemokratie in Nordhessen nah an dem Menschen agiert, deren Sorgen und Bedürfnisse ernst nimmt und als Motor der Region entscheidende Weichenstellungen vornimmt, die das Leben im ländlich geprägten Raum nachhaltig verbessern.

Im Landkreis Kassel ließ der amtierende Landrat Uwe Schmidt mit eindrucksvollen 61,9 Prozent seinen Mitbewerber von der CDU weit hinter sich. Im Schwalm-Eder-Kreis gewann der Sozialdemokrat Winfried Becker im ersten Anlauf mit 60,6 Prozent gegen den Kandidaten der CDU. Auch Landrat Reinhard Kubat im Kreis Waldeck-Frankenberg ließ seinen CDU-Konkurrenten mit 60,6 Prozent abgeschlagen hinter sich.

Erstmals kandidierte Dr. Thomas Spies für das Amt des Oberbürgermeisters der Universitätsstadt Marburg und erzielte mit 60,0 Prozent ebenfalls ein herausragendes Ergebnis.

VORBEREITUNGEN FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL 2017

Früh haben die nordhessischen Sozialdemokraten erkannt, dass Gerechtigkeit, soziale Sicherung und starker Staat keine Begriffe von gestern sind. Neben der organisatorischen Vorbereitung der Bundestagswahl, die das gewohnte Prozedere zur Kandidatenaufstellung in den Wahlkreises und erste Überlegungen für die eigenständigen Wahlkampfaktivitäten des Bezirks umfasste, stellte der Bezirk frühzeitig Überlegungen an, mit welchen programmatischen Aussagen die SPD in den Bundestagswahlkampf 2017 ziehen sollte.

Ein intensiver inhaltlicher Austausch führte zu folgenden Punkten, die neben weiteren in einem Wahlprogramm enthalten sein sollten:

- gebührenfreie Bildung von der Kita über das Studium bis zur beruflichen Bildung;
- gute Arbeit, gerechte Löhne, eine starke Tarifbindung und mehr Demokratie im Betrieb;
- eine selbstbestimmte Arbeitszeit mit mehr Zeit für Familie:
- das Recht auf Qualifizierung – und mehr Schutz in der Arbeitslosenversicherung;
- die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsplätzen;
- die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung:
- eine auskömmliche Rente für alle;
- eine gerechte Steuerpolitik;
- eine humane Flüchtlingspolitik;
- bessere Sicherheit, Prävention und Bekämpfung von Kriminalität;
- gute Infrastruktur in öffentlicher Hand;
- bezahlbarer Wohnraum in Stadt und Umland;
- konsequente Verfolgung von strafrechtlich relevanten Kommentaren, Hass und Hetze im Internet;
- starke Kommunen durch eine nachhaltige Beteiligung von Bund und Land an den Kosten für Daseinsvorsorge und Grundversorgung.

WEITERE POLITISCHE SCHWERPUNKTE

EUROPA

Neben den geplanten Freihandelsabkommen beherrschten im Berichtszeitraum die Themen Brexit, Umgang mit Flüchtlingen und Schuldenkrise der südeuropäischen Staaten die europapolitischen Debatten des Bezirks.

Bereits im Europawahlkampf zeichnete sich im Bezirk ein starker Widerstand in der SPD-Organisation und auch in der Bevölkerung gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika ab. SPD-Bezirk und die neu gewählte Europaabgeordnete hatten die Diskussion um TTIP, CETA und TISA aktiv aufgegriffen und mit zahlreichen Informationsveranstaltungen und Anträgen eine Positionsbestimmung vorgenommen, die klare Kriterien für bilaterale Handelsabkommen definiert. Nach Ansicht des Bezirks sind derartige Abkommen nur sinnvoll, wenn sie nachhaltiges Wachstum fördern, die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze unterstützen, Mitbestimmungsrechte, Arbeits-, Gesundheits- und Verbraucherschutz verbessern und Sozial- und Umweltstandards sowie die öffentliche Daseinsvorsorge sichern.

Der Umgang der EU mit dem Flüchtlingsstrom, Dublin II, die negative Haltung einiger osteuropäischer Länder in der Frage der Aufteilung von Flüchtlingskontingenten auf alle Mitglieder der Gemeinschaft, der Demokratieverlust in Ungarn und Polen, die Situation der überschuldeten Staaten in Südeuropa und schlussendlich der Austritt Großbritanniens aus der EU haben eine neue Debatte um die Notwendigkeit, die Rolle und die Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft angestoßen, die noch weiter intensiv fortgeführt werden muss.

BUND

Obwohl die SPD in der großen Koalition fast alle ihre Forderungen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt hat, ist der Spagat zwischen Regierungshandeln und politischer Wahrnehmung nicht gelungen. Selbstkritisch müssen wir feststellen, dass die gut verdienende Mittelschicht mit Rekordsteuern und Abgaben belastet wird, die Abstiegsängste der mittleren und unteren Mittelschicht durch niedrige Lohnabschlüsse, höhere kommunale Abgaben und Gebühren, höhere Energiekosten und anderes gestiegen sind, während die Oberschicht und die Konzerne durch Ausnutzung von Gesetzeslücken den gesellschaftlichen Beitrag verweigern.

In der bundespolitischen Diskussion hat die nordhessische SPD genau hier angesetzt und seit Jahren konsequent verfolgte Themen kontinuierlich fortgeführt. Die Forderung nach der Bürgerversicherung für alle und einer auskömmlichen Rente am Ende eines langen Erwerbslebens statt Altersarmut wurden weiter konkretisiert und ausgestaltet. Gleiches gilt für den Grundsatz, die Verursacher der Krise endlich an den Kosten zu ihrer Bewältigung zu beteiligen und für die Position, dass auch Vermögende und Spitzenverdiener einen angemessenen Beitrag für unser Gemeinwesen zu leisten haben.

Die sozialdemokratische Regierungsarbeit im Bund wurde kritisch begleitet und in der Außendarstellung unterstützt.

LAND

Landespoltisch bleibt das Thema Kommunalfinanzen kontinuierlicher Arbeitsschwerpunkt der nordhessischen SPD. Kommunen und Kreise benötigen eigene finanzielle Spielräume, um ihr politisches Handeln vor Ort umsetzen zu können. Deshalb wendet sich die nordhessische SPD seit Jahren mit aller Kraft gegen Landesprogramme, die in der Vergangenheit durch den Griff in den kommunalen Finanzausgleich auf den Weg gebracht wurden. Ein wesentliches Ziel ist es noch immer, eine Gemeindefinanzreform auf den Weg zu bringen, die den Kreisen, Städten und Gemeinden die nötige Handlungsfähigkeit garantiert, um Innovationen vor Ort aufgreifen und vorantreiben zu können.

REGION

In Fortführung der seit vielen Jahren angestoßenen Regionalpolitik lag ein besonderer Schwerpunkt auf der „Politik für den ländlichen Raum". Aus der Region heraus haben die nordhessischen Sozialdemokraten einen dynamischen Lebens- und Wirtschaftraum gestaltet und in vielen Politikfeldern zukunftsfähige Fundamente geschaffen, die angesichts der demografischen Entwicklung weiter ausgebaut werden müssen. Die SPD ist in Nordhessen Garant für gute Arbeit, Mobilität, wohnortnahe Bildung und die Erhaltung der Daseinsfürsorge. Bestehende Konzepte wurden weiter entwickelt, damit Nordhessen auch in Zukunft eine Chance hat und seinen Bewohnern als lebenswerter Lebensraum erhalten bleibt. Sie umfassen den Ausbau eines wissensbasierten Arbeitsmarktes, die konsequente Verfolgung einer nachhaltigen Energiepolitik, die interkommunale Zusammenarbeit, eine wohnortnahe qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, ein weiterer stetiger Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, den Erhalt des Landeswohlfahrtsverbandes als Garant gleicher Standards in der Behindertenpolitik.

ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK

Früher als viele andere hat die nordhessische SPD Weichen für eine neue Energiepolitik gestellt. Die Solarregion Nordhessen hat eine sehr hohe Technologiedichte. Einen besonderen Schwerpunkt im Bereich Energiepolitik legte der Bezirk im Berichtszeitraum weiterhin auf den Einsatz regenerativer Energie. Im Zuge der Diskussion um die Regionalentwicklung wurde auch der Windkraft immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Das seit vielen Jahren beharrlich verfolgte Projekt macht deutlich, dass Arbeit und Umwelt im Gleichklang vorangehen können. Diese Arbeit wurde kontinuierlich fortgeführt und ausgebaut.

Auch wegen der politischen Präferenz für dezentrale, erneuerbare Energie hat sich die nordhessische SPD frühzeitig mit der Frage der auslaufenden Stromnetzverträge befasst. Angesichts des großen Interesses der Stromversorger war klar, dass die Netzverantwortung nicht ohne Wert ist. Unter sozialdemokratischer Initiative wurde ein gemeinsames Vorgehen der Kommunen erreicht und regionaler Einfluss gebündelt, mit dem an einer Schraube der Energiepolitik, der Durchleitung durch die Netze, gedreht werden kann. Ein analoges konzertiertes Vorgehen der kommunal verantwortlichen nordhessischen Sozialdemokraten wurde mit dem Rückkauf von Anteilen am Energiekonzern e.on-Mitte umgesetzt. Die nordhessische SPD sieht gerade in der erfolgreichen Rekommunalisierung des großen ehemaligen Energieversorgers e.on-Mitte in die EAM eine große Chance für die Neuausrichtung der Energieversorgung in der Region.

Daneben war das Thema Fracking in der energiepolitischen Diskussion von Brisanz. Stark engagierte sich die nordhessische SPD gegen Bestrebungen mit dieser Fördertechnik in Nordhessen unkonventionelles Erdgas zu fördern. Auch die Debatte um die geplante Süd-Link-Hochspannungsgleichstromtrasse, die nach ersten Planungen durch die nordhessische Region geführt werden sollte, und die Erör-

terungen um eine Kompromisslinie bezüglich der Salzeinleitungen in Werra und Weser im Zusammenhang mit der Düngemittelproduktion im Werratal, die Anliegerinteressen und Sicherung der Beschäftigung gleichermaßen im Blick hat, prägten die umweltpolitischen Aktivitäten des Bezirks.

Bei der erfolgreichen Aktion „Menschenkette" im Werratal demonstrierten neben vielen anderen Kolleginnen und Kollegen die nordhessischen Landtagsabgeordneten Dieter Franz, Torsten Warnecke Solidarität mit den Beschäftigten im Kalirevier.
© SPD Hersfeld-Rotenburg

BILDUNGSPOLITIK

Die Bildungspolitik ist in der nordhessischen SPD eine stetige Aufgabe. Breiten Raum nahm im Berichtszeitraum nicht zuletzt wegen der großen Zahl an Flüchtlingen, die nach Deutschland kamen, das Thema Beschulung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ein. Daneben wurde in der nordhessischen AfB das Konzept für eine neue einphasige Lehrerbildung, die mit einer deutlich stärkeren Praxisorientierung Fachwissenschaft und Fachdidaktik in ein Verhältnis rücken will, weiterentwickelt und in die Arbeit der Landes- und der Bundes-AfB eingebracht.

ARBEITNEHMERPOLITIK MIT VERTRAUENSVOLLER ZUSAMMENARBEIT IM GEWERKSCHAFTSRAT

Das traditionell gute Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften in Nordhessen hat sich seit der Gründung des Gewerkschaftsrates und dank einer aktiven AfA stetig verbessert. Insbesondere zu den Themen Mindestlohn und Rente gab es vielfältige Kooperation und gegenseitige Unterstützung. Der frühzeitige Informationsaustausch und eine Beratung über anstehende – besonders die Arbeitnehmerschaft betreffende – Probleme hat sich bewährt und die vertrauensvolle Zusammenarbeit gefestigt.

Nicht nur bei der zentralen nordhessischen Maikundgebung des nordhessischen Gewerkschaftsbundes, sondern auch bei zahlreichen Aufrufen der Gewerkschaften zu Warnstreiks und Demonstrationen waren die nordhessischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und natürlich auch die AfA deutlich sichtbar vertreten.

EHRENAMTSPREIS VERANKERT MITTEN IN DER GESELLSCHAFT

Der seit einigen Jahren ausgelobte Ehrenamtspreis ist zu einem festen Bestandteil der Arbeit geworden. Mit dem Preis will der Bezirk besonders herausragendes freiwilliges Engagement würdigen. Hinter dieser Aktivität steht der Grundgedanke, dass soziales Handeln und solidarische Mitverantwortung im alltäglich gelebten Engagement nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, sondern sie entsprechen auch den Idealen der SPD von Gerechtigkeit und Solidarität. Ohne Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren.

Eine Jury wählt unter einer Vielzahl von Vorschlägen die Preisträger aus. Die Preisverleihung findet sowohl bei ehrenamtlichen Institutionen, Vereinen und Verbänden wie auch in Presse und Öffentlichkeit eine außerordentlich positive Resonanz.

Die Preisträger des Ehrenamtspreises 2016 mit dem SPD-Bezirksvorsitzenden Manfred Schaub ; © Ilona Holstein

INNERPARTEILICHE BILDUNGSARBEIT

Das seit 2004 aufgelegte und stetig ausgebaute Bildungsprogramm hat sich in den Gliederungen als fester Bestandteil der politischen Arbeit etabliert. Positive Rückmeldungen bestätigen, dass das Bildungsangebot des Bezirks die Arbeit der Ehrenamtlichen vor Ort sehr gut unterstützt.

Der Themenkatalog umfasst die Schwerpunkte Wahlkampfmanagement, Neumitglieder, Finanzen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Rhetorik, Kommunalverfassung, Veranstaltungsmanagement, Fit in der Satzung, Geschichte der SPD und Kommunalpolitik.

TERMINE

28. Januar 2015 Seminar „Mitgliederbeauftragte" in Kassel
11. Februar 2015 Seminar „Hessische Gemeindeordnung" in Kassel
21. Februar 2015 Seminar „Bürgermeisterwahl" in Kassel
28. Februar 2015 Seminar „Vorbereitung der Kommunalwahlen" in Bad Hersfeld
28. März 2015 Seminar „Vorbereitung der Kommunalwahlen" in Kassel
28. März 2015 Seminar „Vorbereitung der Kommunalwahlen" in Frankenau
29. März 2015 Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord in Rotenburg
17. April 2015 SPD-Bezirksausschuss in Borken
09. Mai 2015 Rhetorik-Seminar in Fulda
30. Mai 2015 Bezirksparteitag in Baunatal
11. Juli 2015 Seminar „Texte schreiben..." in Rotenburg
18. Juli 2015 Seminar „Doppik" -- Kassel
23. Juli 2015 Lesung „Zum Töten bereit" Lamya Kaddor in Kassel Kassel
09. September 2015 Seminar „Geschichte der SPD" in Kassel
12. September 2015 Sommerfest SPD Werra-Meißner und Bezirk Themen: „70 Jahre Wiedergründung" der nordhessischen SPD in Waldkappel
15. September 2015 ASF-Veranstaltung, Thema: „Sterben in Würde" mit Dr. Edgar Franke in Melsungen
07. Oktober 2015 Seminar „Neue Medien" in Kassel
10. Oktober 2015 Kassierer Seminar -- Kassel
17. Oktober 2015 AfA-Bezirkskonferenz „Rente und Altersarmut" in Melsungen
04. November 2015 Bezirkskonferenz SelbstAktiv Hessen-Nord in Kassel
20. November 2015 Verleihung des Ehrenamtspreises der SPD Hessen-Nord in Baunatal
21. November 2015 Seminar „Hessische Gemeindeordnung" in Kassel
29. November 2015 AGS-Bezirkskonferenz in Kassel
17. Dezember 2015 AfB-Bezirkskonferenz in Kassel
9. Januar 2016 Juso-Bezirk Workshop Kommunalwahl in Kassel
14. Januar 2016 Hessische Tribüne und Kulturforum: Präsentation Shell-Jugendstudie in Kassel
23. Januar 2016 Juso-Bezirk Verbandstag in Kassel,
13. Februar 2016 ASF-Frauenfrühstück mit Film in Kassel
16. Februar 2016 Jahresempfang des Kulturforums mit Thorsten Schäfer-Gümbel in Kassel
12. März 2016 Seminar „Kommunalverfassung" in Kassel

16. April 2016 Seminar „Ortsvereinsmanagement“ in Kassel
16. April 2016 ASF-Bezirkskonferenz in Melsungen,
23. April 2016 Juso-Bezirkskonferenz in Rotenburg
23. April 2016 Seminar „Bürgerschaftliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit“ in Kassel
4. Mai 2016 Seminar „Frauen in der Kommunalpolitik“ in Kassel
17. Mai 2016 ASF Podiumsdiskussion „Flüchtlinge“ in Melsungen
21. Mai 2016 Seminar „Anträge erfolgreich schreiben für die Kommunalparlamente“ in Kassel
28. Mai 2016 Seminar „Hessische Gemeindeordnung“ in Kassel
11. Juni 2016 Seminar „Doppik-Grundlagen“ in Kassel
15. Juni 2016 ASJ Veranstaltung „ EU Bürger - Freizügigkeit versus Existenzsicherung“
18. Juni 2016 ASG-Informationsstand „Gesundheit“ in Kasel
21. Juni 2016 ASJ, Besuch der JVA II in Kassel
25. Juni 2016 Seminar „Politik, wie geht das? – Neumitgliederseminar“ in Kassel
6. Juli 2016 Der politische Film: „Willkommen auf Deutsch“ in Kassel
9. Juli 2016 Seminar „Mitgliedermanagement“ in Kassel
4. August 2016 Schwuso-Bezirkskonferenz in Kassel
27. August 2016 Juso-Verbandstag in Kassel
03. September 2016 Seminar „Bürgermeisterwahlkampf“ in Kassel
16. September 2016 ASF Veranstaltung „Europa“ mit Martina Werner, MdEP und Kerstin Westphal, MdEP
17. September 20016 Seminar „Doppik-Aufbau“ in Kassel
27. September 2016 ASJ-Bezirkskonferenz in Kassel
29. September 2016 AG Migration und Vielfalt Bezirkskonferenz in Kassel
04. Oktober 2016 AfB-Veranstaltung „Lehrerbildung“ in Kassel
08. Oktober 2016 Seminar „Organisation der Partei“ in Kassel
29. Oktober 2016 Seminar „Gelungene Veranstaltungen durch gute Moderation“ in Kassel
11.-13. November 2016 Juso-Bezirk. Blockseminar in Marburg
12. November 2016 Seminar „Kommunale Arbeit visualisieren und erklären“ in Kassel
14. November 2016 ASG-Bezirkskonferenz in Kassel
14. November 2016 ASG-Gesprächsrunde „Bringt die Pflegereform wirklich etwas - oder bleibt doch alles beim Alten?“ in Kassel
9. Dezember 2014 Verleihung des Ehrenamtspreises der SPD Hessen-Nord in Baunatal

Mitgliederentwicklung
2015 **19.323**
2016 **18.723**

MITGLIEDER DES BEZIRKSVORSTANDS

Vorsitzender
Manfred Schaub

Stellvertretende Vorsitzende
Dr. Thomas Spies
Martina Werner

Schatzmeister
Dr. Edgar Franke

Geschäftsführer
Wilfried Böttner

Beisitzerinnen und Beisitzer
Patricia Agricola
Marcel Brückmann
Esther Kalveram
Birsel Kilic
Elke Künholz
Nicole Leidenfrost
Stefan Reuß
Iris Ruhwedel
Renata Schirmer
Oliver Schmolinski
Wolfgang Schwerdtfeger,Monika Vaupel
Sabine Waschke
Dr. Christoph Weltecke
Helmut Wettlaufer.

Arbeitsgemeinschaften
Vorsitzender der AfA: **Ludwig Vogt**
Vorsitzende der ASF: **Monika Vaupel**
Vorsitzender AG60 plus: **Siegfried Richter**
Vorsitzender der Jusos: **Lara Kannappel**
Vorsitzender der ASG: **Stefan David**
Vorsitzender der AGS: **Heinz Schneider**
Vorsitzender der ASJ: **Mario Hirdes**
Vorsitzender der AfB: **Hartmut Quehl**
Vorsitzender der
AG Migration und Vielfalt: **Cono Morena**
Vorsitzender der AG SelbstAktiv: **Carsten Weißenstein** (kommissarisch)
Vorsitzender der AG der
Schwulen und Lesben in der SPD: **Florian Schneider**

HESSEN SÜD

SPD

BEZIRK HESSEN-SÜD

Im Mittelpunkt der Arbeit des Bezirks Hessen-Süd in den Jahren 2015 und 2016 standen die Themen Rente, Steuern und Leiharbeit. Sie waren in der alltäglichen Arbeit des Bezirkes ebenso stetig präsent wie bei den Bezirksparteitagen.

BESCHLÜSSE UND BEZIRKSPARTEITAGE

BEZIRKSPARTEITAG 2015: ZUSAMMENHALT BRAUCHT GERECHTIGKEIT

Rund 300 Delegierte und Gäste waren zusammengekommen, um den Bezirksvorstand neu zu wählen und über Themen wie TTIP, Wohnungspolitik, Steuergerechtigkeit und Vorratsdatenspeicherung zu beraten.

„Sozialdemokratischer Einfluss stellt sich nicht nur auf Bundesebene“, erklärte der Bezirksvorsitzende Gernot Grumbach zu Beginn des ordentlichen Bezirksparteitages in der Wetzlarer Stadthalle. Er setze deshalb auch besondere Hoffnung in die kommenden Direktwahlen, um den Einfluss der SPD kommunal zu stärken.

Gernot Grumbach wurde mit 76,5 Prozent wiedergewählt. Auch die beiden Stellvertreter Christine Lambrecht (Bergstraße) und Michael Siebel (Darmstadt) wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Besonders beim Thema Steuergerechtigkeit wurde Gernot Grumbach deutlich: „Im Vergleich zu anderen Industriestaaten ist unsere Vermögenssteuer in einem lachhaften Bereich angesiedelt“, kritisierte er. Daran müsse sich endlich etwas ändern. Dieses Geld könnte insbesondere den Ländern das Leben leichter machen. Hier müsse die Sozialdemokratie ansetzen: Jeder der erbt, müsse eben auch den gleichen Anteil bezahlen. „Das ist Gerechtigkeit sozialdemokratischer Art“, forderte Grumbach.

Engagiert ging es bei der Debatte um TTIP zu – und das nicht zum ersten Mal. Wo die einen eine Chance für die Globalisierung sahen, fürchteten die anderen negative Auswirkungen auf die afrikanischen Staaten. TTIP ist und bleibt umstritten, insbesondere innerhalb der SPD. Der Bezirksvorstand forderte, dass beim Handel fair vor frei gehen müsse. Eine Grundvoraussetzung für das Zustandekommen des Abkommens müsse der Schutz der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sein. Nur anhand roter Linien könnte letztlich entschieden werden, ob und wie ein Freihandelsabkommen mit den USA zustande kommen könne, war sich der Parteitag einig.

In der Rede des Landesvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel war vor allem die Flüchtlingspolitik ein wichtiges Thema. „Wir brauchen kleinere Erstaufnahmeeinrichtungen. Das sind wir den Flüchtlingen schuldig, die dramatische Wege auf sich genommen haben, um zu uns zu gelangen“, erklärte Schäfer-Gümbel am Abend des Parteitages. Für ihn sei dabei die Frage nach der Finanzierung besonders entscheidend. Kommunen und Gemeinden dürften mit dieser Last nicht alleine gelassen werden – auch darin zeige sich einmal mehr die Kommunalfeindlichkeit der hessischen schwarz-grünen Landesregierung.

„Unsere Studierenden brauchen vor allem eines – und das sind weitere Wohnraumangebote“, sagte Michael Siebel zum Thema Wohnungspolitik. Zusätzliche 5.000 Wohnungen müssten dafür bereitgestellt werden, forderte der Darmstädter Landtagsabgeordnete.

Der Großteil des Parteitages stellte sich gegen die Vorratsdatenspeicherung. Dabei gehe es nicht nur um Aufstellungen, wann jemand mit welcher Nummer wie lange telefoniert habe. „Wenn jemand all unsere Gespräche in der Kneipe aufzeichnen will, würde ein Aufschrei durch die Bevölkerung gehen. Das hier ist aber viel schlimmer“, stellte Gerold Reichenbach fest. Es könne nicht sein, dass alle Daten erhoben und aufgehoben werden, nur für den Fall, dass die Justiz sie später brauchen könnte. „Das Thema Kinderpornografie wird immer genommen um zu zeigen, welchen Vorteil die Vorratsdatenspeicherung haben könnte – genau dieses Argument macht es dann ihren Gegnern so schwer dagegen zu sein. Aber das kann nicht das einzige Argument sein“, machte der Bundestagsabgeordnete Zimmermann deutlich. Mit Ulli Nissen und Christine Lambrecht sprachen sich zwei Bundestagsabgeordnete hingegen ganz klar für die Vorratsdatenspeicherung aus. „Mit der Vorratsdatenspeicherung haben wir die Möglichkeit, Straftaten zu vereiteln – dagegen kann und werde ich mich nicht stellen“, erklärte Lambrecht.

BEZIRKSPARTEITAG 2016: „HESSE IST, WER HESSE SEIN WILL.“ (GEORG AUGUST ZINN)

„Ich bin ein Flüchtlingskind. Wenn ich in den Spiegel sehe, sehe ich nicht mich, sondern eine leere Hülle. Doch auch ihr seid auf der Suche, ein ganzes Land ist auf der Suche: Deutschland sucht den Superstar, Bauer sucht Frau und Germany’s next Topmodel sucht Hirn.“ Mit Zeilen wie diesen rappten die Frankfurter Jugendlichen Beza Tefera (15) und Emil Siahpoush (16) auf der Bühne des lichtdurchfluteten Casinos der Stadtwerke Frankfurt zur Einstimmung auf den Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd am 18. Juni. Die Schülerin und der Schüler der Liebigschule Frankfurt hatten zuvor mit ihren Beiträgen einen Poetry Slam gewonnen. Der Bezirksvorsitzende Gernot Grumbach hatte die beiden „entdeckt“ und flugs zum Parteitag eingeladen. Der Kongress dankte es mit tosendem Applaus, denn über die Situation von Flüchtlingen in Deutschland und mangelnde Solidarität in Europa, eine auch in Hessen erstarkende AfD und die nötigen Antworten darauf sollte auch in den kommenden sieben Stunden intensiv diskutiert werden.

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd stand noch ganz unter dem Eindruck des Mordanschlags auf die britische Abgeordnete der Labour-Partei Jo Cox und des zunehmenden Rechtsrucks, der auch in den starken Wahlergebnissen für die AfD in Hessen bei den jüngsten Kommunalwahlen sichtbar geworden war. „Das Attentat steht stellvertretend für die Gewalt, die wir seit langem auch in Deutschland erleben“, sagte Hessens Parteivorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel. Angriffe auf Flüchtlingseinrichtungen, Hass, Ausgrenzung und Gewalt, befördert durch Pegida und die AfD, haben das Land verändert. „Gerade jetzt braucht es eine Sozialdemokratische Partei, die

Halt und Orientierung bietet, die für Gerechtigkeit und Solidarität steht und niemanden gegeneinander ausspielt", sagte er.

Mike Josef, Vorsitzender der Frankfurter SPD und designierter hauptamtlicher Dezernent des Magistrats der neuen rot-schwarz-grünen Stadtregierung, bezeichnete Frankfurt als „politisches Labor". Bei der Kommunalwahl vom März habe schwarz-grün in Frankfurt stark verloren, auch die Koalition im Land Hessen sei nicht in Stein gemeißelt. „Geschlossenheit, Zuspitzung der Inhalte und Selbstbewusstsein" seien die Zutaten, um neue (Regierungs-)Chancen für die Sozialdemokratie aufzutun.

Gernot Grumbach verwies auf das Parteitagsmotto. Das sei bewusst nicht als historische Reminiszenz an den Hessentags-Gründer Georg-August Zinn gewählt, sondern aus aktuellem Anlass: „Hesse ist, wer Hesse sein will" – und er setzte hinzu: „egal woher er kommt, egal wen er liebt und egal woran er glaubt." In Frankfurt gäbe es nicht so viel Kreativität, wenn nicht immer neue Menschen aus allen Ecken der Welt zugezogen wären. Es reiche allerdings nicht aus, auf die AfD einzudreschen („Gauland, das ist reiner Rassismus"), man müsse mit den Menschen reden, die nicht wählen gehen oder AfD aus Protest wählen, etwa Rentner, die nicht von ihrer Rente leben können. 30 Prozent der AfD-Wähler gaben an, das aus Gründen mangelnder sozialer Gerechtigkeit zu tun. „Wir müssen Rassisten bekämpfen, aber mit denen reden, die aus Wut und Enttäuschung AfD wählen", forderte Grumbach die Genossinnen und Genossen auf. Politik müsse stärker die Lebensrisiken der Menschen absichern.

Zum Thema Gerechtigkeit sagte der Bezirksvorsitzende: „Das Maß an erträglicher Ungleichheit bei Vermögen ist erreicht." Deutschland sei in Europa Schlusslicht, hier herrsche die höchste Ungleichheit bei der Vermögensverteilung: Nur zwei Prozent der Bevölkerung besitze die Hälfte aller Vermögen. Ungerechtigkeit setze sich überall fort, ob beim Arzt oder bei der Ärztin, die Privatversicherten schneller einen Termine geben, in der Schule (Wohlhabende schicken ihre Kinder zunehmend auf Privatschulen) bis hin zur Polizei (Reiche beschäftigen mehr und mehr eigene, private Sicherheitsdienste). Zudem fielen die Boni von Managern immer höher aus als die Dividenden. „Das ist ein Selbstbedienungsladen, der stillgelegt werden muss", sagte der Bezirksvorsitzende. Wenn ein Manager mehr als das 50fache des am geringsten bezahlten Angestellten seines Unternehmens verdiene, sei das genug. Üblich sei mittlerweile oft das 300fache.

„Die SPD wird dringend gebraucht", resümierte Grumbach, nämlich als „Partei, die das Leben besser macht." „Ich bin stolz auf diesen Parteitag: Wir haben uns nicht lange über Personen und Befindlichkeiten unterhalten, sondern über Inhalte", sagte der Bezirksvorsitzende am Ende der Veranstaltung. Und sein Stellvertreter, Michael Siebel, formulierte das so: „Wir in Hessen-Süd sind stark in der Formulierung von Politikkonzepten jenseits des Mainstreams – und wir meinen das ernst. Wir beziehen Positionen zu Themen, die die Menschen bewegen und zeigen, dass wir eine Programmpartei sind." So verabschiedete der Parteitag dann auch die Leitanträge zu sozialer Gerechtigkeit und zur Rentenreform.

Ein vom Unterbezirk Odenwaldkreis formulierter Antrag zur Abwahl von Sigmar Gabriel fand keine Mehrheit. Der Landtagsabgeordnete Gerhard Merz formulierte eine Weisheit seiner Mutter, einer Odenwälder Bauersfrau mit Tante-Emma-Laden: „Wenn jemand fragte, ob ein Produkt gut sei, antwortete sie selbstverständlich mit ja, denn sonst würde sie es ja gar nicht anbieten. Sie wäre nie auf die Idee gekommen, ihrem eigenen Geschäftsführer öffentlich zu misstrauen." Es sei keine gute Strategie, um Wahlen zu gewinnen, wenn man „sich selbst immer so sch... findet."

WAHLEN

KOMMUNALWAHL

Vorbereitung

Gemeinsam mit dem Landesverband entwickelte der Bezirk kommunalpolitische Leitlinien und Schulungsangebote der Toni-Sender-Akademie. Besonderen Wert legte der Bezirk auf die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten. Darüber hinaus orientierte sich der Bezirk auf die Mobilisierung von Nichtwählern.

Bewertung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Kommunalwahl blieben etwas hinter den Erwartungen zurück. Das Auftreten der AfD hat in einer Reihe von Regionen neue Mehrheiten erzeugt. Die Probleme bei der Flüchtlingsunterbringung haben sicher hierzu beigetragen. Insgesamt war das Problem der Mobilisierung etwas schwächer als vor fünf Jahren, aber es bleibt ein Problem, auch der SPD. Dass die Wählerinnen und Wähler sehr genau unterscheiden, zeigt die Ausdifferenzierung der Ergebnisse. Während in Frankfurt die SPD, wenn auch auf noch niedrigem Niveau, dazugewann und jetzt wieder an der Stadtregierung beteiligt wird, hat sie in Darmstadt noch einmal verloren. Es bedarf hier genauer Wahlanalysen vor Ort, um die Differenzen zu erklären.

SÜDHESSEN IN PARTEIVORSTAND UND BUNDESREGIERUNG

Im Parteivorstand der SPD sind drei Südhessen vertreten:

- Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL, stellvertretender Vorsitzender der SPD
- Udo Bullmann, MdEP, Verantwortlicher des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Europäische Union und kooptiertes Mitglied des SPD-Präsidiums
- Dagmar Schmidt, MdB

Brigitte Zypries MdB ist Bundesministerin für Wirtschaft und Energie (seit Januar 2017) bis dahin war sie Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und zuständig für die Bereiche IT, Luft- und Raumfahrt.
Christine Lambrecht MdB ist parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion.

SCHWERPUNKTE UND ALLGEMEINE ARBEIT

„SICHERHEITSPOLITIK NEU DENKEN" PODIUMSDISKUSSION MIT FRANK-WALTER STEINMEIER

Im Juni 2015 begrüßte der Bezirk Hessen-Süd Außenminister Frank-Walter Steinmeier in Frankfurt zu einer Podiumsdiskussion. Vier Stunden lang stellten sich Politikerinnen und Politiker sowie Friedens- und Konfliktforscher den Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Eröffnet wurde die Veranstaltungen von Professor Lothar Brock von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Im Anschluss sprach Frank-Walter Steinmeier über die Rolle Deutschlands in der UNO, NATO, OSZE und EU. Danach stellte er sich bei einer Podiumsdiskussion den Fragen des Publikums. Mit ihm auf dem Podium waren die ehemalige Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wieczorek-Zeul sowie Wolfgang Zellner vom Institut für Frieden und Sicherheit in Hamburg und Matthias Dembinski von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.

EHRENAMTSPREIS

Der Bezirk Hessen-Süd vergab im Dezember 2015 zum dritten Mal den Ehrenamtspreis für herausragendes freiwilliges Engagement. Preisträger in der Kategorie „Gruppen" war der Deutsche Fluglärmdienst e.V.. Als Einzelperson wurde Aster Walter-Fesshaye von der Flüchtlingshilfe Lorsch ausgezeichnet. Der Preis ist mit insgesamt 1.500 Euro dotiert und Ausdruck dafür, welche gesellschaftliche Bedeutung und politische Wertschätzung die SPD dem Ehrenamt beimisst. Die Preise überreichten der hessische SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel und der Bezirksvorsitzender Gernot Grumbach. Sie dankten allen Nominierten und Ausgezeichneten, nicht nur den Hauptpreisträgern, für die von ihnen seit vielen Jahren geleisteten Dienste. Tenor des Abends war, dass es wichtig sei, das Ehrenamt nicht zu überfordern.

KRISTINA LUXEN IST NEUE BEZIRKSGESCHÄFTSFÜHRERIN

Seit Dezember 2015 ist Kristina Luxen neue Geschäftsführerin des SPD-Bezirks Hessen-Süd. Sie folgt auf den im Juli 2015 viel zu früh und unerwartet verstorbenen Karlheinz Pfaff. Die Mutter von drei Söhnen hat ursprünglich eine Ausbildung zur Diplom-Bibliothekarin gemacht. Doch das war ihr „nicht vielseitig genug". An der Uni Trier studierte sie darum noch Betriebswirtschaft. Spezialisiert hat sie sich

auf Rechnungs- und Prüfungswesen. Bereits während der Uni hatte Kristina Luxen eine multifunktionale Chipkarte eingeführt, die Idee ihrer Diplomarbeit. Mit nur einer Karte sollten Studierende Bus und Bahn fahren, in der Mensa bezahlen, sich zurückmelden und in der Bibliothek Bücher ausleihen können. Dieses Projekt öffnete ihr die Türen zu ihrem nächsten Arbeitgeber, der Gesellschaft für Zahlungssysteme in Frankfurt. Vor ihrem Wechsel zum Bezirk Hessen-Süd war sie stellvertretende Leiterin des Fachdienstes Controlling des Landkreises Offenbach. Die engagierte Kommunalpolitikerin sieht als Schwerpunkt ihrer Arbeit im Bezirk die Mitgliederpflege und Gewinnung von Neumitgliedern.

Der SPD-Bezirk Hessen-Süd beim CSD in Frankfurt, ganz rechts die stellvertretende Bezirksvorsitzende Christine Lambrecht MdB, daneben der damalige Vorsitzende der Schwusos Hessen-Süd Ansgar Dittmar

Außenminister Frank-Walter Steinmeier bei der Veranstaltung „Sicherheitspolitik neu denken – Stärkere Verantwortung Deutschlands in der Welt". Neben ihm der Bezirksvorsitzende Gernot Grumbach MdL, die ehemalige Bundestagabgeordnete Uta Zapf sowie die ehemalige Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wieczorek-Zeul.

BEZIRKSVORSTAND

Vorsitzender
Gernot Grumbach, MdL

Stellvertretende Vorsitzende
Christine Lambrecht, MdB
Michael Siebel, MdL

Schatzmeister
Patrick Koch

Beisitzerinnen und Beisitzer
Ulrike Alex MdL
Ansgar Dittmar
Petra Fuhrmann MdL
Kerstin Geis MdL
Lisa Gnadl MdL
Heike Habermann MdL
Heike Hofmann MdL
Rüdiger Holschuh MdL
Andrè Kavai
Matthias Körner
Tanja Pfennig
Dr. Sascha Raabe MdB
Dagmar Schmidt MdB
Umut Sönmez
Dennis Volk-Borowski
Turgut Yüksel MdL

THÜRINGEN

SPD

LANDESVERBAND THÜRINGEN

KONSOLIDIERUNG UND NEUAUFBRUCH UNTER VÖLLIG GEWANDELTEN RAHMENBEDINGUNGEN

AUF DEM WEG ZUR ERSTEN ROT-ROT-GRÜNEN LANDESREGIERUNG

Die Thüringer SPD musste bei der Landtagswahl im September 2014 nach fünf Jahren Großer Koalition eine schwere Wahlschlappe verkraften und erzielte mit 12,4 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1990. Das niederschmetternde Wahlergebnis und ein gestörtes Vertrauensverhältnis zum damaligen Koalitionspartner CDU bereiteten den Boden für Sondierungsgespräche mit Linken und Grünen zur Bildung einer ersten rot-rot-grünen Landesregierung in Deutschland. Dabei ging der Landesverband nicht nur bei der politischen Konstellation neue Wege. Er beteiligte auch erstmals die Parteibasis: Die Mitglieder entschieden im Oktober 2014 über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen und gaben ein eindeutiges Votum für das neue Bündnis. Außerdem veranstaltete die SPD Thüringen eine Basiskonferenz, die leidenschaftlich über die neue Koalition auf Landesebene debattierte.

Gleichzeitig gab es auf dem Landesparteitag einen Wechsel im Landesvorsitz. Der langjährige Landesvorsitzende Christoph Matschie trat nicht erneut an. Für ihn wurde der Erfurter Oberbürgermeister Andreas Bausewein mit breiter Mehrheit zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Unter Bauseweins Führung wurden die Koalitionsverhandlungen erfolgreich beendet. Am 5. Dezember 2014 wurde Bodo Ramelow zum neuen Ministerpräsidenten Thüringens gewählt. Die SPD übernahm mit Finanzen, Inneres und Kommunales sowie Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft die Schlüsselressorts im neuen Landeskabinett. Die Wahl des Ministerpräsidenten wurde von starken Protesten der CDU begleitet, die erstmals seit 1990 auf der Oppositionsbank Platz nehmen musste. Auf Grundlage des Koalitionsvertrages trägt die SPD seither für die wichtigen Themenfelder Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau Verantwortung. Damit ist sie zuständig für hohe Investitionen in Bildung und Infrastruktur, für eine umfassende Verwaltungs-Funktional- und Gebietsreform sowie für die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Rot-rot-grüne Koalitionsbildung: die Landessprecherin der Grünen Stephanie Erben, die Landesvorsitzende der Linken Susanne Hennig-Wellsow und der Landesvorsitzender der SPD Andreas Bausewein; © SPD Thüringen

ARBEITSPROGRAMM 2015 UND 2016

Der Landesvorstand verabschiedete bei seiner Jahresauftaktklausur in Oberhof im Januar 2015 ein ambitioniertes Arbeitsprogramm für die Jahre 2015 und 2016 mit dem Ziel, die Thüringer SPD nach der Wahlniederlage wieder fit zu machen und neue Wege zu gehen. Beschlossen wurden die Einrichtung von thematischen Zukunftsforen und Beiräten auf Landesebene. Die Strukturen der Ortsvereine sollen kontinuierlich überprüft werden, um eine flächendeckende Kampagnenfähigkeit der Thüringer SPD zu gewährleisten. Dazu richtete der Landesverband auch einen Innovationsfonds ein, mit dem besondere Projekte auf Ortsvereinsebene finanziell unterstütz werden. Mit dem Arbeitsprogramm etablierte die Partei jährliche Praxistage für Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger auf Landesebene sowie ein Bildungsprogramm des Landesverbandes in Kooperation mit dem Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Kommunalen Bildungswerk Thüringen. Der Beschluss sah ebenfalls vor, ein zentrales Jugendbüro („Juri 158“) in der Landeshauptstadt einzurichten.

Der neu geschaffene Arbeitskreis Geschichte übernahm die Verantwortung für die traditionellen Veranstaltungen des Rudolf-Breitscheid-Gedenkens und der Jubiläumsfeiern in der Gothaer Traditionsstätte „Tivoli“. Hier wurde im Januar 1990 der erste ostdeutsche Landesverband wiedergegründet. Im Oktober 2016 fand unter Federführung des Arbeitskreises zum 125-jährigen Jubiläum des Erfurter Parteitages eine große Festveranstaltung im historischen Kaisersaal statt, an der als Festredner der ehemalige Parteivorsitzende Franz Müntefering zu den Gästen sprach.

Festveranstaltung 125 Jahre Erfurter Parteitag; © SPD Thüringen

LANDESPARTEITAG UND -KONFERENZEN

Die Jusos Thüringen wählten auf ihrer Landeskonferenz im Oktober 2015 einen neuen Landesvorstand. Saskia Scheler trat die Nachfolge des langjährigen Vorsitzenden Markus Giebe an.

Der Landesparteitag im November 2015 stand ganz im Zeichen der aktuellen Flüchtlingsthematik, die vor allem für die kommunale Ebene vor große Herausforderungen stellte. Der Landesvorstand legte

einen Leitantrag unter den Schlagworten „Sicherheit, Solidarität und Verantwortung“ zur Asyl- und Integrationspolitik vor. Der Antrag benannte die Rahmenbedingungen, unter denen das Asylrecht verteidigt und die Integration von Geflüchteten und Asylbewerbern mit Bleibeperspektive spürbar verbessert werden sollte. Er wurde nach einer intensiven und kontroversen Debatte mit deutlicher Mehrheit beschlossen. Die Delegierten verständigten sich auf konkrete Anforderungen an den Aufnahme- und Integrationsprozess von Geflüchteten und Asylbewerbern, aber auch auf effektivere Abschiebeverfahren. Darüber hinaus forderten sie ein Integrationskonzept auf Landesebene sowie ein Einwanderungsgesetz auf Bundesebene mit klaren Zuwanderungskriterien.

Die angespannte Flüchtlingssituation dominierte auch das folgende Jahr. Deshalb fand im April 2016 ein kommunaler Flüchtlingsgipfel statt, auf dem sozialdemokratische Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister ein Grundsatzpapier für gelingende Integration sowie einen Forderungskatalog gegenüber Bund und Landesregierung verabschiedeten.

Das neu eingerichtete Jugendbüro „Juri 158“ nahm in Erfurt seine Arbeit auf. Ab 2016 finden dort die Veranstaltungsreihen „Juri Kino“ und „Juri diskutiert“ statt. Darüber hinaus zeigten die Thüringer Jusos mit dem „Juri mobil“ auch landesweit Präsenz. Der Jugendverband verabschiedete auf der Landeskonferenz im Juli 2016 einen Leitantrag, der aus jugendpolitischer Perspektive eine Vision für eine sozialistische Gesellschaft entwarf.

WIEDERBELEBUNG DER LANDESARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Die Thüringer SPD belebte zahlreiche Landesarbeitsgemeinschaften wieder, um das inhaltliche Profil der Landespartei gerade in jenen Themenfeldern zu schärfen, in denen die SPD seit dem Regierungswechsel keine ministerielle Verantwortung mehr trägt. Neuanfänge gab es bei der AfB und ASG. Unter Federführung der Thüringer Jusos erarbeiteten alle Landesarbeitsgemeinschaften einen sozialpolitischen Leitantrag, der die Leitlinien für eine moderne Sozialpolitik und die Rahmenbedingungen für einen Generationenvertrag der solidarischen Gesellschaft von morgen festlegte. Der Leitantrag behandelte alle wichtigen Themenkomplexe von guter Arbeit, über Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein gerechtes Rentensystem, bessere Pflege, gute Bildung, die Stärkung der sozialen Infrastruktur auf kommunaler Ebene, eine moderne Jugendpolitik bis zur Ausweitung von Demokratie und Mitbestimmung. Der Landesparteitag verabschiedete im November 2016 den Leitantrag einstimmig. Gleichzeitig wählte der Parteitag einen neuen Landesvorstand und betätigte den Landesvorsitzenden Andreas Bausewein mit rund 80 Prozent im Amt.

EIN STARKES KOMMUNALES FUNDAMENT

Die Thüringer SPD festigte ihr Fundament als Kommunalpartei in den Jahren 2015 und 2016. Sie baute ihre starke Verankerung auf kommunaler Ebene seit der verlorenen Landtagswahl weiter aus. Der Aufwärtstrend wurde vor allem bei der Landratswahl im Mai 2015 in Nordhausen deutlich, aus der Matthias Jendricke als klarer Sieger hervorging. Die SPD stellt seither insgesamt fünf von 17 Landräten. Auch auf der gemeindlichen Ebene verzeichnete die Partei erfreuliche Zugewinne. Sven Schrade als junger Kandidat in Schmölln und Hendrik Läbe in Nobitz wurden im Juni 2015 bereits im ersten Wahlgang zu hauptamtlichen Bürgermeistern gewählt. Bei den Wahlen der ehrenamtlichen Bürgermeister gelang es, viele Rathäuser zu verteidigen und neue zu erobern. Die Thüringer SPD stellt landesweit nunmehr drei Oberbürgermeister in kreisfreien Städten, drei Oberbürgermeister in Kreisstädten, 16 weitere hauptamtliche Bürgermeister und 19 ehrenamtliche Bürgermeister in den Thüringer Städten und Gemeinden. Daraus erwächst eine besondere politische Verantwortung, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der angestrebten kommunalen Gebietsreform, die seit dem Jahr 2016 von intensiven öffentlichen Debatten begleitet wird.

AUSBLICK AUF 2017

Neben der kommunalen Gebietsreform war der Jahresauftakt 2017 vor allem vom anstehenden Bundestagswahlkampf geprägt. Die Jahresauftaktklausur des Landesvorstandes verabschiedete inhaltliche Leitlinien zur Bundestagswahl aus Thüringer Perspektive. Die Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten beflügelte auch die Thüringer SPD. Seit dem Jahreswechsel verzeichnete sie zahlreiche Neueintritte, die nach einer Phase von Austritten im Zuge des Regierungswechsels und einer Bereinigung im Mitgliederbestand zu einem deutlichen Mitgliederzuwachs und einer spürbaren Verjüngung der Landespartei beitrugen. Der Landesvorstand verständigte sich außerdem darauf, 2017 zum Schwerpunktjahr für das Thema Bildung zu machen. Der Landesparteitag im Herbst 2017 wird sich daher mit einem bildungspolitischen Leitantrag befassen, um das Profil der Landes-SPD weiter zu schärfen. Gleichzeitig will die Thüringer SPD das inhaltliche Fundament dafür legen, die Kommunalwahlen 2018 genauso erfolgreich zu gestalten wie die der Jahre 2015 und 2016.

MITGLIEDERENTWICKLUNG:

31.12.14: **4.122**
31.12.15: **3.896**
31.12.16: **3.727**

KOMMUNALWAHLEN 2015 UND 2016 IN THÜRINGEN:

LANDRATSWAHL NORDHAUSEN

Matthias Jendricke, wurde am 10. Mai 2015 mit 64,7 % in der Stichwahl gewählt. (Insgesamt gibt es fünf Landräte mit SPD-Parteibuch in Thüringen.

Landrat Matthias Jendricke mit Landesvorsitzenden Andreas Bausewein; © SPD Thüringen

HAUPTAMTLICHE BÜRGERMEISTER

Hendrik Läbe wurde am 21 Juni 2015 in Nobitz mit 83 Prozent im ersten Wahlgang gewählt.
Sven Schrade wurde am 28. Juni 2015 in Schmölln ebenfalls im ersten Wahlgang mit 53,6 Prozent gewählt.

EHRENAMTLICHE BÜRGERMEISTER:

Aus den Wahlen am 5. Juni 2016 gingen als ehrenamtliche Bürgermeister hervor:
Steffen Lupprian (Holzsußra) mit 100 Prozent im ersten Wahlgang;
Günter Jobst (Luisenthal) mit 96,6 Prozent im ersten Wahlgang;
Volker Aschenbach (Dachwig) mit 92,8 Prozent im ersten Wahlgang;
Hans Vollrath (Andisleben) mit 76,5 Prozent im ersten Wahlgang:
Carsten Helbig (Langenleuba-Niederhain) mit 67,2 Prozent im ersten Wahlgang;
Thomas Hartung (Wallbach) mit 58,1 Prozent im ersten Wahlgang gewählt;
Marcel Bube (Walschleben) mit 56,1 Prozent im ersten Wahlgang gewählt;
Sebastian Koch (Gehofen) mit 51,5 Prozent im ersten Wahlgang gewählt.

Damit stellt die SPD gegenwärtig fünf Landräte und drei Oberbürgermeister in kreisfreien Städten sowie 19 hauptamtliche (darunter drei Oberbürgermeister in Kreisstädten) und 19 ehrenamtliche Bürgermeister in Thüringen.

LANDESPARTEITAGE

- Außerordentlicher Landesparteitag am 21. November 2015 in Bad Blankenburg
- Ordentlicher Landesparteitag am 19. November 2016 in Erfurt (Neuwahl des Landesvorstandes)

LANDESVORSITZENDE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
Christoph Matschie (kommissarisch)
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)
Diana Lehmann
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (AsJ)
Hans-Joachim Sellnick
Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen (AGS)
Jörg Neigefindt
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)
Heidrun Sachse
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)
Dr. Cornelia Klisch
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos)
Oleg Shevchenko
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Christen
Ingo Hofmann
Arbeitsgemeinschaft 60 plus
Wolf-Dietrich Waack
AG Schwusos
Maximilian Müller
Forum Europa
Roman Gherman

Sommerfest der SPD Thüringen in Sömmerda; © SPD Thüringen

Der neugewählte Landesvorstand; © SPD Thüringen

MITGLIEDER DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

(GEWÄHLT 24. SEPTEMBER 2017)

Elisabeth Kaiser
Christoph Matschie
Carsten Schneider

LANDESVORSTAND DER SPD THÜRINGEN

(GEWÄHLT AUF ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAG IN ERFURT AM 19. NOVEMBER 2016)

Landesvorsitzender
Andreas Bausewein

Stellvertretende Landesvorsitzende
Antje Hochwind
Carsten Schneider MdB
Dr. Albrecht Schröter
Heike Taubert MdL

Schatzmeister
Petra Heß

Beisitzerinnen und Beisitzer
Dagmar Becker MdL
Stephan Danz
Robert Geheeb
Iris Gleicke
Dr. Thomas Hartung MdL
Dr. Cornelia Klisch
Maik Klotzbach
Lutz Liebscher
Georg Maier
Dorothea Marx MdL
Eleonore Mühlbauer MdL
Manfred Oswald
Dr. Holger Poppenhäger
Frank Roßner
Saskia Scheler
Rosemarie Schmack-Siebenlist-Hinkel
Dr. Hartmut Schubert
Claudia Zanker

Landesgeschäftsführer
Michael Klostermann

Vorsitzender Landesparteirat
Roland Erdtmann

MITGLIEDER DES THÜRINGER LANDTAGES

(GEWÄHLT AM 14. SEPTEMBER 2014)

Dagmar Becker
Dr. Thomas Hartung
(am 8. September 2017 für Uwe Höhn nachgerückt)
Oskar Helmerich (Fraktionseintritt am 13. April 2016)
Matthias Hey
Diana Lehmann
Dorothea Marx
Eleonore Mühlbauer
Birgit Pelke
Dr. Werner Pidde
Claudia Scheerschmidt
(am 18. September 2017 für Christoph Matschie nachgerückt)
Heike Taubert
Frank Warnecke

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

(GEWÄHLT 25. MAI 2014)

Jakob von Weizsäcker

SACHSEN

SPD

LANDESVERBAND SACHSEN

KÜCHENTISCHTOUR MIT MARTIN DULIG

Im Januar 2016 begann die Küchentischtour mit Martin Dulig. Mit dieser neuen Dialogveranstaltung gastiert die sächsische SPD in ganzen Sachsen und macht den Menschen das Angebot, mit dem Landesvorsitzenden Martin Dulig auf Augenhöhe ins Gespräch zu kommen. Wichtig dabei: Die Themen bestimmen die Bürgerinnen und Bürger. In einer offenen Diskussion haben sie die Möglichkeit, einen freien Platz am Küchentisch einzunehmen und so selbst aktiver Teil der Diskussionsrunde zu werden. Ziel sei nicht, dass alle „am Ende einer Meinung sind oder für jedes Problem eine schnelle Lösung präsentiert wird", so Dulig – vielmehr versuche man „Vertrauen aufzubauen" und für eine respektvolle Art im Umgang miteinander zu werben. Der Tisch wird weiter bis Ende 2018 durch den Freistaat touren und lädt dabei alle Interessierten ein, daran Platz zu nehmen.

Auftakt der Küchentischtour in Döbeln mit Martin Dulig, Januar 2016 © SPD Sachsen

ARBEITSSCHWERPUNKTE

2015

- Kommunalwahlen im Juni mit starken Ergebnissen für die SPD in den Ballungsräumen
- 25 Jahre SPD-Landesverband Sachsen

2016

- Novellierung des Schulgesetzes
- 15 Stopps der Küchentischtour in Sachsen
- Start der Diskussionen zur Aufarbeitung der Nachwendezeit in Sachsen und Ostdeutschland

UNSER SACHSEN FÜR MORGEN: STARTSCHUSS FÜR DIE PROJEKTGRUPPEN

Seit der Übernahme von Regierungsverantwortung durch die SPD verändert sich Sachsen spürbar positiv. Trotzdem: Noch viel Arbeit liegt vor den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Freistaat, damit Sachsen auch in Zukunft stark und handlungsfähig bleibt. Der Landesvorstand beschloss im Mai 2016 die Einsetzung von vier Projektgruppen zu den Themenblöcken: Starker Staat und Zukunftsinvestitionen, Sozialer Aufstieg und moderne Familienpolitik, Digitales Zeitalter mit Schwerpunkt „Wie arbeiten wir morgen?" und Wie gelingt uns Integration?

Gemeinsam wollen die Mitglieder, Mandatsträger, Arbeitsgemeinschaften und Experten neue Lösungsansätze entwickeln und die SPD Sachsen programmatisch voranbringen. Dabei steht die Erarbeitung der Leitanträge für die Landesparteitage im Mittelpunkt. Auch hier wird deutlich: Die SPD ist die Mitmachpartei, bei der sich alle einbringen können.

PARTEILEBEN

25 JAHRE SPD-LANDESVERBAND SACHSEN – FESTAKT IN DRESDEN

In Dresden wurde am 29. Mai 2015 mit einem großen Festakt die 25-jährige Wiedergründung der sächsischen SPD gefeiert. Dazu waren über 250 Gäste gekommen. Mit dabei waren hier u. a. der Landesvorsitzende Martin Dulig, die designierte Generalsekretärin Daniela Kolbe, die ehemaligen Landesvorsitzenden Michael Lersow, Constanze Krehl und Thomas Jurk sowie viele derzeitige und ehemalige Abgeordnete – und auch Ministerpräsident Stanislaw Tillich.

In seiner Festrede betonte der Gründungsvorsitzende des Landesverbandes, Michael Lersow, dass die SPD im Osten eine Partei der Friedlichen Revolution gewesen sei und die Mauer maßgeblich mit zum Einsturz brachte. Dulig unterstrich, dass sich Gerechtigkeitsfragen heute anders darstellten, jedoch nicht weniger dringlich seien. Gerade deshalb brauche es eine starke Sozialdemokratie im Freistaat, so der Landesvorsitzende.

SOMMERFEST 2015

Abseits des Politikalltags lud die SPD Sachsen am 13. Juni 2015 zu ihrem Sommerfest in die Miniwelt Lichtenstein ein. Neben zahlreichen Infoständen der SPD präsentierte sich der Miniaturpark am Nordrand des Erzgebirges mit detailgetreuen Nachbildungen prominenter Bauwerke aus Originalmaterial. Neben der musikalischen Unterhaltung durch die Dresdner Band „Banda Comunale", vor allem bekannt durch ihren couragierten Einsatz gegen Pegida und rechte Stimmungsmacher, gab es lockere Gesprächen mit dem Landesvorsitzenden Martin Dulig und zahlreichen Abgeordneten.

Sommerfest 2015 in der Miniwelt Lichtenstein; © SPD Sachsen

SOMMERFEST 2016

Über 300 Gäste besuchten am 11. Juni 2016 das jährliche Sommerfest der sächsischen Sozialdemokratie im Sonnenlandpark Lichtenau. In geselliger Atmosphäre zu den Klängen von „The Fonatics“ aus dem Leipziger Süden kamen die Besucher miteinander ins Gespräch und konnten sich an den zahlreichen Ausstellungsständen von Arbeitsgemeinschaften, Landtagsfraktion und befreundeten Institutionen über Neuigkeiten rund um die Partei informieren. Erstmalig mit dabei: der Küchentisch von Martin Dulig, an dem fleißig über Politik diskutiert wurde.

LANDESPARTEITAGE

NOVEMBER 2015 IN GÖRLITZ

Auf dem außerordentlichen Landesparteitag reagierte die SPD mit dem Initiativantrag „Mit offenem Herzen und wachem Verstand“ auf die Herausforderungen des Zuzuges von Geflüchteten seit Sommer 2015. Dabei bekräftigten die Delegierten die Forderung nach einem sächsischen Integrationsgesetz und stellten klar, dass die SPD die einzig wirkliche Integrationspartei in Sachsen ist. Auf dem Parteitag wurde Daniela Kolbe zur neuen Generalsekretärin gewählt.

Verabschiedung von Generalsekretär Dirk Panter, Landesparteitag 2015 in Görlitz; © SPD Sachsen

Die neu gewählte Generalsekretärin Daniela Kolbe mit Martin Dulig, Landesparteitag 2015 in Görlitz; © SPD Sachsen

OKTOBER 2016 IN CHEMNITZ

Der Ausbau einer demokratischen Bürgergesellschaft und die Herstellung eines handlungsfähigen Staates standen im Zentrum der Beratungen des zweitägigen Landesparteitages. Grundlagen eines handlungsfähigen Staates sind nach Auffassung der sächsischen SPD eine funktionierende und gut ausgestatte Polizei, ein bezahlbares Wasser- und Energiesystem und ein starkes Bildungssystem, das allen offen steht und Chancengleichheit gewährleistet. Martin Dulig wurde als Landesvorsitzender wiedergewählt. Nach spannenden Debatten bildete der Parteiabend im Brauhaus Chemnitz in heiterer Stimmung einen runden Abschluss des ersten Tages. Mit einer Videobotschaft von Katarina Barley begann der zweite Sitzungstag, an welchem auch die Beisitzerinnen und Beisitzer des Landesvorstandes gewählt wurden.

Vorsitzender Martin Dulig mit den neu gewählten Stellvertretern Dr. Eva-Maria Stange und Karsten Schütze, Landesparteitag 2016 in Chemnitz; © SPD Sachsen

Verabschiedung von Petra Köpping aus dem Landesvorstand, Landesparteitag 2016 in Chemnitz; © SPD Sachsen

VERANSTALTUNGEN 2015/16

23. Januar 2015 Jahresauftaktklausur des Landesvorstandes
29. Januar 2015 Regionalkonferenz des Parteivorstandes Die SPD regiert
21. März 2015 ASG Landeskonferenz
25. März 2015 ASJ Landeskonferenz
20. April 2015 AG60+ Landeskonferenz
25. April 2015 AfB Landeskonferenz
19. Mai 2015 Schwusos Vollversammlung
20. Mai 2015 Landeskonferenz AG Migration und Vielfalt
29. Mai 2015 Festakt 25 Jahre SPD Sachsen
13. Juni 2015 Sommerfest
04. Juli 2015 AGS Landeskonferenz
05. Juli 2015 Oberbürgermeisterwahl in Dresden
4.-6. September 2015 Tag der Sachsen in Wurzen
5. September 2015 JUSO LDK
12. September 2015 AG Selbst Aktiv Landeskonferenz

14. September 2015 Hauptamtlichenkonferenz
31.Oktober 2015 Politischer Reformationstag
7. November 2015 außerordentlicher Landesparteitag in Görlitz
14. Dezember 2015 Kamingespräch mit Eva Maria Stange
22. Januar 2016 Jahresauftaktklausur des Landesvorstandes
27. Januar 2016 Offizieller Auftakt Küchentischtour mit Martin Dulig
27. Februar 2016 AfA Landeskonferenz
5. April 2016 Kamingespräch mit Dirk Panter
28. Mai 2016 ASF Landeskonferenz
19. April 2016 Hauptamtlichenkonferenz
22. April 2016 UB-Vorsitzenden-Konferenz
11. Juni 2016 Sommerfest in Lichtenau
18. Juni 2016 Schwusos Vollversammlung
2. Juli 2016 JUSO LDK
20. August 2016 Vollversammlung AG Selbst Aktiv
22. August 2016 Mitgliederkonferenz „Starker Staat und Zukunftsinvestitionen“
2.-4. September 2016 Tag der Sachsen in Limbach-Oberfrohna
7. September 2016 Kamingespräch mit Petra Köpping
22.Oktober 2016 ordentlicher Landesparteitag in Chemnitz
31. Oktober 2016 Politischer Reformationstag
25.-27. November 2016 JUSO Bundeskonferenz in Dresden
5. Dezember 2016 Vollversammlung der AG Migration und Vielfalt

MINISTERINNEN UND MINISTER

Martin Dulig
Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
(stellv. Ministerpräsident)
Dr. Eva-Maria Stange
Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst
Petra Köpping
Staatsministerin für Gleichstellung und Integration

ABGEORDNETE

LANDTAG (2014)

Dirk Panter, Dagmar Neukirch, Henning Homann, Hanka Kliese, Volkmar Winkler, Martin Dulig, Dr. Eva-Maria Stange, Petra Köpping, Mario Pecher, Simone Lang, Albrecht Pallas, Sabine Friedel, Holger Mann, Juliane Pfeil-Zabel, Thomas Baum, Harald Baumann Hasske, Iris Raether-Lordieck, Jörg Vieweg

DEUTSCHER BUNDESTAG (2013)

Wolfgang Gunkel, Thomas Jurk, Daniela Kolbe, Detlef Müller (seit 2014), Dr. Simone Raatz, Susann Rüthrich

EUROPÄISCHES PARLAMENT (2014)

Wolfgang Gunkel, Thomas Jurk, Daniela Kolbe, Detlef Müller (seit 2014), Dr. Simone Raatz, Susann Rüthrich

LANDESVORSTAND DER SPD SACHSEN

(AB OKTOBER 2016)

Landesvorsitzender
Martin Dulig

Stellvertretende Vorsitzende
Dr. Eva-Maria Stange,
Karsten Schütze

Generalsekretärin
Daniela Kolbe

Schatzmeister
Sven Schulze

Beisitzerinnen und Beisitzer
Henning Homann
Tommy Jehmlich
Birgit Kilian
Karin Luttmann
Holger Mann
Karin Mohr
Susann Rüthrich
Hagen Scheffler
Katharina Schenk
Markus Schlimbach
Sabine Sieble
Dr. Uta Strewe
Mike Thomas
Ralf Wätzig
Andreas Weigel
Benjamin Zabel
Ute Ziegelmeier

Landesgeschäftsführer
Jens Wittig

Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise
Ekkehardt Müller (AG 60 plus)
Oliver Strotzer (SPD-Queer)
Simone Lang (ASG)
Irena Rudolph-Kokot (AfA)
Dr. Siegfried Kost (AfB)
Katharina Schenk (Jusos)
Swetlana Lange (AG Migration und Vielfalt)
Mike Thomas (AG Selbst Aktiv)
Jörg Vieweg (AGS, AK Energie)
Iris Raether-Lordieck (ASF)
Jürgen Renz (ASJ)
Andreas Weigel (AK Christen)
Albrecht Pallas (AK Innere Sicherheit)
Klaus Fiedler (AK Euroregion Elbe-Labe)

SAARLAND

SPD

LANDESVERBAND SAARLAND

2015 ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG: „GUTES LEBEN IM SAARLAND“

Der wiedergewählte SPD-Landesvorsitzende Heiko Maas und die SPD-Generalsekretärin Petra Berg beim Landesparteitag 2015 © SPD Saarland

Am 9. und 10. Oktober 2015 fand der 29. Ordentliche Landesparteitag der SPD Saar statt. Unter dem Motto „Unser Kompass: Gutes Leben im Saarland“ diskutierten die rund 300 Delegierten über das Saarland als Chancen- und Miteinanderland. Die Delegierten bearbeiteten über 90 Sachanträge. Außerdem diskutierten und verabschiedeten sie die von Heiko Maas eingebrachte Resolution „Mit Mut, Herz und Realitätssinn: Das Saarland heißt willkommen“. Bei der Neuwahl des Parteivorstands wurde Heiko Maas mit 86,4 Prozent als Landesvorsitzender bestätigt. In seiner Rede bezog Maas klar Stellung gegen ein Europa der Abgrenzung. Als Stellvertreterinnen und Stellvertreter wählten die Delegierten Anke Rehlinger (95,4 %), Charlotte Britz (87,2 %), Rüdiger Schneidewind (85,8 %) und Eugen Roth (89,6 %). Petra Berg wurde mit 82 % der Delegiertenstimmen als Generalsekretärin bestätigt. Besonderer Gast auf dem Landesparteitag war Olaf Scholz, der gemeinsam mit Heiko Maas die Max-Braun-Medaille verlieh.

Heiko Maas mit dem ehemaligen SPD-Landesvorsitzenden Reinhard Klimmt und dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden der Olaf Scholz auf dem Landesparteitag 2015; © SPD Saarland

VERLEIHUNG DER MAX-BRAUN-MEDAILLE – EHRUNG VERDIENTER SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN

Seit vielen Jahren ehrt die Saar-SPD auf ihrem Parteitag Mitglieder mit der Max-Braun-Medaille, die sich in der Sozialdemokratie besonders verdient gemacht haben. Max Braun war erster Vorsitzender der SPD Saar und engagierte sich im Kampf gegen den Anschluss des Saarlandes an Nazi-Deutschland bei der Saarabstimmung im Jahr 1935.

DIE PREISTRÄGER 2015 WAREN:

Kreisverband Saarbrücken-Stadt: **Horst Schmidt** (Burbach)
Kreisverband Saarbrücken-Land: **Oskar Kany** (Bliesransbach)
Kreisverband Saarlouis: **Annemie Knecht** (Schaffhausen)
Kreisverband Merzig-Wadern: **Albert Lang** (Büschfeld)
Kreisverband Neunkirchen: **Horst Moser** (Spiesen-Elversberg)
Kreisverband St.Wendel: **Klaus-Dieter Kaiser** (Türkismühle)
Kreisverband Saarpfalz: **Josef Becker** (Oberwürzbach)

„SAARLANDPAKT – NEUE WEGE FÜR UNSER LAND“

Mit dem Saarland-Pakt haben SPD-Landesvorstand und SPD-Landtagsfraktion 2015 mehr Unterstützung für die Kommunen festgeschrieben. Das Positionspapier „Der Saarlandpakt – Neue Wege für unser Land“ fußt auf der Überzeugung, dass eine Verbesserung der finanziellen Lage des Landes und seiner Kommunen nur durch gemeinsame Kraftanstrengungen auf allen Ebenen möglich ist. Deswegen erarbeitete die Saar-SPD in einem breiten Diskussionsprozess gemeinsam mit rund einhundert kommunalpolitischen Akteuren das 17-Seiten-lange Papier. Ein Großteil der Forderungen wurde im Kommunalpaket der Landesregierung für das Saarland umgesetzt. Das Saarland als Bundesland aber auch jede einzelne Kommune sind für die Bürgerinnen und Bürger identitätsstiftend. Die Saar-SPD will dieses Identitätsgefühl auch in einer globalisierten Welt bewahren und kämpft deswegen gemeinsam mit Bund und Land für den Erhalt der Kommunen.

LANDESAUSSCHUSS. „FLÜCHTLINGE SIND UNS IM SAARLAND WILLKOMMEN“

Die Saar-SPD bekennt sich ausdrücklich zu einer verantwortungsvollen Flüchtlingspolitik, basierend auf den Werten Solidarität und Menschlichkeit. Am 6. März 2015 beschlossen die Delegierten des Landesausschusses das Positionspapier „Flüchtlinge sind uns im Saarland willkommen“ zu 100 Prozent. Der Landesausschuss fordert alle in der Flüchtlingshilfe engagierten Organisationen, Verbände, Vereine, religiösen Gemeinschaften und Kirchen auf, einen Dialog zu eröffnen, der mit einer zentralen Veranstaltung beginnen sollte. Ziel war die Erarbeitung, Abstimmung und Vernetzung konkreter Vorhaben zur schnellen und rücksichtsvollen Integration im Saarland ankommender und hier lebender Flüchtlinge.

SAARLÄNDISCHE REGIONALKONFERENZ: „DIE SPD REGIERT – DAS LAND KOMMT VORAN“

Unter diesem Motto diskutierten rund 500 Saarländerinnen und Saarländer mit Frank-Walter Steinmeier, Heiko Maas und Yasmin Fahimi über sozialdemokratische Regierungspolitik. Der Abend war gefüllt mit hilfreichen Hintergrundinformationen und interessanten Fragen aus dem Publikum an die Spitzenpolitiker. Auf der Agenda standen eine Vielzahl von großen SPD-Themen wie Mindestlohn, Friedensbemühungen in der Ukraine, Bürgerarbeit, Terror-Bekämpfung oder die doppelte Staatsbürgerschaft. Anke Rehlinger und Petra Berg präsentierten die saarländische Sicht der Dinge.

Regionalkonferenz in Saarbrücken mit Petra Berg, Yasmin Fahimi, Frank-Walter Steinmeier, Anke Rehlinger und Heiko Maas © SPD Saarland

TREIBENDE KRAFT IN DER BUNDESREGIERUNG – HALBZEITBILANZ VON HEIKO MAAS ALS BUNDESMINISTER

Im Dezember 2015 zog Generalsekretärin Petra Berg Bilanz der Arbeit von Heiko Maas nach genau zwei Jahren als Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz. Als treibende Kraft in der Bundesregierung konnte Maas eine Vielzahl an Vorschlägen und Gesetzesentwürfen umsetzen. Neben der Mietpreisbremse und dem Bestellerprinzip für Maklerleistungen machte er sich für ein neues Anti-Doping-Gesetz, die Frauenquote in Aufsichtsräten und eine Reform der Doppelpass-Regelung stark. Die Task Force gegen die Verbreitung von Hassbotschaften im Internet gehört zu seinen besonderen Erfolgen. Damit konnte er einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, das Thema auf die politische Agenda zu setzen und stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Berg bezeichnete Maas als authentischen Leistungsträger in der großen Koalition und wichtige sozialdemokratische Stimme in der Bundesregierung.

2016 SOZIALDEMOKRATISCHES ERFOLGSREZEPT – SIEBEN SIEGE BEI KOMMUNALWAHLEN

Seit Juni 2015 hatte die Saar-SPD alle Direktwahlen im Saarland gewonnen. Bei insgesamt sieben Kommunalwahlen, die bis Ende 2016 stattgefunden haben, setzten sich die Sozialdemokraten durch. In Friedrichsthal steht Rolf Schultheis weiterhin an der Spitze der Kommune. Bei der Wahl zum Landrat im Kreis Neunkirchen konnte sich Sören Meng durchsetzen. Volker Weber hat in Marpingen einen klaren Sieg im Kampf um die Rathausspitze errungen. Daniel Kiefer hat das Amt des Bürgermeisters in Mettlach übernommen, in Kirkel Frank John, in Beckingen Thomas Collmann. Manfred Schwinn ist als neuer Bürgermeister in Saarwellingen gewählt worden. Die Erfolge bei den Kommunalwahlen sind ein klares Signal. Das Erfolgsrezept ist altbewährt: nah bei den Menschen, immer mit einem Auge darauf, dass es gerecht zugeht.

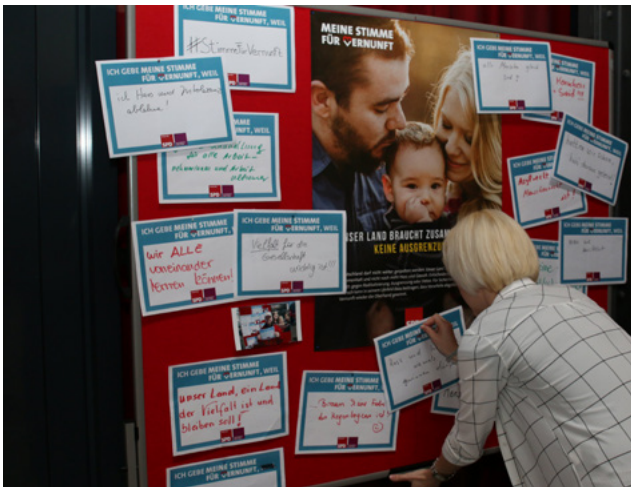
LANDESDELEGIERTENKONFERENZ – MIT HEIKO MAAS AN DER SPITZE FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL 2017

Im November 2016 wurde Heiko Maas auf der Landesdelegiertenkonferenz in Saarbrücken mit überwältigenden 97 Prozent zum Spitzenkandidaten der SPD Saar zur Bundestagswahl 2017 gewählt. Folgende Kandidatinnen und Kandidaten wurden auf die Landesliste gewählt: Josephine Ortleb, Christian Petry, Rosie Gruhn, Esra Limbacher, Moschgan Ebrahimi, Dr. Stephan Schmidt, Sandra Henkel, Andreas Kleber, Denise Klein, Jens Gräser, Rosarina Mertes, Ralf Frank, Christine Kasper und Moritz Moser. Die Liste war eine gute Mischung – sowohl was das Alter der Kandidatinnen und Kandidaten als auch die Themen, die ihnen am Herzen liegen, angeht. Heiko Maas, Josephine Ortleb, Christian Petry und Esra Limbacher treten als Direktkandidatinnen und -kandidaten in ihren Wahlkreisen an.

Einblick in die Landesdelegiertenkonferenz 2016; © SPD Saarland

MEINE STIMME FÜR VERNUNFT – REGIONALE KAMPAGNE

Die bundesweite Kampagne „Meine Stimme für Vernunft“ war im Saarland ein voller Erfolg. Zahlreiche Mitglieder, aber auch Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich daran, um ein starkes Zeichen gegen Hass und Hetze zu setzen. Vor allem im Saarland, wo die AfD fragwürdige Verbindungen zur rechten Szene pflegt, die sogar zeitweilig zur Auflösung des Landesverbandes führten, hat es die Saar-SPD als ihre Aufgabe verstanden, gegen Ausgrenzung, Gewalt und Hass laut die Stimme zu erheben. Sowohl die stellvertretende Landesvorsitzende Anke Rehlinger als auch Generalsekretärin Petra Berg zeigten gemeinsam mit Heiko Maas klare Kante gegen Rechts im Saarland.



Regionalkampagne „Meine Stimme für Vernunft“ auf der Landesdelegiertenkonferenz 2016; © SPD Saarland

„STARKE BILANZ – UNSERE HANDSCHRIFT!“

Seit 2012 ist die SPD im Saarland Teil der Landesregierung – und seitdem hat sich einiges getan. Die saarländische SPD hat sich als treibende Kraft erwiesen und das Land nach vorne gebracht. Zum Beispiel in der Bildungspolitik: Hier wurde die Anzahl echter Ganztagsschulen von sieben im Jahr 2012 auf 17 im Jahr 2016 erhöht. Trotzdem wurde die Neuverschuldung im Saarland um 60 Prozent reduziert. Aber auch im Bereich Innere Sicherheit hat die SPD Saar gute Arbeit geleistet: Bei der Neueinstellung von Polizistinnen und Polizisten wurde eine Steigerung von zehn Prozent erreicht. Dies sind nur einige Beispiele die zeigen: Die SPD regiert – das Saarland ist erfolgreich.

SAGENHAFTE 99 PROZENT – ANKE REHLINGER, DIE SPITZENKANDIDATIN DER SPD SAAR ZUR LANDTAGSWAHL 2017

Mit überwältigenden 99 Prozent wurde Anke Rehlinger auf der Landesdelegiertenkonferenz am 18. Juni 2016 als Spitzenkandidatin zur Landtagswahl gewählt. Heiko Maas überreichte rote Laufschuhe zur Gratulation. In einer packenden Rede schwor Anke Rehlinger die Delegierten auf die Landtagswahl ein. Neben den großen Themen Bildungs- und Lohngerechtigkeit sprach sie auch vom „Jahrzehnt der Investitionen". Kämpferisch zeigte sie sich auch gegenüber der AfD. Deren Einzug in den Landtag sei noch nicht gesetzt.

Auf den Listenplätzen folgten: Eugen Roth, Martina Holzner, Jürgen Renner, Dunja Sauer, Johannes Hiry, Claudia Servas, Gerald Linn, Maria Greuter, Thomas Wittmann, Jasmin Alt und Jan Hornberger.

Anke Rehlinger auf der Landesdelegiertenkonferenz; © SPD Saarland

LANDESAUSSCHUSS: „GUTE ARBEIT IM GESUNDHEITSWESEN – GESUNDHEITSFACHBERUFE STÄRKEN"

Gutes Leben im Saarland hängt maßgeblich von einer guten Gesundheitsversorgung und -vorsorge ab. Für die SPD Saar steht dabei fest: Gesundheit darf nicht vom Einkommen abhängen. Am 10. Juni 2016 beschlossen die Delegierten des Landesausschusses der Saar-SPD daher das Positionspapier „Gute Arbeit im Gesundheitswesen – Gesundheitsfachberufe stärken" mit 100 Prozent Zustimmung. Das Ziel einer nachhaltigen sozialdemokratischen Gesundheitspolitik ist und bleibt die bestmögliche Versorgung der Menschen im Land. Um dieses weiterhin gewährleisten zu können, müssen die Gesundheitsberufe an Attraktivität gewinnen – sei es durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Steigerung der Autonomie, angemessene Bezahlung wie auch vor allem durch eine gute Ausbildung, die ein wissenschaftlich fundiertes Arbeiten ermöglicht.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS

(GEWÄHLT AUF DEM ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAG AM 9./10. OKTOBER 2015)

Landesvorsitzender
Heiko Maas

Stellvertretende Vorsitzende
Charlotte Britz
Anke Rehlinger
Eugen Roth
Rüdiger Schneidewind

Generalsekretärin
Petra Berg

Schatzmeister
Georg Rase

Beisitzerinnen und Beisitzer
Bettina Altesleben
Michael Clivot
Pia Döring
Sandra Henkel
Denise Klein
Stefan Krutten
Dr. Volker Ostheimer
Christian Petry
Dr. Luitpold Rampeltshammer
Dunja Sauer
Dr. Stephan Schmidt
Thomas Steinmetz
Sebastian Thul
Philipp Weis
Anne Yliniva-Hoffmann
Margriet Zieder-Ripplinger

RHEINLAND-PFALZ

SPD

LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ

EIN ERFOLGREICHER WAHLKAMPF

Ausnahmslos volle Hallen, ein durchweg begeistertes Publikum und viel Applaus für die neuen SPD-Konzepte für ein sozial gerechtes, starkes und solidarisches Rheinland-Pfalz – der intensive Wahlkampf der SPD Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl am 13. März 2016 gipfelte in einer fulminanten Wahlkampftour von Spitzenkandidatin Malu Dreyer. Unter dem Motto „Zuhause unterwegs“ reiste sie quer durch Rheinland-Pfalz, besuchte 42 Wahlkreise und kam in allen Ecken des Landes mit den Menschen ins Gespräch. Mit Erfolg. Sie und die unzähligen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, die unermüdlich von Tür zu Tür gingen und für die SPD warben, konnten sehen, wie der Vorsprung der CDU in den Umfragen Woche für Woche dahin schmolz. Denn rund ein Jahr vor der Wahl betrug dieser noch gut 10 Prozentpunkte.

EIN DEUTLICHER WAHLSIEG

Der Jubel im SPD-Fraktionssaal kannte keine Grenzen, als am 13. März 2016 um 18 Uhr das Ergebnis der Landtagswahl über bekannt wurde. Der Wahlkampf hatte sich gelohnt – die Wählerinnen und Wähler hatten der SPD in Rheinland-Pfalz einen deutlichen Wahlsieg beschert. Mit mehr als vier Prozentpunkten Vorsprung vor der CDU wurde die SPD klar stärkste Kraft im Land. Eine Regierungsbildung gegen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war nicht möglich, Malu Dreyer konnte Ministerpräsidentin bleiben und Rheinland-Pfalz weiterhin sozial gerecht, wirtschaftlich stark und besonders lebenswert gestalten. Die rheinland-pfälzische Sozialdemokratie feierte im ganzen Land den starken Wahlsieg – die Wahlkämpfenden hatten es sich verdient.

REGIEREN MIT DER AMPEL

Schon kurz nach der Wahl nahmen SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Koalitionsverhandlungen auf. Ein paar Wochen später stand die erste Ampel-Koalition in einem Flächenland. Auf einem außerordentlichen Landesparteirat im Kurfürstlichen Schloss zu Mainz votierten die 55 Delegierten einstimmig für den Koalitionsvertrag, der den Titel „Sozial gerecht – wirtschaftlich stark – ökologisch verantwortlich. Rheinland-Pfalz auf dem Weg ins nächste Jahrzehnt“ trägt. Schon kurz darauf, am 18. Mai 2017, wurde Malu Dreyer mit allen Stimmen der Ampel-Koalition erneut zur Ministerpräsidentin gewählt. Die rot-gelb-grüne Landesregierung setzte bereits im ersten Jahr starke Akzente. Sie richtete ein Digitalisierungskabinett ein, verstärkt die Sicherheitskräfte und setzte neue Akzente in der Bildungspolitik. Die Ampel arbeitet harmonisch zusammen.

DIE PARTEI ERNEUERT SICH

Die SPD gönnte sich nach der erfolgreichen Regierungsbildung keine Verschnaufpause. Beim ordentlichen Landesparteitag im Dezember 2016 in Ludwigshafen wurde ein neuer Landesvorstand gewählt, dem weiterhin Roger Lewentz als Landesvorsitzender vorsteht. Die Delegierten beschlossen zudem eine Anpassung der Mitgliedsbeiträge, durch die der Landesverband seine Handlungsfähigkeit mit Blick auf kommende Aufgaben wahren will. So sollen durch eine Parteischule junge Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker gefördert werden. Zudem will der Landesverband seine Unterstützung wichtiger kommunaler Urwahlen deutlich ausweiten.

Wahlsieg; © Agentur View/Reiner Voß

Wahlsieg; © Agentur View/Reiner Voß

Vereidigung Malu Dreyer:; © Agentur View/Reiner Voß

Unterzeichnung Koalitionsvertrag: ; © SPD Rheinland-Pfalz

Wahlkampf; © SPD Rheinland-Pfalz

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDES

Landesvorsitzender
Roger Lewentz MdL

Stellvertretende Landesvorsitzende
Doris Ahnen MdL
Hendrik Hering MdL
Alexander Schweitzer MdL

Landesschatzmeister
Dieter Feid

Generalsekretär
Daniel Stich

Beisitzerinnen und Beisitzer
Kathrin Anklam-Trapp MdL
Prof. Dr. Salvatore Barbaro
Doris Barnett MdB
Sabine Bätzing-Lichtenthäler MdL
Hayat Erten
Alexander Fuhr MdL
Christoph Glogger
Anna Gros
David Langner
Tanja Machalet MdL
Benedikt Oster MdL
Sandra Porz
Jaqueline Rauschkolb MdL
Stefanie Seiler
Sven Teuber MdL
Dr. Klaus Weichel
Fredi Winter MdL

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND IHRE VORSITZENDEN

Michael Jung Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)
Wolfgang Schwarz MdL Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen – Sozialdemokraten in der Polizei Rheinland-Pfalz (AfA – SiP)
Christian Goldschmitt Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
Günther Ramsauer Arbeitsgemeinschaft 60 Plus (AG 60 Plus)
Bernhard Kimmle Arbeitsgemeinschaft Selbständige (AGS)
Anke Schneider-Hüsch Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)
Jan Schabbeck Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)
Dr. Peter Itzel Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ)
Erik Schöller Jusos
Joachim Schulte Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (SPD Queer)
Anne Kleinschnieder Arbeitsgemeinschaft Selbst aktiv
Ziya Yüksel Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt (MUV)

BADEN-
WÜRTTEMBERG

SPD

LANDESVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG

2015 – OFFENSIVE 2016: LANDTAGSWAHLEN VORAUS!

Bereits im Jahr 2014 richtete die baden-württembergische SPD ihren Fokus auf die Landtagswahlen 2016 mit dem Ziel aus, die erfolgreiche grün-roten Koalition fortzusetzen. Dazu wollte sie auch den Schwung der erfolgreichen Kommunal- und Europawahlen nutzen. So stand das Jahr 2015 dann auch ganz im Zeichen der ausgerufenen Offensive 2016.

Bürgerdialog – Baden-Württemberg leben; © SPDBW

SOZIALDEMOKRATISCHER DREIKLANG FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG: GUTE ARBEIT. ZEIT FÜR FAMILIE. BILDUNGSGERECHTIGKEIT.

Zu Beginn des Jahres 2015 stellte sich die SPD Baden-Württemberg die gemeinsame Aufgabe, die erfolgreiche Arbeit im Land kurz und prägnant auf den Punkt zu bringen. Die dazu kleine Broschüre „Unser Dreiklang für Baden-Württemberg, die sie zu diesem Zweck herausgab ging mit der Beitragsquittung an alle Mitglieder der SPD. Sie hatte den Zweck, alle Mitglieder sprechfähig zu machen bei der Beantwortung der Frage, warum die SPD wichtig in der Landesregierung sei. Gemeinsame Kommunikation war ein erster wichtiger Baustein der Offensive 2016.

Gemeinsam mit Generalsekretärin Yasmin Fahimi und Bundesministerin Andrea Nahles starteten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Baden-Württemberg ins Jahr 2015. Beim traditionellen Spitzentreffen am 12. Januar in Stuttgart stellte die Partei wichtige Weichen für das Vorwahljahr. Mit den gemeinsam festgelegten Schwerpunkten „Gute Arbeit. Zeit für Familie. Bildungsgerechtigkeit." machten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar, wofür die SPD steht: für mehr Gerechtigkeit und einsoziales Miteinander. Auf einer Regionalkonferenz am 12. Januar ebenfalls in Stuttgart machte Andrea Nahles dieses zentrale Anliegen auch für die SPD im Bund nochmals sehr deutlich.

Der politischer Dreiklang stand auch im Zentrum des traditionellen Politischen Aschermittwoch am 18. Februar in Ludwigsburg. „Es ist eine gigantische Leistung der grün-roten Landesregierung und vor allem eures Finanzministers Nils Schmid, viele Millionen Euro freizumachen, damit der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz Wirklichkeit werde. Nur so vereint man Familie und Beruf", betonte Bundesminister Heiko Maas, der die Gastrede hielt.

PARTEITAG IN SINGEN: NOMINIERUNG VON NILS SCHMID ALS SPITZENKANDIDAT

Am 14. März 2015 kam in Singen der Landesparteitag der SPD zusammen und wählte mit 94 Prozent Nils Schmid zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2016. Mit der einstimmig verabschiedeten „Singener Erklärung" stellte der Landesverband auch inhaltlich die Weichen für eine Fortsetzung der erfolgreichen Regierungsarbeit. Die SPD Baden-Württemberg hat die richtigen Inhalte und die richtigen Personen, um das Land voran zu bringen Das wurde auch bei diesem Parteitag deutlich. Geschlossen und kampfesmutig– so war die Aufstellung der SPD ein Jahr vor der Landtagswahl. Erstmals präsentierte die Landes-SPD beim Landesparteitag den „Roten Löwen", ihr neues Markenzeichen. Damit unterstrich die Partei Anspruch als Gestaltungskraft für Baden-Württemberg.

WAHLKAMPFAUFTAKT AM 4. JULI 2015 IN STUTTGART-FEUERBACH: BADEN-WÜRTTEMBERG LEBEN!

Über 200 aktive Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Kandidatinnen und Kandidaten, Wahlkampfleiterinnen und Wahlkampfleiter trafen sich an einem heißen Samstag in Stuttgart-Feuerbach zum großen Wahlkampfstart der Landespartei. Workshops und Foren diskutierten Wahlkampfideen. Generalsekretärin Katja Mast und die Wahlkampfagentur NWMD (Network Media Berlin) präsentierten erste Kampagnenentwürfe Hier erblickte auch der zentrale Slogan der Kampagne „Baden-Württemberg leben" das Licht der Welt. Ziel war es, unter diesem Motto zu verdeutlichen, dass es durch die Gestaltungskraft der SPD dem Land gut geht und die Partei das Lebensgefühl der Menschen in greifbare Politik umsetzt: Die SPD lebt Baden-Württemberg.

Im Wahlkampf unterwegs: Generalsekretärin Katja Mast und die Pforzheimer Kandidatin Annkathrin Wulff; © SPD BW

BÜRGERDIALOG UND BÜRGERKONVENT IN WAIBLINGEN

Ein zentrales Element der Kampagne zur Landtagswahl 2016 war die direkte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger bei der Erarbeitung des Regierungsprogramms. Im Frühjahr und Sommer 2015 verteilten die Gliederungen der SPD und die Kandidatinnen und Kandidaten über 250.000 Karten im ganzen Land, auf denen die Menschen aufschreiben konnten, was sie bewegt und wie sie sich Baden-Württemberg vorstellen. Auch online wurde diese Aktion verbreitet. Über 5.000 Zuschriften und Rückmeldungen erreichten die Landesgeschäftstelle mit Hinweisen zu politischen Projekten sowie Lob und Kritik für die geleistete Arbeit. Alle Zuschriften wurden aufgenommen und flossen inhaltlich in die Arbeit zum Regierungsprogramm ein. Alle Bürgerinnen und Bürger, die geschrieben hatten, wurden Ende Oktober 2015 zu einem großen Bürgerkonvent nach Waiblingen eingeladen. Mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen zusammen und diskutierten gemeinsam mit Abgeordneten aus Bund, Land und Europa. Den Abschluss des Konvents bildete ein großes „Town Hall-Meeting“, bei dem sich Nils Schmid als Spitzenkandidat der SPD den Fragen der Anwesenden stellte.

Baden-Württemberg-Konvent: Mitreden für Morgen; © SPD BW

LANDESPARTEITAG IM HERBST 2015 UND VORSTANDSWAHLEN

Der Landesparteitag am 9. und 10. Oktober 2015 markierte einen weiteren Höhepunkt in der Wahlkampagne der SPD. Neben den Wahlen zum Landesvorstand, bei denen Nils Schmid mit 91 Prozent der Stimmen im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt wurde, standen nochmals die Themen „Gute Arbeit. Zeit für Familie. Bildungsgerechtigkeit“, im Mittelpunkt der Beratungen. Einen besonderen Schwerpunkt nahm die Debatte zur Flüchtlingssituation in Europa und in Baden-Württemberg sowie deren Auswirkungen auf die Gesellschaft ein. Die Beschlüsse der SPD Baden-Württemberg zeigten klare Haltung für eine humane und weltoffene Gesellschaft, klare Kante gegen Hass und Ausgrenzung und eine klare Position zum Thema Asylrecht. Verantwortungsvolle Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie sich Populisten entgegen stellt und sachlich die Probleme des Flüchtlingszustroms löst. Gast des Parteitags war der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, der Mut für den Landtagswahlkampf machte und sich über einen roten Löwen als Geschenk freute.

Nils Schmid und Sigmar Gabriel; © Götz Schleser

AKTIVE MITGLIEDER – DIE WICHTIGSTE RESSOURCE IM WAHLKAMPF

Um erfolgreich bei den Wählerinnen und Wählern zu sein, kommt es auf die Motivation und den engagierten Einsatz der eigenen Mitglieder an. Daher machte sich der Landesverband für den Wahlkampf intensiv Gedanken, wie die Mobilisierung der eigenen Basis gelingen könne. Mit Unterstützung des Willy-Brandt-Hauses griff der Landesverband die erfolgreiche Idee der SPÖ, telefonische Mitgliederversammlungen (Talk-Too) durchzuführen, auf und setzte dies um. Bei insgesamt vier großen Telefonversammlungen beteiligten sich im Durchschnitt jeweils mehr als 15.000 Mitglieder. Dabei waren in der Spitze mehr als 11.000 Mitglieder gleichzeitig in einem großen Telefonraum, konnten Fragen stellen, Anregungen geben oder sich einfach nur Informationen für den Wahlkampf und die inhaltliche Argumentation der SPD abholen. Die Reaktionen zeigten, dass dies bei den Mitgliedern hervorragend ankam. Auch nach den Telefonversammlungen erreichten die Partei noch viele Anrufe, die aufgenommen und beantwortet wurden. Dieses Instrument trug viel zu einer motivierten und engagiert wahlkämpfenden Basis bei.

Wahlkampfmitarbeiterinnen betreuen die telefonische Mitgliederversammlung.; © SPD BW

2016 – LANDTAGSWAHLEN UND ERNEUERUNGSPROZESS

DIE HEISSE WAHLKAMPFPHASE

Mit dem Spitzentreffen und dem anschließenden Auftakt der „Nils-Schmid-Tour“ startete am 11. Januar 2016 die heiße Phase des Landtagswahlkampfs. Alle sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung waren zu hunderten Terminen im ganzen Land unterwegs, um die Vorstellungen und Ziele der SPD für die kommende Legislaturperiode zu erläutern. Diese Ziele und konkreten Maßnahmen wurden durch den Beschluss des Regierungsprogramms auf dem Landesparteitag am 23. Januar in Stuttgart fest verankert. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es um Programmatik und Inhalte und nicht nur um Personen. Daher standen auch im Wahlkampf die Inhalte im Vordergrund und nicht die Personaldarstellung.

Am 30. Januar führte der Landesverband unter reger Beachtung der Berliner Presse eine Wahlkampfaktion der eher ungewöhnlichen Art durch. Mit Unterstützung von Wolfgang Thierse war Nils Schmid bei den „Exilschwaben“ am Prenzlauer Berg unterwegs. Über 200 Gäste zeigten, dass das Interesse an der Politik in Baden-Württemberg auch bei dieser Bevölkerungsgruppe nach wie vor vorhanden ist. Außerdem konnte der Streit über „Schrippen“ und „Weckle“ ausgeräumt werden.

Die SPD-Mitglieder der Landesregierung (v. l.): Peter Friedrich, Rainer Stickelberger, Katrin Altpeter, Andreas Stoch, Nils Schmid, Reinhold Gall, Bilkay Öney, Peter Hofelich, Marion von Wartenberg; © G. Schleser

Am 2. Februar ging es bei der Konferenz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Andrea Nahles um die Zukunft der Arbeit in einer digitalisierten Welt.

Beim Politischen Aschermittwoch am 10. Februar sprach Frank-Walter Steinmeier vor 900 Gästen über die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen in Zeiten der Flüchtlingskrise. Gerade weil dies keine klassische Aschermittwochsveranstaltung war mit großer Attacke auf den politischen Gegner, blieb sie bei den Zuhörenden in positiver Erinnerung. Auch bei der großen von SPD-ve biz (türkisch: SPD- Mit uns) organisierten Veranstaltung am 2. März ging es um die Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, um den Zuzug von Flüchtenden und um die Herausforderungen im gemeinsamen Haus Europa. Der SPD Baden-Württemberg war es wichtig, die Menschen einzubeziehen in die Diskussionen und nicht auszugrenzen. Die SPD bezog und bezieht klare Position gegen Hass und Hetze. Sachlichkeit einfordern und seine Stimme für die Vernunft erheben, war gerade im Wahlkampf wichtig.

Wahlkampfhöhepunkt auf den letzten Metern war eine große Kundgebung am 9. März in Karlsruhe mit Nils Schmid, Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Sigmar Gabriel. Im Unterschied zur CDU, die den gleichen Saal nur zu zwei Dritteln füllen konnte, saßen und standen bei die Menschen dicht gedrängt auch auf den Stufen. Ein schönes und Mut machendes Bild, bei allen schwankenden Umfragewerten. Auch die Berichte der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vor Ort waren optimistisch und voller Zuspruch. Die Anstrengungen im Wahlkampf waren also ungebrochen, die Partei war motiviert unterwegs. Diese engagierte Arbeit sollte und musste sich doch am Wahltag auszahlen.

Landesparteitag Stuttgart: Verabschiedung des Regierungsprogramms; © SPD BW

WAHLERGEBNIS – EIN BITTERER ABEND

Den Wahltag am 13. März 2016 erwarteten die SPD-Mitglieder mit einer unruhigen Spannung. Die Demoskopen hatten Verluste von fünf bis sechs Prozent vorausgesagt. Eine Fortsetzung der erfolgreichen Regierung mit den Grünen war aber auch bei einem Ergebnis von 18 Prozent noch möglich und wahrscheinlich. Der Schock, der die Partei dann kurz nach 18 Uhr ereilte, war deshalb umso größer. Mit 12,7, Prozent die SPD hinter die AfD auf Platz vier gerutscht. Die Nachwahlbefragungen bestätigten zwar eine überaus hohe Zufriedenheit der Menschen mit der Arbeit der Landesregierung und keinerlei Wechselwunsch. Profitieren davon konnten aber ausschließlich die Grünen und ihr populärer Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Dies war umso bitterer für die SPD, da die Reaktionen vieler Menschen nach der Wahl zeigten, dass sie die Koalition wählen wollten, sich aber aufgrund nur einer Stimme bei der Wahl entscheiden mussten. Ministerpräsident Kretschmann machte die Stimmabgabe für die Grünen aus. Es war der SPD im Ergebnis nicht gelungen, deutlich zu machen, warum es für die erfolgreiche Regierungsarbeit gerade der SPD als Motor und treibende Kraft in allen wesentlichen Politikfeldern bedurfte.

Direkt nach der Wahl fanden Sondierungsgespräche mit allen demokratischen und im Landtag vertretenen Parteien statt. Nils Schmid machte noch am Wahlabend deutlich, dass die SPD für keine Regierung zur Verfügung stünde, in der die Grünen mit Winfried Kretschmann nicht den Ministerpräsidenten stellten. Eine von der CDU ins Gespräch gebrachte Koalition von CDU, SPD und FDP unter Führung eines Ministerpräsidenten von der CDU wäre eine Pervertierung des Wählerwillens gewesen. Nils Schmid zeigte eine klare Haltung: Da machen wir nicht mit. Im Gegenzug wollte die FDP sich nicht an einer Ampelkoalition mit Grünen und SPD beteiligen und begründete dies mit der Haltung der beiden anderen Parteien im Bildungszeitgesetz und zur Infrastrukturpolitik. Als verbliebene Option einigten sich die Grünen und die CDU dann sehr zügig auf eine Koalition, die sie als „bürgerliche Komplementärkoalition“ bezeichneten. Viele Errungenschaften in der Sozialpolitik, der Bildungspolitik und bei der Arbeitsmarktpolitik, die die SPD in ihrer Regierungszeit hart erkämpft hatte, wurden und werden nun von Grün-Schwarz geopfert. Der SPD-Standpunkt erwies sich als richtig: Nur mit der SPD gibt es eine fortschrittliche und an den Interessen aller orientierte Politik. Dies macht die Parte nun seit Mai 2016 aus der Opposition heraus immer wieder deutlich.

AUFARBEITUNG UND ERNEUERUNGSPROZESS

Das Präsidium verabredete auf seinen Sitzungen am 14. März und 8. April 2016 einstimmig, dass die Aufarbeitung des Wahlergebnisses in einem ordentlichen Prozess unter Leitung von Nils Schmid und Katja Mast erfolgen sollte. Das Ergebnis sollte zunächst inhaltlich bewertet werden. Erst danach sollten notwendige personelle Konsequenzen erfolgen. Dieses Vorgehen wurde auf einer Klausurtagung des Landesvorstandes mit den Abgeordneten aus Bund, Land und Europa sowie der sozialdemokratischen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister am 16. April 2016 bestätigt. Hier kamen alle Fragen und Anregungen, alle Hinweise und Zukunftsvorstellungen sowie alle Erklärungsversuche für die Niederlage auf den Tisch. Als Teil dieses Prozesses stellten sich Nils Schmid und Katja Mast in vielen Veranstaltungen alle Kreisverbände dem Gespräch mit der Basis.

Die Klausurtagung beschloss ebenfalls Leitanträge zur organisatorischen Neuaufstellung und zur politischen Aufarbeitung des Wahlergebnisses. Die Gliederungen der Partei sollten bis zum Herbst ausreichend Zeit bekommen, sich mit diesen Anträgen auseinanderzusetzen und eigene Vorstellungen in die Debatte einzubringen. Auch sollten diese Papiere als schriftlich fixierte Zwischenschritte in einem Erneuerungsprozess dienen, der mit dem Landesparteitag im Herbst noch lange nicht abgeschlossen sein würde.

Die Einbeziehung möglichst aller Mitglieder der baden-württembergischen SPD in den Aufarbeitungs- und Erneuerungsprozess dem Landesverband besonders wichtig. Darauf wurden auch die Maßnahmen und Diskussionsforen ausgerichtet. Am 12. April fand eine weitere landesweite telefonische Mitgliederversammlung statt. Für den 30. April waren alle Mitglieder zu einer großen Basiskonferenz nach Böblingen eingeladen. Über 800 kamen und diskutierten im Plenum und in verschiedenen Foren sowohl über die Ursachen der Wahlniederlage als auch über die Schlussfolgerungen, die es nun zu ziehen galt.

Basiskonvent_Böblingen
Große Beteiligung der Mitglieder bei der Aufarbeitung des Landtagswahlergebnisse; © SPD BW

Anfang Juni kamen der Landesvorstand und die Kreisvorsitzendenkonferenz in kurzer Folge zu zwei Sitzungen zusammen, um die notwendigen Beschlüsse für den weiteren Erneuerungsprozess zu fassen und erste Ergebnisse aus der Aufarbeitung zu beraten. Die Hinweise aus der Basiskonferenz und den vielen Kreiskonferenzen waren dabei wichtige Richtschnur. Für den 22. Oktober 2016 wurde ein Landesparteitag angesetzt. Der gesamte Landesvorstand erklärte am 11. Juni seinen Rücktritt, so dass Neuwahlen für den Landesvorstand angesetzt wurden. Damit war der Weg für eine personelle Neuaufstellung frei. In diesem Zusammenhang erklärten Nils Schmid und Katja Mast, nicht wieder für den Landesvorstand zu kandidieren. Leni Breymaier gab daraufhin bekannt, dass sie für den Landesvorsitz antreten werde. Landesvorstand und Kreisvorsitzendenkonferenz beschlossen einstimmig, dass, wenn mehrere Kandidaturen zum Landesvorsitz vorliegen würden, dem Parteitag eine Mitgliederbefragung zum Vorsitz vorgeschaltet werden sollte. Da sich aber bis Ablauf der Frist am 20. Juli keine weitere Kandidatur abzeichnete, nominierte der Landesvorstand am 23. Juli 2016 Leni Breymaier einstimmig zur Wahl der Landesvorsitzenden beim Parteitag im Herbst.

NEUWAHLEN BEIM LANDESPARTEITAG IM OKTOBER 2016

Am 22. Oktober 2016 fand dann in Heilbronn der mit Spannung erwartete Landesparteitag statt, der einen Meilenstein im Erneuerungsprozess der SPD in Baden-Württemberg darstellte. Nils Schmid machte in seiner Abschiedsrede deutlich, dass die Regierungsjahre der SPD gute Jahre für das Land gewesen seien. Die Partei könne und solle stolz auf das Geleistete sein. Schmid bedankte sich für die große Unterstützung und das Vertrauen der Partei, welcher er sieben Jahre als Landesvorsitzender hätte dienen dürfen und wünschte dem nachfolgenden Vorstand wieder mehr Erfolg an der Wahlurne. Leni Breymaier griff diesen Ball in ihrer programmatischen Vorstellungsrede auf und dankte Nils Schmid und Katja Mast für ihre Arbeit und die vorbildliche Moderation des Aufarbeitungsprozesses. Sie machte deutlich, dass sie mit Herzblut und viel Emotion für die Themen der SPD streiten und sich für die Menschen einsetzen werde, „... die nichts anderes zu verkaufen haben, als ihre Hände und ihren Kopf ...“. Ein immer währender Leitsatz der SPD im Land müsse sein, dass „wir über die Dinge, die wir fordern und tun, auch streiten und offen reden“. „Wir sind nicht heimlich auf der Welt!“ so der Anspruch der mit 85 Prozent gewählten Landesvorsitzenden.

Organisatorisch beschloss der Landesparteitag die Einführung eines kleinen Parteitags, um auch kurzfristig Positionsbestimmungen der SPD zu ermöglichen. Außerdem sollten zentrale Workshop-Tage und Fortschrittsforum der SPD eingerichtet werden. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Parteitages waren – neben dem Arbeitsprogramm und einer Neuausrichtung der Landespartei – die Themen Rente und Gesundheit. Die SPD Baden-Württemberg will alle Aspekte sozialer Gerechtigkeit wieder stärker in den politischen Fokus rücken, damit die Sozialdemokratie wieder sichtbar und unterscheidbar wird.

Leni Breymaier, die neue Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg; © SPD BW

VORDENKER UND KLUGER BEGLEITER – ERHARD EPPLER WIRD 90

Am 9. Dezember 2016 begingen der Parteivorstand und der SPD-Landesverband gemeinsam im baden-württembergischen Landtag den 90sten Geburtstag Erhard Epplers – dem großen Vordenker und Gestalter der SPD. Selbst Hans-Jochen Vogel und Gesine Schwan reisten zu diesem Ereignis nach Stuttgart. Wie es sich für einen politischen Kopf wie Erhard Eppler gehört, fand die Würdigung des Jubilars nicht nur in einer Feier statt, sondern in Form eines Symposiums unter dem Titel: „Passt das Ökologische zum Sozialen?“. Sigmar Gabriel ging in seiner Festrede auf die globalen Krisen der Welt, ihre ökologischen Grundlagen und Auswirkungen sowie auf die Folgen für den sozialen Zusammenhalt unserer modernen Gesellschaften ein. Es zeigte sich eindrücklich, dass die Thesen und politischen Ratschläge Epplers nichts an ihrer Aktualität verloren hatten. Und so schlossen sich alle Gäste den Glückwünschen von Leni Breymaier an: Möge Erhard Eppler uns noch lange als wache Stimme einer humanen Welt erhalten bleiben!

Erhard Eppler im Kreise der Gratulantinnen und Gratulanten aus seiner Heimat Schwäbisch-Hall/Hohenlohe; © SPD BW

VORBEREITUNG DER BUNDESTAGSWAHLEN

Zum Ende des Jahres 2016 nahm auch die baden-württembergische SPD die Vorbereitungen zur Bundestagswahl 2017 auf. Ziel war es, das Ergebnis von 20 Mandaten mindestens zu halten und einen guten Anteil an einem positiven Gesamtergebnis der SPD beizutragen. Darauf bereitete sich der Landesverband mit Schulungen zum Tür-zu-Tür-Wahlkampf und zur inhaltlichen und rhetorischen Auseinandersetzung mit der AfD vor. Mit einer klaren thematischen Struktur der Jahresplanung 2017 wollte die Partei aus der Opposition inhaltliche Botschaften im Land setzen. Schwerpunkte waren die Themen „Wohnen“ und „Rente“ – Themen auf, die die Menschen bewegten. Gerade nach der schmerzlichen Niederlage bei der Landtagswahl wollte die SPD zeigen, dass sie im Ländle fest verankert und stark ist.

TERMINE

2015

12. Januar Spitzentreffen, Stuttgart
12. Januar Regionalkonferenz mit Andrea Nahles MdB, Arbeits- und Sozialministerin, Stuttgart
13.-15. Januar Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion, Heidenheim
17. Januar AfA-Klausur, Stuttgart
24. Januar Landesvorstand, Stuttgart
31. Januar Frauenvernetzungstreffen der Jusos, Mannheim
14./15. Februar Juso-Verbandswochenende II „Generationengerechtigkeit“, Ludwigsburg
18. Februar Politischer Aschermittwoch mit Heiko Maas, Bundes-Justizminister, Ludwigsburg
27./28. Februar ASG-Bundeskonferenz, Berlin
28. Februar Kommunalempfang der Landtagsfraktion, Stuttgart
28. Februar ASF-Seminar „Einführung Feminismustheorien“, Stuttgart
13. März Gremiensitzungen, Singen
14. März Landesparteitag, Singen
28. März SGK-Landesvorstand mit Fachkonferenz, Stuttgart
11./12. April WIR-Kongress der Jusos, Tübingen
24./25. April ASF-Klausurtagung, Schwäbisch Hall

24./25. April Bundeskonferenz AG Migration und Vielfalt, Berlin
25./26. April Juso-Neumitgliederseminar, Biberach
9. Mai SGK-Landesdelegiertenkonferenz, Karlsruhe
21. Mai ASF-Talk „Rollback in Europa", Südbaden
27./28. Juni Juso-Landesdelegiertenkonferenz, Karlsruhe
4. Juli Wahlkampf Kick-off, Stuttgart
13. Juli Betriebsräteempfang Stuttgart
11. Juli AG 60plus-Landesdelegiertenkonferenz,
24. Juli Fachbeirat Arbeit, Gesundheit, Soziales (Untergruppe Gesundheit), Stuttgart
28. August Kommunaler Sommerempfang, Stuttgart
15.-17. September Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion, Ludwigsburg
26. September Treffen Wahlkampfleiterinnen und Wahlkampfleiter, Stuttgart
9./10. Oktober Landesparteitag mit Wahl des Landesvorstands, Mannheim
18. Oktober Juso-Seminar „Asyl", Baden-Baden.
24. Oktober ASF-Landesdelegiertenkonferenz, Ulm
25. Oktober AG-Migration, Landesmitgliederversammlung mit Wahlen, Mannheim
31. Oktober Baden-Württemberg-Konvent, Waiblingen
6.-8. November Jusos „WIR im Wahlkampfkongress", Stuttgart
21. November AfA-Landesdelegiertenkonferenz, Donaueschingen
22. November Mitgliederversammlung Schwusos mit Wahlen, Stuttgart
5. Dezember AG Migration und Vielfalt Landesvorstand, Stuttgart

2016

12. Januar Spitzentreffen + Auftakt der Tour des Spitzenkandidaten Nils Schmid, Stuttgart
23. Januar Landesparteitag in Stuttgart, mit Verabschiedung des Regierungsprogramms
30. Januar Wählerinitiative in Berlin – Talk mit Wolfgang Thierse und Nils Schmid
2. Februar Konferenz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Andrea Nahles, Leinfelden-Echterdingen
4. Februar Gerhard Schröder im Gespräch mit Nils Schmid, Stuttgart
10. Februar Politischer Aschermittwoch mit Frank Walter Steinmeier, Ludwigsburg
12.-14. Februar ASF-Klausurtagung, Eningen
20. Februar AG Migration und Vielfalt – Talk mit Tülay Schmid, Karlsruhe
1. März Iris Berben im Gespräch mit Nils Schmid, Stuttgart
2. März SPD ve biz Wahlkampfveranstaltung, Stuttgart
9. März Wahlkampf-Endspurtkundgebung, Karlsruhe
13. März Landtagswahl in Baden-Württemberg
9. April AG Migration und Vielfalt, Landesvorstand in Karlsruhe
12. April Talk-Too Telefonversammlung mit allen Mitgliedern
16. April Klausursitzung Landesvorstand, Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion und Oberbürgermeister in Fellbach
15. April Frauenvernetzungstreffen der Jusos, Freudenstadt
16./17. April Juso-Verbandswochenende, Freudenstadt
30. April Basiskonferenz, Böblingen
30. April/1. Mai ASF-Klausur in Reichenau
2. Mai Landesvorstand, Stuttgart
12./13. Mai Klausur der Landtagsfraktion, Stuttgart
28./29. Mai Juso-Neumitgliederseminar, Heilbronn
4. Juni Landesvorstand, Stuttgart
4. Juni Kreisvorsitzendenkonferenz, Stuttgart
25./26. Juni JUSO-Landesdelegiertenkonferenz, Tübingen
9. Juli Landesvorstand, Stuttgart
12. Juli AG 60plus-Veranstaltung „Pflege" in Stuttgart
23. Juli Klausursitzung, Landesvorstand, MdL, MdB, MdEP, AG-Vorsitzenden, Oberbürgermeister, Kreisvorsitzende, Vorstand der Antragskommission in Stuttgart
13.-15. September Klausur der Landtagsfraktion, Karlsruhe
24. September Landesvorstand, Stuttgart
1. Oktober ASF-Seminar für Kandidierende zur BTW, Stuttgart
8. Oktober Juso-Frauenvernetzungstreffen, Stuttgart
8./9. Oktober Juso-Verbandswochenende Heilbronn
22. Oktober Landesparteitag, Heilbronn
5./6. November Juso-Neumitgliederseminar, Überlingen
5. November ASJ-Landeskonferenz, Karlsruhe
19. November Klausur des Landesvorstand, Stuttgart
20. November AG Migration und Vielfalt, Mitgliederversammlung
26. November SGK Landesvorstand, Stuttgart
26. November ASF-Seminar für Kandidierende zur BTW, Karlsruhe
9. Dezember Empfang zum 90. Geburtstag von Erhard Eppler, Landtag Stuttgart
10. Dezember Landesvorstand, Stuttgart

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS

GEWÄHLT AUF DEM LANDESPARTEITAG, 18./19. OKTOBER 2013 IN REUTLINGEN

Landesvorsitzender
Dr. Nils Schmid

Stellvertretende Vorsitzende
Leni Breymaier
Dr. Lars Castellucci
Peter Friedrich
Hilde Mattheis

Generalsekretärin
Katja Mast

Beisitzerinnen und Beisitzer
Lothar Binding
Frederick Brütting
Saskia Esken
Roman Götzmann
Daniela Harsch
Markus Herrera Torrez
Rebecca Hummel
Stella Kirgiane-Efremidis
Jens Ulrich Löw
Udo Lutz
Dr. Rudolf Luz
Parsa Marvi
Malin Melbeck
Dejan Perc
Gabi Rolland
Annette Sawade
Dr. Claudia Schöning-Kalender
Rita Schwarzelühr-Sutter
Andreas Stoch
Sabine Wölfle

Schatzmeister
Karl-Ulrich Templ

Landesgeschäftsführer
Marten Jennerjahn

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS

GEWÄHLT AUF DEM LANDESPARTEITAG, 09.-10. OKTOBER 2015 IN MANNHEIM

Landesvorsitzender
Dr. Nils Schmid

Stellvertretende Vorsitzende
Leni Breymaier
Dr. Lars Castellucci
Peter Friedrich
Hilde Mattheis

Generalsekretärin
Katja Mast

Beisitzerinnen und Beisitzer
Katrin Altpeter
Lothar Binding
Frederick Brütting
Saskia Esken
Roman Götzmann
Dr. Daniela Harsch
Markus Herrera Torrez
Rebecca Hummel
Stella Kirgiane-Efremidis
Jens Ulrich Löw
Udo Lutz
Parsa Marvi
Malin Melbeck
Dr. René Repasi
Gabi Rolland
Dr. Claudia Schöning-Kalender
Rita Schwarzelühr-Sutter
Andreas Stoch
Fabienne Vesper
Roman Zitzelsberger

Schatzmeister
Karl-Ulrich Templ

Landesgeschäftsführer
Marten Jennerjahn

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS

GEWÄHLT AUF DEM LANDESPARTEITAG, 22.10.2016, IN HEILBRONN

Landesvorsitzende
Leni Breymaier

Stellvertretende Vorsitzende
Dr. Lars Castellucci
Frederick Brütting
Hilde Mattheis
Gabi Rolland

Generalsekretärin
Luisa Boos

Beisitzerinnen und Beisitzer
Katrin Altpeter
Michael Beck
Julien Bender
Lothar Binding
Isabel Cademartori
Dr. Daniela Harsch
Markus Herrera Torrez
Jasmina Hostert
Rebecca Hummel
Macit Karaahmetoglu
Stella Kirgiane-Efremidis
Dr. Dorothea Kliche-Behnke
Udo Lutz
Parsa Marvi
Hermann-Josef Pelgrim
Dr. René Repasi
Rita Schwarzelühr-Sutter
Fabienne Vesper
Viviana Weschenmoser
Roman Zitzelsberger

Schatzmeister
Karl-Ulrich Templ

Landesgeschäftsführer
Marten Jennerjahn

BAYERN

SPD

LANDESVERBAND BAYERN

In den Jahren 2015 und 2016 hat der Landesverband Bayern konsequent die Strategie der Fokussierung auf politische Schwerpunktthemen fortgesetzt: Zukunft der digitalen Arbeitswelt, moderne Familienpolitik, Wohnungspolitik sowie als Querschnittsaufgabe den Bereich der Integration von zugewanderten Menschen. Die Themen wurden zunehmend konkretisiert und klare Forderungen herausgearbeitet. Sie waren permanenter Bestandteil der öffentlichen Kommunikation. Ziel war es, mit einem klaren Profil die Menschen zu erreichen und zu überzeugen. Mit einer Reihe von kleinen Landesparteitagen gelang es der BayernSPD, im gesamten Zeitraum die zentralen Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen.

KLEINE LANDESPARTEITAGE ALS INSTRUMENT DER PROFILBILDUNG

Im Frühjahr startete der Landesverband seine Jahreskampagne „Bayern barrierefrei". Der Startschuss fiel am kleinen Landesparteitag am 18.4.15 in Unterschleißheim. Die BayernSPD kümmerte sich fortan um das große Zukunftsthema Barrierefreiheit. Das Ziel: Alle Menschen in Bayern sollen ohne Barrieren und Hindernisse leben können. Einstimmig wurde ein Leitantrag „Bayern barrierefrei" verabschiedet. Die zentrale Aussage des Positionspapiers lautet: „In einem sozialen und modernen Bayern müssen alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, ohne Barrieren. Das wird immer wichtiger, weil die Menschen immer älter werden. Die bayerische Staatsregierung bietet nur leere Versprechungen, statt zu helfen und zu handeln. Die Gemeinden und Städte in Bayern brauchen aber die Hilfe vom Freistaat."

Als besonderen Höhepunkt der Kampagne startete der Landesverband eine neue Internetseite. Hier konnten die Bürgerinnen und Bürger Fotos oder kurze Videos von Orten mit Barrieren hochladen, die ihren Alltag behindern. Die Beteiligung an dieser Aktion war beachtlich und ein aktivierendes Element für die Mitglieder vor Ort.

WIR KÖNNEN INTEGRATION – PARTEITAG IN AUGSBURG AM 24. OKTOBER 2015

Mit einem weiteren kleinen Parteitag positionierte sich die BayernSPD in der Frage der Zuwanderung und Integration. Die BayernSPD begreift die Integration der Flüchtlinge als eine historische Chance. Die 100 Delegierten des Kleinen Parteitags in Augsburg verabschiedeten einstimmig einen entsprechenden Leitantrag. Darin stellte der Landesverband klar: Am Grundrecht auf Asyl wird nicht gerüttelt. Klare Kante zeigte der Parteitag auch gegen die rechte Hetze von AfD, Pegida und Co.

FAMILIE IST VIELFALT

Mit einem Beschluss zu neuen Arbeitszeitmodellen und dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung will die BayernSPD den Menschen in Bayern helfen, Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bringen. Einstimmig votierten die Delegierten des Kleinen Parteitags in Aschaffenburg für den Leitantrag „Familie ist Vielfalt". Nötig für eine moderne Familienpolitik sind demnach Zeit, Geld und eine bessere Infrastruktur.

Landesparteitag in Aschaffenburg; © SPD Bayern

Die SPD ist die Mieterpartei Bayerns. „Wohnen für die Leut' statt Geld für die Spekulanten" war der Titel eines Leitantrags auf dem ordentlichen Landesparteitag 2015 und gab damit die Richtschnur sozialdemokratischer Wohnungspolitik vor. Der Parteitag wählte auch einen neuen Landesvorstand, mit dem die BayernSPD in die Vorbereitungen zur Bundestagswahl 2017 zog. Eine überraschende Gegenkandidatur für den Landesvorsitz sorgte kurzfristig für Aufregung. Der Landesvorsitzende Florian Pronold MdB wurde aber erwartungsgemäß wiedergewählt und bestimmte für weitere zwei Jahre die Geschicke der Landespartei.

AUF DEM WEG ZUR LANDTAGSWAHL – ONLINE UND OFFLINE

Ein außerordentlicher Landesparteitag im Juli 2016 fasste den eingeleiteten Prozess der inhaltlichen Konzentration zusammen. Der Parteitag legte fest, mit welchen Themen die BayernSPD in den Landtagswahlkampf ziehen soll. Eine ihrer Hauptaufgaben sieht die BayernSPD in einer verstärkten Zielgruppenkommunikation. Um mehr Wählerinnen und Wähler zu erreichen, baute sie den Bereich social media konsequent aus. Seither erhöhten sich die Reichweiten auf Facebook, Twitter und Instagram.

Der „web o mat" zur Erstellung einer Internetpräsenz erfreute sich bei den Gliederungen steigender Beliebtheit. Über 700 Ortsvereine, Kreisverbände, Unterbezirke und Bezirksverbände buchten bereits eine Website über dieses zentrale Angebot des Landesverbandes. Damit stellt der Landesverband ein einheitliches Erscheinungsbild nach außen sicher und sorgt gleichzeitig über die Möglichkeit des Content Sharing für eine starke Vernetzung der Gliederungen untereinander wie auch mit dem Landesverband. Zudem genügt dieses System den höchsten Ansprüchen moderner IT-Sicherheit.

SONDERFORMATE DES LANDESVERBANDES

Neben den Standardaktivitäten des Landesverbandes gibt es eine Reihe von besonderen Veranstaltungsformen, die auch in den Jahren 2015 und 2016 im Kalender der Bayern prägend waren.
Führend ist vor allem der politische Aschermittwoch in Vilshofen, der in beiden Jahren mit über 2.500 Gästen die größte politische Veran-

staltung des Landesverbandes war. Im Jahr 2016 teilten die Spitzen der BayernSPD und der Bundes-SPD bereits zum fünften Mal im großen Festzelt politisch aus und schenkten der politischen Konkurrenz ordentlich ein.

Landesvorsitzender Florian Pronold beim Aschermittwoch 2015 in Vilshofen; © BayernSPD

Auch sehr beliebt war die Bergauf-Tour. Insbesondere im Jahr 2016 erklomm die BayernSPD mit viel Parteiprominenz einige bayerische Gipfel. Katarina Barley, Ralf Stegner und Torsten Albig schnürten die Wanderschuhe und verliehen der Traditionsveranstaltung eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit.

Außerdem wurde der Josef-Felder-Preis an die Stadtgesellschaft in Passau verliehen. Stellvertretend nahm SPD-Oberbürgermeister Jürgen Dupper die Auszeichnung als Dank für die solidarische Leistung der Bevölkerung bei der Aufnahme und Versorgung tausender Geflüchtete im Herbst 2015 entgegen.

Josef-Felder-Preis 2016; © BayernSPD

In diesem Zusammenhang seien auch die vielen Aktivitäten der BayernSPD im Rahmen der Kampagne „Meine Stimme für Vernunft“ erwähnt. Angedockt an die Aktionen des Parteivorstandes trug die Landespartei die Idee bis in die letzten Winkel Bayerns. Mit einer Reihe von Videostatements bayerischer Prominenter auf den Internetangeboten des Landesverbandes erreichte die Aktion viele Menschen und warb für ein menschliches Miteinander und einen humanen Umgang bei der Bewältigung der enormen Zuwanderung.

ENDSTATION RECHTS – DIE DIGITALE PLATTFORM BEIM KAMPF GEGEN RASSISMUS, AUSGRENZUNG UND HASS

Die BayernSPD und die bayerischen Jusos führten das langjährige Projekt „Endstation Rechts“ erfolgreich fort. Die Plattform nahm sich besonders des neuen Problems von rechten „Fake News“ an und förderte die Aufklärung der Öffentlichkeit. Auf der Seite www.endstation-rechts-bayern.de gab es regelmäßig Berichte über rechte Umtriebe in Bayern. Nicht zuletzt half dieses Angebot bei der Mobilisierung von Menschen gegen rechtes Gedankengut. Zahlreiche Demos und Proteste gegen NPD, AfD, Pegida und Co. wurden dadurch erst möglich.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS

GEWÄHLT AUF DEM LANDESPARTEITAG

Landesvorsitzender
Florian Pronold

Stellvertretende Landesvorsitzende
Martin Burkert
Annette Karl
Ewald Schurer

Generalsekretärin
Natascha Kohnen

Schatzmeister
Thomas Goger

Beisitzerinnen und Beisitzer
Ulrike Bahr
Klaus Barthel
Verena Bentele
Filiz Cetin
Philipp Dees
Sabine Dittmar
Marietta Eder
Ismail Ertug
Christian Flisek
Dr. Linus Förster
Anette Kramme
Annette Luckner
Dr. Ulrich Maly
Jonas Merzbacher
Christa Naaß
Maria Noichl
Florian Ritter
Bernd Rützel
Marianne Schieder
Franz Schindler
Martina Stamm-Fibich
Johanna Uekermann
Werner Widuckel
Joachim Wolbergs

Dirk Goldenstein – Arbeitsgemeinschaft Selbstständige (AGS)
Ursula Kirmeier – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)
Jella Teuchner – Arbeitsgemeinschaft 60 Plus (AG 60 Plus)
Laura Wallner – Jusos
Ursula Weser– Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

BERICHT DES ARBEITSKREISES DER BETRIEBSRÄTE IN DER SPD

ARBEITSKREIS DER BETRIEBSRÄTE IN DER SPD

SPD

Holzhacken ist deshalb so beliebt,
weil man bei dieser Tätigkeit den Erfolg sofort sieht.
(Albert Einstein)

Von Elfi Heusinger von Waldegge (Vorsitzende des Arbeitskreises) und Erich Holzwarth (stellvertretender Vorsitzender)

Nach wie vor gibt es keinen Gesamtbetriebsrat für die SPD. Die Betriebsräte arbeiten weiterhin in ihrer Funktion als „Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD". Die Vorstandsmitglieder des Arbeitskreises nehmen auf Bundesebene an den Sitzungen der leitenden Bezirks- und Landesgeschäftsführer/innen, der EDV-Begleitgruppe, der Organisationskommission und dem Beirat der Parteischule beratend teil.

© Karin Pritzel, Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.

Regelmäßig finden jährlich bis zu vier Vorstandssitzungen und ein bis zwei Betriebsrätekonferenzen statt. Dadurch ist ein konstruktiver Austausch unter den Betriebsräten gewährleistet. Der Vorstand berät und unterstützt die Arbeit der Betriebsräte vor Ort.

Personell ist die Lage der Kollegen und Kolleginnen in der Fläche alles andere als rosig! In den letzten Jahren wurden aus den unterschiedlichsten Gründen viele Stellen in den Gliederungen abgebaut, schlechter eingestuft oder im Einzelfall auch nicht wiederbesetzt. Diese Entwicklung bereitet uns Sorgen, weil sie u.a. zu erheblichen Mehrbelastungen der verbliebenen Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz führt. Dazu kommen Wahlkämpfe, die die Problematik zusätzlich verstärken. Arbeiten wie Plakataufstellung, Verteileraktionen, Besetzung der Info-Stände werden zunehmend von den hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen erledigt, weil die Ehrenamtlichen – oft aufgrund des hohen Alters – dies zunehmend nicht mehr leisten können. Der AK Betriebsräte sieht aus den genannten Gründen einen dringenden Handlungsbedarf und ist Willens mit den Arbeitgebern über die Situation der Hauptamtlichen in der SPD mit dem Ziel zu diskutieren, gemeinsam ein tragfähiges Zukunftsmodell zur Sicherung der Arbeitsplätze vor Ort zu entwickeln, damit die SPD auch weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber bleibt.

Katarina Barley war zu Gast bei den Betriebsräten anlässlich eines Betriebsräteseminars im Oktober 2016. Wir hatten uns über ihren Besuch sehr gefreut. Er gab uns das Gefühl von Wertschätzung gegenüber unserer Arbeit.

Unter dem Schwerpunkt „Die Rolle der Hauptamtlichen in der SPD" hatten wir bereits zuvor in Gruppen einige Ergebnisse erarbeitet, die wir in der nachfolgenden Zusammenfassung Katarina mit auf den Weg gaben:

AUSZÜGE AUS DEN ARBEITSPHASEN: SCHWERPUNKT „DIE ROLLE DER HAUPTAMTLICHEN (HA) IN DER SPD"

„Was ist gut daran, Hauptamtlicher/e bei der SPD zu sein":

- existenzielle Absicherung
- kollegiales Miteinander
- betriebliche Altersversorgung
- unbefristete Arbeitsverträge
- Hobby zum Beruf machen
- selbständig arbeiten
- Politik mitgestalten

„Als Hauptamtlicher/e wünsche ich mir"

- Entwicklungsmöglichkeiten
- mehr Zeit für Weiterbildung
- Wertschätzung
- Vertretung bei Abwesenheit
- Fürsorge durch den Arbeitgeber
- qualifizierte Vorgesetzte
- Kontinuität Chef
- Überstundenregelung für alle
- Herr und Frau sein über den eigenen Terminkalender
- gerechte Bezahlung
- Trennung Hauptamt und Ehrenamt
- mehr führen, weniger managen
- geregelte Arbeitszeiten (Handy, E-Mail)
- Beitragsehrlichkeit
- Einhaltung Arbeitsschutzgesetz
- IPQ mit IHK = qualifizierte Zertifikate
- Personalplanung
- Betriebsratsarbeit geht vor
- Neueinsteiger*innen ins WBH
- Vorschlagswesen über Generalsekretariat und Bundesgeschäftsführung
- einen Gesamtbetriebsrat

Foto: Karin Pritzel, Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.

Darüber hinaus befasste sich der AK der Betriebsräte im Betriebsräteseminar mit Fragen zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz und einzelnen Angelegenheiten im Sinne des BetrVG im Zusammenhang mit der täglichen Arbeit vor Ort.

Die AfA und die ASF unterstützten mit Anträgen an ihre Bundesvorstände die Forderung des „AK der Betriebsräte in der SPD" nach einem Gesamtbetriebsrat und einheitlichem Tarifvertrag für alle Hauptamtlichen. Für ihre Solidarität bedanken wir uns an dieser Stelle ausdrücklich. Die Forderung, einen Gesamtbetriebsrat zu bilden, bleibt für den „Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD" nach wie vor im Fokus seiner Arbeit.

Im Sinne der Betriebsvereinbarung zur „Zusammenarbeit zwischen Parteivorstand, Landesverbänden, Bezirken und dem Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD" wurde eine neue „Muster EDV-Rahmenbetriebsvereinbarung" auf den Weg gebracht, die den Gliederungen zur Beschlussfassung an die Hand gegeben wurde.

Die betriebliche Altersversorgung für die Kolleginnen und Kollegen der SPD wird neu geregelt werden. Veränderte gesetzliche Bestimmungen und die Lage auf dem Versicherungsmarkt machen dies notwendig. Betriebsrätinnen und Betriebsräte wurden über Möglichkeiten der Ausgestaltung zukünftiger Verträge informiert. Die Arbeitgeber – also der Parteivorstand und die einzelnen Bezirke – entscheiden letztendlich, was im Angebot stehen wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es ein einheitliches Angebot für alle Kolleginnen und Kollegen der SPD geben muss.

Foto: Karin Pritzel, Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.

IN DEN VORSTANDSSITZUNGEN WAREN NACHFOLGENDE THEMEN INHALT DER ARBEIT:

- Mitgliederadressverwaltung (MAVIS)
- EDV-Rahmenbetriebsvereinbarung
- Organisationsreform
- Digitale Mitmachpartei
- Weiterbildung der Hauptamtlichen
- Altersversorgung
- Datenschutz

VORSTAND DES ARBEITSKREISES DER BETRIEBSRÄTE IN DER SPD

Vorsitzende
Elfi Heusinger von Waldegge, (BEZ Hessen-Nord)

Stellvertretender Vorsitzender
Erich Holzwarth (LV Baden Württemberg)

Beisitzerinnen und Beisitzer
Yvonne Hartig (LV NRW)
Jens Rieger (bis November 2016, LV Rheinland-Pfalz)
Steffen Voss (ab November 2016, Schleswig-Holstein)
Enrico Bloch (Parteivorstand)

Abschließend bedanken wir uns für die solidarische, konstruktive und engagierte Zusammenarbeit zwischen den Betriebsräten/Betriebsrätinnen und dem Vorstand des „Arbeitskreis der Betriebsräte in der SPD".

BERICHT DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

VORWORT

FORTSCHRITTE FÜR MEHR GERECHTIGKEIT.
GESAGT. GETAN. GERECHT.

Vier Jahre lang hat die SPD-Bundestagsfraktion der Politik der Großen Koalition ihren Stempel aufgedrückt. Vier Jahre lang waren wir der Motor der Koalition, die treibende Kraft für gesellschaftlichen Fortschritt und mehr Gerechtigkeit.

Es hat sich ausgezahlt, dass wir mit einer klaren Vorstellung in die Koalitionsverhandlungen gegangen sind, was wir für die Zukunft unseres Landes erreichen wollen. Das Ergebnis war ein Koalitionsvertrag, der deutlich die Handschrift der SPD-Bundestagsfraktion trägt. Vier Jahre später können wir festhalten: Wir haben den Koalitionsvertrag konsequent umgesetzt. Gesagt, getan, gerecht!

Wir haben den Mindestlohn und bessere Renten erkämpft, für mehr BAföG, Kita- und Studienplätze gesorgt, die Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden verbessert, die Gleichstellung von Frauen vorangebracht und seit vier Jahren einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden geschafft. Wir investieren Milliarden in die Kommunen und den sozialen Wohnungsbau, in Verkehrswege, Klimaschutz und gute Bildung. Besonders freut mich, dass es uns gelungen ist, das Kooperationsverbot aufzubrechen. Damit kann der Bund zukünftig direkt in moderne Schulen investieren. Ein wichtiger Erfolg für gleiche Bildungschancen!

Und wir denken auch über den Koalitionsvertrag hinaus: Mit unserem Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit haben wir Antworten auf Herausforderungen der Zukunft gesucht. Dazu gehören die Globalisierung, die Digitalisierung, der demografische Wandel, aber auch Veränderungen der inneren und äußeren Sicherheit. Wir wollen den Wandel gestalten – und darauf achten, dass es dabei gerecht zugeht. Denn nur eine gerechte Gesellschaft ist eine starke Gesellschaft, die für die Zukunft gewappnet ist.

Thomas Oppermann, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion bis September 2017

DIE SPD-FRAKTION DENKT VORAUS. IN SECHS NEUEN PROJEKTGRUPPEN ENTWICKELN WIR ANTWORTEN AUF DIE FRAGEN VON MORGEN.

NEUE GERECHTIGKEIT – PROJEKT FÜR EINE GUTE ZUKUNFT

In den Jahren 2015 und 2016 haben wir mit unserem Projekt „Zukunft – #NeueGerechtigkeit" Antworten auf wichtige Zukunftsfragen erarbeitet. Dafür haben wir den Dialog mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis, mit Verbänden, Gewerkschaften, Unternehmen und der Zivilgesellschaft gesucht. Gemeinsam mit ihnen haben wir politische Konzepte erarbeitet, mit denen wir ausgewählten gesellschaftlichen Veränderungen begegnen möchten:

PROJEKT #NEUESMITEINANDER – EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND

Ohne Einwanderung wäre Deutschland wirtschaftlich und kulturell ärmer. Deshalb haben wir Vorschläge für ein modernes Einwanderungsrecht entwickelt. Um Einwanderung zu steuern und zu gestalten, wollen wir ein modernes Einwanderungsrecht mit transparentem Punktesystem. Nur so können wir den Wettbewerb um die klügsten Köpfe gewinnen. Außerdem haben wir uns mit der Frage befasst, wie wir das Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft besser gestalten können. Hier setzen wir auf Investitionen in Bildung, in den Arbeitsmarkt und im Gesundheitsbereich sowie eine starke Antidiskriminierungspolitik.
Projektleiter: Karamba Diaby; Stellvertreter: Matthias Bartke

PROJEKT #NEUERZUSAMMENHALT – GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE IN DEUTSCHLAND

Wir wollen in allen Regionen unseres Landes gleichwertige Lebensverhältnisse. Dafür müssen wir die Daseinsvorsorge auch in dünn besiedelten Regionen sichern und regionale Wertschöpfungspotenziale nutzen. Dabei setzen wir auf eine effektive Verzahnung des öffentlichen Nahverkehrs mit alternativen Mobilitätsangeboten, auf einen flächendeckenden Ausbau der Glasfasernetze und auf eine bessere Förderung von kleinen Betrieben in ländlichen Regionen.
Projektleiter: Jens Zimmermann; Stellvertreter: Svenja Stadler

PROJEKT #NEUELEBENSQUALITÄT – MORGEN GUT LEBEN

Gesundheit, gutes Wohnen und gute Ernährung sind die Schlüssel für eine hohe Lebensqualität. Deshalb wollen wir gesundheitliche Präventionsangebote stärken und landwirtschaftliche Betriebe besser unterstützen, wenn sie umweltschonend produzieren. Lebensmittel müssen verlässlich gekennzeichnet sein, um den Verbrauchern einen bewussten Einkauf zu erleichtern. Außerdem wollen wir den Zusammenhalt in der Gesellschaft durch eine soziale Quartiersentwicklung festigen.
Projektleiterin: Marina Kermer; Stellvertreter: Carsten Träger

PROJEKT #NEUEZEITEN – ARBEITS- UND LEBENSMODELLE IM WANDEL

Die Lebens- und Erwerbsverläufe werden vielfältiger und verlaufen oftmals wenig geradlinig als in früheren Jahrzehnten. Hinzu kommt, dass sich immer mehr Menschen eine bessere Vereinbarkeit von familiärer Sorgearbeit und ihrem Beruf wünschen. Wir wollen deshalb variablere Arbeitszeitmodelle ermöglichen und die Sorge für Kinder oder für pflegebedürftige Angehörige besser unterstützen. Auch wollen wir Soloselbständige besser absichern, indem wir sie bei ihren Beiträgen zur Krankenversicherung entlasten und in die Rentenversicherung einbeziehen.
Projektleiter: Martin Rosemann; Stellvertreterin: Ulrike Bahr

PROJEKT #NEUECHANCEN – WERTSCHÄTZUNG FÜR BILDUNG UND ARBEIT

Wir wollen alle Menschen gleiche Chancen zur Entfaltung geben, und zwar in jeder Lebenssituation. Deshalb fordern wir bis zum Jahr 2025 beitragsfreie Kitas mit hohen Qualitätsstandards. Ebenso brauchen wir eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen und eine stärkere Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte. Durch eine „Kultur neuer Chancen" wollen wir Erwachsene ohne Schul- oder Ausbildungsabschluss darin unterstützen, die Abschlüsse später nachzuholen.
Projektleiter: Oliver Kaczmarek; Stellvertreterin: Daniela De Ridder

PROJEKT #NEUEERFOLGE – VORSPRUNG DURCH INNOVATION

Innovationen sollen die Wirtschaft voranbringen, aber auch der Gesellschaft dienen. Durch gezielte Veränderungen unserer Innovationspolitik wollen wir den Menschen stärker ins Zentrum unseres politischen Handelns stellen, etwa indem wir soziale Innovationen genauso sehr fördern wie technische Neuerungen. Auch wollen wir Gründungen besser unterstützen und eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen einführen. Um auch zukünftig führend bei Innovationen zu sein, wollen wir im Jahr 2025 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung bereitstellen.
Projektleiterin: Sabine Poschmann; Stellvertreter: Dirk Wiese

MEHR GERECHTIGKEIT

ARBEIT UND SOZIALES

FACHKRÄFTESICHERUNG

Insbesondere das Potenzial von Frauen müssen wir noch stärker als bisher nutzen. Noch zu häufig arbeiten Frauen in ungewollter Teilzeit. Das ElterngeldPlus ist ein richtiger Ansätze, um den Arbeitsumfang von Frauen zu erhöhen. Aber auch ein Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit und Familienarbeitszeit sind wichtige Ziele – die sich mit der Union aber in dieser Legislaturperiode nicht durchsetzen ließen. Der zunehmende Fachkräftebedarf ermöglicht darüber hinaus Menschen neue Erwerbschancen. Klar ist: Angesichts des demografischen Wandels müssen wir nicht nur die Chancen junger Menschen verbessern, die Integration Langzeitarbeitsloser sicherstellen und die Potenziale Älterer stärker nutzen. Es bedarf einer Doppelstrategie der Fachkräftesicherung, die sowohl die Förderung bestehender Potenziale als auch Zuwanderung beinhaltet.

TARIFEINHEITSGESETZ

Tarifautonomie, Streikrecht und Tarifeinheit sind für uns ein hohes Gut. Mit dem Tarifeinheitsgesetz wird der Grundsatz der Tarifeinheit geregelt und dadurch die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie gesichert. Das Streikrecht bleibt unangetastet.

ARBEITEN IN DER DIGITALEN WELT

Unser Dialogbeitrag zum Entwurf eines Weißbuches des Bundesarbeitsministeriums für Arbeit und Soziales verdeutlicht, dass die (digitale) Zukunft der Arbeit mehr Chancen als Risiken bietet – vorausgesetzt, sie wird richtig gestaltet. Wir müssen Fort- und Weiterbildung ausbauen und stärken, damit möglichst viele Menschen beruflich mithalten können.
Notwendig ist auch, dass die betriebliche Mitbestimmung in einer digitalisierten Arbeitswelt wirksam erhalten bleibt. Klar ist, dass es dazu einer Fortentwicklung des gesetzlichen Rahmens bedarf, damit die Gewerkschaften die Beschäftigten effektiv vertreten und weiterhin auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln können.
Weitere Anpassungen des Arbeits- und des Sozialrechts an die Erfordernisse einer digitalisierten Arbeitswelt sind ebenso notwendig. Arbeitsversicherung, Bürgerversicherung und Erwerbstätigenversicherung sind die Stichworte für neue Ansätze.

STÄRKSTE RENTENERHÖHUNG SEIT 23 JAHREN

Die umlagefinanzierte Rente bewährt sich. Rekord-Beschäftigung und steigende Löhne sorgen für verlässliche und nachhaltige Rentenfinanzen. Gute Beschäftigungspolitik ist auch gute Rentenpolitik: Die Grundlage der Rentenanpassung ist die Lohnentwicklung. Mit

dem Mindestlohn sorgen wir seit dem 1. Januar 2015 für eine bessere Einkommenssituation.

FLEXI-RENTE: GESUND UND FLEXIBEL IN DEN RUHESTAND

Zentral ist, dass die Beschäftigten gesund und fit das Rentenalter erreichen können. Daher stärkt die Flexi-Rente die Leistungen zur Teilhabe und schafft eine Vorsorgekette von der Prävention über die Rehabilitation bis zur Nachsorge. Mit einem individuellen berufsbezogenen Gesundheitscheck ab dem 45. Lebensjahr sollen Präventions- und Rehabilitationsbedarfe frühzeitig erkannt und passende Maßnahmen aus dem Gesundheits- wie dem Arbeitsmarktbereich angeboten werden können. Zudem wurde ein Rechtsanspruch auf Kinder- und Jugendrehabilitation eingeführt.
Auch wird der Renteneintritt individueller und flexibler. Die Teilrente kann seit Juli 2017 stufenlos in Anspruch genommen werden. Ein einfaches Anrechnungsmodell ersetzt die bisherigen starren Hinzuverdienstgrenzen.

LEIHARBEIT UND WERKVERTRÄGE WERDEN ENDLICH REGULIERT

Leiharbeit und Werkverträge werden endlich vernünftig reguliert. Die wichtigste Neuerung liegt dabei in der Einführung von Equal Pay nach neun Monaten. Bestehende Branchenzuschlagstarife können unter bestimmten Voraussetzungen fortgeführt werden. Zentral ist weiter die Einführung einer Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten. Nach Ablauf dieser Zeit müssen Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer vom Entleihbetrieb übernommen werden. Eine längere Entleihdauer ist nur möglich, wenn sich die Tarifpartner in der Einsatzbranche per Tarifvertrag auf eine längere Überlassung einigen.
Künftig ist der Einsatz von Leiharbeitern als Streikbrecher verboten. Im Bereich der Werk- und Dienstvertragsgestaltung konnte die SPD-Bundestagsfraktion verhindern, dass Verträge zwischen Unternehmen risikolos als Werkverträge bezeichnet werden, obwohl es de facto Leiharbeitsverhältnisse sind.

GESAMTKONZEPT ZUR RENTE

Mit ihrem Gesamtkonzept zur Rente hat Bundesministerin Andrea Nahles einen Vorschlag gemacht, damit die gesetzliche Rente auch in der Zukunft sicher und bezahlbar bleibt. Hierzu gehört eine Haltelinie für das Rentenniveau, um das Vertrauen der zukünftigen Rentnerinnen und Rentner in die gesetzliche Rente zu stärken. Zugleich stellen die Obergrenze beim Beitragssatz und der vorgesehene Demografiezuschuss des Bundes aus Steuermitteln sicher, dass die gesetzliche Rente auch für die zukünftigen Beschäftigten bezahlbar bleibt. Mit der vorgeschlagenen Solidarrente wird Altersarmut gezielt bekämpft. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, muss im Alter nicht mehr zum Sozialamt. Die vorgesehene Einbeziehung Selbstständiger ist dringend nötig. Der besonderen Situation von Selbstständigen ist bei der Beitragserhebung Rechnung zu tragen.

TEILHABE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN VERBESSERT

Mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) werden die Möglichkeiten und die Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen verbessert. In der Vergangenheit mussten Menschen mit Behinderungen, die auf Unterstützung wie z.B. persönliche Assistenzen oder Psychotherapie aus der Eingliederungshilfe angewiesen sind, die für sie notwendigen Reha-Leistungen bei verschiedenen Leistungsträgern separat beantragen. Diese Leistungen sind teilweise von der Wohnform abhängig und es musste ein sehr großer Teil des Einkommens und Vermögens von der Person selbst sowie von dessen (Ehe-) Partner eingesetzt werden.
Mit dem BTHG wird der Mensch in den Mittelpunkt gestellt: Was Menschen wegen ihrer Behinderung an Unterstützungsleistungen bekommen, ist dann nur noch davon abhängig, was sie brauchen und was sie möchten, aber nicht länger vom Ort der Unterbringung.

VERBINDLICHE REGELN FÜR DIE INTEGRATION IN DEUTSCHLAND

Die Integration auf dem Arbeitsmarkt ist einer der Pfeiler für gesellschaftliche Integration. Das Integrationsgesetz sieht daher ein Bündel an Maßnahmen vor, um die rasche Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen – u. a. ein Programm für gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten für Asylsuchende.
Zudem wird die Förderung der Berufsausbildung gezielter ausgestaltet. Außerdem haben die Länder die Möglichkeit erhalten, die Vorrangprüfung befristet für drei Jahre bei Asylsuchenden und Geduldeten auszusetzen.
Darüber hinaus gibt es mit der sog. „3+2-Regelung“ Rechtssicherheit für Flüchtlinge in Ausbildung und die auszubildenden Betriebe.

RECHTSVEREINFACHUNG IN DER GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSUCHENDE

Das Rechtsvereinfachungsgesetz hat verschiedene Verbesserungen für Arbeitsuchende gebracht: Mehr Flexibilität bei der öffentlich geförderten Beschäftigung durch längere Fördermöglichkeiten und bessere Unterstützung, bessere Möglichkeiten bei der Ausbildungsförderung, Schutz von Arbeitslosengeld II vor Pfändung, nachgehende Unterstützung von vormals Langzeitarbeitslosen. Leistungsempfänger, die neben Arbeitslosengeld I auch Arbeitslosengeld II beziehen, werden jetzt von den Agenturen für Arbeit betreut.

STÄRKUNG DER BERUFLICHEN WEITERBILDUNG

Mit dem Weiterbildungsstärkungsgesetz öffnen wir die Aus- und Weiterbildung auch für Menschen, die noch nicht über ausreichende Grundkompetenzen etwa in den Bereichen Lesen, Schreiben oder Mathematik verfügen. Das Gesetz führt eine Erfolgsprämie bei erfolgreicher Zwischenprüfung und Abschlussprüfung im Rahmen einer Weiterbildung ein. Die Weiterbildungsförderung in kleinen und mittleren Betrieben wird verbessert – ebenso die Möglichkeit zur freiwilligen Weiterversicherung in der ALV bei Kindererziehung.

AUßENPOLITIK

DIALOG STATT KONFRONTATION – DEUTSCHLANDS VERANTWORTUNG IN DER WELT

HERAUSFORDERUNGEN IN EUROPA

Der Konflikt um die Ostukraine bestimmte auch in den Jahren 2015/16 die außenpolitische Agenda. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in einem Positionspapier im Juli 2016 („Stärke zeigen allein genügt nicht - Für eine glaubwürdige und kooperative Sicherheits- und Friedenspolitik in und für Europa“) die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und Russlands Vorgehen in der Ostukraine verurteilt. Gleichzeitig haben wir verdeutlicht, dass Frieden und Sicherheit in Europa auf Dauer nur unter Einschluss Russlands möglich sind.
Die Entwicklungen in der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 verfolgen wir mit größter Sorge. Die massive Einschränkung fundamentaler Grundrechte haben wir in aller Schärfe verurteilt und uns solidarisch mit den verhafteten türkischen Oppositionsabgeordneten gezeigt. Das Vorgehen der türkischen Regierung steht im Widerspruch zu den Werten der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die europäischen Werte gegenüber der Türkei mit Nachdruck verteidigt werden. Die willkürliche Inhaftierung deutscher Staatsangehöriger unter abwegigen Vorwürfen ist absolut inakzeptabel.
Mit dem Positionspapier „Die europäische Idee auf dem Westbalkan festigen“ (11/2015) unterstützen wir nachdrücklich die Initiativen der Bundesregierung für eine neue Dynamik im Annäherungsprozess der Staaten des westlichen Balkan an die EU. Wir formulieren eine klare Erwartungshaltung an die Regierungen und Parlamente der Region, gut nachbarschaftliche Beziehungen zu entwickeln und die Entwicklung im weitesten Sinne in ihren Ländern zu fördern.

NAHER UND MITTLERER OSTEN IM UMBRUCH

Im Irak konnte die Terrororganisation Islamischer Staat erfolgreich weiter zurückgedrängt werden. Durch die Unterstützung der kurdischen Peschmerga und der Anti-IS-Koalition leistete Deutschland dazu einen wichtigen Beitrag. Jetzt kommt es darauf an, die befreiten Gebiete zu stabilisieren, die Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen zu entschärfen und den nationalen Aussöhnungsprozess voranzubringen. Auch hierbei wird Deutschland Unterstützung anbieten.

Der Bürgerkrieg in Syrien tobt weiter, auch wenn es gelungen ist, in einigen Landesteilen Waffenstillstände zu vereinbaren. Wir unterstützen die wichtige Arbeit der Vereinten Nationen und des VN-Sondergesandten Staffan de Mistura, die Konfliktparteien an den Genfer Verhandlungstisch zu bringen. Es gibt für den Konflikt keine militärische Lösung! Im November 2016 nahm de Mistura auf unsere Einladung hin an einer Tagung mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier teil.

AFRIKA UND LATEINAMERIKA IM FOKUS

In unserem Positionspapier "Progressive Afrikapolitik – Die Staaten Afrikas als globale Partner" (9/2016) benennen wir die Prioritäten für eine progressive deutsche Afrikapolitik. Wir machen deutlich, dass globale Herausforderungen wie Flucht, Migration, Bevölkerungsentwicklung, Krisen und Terrorismus sowie Klimawandel langfristig nur mit Afrika lösbar sind.

Mit dem gemeinsamen Antrag der Koalition und den Grünen haben wir die Bundesregierung aufgefordert, den Friedensprozess in Kolumbien auch künftig politisch zu flankieren und weiterhin finanziell zu unterstützen (Drs. 18/9033). Der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat sich dort persönlich stark engagiert. Deutschland leistet große Unterstützung bei Übergangsjustiz, Erinnerungskultur, EU-Treuhandfonds und finanziert zivilgesellschaftliche Initiativen. Flankiert wird diese Initiative durch entsprechende Anträge in Haushaltsverfahren.

STÄRKUNG DER ZIVILEN KRISENPRÄVENTION

Weder innerstaatliche Konflikte noch Konflikte zwischen Staaten können durch militärische Interventionen gelöst werden. Deshalb hat die zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung für die Förderung von Frieden und Sicherheit weltweit eine besonders hohe Bedeutung. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich mit einem neuen Sekundierungsgesetz für eine bessere rechtliche und soziale Absicherung von zivilen Friedensfachkräften eingesetzt, die überall in der Welt seit vielen Jahren einen unverzichtbaren Beitrag zur internationalen Krisenprävention leisten.

BILDUNGSCHANCEN NACH VORNE GEBRACHT – HOCHSCHULEN UND WISSENSCHAFT MAßGEBLICH GESTÄRKT

BILDUNG UND FORSCHUNG

BAFÖG-LEISTUNGEN VERBESSERT UND MODERNISIERT

Mit der 25. BAföG-Novelle wurde der jahrelange Reformstau von Schwarz-Gelb aufgelöst. Das BAföG wurde substanziell erhöht und strukturell modernisiert. Die Freibeträge und Bedarfssätze stiegen zum Wintersemester 2016 um sieben Prozent, der Wohnkostenzuschuss und die Sozialpauschalen wurden angehoben sowie der Zugang zum BAföG für Inhaber humanitärer Aufenthaltstitel erleichtert. Außerdem wurde das BAföG besser an veränderte Studienverläufe angepasst. Das Förderinstrument wird damit offener, moderner und lebensnäher. Für Chancengleichheit im Bildungssystem ist das BAföG das zentrale Instrument. Damit finanzielle Hürden Studierwillige auch in Zukunft nicht von der Aufnahme eines Studiums abhalten, fordert die SPD-Bundestagsfraktion weiterhin eine bedarfsdeckende und regelmäßige Überprüfung und Erhöhung des BAföG.

MEISTER-BAFÖG ZU EINEM ECHTEN AUFSTIEGS-BAFÖG WEITERENTWICKELT

Im Dezember 2015 hat die Bundesregierung auf Grundlage vereinbarter Eckpunkte der Koalitionsfraktionen einen Gesetzentwurf zum Meister-BAföG ins Parlament eingebracht. Besonders hervorzuheben sind an der Reform die Anhebung des Zuschussanteils zum Unterhaltsbeitrag, die verbesserte Familienförderung, der Zugang von Bachelorabsolventen zur Förderung sowie die erhöhten Leistungen sowohl für das Meisterstück als auch die Lehrgangs- und Prüfungskosten. Dadurch wurden Förderbedingungen für Weiterbildungswillige in der beruflichen Weiterbildung für Meister- und Fachwirtkurse oder Erzieher- und Technikerschulen deutlich verbessert. Im parlamentarischen Verfahren konnte die SPD die Reform dann noch ausweiten. So wurde der Zuschussanteil zu den Maßnahmekosten deutlich ausgebaut. Damit haben wir noch mehr Anreiz für Weiterbildungswillige geschaffen, die bisher wegen zu hoher Folgekosten vor einer Aufstiegsfortbildung zurück schreckten. Gleichzeitig haben wir uns mit unserem Antrag zur Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung für mehr Durchlässigkeit in beide Richtungen eingesetzt.

WISSENSCHAFTSZEITVERTRAGSGESETZ NOVELLIERT UND „PAKT FÜR DEN WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHS" AUF DEN WEG GEBRACHT

Gegen ein bedauerliches Desinteresse und bisweilen starken Widerstand der Arbeitgeberseite und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die SPD-Bundestagsfraktion die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) durchgesetzt. Darin wurden Vertragslaufzeiten an Qualifizierungsziele gekoppelt und Drittmittelbefristungen an die Dauer der Mittelbewilligung. Damit sollen endlich unsachgemäße Kurzbefristungen unterbunden und prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingedämmt werden. Weiterhin wurde das nichtwissenschaftliche Personal (Labor- und Verwaltungspersonal) aus dem Geltungsbereich des WissZeitVG herausgenommen. Diese Personengruppe erfüllt überwiegend Daueraufgaben, die unserer Ansicht nach mit Dauerstellen zu besetzen sind. Mit dem „Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs" wurde auf Drängen der SPD-Bundestagsfraktion neben der Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ein weiterer Schritt für mehr verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft gemacht. Der Bund stellt ab dem Jahr 2017 eine Milliarde Euro bereit, um 1.000 zusätzliche Tenure-Track-Professuren zu fördern und moderne Personalentwicklungskonzepte aufzulegen. Die Tenure-Track-Professur sieht eine Bewährungsphase vor einer darauf folgenden Lebenszeitprofessur vor. Somit schaffen wir durch das Programm planbarere Karrierewege in der Wissenschaft.

EXZELLENZSTRATEGIE UND PROGRAMM FÜR INNOVATIVE HOCHSCHULE AUF DEN WEG GEBRACHT

Als Nachfolgeprogramm zur erfolgreichen Exzellenzinitiative haben Bund und Länder im Juni 2016 den Weg für die neue Exzellenzstrategie zur Förderung exzellenter Wissenschaft und internationaler Sichtbarkeit deutscher Hochschulen freigemacht. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich bei den Verhandlungen stets dafür eingesetzt, dass das Programm nicht zu einem Elite-Klub führt. Die Zahl der Spitzenplätze ist auf vorerst elf festgelegt worden, die später ausgeweitet werden kann. Dank der Abschaffung des Kooperationsverbots im Hochschulbereich über die Neufassung des Art. 91b GG ist die neue Bund-Länder-Vereinbarung nicht zeitlich befristet. Daneben wurde ein weiteres Bund-Länder-Programm „Innovative Hochschule" für den forschungsorientierten Ideen-, Wissens- und Technologietransfer initiiert. Dieses stärkt Kooperationen von Hochschulen untereinander und mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und sorgt für einen engen Austausch mit der Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Akteuren. Durch das Programm wird die strategische Rolle der Hochschulen im regionalen Innovationssystem gestärkt.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG FÜR FRIEDEN UND VERNACHLÄSSIGTE KRANKHEITEN

Mit mehreren parlamentarischen Anträgen hat die SPD-Bundestagsfraktion 2015 und 2016 wichtige Forschungsfelder der Bundesregierung flankiert. Unsere internationale Weltordnung wurde in den letzten Jahren vermehrt von Krisen, Kriegen und Konflikten geprägt. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung noch stärker in die politische Beratungsarbeit einfließen und die Nachwuchsförderung in diesem wichtigen Themenfeld deutlich verstärkt wird. Daneben war uns die Stärkung der Gesundheitsforschung ein besonderes Anliegen. Über das inzwischen gut etablierte Förderinstrument der Produktentwicklungspartnerschaften streben wir an, dass neue Präventions- und Diagnosemethoden sowie Medikamente gegen vernachlässigte und armutsassoziierte Krankheiten wie Tuberkulose, HIV/AIDS sowie Malaria entwickelt werden.

DIGITALE AGENDA

DIGITALISIERUNG GESTALTEN, DIGITALEN ORDNUNGSRAHMEN SCHAFFEN!

ROUTERZWANG ABGESCHAFFT

Mit dem Gesetz zur Auswahl und zum Anschluss von Telekommunikationsendgeräten wurde der Routerzwang abgeschafft. Mit dieser Klarstellung wird den Nutzern die Freiheit bei der Wahl ihrer Router gesichert. Zugleich wird damit der Wettbewerb unter den Herstellern wieder angekurbelt und so auch ermöglicht, dass sich bessere und auch sicherere Produkte am Markt etablieren.

IT-SICHERHEITSGESETZ VERABSCHIEDET

Mit dem IT-Sicherheitsgesetz werden Betreiber kritischer Infrastrukturen (beispielsweise Energie, Telekommunikation und Informationstechnik) verpflichtet, ein hohes Niveau an IT-Sicherheit einzuhalten und erhebliche IT-Sicherheitsvorfälle zu melden. Die Frage von Sicherheit der IT ist neben dem Schutz von Persönlichkeitsrechten ein entscheidender Vertrauensfaktor in der digitalen Welt. Mit dem Positionspapier „Stärkung des digitalen Immunsystems“ hat die SPD-Fraktion den weitergehenden Handlungsbedarf zur Fortschreibung und Weiterentwicklung des IT-Sicherheitsgesetzes skizziert.

WLAN-GESETZ FÜR MEHR FREIES WLAN IN DEUTSCHLAND

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Telemediengesetzes wurde klargestellt, dass WLAN-Betreiber nicht mehr für die Rechtsverletzungen Dritter haften. Damit haben wir den Weg geebnet für mehr freies WLAN in Deutschland. Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes im September 2016 bedurfte es mit der dritten Änderung des Telemediengesetzes einer weiteren Klarstellung zum Umfang der Haftungsbeschränkung für WLAN-Anbieter. Diese Klarstellung ist im Juni 2017 erfolgt. Offenes WLAN ist Teil einer offenen Gesellschaft und Bestandteil einer modernen digitalen Infrastruktur. Das WLAN-Gesetz schafft endlich Rechtssicherheit für offene WLAN-Hotspots und es leistet einen wichtigen Beitrag, offene WLAN-Hotspots zu fördern.

KLEINANLEGERSCHUTZGESETZ STÄRKT DEN GRÜNDERSTANDORT DEUTSCHLAND

Das Crowdinvesting hat sich zu einer wichtigen Finanzierungsmöglichkeit für Startups und junge Unternehmen entwickelt. Mit dem Kleinanlegerschutzgesetz haben wir sowohl mehr Rechte für Kleinanleger geschaffen als auch den Rahmen für die Förderung von jungen Unternehmen und Startups deutlich verbessert.

2. NETZPOLITISCHER KONGRESS „DIGITAL IST BESSER?!“

Im November 2015 führte die SPD-Fraktion ihren 2. Netzpolitischen Kongress „Digital ist besser?!“ durch. Im Mittelpunkt standen Fragen, wie es um Deutschlands Digitalisierungs- und Netzpolitik insbesondere in den Bereichen „Digitale Arbeit/Arbeit 4.0“ und „Digitale Wirtschaft“ steht, welche Maßnahmen der Digitalen Agenda bereits umgesetzt werden konnten und wo weiterer Handlungsbedarf besteht.

ENTWICKLUNGS-ZUSAMMENARBEIT

SOZIALDEMOKRATISCHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT HEIßT GLOBALISIERUNG FÜR ALLE GERECHT GESTALTEN

Dank der SPD-Bundestagsfraktion beträgt der Haushaltsaufwuchs in der 18. Wahlperiode für die Entwicklungszusammenarbeit insgesamt 35 Prozent. Für das Jahr 2016 konnten wir den Entwicklungsetat um 13,2 Prozent auf 7,4 Milliarden Euro steigern. Das bedeutet einen Haushaltsaufwuchs im Vergleich zum Vorjahr von rund 880 Millionen Euro. Diesen Rekordhaushalt haben wir für das Jahr 2017 noch einmal deutlich ausgebaut und um weitere 1,1 Milliarden Euro aufgestockt auf über 8,5 Milliarden Euro. Dies entspricht dem Bedeutungszuwachs einer Politik für mehr globale Gerechtigkeit, auch vor dem Hintergrund der weltweiten Fluchtbewegungen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass auch für die anstehenden Herausforderungen für mehr globale Gerechtigkeit ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Den von Finanzminister Schäuble geplanten geringen Aufwuchs von 150 Millionen Euro der Mittel für das Haushaltsjahr 2018 bei Festschreibung für die Folgejahre bis 2021 halten wir für absolut unzureichend. Wir setzen uns dafür ein, dass für jeden zusätzlich zur Verfügung gestellten Euro im Verteidigungsetat ergänzend 1,5 Euro für die Entwicklungszusammenarbeit, die humanitäre Hilfe und Krisenprävention eingestellt werden.

KOMPASS AGENDA 2030

Erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit muss den Menschen vor Ort nachhaltige Zukunftsperspektiven bieten. Damit alle von der globalen wirtschaftlichen Entwicklung nachhaltig profitieren, machen wir uns dafür stark, dass soziale, umweltgerechte und menschenrechtliche Aspekte weltweit nicht zu kurz kommen. Wir sehen uns der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) bis zum Jahr 2030 verpflichtet und richten unsere politische Arbeit daran aus. Die SDGs bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine zielgerichtete und nachhaltige Entwicklungspolitik und formulieren einen verbindlichen Auftrag für mehr globale Gerechtigkeit. Mit ihrem universellen Charakter machen sie deutlich, dass positive globale Entwicklung zwingend ganzheitlich als gemeinsames Engagement aller Partner aus Entwicklungs-, Schwellen und Industrieländern unter Einbeziehung aller Politikbereiche verstanden werden muss. Auch für unsere Politik bedeutet dies, mehr ressortübergreifende parlamentarische Initiativen auf den Weg zu bringen.

URBANISIERUNG

Eine Schlüsselrolle in der weltweiten Entwicklung übernimmt der globale Trend zur Verstädterung. Nachhaltig gestaltete und integrierte Urbanisierung bietet Chancen für Wirtschaftsentwicklung und Armutsreduzierung, für Ressourceneffizienz, Reduzierung des Flächenverbrauchs und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Städte sind Orte des Wandels und der Innovation. Grundlage für die Entfaltung dieser Potenziale sind umfassende Konzepte. Ungesteuertes Städtewachstum begünstigt Slum-Bildung und damit

Armut und Ungleichheit. Deshalb ist es so wichtig, dass der Trend zur Urbanisierung in den Entwicklungsländern aktiv entwicklungspolitisch begleitet wird.

VOM FREIHANDEL ZUM FAIRHANDEL

Bereits im Vorfeld der Verhandlungen der Agenda 2030 der UN haben wir im Mai 2015 einen Beschluss gefasst, der sozialdemokratische Grundanliegen als Grundlage für die Ausgestaltung globaler Wirtschaftsbeziehungen benennt: „In allen Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und im Allgemeinen Präferenzsystem der EU sind deshalb Regeln für die verbindliche Einhaltung und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer und sozialer Standards wie der ILO-Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu vereinbaren." Unser Ziel ist es, die Transparenz in globalen Produktions- und Lieferketten zu verbessern, damit die Einhaltung menschenrechtlicher, ökologischer und sozialer Mindeststandards kontrolliert und Verstöße sanktioniert werden können. Der Widerstand der Industrie und konservativer Politik ist hier nach wie vor enorm. Für die Implementierung von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Entwicklungsländern sehen wir die Einbindung der Zivilgesellschaft als unabdingbar an. Für uns ist die Stärkung der Partizipation und Mitbestimmung der Bevölkerung vor Ort Voraussetzung für eine gelungene Entwicklungszusammenarbeit. Wir fordern deshalb Nachverhandlungen auf EU-Ebene für die EPAs, wo dies noch nicht ausreichend geschehen ist.

GESUNDE ERNÄHRUNG FÜR ALLE. LÄNDLICHE RÄUME UND MODERNE LANDWIRTSCHAFT STÄRKEN

ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

GESUNDE ERNÄHRUNG ERLEICHTERN

Zu viel, zu fettiges, zu süßes und zu salziges Essen macht krank. Mit dem Antrag „Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen" haben wir die Nationale Reduktionsstrategie für Zucker, Fett und Salz auf den Weg gebracht – für gesündere Lebensmittelrezepturen. Zudem soll die verbindliche Einführung der DGE-Qualitätsstandards für eine gesunde Kita- und Schulverpflegung für alle Kinder sorgen. Mit einer Strategie, die die gesamte Wertschöpfungskette einbezieht, wollen wir die Lebensmittelverschwendung eindämmen.

KLARE LEBENSMITTELBEZEICHNUNGEN

Viele Verbraucher fühlen sich getäuscht von Bezeichnungen wie „Fruchtcreme" für ein Produkt ohne Früchte. Mit dem Antrag "Mehr Klarheit für Verbraucher" haben wir die Arbeit der Lebensmittelbuchkommission reformiert: Künftig sollen die Lebensmittelbezeichnungen den Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher entsprechen. Mit dem Verbraucherportal Lebensmittelklarheit.de soll das Verbraucherverständnis erfasst und verwirrende Bezeichnungen ermittelt werden. Was drauf steht, soll auch drin sein.

Dies gilt auch für vegane und vegetarische Produkte, die wir klar definiert haben. Neben der freiwilligen Regelung auf nationaler Ebene werden wir uns auch auf EU-Ebene stark machen für eine rechtsverbindliche Definition.

LÄNDLICHER RAUM UND DIGITALISIERUNG

Es ist uns gelungen, den Einsatz der GAK-Fördermittel im ländlichen Raum endlich auf den nichtlandwirtschaftlichen Bereich auszuweiten. Jetzt können Kleinbetriebe und Basisdienstleistungen, der Erhalt dörflicher Bausubstanz sowie Vertragsnaturschutz und Landschaftspflege unterstützt werden. Der verstärkten Anwendung der Digitalisierung in der Landwirtschaft wollen wir eine Richtung geben. In einem Positionspapier fordern wir, den Breitbandausbau im ländlichen Raum voranzutreiben, die Datenautonomie der Unternehmen zu erhalten und die berufliche Bildung zu verbessern. Um den Prozess zu begleiten, haben wir eine Technikfolgenabschätzung abgestoßen.

PRODUKTIONSBEDINGUNGEN DEM GESELLSCHAFTLICHEN WANDEL ANPASSEN

Mit der Novelle des Düngegesetzes und seiner Verordnungen haben wir die Voraussetzung dafür geschaffen, der Verunreinigung unserer Wasserkörper mit Nitrat Einhalt gebieten zu können. Leider war die Union nicht dazu zu bewegen, bei dieser Gelegenheit auch die Phosphor- und Ammoniakemissionen durch entsprechende Regelungen zu begrenzen, so dass uns dieses Thema weiter begleiten wird.

Die Art und Weise, wie Nutztiere derzeit gehalten werden, entspricht nicht mehr unseren Wertvorstellungen. Die Union sperrt sich gegen notwendige Anpassungen. Erst gegen Ende der Legislatur ist es uns gelungen, die Pelztierhaltung zu beenden und die Schlachtung trächtiger Kühe und Sauen zu untersagen. Den Einsatz von Antibiotika wollen wir durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen eng begrenzen.

Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt genveränderte Pflanzen im Essen und auf dem Acker ab. Mit dem Antrag „Grüne Gentechnik – Vorbehalte der Menschen ernst nehmen" hatten wir erreicht, dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für nationale GVO-Anbauverbote eingesetzt hat. Doch die Novelle des deutschen Gentechnikgesetzes, mit der wir bundesweit einheitliche GVO-Anbauverbote ermöglichen wollten, ist an der CDU/CSU gescheitert.

In der Agrarsozialpolitik konnten wir erstmals Präventionsmaßnahmen etablieren. Die Regelungen für die Hofabgabe bei Eintritt in die Rente wurden flexibler gefasst, um soziale Härten insbesondere für Bewirtschafter auslaufender Höfe zu beseitigen.

UNTERSTÜTZUNG BEI SCHWIERIGEN MARKTLAGEN

Nach dem heftigen Preiseinbruch auf dem Milchmarkt Anfang 2016 haben wir an dem Ausstieg aus der Milchquote festgehalten und den betroffenen Landwirten und ihren Molkereien die Möglichkeit geboten, sich durch Zusammenschlüsse und Absprachen gegenüber dem hoch konzentrierten Einzelhandel zu behaupten. Davon wurde jedoch kein Gebrauch gemacht. Deshalb wollen wir die Rechtstellung der Milcherzeuger in den Molkereien verbessern. Zur Abfederung von Liquiditätsengpässen haben wir einer gezielten Beihilfe und vorübergehenden steuerlichen Vergünstigungen zugestimmt.

EUROPA

NEUE PRIORITÄTEN WIRKLICHKEIT WERDEN LASSEN: EINE INVESTITIONSOFFENSIVE FÜR EUROPA

Die von der seit November 2014 amtierenden EU-Kommission ausgerufene Investitionsoffensive nahm in 2105 konkrete Formen an. Unter Führung ihres Präsidenten Jean-Claude Junker veröffentlichte sie zu Beginn des Jahres ihren Vorschlag für einen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Die Schwerpunkte des neuen Fonds sollten auf der Beseitigung von Investitionshindernissen, der Unterstützung von Investitionsvorhaben durch Öffentlichkeitsarbeit und technische Hilfe sowie der innovativen Mobilisierung vorhandener und neuer finanzieller Ressourcen liegen. Mit Hilfe des Fonds sollten über seine Laufzeit von zunächst drei Jahren Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro ausgelöst werden.

Die Verwirklichung der neuen Schwerpunktsetzung, weg von einer einseitigen Sparpolitik hin zu wachstumsfördernden Investitionen in Beschäftigung, Infrastruktur und Forschung, wurde von der Fraktion nachdrücklich unterstützt und gefördert. Auf Grundlage eines Antrags wurde die Bundesregierung aufgefordert, der Einrichtung des Fonds zuzustimmen. Nach Gründung des EFSI begleiteten wir seine Arbeitsaufnahme und Durchführung. Unserer Bewertung fällt positiv aus, der Fonds hat zu einer Trendwende bei den Investitionen in der EU beigetragen.

NEUE AKZENTE AUCH BEIM EUROPÄISCHE SEMESTER

Das sog. Europäische Semester wurde im Jahr 2010 wurde als Instrument der wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitischen Koordinierung eingeführt. Trotz des Widerwillens des Koalitionspartners konnten wir in einem Antrag die Notwendigkeit deutlich machen, die angelegte Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspakt zu nutzen.

BREXIT

Das am 23. Juni 2016 durchgeführte Referendum über die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreiches in der Europäischen Union markiert einen tiefen geschichtlichen Einschnitt. Knapp 52% der abgegebenen Stimmen befürworteten den Austritt aus der EU. Auch wenn dies weniger als 38% aller Wahlberechtigten waren, galt es das bedauerliche Resultat zu akzeptieren und den Zusammenhalt der verbleibenden 27 Mitgliedstaten zu sichern. In einer Sondersitzung des Bundestages legten wir unserer Grundhaltung fest: keine Vorgespräche ohne Austrittsmitteilung, in den anschließende Verhandlungen geht es um die Bedingungen des Austritts des Landes, nicht um eine Mitgliedschaft light. Wer die Rechte und Vorteile des Binnenmarktes genießen will, muss die mit ihm verbundenen Pflichten erfüllen: keine „Rosinenpicken“ durch das Vereinigte Königreich.

SOZIALES EUROPA

Eine der Ursachen für die schwankende Zustimmung der Bevölkerung zur Europäischen Union liegt in der Überbetonung von Wettbewerbsfähigkeit und Konkurrenz. Die in den EU-Verträgen angelegte sozialpolitische Flankierung des Binnenmarktes kam in den letzten Jahren zu kurz. Mit einem Positionspapier haben wir Kernanforderungen der SPD-Fraktion für die Weiterentwicklung des sozialen Europas definiert. Die EU braucht eine Wohlstandsstrategie, die allen Menschen Perspektiven bietet. Ein europäischer Mindestlohn und soziale Investitionen müssen für faire Beschäftigung im gemeinsamen Markt sorgen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort ist einer der Standards, die Sozialdumping verhindern. Die Bekämpfung der weiterhin viel zu hohen Jugendarbeitslosigkeit muss verstärkt werden.

FRAUEN, FAMILIE, SENIOREN UND JUGEND

MEHR FAMILIENFÖRDERUNG UND GLEICHSTELLUNG DURCHGESETZT

MEHR UNTERSTÜTZUNG FÜR FAMILIEN

Gute Bildung und Chancengleichheit setzen eine verlässliche Finanzierung voraus. Deshalb haben wir auch in den Jahren 2015 und 2016 massiv in den Ausbau und die Qualität in der Kindertagesbetreuung investiert. Das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ haben wir fortgeführt und gleichzeitig den Ländern seit 2015 jährlich 845 Millionen Euro für Betriebskosten zur Verfügung gestellt. Seit 2016 gibt es für die Förderung der Kinderbetreuung obendrauf noch die freigewordenen Mittel durch den Wegfall des Betreuungsgeldes. Wir haben erreicht, dass Bund und Länder in einem Zwischenbericht Qualitätsziele, Kostenabschätzungen und Finanzierungswege vorgestellt haben. Mit guten Kinderbetreuungsangeboten und Bundesprogrammen, wie z.B. KitaPLUS, verbessern wir auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

MEHR GELD FÜR FAMILIEN

Alle Kinder haben das Recht auf einen guten Start ins Leben. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es wichtig, dass die finanzielle Unterstützung von Familien auch dort ankommt, wo sie wirklich gebraucht wird: bei Familien mit mittlerem oder niedrigem Einkommen. Wir haben für ein ausgewogenes Geldleistungspaket für Familien gesorgt, das neben Erhöhungen von Kindergeld und Kinderfreibetrag auch Steigerungen beim Kinderzuschlag und beim steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende vorsieht. Im Rahmen der Verhandlungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen konnten wir im Herbst 2016 erreichen, dass der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende deutlich ausgeweitet wird.

FRAUEN UND GLEICHSTELLUNG GEFÖRDERT

Mit dem Entgelttransparenzgesetz haben wir der Lohnlücke den Kampf angesagt. Nun haben Angestellte in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten einen individuellen Auskunftsanspruch darüber, wie sie im Vergleich zu anderen entlohnt werden. Unternehmen mit mindestens 500 Beschäftigten werden aufgefordert, künftig Verfahren zur Beseitigung von Lohndiskriminierung anzuwenden. Für die Kapitalgesellschaften unter ihnen gilt eine Berichtspflicht.

Wir haben eine Frauenquote bei Führungspositionen gesetzlich geregelt: Rund 100 börsennotierte Unternehmen, in denen die Mitbestimmung gilt, müssen mindestens 30 Prozent der frei werdenden Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzen. Und die Quote wirkt: 2016 haben die Unternehmen die 30-Prozent-Quote erfüllt. Zudem werden weitere 3500 Unternehmen verpflichtet, sich konkrete Ziele zur Erhöhung des Frauenanteils in ihren Aufsichtsräten, Vorständen und den oberen Management-Ebenen zu setzen und über die Fortschritte zu berichten.

Und wir haben den Mutterschutz modernisiert: Künftig werden auch Studentinnen, Praktikantinnen, Auszubildende und Schülerinnen vom Mutterschutz profitieren. Auch Selbständigen wird die Möglichkeit eröffnet, sich für die Zeit des Mutterschutzes besser finanziell abzusichern. Die Schutzfrist für Mütter von behinderten Kindern wird von acht auf zwölf Monate verlängert. Und: der Kündigungsschutz für Frauen, die nach der zwölften Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt erlitten haben, wird verbessert. Die Reform schafft den Spagat zwischen Gesundheitsschutz und Selbstbestimmung und ist ein wichtiger Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie nicht zuletzt für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Arbeitswelt.

HILFEN FÜR HELFER

Mit 10.000 neuen Plätzen in der Arbeit mit Geflüchteten haben wir den Bundesfreiwilligendienst ausgebaut. Zudem konnten wir endlich erreichen, dass die gute – überwiegend freiwillig geleistete Arbeit – in den Mehrgenerationenhäusern langfristig gesichert ist. Außerdem wurde das Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen" aufgelegt. Damit werden Freiwillige gefördert, die sich der zu uns geflüchteten Menschen annehmen und so einen wichtigen Beitrag zu einer gelingenden Integration von Flüchtlingen leisten.

MEHR SCHUTZ ERREICHT

Im Jahr 2015 sind rund eine Millionen Menschen nach Deutschland geflohen. Viele davon sind Kinder und Jugendliche. Mit einem Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher haben wir dafür gesorgt, dass sie auch dann gut unterkommen, wenn sie ohne Begleitung eines Erwachsenen hier ankommen. Für alle in Deutschland lebenden Kinder haben wir unsere Aktivitäten zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch noch einmal deutlich ausgeweitet. Mit einem neuen Prostituiertenschutzgesetz haben wir für die Prostituierten einen besseren Schutz vor Gewalt und Diskriminierung erreicht.

Und: Nach der Ratifizierung der Istanbul-Konvention werden wir Gewalt gegen Frauen noch intensiver bekämpfen.

VERSORGUNGSSTRUKTUREN AUF HÖHE DER ZEIT

AMBULANTE VERSORGUNG WEITERENTWICKELT

Mit dem Versorgungsstärkungsgesetz, dem größten Gesetzgebungsvorhaben der 18. Wahlperiode im Bereich Gesundheit, haben wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen ergriffen, um die medizinische Versorgung von Patient*innen in Stadt und Land sicherzustellen und weiterzuentwickeln. So haben wir die Bedarfsplanung perspektivisch auf eine neue Grundlage gestellt und gezielt ergänzende Anreize für mehr Niederlassungen von Ärzt*innen in ländlichen und strukturschwachen Regionen geschaffen. Gleichzeitig wird durch eine verpflichtende Aufkaufregel überzähliger Arztsitze Überversorgung abgebaut. Im Zentrum aller Maßnahmen stand die spürbare Verbesserung der Versorgungsituation der Patient*innen, beispielsweise bei der Weiterentwicklung des Entlassmanagements aus dem Krankenhaus, dem Recht auf eine Zweitmeinung bei medizinischen Eingriffen; der Schaffung einer neuen psychotherapeutischen Sprechstunde als niedrigschwelligem Zugang zur Psychotherapie oder bei der Stärkung der ambulanten spezialärztlichen Versorgung. Letztlich haben wir mit dem Innovationsfonds beim Gemeinsamen Bundesausschuss die Weichen für zukunftsorientierte Versorgungsformen beispielsweise beim Übergang zwischen den Sektorengrenzen oder im Bereich digitaler Anwendungen im Gesundheitswesen gestellt.

STRUKTURWANDEL IN DER STATIONÄREN VERSORGUNG EINGELEITET

Nicht weniger als 660 Millionen Euro haben wir für die Jahre 2016-2018 in einem Pflegestellenförderprogramm solchen Krankenhäusern bereitgestellt, die für eine gute Personalausstattung Sorge tragen. Denn die Qualität der Versorgung der Patient*innen muss im Mittelpunkt stehen. In Zukunft wird gute Qualität in Krankenhäusern belohnt und schlechte Qualität zeitlich befristet sanktioniert. Mit dem neu geschaffenen Strukturfonds für Krankenhäuser in Höhe von 500 Millionen Euro jährlich leiten wir den überfälligen Strukturwandel im stationären Bereich ein und überführen Überkapazitäten in neue Versorgungsangebote. Weiterhin haben wir mit dem Anspruch auf eine pflegerische Übergangsversorgung eine Versorgungslücke an der Nahtstelle zwischen stationärer und ambulanter Versorgung geschlossen.

Im Bereich der stationären Psychiatrie haben wir eine Alternative zum heftig kritisierten PEPP-System auf den Weg gebracht und die Finanzierung mit einem budgetorientierten Vergütungssystem auf eine solide Grundlage gestellt. Mit der sogenannten stationsäquivalenten Leistung wird zudem zukünftig die Versorgung psychisch kranker Patient*innen aus dem Krankenhaus heraus in der eigenen Häuslichkeit möglich.

NEUER PFLEGEBEDÜRFTIGKEITSBEGRIFF EINGEFÜHRT, PFLEGELEISTUNGEN AUSGEBAUT

Mit zwei Pflegestärkungsgesetzen haben wir den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff umgesetzt und das neue Begutachtungssystem eingeführt. Die früheren drei Pflegestufen wurden nun durch ein stärker differenziertes System von fünf Pflegegraden abgelöst. Dabei werden unter anderem kognitive Einschränkungen von Pflegbedürftigen besser berücksichtigt und mit Leistungsverbesserungen unterlegt. Den Beitrag zur Pflegeversicherung haben wir um moderate 0,2 Prozentpunkte angehoben. Für die Pflegekräfte haben wir durchgesetzt, dass Löhne bis zur Höhe des Tarifniveaus von den Pflegekassen und Sozialhilfeträgern künftig grundsätzlich als wirtschaftlich anerkannt und entsprechend finanziert werden müssen.

GESUNDHEIT

PARADIGMENWECHSEL HIN ZUR GESUNDHEITSFÖRDERUNG UND PRÄVENTION

Mittels koordinierter Präventionsarbeit der Sozialversicherungsträger werden Krankheiten bereits vor ihrem Ausbruch bekämpft und die Gesundheit der Bevölkerung gezielt gefördert. Die Maßnahmen greifen dort, wo Menschen leben, lernen, arbeiten oder gepflegt werden. Insgesamt fließen jährlich 500 Millionen Euro in Projekte zur Gesundheitsförderung und Prävention und auch die Mittel der GKV für die Selbsthilfe haben wir erhöht.

GESUNDHEIT WIRD DIGITAL

Mit dem E-Health Gesetz haben wir dem bisher schleppenden Projekt rund um die elektronische Gesundheitskarte (eGK) und der Schaffung eines zusammenhängenden Kommunikationsnetzes im deutschen Gesundheitswesens Beine gemacht. Am Ende der vorgezeichneten Entwicklung sollen ein besonders sicheres Netz und die elektronische Patientenakte zur effizienten Versorgung von Patient*innen stehen. Durch ein noch zu schaffendes digitales Patientenfach wird der Zugang des Patienten zu seinen Daten sichergestellt, die medizinische Versorgung wird mittels Videosprechstunden beim Arzt möglich und Notfalldaten werden auf Wunsch des Patienten auf seiner eGK gespeichert.

BESSERE VERSORGUNG AM ENDE DES LEBENS UND BEI CHRONISCHEN ERKRANKUNGEN

Zu einer guten Versorgung gehört insbesondere medizinische, pflegerische, psychologische und seelsorgliche Hilfe in der letzten Phase des Lebens. Deshalb haben wir die Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße Versorgung von sterbenskranken Patient*innen zu Hause, im Krankenhaus, im Pflegeheim oder im Hospiz verbessert und die Beratungs- und Hilfsangebote ausgebaut. Chronisch kranken Menschen und Menschen am Ende ihres Lebens steht zudem ab sofort mit Cannabis als Medizin eine neue Therapiealternative zur Verfügung.

HAUSHALT UND FINANZEN

HAUSHALTSPOLITIK OHNE NEUE SCHULDEN FORTSETZEN, FLÜCHTLINGSKOSTEN SOLIDARISCH SCHULTERN

BUNDESHAUSHALT 2015: ERNEUT OHNE NEUE SCHULDEN

Mit dem Bundeshaushalt 2015 setzte die Große Koalition ihre solide Haushaltspolitik fort: Ohne neue Schulden wurden die prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrags konsequent umgesetzt, darunter milliardenschwere Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur. Gleichzeitig wurde mit dem Haushalt 2015 der Grundstein für ein zusätzliches Investitionspaket von 10 Milliarden Euro für die Jahre 2016 bis 2018 gelegt.

1. NACHTRAGSHAUSHALT 2015: 10-MILLIARDEN-PAKET UND INVESTITIONSFONDS FÜR FINANZSCHWACHE KOMMUNEN

Mit dem 1. Nachtragshaushalt 2015 wurde das 10-Milliarden-Investitionspaket erstens auf die konkreten Politikbereiche aufgeteilt, zweitens vergrößert. Um auch finanzschwachen Kommunen die notwendigen Investitionen zu ermöglichen, wurde ein Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ errichtet und mit 3,5 Milliarden Euro ausgestattet. Weitere Anpassungen ergaben sich durch die hohe Zahl von Flüchtlingen, die nach Deutschland kamen. Aufgrund einer Einigung von Bund und Ländern vom Dezember 2014 wurden Länder und Kommunen im Jahr 2015 in Höhe von 1 Mrd. Euro entlastet.

2. NACHTRAGSHAUSHALT 2015: ENTLASTUNG VON LÄNDERN UND KOMMUNEN BEI FLÜCHTLINGSKOSTEN

Mit dem 2. Nachtragshaushalt 2015 erfolgte die finanzielle Unterlegung des Gesamtkonzepts zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen, auf das sich Bund und Länder im September 2015 verständigt hatten. Die vorgesehene Entlastung im Jahr 2015 wurde um 1 Mrd. Euro auf 2 Mrd. Euro erhöht. Darüber hinaus wurde eine Rücklage von zunächst 5 Mrd. Euro gebildet, um die Finanzierung der vereinbarten Maßnahmen ab dem Jahr 2016 zu erleichtern.
Die gute Wirtschaftslage ermöglichte es zudem, dem Energie- und Klimafonds (EKF) einmalig einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 1,3 Mrd. Euro zuzuführen, der in den Folgejahren zur Finanzierung der Energiewende zusätzlich zur Verfügung steht.

BUNDESHAUSHALT 2016: HERAUSFORDERUNGEN ANGENOMMEN, VERSPRECHEN GEHALTEN

Mit dem Bundeshaushalt 2016 haben wir die Ausgaben im Zusammenhang mit den Flüchtlingen noch einmal erhöht. Allein die Länder und Kommunen erhalten anfänglich 3,3 Mrd. Euro als Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten, dieser Betrag wurde später noch deutlich erhöht (s.u.). Zusätzlich haben wir vor allem bei BMAS und BMI die Ausgaben für Integration, Soziales und die innere Sicherheit erhöht. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen haben wir im Parlament dem Auswärtige Amt 400 Mio. Euro mehr zur Verfügung gestellt als im Regierungsentwurf vorgesehen.
Daneben haben wir auch in anderen Bereichen die sozialdemokratische Politik fortgesetzt: die Mittel für sozialen Wohnungsbau haben wir auf 1 Mrd. Euro verdoppelt, die Regionalisierungsmittel für den regionalen ÖPNV um 700 Mio. Euro erhöht und mit den frei werdenden Mitteln aus dem Betreuungsgeld die Kinderbetreuung gestärkt (2016: rd. 400 Mio. Euro). Und das alles erneut, ohne neue Schulden aufnehmen zu müssen.

GESETZ ZUR BETEILIGUNG DES BUNDES AN DEN INTEGRATIONSKOSTEN UND ZUR WEITEREN ENTLASTUNG VON LÄNDERN UND KOMMUNEN

Mit dem Gesetz entlastet der Bund Länder und Kommunen im Zusammenhang mit den Flüchtlingskosten erneut deutlich: für die Jahre 2016-18 zahlt der Bund eine Integrationspauschale von je 2 Mrd. Euro und übernimmt vollständig die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylbewerber, die ALG II bekommen (Entlastungsvolumen: 2,6 Mrd. Euro). Darüber hinaus wird die zuvor als Abschlag gezahlte quotale Bundesbeteiligung an den Flüchtlingsaufnahmekosten der Länder entsprechend den vorliegenden Zahlen deutlich erhöht. Für 2016 erhalten die Länder zusätzlich rd. 2,6 Mrd. Euro, für das Jahr 2017 ergibt sich ein neuer Abschlag von rd. 1,2 Mrd. Euro.
Schließlich setzt das Gesetz die im Koalitionsvertrag von der SPD durchgesetzte Entlastung der Kommunen um 5 Mrd. Euro jährlich ab 2018 um. Entsprechend einer Bund-Länder-Einigung fließen die 5 Mrd. Euro über folgenden Schlüssel: 2,4 Mrd. höherer Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer; 1,6 Mrd. Euro höhere Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im SGB II; 1 Mrd. Euro höherer Länderanteil an der Umsatzsteuer.

FINANZMÄRKTE STABILISIEREN, STEUERVERMEIDUNG BEKÄMPFEN

FINANZMÄRKTE WEITER STÄRKEN DURCH REGULIERUNG VON BANKEN, VERSICHERUNGEN UND DES GRAUEN KAPITALMARKTS

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Umsetzung des einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus für in Schieflage geratene Banken vorangetrieben. Das Abwicklungsmechanismusgesetzes regelt unter anderem, wie die in Deutschland eingesammelten Bankenabgaben auf den europäischen Abwicklungsfonds übertragen werden.
Durch das Gesetz zur Modernisierung der Finanzaufsicht haben wir die Aufsicht über die Versicherungen gezielt gestärkt, um Risiken frühzeitig entgegenzuwirken. Kern der Neuregelung sind umfassendere, risikoorientierte Eigenmittelvorschriften für Versicherungen. Zudem gibt es nunmehr höhere Anforderungen an das Risikomanagement und zusätzliche Veröffentlichungspflichten für die Versicherungen.
Das Kleinanlegerschutzgesetz dient der Regulierung des grauen Kapitalmarktes. Nachrangdarlehen und Beteiligungsdarlehen werden nunmehr als Vermögensanlagen definiert und fallen unter die Regelungen des Vermögensanlagengesetzes. Damit schließen wir bestehende Regelungslücken und stärken die Transparenz für Privatanleger umfassend. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erhält zudem erstmals ein Mandat für den „kollektiven Verbraucherschutz“ zur Einschränkung unseriöser Finanzprodukte.

STEUERVERMEIDUNG INTERNATIONALER KONZERNE BEKÄMPFEN

Ein Schwerpunkt der Steuergesetzgebung bestand in der Umsetzung des Aktionsplans der OECD gegen die Steuervermeidungsstrategien international tätiger Konzerne (BEPS-Aktionsplan). Durch das sogenannte BEPS-Umsetzungsgesetz wurde die Transparenz konzerninterner Transaktionen verbessert, Lücken zwischen den nationalen Steuersystemen geschlossen und der unfaire Steuerwettbewerb eingedämmt.

REFORM DER INVESTMENTBESTEUERUNG/ BEKÄMPFUNG VON CUM-CUM-GESCHÄFTEN

Die Investmentbesteuerung haben wir mit dem Ziel der Vereinfachung reformiert. Dabei wurden Maßnahmen zur Bekämpfung der sogenannten Cum/Cum-Geschäfte beschlossen, bei denen die Dividendenbesteuerung umgangen wird. Eine Steuerbefreiung wird künftig nur noch gewährt, wenn die Aktien in der Zeit um den Dividendenstichtag wenigstens für eine Frist von 45 Tagen gehalten werden.

REFORM DER ERBSCHAFTSTEUER

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Vermittlungsausschuss dafür gesorgt, dass die Erbschaftsteuer erhalten bleibt und die Überprivilegierung sehr großer Betriebsvermögen beendet wurde. Mit seinem Urteil vom Dezember 2014 hatte das Bundesverfassungsgericht die Erbschaftsteuer aufgrund der eingeräumten Steuerprivilegien insbesondere für große bis sehr große Unternehmen als verfassungswidrig eingestuft.

ENTLASTUNG DER EINKOMMENSTEUERZAHLER

In den Jahren 2015 und 2016 wurden die Einkommensteuerzahler durch Anhebungen von Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag und Kindergeld und Absenkungen des Einkommensteuertarifs um 5,3 Mrd. Euro bzw. 6,2 Mrd. Euro entlastet. Damit wurde die verfassungsrechtlich gebotene Steuerfreistellung des Existenzminimums sichergestellt und es wurden die Effekte der kalten Progression ausgeglichen.

SCHUTZ VOR KRIMINALITÄT, GEORDNETE ZUWANDERUNG UND BESSERE INTEGRATION

INNERE SICHERHEIT UND SCHUTZ VOR TERRORISMUS

Die Bundestagsfraktion hat auch in der 18. Wahlperiode eine Politik der inneren Sicherheit betrieben, die die Bürgerrechte wahrt und der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dient.

Wir haben die rechtsstaatlich möglichen Maßnahmen zur Terrorabwehr weiter optimiert. Eine Lücke haben wir mit einem Gesetz geschlossen, das den Entzug des Personalausweises ausreisewilliger Dschihadisten ermöglicht. Hinsichtlich der Weitergeltung befristeter Regelungen der Terrorismusbekämpfung haben wir uns mit dem Koalitionspartner auf eine erneute Befristung und Evaluierung bis 10. Januar 2021 geeinigt. Mit dem Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus haben wir eine gesetzliche Grundlage für die Teilnahme des Bundesamtes für Verfassungsschutz an gemeinsamen Dateien mit ausländischen Nachrichtendiensten geschaffen und daneben eine verpflichtende Prepaid-Nutzeridentifizierung eingeführt, um den Missbrauch von Prepaid-Telefonkarten zu kriminellen oder terroristischen Zwecken zu erschweren. Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes haben wir den längst überfälligen klaren gesetzlichen Rahmen für den Einsatz von V-Leuten des Bundesamtes für Verfassungsschutz geschaffen.

Der SPD-Fraktion ist klar, dass es vor allem gut ausgestatteter Sicherheitsbehörden bedarf, um Gefahren abzuwehren und Straftaten zu verfolgen. Deswegen haben wir die Sicherheitsbehörden, vor allem die Bundespolizei, weiter personell gestärkt.

Das neu geschaffene IT-Sicherheitsgesetz zum Schutz kritischer Infrastrukturen gegen Cyber-Angriffe ermöglicht verbindliche Sicherheitsstandards bei bestimmten kritischen Infrastrukturen.

ASYL, MIGRATION UND INTEGRATION

Voraussetzung für eine gute Flüchtlings- und Asylpolitik sind eine bessere Kontrolle beim Zuzug von Asylbewerbern sowie schnelle Asylverfahren. Durch zügige Asylverfahren kann die Integration schnell beginnen oder im Falle einer Ablehnung die Rückführung in die Heimatländer erfolgen.

Mit dem Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung haben wir einerseits ein alters- und stichtagsunabhängiges Bleiberecht für langjährig Geduldete eingeführt. Zugleich haben wir das Ausweisungs- und Abschiebungsrecht reformiert.

Durch das Asylpaket I können Asylbewerber verpflichtet werden, bis zu sechs Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Wir haben Vorgaben der Kinderrechtskonvention umgesetzt, Minderjährige im Verfahren als minderjährig zu behandeln und ihnen einen Vertreter für das Asylverfahren zur Seite zu stellen. Albanien, Kosovo und Montenegro wurden zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Die Mittel für Sprachkurse haben wir deutlich aufgestockt und die Integrationskurse wurden für Geduldete und bestimmte Asylbewerber geöffnet.

Mehr Ordnung bei der Aufnahme von Flüchtlingen, schnellere Asylverfahren und eine raschere Rückführung von Menschen, die kein Bleiberecht haben waren Ziele des Asylpakets II. Asylsuchende mit geringen Chancen auf Anerkennung werden jetzt in besonderen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht, in denen die Asylverfahren in rund drei Wochen abgeschlossen werden. Die Ausweisung straffälliger Ausländer haben wir erleichtert.

Mit dem Datenaustauschverbesserungsgesetz wurde die Registrierung von Asyl- und Schutzsuchenden verbessert. Dazu haben wir ein Kerndatensystem geschaffen und einen Ankunftsnachweis für Flüchtlinge eingeführt. Damit wird eine umfassende Registrierung und Identifizierung gewährleistet und auch die Identitätstäuschung verhindert.

SCHNELLERE UND BESSERE INTEGRATION

Mit dem Integrationsgesetz wurden erstmals verbindliche Regeln für Integration in Deutschland geschaffen. Es verbessert die Angebote zum Spracherwerb und fördert eine schnelle Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Flüchtlinge in Ausbildung werden besser geschützt und ehrenamtliches Engagement besser gewürdigt.

EINWANDERUNG VON FACHKRÄFTEN STEUERN

2016 haben wir einen detaillierten Entwurf für ein Einwanderungsgesetz vorgelegt. Wir wollen transparent und verständlich regeln, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern darf. Dafür wollen wir ein flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem nach kanadischem Modell einführen. Eine flexible Quote legt fest, wie viele qualifizierte Fachkräfte pro Jahr in unser Land kommen können.

INTERESSENKOLLISIONEN UND MISSBRÄUCHEN VORGEBEUGT

Mitglieder der Bundesregierung und Parlamentarische Staatssekretäre müssen nach dem Ausscheiden aus ihrem Amt jetzt mindestens zwölf Monate warten bevor sie in die Wirtschaft wechseln dürfen.

Durch die Änderung des Parteiengesetzes haben wir die Möglichkeit beseitigt, die staatliche Teilfinanzierung von Parteien ungerechtfertigt zu beanspruchen. Mangelnde Eigenfinanzierung von Parteien kann nicht mehr verdeckt werden durch bloße Einnahmen an Stelle von Erträgen aus wirtschaftlicher Tätigkeit.

Statistiken vereinfacht und verbessert

Das Bundesstatistikgesetz wurde praxisgerecht modernisiert und sieht künftig eine verstärkte Nutzung von Verwaltungsdaten vor. Außerdem wurde es an kurzfristigen Datenbedarf oberster Bundesbehörden angepasst und berücksichtigt ebenso wie das Gesetz zur Neuregelung des Mikrozensus stärker europäische Datenlieferverpflichtungen im Bereich Statistik.

VERBESSERUNGEN IM MELDERECHT

Im Melderecht bestand Anpassungsbedarf aufgrund von Änderungen in anderen Gesetzen (Einführung Ersatzpersonalausweis, Optionspflicht) und der mit dem Ende 2015 in Kraft getretenen Bundesmeldegesetz gesammelten ersten Praxiserfahrungen. Ziel der Änderungen: Entbürokratisierung, Einsparungen und Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwaltung.

KULTUR UND MEDIEN

KULTUR UND MEDIEN: ESSENTIELL FÜR EINE OFFENE GESELLSCHAFT

Für uns sind Kunst und Kultur Teil und Voraussetzung einer offenen und vielfältigen demokratischen Gesellschaft. Sie schaffen Bewusstsein, Identität und die Freiheit zur Entwicklung des Einzelnen. Mediale Vielfalt auf hohem journalistischem Niveau ist Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Im Berichtszeitraum galt es, mit sozialdemokratischer Handschrift gesetzliche Rahmenbedingungen zu verbessern.

FILMFÖRDERUNG

Mit der Novellierung des Filmfördergesetzes konnten wir die Finanzierung der Filmförderungsanstalt (FFA) sichern sowie die Qualität und Vielfalt des deutschen Films erhalten und weiterentwickeln. Die Fördermittel werden künftig auf weniger Projekte konzentriert, die Auswahl verbessert, und die Drehbuchförderung ausgeweitet. Wir konnten die paritätische Besetzung der FFA-Gremien durchsetzen, die zugleich deutlich verschlankt werden. Hervorzuheben ist auch, dass auf unsere parlamentarische Intervention hin die FFA künftig bei ihrer Fördermittelvergabe auf die Einhaltung sozialer Standards bei der Film-Produktion hinwirken muss.

GRÜNDUNG MUSIKFONDS

Auf unser Drängen konnte endlich ein neuer Musikfonds zur Förderung von zeitgenössische Musik aller Sparten in ihrer Vielfalt und Komplexität eingerichtet werden. Der Fonds hat 2016 seine Arbeit aufgenommen.

KULTURGUT SCHÜTZEN

Mitte 2016 haben wir das Kulturgutschutzgesetz verabschiedet. Das Gesetz fasst drei bisher bestehende Gesetze in einem einheitlichen Gesetz zusammen (Kulturgüterrückgabegesetz, Umsetzungsgesetz Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, Kulturgutschutzgesetz). Künftig kann der illegale Handel – insbesondere mit Kulturgut aus Raubgrabungen in Kriegs- und Krisengebieten – besser bekämpft und national wertvolles Kulturgut besser vor der Abwanderung geschützt werden. Mit einer neuen Ankaufsoption des Staates haben wir die Balance zwischen dem effektiven Schutz von national wertvollem Kulturgut und dem Interesse der Eigentümer gerecht ausbalanciert.

STASI-UNTERLAGEN-BEHÖRDE WEITERENTWICKELN

Die Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde hat mit ihrem Abschlussbericht an den Bundestag klare Vorschläge unterbreitet. Wir konnten mit dem Koalitionspartner im Antrag „Die Aufarbeitung der SED-Diktatur konsequent fortführen“ erreichen, dass das Bundesarchiv und der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen gemeinsam ein Konzept zur dauerhaften Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung in die Zuständigkeit des Bundesarchivs für die nächste Wahlperiode vorlegen muss.

ERRICHTUNG BUNDESKANZLER-HELMUT-SCHMIDT-STIFTUNG

Mit der Stiftungserrichtung wollen wir nicht nur an das politische Wirken des großen Sozialdemokraten für Freiheit und Einheit des Deutschen Volkes erinnern, sondern haben auch eine Plattform geschaffen, die für Frieden und die Einigung Europas sowie die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern im Sinne Helmut Schmidts künftig wirken soll.

STÄRKUNG DER DEUTSCHEN WELLE

In Zeiten zunehmender globaler Propaganda steht unser Auslandssender, die Deutsche Welle, für Meinungsfreiheit und unabhängigen Journalismus. Wir haben ihren Etat 2015 und 2016 deutlich angehoben und sie damit gestärkt.

REFORM DER MEDIENORDNUNG

Eine eigens eingerichtete Bund-Länder-Kommission zur Fortentwicklung der Medien- und Kommunikationsordnung konnte im Juni 2016 ihren Abschlussbericht vorlegen. Zu fünf Schwerpunkten gab es Anpassungsbedarfe bei der Medienregulierung: Jugendmedienschutz, Intermediäre, Plattformregulierung, Kartellrecht/Vielfaltsicherung und europäischer Rechtsrahmen für audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie). Mit unserem Fraktionsprojekt „Reform der Medien- und Kommunikationsordnung“ haben wir 2015 und 2016 die Kommission als einzige Partei intensiv begleitet. Dafür starteten wir mit einer umfangreichen Branchenbefragung und diskutierten in fünf Dialogveranstaltungen und Fachgesprächen wichtige Einzelthemen. Die Ergebnisse flossen in die Beratungen der Bund-Länder-Kommission ein.

RECHT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

WER RECHT HAT, SOLL AUCH RECHT BEKOMMEN

MIETPREISBREMSE/ BESTELLERPRINZIP

Durch das Mietrechtsnovellierungsgesetz haben wir die versprochene Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip im Maklerrecht eingeführt. Künftig darf in den Gebieten, die die Länder für die Dauer von 5 Jahren als angespannt ausweisen, bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen die Miete höchstens auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete zuzüglich 10 Prozent steigen. Um Investitionen in den Wohnungsbau nicht zu hemmen, gibt es Ausnahmen für Neubauten und die Erstvermietung nach umfassender Modernisierung von Wohnungen. Außerdem gilt ab 1.6.2015 bei der Vermittlung von Mietwohnungen das Prinzip „Wer den Makler bestellt, bezahlt ihn auch.“

SCHUTZ VOR ÜBERSCHULDUNG

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie haben wir ein verpflichtendes Beratungsangebot bei dauerhafter und erheblicher Inanspruchnahme eines Dispokredits eingeführt. Verbraucherinnen und Verbraucher werden so Alternativen aufgezeigt, um hohe Dispozinsen und eine drohende Verschuldung zu vermeiden. Neue Beratungspflichten für den Abschluss von Wohnimmobilienkrediten sollen Verbraucherinnen und Verbraucher vor Überschuldung schützen.

BESSERE DURCHSETZUNG DES VERBRAUCHERDATENSCHUTZES

Verbraucherverbände können jetzt bei Datenschutzverstößen abmahnen und Unterlassungsklage erheben. Gerade gegenüber großen Konzernen ist es für Verbraucher oft nur mit großer Mühe und hohen Kosten möglich, alleine ihre Rechte durchzusetzen. Weil Datenschutz auch immer Verbraucherschutz ist, war die Erweiterung des Unterlassungsklagegesetzes auf den Bereich des Datenschutzes dringend nötig.

LEBENSPARTNERSCHAFTSRECHT

Mit dem Gesetz wurden bestehende Ungleichbehandlungen von Ehe und Lebenspartnerschaft im Zivil- und Verfahrensrecht sowie im Sozialrecht beseitigt.

UNTERHALTSRECHT

Die Anbindung des Mindestunterhalts für minderjährige Kinder an den steuerlichen Freibetrag wurde beendet (sog. „Entkopplung“); das Unterhaltsverfahren wurde anwenderfreundlicher gestaltet.

JEDERMANNKONTO

Mit dem Zahlungskontengesetz erhält jeder Verbraucher das Recht auf Zugang zu einem Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen (Basiskonto). Dieser Anspruch gilt auch für Wohnungslose, Asylsuchende und Geduldete, die mit diesem Basiskonto nun ebenfalls am Zahlungsverkehr teilnehmen können.

KOSTENLOSE STREITSCHLICHTUNG FÜR VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER
Das Verbraucherstreitbeilegungsgesetz legt den Grundstein für den Ausbau der außergerichtlichen Beilegung von Verbraucherstreitigkeiten in einem einfachen, unbürokratischen und regelmäßig kostenfreien Verfahren.

UNABHÄNGIGE UND NEUTRALE SACHVERSTÄNDIGE
Das reformierte Sachverständigenrecht gewährleistet, dass gerichtlich beigezogene Sachverständige qualifiziert, unabhängig und neutral handeln.

FRAUENQUOTE IN AUFSICHTSRÄTEN
Ab 1. Januar 2016 ist bei Aufsichtsratswahlen in rund hundert börsennotierten und voll mitbestimmten Unternehmen in Deutschland eine Frauenquote von 30 Prozent zu beachten.

AKTIENRECHTSNOVELLE
Mit der Umsetzung der EU-Aktienrechtsnovelle wird Geldwäschern und Terrorismusfinanzierern ihr Geschäft erschwert. Bisher konnte Schwarzgeld anonym in Inhaberaktien von nicht börsennotierten Unternehmen angelegt werden, so dass die Inhaber der Aktien nicht bekannt waren. Diese Unternehmen müssen nun den Anspruch auf Einzelverbriefung ausschließen, wenn sie Inhaberaktien ausgeben.

STÄRKUNG DER OPFERRECHTE
Das 3. Opferrechtsreformgesetz schafft deutlich höhere Standards beim Opferschutz im Strafprozess. Kernpunkt ist die Einführung der psychosozialen Prozessbegleitung, die Opfern schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten die notwendige emotionale und psychologische Unterstützung gibt.

URHEBERVERTRAGSRECHT
Unsere Reform hilft den Kreativen, ihre Ansprüche auf angemessene Vergütung auch in der Praxis besser durchzusetzen - durch die Stärkung ihrer individuellen Rechte und durch den Ausbau des kollektiven Urhebervertragsrechts.

BEKÄMPFUNG VON MENSCHENHANDEL UND ZWANGSPROSTITUTION
Neben der Richtlinienumsetzung enthält der Gesetzentwurf eine Neufassung der strafrechtlichen Vorschriften, die aufgrund der praxistauglicheren Fassung der Tatbestände und höherer Strafmaße Menschenhandel effektiver bekämpfen soll. Zudem führt der Gesetzentwurf die Freierstrafbarkeit ein, wenn der Kunde die Zwangslage der Prostituierten wissentlich ausnutzt.

BEKÄMPFUNG DER KORRUPTION IM GESUNDHEITSWESEN
Heilberufliche Entscheidungen sollen einzig am Wohl des Patienten orientiert sein. Mit dem Gesetzentwurf wollen wir das Vertrauen der Patienten in die Integrität heilberuflicher Entscheidungen und den fairen Wettbewerb im Gesundheitswesen wiederherstellen.

STÄRKUNG DER SEXUELLEN SELBSTBESTIMMUNG („NEIN HEIßT NEIN“)
Der Gesetzentwurf dient dem umfänglichen Schutz der sexuellen Selbstbestimmung. Kern der Reform ist die gesetzliche Verankerung der sogenannten Nein-heißt-Nein-Lösung. Zudem führt der Gesetzentwurf den Straftatbestand der sexuellen Belästigung ein.

VERBESSERTER SCHUTZ VOR STALKING
Die Handlung des sog. Stalkers muss seither lediglich objektiv geeignet sein, eine gravierende Beeinträchtigung der Lebensgestaltung des Opfers herbeizuführen. Bisher war die Nachstellung erst strafbar, wenn das Opfer seine Lebensumstände drastisch verändert hat.

VERHINDERUNG TERRORISTISCHER STRAFTATEN
Der Gesetzentwurf führt die Strafbarkeit dessen ein, der in Krisengebiete reist oder zu reisen versucht, um sich dort in Terrorcamps ausbilden zu lassen oder an Kampfhandlungen teilzunehmen.

FÜR EINEN FAIREN UND SAUBEREN SPORT

SPORT

SPORT STÄRKT DIE GESELLSCHAFT
Sport bringt täglich viele Menschen zusammen – Jung und Alt, Frauen und Männer sowie Menschen mit und ohne Behinderungen. Und zwar unabhängig von ihrer Nationalität und ihrer religiösen, politischen oder sexuellen Orientierung. Sport und Sportvereine vermitteln Werte wie Fairness, Respekt und Teamgeist. Sie bieten die Chance, leistungsfähiger zu werden, eigene Grenzen auszuloten, das eigene Wohlbefinden zu verbessern und das Selbstbewusstsein zu stärken.

FÜR FAIREN UND SAUBEREN SPORT
Der Sport hat eine Vorbildfunktion für junge Menschen. Deutsche Athletinnen und Athleten sind mit ihren Spitzenleistungen ein Aushängeschild unseres Landes. Die grundlegenden Werte des Sports werden mit dem Einsatz von unlauteren Mitteln untergraben. Deshalb hat sich die SPD-Bundestagsfraktion viele Jahre für ein Anti-Doping-Gesetz stark gemacht. Mit diesem neuen Gesetz ist es nun strafbar, wenn sich jemand mit dem Besitz bzw. der Einnahme von Dopingsubstanzen einen Vorteil im Wettkampf verschafft.
Darüber hinaus leistet die SPD-Bundestagsfraktion mit einem neuen Gesetz gegen Spielmanipulation einen weiteren wichtigen Beitrag für einen fairen und sauberen Sport. Die nationalen und internationalen Skandale im Sport müssen der Vergangenheit angehören. Manipulationen und Absprachen von Sportwettbewerben beeinträchtigen die Integrität des Sports und schädigen in betrügerischer Weise das Vermögen anderer.

AKTIV FÜR INTEGRATION
Sport bietet für eine erfolgreiche Integration und für die Vermittlung von demokratischen Werten einen idealen Rahmen. Sport verbindet Menschen und vermittelt gleichzeitig die notwendigen Werte für eine solidarische Gesellschaft wie Respekt, Fairness und Toleranz.
In den letzten Jahren hat sich jeder dritte Sportverein in Deutschland für die Integration von Flüchtlingen eingesetzt. Die Vereine haben Bewegungsmöglichkeiten in den Notunterkünften angeboten. Sie haben Feste und Turniere veranstaltet und werben vor Ort für ein friedliches Miteinander und für Verständigung. Daher haben wir dafür gesorgt, dass die Mittel für das Bundesprogramm „Integration durch Sport“ in den letzten Jahren verdoppelt wurden.

DIE RAHMENBEDINGUNG IM SPITZENSPORT NACHHALTIG VERBESSERN
Im gemeinsamen Konzept zur Spitzensportförderung vom Deutschen Olympischen Sportbund, dem Bundesinnenministerium und der Sportministerkonferenz sollen Sportlerinnen und Sportler im Mittelpunkt stehen. Dafür ist es notwendig, geeignete Sportstätten zur Verfügung zu stellen, die Sportwissenschaft praxisnah einzubeziehen sowie die Arbeitsbedingungen für Trainerinnen und Trainer weiter zu verbessern. Die Duale Karriere ist mit Leben zu füllen und für die Alterssicherung der Athletinnen und Athleten muss ein Konzept erarbeitet werden.

Verbände müssen auch weiterhin die Möglichkeit erhalten, erfolglose Phasen mit einer finanziellen Unterstützung zu überbrücken. Denn: Amateursportler von heute sind mögliche Profis von morgen. Daher müssen die guten Trainingsbedingungen auch in Zukunft allen Leistungssportlern zur Verfügung stehen.

UMWELT UND BAU

FÜR EINE SAUBERE UMWELT UND GUTEN WOHNRAUM

KLIMASCHUTZ

Mit dem Klimaschutzplan 2050 hat die Bundesregierung unter sozialdemokratischer Federführung erstmalig die Ziele für eine Treibhausgasminderung in Deutschland bis 2050 konkretisiert. Wir wollen bis 2020 den Ausstoß von CO2 im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent und bis 2030 um mindestens 55 Prozent senken. Bis 2050 wollen wir weitestgehend Treibhausgasneutralität erreichen. Mit dem Positionspapier der SPD-Fraktion „Investieren für Arbeit, Innovation, Klimaschutz und gutes Leben" haben wir Vorschläge unterbreitet, wie wir unsere Klimaschutzziele durch ergänzende zielgerichtete Maßnahmen erreichen können.

FRACKINGVERBOT

In langen und intensiven Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner haben wir ein Verbot von unkonventionellem Fracking - dem Fracking in Schiefer-, Ton- oder Mergelgestein sowie Kohleflözgestein - durchgesetzt. Dieses Verbot gilt nicht nur für Erdgas, sondern auch für Erdöl. Es ist uns etwas gelungen, was viele, vor allem Wirtschaftspolitiker, in der Union niemals wollten: Es gilt ein unbefristetes Verbot, das Ende 2021 vom Deutschen Bundestag überprüft werden soll. Eine Aufhebung des Verbotes wäre dann nur mit einer Mehrheit im Deutschen Bundestag möglich. Forschungsvorhaben werden nur unter strengen Auflagen, an maximal vier Stellen im Bundesgebiet und nur mit Zustimmung der jeweiligen Landesregierung erlaubt.

HOCHWASSERSCHUTZ

Das Nationale Hochwasserschutzprogramm sieht Deichrückverlegungen, Flutpolder sowie Maßnahmen zur Beseitigung von Schwachstellen vor. Es sollen 1180 Millionen Kubikmeter Retentionsvolumen und durch Deichrückverlegungen rund 20.000 Hektar Überflutungsflächen neu geschaffen werden.
Die Gesamtsumme der erforderlichen Haushaltsmittel für alle Maßnahmen beträgt voraussichtlich rund 5,4 Milliarden Euro. Der Bund unterstützt die Länder über einen Sonderrahmenplan „Präventiver Hochwasserschutz" bei der Umsetzung der Maßnahmen. Aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung 2016 bis 2018 werden Bundesmittel in Höhe von jährlich 100 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt.

ATOMMÜLL

Mit der 14. Novelle des Atomgesetzes wird die europäische „Endlager-Richtlinie" zur verantwortungsvollen und sicheren Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle in nationales Recht umgesetzt. Die EU-Mitgliedstaaten müssen ein hohes Sicherheitsniveau bei der Entsorgung von Atommüll gewährleisten sowie die Arbeitskräfte und die Bevölkerung vor den Gefahren ionisierender Strahlung schützen.
Die Bundesregierung hat ein nationales Entsorgungsprogramm (NaPro) vorgelegt. Grundlage des NaPro ist ein aktuelles Verzeichnis aller Arten radioaktiver Abfälle, die in Deutschland endgelagert werden sollen.

ENDLAGERKOMMISSION

Am 5. Juli 2016 hat die Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe ihren Abschlussbericht dem Deutschen Bundestag übergeben. Die Empfehlungen der Kommission haben wir zusammen mit den Fraktionen der CDU/CSU und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Standortauswahlgesetz umgesetzt. Es ist uns gelungen ein faires, gerechtes und transparentes Verfahren der Endlagersuche festzuschreiben. Bei der Bürgerbeteiligung und beim Rechtschutz haben wir eine angemessene gesellschaftliche Partizipation ermöglicht. Dazu gehört neben mehrmaligen rechtlichen Überprüfungsmöglichkeiten insbesondere auch die rechtzeitige Einsetzung des nationalen Begleitgremiums. Das Gremium begleitet den Prozess aus gesellschaftlicher Perspektive unabhängig und ermöglicht einen Dialog auf Augenhöhe mit den handelnden Behörden. Die drei möglichen Wirtsgesteine Ton, Salz und Kristallin kommen gleichrangig für ein Endlager in Betracht. Keines dieser Gesteine wird von vorherein ausgeschlossen oder bevorzugt. Entscheidend ist die bestmögliche Sicherheit. Das ist mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gewährleistet.

NAGOYA-PROTOKOLL

Das Nagoya-Protokoll bildet den völkerrechtlichen Rahmen für einen fairen Zugang zu genetischen Ressourcen aus Pflanzen oder Tieren und regelt die ausgewogene und gerechte Verteilung der Vorteile, die sich aus ihrer Nutzung ergeben. Der Bundestag hat die Gesetzentwürfe zur Ratifizierung und der Umsetzung des Nagoya-Protokolls beschlossen.

KREISLAUFWIRTSCHAFT

Zentrales Anliegen unserer Abfallpolitik ist es, Abfälle zu vermeiden und optimal zu verwerten. Wir haben Sammlung und Recycling u.a. für Batterien, Elektroaltgeräte sowie für Gewerbe- und Bauabfälle verbessert. So verbleiben Wertstoffe länger im Wirtschaftskreislauf und natürliche Ressourcen werden geschont. Mit den Neuregelungen werden u.a. der illegale Export von Elektroschrott eingeschränkt, die Verwendung gesundheitsgefährdender Stoffe in Batterien untersagt, die Ablagerung von Bau- und Abbruchabfällen auf „Billigdeponien" verhindert und durch die Streichung der sog. Heizwertklausel noch mehr Abfälle recycelt und weniger verbrannt. Auf diese Weise minimieren wir Umweltbelastungen und sichern Klimaschutz.

RESSOURCENEFFIZIENZ

Die Nutzung der natürlichen Ressourcen übersteigt die Regenerationsfähigkeit unserer Erde deutlich. Deshalb ist die Verringerung des Rohstoff- und Materialverbrauchs unabdingbar. Das birgt gleichzeitig große Chancen für Unternehmen, steigert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, schafft neue Arbeitsplätze und sichert nachhaltig Beschäftigung. Wir haben das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm fortgeschrieben, das Maßnahmen zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen aufzeigt. Das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum ist ein Schritt zur Umsetzung der 2030-Agenda und dient dazu, unsere Konsummuster und unseren Lebensstil mit den planetaren Grenzen in Einklang zu bringen.

BEZAHLBARES WOHNEN

Wo Wohnraum besonders knapp ist, steigen die Mieten überproportional, vor allem in Ballungsräumen und Universitätsstädten. Deshalb unterstützen wir den Neubau von bezahlbarem Wohnraum und haben die Bundesmittel hierfür 2016 auf mehr als eine Milliarde Euro verdoppelt. Den altersgerechten Umbau und Maßnahmen zum Einbruchschutz fördern wir mit Zuschüssen. Wir haben das Wohngeld erhöht und an gestiegene Einkommen und höhere Warmmieten angepasst. So entlasten wir in erster Linie Haushalte mit geringen Einkommen.

STADTENTWICKLUNG

Städte und Gemeinden stehen vor stetig neuen Herausforderungen durch soziale, ökologische und wirtschaftliche Veränderungen. Der Bund unterstützt die Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen mit den Programmen der Städtebauförderung, die wir von 455 auf 700 Millionen Euro erhöht haben. Für das Programm „Soziale Stadt", mit dem benachteiligte und strukturschwache Quartiere aufgewertet werden können, konnten wir eine Verdreifachung der Mittel von 50 auf 150 Millionen Euro durchsetzen. Wir haben ein Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus" mit 50 Millionen Euro aufgelegt, das Projekte mit besonderer nationaler oder internationaler Wahrnehmbarkeit fördert. Mit der ressortübergreifenden Strategie bündeln wir erstmals Fördermittel aus Programmen anderer Ressorts.

VERKEHR

INVESTITIONEN IN VERKEHRSWEGE UND SCHNELLES INTERNET

MOBILITÄT ZUKUNFTSSICHER GESTALTEN

Unser Ziel ist eine Verkehrspolitik, die Mobilität für alle ermöglicht, die ökonomische Leistungsfähigkeit unseres Landes unterstützt und zugleich die Belastungen von Verkehr für die Bürgerinnen und Bürger und die Umwelt verringert.

Eine wesentliche Aufgabe dieser Legislaturperiode war es, die Investitionen in unsere Infrastruktur zu erhöhen und sie so leistungsfähig zu halten. Mit dem schrittweisen Anstieg der Investitionslinie auf 14 Mrd. Euro bis 2018 ist uns das gelungen. Zur Finanzierung haben wir eine Ausweitung der LKW-Maut auf Fahrzeuge ab 7,5 t und auf alle Bundesstraßen erreicht.

Es kommt jedoch auch darauf an, dass die zur Verfügung stehenden Mittel richtig eigesetzt werden. In den Leitlinien des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) haben wir daher durchgesetzt, dass das Geld vornehmlich in Projekte von überregionaler Bedeutung fließt. Mit mehr als 50% profitieren vor allem die umweltfreundlicheren Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße. Zudem geht über die Hälfte der Mittel in den Erhalt. Planungsverfahren, insbesondere bei Brückenbauten haben wir beschleunigt.

STÄRKUNG DER SCHIENE

Mit den Maßnahmen im Bereich Schiene haben wir den Grundstein zur Verwirklichung des Deutschland-Taktes gelegt. Hiermit sollen bundesweit aufeinander abgestimmte Anschlüsse sowie die Bedienung aller wichtigen Oberzentren nach einem regelmäßigen Taktverkehr angefahren werden.

Der Wettbewerb im Eisenbahnsektor wird weiter gestärkt durch die Überarbeitung des Eisenbahn-Regulierungsrechts und der Umsetzung der zu Grunde liegenden europäischen Richtlinie 2012/34/EU. Für uns stand aber von vornherein fest: Wir wollen eine Regulierung, die wichtige Impulse setzt, aber keine Überregulierung. Das haben wir auch im Koalitionsvertrag deutlich verankert Mit dem verabschiedeten Gesetz ist uns dies in Abstimmung mit den Bundesländern in einem guten Kompromiss gelungen.

Mit der Steigerung der Regionalisierungsmittel des Bundes auf 8,2 Mrd. Euro haben wir das weitere Wachstum des Schienenpersonennahverkehrs gestärkt. Durch die Erhöhung gegenüber 2014 um insgesamt 900 Millionen Euro gegenüber 2014, haben wir einen weiteren wichtigen Punkt des Koalitionsvertrages abgearbeitet.

BELASTUNG DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER BEGRENZEN

Eine zukunftsfähige Bahnpolitik muss einen umfassenden Lärmschutz mit einbeziehen. Daher stand auch der Schutz vor Schienenlärm im Mittelpunkt der Verkehrspolitik in dieser Legislaturperiode. Deutschland will den Schienenlärm bis 2020 — bezogen auf die Werte aus dem Jahr 2008 — halbieren.

Mit dem Luftverkehrsgesetz ist es uns gelungen, einen guten Ausgleich zwischen den Anliegend der Anwohnerinnen und Anwohnern und der Entwicklung der Luftverkehrswirtschaft zu finden.

Die Leistungsfähigkeit der maritimen Wirtschaft ist von zentraler Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Exportnation Deutschland. Mit dem nationalen Hafenkonzept 2015 wollen wir die Effizienz und Produktivität der See- und Binnenhäfen steigern. Mit der Beibehaltung der Tonnagesteuer und der Einführung eines vollständigen Lohnsteuereinbehalts stärken wir unseren maritimen Standort.

KLIMASCHUTZ DURCH FÖRDERUNG UND INNOVATION

Zur Förderung der Elektromobilität haben wir ein Bündel an Maßnahmen auf den Weg gebracht: Mit dem Elektromobilitätsgesetz werden E-Autos nun gesondert gekennzeichnet und können privilegiert werden, z.B. durch die Befreiung von Parkgebühren. Außerdem haben wir uns erfolgreich für eine Kaufprämie (Umweltbonus) von bis zu 4.000 Euro für reine Elektrofahrzeuge eingesetzt, die Befreiung von der Kfz-Steuer für reine E-Kfz für 10 Jahre bei Erstzulassung bis 2020 beschlossen oder auch eine Gesetzesänderung vorgenommen, so dass das Aufladen beim Arbeitgeber nicht mehr als geldwerter Vorteil zu versteuern ist. Zudem haben wir für ein Programm zum Ausbau der Ladeinfrastruktur in einem Umfang von 300 Mio. Euro für die kommenden Jahre auf den Weg gebracht.

DIGITALE INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

Der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur schreitet weiter voran. Wir haben in dieser Legislatur erfolgreich die Rechtsgrundlage dafür geschaffen, dass Betreiber von offenem WLAN kein Haftungsrisiko mehr eingehen müssen. Die SPD hat das ehrgeizige Ziel einer flächendeckenden Breitbandversorgung mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 Mbit/s bis 2018 verankert. Wir haben über 4 Milliarden Euro Fördermittel von Bund und Ländern aktiviert, die zusätzliche private Investitionen auslösen und nun nach und nach verbaut werden. Auch beim mobilen Breitband werden hohe Versorgungsauflagen in der Fläche greifen.

VERTEIDIGUNG

DIE BUNDESWEHR KANN SICH AUF DIE SPD VERLASSEN

EIN ATTRAKTIVITÄTSGESETZ FÜR DIE BUNDESWEHR

Die sozialdemokratischen Verteidigungspolitiker haben bereits 2011 ein Maßnahmenpaket für die Streitkräfte gefordert, um die Verwerfungen durch die völlig verfehlte Reform der Bundeswehr unter zwei Unions-Verteidigungsministern vor allem sozial abzufedern. Hinzu kommt die erschwerte Nachwuchsgewinnung durch die veränderte Demografie. Mit dem Ende Februar 2015 im Bundestag beschlossenen Attraktivitätsgesetz sind fast alle unsere damaligen Vorschläge umgesetzt worden. In einem umfangreichen Gesetzespaket haben wir erstmalig eine Dienstzeitregelung für Soldaten eingeführt, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschlossen, die Hinzuverdienstregelung verbessert und die Zulagen für besonders fordernde oder gefährliche Tätigkeiten erhöht. Uns Sozialdemokraten war besonders die Erhöhung der Rentennachversicherung für die Zeitsoldaten von 100 auf 120 Prozent wichtig, um die Vergleichbarkeit mit Angestellten im öffentlichen Dienst zu erreichen. Für die Streitkräfte stellt dieses größte Attraktivitätsprogramm in der Geschichte der Bundeswehr einen wichtigen Schritt hin zu mehr Anziehungskraft ihres Berufs und zur Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr dar. Dazu haben wir Sozialdemokraten einen wesentlichen Beitrag geleistet.

NACHJUSTIERUNG DER BUNDESWEHRREFORM

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, die verfehlte Reform von Verteidigungsminister de Maiziere wieder rückgängig zu machen. In allen Punkten, die noch umzusetzen waren, haben wir unsere Forderungen realisieren können: Die Personalstärke für zivile und militärische Angehörige der Bundeswehr steigt wieder, entsprechend wachsen auch die Ausrüstung und das Material für die Truppe wieder. Nötig war dafür eine maßvolle Erhöhung des Verteidigungshaushalts, damit die Bundeswehr wieder das bekommt, was sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und ihrer internationalen Verpflichtungen benötigt. Durch das Reformbegleitgesetz, das Attraktivitätsgesetz und entsprechende Haushaltsanträge konnten wir soziale Härten abfedern und die neue Struktur nachbessern.

EUROPÄISIERUNG DER STREITKRÄFTE

Seit 2007 betreibt die Arbeitsgruppe eine Politik zur Europäisierung der Streitkräfte. Unser letztes Positionspapier dazu aus dem Jahr

2014 hat über Parteigrenzen hinweg auch international Beachtung gefunden. Um dieses Projekt voranzutreiben haben wir mehrere internationale Konferenzen veranstaltet, zuletzt im März 2017. Auch die EU-Kommission hat in zwischen die stärkere Europäisierung der Streitkräfte als Thema aufgegriffen. Durch die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) und einen europäischen Verteidigungsfonds wird die Kooperation unter den EU-Staaten institutionalisiert. Die Ausgaben für Verteidigung werden europäisch koordiniert und gesteuert. Gerade die kleineren EU-Staaten können mit ihrer geringeren Wirtschaftskraft nicht das gesamte Fähigkeitsspektrum vorhalten. Unser Modell ist, dass sie in einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsunion ihre militärischen Kräfte zukünftig arbeitsteilig einbringen können. An diesem Projekt werden wir auch in den nächsten Jahren dranbleiben.

WIRTSCHAFT UND ENERGIE

MITTELSTAND, INDUSTRIE UND HANDWERK STÄRKEN, INNOVATIONEN FÖRDERN, ENERGIEWENDE VOLLENDEN!

ES IST ZEIT FÜR EINE STARKE WIRTSCHAFT UND FÜR MEHR INNOVATIONEN

Mittelstand, Industrie und Handwerk sind die Grundpfeiler unserer wirtschaftlichen Stärke. Damit dies so bleibt, haben wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen weiter verbessert und erfolgreiche Förderprogramme ausgebaut. So haben wir, um die Chancen der Digitalisierung besser zu nutzen, die Mittel für Förderprogramme deutlich erhöht und Kompetenzzentren v.a. für den Mittelstand und das Handwerk geschaffen. Ein wichtiges Anliegen ist uns auch der Erhalt der dualen Berufsausbildung und des Meisterbriefs, wofür wir uns auf EU-Ebene mit mehreren Initiativen stark gemacht haben. Durch zwei Gesetze zur Bürokratieentlastung ist es gelungen, Vorschriften zu vereinfachen und die steuerliche Abschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, also etwa für Büroausstattung oder Werkzeuge, deutlich zu verbessern. Ebenso konnten wir eine Anhebung der Grenze für Kleinbetragsrechnungen durchsetzen. Dies kommt v.a. dem Mittelstand zugute. Die Entlastungswirkung beträgt ca. 1 Mrd. Euro jährlich.

Das zentrale Innovationsprogramm für den Mittelstand ZIM und die industrielle Gemeinschaftsforschung IGF wurden auf unsere Initiative hin erfolgreich ausgebaut. Damit fördern wir Innovationen, insbesondere im Mittelstand. Ein gesamtdeutsches effektives Fördersystem für strukturschwache Regionen erachten wir ab 2020 für notwendig, um die Innovationspotentiale der Regionen im Strukturwandel zu stärken. Wir bekennen uns zum Industriestandort Deutschland. Industrielle Wertschöpfungsketten wollen wir erhalten und ausbauen. Für den Breitbandausbau und für die Förderung der Zukunftsbranche der Mikroelektronik stehen bis 2020 insgesamt rund 2,3 Mrd. Euro bereit. Außerdem fördern wir die Elektromobilität mit einer Kaufprämie sowie durch Forschungsförderung und den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur.

Start-ups sind Innovationstreiber und schaffen die Arbeitsplätze von morgen. Wir haben dafür gesorgt, dass die steuerlichen Rahmenbedingungen und die Gründungsförderung für diese Unternehmen deutlich verbessert wurden. Zuletzt haben wir uns erfolgreich für ein stärkeres Engagement der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bei der Wagniskapitalfinanzierung eingesetzt. Die KfW wird daher zukünftig wachsende Beträge für die Wagniskapital- und Beteiligungsfinanzierung zur Verfügung stellen, damit aus vielversprechenden Gründungen erfolgreiche Mittelständler werden können.

Mit den von uns durchgesetzten Änderungen beim Handelsabkommen EU-Kanada (CETA) haben wir nach langer und intensiver Debatte in der Fraktion neue Maßstäbe für sehr hohe Standards gesetzt. Erstmals wurde der Investitionsschutz etwa bei einer unabhängigen, internationalen Gerichtsbarkeit angesiedelt. Wir wollen in allen Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Regeln für die verbindliche Einhaltung und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer, verbraucherpolitischer und sozialer Standards vereinbaren.

Seit 2012 führt die SPD-Fraktion erfolgreich ihren jährlichen Wirtschaftsempfang mit jeweils 800 Gästen durch. Dabei widmet sich die Fraktion im Dialog mit Unternehmen, Wissenschaft und Gewerkschaften den wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik. So ging es 2015 um Innovation und 2016 um die Frage, wie wir Investitionen in unserem Land fördern können. Im Wahljahr 2017 ging es um die Zukunftstrends in der Wirtschaft.

DIE NÄCHSTE PHASE DER ENERGIEWENDE KANN BEGINNEN

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes haben wir in einem ersten Schritt den Ordnungsrahmen des Strommarktes auf einen wachsenden Anteil erneuerbarer Energien ausgerichtet und die Weichen für einen Wettbewerb von flexibler Erzeugung, flexibler Nachfrage und Speichern gestellt. Dies ist die größte Reform des Strommarktes seit der Liberalisierung in den neunziger Jahren. Die Umsetzung der stark ineinandergreifenden Maßnahmen wird zeigen, ob die Annahmen, die den Modellen zugrunde liegen, zutreffen. Ein Monitoring des Energiewendeprozesses soll zeitnah Hinweise liefern, ob ggf. nachgesteuert werden muss. Diesbezüglich kann es keine Gewissheit geben, aber es war wichtig zu starten.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz haben wir in dieser Legislaturperiode gleich zweimal reformiert. Was mit dem EEG 2014 vorbereitet wurde, haben wir im EEG 2017 festgelegt: über Ausschreibungen werden die Einspeisevergütungen für Wind an Land, Wind auf See, Photovoltaik und Biomasse ermittelt und der Ausbau der Erneuerbaren mit dem Netzausbau synchronisiert.

Mit dem Ausbaupfad der Erneuerbaren liegen wir im Zeitplan. Ende 2016 wurde ein Drittel unseres Stroms aus Wind, Sonne und Biomasse erzeugt. Den 45%-Prozent-Anteil für 2025 werden wir erreichen. Der Netzausbau ist hingegen zum Engpass der Energiewende geworden. Insbesondere der Ausbau der großen Gleichstromübertragungsnetze, mit denen der Strom aus Windenergie aus dem Norden in den Süden geleitet werden soll, stößt auf große Vorbehalte in der Bevölkerung. Darauf haben wir reagiert und mit der Novellierung des Energieleitungsausbaugesetzes im Oktober 2015 für diese Trassen der Erdverkabelung den Vorrang eingeräumt.

Nicht nur die Übertragungsnetze, sondern auch die Verteilnetze müssen für die Anforderungen der Energiewende modernisiert werden. Mit dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende wurden der rechtliche Rahmen und die technischen sowie datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Digitalisierung des Stromsektors geschaffen. Intelligente Messsysteme (Smart Meter) sind die Grundlage für Versorgungssicherheit und Stabilität der Netze. Darüber hinaus sind die Novellierung der Anreizregulierungsverordnung und die Änderung der Vorschriften zur Vergabe von Wegenutzungsrechten wichtige Vorhaben, um Ausschreibungen rechtssicher durchzuführen sowie den Netzausbau verlässlich voranzutreiben.

Mit der Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes haben wir ein Gesetz verabschiedet, das die Förderung von KWK-Anlagen auf die Ziele der Energiewende ausrichtet und die beihilferechtlichen Vorgaben der EU-Kommission erfüllt. Investitionen in zukunftsfähige KWK-Anlagen sollen angereizt werden, indem der Ersatz von Kohle durch moderne Gas-KWK-Anlagen unterstützt wird. Wir haben sichergestellt, dass bei der KWK-Förderung der Fokus weiterhin auf Anlagen der öffentlichen Versorgung liegt. Die Förderhöhe für KWK-Anlagen zwischen 1 und 50 MW wird durch Ausschreibungen ermittelt. Ziel ist es, in 2020 ein Viertel der thermischen Stromerzeugung aus KWK-Anlagen zu gewinnen.

Die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer für die Energiewende speist sich wesentlich aus der geografischen Nähe von Anlagenbetreibern und Konsumenten etwa in Form von regionalen Vermarktungsmodellen, breit aufgestellten Bürgerenergiegesellschaften und dezentralen Eigenstrommodellen. Nutzen und Kosten der Energiewende müssen gerechter verteilt werden. Die gesetzlichen Grundlagen zur Ausweitung von Mieterstrom-

modellen, Bürgerenergiegesellschaften sowie eine ausgewogenere Kostenbelastung für die Netzentgelte haben wir neu ausgerichtet. Diese Gesetzgebungen sind der Anfang einer noch ausstehenden Novellierung des rechtlichen Rahmens für die Finanzierung der Energiewende.
Der Energieeffizienz kommt im Rahmen der Energiewende eine maßgebliche Bedeutung zu. Mit der Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) haben wir uns bereits 2014 zur Energieeffizienz als Grundpfeiler für eine erfolgreiche Energiewende bekannt und Einzelmaßnahmen zu einem aufeinander abgestimmten System weiterentwickelt. Wir haben die großen Unternehmen verpflichtet, ein Energieaudit einzurichten und die Effizienzziele schrittweise anzuheben. Auch im Gebäudeneubau haben wir die gesetzlichen Energieeffizienzvorgaben erhöht. Im Gebäudebestand setzen wir in der Regel weiterhin auf Anreizmechanismen.
Derzeit bieten die Preise von Emissionszertifikaten keinen wirtschaftlichen Anreiz für mehr Investitionen in Effizienzmaßnahmen. Im Rahmen der europäischen Emissionshandelsrichtlinie haben wir uns mit der Einführung der Marktstabilitätsreserve für eine Reform des Emissionshandels eingesetzt. Neuregelungen im Rahmen der vierten Handelsperiode werden derzeit diskutiert.
Mit dem Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung wurden zwischen den drei Fraktionen CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD im Konsens mit den vier großen Betreibern von Kernkraftanlagen die Verantwortlichkeiten im Bereich der kerntechnischen Entsorgung und der Nachhaftung neu festgelegt.
Mit dem sog. Frackinggesetz ist es uns nach langen und intensiven Verhandlungen mit dem Koalitionspartner gelungen, das Verbot von unkonventionellem Fracking zur Gewinnung von Gas und Öl, dem Fracking in Schiefer-, Ton- und Mergelgestein sowie in Kohleflözgestein, durchzusetzen. Forschungsvorhaben sind mit Zustimmung der jeweiligen Landesregierung erlaubt. Eine Aufhebung des Verbotes ist nur mit einer Mehrheit im Bundestag möglich. Für alle Frackingmaßnahmen gelten strengere Umweltauflagen.

HINTERGRÜNDE AUFKLÄREN, STICKOXIDAUSSTOß SENKEN UND VERBRAUCHERRECHTE STÄRKEN

ABGAS-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

AUFTRAG

Im September 2015 hat VW gegenüber US-amerikanischen Behörden zugegeben, Schadstoffgrenzwerte bei Dieselmotoren mit illegalen Softwaremanipulationen erreicht zu haben. In der Folge gerieten weitere Hersteller in Verdacht, ebenfalls manipuliert zu haben. Der Abgas-Skandal hat das Vertrauen in die Diesel-Technologie und die deutsche Automobilindustrie massiv erschüttert. Die behördliche Aufklärung weiterer Verdachtsfälle durch das Kraftfahrt-Bundesamt dauert an. Der auf Antrag der Opposition im Sommer 2016 eingesetzte Untersuchungsausschuss konnte als parlamentarisches Gremium nur das Handeln der Bundesregierung prüfen, nicht aber Verantwortliche für illegale Praktiken in Unternehmen ermitteln. Als SPD-Fraktion war es uns dennoch wichtig, den Ausschuss konstruktiv zu begleiten und Empfehlungen für die Zukunft zu erarbeiten.

ERKENNTNISSE DES AUSSCHUSSES

Alle vom Ausschuss angehörten Experten und Zeugen bestätigten: Außer VW bzw. der Automobilindustrie selbst wusste vor Aufkommen des Skandals niemand von den illegal eingesetzten Abschalteinrichtungen. Es handelte sich um einen Industrieskandal. Für das von der Opposition behauptete organisierte Staatsversagen gab es keine Anhaltspunkte. Zugleich waren sich alle Experten und Zeugen darin einig, dass das bisherige Messverfahren für die Zulassung von PKW-Typen im Labor veraltet und der reale Schadstoffausstoß aktueller Diesel-Fahrzeuge auf der Straße deutlich höher ist.

ANSPRUCHSVOLLES MESS-VERFAHREN FÜR NEUE FAHRZEUGE

Seit mehreren Jahren wurde daher intensiv an neuen Regelungen auf EU-Ebene gearbeitet. Ergänzend zu einem verbesserten Rollenprüfstandsverfahren wurde ein technisch sehr anspruchsvolles Messverfahren zur Ermittlung der Emissionen im realen Betrieb auf der Straße eingeführt. Neue PKW-Typen müssen künftig in beiden Tests die Schafstoffgrenzwerte einhalten. Moderne Dieselfahrzeuge, die auch auf der Straße sauber sind, werden mit zunehmender Verbreitung zu einer realen Senkung der Stickoxidbelastung beitragen. In vielen Städten ist die Luftqualität ein drängendes Problem, das aber nicht allein durch bessere Dieseltechnologie in PKW gelöst werden kann. Wir brauchen einen umfassenden Ansatz, der sowohl alternative Antriebsformen (z.B. Umstellung auf Elektrobusse) als auch städte- und verkehrsplanerische Maßnahmen umfasst.

VERBRAUCHERRECHTE STÄRKEN

Betroffene des Abgasskandals waren insbesondere die Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie hatten in gutem Glauben an die Umweltfreundlichkeit einen Diesel-PKW gekauft und standen mit einem Schlag vor vielen ungeklärten Fragen. Die gerichtliche Klärung etwaiger Schadensersatzansprüche dauert an. Der Untersuchungsausschuss empfiehlt, die Durchsetzung von Verbraucherrechten in derartigen Massenschadensfällen durch Einführung der Musterfeststellungsklage zu vereinfachen. Ein entsprechender Gesetzentwurf von Heiko Maas wurde von der Union jedoch blockiert.

KRIMINELLES NETZWERK AUFKLÄREN. STEUERHINTERZIEHUNG BESTRAFEN. FINANZVERWALTUNG WEITER STÄRKEN.

CUM/EX-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

AUFTRAG

Mittels Aktiengeschäften erschlichen sich Finanzmarktakteure bis 2011 unberechtigte Steueransprüche in Milliardenhöhe. Parallel zur steuer- und strafrechtlichen Aufarbeitung dieser sogenannten Cum/Ex-Gestaltungen sollte der 2016 eingesetzte 4. Untersuchungsausschuss etwaige Versäumnisse der Behörden aufklären und die Wirksamkeit der staatlichen Gegenmaßnahmen prüfen.

KRIMINELLES NETZWERK

Die SPD setzte durch, dass die Untersuchung auf die Rolle der Banken ausgedehnt wurde. Dies erwies sich als richtig. Anders als beim Transfer unversteuerter Gelder in Steueroasen begnügten sich die involvierten Banken bei den Cum/Ex-Fällen nicht mehr damit, ihren Kunden Beihilfe zur Steuerhinterziehung oder Geldwäsche zu leisten. Mit Eigengeschäften wurden sie selbst zu Hauptprofiteuren der illegalen Gestaltungen und zeigten keine Skrupel, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern.
Ausgangspunkt der Cum/Ex-Problematik waren die Geschäftsbedingungen der Börsen. Die Akteure – Banken, Wirtschaftskanzleien und Investoren – verschleierten ihre Transaktionen aufwändig vor den Behörden. Dieses Handeln, das auch in anderen europäischen Staaten entdeckt wurde, war nach Überzeugung des Ausschusses rechtswidrig. Erschreckenderweise förderten manche Rechts- und Steuerberater, also Organe der Rechtspflege, die unzulässigen Gestaltungen statt sie zu verhindern.
Der Verband der privaten Banken erkannte die Problemursache bereits Ende der 1970er Jahre. Entgegen der öffentlichen Darstellung war seine Gesetzesinitiative von 2002 – also 25 Jahre später – keine Warnung der Behörden vor dem Gestaltungsmissbrauch. Es war der

untaugliche Versuch, seine Mitglieder vor einer Haftung für die Schäden zu bewahren.
Erstmals in den Fokus geriet die Rolle der Wissenschaft. Grundlage vermeintlich unabhängiger Veröffentlichungen waren hochbezahlte Auftragsarbeiten, mit denen die Finanzmarktakteure die Legalität ihrer Gestaltungen beweisen wollten. Diese Erkenntnis ist auch für die Gerichte wichtig.

ENGAGIERTE FINANZVERWALTUNG

Die zuständigen Behörden reagierten sachgerecht auf die Cum/Ex-Gestaltungen. Das gilt auch für die Vorbereitung der notwendigen Rechtsänderungen, die der Gesetzgeber schon vor der Einsetzung des Untersuchungsausschusses beschloss.
Die hartnäckige Aufklärungsarbeit der Steuer- und Justizbehörden von Bund und Ländern muss fortgesetzt werden. Nur so können die Täter für die Steuerhinterziehungen zur Rechenschaft gezogen werden. Außerdem senkt diese Aufarbeitung den tatsächlichen Schaden für den Fiskus auf einen Bruchteil der öffentlich kolportierten Milliardenbeträge.
Das Ergebnis des Untersuchungsausschusses bestätigt die SPD in ihrem jahrelangen Kampf für eine gut ausgestattete Finanzverwaltung. Bund und Länder brauchen – auch im Umgang mit Finanzmarktakteuren und deren Lobbyverbänden – hochqualifizierte und engagierte Mitarbeiter.

NSA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

HOHE TRANSPARENZ. KLARE REGELN FÜR NACHRICHTENDIENSTE. STÄRKERE PARLAMENTARISCHE KONTROLLE.

„Der NSA-Untersuchungsausschuss war harte Arbeit, aber auch ein großer Erfolg. Seit Ende Juni 2017 liegt der Abschlussbericht vor (BT-Drs. 18/12850) .

VORGEHENSWEISE UND SCHWERPUNKTE

Die SPD-Fraktion hat maßgeblich zum Gelingen beigetragen, da ihr die Verteidigung von Bürgerrechten in der digitalen Gesellschaft ein zentrales Anliegen ist. Während die Union gemeinsam mit der Bundesregierung gerne wenig unternommen hätte, haben wir über dreieinhalb Jahre die Aufklärung vorangetrieben. Wir haben dabei immer wieder Kompromisse vorgeschlagen, um Licht ins Dunkel zu bringen und Missständen im BND zu begegnen.
Am Ende standen die deutschen Dienste im Zentrum, weil die „Five Eyes"-Staaten nicht zur Zusammenarbeit bereit waren. Mit der umfangreichen Vorlage – selbst streng geheimer - Akten und der öffentlichen Vernehmung von 90 Zeugen bis hin zur Sachbearbeiter-Ebene hat der Ausschuss für eine einzigartige Transparenz in Fragen der Nachrichtendienste gesorgt.

ERKENNTNISSE

Der Ausschuss hat aufgedeckt, dass sowohl die NSA als auch der BND im Rahmen ihrer Kooperation in Einzelfällen problematische Selektoren aus Partnerländern von EU und NATO eingesetzt haben. Ebenso zeigten sich eklatante Mängel bei der Kommunikation innerhalb des BND; Probleme wurden lieber unter den Teppich gekehrt. Die Fachaufsicht im Bundeskanzleramt erwies sich als viel zu schwach. Der Spionageabwehr fehlte es an Ressourcen, um dem 360-Grad-Blick gerecht zu werden.
Doch ein zentraler Vorwurf, der aufgrund der Veröffentlichungen der Snowden-Dokumente seit Sommer 2013 im Raum stand, ist vom Tisch. Eine Massenüberwachung von Deutschen hat im Rahmen der Kooperation von BND und NSA in Deutschland nicht stattgefunden. Der BND ist nicht naiv an die Kooperation mit den US-Partnern herangegangen. Der BND hatte immer die technische Kontrolle. Der Schutz deutscher Kommunikation (G10) und die IT-Sicherheit vor externen Zugriffen genossen höchste Priorität. 100% Effektivität ist bei automatischen Filtern aber nicht zu garantieren. Zugriffe der NSA in den USA können ebenso wenig ausgeschlossen werden.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die SPD-Fraktion sieht sich durch den Ausschuss in der Auffassung bestärkt, dass wir Nachrichtendienste und internationale Kooperationen zur Gewährleistung unserer Sicherheit brauchen. Nachrichtendienste benötigen klare rechtsstaatliche Grenzen ihres Handelns. Mangels gerichtlicher Kontrolle bedürfen deutsche Nachrichtendienste außerdem einer effektiven parlamentarischen Kontrolle. Dafür hat die SPD-Bundestagsfraktion in diesem Ausschuss gekämpft. Sie hat die Fernmeldeaufklärung des BND aus der rechtlichen Grauzone herausgeholt und die Position des Parlaments gestärkt! Ohne die Vorlage von SPD-Eckpunkten für die Reformen des BND- und des PKGr-Gesetzes im Juni 2015 wären nicht schon in dieser Wahlperiode Konsequenzen aus der NSA-Affäre gezogen worden.

BLICK IN DIE ZUKUNFT

Das zum 1. Januar 2017 in Kraft getretene BND-Gesetz bindet die Auslandsaufklärung an das „Auftragsprofil" der Bundesregierung. Es verbietet den „Ringtausch" von Daten eigener Staatsbürger ebenso wie Wirtschaftsspionage. Eine systematische Kooperation mit ausländischen Diensten ist nur aufgrund einer schriftlichen Vereinbarung zulässig. Vor Abschluss sind diese dem PKGr vorzulegen.
International neue Standards werden beim Schutz der Kommunikation von Ausländern gesetzt. EU-Bürger genießen in Zukunft quasi den gleichen Schutz ihrer Privatsphäre wie deutsche Staatsbürger nach dem G10-Gesetz. Es wird ein eigenes unabhängiges Kontrollgremium geschaffen, das stichprobenartig vorgeht, aber grundsätzlich jede einzelne Überwachung und jeden Selektor überprüfen kann. Um diesen zusätzlichen Herausforderungen gerecht zu werden, wurde die parlamentarische Kontrolle durch das neue PKGr-Gesetz gestärkt. Das Gremium kann sich nun auf einen „Ständigen Bevollmächtigten" und einen erheblich größeren Mitarbeiterstab stützen. Es soll die Kontrolle in Zukunft strukturell und proaktiv angehen.
Diesen neuen Rahmen gilt es in der nächsten Wahlperiode mit Leben zu füllen. Schließlich sind Themen wie die „Verschlüsselung" von Kommunikation, IT-Sicherheit und die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit bei Grundrechtseingriffen im Bereich elektronischer Kommunikation wichtige Zukunftsfragen auch über diesen Ausschuss hinaus.

2. NSA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

NSU-TATEN: AUFARBEITUNG MUSS ÜBER DEN AUSSCHUSS HINAUS DAUERAUFGABE BLEIBEN

Sie waren eine der schwersten Verbrechensserien in der Geschichte der Bundesrepublik: die niederträchtigen Taten des selbst ernannten „Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU). Der zweite NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages hat deren Aufarbeitung ein weiteres und bedeutendes Stück vorangebracht. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte sich bereits bei dessen Einsetzung das Ziel gesetzt, dass bei diesem insbesondere der Blick auf die hinter dem NSU-Trio – Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe – agierenden Netzwerke aus Unterstützerinnen und Unterstützern und Mitwisserinnen und Mitwissern eine Kernaufgabe der Ausschussarbeit sein muss.

KERNAUFGABE DES AUSSCHUSSES: UMFASSENDES BILD ÜBER NETZWERKE, UNTERSTÜTZER SOWIE MITWISSER DES NSU-TRIOS

Aus diesem Grund haben wir die Einsetzung eines Ermittlungsbeauftragten angeregt und forciert. Auf Initiative der SPD-Bundestagsfrak-

tion konnte Professor Dr. Bernd von Heintschel-Heinegg gewonnen werden, der diese Funktion kompetent übernommen hat. Zur Unterstützung und Ergänzung von dessen Arbeit hat die SPD-Bundestagsfraktion zudem die Beauftragung von Sachverständigengutachten auf den Weg gebracht, um die jeweiligen Regionen zu analysieren, in denen die Terrorgruppe NSU ihre Taten begangen hat bzw. in der sie sich radikalisiert hatte und untergetaucht war.
So gelang es, ein umfassendes Bild der lokalen rechtsextremen Strukturen an den Tatorten der Terrorgruppe NSU einschließlich ihrer Vernetzung zu anderen rechtsextremen Szenen sowie zur organisierten Kriminalität und Rockerszene zu erarbeiten. Insbesondere ging es uns auch darum, zu erhellen, inwiefern seitens der einzelnen Ermittlungsbehörden nach der Selbstenttarnung des NSU-Trios im November 2011 Maßnahmen ergriffen wurden, um die skizzierten Fragen beantworten zu können sowie darum, welche neuen Erkenntnisse sich dahingehend aus den laufenden Ermittlungsverfahren ergeben haben, um die rechtsextreme Szene und das entsprechende Umfeld an den Tatorten und Wohnorten intensiv in den Blick zu nehmen.

RECHTSEXTREMISMUS: NACH WIE VOR EIN ERHEBLICHES RISIKO FÜR UNSERE DEMOKRATIE UND WELTOFFENE GESELLSCHAFT

Die Befunde dieser Arbeit haben deutlich gemacht, dass die frühe Festlegung der Bundesanwaltschaft auf ein abgeschottet agierendes NSU-Trio („Drei-Täter-Theorie“) aus politischer Sicht nicht plausibel ist und es zahlreiche Indizien für eine Netzwerkstruktur gibt, die der Terrorgruppe NSU bei den Taten beziehungsweise deren Vorbereitung geholfen hat. Offengelegt wurden im Zuge der Ausschussarbeit unter anderem nicht weiterverfolgte bzw. nicht hinreichend zusammengeführte Ermittlungsschritte, bei denen die Vermutung im Raum steht, dass sie zur Klärung der Fragen beigetragen hätten, die hinsichtlich des erweiterten und teilweise noch nicht bekannten NSU-Unterstützerumfelds nach wie vor bestehen.

Diese Ergebnisse stellen auch über die Dauer des Untersuchungsausschusses hinaus eine wichtige Grundlage für die künftige Auseinandersetzung mit dem Thema „Rechtsextremismus“ dar.

VERANSTALTUNGEN 2015

„FRAKTION VOR ORT“-VERANSTALTUNGEN: 317 VERANSTALTUNGEN ZU BUNDESPOLITISCHEN THEMEN IN DEN REGIONEN

14.01.2015	Fachveranstaltung: 25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention
16.01.2015	Kommunalkonferenz: Anforderungen an eine faire Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen
28.01.2015	Zukunftsgespräch: Energiewende im Verkehr
05.02.2015	Menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen
23.02.2015	Konferenz: Transatlantischer Freihandel - Chancen und Risiken
25.02.2015	Empfang zum Internationalen Frauentag
18.03.2015	25. Jahrestag der Volkskammerwahl
20.03.2015	Aktion zum Equal Pay Day
25.03.2015	Fachkonferenz: Gutes Leben in der Sozialen Stadt
26.03.2015	Fachkonferenz: Europäische Verantwortung in einer globalen Welt
17.04.2015	Tagung: Tagung: Wie kann ein gutes Miteinander von Menschen verschiedener Religionen und Kulturen gelingen?
06.05.2015	Fachkonferenz: 50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Israel und Deutschland
06.05.2015	Frühjahrsempfang und Verleihung des Otto-Wels-Preises für Demokratie zum Thema deutsch-israelische Freundschaft
18.05.2015	Diskussionsveranstaltung: Das neue Anti-Doping-Gesetz
01.06.2015	Zukunftsforum: Wirtschaft und Arbeit, Hannover
03.06.2015	Zukunftsforum: Soziale Stadtentwicklung in der Metropole, Hamburg
08.06.2015	Konferenz: Zukunft der Wissenschaft – Nachwuchs fördern, Exzellenz ausbauen
10.06.2015	Betriebs- und Personalrätekonferenz: Neue Formen der Arbeit – Selbstbestimmt und mitbestimmt
15.06.2015	Fachtagung: Bildung in einer digitalisierten Welt
18.06.2015	Girls‘ Day
19.06.2015	Diskussionsveranstaltung: Open Data
30.06.2015	Diskussionsveranstaltung: Schattenbanken – Fluch oder Segen?
01.07.2015	Verbraucherkonferenz: Gesunde Ernährung für alle
01.07.2015	Hoffest
29.08.2015	Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge
06.09.2015	Tag der Ein- und Ausblicke
15.09.2015	Kommunalkonferenz: Flüchtlingspolitik – Herausforderungen und Lösungsansätze für Kommunen
21.09.2015	Zukunftskongress #NeueGerechtigkeit
23.09.2015	Ethik- und Sterbebegleitung
24.09.2015	Parlamentarischer Abend beim ver.di Bundeskongress in Leipzig
28.09.2015	Fachkongress und Wirtschaftsempfang: #NeueErfolge – Vorsprung durch Innovation
14.10.2015	Diskussionsveranstaltung: Zivile Karriere in der Bundeswehr
15./16.10.2015	Interparlamentarische Konferenz: Towards a Progressive Europe
22.10.2015	Parlamentarischer Abend beim IG-Metall-Gewerkschaftstag in Frankfurt am Main
31.10.2015	Konferenz: Integration in der Praxis, Leipzig
02.11.2015	Werkstatträtekonferenz
02.11.2015	Netzpolitischer Kongress – Digital ist besser!?
04.11.2015	Diskussionsveranstaltung: Online-Petitionen – Bürgerbeteiligung oder Klick-Aktivismus?
04.11.2015	Diskussionsveranstaltung: Datenschutz-Grundverordnung im Trilog
06.11.2015	Demografie-Kongress: Gesellschaft neu denken
09.11.2015	Dialogforum #NeueLebensqualität: Frühkindliche Prävention
10.11.2015	Diskussionsveranstaltung: Illegaler Handel mit Wildtieren
11.-13.11.2015	Jugendpressetage
23.11.2015	Kommunalkonferenz: Pflegefreundliche Kommune
25.11.2015	Diskussionsveranstaltung: Transport und Logistik am Limit
02.12.2015	Kongress: Eigensinnig, vielfältig, solidarisch – willkommen im neuen Engagement
04.12.2015	Dialogforum #NeueErfolge: Mittelstandspolitisches Frühstück
10.-12.12.2015	Infostand beim SPD-Bundesparteitag

ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

VERANSTALTUNGEN 2016

„FRAKTION VOR ORT"-VERANSTALTUNGEN: 325 VERANSTALTUNGEN ZU BUNDESPOLITISCHEN THEMEN IN DEN REGIONEN

15.01.2016	Jugendforum Zukunft
29.01.2016	Diskussionsveranstaltung: Cybersicherheit – Ist Deutschland für das digitale Zeitalter gerüstet?
17.02.2016	Empfang zum Internationalen Frauentag
18.02.2016	Zukunftsgespräch: Volk ohne Wähler – Gefahr für die Demokratie?
24.02.2016	Betriebs- und Personalrätekonferenz: Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen beenden – Arbeit der Zukunft gestalten
25.02.2016	Dialogforum #NeueErfolge: Soziale Innovationen
25.02.2016	Kommunalkonferenz: Integration jetzt!
07.03.2016	Fachforum #NeueChancen: Bund und Land in Kinderhand – Frühkindliche Bildung und Prävention im Jahr 2030, Düsseldorf
14.03.2016	Dialogforum #NeueLebensqualität: Die Rolle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in der ressortübergreifenden Gesundheitsförderung
16.03.2016	Dialogforum #NeuesMiteinander: Wir sind Einwanderungsgesellschaft. Chancen der kulturellen und religiösen Vielfalt
18.03.2016	Aktion zum Equal Pay Day
11.04.2016	Dialogforum #NeueChancen: Neue Einstiegschancen – Wertschätzung für Bildung und Arbeit von Anfang an
13.04.2016	Dr. Julius Moses: Ein jüdisches Leben in Deutschland
15.04.2016	Tagung: Friedensethische Grundsätze und politische Verantwortung im 21. Jahrhundert
27.04.2016	Diskussionsveranstaltung: 30 Jahre Tschernobyl
27.04.2016	Sicherheitskonferenz: Öffentliche Sicherheit in Deutschland
27./28.04.2016	Girls' Day
09.05.2017	Dialogforum #NeuesMiteinander: Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft
11.05.2016	Dialogforum #NeueZeiten: Soziale Absicherung von (Solo-)Selbständigen
11.05.2016	Frühjahrsempfang und Verleihung des Otto-Wels-Preises für Demokratie zum Thema Europa
12.05.2016	Dialogforum: Nationaler Aktionsplan gegen Trans- und Homophobie
15.05.2016	Dialogforum #NeueLebensqualität: Regional, Bio oder beides? Strategien zur Stärkung der Wertschöpfung vor Ort
17.05.2016	Zukunftsforum #NeuerZusammenhalt: Regionale Wertschöpfung – Wachstum in Deutschland und Niedersachsen, Hildesheim
30.05.2016	Fachtagung: Selbstbestimmt und mittendrin – das Bundesteilhabegesetz kommt!
01.06.2016	Dialogforum #NeueChancen: Neue Aufstiegschancen – Gleiche Wertschätzung für berufliche und akademische Bildung
02.06.2016	Dialogforum #NeueErfolge: Digitale Innovationen - Startups für Deutschland
03.06.2016	Dialogforum: #NeuerZusammenhalt – Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland
03.06.2016	Recht und Politik im Dialog, Veranstaltung beim Deutschen Anwaltstag in Berlin
20.06.2016	Dialogforum #NeueZeiten: Zeit für Engagement
04.07.2016	Hoffest
04.09.2016	Tag der Ein- und Ausblicke
06.09.2016	Fachtagung: Bildung in einer digitalisierten Welt
08.09.2016	Konferenz mit türkeistämmigen SPD-Mandatsträgerinnen und -trägern
09.09.2016	Diskussionsveranstaltung: Kreativpakt – eine erste Bilanz
13.09.2016	Digitalisierung: Herausforderung und Chance für die Rechtspolitik, Veranstaltung beim Deutschen Juristentag in Essen
22.09.2016	Blaulichtkonferenz: Herausforderungen im Bevölkerungsschutz
26.09.2016	Fachgespräch: Gesunde Ernährung erleichtern
28.09.2016	Wirtschaftsempfang: Erneuerung und Zusammenhalt - Zukunftsinvestitionen für Deutschland und Europa
16. -18.10.2016	Planspiel Zukunftsdialog
19.10.2016	Dialogveranstaltung: Wie verhindern wir Terrorismus?
20.10.2016	Konferenz: Zivile Krisenprävention
24.10.2016	Dialogforum #NeueLebensqualität: Gesunder Start ins Leben für alle, Gesundheitsförderung ressortübergreifend gestalten, Stendal
07.11.2016	Werkstatträtekonferenz
09.11.2016	Schienengipfel: Die Politik ist am Zug
10.11.2016	Konferenz: Zivilgesellschaft weltweit in Gefahr
10.11.2016	Dialogveranstaltung: Sicherheitsgefühl in Deutschland
22.11.2016	Tagung: Krisendiplomatie auf Hochtouren – Zukunftsperspektiven für Syrien und den Nahen Osten
25.11.2016	Zukunftskonferenz #Neue Gerechtigkeit
28.11.2016	Konferenz: Lehre, Forschung und Innovation an Fachhochschulen
30.11.2016	Betriebs- und Personalrätekonferenz: Alterssicherung – sicher und gerecht gestalten
01.12.2016	Dialogforum #NeueChancen: Chancengerechtigkeit und Bildungserfolg – Was kann gesellschaftliches Engagement im Bildungssystem leisten?
08.12.2016	Dialogforum #NeuerZusammenhalt – Wachstum und regionale Wertschöpfung, Frankfurt am Main
12.12.2016	Konferenz: Landwirtschaft im Wandel
14.12.2016	Fachtagung: Engagement. Macht. Demokratie.

VERÖFFENTLICHUNGEN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION 2015

BROSCHÜREN

- Das sind wir
- Kein Platz für Nazis
- Willkommen in Deutschland – Grundgesetz Artikel 1-20 (deutsch-arabisch)
- So können Menschen mit Behinderungen in der Politik mitmachen – Petitionsrecht in leichter Sprache
- Gesagt. Getan. Gerecht. Zwischenbilanz (Juli 2015)
- Gesagt. Getan. Gerecht. Halbzeitbilanz (Dezember 2015)

PERIODIKA

- „Gute Arbeit" – Zeitung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: 7 Ausgaben 1-7/2015
- „Fraktion Intern" – Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion: 7 Ausgaben 1-7/2015

FALTBLÄTTER

- Der Mindestlohn gilt
- Gute Kinderbetreuung ausbauen
- Praktika fair geregelt
- Kennen Sie Ihr Petitionsrecht?

PROJEKT ZUKUNFT – #NEUEGERECHTIGKEIT:

- #NeuerZusammenhalt – Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland
- #NeueZeiten – Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel
- #NeuesMiteinander – Einwanderungsland Deutschland
- #NeueLebensqualität – Morgen gut leben
- #NeueErfolge – Vorsprung durch Innovation
- #NeueChancen – Wertschätzung für Bildung und Arbeit

REIHE „POSITIONEN"

- 1/15 Die universellen Sustainable Development Goals (SDGs) gerecht gestalten – eine sozialdemokratische Zukunftsperspektive
- 2/15 Industrie 4.0
- 3/15 Sozialdemokratische Politik für ländliche Räume

REIHE „DOKUMENTE"

- 1/15 Werkstatträtekonferenz 2014
- 2/15 Verbraucherkonferenz 2015

VERÖFFENTLICHUNGEN 2016

BROSCHÜREN

- Wir für Sie im Deutschen Bundestag
- Gesagt. Getan. Gerecht. Bilanz 2013-2016 (Dezember 2016)
- Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit:
- Ideen für Deutschlands Zukunft – Ergebnisse des Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit

PERIODIKA

- „Gute Arbeit" – Zeitung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: 6 Ausgaben 1-6/2016
- „Fraktion Intern" – Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion: 6 Ausgaben 1-6/2016

FALTBLÄTTER

- Für eine gute und menschenwürdige Pflege
- Starke Kommunen
- Gleichstellung voranbringen
- Patienten im Mittelpunkt
- Planspiel Zukunftsdialog 2016
- Gute Arbeit in der Wissenschaft
- Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt
- Ordnung in der Flüchtlingspolitik
- Öffentliche Sicherheit in Deutschland
- Unsere Politik für Verbraucherinnen und Verbraucher
- Frauen verdienen 100 Prozent
- Mehr BAföG, mehr Chancen
- Das neue Aufstiegs-BAföG
- #Kreativpakt
- Wohin nur mit dem Atommüll?
- Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit stoppen

REIHE „POSITIONEN"

- 1/16 Außenwissenschaftspolitik – Herzstück der Internationalisierung von Bildung und Wissenschaft
- 3/16 Für eine glaubwürdige und kooperative Sicherheits- und Friedenspolitik in und für Europa
- 20/16 Soziales Europa

PROJEKT ZUKUNFT – #NEUEGERECHTIGKEIT:

- 2/16 Neue Erfolge für den Mittelstand
- 4/16 Soziale Innovationspolitik
- 5/16 Neue Aufstiegschancen
- 6/16 Neue Einstiegschancen
- 7/16 Zeit für Engagement
- 8/16 Gesunder Start ins Leben für alle
- 9/16 Deutschlandweit mobil – auch in ländlichen Regionen
- 10/16 Daseinsvorsorge sichern und sozialen Zusammenhalt stärken
- 11/16 Lebendige Regionen: Wertschöpfungspotenziale unterstützen
- 12/16 Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft
- 13/16 Soziale Absicherung für (Solo-)Selbständige
- 14/16 Gutes Essen, gutes Gewissen für alle
- 15/16 Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft
- 16/16 Das Grundgesetz als Leitbild im Deutschland der kulturellen und religiösen Vielfalt
- 17/16 Qualifizierung 4.0 – Neue Chancen durch Weiterbildung
- 18/16 Gutes Leben beginnt im Sozialen Quartier
- 19/16 Künftige Schritte einer nachhaltigen, partnerschaftlich orientierten und familienfreundlichen (Arbeits-)Zeitpolitik

REIHE „DOKUMENTE"

- 1/16 Demografiekongress: Gesellschaft neu denken

INTERNATIONALER FRAUENTAG

Empfang zum Internationalen Frauentag 25. Februar 2015: Bundes-frauenministerin Manuela Schwesig im Gespräch mit Sönke Rix und Gästen.; Foto: Andreas Amann

EINFÜHRUNG DER GESETZLICHEN FRAUENQUOTE

Am 6. März 2015 feiert die SPD-Bundestagsfraktion die Einführung der gesetzlichen Frauenquote in der Privat-wirtschaft. V.l.n.r.: Bundes-justizminister Heiko Maas, Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks, Bundes-familienministerin Manuela Schwesig, Michaela Engelmeier, SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Foto: SPD-Bundestagsfraktion

EQUAL PAY DAY 2015

Die SPD-Bundestagsfraktion kämpft für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Hier bei der Kundgebung vor dem Brandenburger Tor am Equal Pay Day im März 2015, unter anderem mit Bundestagsvize-präsidentin Edelgard Bulmahn, Katja Mast, SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann und Kerstin Griese; Foto: SPD-Bundestagsfraktion

DEUTSCH-ISRAELISCHE FREUNDSCHAFT

50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel: Talkrunde im SPD-Fraktionssaal mit Gäs-ten aus Israel und Deutschland zur Zukunft der deutsch-israelischen Freundschaft (6. Mai 2015).

OTTO-WELS-PREIS FÜR DEMOKRATIE 2015

Seit 2013 verleiht die SPD-Bundestagsfraktion jährlich den „Otto-Wels-Preis für Demokratie". Anliegen des Prei-ses ist es, die Erinnerung an die Schrecken der Nazi-Herrschaft wachzuhalten und das Bewusstsein gerade auch der jungen Generation dafür zu schärfen, dass die Grundlagen unserer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Kulturen immer wieder erneuert und gefestigt werden müssen. Bei der Preisverleihung am 6. Mai 2015 werden Jugendliche ausgezeichnet, die sich im Rahmen eines Kreativwettbewerbs mit den deutsch-israelischen Beziehungen beschäftigt haben.; Foto: Sharon Adler

FRAKTIONSSITZUNG

Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, besucht am 16. Juli 2015 eine Sitzung der SPD-Frak-tion. Das Foto zeigt ihn im Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Axel Schäfer und Hubertus Heil.; Foto: Andreas Amann

TAG DER OFFENEN TÜR IM BUNDESTAG

Bürgerdialog beim „Tag der Ein- und Ausblicke“ im Deutschen Bundestag am 6. September 2015: Carsten Träger im Gespräch mit Besucherinnen und Besuchern.; Foto: SPD-Bundestagsfraktion

JUNGER BEIRAT BEIM „PROJEKT ZUKUNFT“

2015 startet die SPD-Bundestagsfraktion das „Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit“. In sechs Projektgruppen suchen die Abgeordneten den Dialog mit all jenen, die sich um sozialen Zusammenhalt, wirtschaftlichen Fortschritt und Innovationen kümmern – mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis, mit Verbänden, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft sowie mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Mit dabei sind auch 15 junge Erwachsene, die das Projekt als „Junger Beirat“ begleiten. Auftakt ist am 21. September 2015 im Deutschen Bundestag.; Foto: SPD-Bundestagsfraktion

FRAKTIONSSITZUNG

Einige Mitglieder des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes bei einer Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 22. September 2015. V.l.n.r.: Ute Vogt, Karl Lauterbach, Carola Reimann, Rolf Mützenich, Carsten Schneider, Axel Schäfer.; Foto: Andreas Amann

MOTOR DER KOALITION

Die SPD-Fraktion ist die treibende Kraft der Großen Koalition. Thomas Oppermann, SPD-Fraktionsvorsitzender, und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig freuen sich im Dezember 2015 über die Halbzeitbilanz der Legislaturperiode.; Foto: SPD-Bundestagsfraktion

BETRIEBS- UND PERSONALRÄTEKONFERENZ

Mehr als 350 Vertreterinnen und Vertreter von Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland diskutieren am 24. Februar 2016 auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion mit Abgeordneten und Bundesarbeitsministe-rin Andrea Nahles über den Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen sowie die Gestaltung der Arbeit der Zukunft.; Foto: Andreas Amann

ÖFFENTLICHE SICHERHEIT IN DEUTSCHLAND

Konferenz zur öffentlichen Sicherheit in Deutschland am 27. April 2016: V.l.n.r.: Bernd Palenda, Leiter Abteilung für Verfassungsschutz; Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin; Dr. Eva Högl, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion; Rolf-Erich Rehm, Kreisbrandmeister Deutscher Feuerwehrverband; Christine Lambrecht, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion; Gerd Friedsam, Vizepräsident Technisches Hilfswerk; Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion; Holger Münch, Präsident Bundeskriminalamt; Christoph Unger, Präsident Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Dr. phil. Volkmar Schön, Vizepräsident Deutsches Rotes Kreuz.
Foto: Andreas Amann

FRÜHJAHRSEMPFANG 2016

Der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault ist am 11. Mai 2016 zu Gast beim Frühjahrsempfang der SPD-Fraktion. Das Foto zeigt ihn zusammen mit der Ersten Parlamentarischen Geschäftsführerin Christine Lam-brecht, Fraktionschef Thomas Oppermann und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier.
Foto: Andreas Amann

OTTO-WELS-PREIS FÜR DEMOKRATIE 2016

Nach der Preisverleihung: Die Schauspielerin Jasmin Tabatabai macht am 11. Mai 2016 ein Selfie mit einer Preisträgerin des Otto-Wels-Preises für Demokratie.; Foto: Andreas Amann

PROJEKTARBEIT

Intensiver Austausch in Workshop-Atmosphäre: Dialogforum „Gleichwertige Lebensverhältnisse" der Projektgruppe #NeuerZusammenhalt im Rahmen des „Projekts Zukunft" (3. Juni 2016). Foto: SPD-Bundestagsfraktion

FAMILIENFREUNDLICHE FRAKTION

Im Juni 2016 wird die SPD-Fraktion als erste Bundestagsfraktion für ihre familien- und lebensphasenbewusste Personalpolitik mit dem Zertifikat „berufundfamilie" ausgezeichnet. V.l.n.r.: Beate Wagner-Nothelle (Gleichstellungsbeauftragte), Bärbel Bas (Parlamentarische Geschäftsführerin), Thomas Oppermann (Fraktionsvorsitzender), Christine Lambrecht (Erste Parlamentarische Geschäftsführerin).
Foto: Andreas Amann

GLEICHER LOHN FÜR FRAUEN UND MÄNNER

Die SPD-Fraktion kämpft dafür, die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen. Das Foto zeigt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann im Juli 2016. Nach langem Ringen mit dem Koalitionspartner beschließt der Bundestag 2017 ein Entgelttransparenzgesetz, das den Beschäftigten Klarheit darüber bringt, ob sie wegen ihres Geschlechts beim Verdienst diskriminiert werden. Denn nur dort, wo Lohndiskriminierung offengelegt wird, kann sie abgestellt werden.; Foto: Andreas Amann

KONFERENZ TÜRKEISTÄMMIGER SPD-MANDATSTRÄGERINNEN UND MANDATSTRÄGER

150 türkeistämmige SPD-Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus Bund, Ländern und Kommunen treffen sich am 8. September 2016 auf Einladung der SPD-Fraktion im Berliner Reichstagsgebäude. Motto: „Zusammenhalten – zusammen gestalten".
Foto: Andreas Amann

STARK FÜR DIE NEUEN BUNDESLÄNDER

29 SPD-Abgeordnete stammen aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Zusammen bilden sie die Landesgruppe Ost in der SPD-Bundestagsfraktion. Das Foto wurde im Oktober 2016 aufgenommen.
Foto: SPD-Bundestagsfraktion

DIALOGFORUM #NEUEERFOLGE

Sabine Poschmann, Leiterin des Projekts #NeueErfolge, eröffnet am 2. Juni 2016 ein Dialogforum zum Thema Förderung von Startups.
Foto: SPD-Bundestagsfraktion

PLANSPIEL

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Planspiels Zukunftsdialog im Oktober 2016 mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann. Drei Tage lang schlüpfen die 100 Jugendlichen aus ganz Deutschland in die Rollen der SPD-Abgeordneten und spielen die Arbeit der Fraktion nach.; Foto: Andreas Amann

INTERPARLAMENTARISCHE KONFERENZ: TOWARDS A PROGRESSIVE EUROPE

Am 15. und 16. Oktober 2015 treffen sich auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion Parlamentarier aus europäischen Staaten, um sich über die Zukunft des Euro und der Europäischen Union auszutauschen.; Foto: Andreas Amann

SCHIENENGIPFEL

SPD-Fraktionsvize Sören Bartol eröffnet den Schienengipfel der SPD-Bundestagsfraktion am 9. November 2016.; Foto: Andreas Amann

KRISENDIPLOMATIE IM NAHEN OSTEN

Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier spricht am 22. November 2016 bei einer Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion über Zukunftsperspektiven für Syrien und den Nahen Osten.
Foto: SPD-Bundestagsfraktion

ZUKUNFTSKONFERENZ #NEUEGERECHTIGKEIT

Dr. Karamba Diaby, Leiter der Projektgruppe #NeuesMiteinander, während eines Workshops bei der Zukunftskonferenz #NeueGerechtigkeit am 21. September 2015.; Foto: Bildschön/Trenkel

FRAKTIONSSITZUNG

Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion während einer Fraktionssitzung am 22. September 2015.; Foto: Andreas Amann

GREMIEN

GREMIEN IN DER 18. WP

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Stand: 01.01.2015 – 31.12.2016

Fraktionsvorsitzender
Thomas Oppermann

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sören Bartol
Hubertus Heil
Eva Högl
Karl Lauterbach
Rolf Mützenich
Carola Reimann
Axel Schäfer
Carsten Schneider
Ute Vogt

Parlamentarische GeschäftsführerInnen
Christine Lambrecht (1.PGF)
Petra Ernstberger
Bärbel Bas
Dagmar Ziegler
JustiziarIn
bis 26.01.2016 Dr. Katarina Barley
ab 26.01.2016 Dr. Matthias Bartke

JUSTIZIARIN

bis 26.01.2016 **Dr. Katarina Barley**
ab 26.01.2016 **Dr. Matthias Bartke**

ERWEITERTER FRAKTIONSVORSTAND

Stand: 01.01.2015 – 13.10.2015
Arndt-Brauer, Ingrid
Arnold, Rainer
Barnett, Doris
Binding, Lothar
Burkert, Martin
Dittmar, Sabine
Dörmann, Martin
Drobinski-Weiß, Elvira
Ehrmann, Siegmund
Groß, Michael
Hagedorn, Bettina
Katzmarek, Oliver
Kampmann, Christina bis 01.10.15
Klingbeil, Lars
Kofler, Bärbel
Lischka, Burkhard
Lühmann, Kirsten
Mast, Katja
Rabanus, Martin
Rix, Sönke
Rossmann, Ernst Dieter
Schiefner, Udo
Sieling, Carsten bis 17.07.15
Tack, Kerstin
Wolf, Waltraud

ERWEITERTER FRAKTIONSVORSTAND

ab 13.10.2015 – 31.12.2016
Arndt-Brauer, Ingrid
Arnold, Rainer
Barnett, Doris
Burkert, Martin
Dittmar, Sabine
Dörmann, Martin
Drobinski-Weiß,Elvira
Ehrmann, Siegmund
Groß, Michael
Hagedorn, Bettina
Kaczmarek, Oliver
Klingbeil, Lars
Kofler, Bärbel
Kolbe, Daniela
Lischka, Burkhard
Lühmann, Kirsten
Mast, Katja
Mattheis, Hilde
Miersch, Matthias
Post, Achim
Rabanus, Martin
Rix, Sönke
Rossmann, Ernst Dieter
Schiefner, Udo
Tack, Kerstin

AUSSCHUSSVORSITZENDE

Stand: 01.01.2015 – 31.12.2016
Sportausschuss: **Dagmar Freitag**
Arbeit und Soziales: **Kerstin Griese**
Verteidigungsausschuss: bis 20.05. 2015 **Hans-Peter Bartels**
ab 20.05. 2015: **Wolfgang Hellmich**
Gesundheit: **Edgar Franke**
Verkehr und digitale Infrastruktur: **Martin Burkert**
Kultur und Medien: **Siegmund Ehrmann**
Finanzausschuss: **Ingrid Arndt-Brauer**

STELLVERTRETENDE AUSSCHUSSVORSITZENDE

Stand 01.01.2015 – 31.12.2016
Auswärtiger Ausschuss: **Franz Thönnes**
Ausschuss für Wirtschaft und Energie: **Klaus Barthel**
Ausschuss für Bildung und Forschung: **Simone Raatz**
Ausschuss für wirtschaftl. Zusammenarbeit u. Entwicklung:
bis 12.04.2016 **Stefan Rebmann,** ab 12.04.2016 **Gabi Weber**
Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union:
Achim Barchmann
Ausschuss für Menschenrechte u. Humanitäre Hilfe: **Karamba Diaby**
Ausschuss Digitale Agenda: **Gerold Reichenbach**

ARBEITSGRUPPENSPRECHERINNEN

Stand: 01.01.2015 – 31.12.2016
Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: **Sonja Steffen**
Petitionen: **Stefan Schwartze**
Außenpolitik: **Niels Annen**
Inneres: **Burkhard Lischka**
Sport: **Michaela Engelmeier**
Recht und Verbraucherschutz: **Johannes Fechner**
Finanzen: **Lothar Binding**
Haushalt: **Johannes Kahrs**
Wirtschaft und Energie: **Bernd Westphal**
Ernährung u. Landwirtschaft: **Wilhelm Priesmeier**
Arbeit und Soziales: **Katja Mast**
Sicherheits- und Verteidigungspolitik: **Rainer Arnold**
Familie, Senioren, Frauen und Jugend: **Sönke Rix**
Gesundheit : **Hilde Mattheis**
Verkehr und digitale Infrastruktur : **Kirsten Lühmann**
Umwelt, Naturschutz, Bau u. Reaktorsicherheit: **Matthias Miersch**
Menschenrechte und humanitäre Hilfe: **Frank Schwabe**
Bildung und Forschung: **Ernst Dieter Rossmann**
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:
bis 24.02.2016 **Bärbel Kofler**
ab 15.03.2016 **Stefan Rebmann**
Tourismus: **Gabriele Hiller-Ohm**
Angelegenheiten der Europäischen Union: **Norbert Spinrath**
Kultur und Medien: **Martin Dörmann**
Digitale Agenda: **Lars Klingbeil**

SPD-ABGEORDNETE DER 18. LP

STAND: 01.01.2015

Annen, Niels
Arndt-Brauer, Ingrid
Arnold, Rainer
Baehrens, Heike
Bähr-Losse, Bettina (ab 1.10.16)
Bahr, Ulrike
Barchmann, Heinz-Joachim
Dr. Barley, Katarina
Barnett, Doris
Barthel, Klaus
Dr. Bartels, Hans-Peter (bis 21.5.15)
Dr. Bartke, Matthias
Bartol, Sören
Bas, Bärbel
Becker, Dirk (bis 21.10.15)
Beckmeyer, Uwe
Binding, Lothar
Blienert, Burkhard
Brase, Willi
Brunner, Karl-Heinz
Bülow, Marco
Dr. h.c. Bulmahn, Edelgard
Burkert, Martin
Dr. Castellucci, Lars
Coße, Jürgen (ab 1.9.16)
Crone, Petra
Daldrup, Bernhard
Dr. De Ridder, Daniela
Dr. Diaby, Karamba
Dittmar, Sabine
Dörmann, Martin
Drobinski-Weiß, Elvira
Ehrmann, Siegmund
Engelmeier, Michaela
Dr. h.c. Erler, Gernot
Ernstberger, Petra
Esken, Saskia
Evers-Meyer, Karin
Dr. Fechner, Johannes
Dr. Felgentreu, Fritz
Ferner, Elke
Dr. rer. nat. Finckh-Krämer, Ute
Flisek, Christian
Fograscher, Gabriele
Dr. Franke, Edgar
Freese, Ulrich
Freitag, Dagmar
Gabriel, Sigmar
Gerdes, Michael
Gerster, Martin
Gleicke, Iris
Glöckner, Angelika
Gottschalck, Ulrike
Griese, Kerstin
Grötsch, Uli
Groneberg, Gabriele
Groß, Michael
Gunkel, Wolfgang
Hagedorn, Bettina
Hagl-Kehl, Rita
Hakverdi, Metin
Hampel, Ulrich
Hartmann, Michael
Hartmann, Sebastian
Heidenblut, Dirk
Heil, Hubertus
Heinrich, Gabriela
Held, Marcus
Hellmich, Wolfgang
Dr. Hendricks, Barbara
Henn, Heidtrud
Herzog, Gustav
Hiller-Ohm, Gabriele
Hinz, Petra (bis 1.9.16)
Hitschler, Thomas
Dr. Högl, Eva
Ilgen, Matthias
Jantz-Herrmann, Christina
Junge, Frank
Juratovic, Josip
Jurk, Thomas
Kaczmarek, Oliver
Kahrs, Johannes
Kampmann, Christina (bis 1.10.15)
Kapschack, Ralf
Katzmarek, Gabriele
Kelber, Ulrich
Kermer, Marina
Kiziltepe, Cansel
Klare, Arno
Klingbeil, Lars
Kömpel, Birgit
Dr. Kofler, Bärbel
Kolbe, Daniela
Kramme, Anette
Dr. Krüger, Hans-Ulrich
Kühn-Mengel, Helga
Lambrecht, Christine
Lange, Christian
Prof. Dr. Lauterbach, Karl
Lemme, Steffen-Claudio
Lischka, Burkhard
Lösekrug-Möller, Gabriele
Lotze, Hiltrud
Lühmann, Kirsten
Dr. Malecha-Nissen, Birgit
Marks, Caren
Mast, Katja
Mattheis, Hilde
Dr. Miersch, Matthias
Mindrup, Klaus
Mittag, Susanne
Müller, Bettina
Müller, Detlef
Müntefering, Michelle
Dr. Mützenich, Rolf
Nahles, Andrea
Nietan, Dietmar
Nissen, Ulli
Özdemir, Mahmut
Özoğuz, Aydan
Oppermann, Thomas
Paschke, Markus
Petry, Christian
Pflugradt, Jeannine
Pilger, Detlev
Poschmann, Sabine
Poß, Joachim
Post, Achim
Post, Florian
Dr. med. vet. Priesmeier, Wilhelm
Pronold, Florian
Dr. Raabe, Sascha
Dr. Raatz, Simone
Rabanus, Martin
Rawert, Mechthild
Rebmann, Stefan
Reichenbach, Gerold
Dr. Reimann, Carola
Rimkus, Andreas
Rix, Sönke
Rode-Bosse, Petra (ab 21.10.15)
Röspel, René
Rohde, Dennis
Dr. Rosemann, Martin
Dr. Rossmann, Ernst Dieter
Roth, Michael
Rüthrich, Susann
Rützel, Bernd
Ryglewski, Sarah (ab 17.7.15)
Saathoff, Johann
Sawade, Annette
Dr. Sieling, Carsten (bis 17.7.15)
Dr. Schabedoth, Hans-Joachim
Schäfer, Axel
Dr. Scheer, Nina
Schieder, Marianne
Schiefner, Udo
Dr. Schlegel, Dorothee
Schmidt, Dagmar
Schmidt, Matthias
Schmidt, Ulla
Schneider, Carsten
Scho-Antwerpes, Elfi (ab 1.10.15)
Schulte, Ursula
Schulz, Swen
Schurer, Ewald
Schwabe, Frank
Schwartze, Stefan
Schwarz, Andreas
Schwarzelühr-Sutter, Rita
Spiering, Rainer
Spinrath, Norbert
Stadler, Svenja
Stamm-Fibich, Martina
Steffen, Sonja
Steinbrück, Peer (bis 1.10.16)
Dr. Steinmeier, Frank-Walter
Strässer, Christoph
Tack, Kerstin
Tausend, Claudia
Thews, Michael
Dr. med. vet. Thissen, Karin (ab 21.5.15)
Thönnes, Franz
Träger, Carsten
Veit, Rüdiger
Vöpel, Dirk
Vogt, Ute
Weber, Gabi
Westphal, Bernd
Wicklein, Andrea
Wiese, Dirk
Wolff, Waltraud
Yüksel, Gülistan
Ziegler, Dagmar
Zierke, Stefan
Dr. Zimmermann, Jens
Zöllmer, Manfred
Zypries, Brigitte

DIE SPD-ABGEORDNETEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

SPD-ABGEORDNETE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

EUROPA IN STÜRMISCHEN ZEITEN AUF KURS HALTEN

Ob Digitalisierung, Flüchtlingsbewegung oder Klimawandel: Die Herausforderungen an Politik sind riesig – und sie sind grenzüberschreitend. Europa ist daher wichtiger denn je. Nur gemeinsam können die Staaten die großen Probleme lösen. Die Europäische Union leistet dabei einen unschätzbaren Beitrag für ein friedliches Zusammenleben der Völker, für wirtschaftlichen Wohlstand und den Schutz der Lebensgrundlagen.

Dennoch musste die Europäische Union in den vergangenen Jahren viel Kritik einstecken. Angefacht durch rechtspopulistische Parteien ist die Europaskepsis seit 2015 deutlich gewachsen, Nationalisierungstendenzen haben zugenommen. Der Tiefpunkt dieses Negativtrends war im Sommer 2016 das Brexit-Votum der Briten. Dass die europäische Integration nicht zwingend geradlinig voranschreitet, dass gar ein Land wie Großbritannien, das politisch, wirtschaftlich und kulturell sehr eng mit der Europäischen Union verwoben ist, austritt – so etwas galt bislang als ausgeschlossen. Eine bittere Lehre, aber auch ein Ansporn.

Europa muss besser werden. Und das heißt: fairer, gerechter und sozialer. Die Bürger müssen noch stärker als bisher spüren, dass die EU ihnen nützt. Das ist vor allem über die Sozialgesetzgebung möglich, die aber nach wie vor meist Sache der Nationalstaaten ist. Soziale Rechte werden zu häufig als Belastung und Wettbewerbshindernis dargestellt. Diese neoliberale Politik muss ein Ende haben. So kann die EU die Unterstützung der Menschen zurückzugewinnen. Denn: Eine demokratische, soziale und faire Europäische Union ist die beste Antwort auf die Herausforderungen einer globalisierten Welt.

Als Beispiele für eine bürgernahe und zukunftsorientierte Politik aus den letzten Jahren können vor allem die Abschaffung der Roaming-Gebühren, die Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens und das Austauschprogramm Erasmus+ gelten. Sozialdemokarten haben am Zustandekommen aller drei Projekte einen großen Anteil.

ERASMUS – EINE EUROPÄISCHE ERFOLGSGESCHICHTE

Paris, Bologna, Istanbul: Dank Erasmus+ konnten inzwischen Millionen junger Menschen in Europa diese und viele andere Städte kennenlernen, interessante Menschen treffen und neue Sprachen lernen – also Europa buchstäblich leben. Das Bildungs-, Jugend- und Sportprogramm Erasmus+ gehört zu den erfolgreichsten und bekanntesten Initiativen der Europäischen Union. Das ist auch ein Verdienst der Sozialdemokraten, die sich stets für Erasmus stark gemacht haben. Eine Studie der EU-Kommission zeigt, dass Erasmus-Teilnehmer sich der EU stärker verbunden fühlen als andere Menschen. Eine echte Erfolgsgeschichte, die noch mehr europäische Anerkennung verdient – und auch eine noch bessere finanzielle Ausstattung.

1987 startete das Programm Erasmus als Austauschprogramm für Studierende. Über die Jahre hinweg wurde es um Austauschprogramme für Auszubildende und junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Schülerinnen und Schüler erweitert. Hinzu kamen ein Freiwilligendienst, grenzüberschreitende Initiativen von Jugendverbänden und Projekte der Erwachsenenbildung. Damit konnten Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterschiedlichste Erfahrungen im Ausland sammeln.

Zudem hat sich die SPD-Fraktion im Europaparlament 2016 erfolgreich dafür eingesetzt, dass die EU-Kommission junge Menschen in Gegenden mit besonders hoher Arbeitslosigkeit gezielt auf die Programme anspricht. Menschen mit geringen Basiskompetenzen – sei es im Sprachbereich oder bei notwendigen naturwissenschaftlichen Kenntnissen – werden stärker unterstützt. Kleinere und mittlere Ausbildungsbetriebe bekommen die Chance, sich am Austauschprogramm zu beteiligen.

Sozialdemokraten im Europaparlament kämpfen dafür, dass in Zukunft noch mehr Menschen von diesem besonderen Angebot profitieren. In Zukunft soll jeder Europäer unter 27 Jahren die Chance haben, an mindestens einem der Programmteile teilzunehmen. Hierfür bedarf es mindestens einer Verdoppelung der finanziellen Mittel in der nächsten Programmperiode. Zusätzlich sollten insbesondere Menschen aus benachteiligten Verhältnissen eine bessere Förderung erfahren. Mobilität und Bildung dürfen kein Privileg Weniger bleiben.

MEILENSTEIN FÜR DEN KLIMASCHUTZ – UNTERZEICHNUNG DES WELTKLIMAVERTRAGS

Auch wenn US-Präsident Donald Trump die Geschichte zurückdrehen und gegen das erste Weltklimaabkommen vorgehen will: Der Beitritt der Europäischen Union zu dem internationalen Vertrag war ein historischer Erfolg. Sein Inkrafttreten im November 2016 ist ein Meilenstein für den globalen Klimaschutz. Der Vertragsabschluss wurde zum Startschuss für eine neue Phase zum weltweiten Schutz der Erdatmosphäre.

195 Staaten und die EU unterzeichneten das Klimaabkommen in Paris. Möglich wurde dies auch durch ein beschleunigtes Verfahren innerhalb des Europäischen Parlaments. Sozialdemokraten setzten diese Entscheidung gegen Nationalkonservative und Rechte, auch von der AfD, mit durch. Die Unterzeichnung hat der Welt demonstriert: Der Klimaschutz hat für die Europäische Union Priorität.

Entscheidend ist, dass die Union von Anfang an als Vertragspartei dabei war. Das Bekenntnis zum Klimavertrag ist eine wichtige Botschaft der EU an ihre Partner im Norden und Süden der Welt. Besonders wichtig: Der Weltklimavertrag verpflichtet auch die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zu handeln. Denn die bis dahin beschlossenen Klimaziele reichen nicht aus, um den Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen und damit die Gefahr drohender Umweltkatastrophen einzugrenzen.

Dies bedeutet für die EU, ihre künftige Klimapolitik in allen Bereichen mit dem Abkommen von Paris in Übereinstimmung zu bringen.

Das Klimaschutzabkommen ist vor allem deshalb so wichtig, weil sich die Vertragspartner zur langfristigen Entwicklung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft bekennen und bereit sind, dafür auch erhebliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Nach den jahrzehntelangen Klimaverhandlungen stellt das Pariser Abkommen einen bedeutenden Fortschritt dar, der in weitere internationale und nationale Anstrengungen zum Klimaschutz münden muss. Dafür werden die SPD-Europaparlamentarier kämpfen.

KOSTENGÜNSTIG EU-WEIT TELEFONIEREN, SURFEN UND SMS SCHREIBEN

Nach zehnjährigen, oft strittigen Verhandlungen zwischen der EU und der Telekommunikationswirtschaft wurde im Sommer 2015 das teure und verbraucherunfreundliche Roaming innerhalb der EU endlich abgeschafft.

Schon seit vielen Jahren können Bürgerinnen und Bürger in der EU frei reisen, grenzüberschreitend studieren oder Geschäfte machen. Ging es um die Handynutzung, waren die Grenzen zwischen den Nationalstaaten dagegen „dicht“. Wer in den Urlaub oder auf Geschäftsreise fuhr, musste entweder auf Telefonate, SMS und Webnutzung verzichten oder teils horrende Rechnungen in Kauf nehmen.

Hauptstreitpunkt war bei den Verhandlungen die Preise, die die Telekommunikationsanbieter untereinander für die Netznutzung im Ausland bezahlen müssen. Auch auf Initiative der SPD gelang es, diese Preise Zug um Zug zu senken, so dass Bürgerinnen und Bürger ab Juni 2017 bei Reisen ins EU-Ausland nun telefonieren, im Internet surfen oder SMS verschicken können, ohne dafür Aufschläge zu zahlen.

SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (BUNDES-SGK)

BUNDES-SGK

© Bundes-SGK / D. Bleicker

STIMME DER KOMMUNALPOLITIK IN DER SPD

Mit der Bundes-SGK haben die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern eine eigene Stimme in der SPD. Durch die enge Zusammenarbeit der Bundes-SGK mit dem SPD-Parteivorstand, der SPD-Bundestagsfraktion und in den Bund/Länder-Gremien sowie den Europaabgeordneten der SPD können kommunale Belange gegenüber den anderen politischen Ebenen deutlicher wahrgenommen und formuliert werden. Dazu dient auch der seit 2010 bestehende Kommunalbeirat der SPD, der unter dem Vorsitz von Sigmar Gabriel zweimal im Berichtszeitraum tagte.

DAS JAHR 2015: DIE ZUWANDERUNG VON FLÜCHTENDEN UND ASYL BEGEHRENDEN MENSCHEN NACH DEUTSCHLAND BESTIMMT DIE POLITISCHE DISKUSSION

Bereits im Jahr 2014 entwickelte sich das Thema „Zuwanderung und Integration" für die Kommunen zu einer der wichtigsten politischen Aufgaben. Zunächst standen die Binnenwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien und die schwierige Situation der Roma in ihren Heimatländern und bei der Integration in deutschen Städten im Blickfeld. In 2014 wurde diese Diskussion dann durch den verstärkten Zuzug von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und der Bewältigung der damit verbundenen Aufgaben der Unterbringung und Integration überlagert.

Frank Baranowski, Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirche und Vorsitzender der Bundes-SGK; © Bundes-SGK / D. Bleicker

Der Vorstand der Bundes-SGK hatte bereits nach ausführlichen Beratungen in den Gremien der Bundes-SGK mit dem Positionspapier „Für eine humanitäre und solidarische Flüchtlingspolitik: Handlungserfordernisse aus kommunaler Sicht" einen Grundsatzbeschluss zu dieser Thematik im November 2014 getroffen. Im Februar 2015 hat der Vorstand der Bundes-SGK das Positionspapier „Flüchtlingsunterbringung und Integration als gesamtstaatliche Aufgabe wahrnehmen" beschlossen. Im September 2015 unterstreicht der Vorstand der Bundes-SGK in seinem Positionspapier „Zuwanderung und Integration – Bund und Länder müssen jetzt rasch handeln!" die Forderung an die Länder, die ihnen vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel zügig zur Entlastung an die Kommunen weiterzugeben! Darüber hinaus müssten Bund und Länder dafür Sorge tragen, dass die Regelsysteme, wie Schule, Jugendhilfe, Arbeitsförderung, Gesundheitsversorgung sowie die Organisation des bürgerschaftlichen Engagements u.a.m. entsprechend dem gewachsenen Bedarf ausgestattet werden.

Frank Baranowski, Sigmar Gabriel und Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und Vizepräsident des Deutschen Städtetages, im November 2015 im Willy-Brandt-Haus
© Bundes-SGK / D. Bleicker

Die SPD-Bundestagsfraktion veranstaltete am 15. September 2015 unter Mitwirkung der Bundes-SGK eine Kommunalkonferenz zum Thema „Flüchtlingspolitik". Am 12. November 2015 hatten Frank Baranowski, Ulrich Maly und Sigmar Gabriel zu einer Zusammenkunft von sozialdemokratischen Oberbürgermeisterinnen/Oberbürgermeistern und Landrätinnen und Landräten mit Mitgliedern der Bundesregierung, der Parteiführung und der SPD-Bundestagsfraktion ins Willy-Brandt-Haus eingeladen. Bei dieser Veranstaltung informierten die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker eingehend über die dramatische Lage bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in den Kommunen. In der Vorbereitung der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK 2016 unterstrich der Vorstand der Bundes-SGK in seinem Leitantrag „Zusammenhalt in den Kommunen stärken – Integration jetzt" am 19. Februar 2016 die Notwendigkeit eines Integrationskonzeptes und forderte Maßnahmen u. a. in den Bereichen Spracherwerb, Bildung, Arbeitsmarktintegration, Wohnen und Förderung der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements und die notwendige finanzielle Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2016 konnte zwischen Bund und Ländern eine Einigung darüber gefunden werden, wie sich der Bund substantiell an den Kosten der Integration beteiligen soll. Erfreulich war die Übernahme der Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylbewerber und Schutzberechtigte bis Ende 2018 und die damit verbundene Entlastung der Kommunen. Nicht zufriedenstellend blieb die Einigung mit den Ländern auf eine Integrationspauschale in Höhe von zwei Milliarden Euro jährlich bis 2018 durch Erhöhung ihres Umsatzsteueranteils, da nicht geregelt wurde, ob und welchen

Anteil die Kommunen für ihre zusätzlichen Lasten der Integration bekommen sollten. Offen geblieben ist die Frage, wie es nach 2018 weitergehen soll.

Diskussionsrunde im Rahmen der bei der Veranstaltung „Ein starkes Stück Demokratie“ mit Hansi Laesicke, Dr. Rosemarie Wilcken, Dagmar Szabados, Detlef Raphael, Antje Hochwind und Herbert Schmalstieg; © Bundes-SGK / Marc-Steffen Unger

EIN STARKES STÜCK DEMOKRATIE – 25 JAHRE ERSTE FREIE KOMMUNALWAHLEN IN DER DDR AM 6. MAI 1990

Ein starkes Stück Demokratie – das waren die ersten freien Kommunalwahlen in der DDR am 6. Mai 1990. Diese Wahlen stellten den Abschluss des Demokratisierungsprozesses und politischen Wandels in der DDR dar und waren gleichzeitig Startschuss für den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in Ostdeutschland. Anlässlich des Jubiläums der ersten freien Kommunalwahlen in der DDR haben die Bundes-SGK und das Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie in einer Veranstaltung am 25. April 2015 im Willy-Brandt-Haus in Berlin zum einen an die Kommunalwahlen selbst und an den Beginn sozialdemokratischer Kommunalpolitik in den neuen Ländern erinnert und zum anderen einen Ausblick auf die Perspektiven der Kommunalpolitik in Ostdeutschland gegeben. An der Veranstaltung wirkten u. a. mit: Yasmin Fahimi, Generalsekretärin der SPD, Wolfgang Tiefensee, Vorsitzender des Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie und Thüringer Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft, Norbert Bude, Vorsitzender der Bundes-SGK, und Herbert Schmalstieg, Ehrenvorsitzender der Bundes-SGK

Barbara Hendricks, MdB, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, bei der Fachkonferenz „In unsere Zukunft investieren – Infrastrukturfinanzierung und Digitale Agenda in den Kommunen“ im Juli 2015 in Potsdam; © Bundes-SGK / J. Kobel

In unsere Zukunft investieren: Infrastrukturfinanzierung und Digitale Agenda in den Kommunen - Fachkonferenz der Bundes-SGK am 3./4. Juli 2015 in Potsdam

Das Kommunalpanel 2014 der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) stellte zum wiederholten Mal den gewaltigen Investitionsbedarf in den Kommunen fest. Er reicht von den notwendigen Erhaltungsinvestitionen im Verkehrsbereich, der energetischen Sanierung und den Anforderungen des Klimaschutzes über die Herstellung von Barrierefreiheit und alternsgerechten Städten und Gemeinden bis hin zum Ausbau von Schulen, Kindertagesstätten und Ganztagesbetreuung. Obgleich der große volkswirtschaftliche Nutzen kommunaler Investitionen und die Chancen der Digitalisierung unbestritten sind, werden für diese Zukunftsaufgaben zu wenige Ressourcen bereitgestellt. Die Sicherung der Zukunft unserer Kommunen erfordert zugleich die Anpassung der öffentlichen Verwaltung und der kommunalen Daseinsvorsorge an die Erfordernisse einer digitalen Welt.

Der Diskussion dieser Themen und Fragen hat die Bundes-SGK mit ihrer Fachkonferenz am 3./4. Juli 2015 in Potsdam eine Plattform geboten. Hauptrednerinnen der Veranstaltung waren Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Brigitte Zypries, Parlamentarische Staatsekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

DAS JAHR 2016: DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER BUNDES-SGK IN POTSDAM

Am 22./23. April 2016 fand die 16. ordentliche Delegiertenversammlung der Bundes-SGK in Potsdam statt, an der mehr als 500 Delegierte und Gäste teilnahmen. Zum neuen Vorsitzenden wählten die Delegierten den Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Frank Baranowski. Er erhielt mehr als 98 Prozent der Stimmen. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt: Burkhard Albers, Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises, Thomas Beyer, Bürgermeister der Hansestadt Wismar, Michael Ebling, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz, Silvia Nieber, Bürgermeisterin der Hansestadt Stade und Annette Sawade, MdB, Vorsitzende des Unterausschuss Kommunales.

Manfred Sternberg, Geschäftsführer der Bundes-SGK, Norbert Bude, Oberbürgermeister a. D. und Vorsitzender der Bundes-SGK bis April 2016, und Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK seit April 2016; © Bundes-SGK / D. Bleicker

Der neue Vorsitzende betonte in seiner Rede, dass kommunale Selbstverwaltung nicht leer laufen dürfe. Die anstehenden Herausforderungen rund um die Integration von einer Million Geflüchteter seien immens und nicht ohne die Kommunen lösbar. Um ihre Aufgaben zu erfüllen, bräuchten die Städte und Gemeinden aber die nötige finanzielle Ausstattung. Neben der Integration werde es in den kommenden Monaten vor allem um die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Entlastung bei der Eingliederungshilfe in Höhe von fünf Milliarden Euro gehen. Hier müsse die Bundesregierung endlich Klarheit schaffen, wie genau diese Entlastung umgesetzt werden soll.

Beschlüsse

Bei der 16. Ordentlichen Delegiertenversammlung der Bundes-SGK wurden sieben inhaltliche Anträge beschlossen. Im Leitantrag „Zusammenhalt in den Kommunen stärken - Integration jetzt!“ betont die Bundes-SGK die Notwendigkeit eines Integrationskonzeptes und fordert u. a. Maßnahmen in den Bereichen Spracherwerb, Bildung, Arbeitsmarktintegration, Wohnen und Förderung der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements. Durch zunehmen-

de Integrationsaufgaben werden die Regelsysteme (und damit auch die kommunalen Haushalte) immer stärker belastet. Eine Entlastung der kommunalen Finanzen ist dringend notwendig, deshalb fordert die Bundes-SGK in einem Beschluss die „Vollständige Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund ab 2018". In einem weiteren Beschluss „Entlastung der Kommunen von den Soziallasten" wurden weitere Forderungen zur Sicherung und Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung formuliert. Der Beschluss „Stärkung der lokalen Demokratie" reflektiert die Rolle ehrenamtlicher Kommunalpolitik in einer vielfältigen lokalen Demokratie.

Im Beschluss „Eine Welt beginnt vor Ort" plädiert die Bundes-SGK für eine Stärkung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und ein entsprechendes Engagement der Kommunen. Der Beschluss „Das Soziale im Quartier – Eine Chance für moderne soziale Politik in den Kommunen" unterstreicht die Bedeutung des Quartiers für Teilhabe und Engagement und fordert eine soziale Quartierspolitik. In ihrem Beschluss „Energiewende und Digitalisierung erfordern intelligente Verteilnetze" fordert die Bundes-SGK einen geeigneten, modernen Regulierungsrahmen für Verteilnetze. Dieser müsse Anreize bieten, um schnell, effizient und wirtschaftlich vertretbar in die Modernisierung, den Neu- und Ausbau und in die Digitalisierung von Verteilnetzen zu investieren.

WEITERE THEMENSCHWERPUNKTE

ENTLASTUNG DER KOMMUNEN VON SOZIALAUSGABEN

Wie die im Koalitionsvertrag vereinbarte finanzielle Entlastung der Kommunen in Höhe von fünf Milliarden Euro jährlich ab 2018 erreicht werden sollte, war eine prägende Fragestellung in den Jahren 2015 und 2016. Bund und Länder vereinbarten in ihren Gipfeln von Juni und Juli 2016 folgendes Vorgehen. Zunächst wird der Umsatzsteueranteil der Länder zusätzlich um eine Milliarde Euro erhöht. Wie die Länder diese Mittel an die Kommunen weiterleiten, muss auf Länderebene geklärt werden. Als zweites Element wird der Umsatzsteueranteil der Kommunen erhöht, zunächst um 2,76 Milliarden Euro in 2018, ab 2019 dann um 2,4 Milliarden Euro jährlich. Als drittes Element wird die Beteiligung des Bundes an den KdU in 2018 um 1,24 Milliarden Euro und ab 2019 um 1,6 Milliarden Euro jährlich erhöht. Die Bundes-SGK begrüßte zwar grundsätzlich die damit zu erwartende Entlastung, kritisierte aber scharf den gewählten Umsetzungsweg und die mangelnde Beteiligung der Kommunen bei der Kompromissfindung. Die Bundes-SGK hatte bereits mit ihrem Vorstandsbeschluss vom 24. Juni 2016 deutlich gemacht, dass der am 16. Juni 2016 von Bund und Ländern vereinbarte Weg die Kommunen um 5 Milliarden Euro ab 2018 jährlich zu entlasten, in seinen Verteilungswirkungen für ungerecht und nicht zielführend gehalten wird und deshalb um entsprechende Korrekturen der Regelungen im Gesetzgebungsverfahren gebeten. Die Bundes-SGK präferierte eine deutliche Erhöhung des Anteils der Kostenbeteiligung des Bundes an den KdU. Gegenüber der Bundesregierung vertritt die Bundes-SGK die Auffassung, dass ein Umschlagen der Aufgabe in eine Bundesauftragsverwaltung durchaus vertretbar sei. Dies ließe sich hilfsweise auch durch eine Grundgesetzänderung regeln.

Bernhard Daldrup, MdB, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Geschäftsführer der SGK NRW
© Bundes-SGK / D. Bleicker

NEUORDNUNG DER BUND-LÄNDER-FINANZBEZIEHUNGEN

Bund und Länder hatten bereits in 2014 mit einem Diskussionsprozess begonnen, zu dem im Herbst 2014 mit dem inoffiziellen Schäuble/Scholz-Papier Wege für pragmatische Lösungen der zwischen den Ländern untereinander und mit dem Bund bestehenden Konflikten aufzeigt werden sollten. Die Volte der Bundeskanzlerin zum Jahresende gemeinsam mit dem CSU-Vorsitzenden zu verkünden, dass eine Integration des Soli in die Einkommens- und Körperschaftssteuer politisch mit CDU/CSU nicht zu machen sei, raubte den Ansätzen von Scholz/Schäuble dann die Grundlage, so dass die Diskussion wieder neu geführt werden musste. Die Bundes-SGK hat in einer Arbeitsgruppe „Föderale Aufgaben- und Finanzbeziehungen" das Thema umfassend diskutiert und ein Diskussionspapier erarbeitet, welches vom Vorstand der Bundes-SGK im Frühjahr 2015 beschlossen wurde. Es bleibt aus Sicht der Kommunen nicht zufriedenstellend, dass das Versprechen des Koalitionsvertrages, die Kommunen an diesem Diskussionsprozess direkt zu beteiligen, nicht erfolgte.

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages seit 1. Juni 2016 und Vorsitzender der Kommission „Finanzen und Wirtschaft" der Bundes-SGK; © Bundes-SGK / D. Bleicker

Bei dem Treffen der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 3. Dezember 2015 konnte im Prozess der Suche nach einer gemeinsamen Lösung für einen Reformvorschlag der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein Konsens zwischen den Ländern hergestellt werden, der dann am 14. Oktober 2016 zu einer Einigung auch mit der Bundesregierung führte. Mit der Umsetzung aller Elemente werden die Länder insgesamt auf der Basis der Zahlen der Steuerschätzung von Mai 2016 für 2019 um rund 9,5 Milliarden Euro gegenüber dem Status-Quo in 2020 besser gestellt. Kein Land steht nach der Neuordnung finanziell schlechter da als ohne die Neuordnung. Diese Neuordnung entfaltet zunächst keine direkte Wirkung auf die Kommunen und ihre Finanzsituation. Indirekt werden die Kommunen allerdings fiskalisch in dem Maße von der Neugestaltung profitieren, wie ihre Länder dieses tun, denn sie profitieren mit ihrem Anteil in Höhe des Verbundsatzes im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches von den Mehreinnahmen ihrer Länder, vorausgesetzt diese nehmen hier keine Veränderungen vor. Dieses gilt es in den kommunalen Finanzausgleichsgesetzen auf Länderebene ab 2020 zu berücksichtigen.

INFRASTRUKTURINVESTITIONEN IN FINANZSCHWACHEN KOMMUNEN

Im Zusammenhang mit der Einigung der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und des Bundes am 14. Oktober 2016 zur Zukunft der Bund-Länder-Finanzbeziehungen stand auch die Absicht die Mitfinanzierungskompetenzen des Bundes im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur zu erweitern. Nach Artikel 104b des Grundgesetzes setzt die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes für Investitionen der Länder und Kommunen voraus, dass eine Gesetzgebungsbefugnis des Bundes vorliegt. Deshalb soll mit einem neuen Artikel 104c im Grundgesetz ein Sondertatbestand aufgenommen werden, der es dem Bund ermöglicht die aus gesamtstaatlicher Sicht dringend notwendige Sanierung und Modernisierung der

Gebäudeinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen gezielt mit Bundesmitteln zu unterstützen. Diese Änderung des Grundgesetzes ist Bestandteil des vom Bundeskabinett am 14. Dezember 2016 verabschiedeten Gesetzentwurfes zur Änderung des Grundgesetzes. Parallel dazu hat das Bundeskabinett einen Nachtragshaushalt 2016 beschlossen. Mit ihm werden weitere 3,5 Milliarden Euro dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds zugeführt. Damit sollen die Mittel für finanzschwache Kommunen auf insgesamt sieben Milliarden Euro aufgestockt werden.

DIGITALE AGENDA IN KOMMUNEN

Die Digitalisierung als Oberbegriff einer Vielzahl von Entwicklungen hat auch auf kommunaler Ebene große Auswirkungen – und betrifft Kommunen auf verschiedenen Ebenen. Der Basis einer digitalen Kommune, den infrastrukturellen Voraussetzungen, widmete sich die Bundes-SGK bereits im Rahmen der Fachkonferenz „In unsere Zukunft investieren - Infrastrukturfinanzierung und Digitale Agenda in den Kommunen". Deutlich wurde: In die infrastrukturelle Achillesferse der Digitalisierung, den flächendeckenden Breitbandausbau, muss massiv investiert werden.

Eine Digitale Agenda geht selbstredend weit über Infrastrukturfragen hinaus. Digitalisierung benötigt auch in der Kommune einen politischen Gestaltungsrahmen. Die Bundes-SGK hat sich im Berichtszeitraum 2015/2016 in vielerlei Hinsicht der Digitalisierung in der Kommune gewidmet. Im Nachgang zu der Fachkonferenz 2015 wurde in der Novemberausgabe der DEMO Impulse in verschiedenen Fachartikeln eine „Digitale Agenda in den Kommunen" diskutiert. Die Kommission „Lokale Demokratie" der Bundes-SGK hat sich in ihrer Sitzung im Februar 2015 speziell mit dem Thema „Social Media in Kommunen" auseinander gesetzt. Auf Initiative aus dem Arbeitskreis „Große Städte" hat die Bundes-SGK im Jahr 2016 eine Umfrage unter den SPD-Fraktionen in Großstädten durchgeführt, um Stand und Entwicklungspotenzial bei der Digitalisierung der Rats- und Fraktionsarbeit zu ermitteln. Hierbei ging es vor allem um die Ausgestaltung von Ratsinformationssystemen.

KOMMUNEN UND EUROPA

Roland Schäfer, Bürgermeister von Bergkamen, Präsident der USKRE und Präsident des DStGB (mitte), mit den Ehrenpräsidenten der USKRE Claudy Lebreton (links) und Herbert Schmalstieg (rechts)
© Bundes-SGK / P. Hamon

Die Kommission „Europa und Internationales" der Bundes-SGK hat sich eingehend mit den geplanten Handelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA), mit der „Urban Agenda der EU", der „Asyl- und Flüchtlingspolitik" sowie mit dem Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit" befasst. Vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingskrise gewinnt das Instrument der Entwicklungszusammenarbeit zusätzlich an Bedeutung. Sie kann einen wichtigen Beitrag für eine Verbesserung der Lebensgrundlagen der Menschen in ihrer Heimat sowie zum Wiederaufbau und zur Schaffung und dem Erhalt von Stabilität leisten. Die im September 2015 einstimmig von der Generalversammlung der UN beschlossene „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung" richtet sich im Ziel 11 explizit an Kommunen: „Städte und Siedlungen (communities) inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen". Aufgrund der Bedeutung des Themas „kommunale Entwicklungszusammenarbeit" sowie aktueller Entwicklungen hat die Delegiertenversammlung der Bundes-SGK im April 2016 den Beschluss „Eine Welt beginnt vor Ort – Kommunen gestalten Globalisierung" gefasst.

Zum Thema „Den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen stärken" hat das europäische Netzwerk der SGK, die Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE), im Juni 2015 im Rahmen des Kongresses der Sozialdemokratischen Partei Europas (PES) einen Workshop der mit rund 40 Kommunalpolitikerinnen und -politikern aus acht europäischen Ländern veranstaltet. Im Fokus dieses Erfahrungsaustausches standen die Themen „Armutsbekämpfung" und „Soziale Teilhabe" sowie die besonderen Herausforderungen von Migration für Kommunen. Darüber hinaus hat sich in Budapest der Vorstand der USKRE satzungsgemäß neu konstituiert. Zum neuen Präsidenten der USKRE wurde Roland Schäfer, Bürgermeister von Bergkamen und Präsident des DStGB, einstimmig gewählt. Er trat damit die Nachfolge des Franzosen Claudy Lebreton an, der dieses Amt seit 2009 innehatte.

Im Mittelpunkt der Vorstandssitzung der USKRE im Dezember 2015 in Brüssel standen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Hierzu berichtete Bernd Lange MdEP, Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel des Europäischen Parlaments. Darüber hinaus beriet der Vorstand über die Flüchtlingskrise und ihre Auswirkungen auf die Kommunen und verabschiedete hierzu eine Resolution. Am 1. Juli 2016 veranstaltete die USKRE zusammen mit der Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP) und der europäischen Stiftung FEPS einen Workshop zum Thema „Populismus – Eine Herausforderung für die Lokale Demokratie", an dem rund 50 Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus sieben Ländern teilnahmen.

Zentrales Thema der Vorstandssitzung in Luxemburg war die Lage in der Türkei, insbesondere der seit Sommer 2015 im Südosten der Türkei erneut aufgeflammte gewaltsame Konflikt, dem zahlreiche Menschen zum Opfer gefallen sind. Der Co-Bürgermeister von Diyarbakir Firat Anli berichtete, dass die Zerstörungen in vielen Kommunen zu Einschränkungen der Grundversorgung führten und zehntausende Menschen auf der Flucht seien. Zudem ist die lokale Selbstverwaltung und die lokale Demokratie nachhaltig gefährdet, da zahlreiche frei gewählte Bürgermeister in der Region suspendiert, abgesetzt oder verhaftet und Verwalter vom türkischen Staat eingesetzt wurden. Alle Resolutionen und Papiere der USKRE sowie Informationen zu ihren Aktivitäten finden sich auf der Internetseite www.uskre.eu. Für 2017 ist eine Umbenennung der USKRE in „PES Local - Sozialdemokratische KommunalpolitikerInnen Europas" geplant. Mit dieser neuen Bezeichnung soll die enge Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei Europas (PES) unterstrichen werden.

Mit Unterstützung der Bundes-SGK fanden im Jahr 2015 in Berlin und Budapest Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern aus Österreich und Ungarn statt, die sich mit den Themen „Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen – Herausforderungen und Lösungsansätze für Kommunen" bzw. „Kommunaler Klimaschutz" auseinander setzten. Eine ebenfalls von der FES mit Unterstützung der Bundes-SGK im November 2016 in Prag durchgeführte deutsch-tschechische kommunalpolitische Fachkonferenz ermöglichte einen Erfahrungsaustausch zu aktuellen Herausforderungen für die Kommunalpolitik in Tschechien und Deutschland.

QUALIFIZIERUNG UND INFORMATION

Die SGK leistet auf Bundes- und Landesebene mit einem vielfältigen Angebot an Information, Beratung und Qualifizierung einen großen Beitrag, um insbesondere ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in ihrer wichtigen Aufgabe zu unterstützen und Nachwuchs zu gewinnen und zu fördern.

Sowohl in 2015 als auch 2016 fanden die bewährten Seminare „Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen" und „Kommunal-

und Direktwahlen gewinnen“ in Springe statt. Ergänzt wurde das Repertoire zur Wahlkampfvorbereitung durch das „Kompaktseminar Wahlsiegplanung“ im September 2015 in Berlin. Neben dem etablierten Seminar „Mein Weg zur Bürgermeisterin – Frauen ins Rathaus“ im Jahr 2015, wurde das Programm zur Frauenförderung erstmalig ergänzt durch ein Mentoring-Projekt für zehn Frauen gemeinsam mit dem SPD-Parteivorstand sowie ein Intensivcoaching für Frauen in kommunalen Führungspositionen im Jahr 2016 in Berlin.

Die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie von SPD-Parteivorstand und Bundes-SGK fand auch in den Jahren 2015 und 2016 großen Anklang. Insgesamt knapp 200 junge Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker absolvierten die vier Module mit einem Mix aus kommunalem Fachwissen, Methodenkompetenz und politischer Orientierung und nutzten die Möglichkeit, sich zu vernetzen. Im November 2015 wurde die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie für 15 Jahre erfolgreiche Qualifizierung des kommunalpolitischen Nachwuchses mit einem „DEMO-Kommunalfuchs“ ausgezeichnet.

Yasmin Fahimi und Norbert Bude nehmen den „DEMO-Kommunalfuchs“ von Frank Meyer, Oberbürgermeister der Stadt Krefeld und Absolvent der Kommunal-Akademie 2003, und Karin Nink, Chefredakteurin der DEMO, entgegen.; © Bundes-SGK / D. Bleicker

Mit ihren Fachkonferenzen bietet die Bundes-SGK regelmäßig eine Plattform, um Themen mit hoher kommunaler Relevanz zu diskutieren und den Dialog zwischen Kommunalpolitik und Fachverbänden, Wissenschaft und Unternehmen zu fördern. Im Jahr 2015 hat die Bundes-SGK die zweitägige Fachkonferenz „In unsere Zukunft investieren- Infrastrukturfinanzierung und Digitale Agenda in den Kommunen“ in Potsdam veranstaltet.

Auf ihrer Homepage (www.bundes-sgk.de), in ihren Informationsbriefen und auf ihrer Facebook-Seite berichtet die Bundes-SGK regelmäßig über kommunalrelevante Entwicklungen und legislative Vorhaben auf Bundesebene, sowie über Veranstaltungen und Projekte. Außerdem erstattet die Bundes-SGK Bericht über die Direktwahlen zum Amt des Oberbürgermeisters, des Landrats und des Bürgermeisters bei Städten über 50.000 Einwohner.

Im monatlich erscheinenden Fachorgan der Bundes-SGK, Demokratische Gemeinde (DEMO), wird regelmäßig über die Aktivitäten und Projekte der Bundes-SGK und der Landes-SGKs, über aktuelle kommunal bedeutsame Themen sowie über gute Beispiele sozialdemokratischer Kommunalpolitik berichtet. Mit der DEMO Impulse gibt es seit dem Jahr 2015 ein zusätzliches Format, das regelmäßig bis zu viermal jährlich erscheint und sich einzelnen Zukunftsthemen der Kommunalpolitik in mehreren Fachartikeln vertiefend widmet.

TERMINE 2015/2016

2015

Januar Start des Kurses I-2015 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie
7. Januar Sitzung der Arbeitsgruppe „Rolle der Kommunen in der Pflege“ der Bundes-SGK in Berlin
20. Januar Sitzung der Kommission „Energie und Umwelt“ der Bundes-SGK in Berlin
23./24. Januar Seminar der Bundes-SGK „Mein Weg zur Bürgermeisterin – Frauen ins Rathaus“ in Springe
19. Februar Sitzung der Arbeitsgruppe „Inklusion“ der Bundes-SGK in Berlin
26. Februar Sitzung der Kommission „Lokale Demokratie / Ehrenamtliche Kommunalpolitik“ der Bundes- SGK in Berlin
27. Februar Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
27./28. Februar Seminar der Bundes-SGK „Direktwahlen gewinnen“ in Springe
18. März Sitzung der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landes-SGKs und der Bundes-SGK in Berlin
25. April Veranstaltung der Bundes-SGK und des Forum Ostdeutschland der SPD „Ein starkes Stück Demokratie – 25 Jahre erste freie Kommunalwahlen in der DDR am 6. Mai 1990“ in Berlin
10. Mai Wahlen zu der Stadtbürgerschaft in Bremen und Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
13. Mai Sitzung der Kommission „Finanzen“ der Bundes-SGK in Berlin
7. Juni Kommunal- und Direktwahlen in Sachsen (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
9. Juni „Kommunaler Abend“ der SPD Fraktion Dresden, der SPD-Landtagsfraktion Sachsen und der Bundes-SGK im Rahmen der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dresden
12. Juni Workshop der USKRE „Den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen stärken“ und Sitzung des Vorstands der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE / Euro-SGK) in Budapest
Sitzung der Kommission „Soziales“ der Bundes-SGK in Berlin
18./19. Juni Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Braunschweig
24. Juni Sitzung der Arbeitsgruppe „Zuwanderung / Integration“ der Bundes-SGK in Berlin
26. Juni Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
3./4. Juli Fachkonferenz der Bundes-SGK „In unsere Zukunft investieren – Infrastrukturfinanzierung und Digitale Agenda in den Kommunen“ in Potsdam
10./11. Juli Seminar der Bundes-SGK „Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen“ in Springe
12. September Kompaktseminar der Bundes-SGK „Wahlsiegplanung“ in Berlin
13. September Direktwahlen in Nordrhein-Westfalen (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
25. September Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
Oktober 2015 Start des Kurses II-2015 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie
6. Oktober Sitzung der Kommission „Energie und Umwelt“ der Bundes-SGK in Berlin
13. Oktober Sitzung der Kommission „Finanzen“ der Bundes-SGK in Berlin
15. Oktober Sitzung der Kommission „Soziales“ der Bundes-SGK in Berlin
23./24. Oktober Deutsch-Österreichische kommunalpolitische Fachkonferenz „Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen – Herausforderungen und Lösungsansätze für Kommunen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Bundes-SGK in Berlin

6. November Sitzung des SPD-Kommunalbeirats in Berlin
12. November Sitzung der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landes-SGKs und der Bundes-SGK in Berlin
13./14. November Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Essen
Deutsch-Ungarische kommunalpolitische Fachkonferenz „Kommunaler Klimaschutz“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Bundes-SGK in Budapest
27. November Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
8. Dezember Sitzung des Vorstands der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE / Euro-SGK) in Brüssel
9. Dezember Auftaktveranstaltung des Mentoring-Programms von SPD-Parteivorstand und Bundes-SGK „Frauen in Führung“ für Kandidatinnen und Amtsinhaberinnen in der Kommunalpolitik
16. Dezember Sitzung der Kommission „Europa und Internationales“ der Bundes-SGK in Berlin

2016

29. Januar Sitzung der Kommission „Soziales“ der Bundes-SGK in Berlin
19. Februar Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
19.-21. Februar Coaching-Wochenende im Rahmen des Mentoring-Programms von SPD-Parteivorstand und Bundes-SGK „Frauen in Führung“ für Kandidatinnen und Amtsinhaberinnen in der Kommunalpolitik
März Start des Kurses I-2016 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie
6. März Kommunalwahlen in Hessen (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
22. April Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Potsdam
22./23. April 16. ordentliche Delegiertenversammlung der Bundes-SGK „Kommunen stärken – Zukunft schaffen“ in Potsdam
23. April Konstituierende Sitzung des Vorstands der Bundes-SGK in Potsdam
20./21. Mai Seminar der Bundes-SGK „Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen“ in Springe
2./3. Juni Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Karlsruhe
6. Juni Sitzung der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landes-SGKs und der Bundes-SGK in Berlin
24. Juni Klausursitzung des Vorstandes der Bundes-SGK in Berlin
01. Juli Workshop „Populismus – Herausforderung für die lokale Demokratie“ (in Zusammenarbeit mit der LSAP und der FEPS) und Sitzung des Vorstands der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE / Euro-SGK) in Luxemburg
1./2. Juli Seminar der Bundes-SGK „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ in Springe
September Start des Kurses II-2016 der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie
7. September Treffen zum Thema „Digitale Rats- und Fraktionsarbeit“ der Bundes-SGK in Berlin
11. September Kommunal- und Direktwahlen in Niedersachsen (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
18. September Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin (Berichterstattung durch die Bundes-SGK)
30. September Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
2. November Sitzung der Kommission „Lokale Demokratie / Ehrenamtliche Kommunalpolitik“ der Bundes- SGK in Berlin
10.-12. November Deutsch-Tschechische Kommunalpolitische Fachkonferenz „Aktuelle Herausforderungen für die Kommunalpolitik in Tschechien und Deutschland“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Bundes-SGK in Prag
14. November Sitzung des SPD-Kommunalbeirats in Berlin
15. November Sitzung der Kommission „Finanzen“ der Bundes-SGK in Berlin
18./19. November Seminar der Bundes-SGK „Intensivcoaching für Amtsinhaberinnen“ in Berlin
21. November Sitzung der Kommission „Europa und Internationales“ der Bundes-SGK in Berlin
24./25. November Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ in Berlin
2. Dezember Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands und des Vorstands der Bundes-SGK in Berlin
Abschlussveranstaltung des Mentoring-Programms von SPD-Parteivorstand und Bundes-SGK „Frauen in Führung“ für Kandidatinnen und Amtsinhaberinnen in der Kommunalpolitik
8. Dezember Sitzung der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landes-SGKs und der Bundes-SGK in Berlin

PERSONALIEN

Ehrenvorsitzender
Dr. h.c. Herbert Schmalstieg

Ehrenmitglieder
Dr. h.c. Hans Koschnick († 21. April 2016)
Dr. h.c. Klaus Wedemeier

Vorsitzender
Frank Baranowski – ab 22. April 2016
Norbert Bude – bis 22. April 2016

Stellv. Vorsitzende
Burkhard Albers – ab 22. April 2016
Thomas Beyer – ab 22. April 2016
Michael Ebling
Silvia Nieber – ab 22. April 2016
Annette Sawade
Frank Baranowski – bis 22. April 2016
Jürgen Kanehl – bis 22. April 2016
Astrid Salle-Eltner – bis 22. April 2016

Schatzmeisterin
Marion Weike
Dr. Jürgen Barthel – bis 22. April 2016

Schriftführer
Kurt Kindel

Geschäftsführer
Dr. Manfred Sternberg – ab 1. Juli 2015
Dr. Alexander Götz – bis 15. März 2015

GESCHÄFTSSTELLE DER BUNDES-SGK

Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon: 030/259 93 960
Telefax: 030/259 93 970
E-Mail: info@bundes-sgk.de
Internet: www.bundes-sgk.de

140 JAHRE VORWÄRTS

DAS JUBILÄUMSJAHR 2016: 140 JAHRE „VORWÄRTS“

2016 war für uns vom „vorwärts“ ein besonderes Jahr. Am 1. Oktober wurde unsere Zeitschrift 140 Jahre alt. 140 Jahre! Nur sehr wenige Zeitungen in Deutschland können auf eine so lange und vor allem so geradlinige Geschichte zurückblicken. Die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie ist in diesen 140 Jahren ihren sozialdemokratischen Werten immer treu geblieben. Sie hat sich genau wie die SPD nie der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten gebeugt. Der „vorwärts“ stand immer für Demokratie und Menschenwürde, für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Darauf waren und sind wir stolz, und entsprechend wollten wir auch der Bedeutung unseres Blattes zum runden Geburtstag angemessen Rechnung tragen. Das – so meinten wir – waren wir auch unseren Leserinnen und Lesern oder – was online angeht – Userinnen und Usern schuldig. Nach einigen Brainstorming-Runden waren wir uns einig darin, dass wir nicht wieder einen klassischen und bekannten Abriss der vorwärts-Geschichte produzieren wollten. Wir wollten es diesmal anders machen: mit einem Sonderheft und einer Ausstellung.

Das Sonderheft sollte, soweit es eben ging, von derzeitigen und ehemaligen vorwärts-Kolleginnen und Kollegen geschrieben werden, damit das Heft mit dem besonderen Blick vieler einzelner einen persönlicheren Charakter bekam und Geschichten erzählt wurden, die noch nicht jeder kannte. Und auch die jüngere Generation sollte deutlich zu Wort kommen. In der Ausstellungen wollten wir einzelne Schwerpunkte in der Geschichte des „vorwärts“ besonders herausstellen. Themen waren unter anderem „Parteizeitung – Stimme der Arbeiter und Arbeiterinnen“, „Pressefreiheit –Verbot und Verfolgung“, „Freiheitskampf – Widerstand aus dem Exil“ oder „Auf Parteilinien – Sprachrohr oder Diskussionsforum“.
Sehr schnell war für uns aber auch klar, dass die Ausstellung nicht nur in der Parteizentrale in Berlin zu sehen sein sollte, sondern wir wollten eine Ausstellung schaffen, die zu den Parteimitgliedern kommt. Die Idee für „eine Austellung to-go“ war geboren.

Erstes Plakat der Ausstellung: Damit wird die Bedeutung des „Vorwärts“ als Stimme der deutschen Arbeiterbewegung dargestellt. Foto: Altonnaer Museum Hamburg

Ein Hingucker bei der Ausstellungseröffnung ist auch die Litfaßsäule mit Titelbildern aus 140 Jahren „vorwärts“. Foto: Dirk Bleicker

Eine kleine Arbeitsgruppe in der Redaktion kümmerte sich zusammen mit Geschäftsführung und Chefredaktion um die konsequente Umsetzung des Projektes „140 Jahre vorwärts“. Manche arbeiteten mehr für das Heft, andere für die Ausstellung. Letztlich griffen aber beide Projekte gut ineinander. Kräftig unterstützt wurden wir dabei von unserem freien Fotografen Dirk Bleicker und von der Historikerin Astrid Schwabe, Professorin an der Europa-Universität Flensburg. Frau Schwabe forscht im Bereich sozialdemokratische Medien und lieferte uns den wissenschaftlichen Hintergrund und Rahmen für unsere Ausstellung. Trotz unserer sehr kurzfristigen Anfrage entwickelte sich eine hervorragende und befruchtende Zusammenarbeit zwischen Forschung und Journalismus, von der wir beidseitig sehr profitiert haben.

Die Autorin der Jubiläums-Ausstellung: Astrid Schwabe, Professorin für Public History an der Europa-Universität Flensburg Foto: Dirk Bleicker

Bei unseren Recherchen wurde uns noch einmal deutlich: Der „vorwärts“, der erst seit seinem Relaunch 1994 klein geschrieben wird, hatte oft eine wenig komfortable Mittlerrolle zwischen Parteiführung und Basis. Dieses Spannungsfeld zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte unserer Zeitung und hat es den diversen Chefredakteuren und Redaktionen nicht immer leicht gemacht. Aber das liegt auch in der Natur der Sache. Denn anders als die Konservativen haben Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen immer um ihre Positionen gerungen – und tun es heute noch. Sie lassen sich nicht einfach diktieren, was richtig und was falsch sein soll.

Dafür war und ist der „vorwärts“ eine Plattform. Unser Debattenforum auf vorwärts.de ist heute das beste Beispiel dafür. Zugleich bleibt der „vorwärts“ aber auch heute noch DIE Informationsquelle für alle SPD-Mitglieder.

Wir als Redaktion sehen in einer Zeit, in der jeder überall mit Informationen – egal wie richtig oder falsch sie sind – zugeschüttet wird, unsere Aufgabe aber auch darin, unsere Leserinnen und Leser nicht nur mit Nachrichten zu versorgen, sondern diese auch einzuordnen. Die Werte der deutschen Sozialdemokratie sind dafür gute Wegweiser. Die Globalisierung des 21. Jahrhunderts hat die Welt komplexer gemacht. Es gibt keine einfachen Lösungen für die schwierigen Aufgaben, die vor uns liegen. Dem wollen wir als vorwärts-Redaktion journalistisch Rechnung tragen.

Es freute uns sehr, dass wir in der Tat für das Sonderheft eine ganze Reihe ehemaliger vorwärts-Autoren gewinnen konnten. Claus Lutterbeck vom Stern, Gode Japs vom Deutschlandfunk, Andreas Borchers vom Stern, Norbert Bicher, Jochen Loreck vom Kölner Stadt-Anzeiger oder Renate Färber-Husemann, die auch sonst zu unseren festen Autoren gehört. Die spontane Zusage der renommierten Kollegen und Kolleginnen spricht für den Wert dieser Zeitung und zeigt, welche Talente einst beim „vorwärts“ angefangen haben. Und so haben wir unser Sonderheft, das der August-Ausgabe beilag, auch als eine kleine Hommage an alle die verstanden, die für und mit dieser Zeitung kämpften und so mit dazu beigetragen haben, dass wir dieses Jubiläum feiern können.

Sonderseiten zum 140. Jubiläum
Foto: Dirk Bleicker

Kurz vor dem eigentlichen Geburtstag haben wir zum Jubiläum am 26. September 2016 im Willy-Brandt-Haus die Ausstellung „140 Jahre vorwärts – und nicht vergessen!“ als Ausstellung to go“ eröffnet. „Medien in Zeiten der Krise“ war der Titel einer Podiumsdiskussion, mit der wir die Ausstellung eröffneten. Über diese Frage diskutierten SPD-Schatzmeister Dietmar Nietan, die Chefredakteurin der Frankfurter Rundschau, Bascha Mika, der Medienforscher Jens Lucht und ich selbst.

Auf dem Podium diskutierten SPD-Schatzmeister Dietmar Nietan, Karin Nink, Moderatorin Katharina Gerlach, Bascha Mika und Medienwissenschaftler Jens Lucht (v.l.); Foto: Dirk Bleicker

Die Ausstellung, die in ihrer Anmutung ein wenig an eine alte Zeitungsdruckerei erinnerte, war sehr erfolgreich. Sie war auf Wunsch des Parteivorstandes schließlich vier statt zwei Wochen im Berliner Willy-Brandt-Haus zu besichtigen. In zwölf Stationen wurden anhand von Plakaten, die aufgeklappten Zeitungsseiten ähnelten wesentliche Merkmale des vorwärts präsentiert: Wer wollte, konnte sich ein solches Plakat, das in dafür vorgesehenen Zeitungsboxen lag, schon am Abend der Ausstellungseröffnung mitnehmen. Die Nachfrage war groß und so mancher ist gleich mit einer ganzen Rolle an Plakaten nach Hause gegangen.

Das Besondere: Die Ausstellung ist zum Mitnehmen. Wer möchte, kann die einzenen Plakate aufrollen und einstecken; Foto: Dirk Bleicker

Warum aber eine Ausstellung „to go“ für die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie?

Ganz einfach :
1. durfte sich – wie gesagt – jeder, der von einem der Plakate besonders angetan ist, sich ein solches mit nach Hause nehmen;
2. konnte die Ausstellung bei uns bestellt werden, um sie im Ortsverein, im Unterbezirk oder wo auch immer selber ausstellen;
3. war das auch ein Signal für den Medienwandel und die Digitalisierung.

Der heutige „vorwärts“ kann mit seiner online-Seite „vorwärts.de“ quasi überall hin mitgenommen werden. Man kann ihn auf dem Smartphone, dem Tablet und natürlich auch am Computer lesen.

Tatsächlich haben eine ganze Reihe von Partei-Gliederungen die Idee der Ausstellung „to go“ aufgegriffen und bestellten bei uns die Ausstellungsbögen zum Selbstkostenpreis, um sie in ihren eigenen Räumlichkeiten zu präsentieren. Wir haben uns als Redaktion darüber riesig gefreut, dass unsere Ausstellung neben Berlin noch an mindestens rund 80 anderen Orten in der Republik zu sehen war.

In ihrer Rede erinnerte Karin Nink an herausragende Ereignisse aus der Geschichte des „vorwärts“, wie etwa die Zeit im Prager Exil in den 30er Jahren; Foto: Dirk Bleicker

Uns in der Redaktion ist die bewegte Geschichte des Blattes bei den Vorbereitungen für die Ausstellung als auch bei der Erarbeitung des Heftes noch einmal so richtig nahe gegangen. Sie hat uns immer wieder sehr angefasst und berührt.

Wir haben uns gefragt: Wie war das zum Beispiel in der „vorwärts“-Redaktion nach dem Reichstagbrand 1933? Als die Kollegen – es waren damals nur Männer – nach dem ersten Titel, bei dem sie von mehreren Tätern ausgingen, einen zweiten Titel für die gleiche Ausgabe produzierten, der dann nur noch von einem Täter sprach. Waren es tatsächlich neue Erkenntnisse? Spiegelt sich darin die Unsicherheit der Redaktion in politisch unübersichtlichen Zeiten? Oder hofften sie einfach irgendwie darauf, den Fortbestand des Blattes trotz der Nazis und in klarer Opposition zu ihnen sichern zu können? Wir werden das nicht klären, tatsächlich aber wurde der „vorwärts“ noch in dieser Nacht von der Polizei besetzt und in der Folge verboten. Viele Kollegen wurden inhaftiert. Andere mussten ins Exil fliehen.

Was ging in den Kollegen vor, als sie im Prager Exil den Text des KZ-Flüchtlings Gerhard Seeger veröffentlichten – den ersten überhaupt, der Einblick in den für viele Menschen damals nicht vorstellbaren KZ-Alltag gab? Was dachten sie, als sie nach dem Einmarsch der deutschen Truppen 1940 in Paris resignierend den „vorwärts“ und damit auch ihren Widerstand einstellen und wieder vor den Nazi-Schergen fliehen mussten?

Es gibt viele Situationen, in denen sich die wechselvolle Geschichte des „vorwärts“ widerspiegelt. Auf jeden Fall ist es eine sehr eindrucksvolle Geschichte, auf die wir zurückblicken dürfen.

Eine Geschichte, die uns auch zum Nachdenken brachte: Sicher leben wir in ganz anderen Zeiten. Und doch muss uns das Anwachsen des Rechtsradikalismus und das Erstarken einer rechtspopulistischen Partei mit zunehmend rechtsradikalen Tendenzen große Sorgen machen. Für uns alle stellen sich damit neue Herausforderungen. Wir vom „vorwärts“ fühlen uns dabei in einer besonderen Verantwortung. Dies spiegelte sich auch in unserer Ausstellung wieder.

Neben dem Parteivorstand, der uns die Ausstellung im Berliner Willy-Brandt-Haus ermöglichte und der Verwaltungsgesellschaft, die uns bei den Vorbereitungen unterstützte, gilt ein besonderer Dank auch noch den Kollegen der Friedrich Ebert Stiftung, die uns beim Twittern der vorwärts-Titel tatkräftig halfen. In Zusammenarbeit mit Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung twitterten wir 140 Titel des vorwärts bis zum 140. Geburtstag am 1. Oktober 2016. Möglich war das, weil 2016 auch das Jahr war, in dem die Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Digitalisierung des „vorwärts“ begann.

Mit diesem Projekt wird das Archiv des „vorwärts“ nicht nur zukunftsfest für jüngere Generationen gemacht, denn die noch vorhandenen Papier- als auch Mikrofilmausgaben sind durch die langjährige Nutzung stark beschädigt und müssen geschützt werden.

Das Plakat zur Ausstellung 140 Jahre vorwärts
Ausstellungsplakat: Dirk Bleicker, Foto: J.H. Darchinger, ADSD der FES

Der „vorwärts“ als einzigartige historische Quelle wird so auch weltweit und für jedermann kostenlos zugänglich. Im „vorwärts“ spiegeln sich alle politischen und kulturellen Ereignisse des Deutschen Kaiserreichs und der Weimarer Republik: das Sozialistengesetz, der Erste Weltkrieg, die Machtübernahme der Nazis. Mit der Digitalisierung wird auch die wissenschaftliche Basis zur Betrachtung der Zeit erweitert. Denn Forscher, Lehrer, Studenten und einfach historisch Interessierte müssen sich nicht mehr vorrangig auf die schon durchdigitalisierte, bürgerlich-liberale “Vossische Zeitung“ verlassen oder mühsam in alten Zeitungsarchiven oder mit nicht sehr nutzerfreundlichen Mikrofilmen in Bibliotheken arbeiten. Diese Zeitgeschichte aus sozialdemokratischer Sicht lässt sich nun bequem im Internet nachlesen. Kurz: 2016 war, was den „vorwärts“ betrifft, für Verlag und Redaktion ein gutes Jahr.

VERSTORBENE SOZIAL-DEMOKRATINNEN UND SOZIAL-DEMOKRATEN

EGON BAHR
18.03.1922 – 19.08.2015
Vordenker und führender Mitgestalter der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts unter dem von ihm geprägten Leitgedanken „Wandel durch Annäherung“

HANS-JOACHIM BAROW
11.10.1923 – 16.08.2016
Stadtkämmerer und Bürgermeister in Kiel 1970-1978; Vorsitzender der Geschäftsführung und Vorstandsvorsitzender der Verkehrsbetriebe VVK 1978-1985; Vorsitzender des Stiftungsrates des Kieler Stadtklosters 1985-2009

GRETE BEESE
01.03.1908 – 31.03.2015
Sekretärin der „Mecklenburgischen Volksstimme“ bis zum Verbot 1933; Mitgründerin der Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei in Rostock am 13.07.1945; als Gegnerin der Zwangsvereinigung mit der KPD Repressalien ausgesetzt; Flucht mit ihrer Familie nach Westdeutschland 1956 nach der Entlassung ihres Mannes aus der Haft wegen antisowjetischer Spionage und Propaganda

HEINZ BÜHRINGER
05.05.1927 – 12.03.2016
Mitglied des Landtages Baden-Württemberg 1964-1980; Fraktionsvorsitzender 1968-1972, danach bis 1976 stv. Fraktionsvorsitzender; Bürgermeister von Bittenfels 1953-1971; Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg 1968-1973

PETER CONRADI
10.12.1932 – 11.03.2016
Mitglied des Bundestages 1972-1998; Präsident der Bundesarchitektenkammer 1999-2004; Mitglied im Parteirat der SPD 1979-1993; Mitglied der Kontrollkommission 1984-1993, ab 1986 Vorsitzender

THOMAS DIETERICH
19.06.1934 – 06.05.2016
Richter am Bundesarbeitsgericht (BAG) ab 1972, Vorsitzender Richter 1980-1987; Richter des Bundesverfassungsgerichts 1987-1994, Präsident am Bundesarbeitsgericht (BAG) 1994-1999

ELFRIEDE EILERS
17.01.1921 – 04.06.2016
Mitglied des Bundestages 1957-1980; Mitglied des Vorstandes der Bundestagsfraktion 1969-1980, Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion 1977-1980; Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen 1973-1977; Mitglied des Parteivorstandes der SPD 1966-1977; Mitglied des Präsidiums der SPD 1973-1978; Mitglied, zeitweise Vorsitzende der Kontrollkommission der SPD 1978-1991; Gründung der Elfriede-Eilers-Stiftung 2004, die Projekte im Bereich der Kinder-, Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe fördert

KATHARINA FOCKE
08.10.1922 – 10.07.2016
Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit 1972-1976; Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt 1969-1972; Mitglied des Bundestages 1969-1980; Mitglied des Europäischen Parlaments 1979-1989

WALTER FRANKE
20.11.1926 – 01.11.2015
stv. Präsident des Bremer Senats, Bürgermeister und Senator für Arbeit, Soziales und Jugend 1975-1979; Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und Mitglied der Deputationen für Justiz, Wissenschaft und Wirtschaft 1963-1975; Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion 1971-1975; Vorsitzender des Reichsbundes der Kriegsopfer, Behinderter, Sozialrentner und Hinterbliebenen (ab 1999 Sozialverband Deutschlands) 1990-1997; Honorarkonsul für Marokko in Bremen 1991-2001

FRANK GERHARD
27.07.1966 – 25.03.2015
Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde 2008-2015; Erster Beigeordneter und Kämmerer der Stadt Ludwigsfelde 2002-2008; Erster Beigeordneter der Stadt Elsterwerda 1995-2000

MANFRED GEßNER
30.11.1931 – 31.10.2016
Mitglied des Bundestages 1969-1983; Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates 1978-1981; Vizepräsident der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) 1981-1983

JOHANNES MICHAEL GEUENICH
23.04.1935 – 26.07.2015
Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen 1982-1985; Mitglied des Geschäftsführenden DGB Bundesvorstandes 1985-1998; Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall in Köln ab 1964; Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen 1970-1975.

HORST GOBRECHT
19.11.1936 – 26.01.2015
Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg 1984-1987; Bevollmächtigter beim Bund 1988-1991; Mitglied des Bundestages 1976-1984; Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft; Honorarkonsul von Nicaragua in Hamburg 1997-2009; Mitbegründer des Kinderhilfswerkes Plan

KLAUS HARPPRECHT
11.04.1927 – 21.09.2016
Journalist und Buchautor; Berater und Redenschreiber von Bundeskanzler Willy Brandt

ALFRED HARTENBACH
05.03.1943 – 25.06.2016
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz 2002-2009; Mitglied des Bundestages 1994-2009; Vorstandsmitglied der Bundestagsfraktion 1998-2002

ANTJE HUBER
23.05.1924 – 30.09.2015
Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit 1976-1982; Mitglied des Bundestages 1969-1987; Mitglied des Parteivorstandes der SPD 1975-1978; Mitglied des Präsidiums der SPD 1978-1984

KARL-HEINZ JANZEN
23.01.1926 – 12.03.2016
Zweiter Vorsitzender der IG Metall 1986-1989; geschäftsführendes Vorstandsmitglied 1972-1989

ANTON MARIA KEIM
16.08.1928 – 09.09.2016
Bürgermeister und Kultur- und Schuldezernent der Stadt Mainz

HELMUTH KERN
04.12.1926 – 08.11.2016
Senator für Wirtschaft und Verkehr 1966-1976; zweiter Bürgermeister von Hamburg 1971-1972; Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft 1957-1982; Vorstandsvorsitzender der Hamburger Hafen und Lagerhaus AG 1976-1991

BERND KLOSE
21.02.1948 – 30.03.2016
Bürgermeister der Stadt Markkleeberg 1994-2000; Oberbürgermeister 2000-2013

HANS KOSCHNICK
02.04.1929 – 21.04.2016
Präsident des Bremer Senats und Bürgermeister 1967-1985; stv. Präsident und Bürgermeister der Stadt Bremen 1965-1967; Innensenator 1963-1965; Mitglied der Bremischen Bürgerschaft 1955-1985; Mitglied des Bundestages 1987-1994; Mitglied des Parteivorstandes der SPD 1970-1991; stv. Vorsitzender der SPD 1975-1979; Mitglied des Präsidiums der SPD 1975-1986; EU-Administrator für die Stadt Mostar in Bosnien-Herzegowina

HANS KREMENDAHL
17.09.1948 – 10.02.2015
Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal 1996-2004; Staatssekretär in der Senatsverwaltung Berlin in drei Ressorts 1989-1996; Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin 1981-1996; Landesgeschäftsführer der SPD in Berlin 1985-1989.

HORST KROCKERT
17.02.1924 – 26.05.2015
Mitglied des Bundestages 1969-1980

HANS KROLLMANN
07.11.1929 – 15.03.2016
Staatsminister für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Hessen 1973-1974; Kultusminister 1974-1984; Staatsminister der Finanzen 1984-1987; stv. Ministerpräsident des Landes Hessen 1982-1987; Mitglied des Hessischen Landtages 1970-1991; Vorsitzender der Landtagsfraktion 1972-1973, 1987-1988; Landesvorsitzender der SPD Hessen 1987-1989; Polizeipräsident in Kassel 1965-1967; Stadtkämmerer 1967-1969

GEORG KRONAWITTER
21.04.1928 – 28.04.2016
Oberbürgermeister der Stadt München 1972-1978, 1984-1993
Mitglied des Bayerischen Landtages 1966-1972

ALFONS LAUER
02.08.1957 – 21.01.2015
Oberbürgermeister der Kreisstadt Merzing 1994-2013; stv. Landesvorsitzender der SPD 2000-2013; Präsident des Saarländischen Städte- und Gemeindetages 2012/2013; Präsident des saarländischen Sparkassen- und Giroverbandes ab 2014

JUTTA LIMBACH
27.03.1934 – 10.09.2016
Senatorin für Justiz in Berlin 1989-1994; Vizepräsidentin, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und Vorsitzende des zweiten Senats 1994-2002; Präsidentin des Goethe-Instituts 2001-2008; Vorsitzende der „Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz“ (Limbach-Kommission); Professorin für Zivilrecht an der Freien Universität Berlin 1972-1999

ALEXANDER LONGOLIUS
30.12.1935 – 31.01.2016
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin 1975-1989, 1990-1995; Vorsitzender der SPD-Fraktion 1981; Vizepräsident des Abgeordnetenhauses 1981-1985; Mitglied des Landesvorstandes der SPD Berlin 1973-1981; Vorstandsvorsitzender der Checkpoint Charlie Stiftung 1994-2014

PETER LÖSCHE
13.02.1939 – 09.03.2016
renommierter Parteienforscher; Professor am Seminar für Politikwissenschaft der Universität Göttingen 1973-2004; Gastprofessor an der Stanford University, an der University of California in Santa Barbara und an der Johns Hopkins University in Bologna

GERT LÜTGERT
27.11.1939 – 08.10.2016
Mitglied des Hessischen Landtages 1970-1995; Vorsitzender des Hauptausschusses des Hessischen Landtages 1991-1995

MAX MANNHEIMER
06.02.1920 – 23.09.2016
Überlebender der Schoah; Präsident der Lagergemeinschaft Dachau ab 1988; Vizepräsident des Internationalen Dachau-Komitees ab 1995; 1942 Deportation in das Ghetto Theresienstadt, später ins KZ Auschwitz-Birkenau, dann ins KZ Warschau, Transport ins KZ Dachau 1944; überlebte die sogenannte Evakuierung bis zur Befreiung durch die Amerikaner im April 1945 in Tutzing; nach dem Krieg Engagement in unterschiedlichen jüdischen Hilfsorganisationen; Engagement in der KZ-Gedenkstätte Dachau; Publikation seiner Erinnerungen; tritt als Überlebender vor Schulklassen auf

REGINE MARQUARDT
02.08.1949 – 24.02.2016
Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern 1994-1998; danach Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern; in der Wendezeit 1989/90 Mitglied des neuen Forums und der DDR-Programmkommission; Chefredakteurin des „Mecklenburgischen Aufbruchs“, der ersten unabhängigen Wochenzeitung der DDR 1990-1993

ANKE MARTINY
01.07.1939 – 11.01.2016
Kultursenatorin in Berlin 1989-1991; Mitglied des Bundestages 1972-1989; Mitglied des Parteivorstandes der SPD 1975-1977 u. 1985-1991; Mitbegründerin der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen 1972; Leiterin des Büros Tel Aviv der Friedrich-Ebert-Stiftung 1992-1996

ERNST MAUL
01.03.1943 – 01.11.2015
Mitglied des Treuhandaufsichtsrates des Unternehmensbereiches der SPD 2003-2015; langjähriger Vorstand der SEB-Bank

HANS MOMMSEN
05.11.1930 – 05.11.2015
einer der profiliertesten Zeithistoriker Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg; gehört zur Gründergeneration der Geschichtswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum und ist dort ordentlicher

Professor für Neuere Geschichte 1968-1996; Gastprofessor in Harvard, Berkeley, New York, Washington D.C. und Jerusalem, zu den Forschungsgebieten gehört die Geschichte der Arbeiterbewegung, die Weimarer Republik und der Nationalsozialismus, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD ab 1982

KURT NEMITZ
10.07.1925 – 16.02.2015
Senatsdirektor in Bremen und stv. Senator für Wirtschaft und Außenhandel 1964-1976, Vorstandsvorsitzender der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung 1993-2000

KLAUS NESS
15.02.1962 – 17.12.2015
Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag Brandenburg ab 2013; Mitglied des Landtages ab 2009; Generalsekretär der Brandenburger SPD 2006-2009; Landesgeschäftsführer 1994-2005; Abteilungsleiter für Planung und Kommunikation beim Parteivorstand der SPD 2005/2006

PAUL NEUMANN
06.12.1929 – 11.03.2015
Mitglied des Bundestages 1965-1983

URSULA PISTORIUS
18.01.1933 – 04.09.2015
stv. Fraktionsvorsitzende im Landtag Niedersachsen 1986-1990; Mitglied des Landtages Niedersachsen 1978-1990

WILLI REILAND
02.11.1933 – 14.11.2015
Oberbürgermeister der Stadt Aschaffenburg 1970-2000; Mitglied des Bayerischen Landtages 1962-1970

HELMUT ROHDE
09.11.1925 – 16.04.2016
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1974-1978; Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1969-1974; Mitglied des Bundestages 1957-1987; stv. Vorsitzender der Bundestagsfraktion 1979-1983; Mitglied des Europäischen Parlaments 1964-1965; Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen 1973-1984; Mitglied des Parteivorstandes der SPD 1975-1983

HELMUT SCHMIDT
23.12.1918 – 10.11.2015
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland 1974-1982; Bundesminister der Verteidigung 1969-1972; Bundesminister der Wirtschaft und Finanzen 1972; Bundesminister der Finanzen 1972-1974; Mitglied des Bundestages 1953-1962 u. 1965-1987; Fraktionsvorsitzender 1967-1969; Mitglied des Europäischen Parlaments 1958-1961; Innensenator in Hamburg 1961-1965; stv. Vorsitzender der SPD 1968-1984

MANFRED SCHMIDT
16.01.1936 – 21.08.2016
Mitglied des Bundestages 1969-1990; Mitglied des Europäischen Parlaments 1973-1979

PETER SCHÖNLEIN
16.03.1939 – 30.11.2016
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg 1987-1996; Stadtrat 1972-1996; Vorsitzender der Stadtratsfraktion der SPD 1982-1987

KNUT-ALEXANDER SCHUMANN
11.06.1933 – 02.08.2015
leitender Mitarbeiter im Vorwärts-Verlag 1956-2006

HANS-JOACHIM SEELER
09.08.1930 – 22.09.2015
Senator für Gesundheit, dann Justiz, dann Finanzen in Hamburg 1967-1978; Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft 1966-1978; Mitglied des Europäischen Parlaments 1979-1989

ERIKA SIMM
16.04.1940 – 31.05.2015
Mitglied des Bundestages 1990-2005

BERND STRAUCH
08.04.1949-28.09.2015
Erster Bürgermeister der Stadt Hannover und erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Vorsitzender des Rates der Stadt 1996-2014; Mitglied des Rates der Stadt 1986-2014.

WALTHER STÜTZLE
29.11.1941-08.08.2016
Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung 1998-2002; verschiedene Funktionen im Bundesministerium der Verteidigung 1969-1982, u.a. Leiter des Planungsstabes; Korrespondent zu Sicherheitsfragen bei verschiedenen Zeitungen ab 1983; Direktor des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) 1986-1991; stv. u. Chefredakteur des Tagesspiegels 1991-1998

KLAUS TRAUBE
25.02.1928 – 04.09.2016
Manager und Umweltforscher; wandelte sich vom Spitzenmanager der Kernenergie-Industrie zu einer der Symbolfiguren der Anti-Atomkraft-Bewegung

KURT VOGELSANG
04.08.1925 – 05.10.2015
Mitglied des Bundestages 1972-1987; Mitglied des Bundesvorstandes der IG Metall 1965-1976; Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Bielefeld 1963-1981; Sekretär der IG Metall 1952-1963

HENNING VOSCHERAU
13.08.1941 – 24.08.2016
Erster Bürgermeister von Hamburg 1988-1997; Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft 1974-1987; Vorsitzender der SPD Fraktion 1982-1987; stv. Landesvorsitzender der SPD 1981-1989; Mitglied des Parteivorstandes der SPD 1997-2001; Vorsitzender der Mindestlohn-Kommission 2014 -2015

MANFRED WENDE
23.12.1927 – 03.08.2015
Mitglied des Bundestages 1969-1976

MANFRED ZULEEG
21.03.1935 – 01.06.2015
Richter am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft 1988-1994; ordentlicher Professor für Rechtswissenschaft an der Universität Bonn und Frankfurt bis 2003

BESCHLÜSSE UND ERKLÄRUNGEN DES PRÄSIDIUMS UND PARTEIVORSTANDES DER SPD 2015 – 2016

PARTEIVORSTAND, 8.2.2015

BESCHLUSS: FÜR EINE NEUE OST- UND ENTSPANNUNGSPOLITIK

Die SPD hat bei ihrer heutigen Jahresauftaktklausur in Nauen folgenden Beschluss gefasst:

1. Sozialdemokratische Friedens- und Entspannungspolitik

Die aktuellen gemeinsamen Bemühungen von Bundeskanzlerin Merkel und des französischen Präsidenten Hollande begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich. Es muss in den kommenden Tagen darum gehen, konkrete Fortschritte für eine dauerhafte und verlässliche Waffenruhe zu erreichen, um so die Grundlage für weitere politische Friedensverhandlungen in der Ostukraine zu legen. Insbesondere die russische Führung ist jetzt aufgefordert, in ernsthafte und konstruktive Verhandlungen einzusteigen und ihre Möglichkeiten zu einer Beruhigung der Lage vollständig zu nutzen.
Für uns ist klar: Für diesen Konflikt kann es keine militärische Lösung geben. Die Lieferung von Waffen trägt nicht zur Entschärfung des Konfliktes bei. Deshalb wird es mit der SPD keine Waffenlieferung in die Ukraine geben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht seit ihrer Gründung vor mehr 150 Jahren für eine Politik des Friedens und der internationalen Verständigung. Entstanden in der Ära des Imperialismus und der Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat die Sozialdemokratie ihre Werte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität immer auch als internationalen Auftrag für eine gerechte Friedensordnung verstanden. Mutige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben im 20. Jahrhundert ihren Widerstand gegen den nationalsozialistischen Angriffs- und Vernichtungskrieg mit Haft, Verfolgung und Tod bezahlt.

Die sozialdemokratische Ostpolitik der 1960er und 1970er Jahre öffnete in Deutschland das Bewusstsein dafür, welche unvorstellbaren Opfer die damalige Sowjetunion bei der Niederringung von Hitler und der Befreiung von Auschwitz erbracht hatte. Sie begann in Moskau und nahm anschließend die Aussöhnung mit Polen und der damaligen Tschechoslowakei in den Blick. Dass die Deutschen heute als „Volk der guten Nachbarn“ in Europa leben können, so die Formulierung Brandts in seiner ersten Regierungserklärung 1969, verdanken wir seiner Entspannungspolitik. Sie hat bis heute nichts von seiner Bedeutung verloren. Zu den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gehören heute nicht nur Russland, sondern auch die unabhängigen Staaten Ukraine und Weißrussland – und auch ihre Völker haben, wie das russische, unvorstellbare Opfer erleiden müssen. Auch ihnen gegenüber tragen wir Verantwortung.

Nach 1945 sind viele Sozialdemokraten in der DDR und in den Staaten Mittel- und Osteuropas bei Gefahr für ihr Leben gegen die Unterdrückung durch die kommunistische Gewaltherrschaft eingetreten. Gegen Diktatur, Willkür und Gewalt, für Freiheit, Demokratie und eine friedliche Lösung von Konflikten – in dieser Linie hat die SPD eine Politik der Entspannung entwickelt. Sie war klar im Grundsatz, aber offen und beweglich in den Mitteln und Wegen. Dies leitete einen „Wandel durch Annäherung“ ein.

„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne Frieden nichts.“

Dieser Satz Willy Brandts ist und bleibt unverändert ein Leitsatz sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen, die territoriale Integrität der Staaten, der allseitige Verzicht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt mit dem Prinzip der Selbstbestimmung waren Ausgangspunkt und Kern des KSZE-Prozesses. Helmut Schmidt hat als Bundeskanzler an der Verabschiedung der 1975 in Helsinki unterzeichneten Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) großen Anteil gehabt. Darin heißt es:

„Die Teilnehmerstaaten werden gegenseitig ihre souveräne Gleichheit und Individualität sowie alle ihrer Souveränität innewohnenden und von ihr umschlossenen Rechte achten, einschließlich insbesondere des Rechtes eines jeden Staates auf rechtliche Gleichheit, auf territoriale Integrität sowie auf Freiheit und politische Unabhängigkeit. Sie werden ebenfalls das Recht jedes anderen Teilnehmerstaates achten, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln sowie sein Recht, seine Gesetze und Verordnungen zu bestimmen.“
„Die Teilnehmerstaaten werden sich dementsprechend jeglicher Handlung enthalten, die eine Gewaltandrohung oder eine direkte oder indirekte Gewaltanwendung gegen einen anderen Teilnehmerstaat darstellt.“
„Die Teilnehmerstaaten werden die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion achten.“
„Kraft des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völkerhaben alle Völker jederzeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen.“
Die Berufung auf diese Prinzipien ermöglichten und begleiteten die friedlichen Revolutionen in Osteuropa und führten nach dem Fall der Mauer hinüber in eine Ära der Partnerschaft mit einer Vielzahl von Abkommen zwischen Russland, den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und der EU, in die mit Polen an vorderer Stelle neue Mitglieder strebten. Mit der Verabschiedung der Charta von Paris 1990 ist es den Staaten Europas einschließlich Russlands und den USA nach der Vereinigung Deutschlands und dem Ende der Block-Konfrontation gelungen, eine verbindliche Vereinbarung zur Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung zu schließen.
Die Erweiterung der Europäischen Union 2004 vierzehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs um die Staaten Mittel- und Osteuropas war und ist eine beispiellose politische, wirtschaftliche und kulturelle Erfolgsgeschichte. Davon hat das vereinigte Deutschland in besonderer Weise profitiert. Wir tragen heute besondere Verantwortung, eine neue politische Antwort auf die Krise zu entwickeln.

2. Die Grundlinien unserer Außenpolitik in der Ukraine-Krise

Die Grundlegung der deutschen und europäischen Russlandpolitik bedarf einer ungeschminkten Bestandsaufnahme: Wir stecken zweifelsohne in der schwersten, sogar den Frieden bedrohenden Krise Europas seit dem Ende des Kalten Krieges. Die russische Regierung hat fundamentale Prinzipien der europäischen Sicherheitsordnung in Frage gestellt und damit auch der Zusammenarbeit im Rahmen der bilateralen Modernisierungspartnerschaft die Grundlage entzogen. Kulminationspunkt dafür ist aus unserer Sicht die russische Annexion der Krim und die militärische Infiltration der Ostukraine.

Zusammen mit seinen europäischen Partnern hat sich Deutschland in der Ukraine-Krise intensiv für eine Vermittlung und Deeskalation engagiert. Die Außenminister Deutschlands, Polens und Frankreichs haben schon im Februar vor einem Jahr in Kiew zwischen den Demonstranten und dem damaligen Präsidenten Janukowitsch vermittelt, um eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) – die Nachfolgeorganisation der KSZE – hat eine führende Rolle bei der Verabredung eines Waffenstillstands und bei der Überwachung und Entflechtung der militärischen Gruppen übernommen. Auch für die Kontaktgruppe, in der Separatisten und die ukrainische Regierung über die Lage in der Ostukraine beraten, hat Deutschland in enger Kooperation mit europäischen Partnern immer wieder Impulse gegeben.

Aber wir haben auch nicht gezögert, die Eskalationsschritte der Konfliktbeteiligten zu verurteilen und eindeutige Stoppsignale zu senden. Diese richteten sich vor dem Hintergrund konfliktverschärfen-

der Maßnahmen in erster Linie an die Regierung Putin. Dazu gehören zum einen die Beschlüsse der Nato bei ihrem Gipfel im September 2014 in Wales, in die die begründeten und vor dem Hintergrund der Geschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachvollziehbaren Sicherheitsinteressen der mittel- und osteuropäischen sowie der baltischen NATO-Mitgliedstaaten Einfluss gefunden haben. Dazu gehören aber auch die Sanktionsentscheidungen der Europäischen Union. Deutschland handelt im engen Schulterschluss mit seinen Verbündeten. Diese Geschlossenheit ist unsere größte Stärke. Im Moment der Herausforderung zeigt sich, welchen Wert Deutschlands Einbindung in EU und Nato hat. Wir handeln gemeinsam mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern. Ein Ausscheren einzelner Staaten etwa in der Frage der Sanktionen würde Zweifel an unserer Entschlossenheit nähren und unsere Gestaltungschancen reduzieren. Zugleich haben wir uns immer wieder dafür eingesetzt, dass Gesprächskanäle offengehalten bleiben und der NATO-Russland-Rat nicht abgeschafft wird.

Die deutsche Außenpolitik setzt sich mit Nachdruck dafür ein, die Vereinbarungen der aus Ukraine, Russland und der OSZE bestehenden trilateralen Kontaktgruppe umzusetzen. Das „Minsker-Protokoll" vom September 2014 sieht gemeinsame Schritte zur Umsetzung des Friedensplanes des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und der Initiativen des russischen Präsidenten Wladimir Putin vor. Es gilt, die Einhaltung des Waffenstillstands, die Entflechtung der Truppen, den Abzug ausländischer Waffen und Soldaten aus der Ostukraine, die internationale Überwachung der russisch-ukrainischen Grenze ebenso zu gewährleisten wie den nationalen Dialog in der Ukraine über die Dezentralisierung und die lokale Selbstverwaltung einschließlich von Kommunalwahlen.

Eine Rückführung und Aufhebung von Sanktionen kommt in Betracht, sobald die russische Regierung und die Separatisten die Vereinbarungen von Minsk umsetzen.

3. Eine Doppelstrategie für die Sicherung des Friedens
Unsere Politik muss angesichts der neuen Konfrontation zwei strategische Ankerpunkte setzen:

Erstens müssen Repression und Gewalt im Gewand nationalistischer Rhetorik, Verletzung des Völkerrechts, militärische Subversion und Annexion zur Durchsetzung von geopolitischen Machtansprüchen unzweideutig zurückgewiesen, entmutigt und eingedämmt werden.

Zweitens aber brauchen wir ausgehend von dieser Standfestigkeit auch die Klugheit, die momentan von der Bildfläche verdrängten langfristigen Interessen der Kontrahenten zu erkennen und daraus neue verbindende Zukunftsperspektiven abzuleiten. Der politische Horizont unserer Strategie muss weiter gesteckt sein, als die akute Konfrontation zu sehen erlaubt. Der vorausschauende und transformative Charakter in den Mitteln und Wegen unserer Außenpolitik ist von besonderer Bedeutung.

Die Sicherung des Friedens kann nur gelingen, wenn wir auf der Basis europäischer und internationaler Prinzipien mit Russland zu einer Politik der Kooperation zurückkommen können, die die legitimen Interessen aller Beteiligten berücksichtigt. Sozialdemokratische Ost- und Entspannungspolitik formuliert Angebote für faire und friedliche Zusammenarbeit. Sie bezieht dabei auch den sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Austausch mit ein. Die Europäische Union und Deutschland dürfen das europäische Russland nicht aufgeben. Unser Ziel bleibt die Einbindung Russlands in gesamteuropäische politische, wirtschaftliche und Sicherheitsstrukturen.

Wir haben ein Interesse an einem Russland, das sich an der Lösung internationaler Konflikte und Herausforderungen, wie im Nahen und Mittleren Osten, in Syrien und dem Irak beteiligt. In den Gesprächen über das iranische Atomprogramm übernimmt Russland eine konstruktive Rolle, die wir begrüßen.

Wir haben darüber hinaus ein Interesse, dass Russland in die Gestaltung des Welthandels auf Augenhöhe einbezogen wird. Europa braucht nicht nur enge Bindungen an die USA, sondern partnerschaftliche Beziehungen auch zu Russland und den anderen östlichen Nachbarn. Die globale Verschiebung zugunsten der politisch selbstbewusst auftretenden Wirtschafts- und Handelsmächte des asiatisch-pazifischen Raumes zeigen, dass es unsere Interessen in der fortschreitenden globalen wirtschaftlichen Integration verlangen, dass Europa mit den USA und Russland in einem Geist der Partnerschaft handelt.

Wir sollten uns der Chancen bewusst werden, die eine handelspolitische Initiative für Gespräche zwischen der EU und der gerade gegründeten Eurasischen Wirtschaftsunion bietet. Dieses Projekt zeigt die Zukunftsperspektive einer Partnerschaft auf Augenhöhe. Eine solche Vision setzt die Achtung des demokratischen Rechts auf Selbstbestimmung der Ukraine und der anderen Länder der östlichen Nachbarschaft der EU voraus. Ziel sind Verhandlungen über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, an denen neben EU und Eurasischer Wirtschaftsunion alle Staaten dieses Raums beteiligt wären.

Nicht zuletzt hat Europa ein großes Interesse an einer stabilen Ukraine. Die Ukraine selbst hat ein eigenes Interesse an der Perspektive der friedlichen Kooperation. Hin- und hergerissen zwischen der falsch gestellten Alternative „Europa oder Russland" steht das Land vor der großen Herausforderung, das politische System zu modernisieren, die Korruption zu bekämpfen, die Einheit und territoriale Integrität des Landes zu fördern und den wirtschaftlichen Aufbau aller Landesteile zu leisten. Seine geografische Lage und die traditionell zugleich engen Beziehungen zu Russland und den heutigen Mitgliedstaaten im Osten der EU verlangen, dass die Beziehungen und Zugänge zum russischen ebenso wie zum europäischen Binnenmarkt offen bleiben.

Am 1. August 2015 jährt sich die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte zum 40. Mal. Europa hat sich seither dramatisch verändert. Doch die Prinzipien von Helsinki haben nichts von ihrer Bedeutung und Aktualität eingebüßt. Um die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen an einer Wiederbelebung der Partnerschaft für Stabilität in Europa zu unterstreichen, wollen wir dieses Datum würdigen.

4. Fahrplan unserer Diskussion

- Im Jahr 2015 beginnen wir den Austausch mit den sozialdemokratischen Parteien und unseren politischen Partnern in Rahmen der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), um für eine neue Ost- und Entspannungspolitik zu werben. Dabei legen wir besonderen Wert auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen im Format des „Weimarer Dreiecks".
- Wir nehmen dieses Gespräch auch in der internationalen Parteienfamilie der „Progressive Alliance" auf, um die internationale Unterstützung zu verbreitern.
- Im ersten Halbjahr 2015 werden wir mit unseren internationalen Partnern einen Kongress „Die Strategie des Friedens – Für eine neue Ost- und Entspannungspolitik" organisieren.
- Zum 1. August wollen wir den 40. Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte würdigen.
- Im September 2015 wollen wir die Ergebnisse der Diskussionen auf dem „Perspektivkongress" der SPD öffentlich vorstellen.
- Der Bundesparteitag im Dezember 2015 wird einen Leitantrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik beraten.

PARTEIVORSTAND, 2.3.2015

RESOLUTION DES SPD-PARTEIVORSTANDS ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG

Der SPD-Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung folgende Resolution zum Internationalen Frauentag am 8. März 2015 verabschiedet:

Frauen und ihre Lebenswege sind vielfältig. Und im Lebensverlauf gibt es durchaus unterschiedliche Anforderungen und Bedürfnisse. Wir wollen Frauen nicht bevormunden, sondern ihnen ermöglichen, frei und selbstbestimmt über ihr Leben zu entscheiden. Die Politik muss dafür passgenaue Rahmenbedingungen schaffen, zusammen mit Betrieben, Verwaltungen und anderen gesellschaftlichen Institutionen.

Die Bilanz unserer Politik für Frauen kann sich sehen lassen. Mit der gesetzlichen Frauenquote sorgen wir für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Die Quote wird ein gesellschaftliches Signal für mehr Gleichberechtigung in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Bereich senden. Das Gesetz zur Lohngerechtigkeit kommt, der Mindestlohn und die bessere Tariftreue sind dafür erste wichtige Schritte. In diesem Jahr werden wir die Initiative ergreifen für die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern in vergleichbaren Tätigkeiten. Wir wollen Transparenz und Gerechtigkeit.

Wir werden in diesem Jahr bei Teilzeit einen Anspruch auf Rückkehr zur früheren Arbeitszeit gesetzlich regeln. So verhindern wir auch, dass Frauen in eine Teilzeitfalle geraten oder über längere Zeit Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, die zu gravierenden Lücken in der Alterssicherung führen. Gerechtigkeit herzustellen und Teilhabe zu ermöglichen sind entscheidend für die gesellschaftliche Erneuerung in unserem Land. Für Frauen spielen Fragen der Lohn- und Einkommensgerechtigkeit, der Bildungs- und Chancengleichheit, der Geschlechtergerechtigkeit eine wichtige Rolle.

Mehr Zeit für Familie, mehr Zeit für Arbeit, mehr Zeit zum Leben - das ist in der Lebenswirklichkeit von Frauen der Dreh- und Angelpunkt. Die Ressourcen Zeit und Geld sowie die Infrastruktur sind dabei von entscheidender Bedeutung, um Frauen und Männern echte Wahlmöglichkeiten im Lebensverlauf zu ermöglichen. Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist Kernpunkt einer modernen Familienpolitik und zugleich ein entscheidender Baustein der Gleichstellungspolitik. Zu einer modernen Gleichstellungspolitik gehören daher auch der Gedanke und die Stärkung der Partnerschaftlichkeit.

Eine neue Balance von Arbeit und Familie, von Karriere und Kinderwunsch, von Sorge für pflegebedürftige Angehörige zu finden, erfordert enorme Anstrengungen. Besonders sind Frauen und Männer in den mittleren Jahrgängen gefordert, sei es als Eltern, die für ihre Kinder, oder als Kinder, die für ihre pflegedürftigen Eltern sorgen. Die größten Anstrengungen müssen Alleinerziehende, die Beruf und Familie vereinbaren müssen, auf sich nehmen.

Mit der Idee der Familienarbeitszeit wollen wir erreichen, dass die Arbeitszeit für Familien anders verteilt wird. Wenn sich die Arbeitszeiten von Müttern und Vätern bei 30, 32 oder 35 Stunden annähern, dann hätten beide Partner Zeit für die Arbeit, aber auch für die Familie. Wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle für Familien in der Rushhour des Lebens. Diese Diskussion müssen wir ohne Angst und ohne Scheuklappen führen.

PARTEIVORSTAND, 13.4.2015

BESCHLUSS: DER GESETZLICHE MINDESTLOHN IST EIN HISTORISCHER ERFOLG

Der SPD-Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung folgenden Beschluss gefasst:

Seit gut 100 Tagen gilt in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn. Damit wird auch in unserem Land nachvollzogen, was in den meisten unserer europäischen Nachbarländer zum Teil schon seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit ist. Wir haben gehalten, was wir versprochen haben.

Der gesetzliche Mindestlohn war aus sozialen und ökonomischen Gründen lange überfällig. Millionen Menschen waren im Niedriglohnsektor beschäftigt. Selbst Vollzeitarbeit versetzte viele Menschen nicht in die Lage, ein Leben ohne ergänzende staatliche Fürsorgeleistungen zu führen. Viele Betriebe, die vorher schon faire Löhne gezahlt haben, sahen sich einer heftigen Konkurrenz durch Dumpinglöhne ausgesetzt.

Seit dem 1. Januar 2015 profitieren 3,7 Millionen Menschen vom gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro. Das ist gut für jeden Einzelnen und es ist gut für unsere Wirtschaft insgesamt. Der Mindestlohn stärkt die Kaufkraft und Binnennachfrage und unterstützt damit zusätzlich die hauptsächlich durch Exporterfolge getragene gute konjunkturelle Entwicklung in unserem Land.

Die meisten Betriebe setzen den gesetzlichen Mindestlohn reibungslos um. Sie profitieren genauso wie ihre Beschäftigten, denn sie können sich im Wettbewerb mit guten Produkten und Dienstleistungen durchsetzen und haben es nicht mehr mit Schmutzkonkurrenz über Lohndumping zu tun. Die im Vorfeld inszenierten Horrorszenarien mancher Wirtschaftsexperten und Institute über massive Beschäftigungsverluste haben sich als gegenstandslos erwiesen. Die aktuellen Daten der Arbeitsmarktstatistik weisen einen ungebrochenen Trend zu höherer Erwerbstätigkeit und einem höheren Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung aus.

Ein neues Gesetz schafft immer Unsicherheiten. Das ist normal und war zu erwarten. Natürlich nehmen wir die Sorgen vieler Arbeitgeber ernst. Deshalb kommt es jetzt darauf an, zu informieren und wo nötig, Klarheit zu schaffen. Das Bundesarbeitsministerium hat dafür eine Hotline eingerichtet, die gut angenommen wird, von Arbeitgebern wie auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wo es nötig ist, Klarheit zu schaffen, machen wir das. Keiner verweigert sich einem aufklärenden Gespräch und es werden realitätsnahe Lösungen gefunden. So erfolgte in den letzten Wochen eine Reihe an Klarstellungen über die Anwendung des Mindestlohngesetzes. Praxisnahe Lösungen und Verabredungen wurden für ehrenamtliche Tätigkeiten, für Sportvereine oder auch im Schaustellergewerbe getroffen.

Manche Arbeitgeberfunktionäre und leider auch aus Kreisen der Union wird aber eine beispiellose Kampagne gegen den Mindestlohn geführt. Der Mindestlohn wird als „Bürokratiemonster“ diskreditiert, die Aufzeichnungspflicht der Arbeitszeit soll verändert oder gar abgeschafft werden, die Kontrolle des Mindestlohns eingeschränkt und weitere Beschäftigtengruppen vom Mindestlohn ausgenommen werden.

Dazu stellt der SPD-Parteivorstand fest:

Für die erfolgreiche Umsetzung des gesetzlichen Mindestlohns ist die effektive Kontrolle seiner Einhaltung unverzichtbar. Dies belegen alle Erfahrungen aus dem europäischen Ausland. Eine effektive Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns setzt voraus, dass besonders in Branchen, die schon bisher stark missbrauchsanfällig waren und in denen Niedriglöhne weit verbreitet sind, die Arbeitszeit dokumentiert wird. In vielen Branchen gilt die Dokumentationspflicht auch schon bisher nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Die Arbeitszeitaufzeichnung unterliegt keinen besonderen Formvorschriften und kann unbürokratisch erledigt werden.

Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro bezieht sich auf die Bezahlung pro Stunde. Daher ist nicht nur die absolute Lohnhöhe entscheidend, sondern auch der Umfang der Arbeitszeit. Bei der Aufzeichnungspflicht der Arbeitszeit geht es nicht um einen „Generalverdacht“

gegen Arbeitgeber, sondern um die Schaffung einer Datengrundlage, auf der die Einhaltung des Mindestlohns kontrolliert werden kann. Eine effektive Kontrolle hilft auch der großen Mehrheit der Betriebe, die sich an die Gesetze halten, gegen unlautere Konkurrenz über Lohndumping.
Gerade im Bereich der geringfügigen Beschäftigung war und ist Lohndumping weit verbreitet. Die große Mehrheit der Mini-Jobber verdiente bisher weniger als 8,50 Euro. Eine Abschaffung der Dokumentation der Arbeitszeit wäre gerade bei geringfügig Beschäftigten das Einfallstor zur Umgehung des Mindestlohns und ist mit der SPD deshalb nicht zu machen.
Die ebenso kritisierte Auftraggeberhaftung des Mindestlohngesetzes soll die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns auch dort sicherstellen, wo ein beauftragter Unternehmer zur Erledigung seiner Aufgabe weitere Unternehmer einschaltet. Die Auftraggeberhaftung existiert im Arbeitnehmerentsendegesetz schon lange und hat sich bewährt. Sie stellt sicher, dass der gesetzliche Mindestlohn nicht im Wege sogenannter „Subunternehmerketten“ umgangen werden kann. Insofern ist die Auftraggeberhaftung unverzichtbar.
In den letzten Jahren müssen wir feststellen, dass junge Menschen nach Abschluss einer Berufsausbildung oder eines Studiums als „Praktikanten“ eingestellt und oft für wenig oder gar kein Entgelt als reguläre Arbeitskräfte eingesetzt werden. Diese häufig mit dem Begriff „Generation Praktikum“ bezeichnete Entwicklung wollen wir beenden. Deshalb sind die jetzt gefundenen Regeln im Mindestlohngesetz sachgerecht. Wir lehnen auch hier Änderungen über die bereits getroffenen Regeln hinaus ab.
Manche Kritik offenbart, dass der Vorwurf der Bürokratie vorgeschoben wird, wo Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz das wirkliche Problem sind. Ein Mindestlohn auf Stundenlohnbasis erfordert zwingend die Dokumentation der Arbeitszeit. Mit der SPD wird es keine Aushöhlung des Mindestlohnes oder des Arbeitszeitgesetzes geben.
Der gesetzliche Mindestlohn ist ein Erfolg und ein wichtiger Schritt, in unserem Land die Würde und den Wert von Arbeit wieder herauszustellen.

AUFRUF DES SPD-PARTEIVORSTANDES ZUM 1. MAI 2015: ARBEIT DER ZUKUNFT GESTALTEN

PARTEIVORSTAND, 28.4.2015

Am 1. Mai 2015 können wir eine positive Bilanz sozialdemokratischer Politik ziehen. Die SPD ist die Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir haben viel erreicht für eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Arbeit erhält wieder den Stellenwert, den sie verdient.
Die SPD hat den Mindestlohn gesetzlich durchgesetzt. Der Mindestlohn ist seit vier Monaten in Kraft und ein Erfolgsmodell. 3,7 Millionen Menschen in unserem Land erhalten seit Januar eine zum Teil deutliche Lohnerhöhung. Das ist gut für den Einzelnen und es ist gut für unsere Wirtschaft insgesamt. Die Binnenwirtschaft wird gestärkt und unterstützt zusätzlich die positive konjunkturelle Entwicklung Deutschlands. Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen zeigen, dass die Panikmache mancher Institute aus der Wirtschaftsforschung im Vorfeld völlig unbegründet war. Es hat keinen Einbruch in der Beschäftigungsentwicklung gegeben. Das Gegenteil ist der Fall: die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung befindet sich weiter im Aufwärtstrend.
Viele Betriebe setzen den gesetzlichen Mindestlohn reibungslos um. Auch sie profitieren, denn sie können sich im Wettbewerb mit guten Produkten und Dienstleistungen durchsetzen und haben es nicht mehr mit Schmutzkonkurrenz über Lohndumping zu tun. Manche Arbeitgeberfunktionäre führen aber eine beispiellose und ebenso durchsichtige Kampagne gegen den Mindestlohn. Dabei wird offenbar, dass häufig Bürokratie vorgeschoben wird, wo Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz das wirkliche Problem sind. Dazu stellen wir fest: Wo Klarstellungen über die praktische Anwendung des Mindestohngesetzes notwendig sind, machen wir das. Klar ist aber auch: Mit der SPD wird es keine Aushöhlung des Mindestlohnes geben. Ein Mindestlohn auf Stundenlohnbasis erfordert zwingend die Dokumentation der Arbeitszeit.
Die SPD hat mit dem Tarifautonomiestärkungsgesetz die Möglichkeiten verbessert, Tarifverträge allgemein verbindlich zu erklären. Tarifflucht darf sich nicht lohnen. Die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie ist nur dann gesichert, wenn die seit vielen Jahren wachsende Tarifflucht auf Seiten der Arbeitgeber ein Ende findet. Veränderte Rechtsprechung macht zudem eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit notwendig. Die Tarifeinheit steht unter dem Leitbild der Solidarität aller Beschäftigtengruppen in einem Betrieb. Es geht darum zu verhindern, dass einzelne Arbeitnehmergruppen gegeneinander ausgespielt werden. Es geht darum, dass möglichst nicht einzelne Arbeitnehmergruppen mit Schlüsselpositionen im Betrieb bessere Ergebnisse auf Kosten anderer Arbeitnehmergruppen mit einer schwächeren Position erzielen. Dabei ist für uns klar: die Koalitionsfreiheit, das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren und das Streikrecht zur Durchsetzung berechtigter Interessen in Tarifauseinandersetzungen sind Grundrechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für die Sozialdemokratie niemals zur Disposition stehen. Beide Maßnahmen gehören zusammen. Höhere Tarifbindung und die Sicherung der Tarifeinheit stärken die Tarifautonomie und das bewährte Tarifvertragssystem.
Die SPD hat die Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Alter verbessert. Der Wert der Arbeit und die erbrachte Lebensleistung muss auch im Ruhestand anerkannt werden. Es sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit ihren Beiträgen aus harter Arbeit dafür sorgen, dass unsere gesetzliche Rentenversicherung seit Jahrzehnten stabil und gegenüber kapitalgedeckten Systemen überlegen ist. Deswegen haben wir den Menschen, die 45 Jahre lang hart gearbeitet haben, einen früheren Zugang in die Rente ermöglicht, ohne Abschläge! Der abschlagsfreie Rentenzugang nach 45 Beitragsjahren und auch die Verbesserung der Absicherung bei Erwerbsminderung ist ein Ausdruck des Respektes vor der Lebensleistung dieser Beschäftigten.
Wir ruhen uns auf diesen Erfolgen nicht aus. Weitere Maßnahmen für eine neue und bessere Ordnung auf dem Arbeitsmarkt müssen folgen.
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein elementares Prinzip einer gerechten Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Dieses Prinzip gilt insbesondere für viele Frauen nicht. Der Gender Pay Gap beträgt auch bei gleicher Arbeit immer noch sieben Prozent. Die SPD wird deshalb eine gesetzliche Regelung auf den Weg bringen, die zu mehr Entgeltgleichheit in den Betrieben führen soll. Die SPD wird dafür sorgen, dass das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ künftig auch für Leiharbeitsbeschäftigte nach spätestens neun Monaten der Entleihung gelten wird. Missbräuchliche Werkverträge zu Lasten von Beschäftigten werden wir verhindern.
Die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt kommt bei vielen Langzeitarbeitslosen noch nicht an. Deswegen werden wir zusätzliche Anstrengungen unternehmen, damit Langzeitarbeitslose und auf dem Arbeitsmarkt besonders Benachteiligte neue Chancen erhalten.
Die Arbeit der Zukunft steht vor massiven Veränderungen und Herausforderungen. Der Wettbewerb wird unter den Bedingungen der Globalisierung schärfer, das Tempo der Innovationen steigt und die Vielfalt der Beschäftigungsformen nimmt zu. Die Erwerbsbiographien vieler Menschen sind von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit und Phasen der Familienarbeit oder selbständiger Tätigkeit bestimmt. Arbeitgeber müssen in Zukunft flexibel auf die Bedürfnisse von Familien eingehen. Flexibilität kann nicht einseitig von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefordert werden.

Insbesondere digitales Arbeiten revolutioniert die Arbeitswelt und stellt die Politik und die Gewerkschaften vor neue Herausforderungen. Arbeit 4.0 bietet neue Chancen, aber auch neue Unsicherheiten. Es ist die vorrangige Aufgabe der Sozialdemokratie, gemeinsam mit den Gewerkschaften Antworten auf Fragen künftiger Arbeitsgestaltung, des Arbeitnehmerbegriffs und der Arbeitsorganisation zu finden und die Veränderung der Arbeitswelt aktiv zu gestalten. Ziel der deutschen Sozialdemokratie ist es, den technologischen Wandel für mehr Beschäftigung und gute Arbeit, die weitere Reduzierung von physischen und psychischen Belastungen und die Förderung von selbstbestimmter Arbeit und mehr Zeitautonomie der Beschäftigten zu nutzen. Digitales Arbeiten erfordert vor allem eine deutliche Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte.
Für die Gestaltung guter Arbeitsbedingungen sind starke Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte unverzichtbar. Globalisiertes Wirtschaften bietet neue Chancen für Wachstum und Wohlstand, aber nur, wenn klare Regeln festgelegt werden. Deswegen wird die deutsche Sozialdemokratie darauf achten, dass bei Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA demokratische Entscheidungsprozesse nicht ausgehebelt und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbindlich festgelegt werden. Wer dies umgehen will, kann nicht mit unserer Zustimmung rechnen.
Sichere Arbeitnehmerechte gibt es nur mit starken Gewerkschaften und einer starken Sozialdemokratie. Dies muss auch am 1. Mai 2015 wieder sichtbar werden.
Wir rufen die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf, am 1. Mai 2015 gemeinsam mit unseren Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes für gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit und sichere Arbeitnehmerrechte zu demonstrieren.

PRÄSIDIUM, 4.5.2015

BESCHLUSS: GEMEINSAME VERANTWORTUNG, GEMEINSAMES HANDELN, GERECHTE AUFGABENVERTEILUNG – FÜR EINE WIRKSAME FLÜCHTLINGSPOLITIK VON BUND, LÄNDERN UND KOMMUNEN

Das SPD-Präsidium hat in seiner heutigen Sitzung folgenden Beschluss gefasst:

I. SOZIALDEMOKRATISCHE GRUNDSÄTZE DER FLÜCHTLINGSPOLITIK

Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks UNHCR der Vereinten Nationen aus dem Jahre 2014 sind fast 17 Mio. Frauen, Männer und Kinder aus ihren Heimatländern weltweit geflohen oder auf der Flucht. Menschen Schutz und Zuflucht zu gewähren, die wegen Krieg, Bürgerkrieg und Verfolgung ihre Heimat verlassen müssen, ist nicht nur Teil unserer Verfassungsordnung: Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es auch Teil unserer politischen Identität.
Deutschland ist derzeit mit der Aufnahme von Schutzsuchenden stark gefordert, aber nicht überfordert. Gleichwohl macht es die aktuelle Situation erforderlich, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Herausforderung hoher und womöglich weiter steigender Flüchtlingszahlen auch ganz praktisch im Alltag der Menschen gemeistert werden kann.
Dazu wollen wir unsere Flüchtlingspolitik an folgenden Grundsätzen ausrichten:

- Flüchtlingspolitik ist eine gesamtstaatliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Insbesondere für die Kommunen sind die Herausforderungen erheblich. Finanziell und logistisch, aber auch im Hinblick auf die Bewältigung mancher Skepsis bei Bürgerinnen und Bürgern. Es ist vor allem das Verdienst der Verantwortlichen vor Ort – von Stadtverwaltungen und Bürgergesellschaft zugleich - daß die Aufnahme von Flüchtlingen bislang insgesamt gut gelingt. Deshalb wollen wir Länder und Kommunen durch eine strukturelle Übernahme von Kosten durch den Bund spürbar entlasten.
- Nicht alle, die zu uns kommen, um Zuflucht zu finden, werden wir in Deutschland aufnehmen können. Viele Menschen, die nach Deutschland kommen, fliehen aufgrund von Armut aus ihrer Heimat. Schaut man auf die Lebensbedingungen in ihren Herkunftsländern, so wird schnell verständlich, dass viele auf der Suche nach einem besseren Leben versuchen, zu uns kommen. Aber so verständlich diese Fluchtursachen auch sind, es sind oft keine Gründe im Sinne unseres Flüchtlingsrechts. Sie ermöglichen damit auch keine Anerkennung in einem Asylverfahren bei uns. Neben der Sicherung unserer Außengrenzen wird es deshalb umso mehr darauf ankommen, die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen.
- Nach dem erneuten schweren Flüchtlings-Unglück im Mittelmeer brauchen wir endlich ein Umdenken in der europäischen Flüchtlingspolitik. An erster Stelle müssen sofortige Maßnahmen zur Seenotrettung stehen. Wir benötigen außerdem eine gemeinsame Bekämpfung der Schlepperbanden und Menschenhändler, legale Einreisewege, eine solidarische Verantwortungsteilung bei der Aufnahme von Asylbewerbern und eine Bekämpfung der Fluchtursachen.

II. EUROPÄISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK: SOLIDARITÄT IN EUROPA

Seenotrettung sofort!
Frauen, Männer und Kinder versuchen in lebensgefährlichen Booten von Nordafrika aus Europa zu erreichen. Viele von ihnen überleben diese Überfahrt nicht. Die italienische Regierung hat mit ihrem Programm „Mare Nostrum“ vorgemacht, was eine Seenotrettungsmission leisten kann.
Wir wollen ein von Frontex koordiniertes Rettungsprogramm, das mindestens dem Umfang der Mare Nostrum-Operation gleich kommt. Alle Mitgliedstaaten haben hierfür ihren finanziellen Beitrag zu leisten und/oder sich mit Ausrüstung und Personal zu beteiligen. Die geographische Reichweite muss neben der Zwölfmeilenzone von EU-Mitgliedstaaten auch die Anschlusszone und die Hohe See erfassen.
Wir werden auf eine Veränderung der Frontex-Verordnung hinwirken, damit Frontex-Boote ein ausdrückliches Mandat zur Seenotrettung sowie mehr finanzielle und operationelle Mittel von den Mitgliedstaaten erhalten. Zudem ist auf eine Anwendung der Seenotrettungs- und Ausschiffungsvorschriften zu achten, die den Grundsatz des non-refoulement wie in der Verordnung vorgesehen beachtet.

Sichere Einreisewege notwendig
Wer in der EU Schutz beantragt, muss oft lebensgefährliche, von den Einreisestaaten als illegal betrachtete Einreisewege auf sich nehmen. Deshalb benötigen wir sichere, legale Einreisewege in die EU.
Dafür fordern wir u.a. ein auf Dauer angelegtes europäisches Resettlement-Programm zur Neuansiedlung von Flüchtlingen unter verbindlicher Beteiligung aller Mitgliedstaaten. In Zusammenarbeit mit UNHCR wollen wir Flüchtlinge, die aus Krisengebieten in einem ersten Aufnahmestaat festsitzen, in die EU bringen. Durch eine zu vereinbarende Quote sollen die Schutzsuchenden auf die Mitgliedstaaten solidarisch verteilt werden. Außerdem ist es jetzt dringend notwendig, das Aufnahmekontingent des Bundes zur Aufnahme von syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen zu erhöhen.
Darüber hinaus wollen wir, dass humanitäre Visa stärker genutzt werden. Hiernach könnten Schutzsuchende ein Visum in Botschaf-

ten beantragen, um legal in die EU einzureisen und sich vor Ort für das Asylverfahren registrieren zu lassen. Wir werden die Erfahrungen anderer Staaten mit solchen Programmen auswerten.

Kriminelle Schleuser und Schlepper wirksam bekämpfen – keine Militarisierung der Flüchtlingspolitik

Schleuser und Schlepper, die sich am Elend Schutzsuchender hemmungslos bereichern, wollen wir bekämpfen. Die kriminellen Netzwerke müssen zerschlagen und die Täter verfolgt werden. Hierzu braucht es eine bessere Zusammenarbeit von EUROPOL, FRONTEX, EASO und EUROJUST ebenso wie eine Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Wir müssen Schleuserboote identifizieren, festsetzen und aus dem Verkehr ziehen sowie Vermögenswerte der Schlepperbanden beschlagnahmen. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Europäischen Union um ein UN-Mandat zur Sicherung der Küsten Afrikas.

Gerechte Verteilung von Schutzsuchenden – das Dublin-System ist gescheitert

Trotz des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems werden dreiviertel der Asylbewerber zurzeit von fünf der insgesamt 28 EU-Mitgliedstaaten aufgenommen. Die SPD fordert seit langem, das Dublin-Verfahren durch eine gerechtere und solidarischere Teilung der Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten bei der Aufnahme von Asylbewerbern zu ersetzen.

In Europa müssen faire Quoten bei der Aufnahme von Flüchtlingen und ggf. ein finanzieller Ausgleich praktisch umgesetzt werden. Die deutsche Bundesregierung muss diese grundlegende Änderung der europäischen Flüchtlingspolitik mit großem Nachdruck vorantreiben.

In der Übergangszeit sind Initiativen nötig, um besonders betroffene Mitgliedstaaten zu entlasten. Dies kann die freiwillige Aufnahme von Asylbewerbern aus anderen Mitgliedstaaten, den großzügigen Gebrauch des Selbsteintrittsrechts, finanzielle Unterstützung für einzelne, besonders betroffene Mitgliedstaaten, aber auch Vertragsverletzungsverfahren gegenüber Mitgliedstaaten, die ihre unionsrechtlichen Verpflichtungen brechen, beinhalten.

Einheitliche Standards im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem fördern

Seit 1999 arbeitet die EU an der Schaffung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und hat es zuletzt im Juni 2013 umfassend überarbeitet. In der Realität ist das oft kaum spürbar. Wir wollen, dass die Europäische Kommission Druck auf die Mitgliedstaaten ausübt, die sich nicht an die Regeln halten, bis hin zur Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren.

Zudem fordern wir eine weitere Stärkung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO), damit es Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der europäischen Standards noch besser unterstützen kann.

Stabilisierung und Entwicklung der Herkunfts- und Transitstaaten unterstützen

Neben kurzfristigen Maßnahmen ist die Bekämpfung der Fluchtursachen zentrale Aufgabe europäischer Politik. Alle EU-Politikbereiche sind gefordert, die Auswirkungen auf die Nachbarschaftsregionen deutlich stärker als bisher zu berücksichtigen. Erforderlich ist daher eine Überprüfung und Neuausrichtung der EU-Politiken. Gefordert sind hier nicht nur Außen- und Sicherheitspolitik, sondern ebenso bspw. Wirtschafts-, Handels-, Fischerei, Agrar-, Entwicklungs- oder Einwanderungspolitik.

III. ENTWICKLUNG ASYLANTRAGSLAGE UND KOSTENENTWICKLUNG IN KOMMUNEN UND LÄNDERN

Antragslage

Im vergangenen Jahr haben über 200.000 Flüchtlinge einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Für das laufende Jahr 2015 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Februar 2015 mindestens 300.000 Anträge prognostiziert. Damit steigt die Zahl der Flüchtlinge im sechsten Jahr in Folge und mit weiteren Steigerungen ist zu rechnen.

Von Januar bis März 2015 haben bereits 83.179 Personen einen Erstantrag gestellt:

- Personen aus dem Kosovo stellten mit bisher 21.105 die meisten Anträgen (ein Plus gegenüber dem gleichen Zeitraum 2014 von fast 1.800 Prozent).
- Aus Syrien haben 14.711 Schutzsuchende einen Antrag auf Asyl gestellt (ein Plus von 185 Prozent).
- Auf Rang drei der Statistik sind Personen aus Albanien mit 6.311 Erstanträgen (ein Plus von 226 Prozent).
- Insgesamt wurden im März 2015 fast 60 Prozent aller Erstanträge von Personen aus sechs Balkanländern[1].

Kostenentwicklung

Die Ausgaben von Ländern und Kommunen für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge stiegen in dieser Zeit parallel mit den Antragszahlen: Ausgehend von Antragszahlen und Gesamtkosten für 2013[2] muss hier in diesem Jahr also mit Kosten von rund 3,5 Mrd. Euro gerechnet werden. Das wäre eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2010 um 233 Prozent!

Besonders die Kosten der Grundsicherung, also für Essen, Unterkunft, Kleidung und Taschengeld sind in diesem Zeitraum um 260 Prozent auf 943 Mio. Euro gestiegen. Die Gesundheitskosten stiegen von 148 auf 262 Mio. Euro – ein Plus von 177 Prozent.

Der Bund ist bisher allein für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig. Für das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind im laufenden Jahr 201 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Gegenüber dem Jahr 2012 ein Plus von 152 Prozent.

IV. HÖHERE BUNDESBETEILIGUNG AN DEN KOSTEN FÜR FLÜCHTLINGE UND VERBESSERUNG DER INTEGRATIONSMAßNAHMEN VOR ORT

Die Leistungen, die in diesen Wochen von Ländern, Kommunen und vor allem den vielen ehrenamtlich Engagierten bei der Unterbringung und Versorgung erbracht werden, sind aller Anerkennung wert. Jeden Tag und überall in Deutschland zeigt sich: **Wir sind ein starkes und mitfühlendes Land!**

Mit der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge sind große organisatorische, logistische, soziale und kommunikative Herausforderungen verbunden. Die Bürgerinnen und Bürger, die ihre Kommunen bei der Aufnahme unterstützen und ihre neuen Nachbarn willkommen heißen, verdienen ebenso unseren Dank wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden und Flüchtlingsunterkünften, die Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer: sie vollbringen wichtige Integrationsleistungen. Bisher wurde dies von Ländern und Kommunen im Wesentlichen allein finanziert. Die Aufgabe, die Voraussetzungen für eine gute Integration der Flüchtlinge zu schaffen, kann aber nur noch gemeinschaftlich mit dem Bund bewältigt werden.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung bereits eine finanzielle Entlastung der Länder und Kommunen zugesagt: gemäß einer Verständigung zwischen Bund und Ländern wird der Anteil der Länder am Aufkommen der Umsatzsteuer in den Jahren 2015 und 2016 um jeweils 500 Mio. Euro erhöht. Da der Bundeshaushalt im Gegenzug nicht benötigte Mittel aus dem von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Fonds „Aufbauhilfe“ vereinnahmen wird, bedeutet dies im Ergebnis eine einmalige Unterstützung der Länderhaushalte in Höhe von 500 Mio. Euro. Hinzu kommt mancherorts die Option, Liegenschaften des Bundes für die Unterbringung von Asylbewerbern zu nutzen.

Der weiterhin anhaltende Anstieg der Flüchtlingszahlen lässt allerdings bereits jetzt erkennen, dass dieses Engagement nicht ausreichen wird. Obgleich der Bund Anstrengungen unternimmt, um die Asylverfahren durch eine personelle Stärkung des BAMF zu beschleunigen, werden die gesamtstaatlichen Ausgaben für den Lebensunterhalt, die Unterbringung und die Betreuung von Flüchtlingen in diesem Jahr voraussichtlich den Betrag von 3,5 Mrd. Euro übersteigen.

[1] Kosovo: 11.147, Serbien: 1.709, Albanien: 2.955, Mazedonien: 744, Bosnien und Herzegowina: 380, Montenegro: 236.

[2] 128.000 Asylanträge bei 1,5 Mrd. Euro Gesamtkosten nach AsylblG.

Entlastung der Kommunen von den Kosten der Flüchtlingsunterbringung und Integration
Vor allem die Gemeinden, Städte und Landkreise sind überfordert, wenn sie dauerhaft steigende Flüchtlingszahlen als Folge internationaler Krisen bewältigen sollen. Schon heute führen die Kosten in der Ausführung von Bundes- und Landesgesetzen in vielen Kommunen zu erheblichen Defiziten und zwangsweise zur Vernachlässigung der eigentlichen kommunalen Aufgaben. Der Bau oder die Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen, die Förderung von Sportvereinen, Jugendarbeit, Kultur oder sozialer Daseinsvorsorge dürfen nicht in Konkurrenz zu einer menschlichen und angemessenen Flüchtlingsunterbringung geraten.

Dies gilt insbesondere für die Aufgabe der Wohnraumversorgung zu bezahlbaren Mieten. Deshalb müssen die Kommunen von den Kosten der Flüchtlingsunterbringung dauerhaft entlastet werden, um ihre eigentlichen Aufgaben wirksam wahrnehmen zu können.

Der Bund ist gefordert, sich dauerhaft substanziell und strukturell an den steigenden Ausgaben zu beteiligen. Die Länder und Kommunen benötigen eine Kostenbeteiligung des Bundes entweder durch einen maßgeblichen Pauschalbeitrag für Unterbringung, Betreuung und andere Integrationsmaßnahmen oder durch eine wesentliche zeitliche Beschränkung der Geltung des Asylbewerberleistungsgesetzes (z.B. auf 12 Monate) und anschließende Überführung der Leistungsberechtigten in die Regelsysteme. Damit sind Bund, Länder und Gemeinden in einer Verantwortungsgemeinschaft auch in Hinblick auf eine faire Kostentragung:
(1) Einigung von Bund und Ländern auf einen Mindeststandard der Flüchtlingsunterbringung für die Zeit zwischen Einreise und den Entscheid über den Asylantrag, dessen Kosten den Kommunen bzw. Ländern voll erstattet werden.

(2) Entlastung der Kommunen durch eine zentrale Durchführung der Asylverfahren für Flüchtlinge aus den Balkanstaaten in Gemeinschaftsunterkünften und Verzicht der Verteilung in dezentrale Unterbringungen.

(3) Start einer konzertierten Aktion von Bund, Ländern und Kommunen für ein Wohnungsbauprogramm (Städtebauförderung und Wohnungsbauförderung und verbilligter Wohnbaulandmobilisierung). Dabei sollte es nicht um Sonder- oder Behelfswohnungsbau gehen, da eine große Zahl der Flüchtlinge auf Dauer in Deutschland bleiben wird.

(4) Ermittlung der durchschnittlichen Kosten für die Integrationsbedarfe der Länder und Kommunen für anerkannte Asylbewerber/innen bzw. Menschen mit Abschiebeschutz (Wohnen, Schule, Kitas usw.) und Einigung auf einen Erstattungsbetrag pro Flüchtling an die Länder und Kommunen pro Flüchtling.

Übernahme der Gesundheitskosten
Zusätzlich sollte der Bund die Gesundheitskosten für Asylbewerber übernehmen und hierfür ein bundeseinheitliches Abrechnungsverfahren organisieren. Dies stellt nicht nur eine wesentliche finanzielle Entlastung dar, sondern auch eine erhebliche organisatorische Erleichterung – insbesondere für die Kommunen.

Stärkung der Eingliederungsmaßnahmen für arbeitsuchende Flüchtling
Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass wir arbeitsuchenden Flüchtlingen früher als in der Vergangenheit Unterstützung gewähren wollen. Im Zuge der Entscheidung über die erleichterte Arbeitsaufnahme für Flüchtlinge wird in der Regel bereits nach drei Monaten eine Arbeitserlaubnis erteilt, die Vorrangprüfung entfällt nach 15 Monaten. Daraus resultieren vermehrt Beratungs-, Qualifizierungs- und Vermittlungsaufgaben für die Job-Center. Um diesem Auftrag nachzukommen, müssen die Eingliederungsmaßnahmen im SGB nachhaltig gestärkt werden.
Gleichzeitig müssen in besonderer Weise auch die Eingliederungsmaßnahmen für die hier lebenden Jugendlichen und Heranwachsenden ausgebaut werden, die bisher keine Berufsausbildung haben.

Zugang zu Sprachkursen für Asylbewerber und Geduldete
Integration kann nur über den Erwerb der deutschen Sprache gelingen. Asylsuchende und Geduldete, die voraussichtlich lange Zeit in Deutschland bleiben, sollten vom Tag der Antragstellung Zugang zum Spracherwerb im Rahmen von Integrationskursen (Ff. BMI) und berufsqualifizierenden Angeboten (Ff. BMAS) erhalten. Die entsprechenden Haushaltsmittel des Bundes sind aufzustocken.

Ausbildung für Jugendliche und gesicherter Aufenthalt in Deutschland
Wir wollen durch Ergänzung im Aufenthaltsrecht eine noch bessere Verzahnung der Chancen einer zügigen Arbeitsmarktintegration einerseits und der Sicherung des Fachkräftebedarfs andererseits gewährleisten. Deshalb sollen Jugendliche und junge Erwachsene unabhängig von einem Asylverfahren und dessen Ausgang eine berufliche Ausbildung aufnehmen und beenden oder eine fortgeschrittene Schulausbildung abschließen können. Im Interesse der Rechtssicherheit soll dafür ein eigener Aufenthaltstitel geschaffen werden. Nach erfolgreicher Beendigung der Ausbildung ist ihnen mit einem sicheren Aufenthaltsstatus auch eine Perspektive zu eröffnen, den erlernten Beruf in Deutschland ausüben zu können.

Mehr Schutz für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
Kinder und Jugendliche, die allein nach Deutschland fliehen, brauchen unseren besonderen Schutz. Derzeit werden sie an ihrem Einreiseort in Obhut der Jugendämter genommen und nicht wie erwachsene Flüchtlinge auf die Bundesländer verteilt. Die Aufnahmekapazitäten für Kinder und Jugendliche sind aber in einigen Kommunen ausgeschöpft, deshalb brauchen wir eine faire Verteilung im Bundesgebiet.
Wir unterstützen deshalb den von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher. Künftig sind die Jugendämter gehalten, zentrale Punkte des Kindeswohls in einem Prüfverfahren, nach Möglichkeit innerhalb von einer Woche nach der Einreise des unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings abzuklären. Innerhalb von zwei Wochen muss festgelegt werden, wo der künftige Aufenthaltsort sein wird. Nach Ablauf von vier Wochen bleiben die Jugendlichen am ursprünglichen Ankunftsort. Diese Vorgaben wirken auf eine Vereinheitlichung des Verfahrensablaufs hin; längere Phasen „in der Schwebe“ wird es künftig in der gegenwärtigen Form nicht mehr geben.

V. VORSCHLÄGE FÜR DIE BESCHLEUNIGUNG UND VERBESSERUNG DER VERFAHREN

Immer mehr Flüchtlinge suchen in Deutschland Schutz vor Bürgerkrieg und Verfolgung. Ein schnelles Verfahren liegt ebenso im Interesse der Asylsuchenden wie auch von Bund, Ländern und Kommunen.

Beschleunigung von Asyl- und Rechtsschutzverfahren
Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) muss personell so ausgestattet werden, dass ein durchschnittliches Asylverfahren nur drei Monate dauert. Auch die Möglichkeiten für eine Erleichterung und Beschleunigung von Rechtsschutzverfahren sollen von Bund und Ländern gemeinsam geprüft werden. Darüber hinaus sollte die Durchführung von Überstellungen nach der sog. Dublin-Verordnung in der gemeinsamen Verantwortung und Zuständigkeit von Bund und Ländern liegen, ebenso die Durchsetzung der Ausreisepflichten nach erfolglosen Asylverfahren in den Fällen sicherer Herkunftsstaaten. Darüber hinaus werden Bund und Länder prüfen, welche weiteren Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung ergriffen werden können.
Da in Zweifelsfällen die Identitätsfeststellungen von Asylbewerbern mit bestimmten Herkunftsländern schwierig sind, ist die Bundesregierung gefordert, in Gesprächen mit den jeweiligen nationalen Regierungen eine kooperativere Haltung zu erreichen.

Förderung der freiwilligen Rückkehr
Nach der seit 2008 in Kraft getretenen Rückführungsrichtlinie ist der freiwilligen Rückkehr Vorrang vor einer Abschiebung einzuräumen. Ziel der Rückkehrförderung ist eine erfolgreiche, dauerhafte und nachhaltige Rückkehr in das Herkunftsland der Antragssteller. Die

Bund-Länder-Koordinierungsstelle „Integriertes Rückkehrmanagement“ unter Moderation des BAMF ist gefordert Maßnahmen zu entwickeln, welche die freiwillige Rückkehr fördern. Bund und Länder sind gemeinsam unter Einbeziehung der Kommunen gefordert, dass es sichtbar zu einer Beschleunigung der Rückkehrverfahren kommt. Die Förderung der freiwilligen Rückkehr kann dabei durch Maßnahmen wie umfassendere Beratungsangebote, Rückführungshilfen und Reintegrationsprojekte verstärkt werden. Die dazu bestehenden Förderprogramme sollten aufgestockt werden. Darüber hinaus ist es entscheidend, dass die Bundesregierung alle Möglichkeiten nutzt, um in den betroffenen Ländern gezielt die Öffentlichkeit über die geringe Aussicht auf Erfolg der Asylanträge zu informieren und auf diesem Weg dazu beizutragen, den Zustrom von Asylbewerbern aus diesen Ländern zu senken.

Unterbringung von Asylsuchenden aus Ländern mit sehr geringer Anerkennungsquote
Um auf einen stark schwankenden Zuzug von Asylsuchenden aus Herkunftsstaaten mit einer bekannt geringen Anerkennungsquote und entsprechend erwartbar geringen Anerkennungsaussichten reagieren und dabei auch ein schnelles Verfahren bei gleichzeitiger Entlastung der für die verbleibenden Regelverfahren vorgesehenen Ressourcen gewährleisten zu können, sollten Bund und Länder gemeinsam prüfen, diese Gruppen nicht mehr auf kommunaler Ebene zu verteilen sondern sie stattdessen räumlich zu bündeln („Friedland“-Modell).

VI. STÄRKUNG BÜRGERSCHAFTLICHER FLÜCHTLINGSARBEIT

Bei der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen vor Ort hat sich das ehrenamtliche Engagement zu einer unentbehrlichen Unterstützung für die Flüchtlinge, aber auch für die Verwaltung erwiesen. Insbesondere der aktuelle Anstieg der Flüchtlingszahlen stellt Kommunen (besonders die finanzschwachen), die Nachbarn vor Ort und die Beratungsdienste vor große Herausforderungen. Die Geflüchteten selbst leiden vielfach direkt unter der Überforderung der Strukturen – sei es z.B. die Unterbringung in Notunterkünften ohne Privatsphäre, seien es überlastete Sozialämter, Schulen oder Beratungsstellen.

Gerade der tatkräftige Einsatz der vielen Freiwilligen ermöglicht ein Ankommen, ein Kennenlernen und eine Orientierung sowohl für die Flüchtlinge, als auch für die Anwohner. Das löst viele Konflikte vor Ort. Das Angebot ehrenamtlicher Mithilfe beschränkt sich dabei keineswegs auf Flüchtlingsinitiativen: Auch Stadtteilzentren, Kirchengemeinden und auch nicht organisierte Nachbarn sind sehr engagiert. Flüchtlinge werden nicht nur in materiellen Dingen unterstützt, sondern auch über Angebote wie Fahrdienste, Begleitung zu Ämtern und Ärzten, Dolmetscher- oder Sprachdienste oder Deutsch-Kurse. Über die so gewachsene Akzeptanz für die Aufnahme von Flüchtlingen wird auch ein wichtiger Beitrag gegen Rassismus und Ausgrenzung geleistet. Dieses überwältigende Engagement von so vielen können wir nicht genug würdigen! Und diese freiwillige Hilfsbereitschaft wollen wir fördern. Mit dem Programm „Willkommen bei Freunden“ (BMFSFJ) werden Kommunen unterstützt und vernetzt, um das Engagement der Zivilgesellschaft zu stärken.

Damit das große Engagement sinnvoll eingesetzt und vernetzt werden kann, bedarf es aber der hauptamtlichen Unterstützung und Begleitung. Nur über eine strukturierte Einbindung der ehrenamtlichen freiwilligen Hilfe kann sichergestellt werden, dass sie nicht ausgenutzt wird oder zu Frustrationen führt. Dazu gehört auch, dass unsere Behörden besser in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben im Umgang mit Flüchtlingen angemessen auszuüben. Ehrenamtliche Arbeit kann nicht staatliche Versäumnisse ausgleichen.
Eine strukturierte hauptamtliche Koordinierung sorgt dafür, dass die fachlichen und zeitlichen Ressourcen der Freiwilligen optimal eingesetzt werden können, zugleich verhindern wir dadurch, dass die Ehrenamtlichen überfordert werden. Wir setzen uns deshalb für eine Stärkung der hauptamtlichen Unterstützer von Flüchtlingsinitiativen, Gemeinden, Kirchen und aller ehrenamtlich Engagierten durch bessere Vernetzung und Information vor Ort ein.

RESOLUTION: FAMILIEN IN IHRER VIELFALT STÄRKEN – ALLEINERZIEHENDE BESSER UNTERSTÜTZEN

PARTEIVORSTAND, 18.5.2015

Der SPD-Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung folgende Resolution als Leitantrag für den SPD-Parteikonvent am 20. Juni 2015 in Berlin beschlossen:
Das Familienleben in Deutschland ist bunter geworden. Kinder erleben im Laufe ihres Aufwachsens oft mehrere Familienformen. Denn neben der klassischen „Ehe mit Kindern“ sind ganz unterschiedliche Modelle getreten, die vorübergehend oder auf lange Zeit gelebt werden: Unverheiratete Paare, Alleinerziehende, Regenbogen- und Patchwork-Familien, binationale, multilokale oder Wahlfamilien – und noch einiges mehr.

Für uns als SPD ist klar:
- Wir wollen Familien in ihrer Vielfalt so unterstützen, wie sie sind.
- Wer sich für Kinder entscheidet und sie verantwortungsvoll erziehen will, verdient dafür gute Rahmenbedingungen.

Dass insbesondere bei der Unterstützung alleinerziehender Eltern großer Nachholbedarf besteht, ist inzwischen breiter Konsens in Wissenschaft und Gesellschaft. Diese Familien bei ihren besonderen Herausforderungen zu unterstützen, ist aus Sicht der SPD eine zentrale familienpolitische Aufgabe.
Alleinerziehende sind eine starke Gruppe. Während der Anteil verheirateter Paare mit Kindern stetig gesunken ist, hat sich der von Müttern oder Vätern, die mit ihren Kindern allein leben, in den letzten 30 Jahren verdoppelt. Jede fünfte Familie besteht inzwischen aus einem Elternteil mit Kind(ern) – in Großstädten wie Berlin ist es bereits jede dritte Familie. Insgesamt sind das zurzeit rund 1,6 Mio. Haushalte mit 2,2 Mio. Kindern.

Aber: Auch wenn 90% der Alleinerziehenden Frauen sind: „die Alleinerziehende“ gibt es nicht. Die Vielfalt ihrer Lebenslagen ist noch höher als unter den Paar-Familien. Denn was für einige ein bewusst gewähltes Lebensmodell ist, ist für andere die unfreiwillige Folge einer Trennung, Scheidung oder dem Tod des Partners. Und während es unter den Nachtrennungsfamilien unabhängig vom Wohnort der Kinder jene gibt, wo weiterhin beide Elternteile Verantwortung übernehmen, liegt sie in anderen bei einem Elternteil allein – allzu oft begleitet von jahrelangen Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsstreitigkeiten, die allen Beteiligten Zeit und Kraft nehmen.
Allen Elternteilen, die ohne Partner/in mit ihren Kindern leben, ist jedoch gemeinsam, dass sie täglich noch mehr leisten müssen als andere, um ihren Alltag zu organisieren. Alleinerziehende Frauen sind häufiger erwerbstätig als andere Mütter, arbeiten im Mittel fünf Wochenstunden länger als Mütter in Paarfamilien – und überdurchschnittlich oft im Nacht- oder Wochenenddienst. In vielen Fällen schultern sie gleichzeitig ganz oder überwiegend Kindererziehung, Haushalt und Hausaufgabenbetreuung, Arztbesuche und Behördengänge. Damit sind sie in besonderer Weise Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserer Gesellschaft.
Was Politik konkret tun kann, um ihnen und ihren Kindern den Alltag leichter zu machen, haben wir in den letzten Wochen die Betroffenen selbst gefragt. In einem Bürgerdialog auf der Plattform alleinerziehende.spd.de haben uns mehr als 200 Frauen und Männer ihre Erfahrungen geschildert und ihre Forderungen an eine bessere Un-

terstützung von Alleinerziehenden formuliert.
Diese Berichte zeigen erneut sehr deutlich, dass Alleinerziehende mit ihren Kindern noch dringender als andere auf ein gutes Zusammenspiel von Zeit, Geld und Infrastruktur für Familien angewiesen sind:

1. Auf Steuer- und Familienleistungen, die Alleinerziehende nicht zu Familien zweiter Klasse machen.
2. Auf Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder aller Altersgruppen, die qualitativ hochwertig, bezahlbar, zeitlich verlässlich und flexibel sind Und Randzeiten und Ferien umfassen.
3. Auf eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit, die dennoch Raum für Alltagspflichten, Zuwendung und auch Erholung lässt.

SPD-POLITIK FÜR ALLEINERZIEHENDE IN DER BUNDESREGIERUNG

Weniger Steuern
Die SPD mit Manuela Schwesig als Bundesfamilienministerin hat in den letzten Wochen dafür gekämpft, dass – wie in der Koalitionsvereinbarung mit der Union vorgesehen - zusammen mit dem Kinderfreibetrag und dem Kindergeld auch der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende deutlich angehoben wird.
Diese Anhebung war überfällig, denn seit seiner Einführung im Jahre 2004 liegt der Freibetrag unverändert bei 1.308 Euro. Der Kinderfreibetrag und das Kindergeld wurden seitdem um fast ein Viertel erhöht. Und für ein Ehepaar mit einem Kind ist die durchschnittliche Steuerentlastung aus dem Ehegattensplitting derzeit etwa fünfmal so hoch wie die Steuerentlastung einer Alleinerziehenden mit einem Kind durch ihren Freibetrag.
Die jetzt beschlossene Anhebung des Entlastungsbetrages um 600 Euro auf 1.908 Euro ist daher ein großer Erfolg.

Flexiblere Betreuungsangebote
Ein bedarfsdeckendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen und Ganztagsschulen bleibt insbesondere für Alleinerziehende die entscheidende Voraussetzung für eigene Erwerbstätigkeit. Hier ist, trotz der erheblichen Fortschritte in den zurückliegenden Jahren, noch viel zu tun. Das gilt in den alten Bundesländern vor allem für das Angebot ganztägiger Betreuung.
Wir haben deshalb auch dafür gesorgt, dass nun mit den zusätzlichen Finanzhilfen, die der Bund ab 2015 für den Kita-Ausbau zur Verfügung stellt, gezielt in die Ganztagsbetreuung investiert wird. Und dass mit einem 100-Mio-Programm zum Ausbau von Randzeiten-Kitas, künftig vor allem Alleinerziehende besser unterstützt werden, die im Schichtdienst, frühmorgens, abends oder nachts arbeiten müssen.

Familienorientierte Arbeitszeiten
Und was schließlich die notwendige Zeit für Familie angeht: die allermeisten Eltern, erst recht wenn sie allein mit ihren Kindern leben, brauchen Zeit für ihre Kinder. In der Elternzeit ist das neue Elterngeld Plus ein gutes Angebot gerade auch für Alleinerziehende, das Teilzeittätigkeiten leichter macht. Aber viele wünschen sich auch zumindest für einige Jahre eine Beschäftigung unterhalb von Vollzeit, um den Spagat zwischen Beruf, Familie und Haushalt leisten zu können. Damit jedoch familienbedingte Teilzeit nicht zur biographischen Sackgasse wird, werden wir noch in diesem Jahr den Rechtsanspruch auf befristete Arbeitszeitreduzierung auf den Weg bringen, also den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit um ein Rückkehrrecht zur vorherigen Arbeitszeit ergänzen.

UNSERE NÄCHSTEN SCHRITTE:

Bei allem, was wir erreicht haben: es bleibt noch viel zu tun. Politik für Alleinerziehende findet viele Anknüpfungspunkte: Familien- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik. Aus unserer Sicht geht es zukünftig vor allem um folgende Schwerpunkte:

Ausbau des Unterhaltsvorschusses
Im Bereich der Familienleistungen setzen wir weiter auf eine Flexibilisierung des Unterhaltsvorschusses. Er unterstützt Alleinerziehende, wenn Unterhaltszahlungen für das Kind vom anderen Elternteil ausbleiben. Derzeit ist die Bezugsdauer des Vorschusses auf maximal sechs Jahre, längstens bis zum 12. Geburtstag eines Kindes begrenzt. Viele Betroffene empfinden diese Begrenzung zu Recht als willkürlich und kritisieren den Wegfall der Unterstützung ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo der finanzielle Aufwand für ein Kind mit Beginn der Pubertät noch einmal deutlich steigt.
Alleinerziehende im SGB II beantragen heute den Unterhaltsvorschuss, der mit dem Kinderbedarf vollständig verrechnet wird. Wir plädieren dafür, die Zeiten des Unterhaltsvorschuss-Bezuges im SGB II an den regulären Bezug anzuhängen.

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung
Wir fordern seit langem, den Rechtsanspruch auf einen Platz in Kita oder Tagespflege ab dem ersten Geburtstag eines Kindes im nächsten Schritt zu einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und auf Ganztagsschule für die Kinder von Alleinerziehenden weiter zu entwickeln. Das wäre ein wesentlicher Schritt, um Müttern und Vätern ohne Partner/in verlässliche Rahmenbedingungen für ihre Erwerbstätigkeit zu geben.

Geförderte Familienarbeitszeit
Wir arbeiten weiter an einem konkreten Konzept einer Familienarbeitszeit. Wie die Rückmeldungen im Rahmen unseres Bürgerdialogs erneut sehr deutlich gezeigt haben, ist sie die richtige und zeitgemäße Antwort auf ein weit verbreitetes Bedürfnis vor allem von Alleinerziehenden: Für einige Jahre weniger zu arbeiten, sich mit der nötigen Zeit um Kinder kümmern zu können und über einen teilweisen Lohnausgleich dennoch wirtschaftlich abgesichert zu sein.
Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen.
Für alle, die sich in ihrer Familie um andere kümmern, wollen wir auch künftig Politik machen. Wir wollen ihnen die Unterstützung geben, die sie brauchen. Damit Frauen und Männer ihre Lebensentwürfe verwirklichen und alle Kinder gesund, materiell abgesichert und mit gleichen Teilhabechancen aufwachsen können.

PRÄSIDIUM, 15.6.2015

BESCHLUSS: STARKE IDEEN FÜR DEUTSCHLAND 2025.

IMPULSE FÜR DIE SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK IM KOMMENDEN JAHRZEHNT.

EINE VORBEMERKUNG.

Der folgende Beschluss des SPD-Präsidiums soll eine Diskussionsgrundlage für eine breite Diskussion über die Zukunft unseres Landes sein. Wovon und wie wollen wir in 10 Jahren leben? Wie sichern und schaffen wir auch in Zukunft Wohlstand, Sicherheit und Zusammenhalt? Dieses Impulspapier soll der Auftakt sein für die Diskussion in der SPD, zu der auch alle interessierten Bürgerinnen und Bürger,
Verbände und Organisationen der Zivilgesellschaft eingeladen sind.

Das erfolgreiche Mitgliedervotum über den Eintritt in die Große Koalition war der Beginn eines neuen Selbstverständnisses der SPD. Wie keine andere Partei in Deutschland ist es der SPD gelungen, die eindeutige Unterstützung der Mitglieder für die Regierungsarbeit zu gewinnen. Dieses breit diskutierte Votum hat uns gelehrt, dass es ein großes Interesse an inhaltlicher Auseinandersetzung über die Ziele, die Strategie und die Programmatik sozialdemokratischer Politik gibt. Dieser offene Prozess der Erneuerung hat uns gezeigt, dass es sich lohnt, wenn sich unsere Mitglieder selbstbewusst an der künftigen Programmatik unserer Partei beteiligen. Es gibt keine bessere Ressource für eine neue, tragfähige sozialdemokratische Vision als die Ideen und das Engagement unserer Mitglieder.

Deshalb wollen wir die Diskussion über die Perspektiven sozialdemokratischer Politik auch breit in unserer Mitgliedschaft führen: in den Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und auch direkt mit jedem einzelnen Mitglied über Dialogplattformen im Internet. Das vorliegende Impulspapier soll dafür die Grundlage bilden.

Eine erste Auswertung wollen wir für den Perspektivkongress der SPD im Herbst 2015 vorbereiten und danach die Diskussion über das jetzt vorgelegte Impulspapier auf dem Bundesparteitag im Dezember 2015 fortsetzen. Auf der bis dahin gemeinsam erarbeiteten programmatischen Grundlage und Ausrichtung erfolgt dann die konkrete Programmdebatte des Jahres 2016 für die Bundestagswahl im Jahr 2017. Auch sie soll mit der interessierten Öffentlichkeit vertieft werden. Das vorliegende Impulspapier ist also erst der Beginn der Diskussion um unser Zukunftsprogramm für Deutschland 2025.

ZEHN GUTE GRÜNDE FÜR DIE DISKUSSION MIT UND IN DER SPD.

1. Die SPD ist eine emanzipierte Volkspartei. Sie zeigt Alternativen – und wagt Kontroversen. Konsens gewinnt sie aus dem Widerstreit der Meinungen, Geschlossenheit nicht aus Formelkompromissen, sondern aus dem offenen Wettbewerb von Überzeugungen.

2. Die SPD vereint engagierte Bürgerinnen und Bürger zu einer politischen Bewegung. „Bürgernähe“ ist für die Sozialdemokratie keine herablassende Geste, „Bürgerbeteiligung“ keine Show. Wir hören zu. Wir suchen ehrliche Antworten. Wir entscheiden gemeinsam: um zu ändern, was falsch ist, und zu bewahren, was in unserem Land Wertschätzung verdient.

3. Die SPD will die moderne Gesellschaft. An erster Stelle: gleiche Chancen, gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle, die in Deutschland eine gute Zukunft suchen. So schaffen wir die offene Gesellschaft, in der vieles möglich wird, für Menschen jeder Herkunft und Kinder aller Familien, für Frauen und Männer gleichermaßen, in einer Arbeitswelt, die berufliche Chancen ermöglicht und dabei die Bedürfnisse der Familie achtet.

4. Die SPD arbeitet immer wieder neu für eine Gesellschaft, die zusammen hält. Soziale Spaltung bringt Unfrieden, Neid und Missgunst. Wir wollen ein Land, in dem die Menschen einander achten und das sie gemeinsam verbessern. Daraus entstehen Heimat und Geborgenheit.

5. Die SPD steht für Sicherheit und Schutz vor Kriminalität, Gewalt und Terror. Sicherheit ist Bürgerrecht, kein Privileg für Wohlhabende. Wir wollen einen Staat, der jeden Einzelnen vor den Risiken schützt, die er allein nicht abwehren kann. Arbeitslosigkeit und Krankheit gehören dazu und ein gutes Leben im Alter. Aber auch der Schutz vor Kriminalität und Gewalt und deren Ursachen.

6. Die SPD fördert Talent und unterstützt Leistung – ob jemand angestellt ist oder selbstständig, ob Arbeitnehmer oder Unternehmer. Wir wollen eine Wirtschaft, die neue Ideen hat und immer bessere Produkte und Dienstleistungen anbietet. Eine starke Wirtschaft, die mehr Menschen mehr Wohlstand bietet. Je mehr Menschen daran mitwirken, desto höher unser Wachstum. Je stärker die Wirtschaft, desto stabiler der Sozialstaat. Unternehmen müssen Geld verdienen, damit Arbeitsplätze sicher sind.

7. Die SPD will Einkommen erhöhen. Viele Menschen, die nur knapp über die Runden kommen, haben ein Anrecht auf höhere Nettolöhne. Steuern und Sozialabgaben sollen nicht hoch, sondern fair sein. Denn viele Menschen in Deutschland tragen ihre Verantwortung und zahlen die Steuern, die ihrem Einkommen entsprechen. Das ist oft nicht wenig und verdient Anerkennung. Aber nicht wenige wollen sich dieser Verantwortung für Deutschland entziehen. Leute aber, die jedes Schlupfloch nutzen, auch das illegale, und Steuern hinterziehen, oder Banken, die dabei geschäftsmäßig helfen, müssen vor Gericht gestellt werden. Mehr Steuergerechtigkeit sichert die Einnahmen, die der Staat braucht, um für alle Menschen ein sicheres und gutes Leben zu ermöglichen.

8. Die SPD überwindet falsche Gegensätze und öde Glaubenskriege zwischen Industrie und Umwelt. Wir fördern Technik, die der Umwelt nützt. Wir bauen eine Energieversorgung, die nicht verschwendet, was knapp und wertvoll ist, die jeden Rohstoff clever einsetzt, effizient nutzt und damit auch das Klima schützt. Die Stromversorgung bleibt sicher, auch weil wir Kohle- und Gaskraft bereithalten, wenn die Atomkraft verschwindet. Strom aus Sonne und Wind sind unsere Energiezukunft.

9. Die SPD will, dass Deutschland ein guter Nachbar und vertrauenswürdiger Partner in Europa ist. Wir denken an unsere Geschichte. Wir haben große Hilfe bekommen. Und wir haben selbst tatkräftig anderen geholfen. Heute geht es uns besser als vielen. Aber Hochmut kommt vor dem Fall. Die Sozialdemokratie arbeitet für ein starkes Europa, das wieder Hoffnung weckt.

10. Die SPD setzt sich für das friedliche und faire Miteinander aller Nationen ein. Wir bevormunden andere Länder nicht, sondern pflegen Partnerschaften. Wir wollen Rechte, die für alle gleichermaßen gelten, Freiheit und Demokratie, nicht weniger aber mehr wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand. Das ist unsere Idee einer gerechten Globalisierung.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in mehr als 150 Jahren gezeigt: Die Veränderung zum Guten ist möglich. Auch heute im Zeitalter der Globalisierung darf es nicht immer nur darum gehen, wie Menschen wegen des internationalen Wettbewerbs angeblich leben müssen. Sondern auch heute geht es darum, wie Menschen leben wollen. Aber wir wissen auch: Ein besseres Land kommt nicht von allein. Zukunft muss man machen. Und für die Gestaltung der Zukunft braucht man Mut.

1. EINE STANDORTBESTIMMUNG

Deutschland hat wieder eine stabile und handlungsfähige Bundesregierung. Und das ist der Verdienst der SPD! Wer diese Behauptung als selbstgerecht empfindet, der muss nur einen Blick zurück auf die letzte Koalition aus CDU/CSU und FDP werfen: Permanenter Streit und schamlose Lobbypolitik kennzeichneten diese Bundesregierung. Wie schon zuvor in der letzten Großen Koalition, in der die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland besser bewältigt wurden als in den allermeisten anderen Ländern der Welt, bringt die SPD Stabilität und Handlungsfähigkeit in die Bundesregierung. Die SPD kann das mit Selbstbewusstsein sagen.

Die SPD ist dabei so geschlossen wie seit langem nicht mehr. Dafür hat das Mitgliedervotum vor dem Eintritt in die Große Koalition gesorgt. Fast 80 Prozent unserer Mitglieder haben sich daran beteiligt und mit überwältigender Mehrheit dafür gestimmt, dass wir Deutschland regieren und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen verbessern sollen.

Seither bestimmt die SPD in Deutschland mit ihrem Eintritt in die Bundesregierung und der konsequenten Umsetzung des von uns offensiv verhandelten Koalitionsvertrags im Wesentlichen die Bewegungsrichtung der deutschen Politik – durch mehr soziale Teilhabe in fast allen Feldern der Politik: Mindestlohn, sechs Milliarden Euro mehr für Bildungsinvestitionen in den Ländern, ein kommunales Entlastungs- und Investitionspaket von 15 Milliarden Euro von 2015 bis 2018, Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren, Mietpreisbremse, Frauenquote, ElterngeldPlus: Diese Projekte stehen exemplarisch für die SPD als Motor der Regierung.Und wir können mit berechtigtem Stolz über den Tellerrand der nationalen Politik hinausblicken: Die SPD hat mit Martin Schulz einen der populärsten und profiliertesten Politiker in Europa! Und in der internationalen Politik steht der SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit seiner Arbeit wie kein Zweiter für erfolgreiches Engagement für Frieden und Stabilität.

Hinzu kommt, dass die Bürgerinnen und Bürger zunehmend der Auffassung sind: Die Politik der Bundesregierung kommt nicht mehr nur den

Wohlhabenden, sondern normalen Familien, Arbeitnehmern, Geringverdienern und Älteren zu Gute. Das Vertrauen in die Bundesregierung ist mit 63 Prozent hoch.

Die SPD profitiert in den Kommunen und Ländern vom neuen Kurs und von der Geschlossenheit der Sozialdemokratie. Wir haben Vertrauen zurückgewonnen. Stellten wir 2005 nur vier Oberbürgermeister in den 10 großen Städten Deutschlands, so sind es heute 9 von 10. Waren wir 2005 in nur sechs der 16 Landesregierungen vertreten, so sind wir heute in 14 Bundesländern an der Regierung beteiligt. Und hatten wir vor 10 Jahren nur fünf Ministerpräsidenten, so stellen wir heute 9 von 16 Ministerpräsidenten.

Jetzt geht es darum, diese starke Stellung der SPD in den Ländern bei den anstehenden Landtagswahlen zu erhalten und auszubauen und 2017 bei der Bundestagswahl besser abzuschneiden.

2. SOZIALDEMOKRATISCHE PROJEKTE UNTER VERÄNDERTEN BEDINGUNGEN

Die Sozialdemokratie war immer ein Zukunftsprojekt. Das muss sie auch jetzt wieder werden. Die SPD ist in Deutschland stets in der Rolle der gesellschaftlichen Hoffnungsträgerin gewesen. Sie war zwar in der 60-jährigen Geschichte des Landes nur 20 Jahre lang dominierend in der Regierung, aber sie war immer präsent als Wortführerin des Besseren in Wirtschaft und Gesellschaft. Ihre Stärke war immer ein Überschuss an Utopie und Vision, Begeisterungsfähigkeit und Erneuerungswillen. Durch ihre Bindungen in der Arbeitnehmerschaft war sie zugleich immer in der Lage, ihre Politik „zu erden“ und mehrheitsfähig zu machen. Sie war attraktiv durch alle Schichten hindurch. Sie war milieuübergreifend und machte Angebote über ihr ursprüngliches Stammwählerpotenzial hinaus: an das aufgeklärte Bürgertum und an kritische Intellektuelle. Das machte sie zur modernen Gesellschaftspartei der Bundesrepublik.

Der soziale Strukturwandel in unserer Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend. Betrug der Anteil klassischer Arbeiter und Facharbeiter an den Beschäftigten in Deutschland im Jahr 1970 noch 47 Prozent, so sind es heute nur noch 23 Prozent. Hinzu kommt, dass die Erwerbsbiografien der angestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt weniger stabil und berechenbar geworden sind. Berufsbilder verändern sich schneller, Qualifikationsanforderungen steigen, vielfacher Wandel prägt die Arbeitswelt und wird sie im Zuge der Digitalisierung weiter verändern.

Diese Entwicklungen haben natürlich auch politische Folgen für die Parteien: Die Auflösung der klassischen Beschäftigtenstrukturen und der damit einhergehende soziale Aufstieg lösten natürlich auch die klassischen Milieus und ihre Wählerbindung stark auf. Nun sind neue Instrumente der Wählerbindung gefragt. Diese Entwicklung ist keine Bedrohung der Mehrheitsfähigkeit der SPD, sondern vor allem eine große Chance für die SPD, weil überkommene Gesellschaftsstrukturen nicht mehr zementiert sind.

Die gesellschaftspolitischen Erfolge sind unübersehbar. Heute gibt es z.B. bekennende homosexuelle Politikerinnen und Politiker in allen politischen Lagern. Deutlicher kann sich der Fortschritt zu mehr Liberalität und Offenheit der Gesellschaft kaum ausdrücken. Oder die Tatsache, dass heute – anders als in der ersten Generation der Einwanderer – Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund auch in allen anderen Parteien zu finden sind. Auch wenn die SPD dadurch unter Einwanderern an Wählerstimmen einbüßt, für die Gesellschaft in Deutschland ist es ein großer Fortschritt. Denn es zeigt doch, dass die Integration gelingt und inzwischen viele Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte wirtschaftlich, sozial und auch politisch in die Entwicklungen der Mehrheitsgesellschaft einbezogen sind.

Wir Sozialdemokraten waren und sind ein Motor dieser Entwicklung. Das kann uns stolz machen. Die Zukunft einer progressiven Partei liegt indes nicht in der Rückschau auf das Erreichte oder gar im Bedauern über das Verschwinden ihrer Trägerschichten. Veränderung ist Teil ihrer Identität.

In Zukunft wird die Formulierung politischen Gestaltungswillens anspruchsvoller. Aber in einer komplizierten und komplexen Gesellschaft bieten die sozialdemokratischen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zugleich Orientierungen, die tief in unserer Gesellschaft verankert sind. Welche politische Kraft außer der SPD kann schon auf die Gleichzeitigkeit von Globalisierung und Individualisierung besser Antworten geben als die seit fast 100 Jahren europäisch orientierte deutsche Sozialdemokratie?

So sehr wir in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts den Kapitalismus mit nationalstaatlichen Mitteln zu einer Sozialen Marktwirtschaft gezähmt haben, so sehr wissen wir, dass das jetzt vor allem im europäischen und internationalen Maßstab gelingen muss. Gerade weil nationale Umverteilungspolitik durch Steuern längst ihre Grenzen gefunden hat, muss es jetzt weit mehr um den Kampf gegen Steuer- und Sozialdumping in Europa, um soziale Mindeststandards und die Regulierung der internationalen Finanzmärkte gehen.

3. DEUTSCHLAND IST EIN STARKES LAND.

25 Jahre nach dem Fall der Mauer steht Deutschland wirtschaftlich stark da. Keine andere führende Volkswirtschaft der Welt hat die Krise so gut überstanden wie unser Land. Das Durchschnittswachstum lag höher als in jedem anderen großen Euroland. Die Arbeitslosigkeit ist auf ein historisches Tief gefallen. Die Schuldenquote ist gesunken. Der Staatshaushalt ist ausgeglichen. Ein kluges industrielles Innovationsmodell gepaart mit einer grenzüberschreitenden Wertschöpfungskette hat zu einer beispiellosen Exportstärke geführt. Und die Grundlage für beides: hochengagierte Menschen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige, Unternehmer und Manager, Wissenschaftler oder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes jeden Tag diesen Wohlstand von Neuem erarbeiten.

Kaum jemand bezweifelt heute noch, dass für diese beeindruckende Entwicklung unseres Landes die von der SPD vor zehn Jahren in schwierigen Zeiten durchgeführten Reformen eine der wesentlichen Voraussetzungen waren. Vor allem, dass es uns nach Jahrzehnten einer deprimierenden Massenarbeitslosigkeit gelungen ist, einen Beschäftigungsrekord nach dem anderen zu erreichen – mit weit mehr Älteren und mehr Frauen in Arbeit, hat Deutschland von Grund auf zum Besseren verändert. Junge Absolventinnen und Absolventen von Schule und Hochschule gehen nicht mehr wie noch in den 1990er Jahren mit der bedrückenden Angst vor Arbeitslosigkeit ins Leben. Sie denken heute vielmehr über den Sinn und die Qualität der Arbeit nach, die sie sich suchen. Sie können wählen und selbstbewusste Entscheidungen treffen. Deutschland ist auch für Einwanderer ein attraktives Land geworden, in dem sie für sich und ihre Familie eine gute Zukunft suchen.

Bei all diesen Erfolgen hat Deutschland zuerst und vor allem sich selbst, aber ebenso auch anderen Ländern bewiesen, dass wir die Erneuerung auf unserem eigenen Weg der Sozialen Marktwirtschaft schaffen können. Wir haben Kündigungsschutz und Mitbestimmung nicht aufgegeben. Wir haben die Tarifautonomie und den Flächentarifvertrag nicht beseitigt – auch wenn wir nach wie vor eine höhere Tarifbindung anstreben. Im Gegenteil sind gesellschaftliche Bedeutung und organisatorische Kraft der Gewerkschaften im Zuge einer höheren Beschäftigung wieder stärker geworden. Wir haben darauf gesetzt, dass ein höheres Maß an innerem Frieden und sozialer Teilhabe zugleich auch die wirtschaftliche Stabilität begünstigt. Heute geben uns die Ökonomen der OECD Recht, wenn sie sagen: Ungleichheit schwächt eine Volkswirtschaft. Je mehr Menschen Zugang zu guter Bildung und guter Arbeit haben, desto höher und nachhaltiger das Wachstumspotenzial eines Landes.

Deutschland ist heute nicht zuletzt deshalb ein starkes und international geachtetes Land, weil es wirtschaftliche und ökologische Modernisierung verbunden hat. Das große Wagnis eines fundamentalen Umbaus der Energieversorgung – Steigerung der Effizienz, Ausbau der Erneuerbaren, intelligente Steuerung der Stromnetze, weniger Abhängigkeit von Rohstoffimporten, ambitionierte Klimaschutzziele – ist ein beispielloses Zukunftsprojekt, das auch anderen ein Vorbild sein kann.

Es erfordert Mut und Augenmaß, Ingenieurskunst und Planungssicherheit. Tugenden, die unserem Land zugetraut werden.

Deutschland hat den Aufbruch in die kulturelle Moderne vollzogen. Wir arbeiten daran, die Chancengleichheit im Bildungssystem durch frühe Förderung und Ganztagsschulen zu verbessern. Die Benachteiligung von Frauen in Beruf und Familie geht zurück. Familien und Paare finden mit und ohne Trauschein – hetero- oder homosexuell – zusammen. Menschen mit Behinderung finden neue Zugänge zum gesellschaftlichen Leben. Unsere Gesellschaft ist bunter, vielfältiger und toleranter geworden – ein großer Gewinn.

4. EINE WELT VOLLER UNSICHERHEITEN

Obwohl die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland von der großen Mehrheit der Deutschen als stabil und gut empfunden wird, gibt es große Verunsicherungen. Viele Hoffnungen nach dem Fall der Mauer und des „eisernen Vorhangs" zwischen West und Ost wurden enttäuscht. Statt einer Welt des Friedens und des Fortschritts erleben wir eine Welt voller Unsicherheiten:

- Dachten wir 1989, dass nun ein Zeitalter des Friedens in Europa anbrechen würde, so erleben wir nach dem gewaltsamen Zerfall Jugoslawiens heute in der Ukraine die Rückkehr des Krieges nach Europa.

- Waren wir der festen Überzeugung, dass sich Russland nach und nach zu einer Demokratie und einem ebenso friedlichen wie verlässlichen Partner für Europa und die Welt entwickeln würde, so wirkt Russland heute autokratisch und außen- wie innenpolitisch aggressiv.

- Freuten wir uns noch vor kurzer Zeit über die Entwicklung demokratischer Revolutionen in Arabien und Nordafrika, so erleben wir die Rückkehr autokratischer Regime und Militärdiktaturen, weil scheinbar nur durch sie die Radikalisierung und der Bürgerkrieg in diesen Ländern gestoppt werden kann.

- Auch wenn wir uns auf dem Weg besserer Integration von Zuwanderern nach Deutschland und einer Öffnung auch zum Islam und den in Deutschland lebenden Muslimen befinden, so erleben wir zugleich nicht nur eine katastrophale Gewaltentwicklung in vielen muslimischen Nachbarländern Europas, sondern auch den Import dieser radikalen Ideologien in unser Land und eine sehr tiefgehende Verunsicherung der Bevölkerung über ihr Verhältnis zu Muslimen – und umgekehrt. Die Angst vor einem Aufeinanderprallen „der Kulturen" und die Bedenken hinsichtlich der Zuwanderung in das Sozialsystem sind groß.

- Fühlten die deutschen Nachkriegsgenerationen trotz teilweise vehementer Kritik an Teilen der US-amerikanischen Politik (z.B. Vietnamkrieg und Unterstützung von Militärdiktaturen) doch grundsätzliche Nähe, kulturelle Verbundenheit und auch Sicherheit im transatlantischen Bündnis mit den USA, so wirken heute die NSA-Skandale, illegale Gefängnisse und Folter, die harte politische Spaltung und der Extremismus in den USA auf uns immer fremder.

- Hinzu kommen die Verunsicherungen durch die Globalisierung und durch Freihandelsabkommen der Vergangenheit, deren „Heilsversprechen" von höherem Wachstum durch Liberalisierungen und Privatisierungen sich für viele nicht erfüllt, sondern zu mehr Unsicherheit geführt haben.

- Und nicht zuletzt: War Europa die jahrzehntelange Erfahrung von wachsendem Wohlstand, so ist Europa heute ökonomisch und politisch instabil und wird eher als Faktor der Unsicherheit als der Sicherheit wahrgenommen.

Diese großen Verunsicherungen bestimmen heute trotz der guten wirtschaftlichen Lage die politische Alltagswahrnehmung vieler Menschen. Dazu kommt ein neues Unsicherheitsgefühl, ob wir unser Wohlstandsmodell eigentlich mit Blick auf die wachsende Kraft und Dynamik Asiens und Lateinamerikas aufrechterhalten können. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pluralität scheinen dabei als gegeben hingenommen zu werden und nicht mehr als Werte, die man tagtäglich in einer engagierten Bürgergesellschaft verteidigen muss. Und das, obwohl noch vor 25 Jahren die Menschen in Ostdeutschland für Freiheit und Pluralität ihr Leben riskiert haben.

Nicht wenige der politischen Alltagsthemen, die wir als Sozialdemokraten in der Innenpolitik zu Recht für bedeutsam halten und vorantreiben, bleiben in dieser Alltagswahrnehmung hinter den internationalen Krisen zurück. Mehr noch: Dringend notwendige künftige Reformen, wie die Modernisierung des Zuwanderungsrechts, geraten dabei unter Druck. Denn in der Alltagswahrnehmung verbindet sich aktuell wieder mehr und mehr das Thema Zuwanderung mit dem Import von Unsicherheit statt mit einer richtigen und planbaren Strategie zur Bewältigung des demografischen Wandels in Deutschland.

Wir Sozialdemokraten haben für diese weltweiten Krisen natürlich ebenso wie die anderen Parteien keine „Bilderbuchlösungen" und sollten auch nicht versuchen, sie auf vielen Seiten in Parteitagsbeschlüssen vorzuformulieren. Aber wir müssen darüber weit offener und kontroverser debattieren, auch um zu zeigen, dass uns diese Unsicherheit bewegt und wir gemeinsam mit unseren europäischen Freunden nach Wegen und Strategien für Deutschland suchen, um in der unsicher gewordenen Welt richtig zu handeln. Wir müssen als SPD mit den Menschen wieder mehr über die Fragen sprechen, die sie in ihrem Alltag bewegen und als Sozialdemokraten an dem bestehenden zivilgesellschaftlichen Engagement sichtbar anknüpfen. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten engagieren sich ja auch in Vereinen und Verbänden – vom Sport, über die Feuerwehren, Umwelt- und Kulturinitiativen, sozialen Projekten und auch in Flüchtlingsinitiativen.

Auch in der Innenpolitik gibt es Themen, die große Unsicherheit verbreiten, die in der politischen Auseinandersetzung kaum eine Rolle spielen und um deren Lösung nicht wahrnehmbar gerungen wird:

> Die Versorgung mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum vor allem in Ballungszentren und dort für Familien oder ältere Menschen.

> Die Verunsicherung durch Alltagskriminalität.

> Der wachsende Druck auf die arbeitende Mitte unserer Gesellschaft. Beispiele dafür sind:

- Das Empfinden vieler Eltern, dass sie zu wenig Hilfe und Unterstützung bei ihren Doppel- und Dreifachbelastungen erfahren: Beruf, Kinder und oftmals auch Pflege von Angehörigen.

- Die wachsende Bedeutung der Frage, ob man selbst im Alter gute Pflege erfährt oder sie den eigenen Angehörigen zukommen lassen kann. Ob man überhaupt in den ländlichen Regionen und in den sozialen Brennpunkten der Ballungszentren ausreichend medizinische und pflegerische Angebote findet.

- Das tägliche Erleben von Menschen mit niedrigem Einkommen, dass sich ihre Lebensbedingungen trotz harter Arbeit nicht wesentlich verbessern.

- Die Sorge von Familien, ob sie es schaffen, trotz starker Beanspruchung im Beruf und in der Kindererziehung, einen bescheidenen Wohlstand, die eigenen vier Wände und eine gute Bildung und Ausbildung ihrer Kinder zu erreichen?

- Die Verunsicherung derjenigen, die ihre private Altersversorge durch die Niedrigzinsentwicklung gefährdet sehen und für die ihre gesetzliche Rente kein angemessenes Leben im Alter ermöglicht.

Bei einer politischen Debatte um die glaubwürdigsten Antworten auf diese großen Sorgen und Verunsicherungen in der Gesellschaft

taucht schnell eine alte Trennungslinie zwischen Sozialdemokraten und Konservativen auf: Wenn der Staat die Aufgabe hat, in einem bestimmten Umfang soziale, innere, äußere Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger seines Landes sicherzustellen, woher kommen die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen? Die SPD ist gut beraten, die Antwort darauf nicht vorschnell mit dem Ruf nach höheren Schulden oder höheren Steuern zu geben. Durchaus aber darf und muss die SPD gemeinsam mit anderen starken Sozialdemokratien in Europa – in Schweden, in Frankreich, in Österreich, in Spanien – dafür sorgen, dass das massiv sozialschädliche Steuerdumping in Europa beendet wird. Dabei geht es nicht darum, möglichst hohe Steuern zu erheben. Sondern es geht darum, möglichst allen Menschen in Deutschland und in Europa ein ausreichendes Maß an Wohlstand und Sicherheit zu ermöglichen.

5.KONSEQUENZEN FÜR DIE POLITIK DER SPD.

Es geht jetzt darum, nach Antworten auf diese großen Fragen der Verunsicherung zu suchen. Die Wählerinnen und Wähler der SPD und insbesondere unsere Mitglieder haben entschieden, dass wir in der gesamten Wahlperiode bis 2017 gute Politik mit CDU und CSU im Interesse der Menschen in Deutschland machen sollen. Das haben wir gewollt und das werden wir bis zum Ende der Legislaturperiode auch mit allem Nachdruck fortsetzen.

Es ist zudem nicht so, wie manche Kommentatoren behaupten, dass die wesentlichen SPD-Projekte des Koalitionsvertrages bereits abgearbeitet seien. Auf der Tageordnung bis 2017 stehen beispielsweise noch:

- Die Durchsetzung gleicher Bezahlung von Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit.
- Die Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit.
- Die bessere und gerechtere Teilhabe von Menschen mit Behinderungen durch ein neues Bundesteilhabegesetz.
- Die Rentenangleichung Ost und West.
- Die Einführung einer Solidarrente, um Menschen mit einer langen Arbeitsbiografie aus der Sozialhilfe zu holen.

Aber die SPD darf sich nicht mit der Abarbeitung des Koalitionsvertrages zufriedengeben, denn manche der entstandenen großen Verunsicherungen und Herausforderungen waren bei Beginn der Koalition noch gar nicht sichtbar und müssen trotzdem jetzt angegangen werden. Und auch ein Verweis auf die Zeit nach 2017 dürfte die Wählerinnen und Wähler nicht in ihrem Bedürfnis nach Sicherheit befriedigen. Koalitionsverträge sind keine Ausrede für Nichthandeln in wichtigen Fragen.

Die SPD wird deshalb bereits jetzt nach Antworten und Angeboten suchen, um wieder mehr Sicherheit in Deutschland und Europa zu schaffen. Wir sind uns dabei bewusst, dass wir keine Bilderbuchlösungen parat haben und auch nicht den Anspruch formulieren sollten, sie zu entwickeln – schon gar nicht alleine. Und wir wissen zudem, dass manches unvollkommen bleiben wird. Und doch ist es unsere Aufgabe, nach realistischen Angeboten für mehr Sicherheit in einem teils dramatischen Wandel bereits jetzt zu suchen und die Vorschläge dafür in die laufende Koalition einzubringen und den Versuch zu unternehmen, zu gemeinsamen Initiativen mit unserem Koalitionspartner zu kommen.

Bei den dabei notwendigerweise entstehenden politischen Kontroversen wird sich auch das Profil der SPD schärfen. Wenn es gelingt, über die großen Zukunftsthemen eine faire und öffentliche Debatte zu führen, werden die Menschen bei anstehenden Wahlen sich fragen, wem sie die richtigen und realistischen politischen Ideen zutrauen. Und vor diesem Wettbewerb braucht sich die SPD nicht zu fürchten. Im Gegenteil. Die Verbündeten der Sozialdemokratie sind die Aufklärung und der Mut zur Führung und zur Gestaltung. Deshalb darf sie diese Debatte nicht wahltaktisch führen, sondern immer inhaltlich. Orientiert an den Interessen der Menschen in unserem Land. Für sie und nicht für sich selbst macht die Sozialdemokratie Politik für Deutschland.

Das heißt auch: Die oben genannten (Un)Sicherheitsfragen der Menschen müssen wir ansprechen und diskutieren (auch strittig) und ohne schon alle fertigen Antworten zu haben oder gar vorzutäuschen. Es stellt sich aber die Frage, wer die Führung in der Debatte zu diesen Themen übernimmt – und damit auch die Verantwortung. Nicht wegen der Durchsetzung oder dem Werben für angeblich „alternative Lösungsansätze“ , sondern in der wertebasierten und doch gestaltbaren, unfertigen, ergebnisorientierten Debatte. Das wird eine Debatte, die in wesentlichen Passagen deutlich über die Legislaturperiode (auch über die kommende) hinausweist.

6. DEUTSCHLAND 2025: GROSSE HERAUSFORDERUNGEN MEISTERN.

Die erreichten Erfolge Deutschlands sind nicht selbstverständlich, sondern das Werk von Menschen, ihrer Ideen und ihrer harten und beharrlichen Arbeit. Damit die Menschen auch morgen in Deutschland gut und sicher leben können, werden wir uns alle erneut anstrengen müssen. Denn die Welt verändert sich rasant. Während die Bevölkerung in Deutschland und Europa schrumpft, wächst sie schnell in Asien und auch in Afrika. Wo deutsche Technologien heute noch Weltspitze sind, wachsen Konkurrenten überall in der Welt heran. Und wo gestern noch Erze, Chemikalien, Öl und Gas die Rohstoffe der wirtschaftlichen Entwicklung waren, sind es heute mehr und mehr Daten.

Gleichzeitig stehen aber nur wenige führende Wirtschaftsnationen der Welt mittel- und langfristig vor so grundlegenden Herausforderungen wie Deutschland:

Wir ernten heute die Früchte vergangener Reformen, die verschiedene Regierungen, Gewerkschaften und Unternehmer durchgeführt haben. Sorge muss einem der langfristige Ausblick bereiten: In der politischen Auseinandersetzung über Deutschlands Zukunft grenzen sich alle bisher vor allem negativ ab. In der Öffentlichkeit wird meist darüber diskutiert, was wir alles nicht wollen: von großen Infrastrukturprojekten wie Stromtrassen bis hin zu Freihandelsabkommen. Was aber meist offen oder unklar bleibt, ist die Antwort auf die Frage, was wir wollen und wie wir dadurch Wohlstand, soziale Sicherheit, Umweltschutz und Teilhabe auch morgen noch erreichen, sichern und ausbauen können?

Diese Frage aber nicht zu entscheiden oder sie nicht einmal zu stellen, sondern sich mit der Ablehnung jeweils strittiger Projekte zufrieden zu geben, unterminiert das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft – und damit der europäischen Volkswirtschaft. Risiken – soziale, ökologische und wirtschaftliche – müssen wir immer abwägen und wo immer möglich ausschließen oder zumindest minimieren. Wir dürfen allerdings nicht die Illusion verbreiten, gesellschaftlicher Fortschritt und eine erfolgreiche Industriegesellschaft seien ohne jedes Risiko erreichbar. Dies ist wiederholt in der Vergangenheit deutlich formuliert worden mit der Aussage: „Wenn wir uns alle wechselseitig die Haare schneiden, werden wir den Wohlstand dieses Landes nicht sichern“. Der OECD-Wirtschaftsbericht vom Mai konstatiert: Werden keine weiteren Strukturreformen angestrengt, wird die Potenzialwachstumsrate aufgrund der Bevölkerungsalterung in den kommenden 20 Jahren voraussichtlich abnehmen. Der Bericht beziffert das reale Potenzialwachstum auf unter einem Prozent. Auch der Internationale Währungsfonds lenkte in seiner Frühjahrsprognose 2015 den Blick auf die längere Sicht.

Die Erfahrung zeigt: Parallel zu solchen Entwicklungen abnehmender wirtschaftlicher Spannkraft und sinkender Wachstumszahlen finden immer eher soziale Verteilungskämpfe und kaum sozialer, kultureller oder ökologischer Fortschritt statt. Deshalb muss es die Aufgabe der SPD sein, dieser drohenden Entwicklung entgegenzuwirken und eine Kultur des Aufbruchs zu unterstützen. Die Botschaft lautet: Unsere Eltern und Großeltern haben in der Vergangenheit Großartiges geleistet und unser Land und Europa aufgebaut – jetzt sind wir dran,

es ihnen gleich zu tun und den Wohlstand und die Freiheit für die nachfolgenden Generationen zu sichern.

Das Wachstumspotenzial eines Landes setzt sich zusammen aus drei Faktoren: Arbeit, Kapital und Technologie/Produktivität. An allen dreien muss man ansetzen, um unser Wachstumspotential zumindest zu stabilisieren. Das gilt nicht zuletzt für die Integration von Frauen ins Erwerbsleben. Angesichts des Bedarfs an Fachkräften liegt nach wie vor gerade bei einer höheren Frauenerwerbsquote ein großes Potenzial.
Wir sind zwei Megatrends ausgesetzt, den beiden großen „D-Trends“: Demografie und Digitalisierung, und das inmitten einer globalisierten Weltwirtschaft, eines europäischen Binnenmarktes und eines gemeinsamen Währungsraums. Über die Demografie wissen wir relativ viel, da demografische Prognosen relativ stabil zu erstellen sind. Bei der Digitalisierung stehen wir erst am Anfang der Erkenntnisse mit entsprechend hoher Unsicherheit.

- Der demografische Wandel. Er ist keine Fiktion mehr, sondern Realität. Die Bevölkerung Deutschlands wird zwischen dem Jahr 2000 und 2060 wohl um rund 20% schrumpfen. Ohne grundlegende Veränderungen wird unsere Bevölkerungszahl dann geringer sein als in Frankreich oder Großbritannien. In den nächsten 15 Jahren wird sich die Situation verschärfen. Die neueste Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes zeigt deutlich auf, dass wir in Deutschland weniger werden, und älter: Unter der Annahme einer durchschnittlichen Nettozuwanderung von 200.000 Personen pro Jahr dürfte sich die Bevölkerung von knapp 82 Millionen auf rund 73Millionen im Jahre 2060 verringern. Die Zahl der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter von 20 bis 66 Jahren wird im gleichen Zeitraum von ca. 50 Millionen auf unter 40 Millionen sinken. Gleichzeitig wird die Zahl der über 70-Jährigen von heute 13 Millionen auf über 18 Millionen ansteigen.
- Die Digitalisierung. Das „neue Maschinenzeitalter“ steht erst am Anfang. Die Digitalisierung wird uns die Arbeit nicht wegnehmen, aber in der ersten Phase kann es dazu kommen, dass einige klassische Berufsbilder verschwinden (zum Beispiel Kassierer im Supermarkt oder Lastkraftfahrer). Es ist eine technische Revolution mit all ihrer disruptiven Kraft, auch soziale Spannungen sind nicht auszuschließen. Gleichzeitig entstehen auch neue und gute Jobs, in der Regel aber nicht für diejenigen, die ihre bisherige Arbeit verlieren. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die Zahl der Selbstständigen zunehmen, und dies hat Folgen für die sozialen Absicherungen des Einzelnen wie für die sozialen Sicherungssysteme insgesamt, da der Ansatzpunkt für diese Absicherung bisher immer ein Arbeitsvertrag ist. Kann es zum Beispiel in Zukunft dabei bleiben, dass allein abhängig Beschäftigte in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind? Das jüngst vorgestellte Grünbuch „Arbeiten 4.0“ des von Andrea Nahles geführten Bundesarbeitsministeriums wirft einen offenen Blick auf die Arbeitswelt von morgen.

Damit nicht genug: Zu diesen großen Trends treten weitere Herausforderungen:

Die europäische Integration: Europa muss sicher verändern. Schon der große Europäer Jacques Delors wusste: Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt. Vor allem dann nicht, wenn dabei für viele weder Arbeit, soziale Sicherheit noch Wohlstand entstehen. Soziale Mindeststandards, Prinzipien wie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, Kampf gegen Steuer- und Sozialdumping und eine auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtete gemeinsame europäische Politik stehen deshalb auf der Tagesordnung.

Dabei wird Europa noch mehr als heute auch ein Europa der unterschiedlichen Integrationsgrade, der „unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ werden. Konservative wie der Brite David Cameron wollen das Gegenteil. Sein „Modell“ von Europa reduziert sich auf den Binnenmarkt für Unternehmen, bei dem die Menschen und die Nationen in Konkurrenz zueinander stehen. Für ihn sind Regeln gegen Steuerdumping und für Datensicherheit nur „überflüssige Bürokratie“. In „seinem“ Europa haben Banken alle Freiheiten und Bürger weniger Freizügigkeit. „Sein“ Europa entzieht sich der Verantwortung für Flüchtlinge und Fluchtursachen und auch der gegenseitigen Verantwortung und Solidarität. Es ist ein „Europa à la carte“, in dem sich jeder herauspickt, was ihm schmeckt, und die anderen im Stich lässt. Deutschland und Frankreich werden sich diesem Modell entschlossen entgegenstellen.

Die deutsche Einwanderungsgesellschaft: Seit Jahrzehnten wandern Menschen in Deutschland ein. Einige freiwillig auf der Suche nach einer guten Arbeit, andere notgedrungen als Flüchtlinge. In den letzten vier Jahren ist der Wanderungsgewinn unseres Landes stark angestiegen – weil wir ein wirtschaftlich starkes Land sind, aber auch weil unsere europäischen Nachbarn weiter unter der Wirtschaftskrise leiden. Und nicht zuletzt weil in der Welt wieder mehr Krieg, Gewalt und Verfolgung zu beklagen sind. Einige Menschen kommen auch aus purer Perspektivlosigkeit und Armut zu uns.

Heute gibt es einen weit größeren Konsens als noch vor wenigen Jahren darüber, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt gehen und zu einer Einwanderungsgesellschaft wachsen. Dabei helfen uns die Erfahrungen mit der Einwanderung der letzten Jahrzehnte: Wer länger bei uns bleiben wird, muss schnell Sprach-, Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen erhalten. Dabei müssen wir die mitgebrachten Bildungsqualifikationen der Einwanderer anerkennen und stärker darauf aufbauen. Eine gute Einwanderungspolitik ist eine große Chance für unser Land, damit wir unseren Wohlstand und unser Lebensniveau auch in Zukunft sichern können. Damit Einwanderung und die Aufnahme von Flüchtlingen gut gelingen, sind zwei Dinge wichtig: Zum einen muss es in der Integrationspolitik Teilhabechancen für alle in unserem Land geben, unabhängig von Herkunft und Alter. Und zum anderen müssen der Bund und die Länder in der Flüchtlingspolitik die Kommunen besser finanziell unterstützen. Heute hat jede und jeder Fünfte in unserem Land eine familiäre Einwanderungsgeschichte. Jetzt ein gemeinsames Selbstverständnis für die Einwanderungsgesellschaft Deutschland zu schaffen, ist die Herausforderung der nächsten Jahre.

- Energie: Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität können nur gesichert, geschweige denn verbessert werden, wenn die Energieversorgung zu fairen Preisen möglich, langfristig gesichert und umweltpolitisch nachhaltig ist. Wie anspruchsvoll und anstrengend diese Herausforderung für die Energiepolitik und -wirtschaft ist, erleben wir gerade in Deutschland. Umso mehr stehen wir als SPD zur Energiewende.

- Weltwirtschaft: Das Schlagwort des 21. Jahrhunderts wird nicht mehr nur „Globalisierung“ sein, sondern „Globales Wachstum“. Der rasante Bevölkerungszuwachs in vielen Regionen der Welt, wird dank enger wirtschaftlicher Vernetzung weltweit hohes Wachstum und Wohlstand hervorbringen, das die relative Bedeutung der deutschen Wirtschaftsproduktion sicherlich mindern wird, dafür aber enorme Chancen bietet. Diese Chancen gilt es zu nutzen.

- Weltsicherheit: Mit der Globalisierung und dem globalen Wachstum entstehen aber auch Fragen an die Weltsicherheit. Geopolitische Herausforderungen und Konflikte zwischen Zivilisationen, Religionen oder Kulturen sind ein gewaltiges Risiko für Wohlstand weltweit. Hier ist die SPD noch mehr als bisher als Friedenspartei besonders gefordert.

Jede der genannten Veränderungen bringt Herausforderungen an das heutige Modell Deutschland mit sich. Wer ehrlich ist, der weiß, dass unser Land sich ändern muss, um weiter erfolgreich zu sein. Die Herausforderungen sprechen eine klare Sprache. Deutschland darf sich auf seiner aktuellen Stärke nicht ausruhen. Denn Deutschland ist gegenwartsfähig, das erleben wir jeden Tag. Entscheidend aber wird, ob Deutschland auch zukunftsfähig ist.

Die SPD wird sich dieser Frage stellen. Denn sie ist immer vor allem die Partei der aktiven Berufsgeneration unserer Arbeitsgesellschaft.

Für sie, die arbeitende Mitte und vor allem deren Kinder und Kindeskinder, wollen wir die Frage beantworten: Wovon wollen wir morgen leben?

Das Leitmotiv dafür hat niemand griffiger formuliert als der britische Sozialdemokrat Anthony Giddens: „Es geht darum, das europäische Sozialmodell so zu erneuern, dass es wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit kombiniert." Dazu wollen wir einen offenen Diskurs führen und nicht in Angststarre vor der Demografie und der Digitalisierung verfallen, aber die notwendige Offenheit aufbringen. Es lohnt sich immer, für eine progressive europäische politische Kraft zu arbeiten, die dem Modell einer offenen Gesellschaft folgt. Die SPD kann erneut der Motor dafür sein.

Es ist seit jeher die Kernkompetenz der SPD, unser Land mit klugen Veränderungsprozessen immer wieder auf die Höhe der Zeit zu bringen. Dafür steht Willy Brandt mit der neuen Ostpolitik und der Demokratisierung der Bundesrepublik. Dafür steht Helmut Schmidt mit der Europapolitik und der internationalen Wirtschaftskoordinierung. Dafür stehen Gerhard Schröders Reformpolitik und auch sein Nein zum Irak-Krieg.

7.POLITIK AUS DER MITTE DES ALLTAGS: ERFOLGSREZEPT GEGEN WACHSENDEN POPULISMUS.

Parallel zu der wachsenden Verunsicherung erleben wir auch ein Anwachsen des rechten und linken Populismus in Deutschland und Europa. Alle sozialdemokratischen Parteien Europas kämpfen dabei mit Politikenttäuschung, Politikmüdigkeit und Politik(er)verachtung. Gegen einen Populismus übrigens, über den wir viel zu schnell mit pädagogischer Arroganz hinweggehen. Denn die Populisten – links wie rechts – nehmen Stimmungen und Bewertungen auf, die in der Bevölkerung weiter verbreitet sind als im tatsächlichen Wählerverhalten sichtbar wird. Der wachsende Anteil der Wahlenthaltung ist ein deutlicher Fingerzeig darauf. Statt pädagogischer Arroganz, Verachtung oder dem Gegenteil davon – dem Nachlaufen oder Nachahmen populistischer Heilsversprecher, ist die Beschäftigung mit den Motiven dieser wachsenden Entfernung von Parteien, parlamentarischem Handeln und demokratischem Regieren für die SPD der richtige Weg.

„Uns hört ohnehin keiner zu", „die Politik interessiert sich nur für sich selbst" oder „Geld regiert die Welt" sind längst zu Standardsätzen der Populisten geworden. Vor allem rechte Populisten und Rechtsradikale versuchen sich auch in Deutschland zum Sprachrohr der angeblich „schweigenden Mehrheit" zu machen. Waren gerade rechte Populisten und Rechtsradikale früher die Bannerträger einer Führung „von oben" durch einen starken Staat, so vertreten sie jetzt die Forderung nach „mehr Demokratie" durch Aufnahme von Volksabstimmungen ins Grundgesetz.

Die etablierte Politik – auch die SPD – reagiert darauf bisher vor allem mit dem Versuch der politischen Ausgrenzung. Das ist gegenüber dem organisierten Rechtspopulismus gewiss richtig. Aber es muss ergänzt werden durch eine Dialogoffensive insbesondere der SPD mit denen, die sich in den politischen und ökonomischen Elitendialogen nicht mehr wiederfinden. Es ist vor allem eine Haltungsfrage, um die es dabei geht: Zuhören als ernst gemeintes Angebot (statt nur gespielter Attitüde) muss gerade die Haltung der Sozialdemokratie sein. Sozialdemokratie muss wieder stärker aus der Mitte des Alltags entstehen. Diesen Alltag prägen die Fragen der Alleinerziehenden und Familien, wie sie Arbeit und Kindererziehung, gute Bildung für ihre Kinder und auch einen bescheidenen Wohlstand erreichen können, ebenso wie die Sorge vor Alltagskriminalität, „Überfremdung" oder um die Höhe der Rente. Keine dieser Alltagssorgen darf der SPD fremd sein, auch dann nicht, wenn sie „nur" subjektiv empfunden werden. Die SPD hat die Chance, Menschen ganz allgemein für die demokratische Beteiligung und auch konkret für die SPD zurück zu gewinnen, wenn sie die materiellen und sozialen Alltagsinteressen im Zentrum der Arbeitsgesellschaft in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt.

In der Auseinandersetzung mit linkem und rechtem Populismus hat die SPD eine doppelte Aufgabe: Der Populismus prangert reale Probleme in Europa an und propagiert schlichte nationale Alternativen. Daraus erzielt er seine relative Stärke. Wir dagegen wissen, dass solche holzschnittartigen Strategien die Konflikte und die Krisen verschärfen und die wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven aller verschlechtern würden. Deshalb, und auch mit Blick auf die internationale Sicherheit und den Zusammenhalt Europas, wollen und müssen wir für den politischen Dialog und den Interessenausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten Europas und mit unseren europäischen Nachbarn werben.

Gleichzeitig zeigt ein patriotisches Selbstverständnis unsere Identifikation mit der Zukunft des eigenen Landes. Große sozialdemokratische Europäer galten in ihren Heimatländern zugleich als identitätsstiftende Patrioten. Wir dürfen heute nicht vergessen, dass Willy Brandt 1969 zum „Kanzler für Deutschland" gewählt wurde. Mario Soares in Portugal, Felipe Gonzáles in Spanien oder François Mitterrand in Frankreich folgten wie Willy Brandt einer patriotisch-liberalen Gesinnung im Ost-West Konflikt. Die Nation ist immer noch ein starkes identitätsstiftendes Element in aufgeklärten Demokratien. Man darf ihre Bindekraft für breite Teile der Bevölkerung nicht überheblich diskriminieren. Deutschland und die SPD gehören zusammen. Die SPD hat das moderne Deutschlandbild in der Welt maßgeblich geprägt. Sie sollte sich dazu bekennen, dass sie für einen weltoffenen und verantwortungsbewussten Patriotismus steht. Er ist Teil unserer Geschichte.

8. UNSERE HALTUNG: SOZIAL, FREIHEITLICH UND INTERNATIONAL.

Akzeptieren wir die grundlegend veränderten Erfolgsbedingungen der Sozialdemokratie in Deutschland und Europa, sprechen wir Probleme offen aus und bieten zukunftsorientierte Antworten, dann werden wir wieder stärker werden und größeren Erfolg haben. Dabei müssen und dürfen wir unsere Prinzipien nicht aufgeben:

- Freiheit nicht nur von Not und Unterdrückung, sondern vor allem auch zu einem guten und selbstbestimmten Leben.
- Gerechtigkeit und gleiche Chancen für alle. Unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder Hautfarbe.
- Solidarität, also verantwortliches Handeln für das eigene Leben aber auch für das Leben anderer.

Wie kann also eine andere Strategie aussehen? Und was muss die SPD in Zukunft ausmachen? Die SPD hat in ihrer Parteigeschichte mehrfach den Mut gehabt, sich neu ein- und aufzustellen: mit dem Godesberger Programm und der Entscheidung zum Wandel von der Arbeiter- zur Volkspartei, mit der Aufnahme neuer sozialer Bewegungen in den 1970er und 1980er Jahren, mit der Orientierung an Innovation und Gerechtigkeit Ende der 1990er Jahre und auch mit der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit im Zeitalter einer globalisierten Ökonomie mit den Arbeitsmarktreformen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Auf diesen Mut dürfen wir auch heute vertrauen.

Bei all dem gilt es, Anknüpfungspunkte zu finden, um eine andere Mehrheit als die Große Koalition zu ermöglichen. Zu Recht haben wir auf dem Parteitag festgestellt, dass Koalitionen mit allen demokratischen Parteien, die im Bundestag vertreten sind, möglich sein müssen, wenn dies durch inhaltliche Übereinstimmung gedeckt ist.

> Wir setzen auf internationale Zusammenarbeit. In Europa und darüber hinaus, weil nur durch Verhandlungen, Kooperation und Berechenbarkeit die wachsende Gewalt zurückgedrängt und der Frieden gesichert oder neu geschaffen werden kann. Und auch Wohlstand und soziale Sicherheit erreichen wir nur durch Zusammenarbeit. Nationale Regeln reichen im Zeitalter globalisierter Märkte nicht mehr aus, um Fairness, Gerechtigkeit und Solidarität durchzusetzen. Deshalb brauchen wir die europäische und die internationale Zusammenarbeit, um Wohlstand und Sicherheit für alle Menschen zu ermöglichen.

> Die SPD war immer besonders erfolgreich, wenn sie fair und offen war. Fair mit Blick auf die Teilhabe am Sagen und Haben möglichst

aller in unserer Gesellschaft. Und offen mit Blick auf möglichst große Freiheitsspielräume sowohl für die persönliche Lebensgestaltung als auch für unternehmerisches Handeln. Begriffspaare wie sozial und liberal, gerecht und modern, fair und offen, links und frei haben immer wieder aufs Neue den gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch der SPD definiert.

> Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik muss das Wohl des Einzelnen in der Arbeitsgesellschaft stehen. Egal, ob es Arbeiter, Angestellte oder Selbstständige sind. Es geht um eine Politik aus der Mitte unseres Landes: Die „arbeitende Mitte“ also oder wie Bill Clinton sie nannte „People who work hard and play by the rules“. Ihre Interessen – attraktive Löhne und Gehälter, gute Schulen, ein fairer Arbeitsmarkt, bezahlbare Mieten, innere und soziale Sicherheit – müssen von der SPD klar und unmissverständlich adressiert werden. Dazu gehören eine neue, partnerschaftliche Balance von Arbeit und Familie und eine Arbeitszeit, die die Bedürfnisse von Familien stärker berücksichtigt? Ihre Wünsche nach einem „guten Leben“ und auch ihre Sorgen ernst zu nehmen – und in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik zu stellen, schafft zugleich gesellschaftliche Möglichkeiten für diejenigen, die – aus welchen Gründen auch immer – keinen oder keinen ausreichenden Zugang zur Arbeitsgesellschaft finden.

Die SPD steht wie keine andere Partei für wirtschaftliche und soziale Kompetenz. Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt sind für uns Grundvoraussetzungen für eine dynamische und zukunftsorientierte Gesellschaft. Dabei bekräftigen wir die Notwendigkeit einer Haltung, die den Menschen vor der Übermacht des Staates wie vor der Übermacht der Märkte schützen will. Sozial und liberal, fair und individuell meint die Idee vom freien und gleichberechtigten Zusammenleben. Es braucht freie und gleichberechtigte Menschen für einen handlungsfähigen Staat. Jeder Mensch muss sein Leben in die eigene Hand nehmen dürfen und können. Sozialdemokratische Politik muss dafür die Rahmenbedingungen und die Voraussetzungen schaffen.

9. UNSER LEITGEDANKE FÜR DEUTSCHLAND 2025: SICHER LEBEN IN EINER OFFENEN GESELLSCHAFT.

„Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen sorgen!“ (Willy Brandt).

Deshalb arbeiten wir Sozialdemokraten an einem Programm „Deutschland 2025“.

Der in den 1970er Jahren geprägte Slogan der Sozialdemokratie „Wir schaffen das moderne Deutschland!“ ist dafür heute wieder sehr aktuell – aber nicht als selbstverliebtes Eigenlob oder Echo auf unsere großen Leistungen der Vergangenheit, sondern als Aufforderung, erneut tätig zu werden. Die politische Agenda des vor uns liegenden Jahrzehnts kann sich dabei in mehr als einem Punkt das reformerische Erbe der Bundesrepublik produktiv aneignen.

Als Reformpartei, die mit Hoffnung und Mut auf eine bessere Zukunft setzt, stellen wir Sicherheit und Modernisierung nicht gegeneinander. Es ist eine falsch gestellte Alternative. Wir wissen, dass die Bedürfnisse nach neuen Sicherheiten und neuen Freiheiten gleich legitim sind. Wir werden das eine nicht ohne das andere erreichen. Sicher können wir auf Dauer nicht leben, wenn Deutschland sich in Europa isoliert oder sich dem Freihandel verschließt. Sicher können wir nicht sein ohne internationale Partner, globale Vernetzung, Offenheit und Innovationsbereitschaft. Ebenso wissen wir: Die moderne Gesellschaft zerfällt und wird zurückgeworfen auf überkommene, traditionalistische, ethnisch-religiöse Gegensätze und Spannungen, wenn soziale Ungleichheit und Unsicherheit überhandnehmen.

Wir wollen Sicherheit im Wandel erreichen, Zukunft und Gerechtigkeit verbinden. Wenn es dafür einen zentralen und heute hochaktuellen Begriff gibt, dann ist es die offene Gesellschaft. „Die offene Gesellschaft als Chance“ – das war einmal ein erfolgreiches Programm der sozialliberalen Regierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt. Ein Programm, das wir heute neu mit der Sozialdemokratie verbinden sollten und das die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zukunftsimpulse für 2025 geben kann. Gerade die offene Gesellschaft aber, in der traditionelle Über- und Unterordnung verschwinden, in der Staat und Verwaltung nicht mehr autoritär, sondern moderierend und unterstützend handeln, in der vielfältige Lebenswege möglich und berufliche Wechsel unausweichlich werden, gerade diese Gesellschaft braucht neue Sicherheiten.

Neue Sicherheiten erreichen wir, wenn das Heimatgefühl in den Städten und Gemeinden einen festen Ort behält und die Kommune genügend Finanzmittel haben, um die Lebensqualität zu entwickeln. Neue Sicherheit bietet ein Sozialsystem, das den Strukturwandel der Arbeitswelt begleitet und auch individuelle Formen der Selbstständigkeit besser versichert. Neue Sicherheit heißt auch, dass wir die Grundrechte unserer Verfassung schützen und eine kulturelle Relativierung persönlicher Freiheits- und Bürgerrechte abweisen. Neue Sicherheit heißt „Null Toleranz“ bei Kriminalität und Gewalt, aus welchen Motiven auch immer, und eine angemessen ausgestattete Polizei. Neue Sicherheit heißt aber vor allem: mehr Gerechtigkeit bei uns zu Hause und in den internationalen Beziehungen. Eine gerechtere Welt ist eine Welt, in der wir sicher und frei leben können.

Wir brauchen die innere Öffnung der Gesellschaft, um den demografischen Wandel zu gestalten. Bildungsprivilegien, vererbte Zukunftschancen, Blockaden und Mauern, die das Talent von Kindern und Jugendlichen einsperren statt es zu entfalten – all das ist keine offene, sondern eine geschlossene Gesellschaft!

Herkunfts- und Altersdiskriminierung, Angst und Vorurteil gegen Einwanderer, der abschätzige Blick auf Menschen über 50 in den Personalabteilungen der Betriebe – auch das Merkmale einer geschlossenen Gesellschaft.

Diskriminierung von Frauen, schlechtere Bezahlung, die gläserne Decke beim Aufstieg in Führungspositionen, die falsch gestellte Alternative Karriere oder Kind, die steuerliche Diskriminierung von Alleinerziehenden gegenüber Ehepaaren – alles Zeichen einer unmodernen, selbstzufriedenen und innerlich verkrusteten Gesellschaft. Genügend Zeit zu haben für Kinder und Familie genauso wie für den Beruf, das ist ein großer Lebenswunsch der allermeisten Menschen. Damit werden Zeit und Zeitpolitik zu zentralen Hebeln der individuellen Selbstverwirklichung.

Sozialdemokraten wollen Gerechtigkeit. Fragt man genauer, was die meisten darunter verstehen, so heißt die Antwort: Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Oder anders gesagt: Leistung muss sich lohnen. Aber für alle und nicht nur für selbst ernannte „Leistungseliten“. Wer sich anstrengt, muss vorankommen – egal ob mit armen oder reichen Eltern, egal ob hier geboren oder eingewandert, egal ob alt oder jung, ob Frau oder Mann. Dafür müssen wir die Voraussetzungen schaffen, wenn wir die innere Öffnung unserer Gesellschaft erreichen wollen.

Natürlich braucht es neue, auch verstärkte finanzielle Anstrengungen für das öffentliche Schulsystem. Private Schulen sind in Ordnung, wenn öffentliche Schulen nicht zugleich verkommen, sondern dieselben finanziellen Mittel haben. Es geht aber weiter. Wir müssen die Familienleistungen und unser Steuersystem am Kompass einer von Privilegien freien, nicht diskriminierenden und durchlässigen Gesellschaft ausrichten. Kinder dürfen nicht mit steigendem Einkommen der Eltern steuerlich veredelt und mit abnehmendem Einkommen der Eltern verelendet werden.

Die innere Öffnung unserer Gesellschaft heißt auch, endlich und entschieden den Mut zur Einwanderungsgesellschaft aufzubringen. Wir können froh sein, dass talentierte und leistungsbereite Menschen in Deutschland ihre Zukunft und die Heimat für sich und ihre Kinder suchen. Wir brauchen diese Menschen. Auch wenn sie als Flüchtlinge zu uns kommen, sollten sie eine faire Chance bekommen. Aber wir müssen unseren Kommunen helfen, die Aufnahme und Unterbringung stemmen zu können. Der Bund muss hier die Kosten auf Dauer übernehmen. Wir müssen mehr tun für die sprachliche und soziale Integration. Wir müssen Abschlüsse rascher anerkennen und

den Zugang zur beruflichen Ausbildung öffnen. Jugendliche dürfen, auch wenn ihr Aufenthalt nur geduldet ist, die Jahre ihrer größten Zukunftshoffnungen nicht verschwenden. Sie sollen sie nutzen können, um sich zu qualifizieren, wo wir Fachkräfte brauchen, und um auf Dauer hier zu leben.

Die innere Öffnung unserer Gesellschaft bedeutet nicht zuletzt Offenheit für technologische Innovation und Bereitschaft, mit öffentlichen und privaten Mitteln in Innovationen zu investieren. Es stimmt, dass die 1970er und 1980er Jahre hier kein leuchtendes Vorbild sind. Die berechtigte politische Bewegung zum Ausstieg aus der Atomkraft ist umgeschlagen in eine überzogene Technologiefeindschaft mit düsterem Kulturpessimismus. Heute ist das überholt. Die Unbefangenheit, mit der etwa digitale Medien, die mobile Nutzung des Internets, die effiziente Steuerung von Autos, Beleuchtung oder Kühlschränken in den privaten Alltag übernommen werden, spricht dafür, dass Technik neu betrachtet und bewertet wird. Selbst die Grünen sind inzwischen zu einer technikfreundlicheren Partei geworden. Und in der Tat: Ob Digitalisierung oder Energiewende – die entscheidenden Fragen wirtschaftlicher Wertschöpfung lassen sich nur mit einem technologischen Modernisierungsschub lösen.

Etwas größere Zweifel sind angemessen, ob unser Land in der Lage sein wird, die immensen Investitionen für diesen Schub zu mobilisieren. Deutschlands Investitionsschwäche und Deutschlands Investitionsabhängigkeit sind ein schwer zu erklärender Widerspruch. Die Politik bekommt großen Zuspruch, wenn der Staat seine Ausgaben zurückfährt, selbst wenn Straßen und Brücken marode und unbefahrbar werden. Die privaten Sparer klammern sich an konservative Anlagen, selbst wenn diese ohne Rendite bleiben. Die privaten Investoren scheuen das Risiko- und Wachstumsinvestment in junge Technologieunternehmen. Die innere Öffnung unserer Gesellschaft für die Chancen der Zukunft bedarf höherer Akzeptanz und besserer Anreize für solche Investitionen. Bürokratieabbau ist dafür ein wichtiger Schritt.

Zu den Chancen der offenen Gesellschaft gehört die Öffnung nach außen. Ein Land wie die Bundesrepublik ist nicht denkbar ohne die wirtschaftliche, die kulturelle, die politische Einbindung und Vernetzung in Europa und in das internationale System. Nationaler Hochmut, gerade gegenüber europäischen Partnern, ist kein gutes Zeichen. Es ist sicher kein Zeichen für die äußere Öffnung unseres Landes, sondern für das Gegenteil.

Wer Europa mehr und mehr nur in nationalen Kategorien denken kann, verschließt sich der Zukunft. Das gilt für jedes europäische Land, für keines aber so sehr wie für Deutschland. Nationaler Interessenegoismus in der Europapolitik ist kurzsichtig und in Teilen noch nicht einmal ehrlich. Denn er berechnet nicht, was Deutschland im Euro gewinnt, und sei es auch nur der Zinsvorteil für die Bundesschuld, der sich seit Beginn der Eurokrise 2009 jedes Jahr mehr erhöht hat und sich als ein viele Milliarden Euro umfassendes Entlastungsprogramm für unseren Staatshaushalt auswirkt.

Die Öffnung für Europa heißt für Deutschland, dass wir bereit sein müssen, unseren Teil der Lasten und Risiken der Gemeinschaft zu schultern. Wir tun es, indem wir für den Zusammenhalt des Euro bürgen und Kredithilfen geben. Wir sollten aber mehr tun, um Investitionen und Wachstum in Europa zu fördern.

Auch außerhalb der Europäischen Union erleben wir eine Zeit der Krisen. An den Ostgrenzen der EU, im Nahen Osten und bei den Mittelmeeranrainern sind Krieg, Autokratie und Diktatur zurückgekehrt. Russland hat das Völkerrecht gebrochen und die mit der KSZE-Schlussakte vor 40 Jahren geschaffene Ordnung der Anerkennung der Grenzen und des Gewaltverzichts verletzt. Die Annexion der Krim und der Krieg Russlands im Osten der Ukraine sind eine gefährliche Entwicklung. Andere für die Stabilität der europäischen Nachbarschaft zentrale Staaten wie die Türkei und Ägypten schicken Publizisten ins Gefängnis, wenn sie einen Witz über das Staatsoberhaupt machen. Religiös-fanatische und separatistische Gewalt haben die staatlichen Ordnungen in Syrien und Libyen zusammenbrechen lassen. Flüchtlinge machen sich unter Lebensgefahr auf, um in Europa endlich in Sicherheit zu sein.

Neue Sicherheiten zu schaffen, heißt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um Kriege einzudämmen, Frieden zu ermöglichen, Konflikte zu entspannen, Gesellschaften zu stabilisieren und wirtschaftlich zu entwickeln und – auch das – den Export von Waffen in Krisenregionen äußerst restriktiv zu handhaben. Die umfassende sozialdemokratische Politik der Entspannung und des Friedens ist eine Politik der Sicherheit in der Globalisierung. Sie erst ermöglicht es, Nationalismus, Isolationismus und Protektionismus auf Dauer zu überwinden.

Unter den Voraussetzungen vieler Krisenherde fällt es schwer, eine neue Perspektive der internationalen Entspannung zu entwickeln. Doch auch in den Zeiten von Willy Brandt begann die Idee der neuen Ostpolitik nach dem Bau der Berliner Mauer und wurde nach der Niederschlagung des Prager Frühlings umgesetzt. In Zeiten der Konfrontation und der Isolation brauchen wir die Perspektive neuer Öffnung und neuer Partnerschaft. Denn diese Perspektive ist es, die neue und bessere Entwicklungen in Gang zu setzen vermag. Man kann vor diesem Hintergrund gar nicht hoch genug einschätzen, welche Bedeutung eine Politik der Friedenssuche und der Entspannung auch für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes hat.

Mit den Chancen der offenen Gesellschaft, mit den guten Erinnerungen an die sozialliberale Politik, mit der inneren und äußeren Öffnung unseres Landes hat die SPD heute viele Anknüpfungspunkte auch für eine moderne Wirtschaftspolitik. Denn eine Ordnungspolitik, die dem Marktversagen und der spekulativen Maßlosigkeit im Finanzsektor begegnet, die Monopole und Privilegien bekämpft, um fairen Wettbewerb zu ermöglichen – eine solche Politik ist im Kern und in ihrer Wirkung sozialdemokratisch. Die Soziale Marktwirtschaft als Lehre von der Anerkennung der menschlichen Leistungen und der sozialen Teilhabe am Wohlstand, das ist sozialdemokratische Politik. Ein Leitmotiv wie „Wohlstand für alle“ ist der Ausdruck sozialdemokratischen Denkens und Handelns.

Diesen übergreifenden Politikentwurf müssen wir dynamisch entwickeln. Wir müssen unsere starken Werte – und unser Verständnis von politisch verantwortungsbewusstem Handeln – in die Zukunft fortschreiben. Ein neues Bild von Deutschland entwerfen, das seine Heimat in Europa hat. Das modern, sozial, sicher und frei ist. Dieses Deutschland zu gestalten: Das ist und bleibt der Anspruch der deutschen Sozialdemokratie.

BESCHLUSS: FLÜCHTLINGSPOLITIK IN DEUTSCHLAND

PARTEIVORSTAND UND PRÄSIDIUM, 31.8.2015

Der SPD-Parteivorstand und das Präsidium haben am heutigen Montag folgenden Beschluss zur Flüchtlingspolitik verabschiedet:

Deutschland und Europa stehen angesichts der täglichen Nachrichten von Menschen, die über das Mittelmeer oder über die Türkei und den Westbalkan in die Europäische Union fliehen, vor einer drängenden politischen Herausforderung. Hunderttausende, ja Millionen von Menschen aus unseren südosteuropäischen Nachbarländern, aus dem Nahen Osten und aus Afrika haben sich, oft unter großen Gefahren, auf den Weg gemacht. Wir stehen vor weit mehr als einer administrativen Aufgabe. Europa ist für die Menschen, die kommen, das Ziel großer Hoffnungen auf eine bessere Zukunft. Sie suchen Freiheit und Sicherheit, sie erhoffen sich, in einer besseren Gesellschaft leben zu können, in der Gerechtigkeit und Solidarität real sind. Die Flüchtlinge bauen auf unsere Grundwerte! Wir aber müssen zeigen, dass die europäische Politik diesen Grundwerten gerecht wird und den hohen Anspruch verwirklicht, die Menschenwürde zu schützen und die Aufnahme der Verfolgten zu leisten. Auch die Chancen, die in der Flüchtlingsaufnahme liegen, wollen wir nutzen.

In unserem Land und in Europa wird jetzt über den richtigen Umgang mit dieser großen Herausforderung gerungen. Wenn dabei der Ruf nach Abschottung und Abschreckung immer lauter wird, dann muss es uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten um die Besinnung auf genau die Grundwerte gehen, auf die so viele Menschen in Not bauen, wenn sie auf Europa blicken. Es sind zugleich die Grundwerte der internationalen Sozialdemokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Menschen, die zu uns kommen, suchen nach **Freiheit**, weil sie Verfolgung erleiden oder Gefahr für Leib und Leben fürchten – und nehmen tödliche Gefahren in Kauf. Wir brauchen mehr globale **Gerechtigkeit**, denn das Ziel der Globalisierung ist nicht Reichtum für wenige, sondern Gerechtigkeit für alle. Auch wir werden nur dann unseren Wohlstand halten, wenn wir wieder lernen global zu teilen und wenn wir Menschen in ihren Herkunftsstaaten helfen, Frieden, Wohlstand und Sicherheit zu fördern. Und wir zeigen bereits **Solidarität** hier bei uns, wenn sich viele Menschen engagieren in Flüchtlingsinitiativen oder wenn sie spenden.

Diese Einbettung unseres Tuns, das Verständnis für die, die zu uns kommen, und auch die Solidarität der Helfenden: Das macht die Stärke der Sozialdemokratie aus. Es ist das Gegenmodell zu Abschottung und Abschreckung und den Ideen der politischen Rechten in Deutschland und Europa.

Seit mehr als einem Jahr weisen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten darauf hin, dass die steigenden Flüchtlingszahlen Deutschland vor eine immer größere Herausforderung stellen. Gemeinsam mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der SPD und den SPD-Oberbürgermeistern vieler Städte haben Parteivorstand und Bundestagsfraktion Vorschläge gemacht, wie wir in Deutschland die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen schaffen können. Zu unseren Vorschlägen gehören vor allem die Beschleunigung der Verfahren, die finanzielle Entlastung der Kommunen und der Länder sowie der Ausbau der Integrationspolitik – von der Sprachförderung, der beruflichen Qualifikation bis zum Wohnungsbau.

Wir wollen Menschen, die vor Krieg und Bürgerkrieg, Not und Verfolgung Schutz für sich und ihre Kinder suchen, helfen und ihnen eine neue Heimat bieten. Das gebieten uns Anstand, Humanität und Nächstenliebe und nicht zuletzt auch unsere Verfassung. Unser Land ist nicht nur wirtschaftlich stark, sondern auch von großer Mitmenschlichkeit geprägt. Auf beides können wir bauen.

Inzwischen müssen wir davon ausgehen, dass in diesem Jahr bis zu 800.000 Menschen kommen werden, die Schutz und Zuflucht, aber auch wirtschaftliche Perspektiven in Deutschland suchen (nicht eingerechnet diejenigen, die im Rahmen des Familiennachzuges später noch dazu kommen werden). Geht die EU-Kommission davon aus, dass Deutschland bei einer angemessenen Verteilung der Flüchtlinge in Europa etwa 20 Prozent der jährlichen Flüchtlinge aufnehmen müsste, so liegt der tatsächliche Anteil im Jahr 2015 eher bei 40 Prozent. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass weit ärmere Länder – z.B. der Libanon oder Jordanien – die Hauptlast der Flüchtlingsbewegung tragen. So hat der Libanon bei einer Bevölkerung von fünf Millionen Menschen bereits 1,3 Millionen Flüchtlinge aufgenommen.

Auch wenn nicht alle, die zu uns kommen – z.B. aus dem westlichen Balkan -, die Voraussetzungen für das Asylrecht oder eine Duldung aus humanitären Gründen erfüllen und auch wenn es stimmt, dass viele von ihnen in ihre Heimatländer zurückkehren müssen, so bleibt eine außerordentlich große Zahl an Menschen auf Dauer in unserem Land. Jetzt sieht man, wie wichtig es gewesen wäre, sich frühzeitig auf diese Entwicklung einzustellen, statt unsere Vorschläge von „Flüchtlingsgipfel“ zu „Flüchtlingsgipfel“ immer wieder zu vertagen. Denn angesichts der katastrophalen Lage in Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas wird sich diese Entwicklung sicher nicht schnell wieder ändern. Noch einmal: Deutschland kann eine große Zahl von Flüchtlingen aufnehmen. Die Voraussetzung dafür ist aber eine grundlegende Änderung unserer Aufnahme- und Integrationspolitik. Dabei stehen wir vor einer dreifachen Integrationsaufgabe:

- **Die Integration der Menschen, die zu uns flüchten** und hier eine neue Heimat für sich und ihre Kinder finden wollen. Sie müssen sich hier nicht nur zurechtfinden, sondern Teil unserer Gesellschaft werden. Dafür wird sich vieles im Leben der Zuwanderer ändern. Je offener, freundlicher, zugewandter wir die Menschen empfangen, aufnehmen und ihnen Hilfe anbieten, umso schneller und leichter wird diese Integration gelingen. Die Regeln müssen fair sein und für alle verständlich. Denn damit die gute Integration der Flüchtlinge gelingen kann, müssen auch diejenigen, deren Zuwanderungsmotive nicht vom Recht auf Asyl gedeckt sind, möglichst schnell wissen, dass dieser Weg nicht dauerhaft zu uns führen kann.

- **Die Integration und der Zusammenhalt der deutschen Gesellschaft.** Auch wenn wir derzeit in Deutschland eine ungeheure Welle der Hilfsbereitschaft erleben, für die wir nicht dankbar genug sein können, drohen uns auch soziale und kulturelle Spannungen. Wir müssen unsere ganze Gesellschaft zusammenhalten – nicht zuletzt, um rechtsradikalen Hetzern keine Grundlage für ihre Propaganda zu geben. Eine so große Zahl von Zuwanderern aus zum Teil anderen Kulturen aufzunehmen, wird nicht konfliktfrei bleiben. Das sollten wir offen ansprechen und uns darauf vorbereiten. Und wenn z.B. Städte immer stärker ihre Finanzkraft für die Flüchtlingsunterbringung nutzen müssen und zugleich dringend notwendige Sanierungen in Kitas oder Schulen unterbleiben oder die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum wächst, sind soziale Spannungen vorprogrammiert. Je offener wir darüber sprechen und je eher wir damit beginnen, diese möglichen Konflikte zu verhindern oder wenigstens zu minimieren, Kommunen zu unterstützen, ausreichend Kita- und Schulplätze und genügend bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, desto eher werden wir die Bereitschaft der Bevölkerung in Deutschland zur Aufnahme von Flüchtlingen erhalten.

- Die Integration und der Zusammenhalt Europas: Die Flüchtlingsbewegung nach Europa und die Fluchtursachen im arabischen Raum und in Teilen Afrikas fordern Europa vielleicht noch mehr heraus als die Eurokrise der letzten Jahre. Schafft es Europa nicht, zu einer gemeinsamen und menschlichen Flüchtlingspolitik zu kommen, droht ein schlimmerer Verlust als der des Geldes: der Verlust der humanen Orientierung und der gemeinsamen Werte in Europa. Und nicht nur das: Italien, Griechenland oder aktuell Mazedonien haben mit dramatischen Problemen der Flüchtlingsaufnahme zu kämpfen. Während sich der reiche Kontinent Europa scheinbar im Urlaub befindet, müssen die Vereinten Nationen Hilfseinsätze in diesen Ländern durchführen, wo sie doch in viel ärmeren Regionen mehr gebraucht würden. Die europäische Einigung ist mehr als eine Zugewinngemeinschaft, bei der man

mitmacht, wenn man wirtschaftliche und finanzielle Vorteile aus ihr ziehen kann, aber nur zuschaut, wenn es schwierig wird. Europas Fundament sind die Werte der Aufklärung und der Humanität. Der europäische Gedanke lebt von praktischer und erfahrbarer Solidarität. Das muss die Europäische Union jetzt unter Beweis stellen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns dieser dreifachen Aufgabe der Integration und des Zusammenhalts stellen. In Deutschland und auch in Europa.

Wir unterschätzen nicht die Konflikte, die mit der hohen Zahl an Zuwanderern in kurzer Zeit bei uns entstehen werden. Wer Asyl für Verfolgte in großer Zahl und dauerhaft in unserem Land ermöglichen will, muss gleichzeitig auch diejenigen zur Rückkehr in ihre Heimatländer bewegen, denen keine Verfolgung, Krieg oder Bürgerkrieg droht. Allerdings sollten uns auch dabei Humanität und Verständnis leiten. Denn wer von uns würde sich nicht auch auf den Weg machen, um seinen Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen, wenn wir in so hoffnungslosen Lebensumständen leben müssten, wie viele Angehörige der Roma in manchen Staaten Südosteuropas? Der verächtliche Hinweis, dies seien doch „nur Wirtschaftsflüchtlinge", ist fehl am Platz.

Wir sollten stattdessen den Bürgerinnen und Bürgern der westlichen Balkanstaaten die Möglichkeit für ein Arbeitsvisum geben, wenn sie einen Arbeitsvertrag in Deutschland zu den bei uns herrschenden sozialen Mindeststandards vorweisen können.
Damit würden wir einen legalen Zugang zu Europa eröffnen und den meist nicht erfolgreichen Weg über Asylanträge entlasten. Arbeit und Ausbildung statt Asyl – das ist hier die richtige Antwort. Um die Einwanderung insgesamt besser zu steuern, brauchen wir ein modernes Einwanderungsgesetz und auf europäischer Ebene eine abgestimmte Einwanderungsstrategie.

Die SPD setzt sich für folgende konkrete Ziele ein:

(1) Zuerst müssen wir eine menschliche und sichere Aufnahme für alle Flüchtlinge in Deutschland schaffen. Ganz egal, ob jemand später Asyl bekommt oder nicht: Jeder Mensch, der zu uns kommt, braucht eine angemessene Unterbringung und Versorgung. **Behelfsunterkünfte dürfen keine Dauerlösung werden. In einem der reichsten Länder der Erde muss es auf lange Sicht eine angemessene medizinische Versorgung geben.** Der Bund muss den Ausbau von Erstaufnahmeeinrichtungen als gesamtstaatliche Aufgabe betrachten und Länder und Kommunen dabei unterstützen. Er muss jetzt alle Möglichkeiten nutzen, eigene Immobilien dafür bereit zu stellen, zum Beispiel leer stehende Kasernen, und auch zu sanieren, wenn Wasseranschlüsse fehlen oder Sanitäranlagen unbrauchbar sind. Von den zusätzlichen benötigten 100.000 Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen soll der Bund 50.000 Plätze selbst bereitstellen. Wir müssen alles tun, um den schnellen Aufbau solcher Aufnahmemöglichkeiten zu ermöglichen und zu beschleunigen – Vergaberecht, Baurecht oder Gesundheitssystem dürfen dafür keine Hürden sein. Hier müssen wir praktisch, lebensnah und mit gesundem Menschenverstand entscheiden. Wir werden ein Höchstmaß an Pragmatismus im Umgang mit administrativen Problemen beweisen müssen.

(2) Kaum etwas ist nach der Erstaufnahme der Flüchtlinge so wichtig, wie eine **schnelle Entscheidung über den Aufenthaltsstatus** der Menschen. Einige Herkunftsländer (wie z.B. Syrien) führen nahezu sicher zur Anerkennung im Asylverfahren. Andere Herkunftsländer ebenso sicher zur Ablehnung. Wenn beide Gruppen monate- und manchmal jahrelang auf ihre Bescheide warten müssen, dann stimmt in unserem System etwas nicht. Es muss daher gelingen, den Aufenthaltsstatus bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu klären und danach sofort die dezentrale Unterbringung der anerkannten oder geduldeten Asylbewerberinnen und Asylbewerber vorzunehmen – oder bei den abgelehnten Anträgen für die rasche Rückkehr in das Heimatland zu sorgen. Um die Verfahren zu beschleunigen, müssen auch pragmatische Lösungen der Personalgewinnung genutzt werden. Die Einstufung aller Staaten des westlichen Balkan als so genannte sichere Herkunftsländer ist gewiss kein Allheilmittel. Aber es kann doch helfen, das klare und auch richtige Signal zu senden, dass wirtschaftliche Motive für den Zuzug keinen Anerkennungsgrund im Asylrecht darstellen.

(3) Der wichtigste Ort sowohl für die Integration der Flüchtlinge als auch für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind die **Städte und Gemeinden – sie brauchen sofortige Hilfe!** Unsere Kommunen leisten ungeheuer viel. Aber ihre Integrationsaufgaben – Kitas und Schulen erweitern, Wohnungen bauen, soziale und kulturelle Angebote entwickeln und ihre Stadtgesellschaften für die Zuwanderer öffnen – können sie kaum mehr leisten, wenn sie alle finanzielle Kraft für die Kosten der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge einsetzen müssen. Das gleiche gilt bei den Ländern und ihren Aufgaben. Der Bund muss deshalb die Länder und die Kommunen von den Kosten der Flüchtlingsaufnahme **umfassend, dauerhaft und strukturell entlasten**. Das heißt, dass auch die Höhe der Entlastung mitwächst, wenn die Flüchtlingszahlen zunehmen. Angesichts der aktuellen Flüchtlingszahlen sind dafür inzwischen mehr als 3 Milliarden Euro notwendig. Es sind grundsätzlich drei Möglichkeiten der Entlastung denkbar:
1. Der Bund übernimmt nach einem Jahr Aufenthalt die finanziellen Leistungen für die Asylbewerber und die übrigen Geduldeten - sowohl für diejenigen, die heute Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, als auch für diejenigen, denen die sogenannte Analogleistung ausgezahlt wird. Das BAMS müsste mit den entsprechenden zusätzlichen Mitteln für Leistungen, Integrationsmaßnahmen und Mitarbeitern ausgestattet werden.
2. Der Bund übernimmt eine pauschale Kostenbeteiligung pro Flüchtling.
3. Der Bund übernimmt die finanziellen Leistungen für Asylbewerber bis zum Abschluss des Asylverfahrens.
Wir setzen uns dafür ein, dass die Koalition im Bund kurzfristig über den Weg und den Umfang der Entlastung entscheidet, so dass spätestens zum Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern am 24. September 2015 Klarheit besteht und die Entlastung mit Beginn des Jahres 2016 wirksam wird.

(4) Wenn die erste Aufnahme und sichere Unterbringung geschafft ist, dann folgen die eigentlichen **Aufgaben der Integration in unserer Gesellschaft:**

- Der Aufbau einer **menschenwürdigen Gesundheitsversorgung** insbesondere für verfolgte und traumatisierte Menschen. Es muss vor allem sicher gestellt sein, dass jeder Mensch zum Arzt gehen kann. Gleichzeitig brauchen wir die flächendeckende Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge. Damit entlasten wir die Kommunen nicht nur finanziell, sondern sorgen auch für eine erhebliche organisatorische Erleichterung.

- **Hilfe für unbegleitete Minderjährige**. Sie brauchen Schul- und Berufsausbildung und ein dauerhaftes Bleiberecht in unserem Land. Kinder und Jugendliche, die es geschafft haben, sich über Monate z.B. aus Syrien alleine bis nach Deutschland „durchzuschlagen", haben ungeheure Anstrengungen und viel Leid hinter sich. Sie gehören zu den schwächsten Flüchtlingen und bedürfen unserer besonderen Hilfe und Unterstützung. Der Bund sollte Möglichkeiten prüfen, um Länder und Kommunen durch Beteiligung an den Kosten für unbegleitete Minderjährige zu entlasten. Mit einem Investitionsprogramm Flüchtlingskinder könnte der Bund etwa bei der Schaffung zusätzlicher Plätze in Kitas oder Einrichtungen für unbegleitete Minderjährige helfen.

- **Besondere Belange von alleinreisenden Frauen und Frauen mit Kindern berücksichtigen**. Sehr viel alleinreisende weibliche Flüchtlinge haben auf ihrer Flucht und/oder in ihrem Herkunftsland sexuelle Gewalt erlitten. Dies muss insbesondere bei der Unterbringung in Sammelunterkünften oder den Erstaufnahmeeinrichtungen sowie bei der psychosozialen Betreuung berücksichtigt werden.

- Die **Sprachausbildung** möglichst schnell nach Ankunft. Selbst für jemanden, der später unser Land wieder verlassen muss, ist das Erlernen der deutschen Sprache von Vorteil. Es hilft uns allen im Alltag, nicht zuletzt um Konflikte zu lösen.

- In den **Schulbehörden** müssen die Verantwortlichen sich wieder auf

steigende Schülerzahlen einstellen. Auch hier wird zu Beginn die Sprachvermittlung einen wichtigen Stellenwert einnehmen müssen.

- **Qualifikation**, vor allem durch einen Schulabschluss, durch Weiterbildung im erlernten Beruf, durch berufliche Erstausbildung mit dem Recht, sie unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status in Deutschland zu beenden. Im Anschluss an eine erfolgreiche Ausbildung muss sichergestellt sein, dass Flüchtlinge einen gesicherten Aufenthalt bekommen, der ihnen auch die Möglichkeit der Arbeitssuche eröffnet. Auch die ausbildungswilligen Betriebe benötigen Rechtssicherheit und eine dauerhafte Perspektive.

- Die **Integration in den Arbeitsmarkt**. Auch wenn unter den zugewanderten Flüchtlingen Fachkräfte sind, die wir dringend benötigen, so gibt es auch viele andere, die größerer Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt bedürfen. Die Jobcenter sind entsprechend auszustatten.

- Der **Wohnungsbau**, um genügend **Wohnraum zu bezahlbaren Mieten** zu schaffen, nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle Menschen in Deutschland, die bezahlbaren Wohnraum suchen. Der Bund steht in der Verantwortung, Länder und Kommunen beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands an Sozialwohnungen zu unterstützen. Dafür sollten die an die Länder gezahlten Kompensationsmittel des Bundes für den Zeitraum bis 2019 auf 1,2 Mrd. Euro verdoppelt werden. Ergänzend sollen steuerliche Anreizinstrumente geprüft werden, wie etwa eine zeitlich befristete regionalisierte degressive Abschreibung oder die Wiedereinführung des § 7 k EStgG (Abschreibung mit Sozialbindung der neu errichteten Wohnungen).

- Nicht zuletzt: Die **Unterstützung für ehrenamtliche Initiativen** zur kulturellen Integration. Zahlreiche Menschen in Deutschland, darunter viele Sozialdemokraten, engagieren sich ehrenamtlich bei der Aufnahme von Menschen in Not. Dieses Engagement gilt es nachdrücklicher zu unterstützen und zu ermutigen und durch den Ausbau von Sozialarbeit professionell zu begleiten. Es sollte eine bundesweite Koordinierungsstelle und eine Hotline eingerichtet werden, um Initiativen zu fördern und zu vernetzen und praktische Fragen zu beantworten. Darüber hinaus sollten 5.000 zusätzliche Stellen beim Freiwilligendienst des Bundes geschaffen werden.

Das alles wird erhebliche finanzielle Anstrengungen erfordern. Denn allein die Pflichtleistungen des Sozialgesetzbuches für Menschen, die auf Dauer bleiben und noch keine Arbeit gefunden haben, aber auch die dringend notwendigen Maßnahmen zur Integration auf dem Arbeitsmarkt oder auch der Wohnungsbau werden Mehraufwendungen in Milliardenhöhe pro Jahr zur Folge haben.

Dazu kommen die **finanziellen Anstrengungen in den Ländern in den Bereichen Kindertagesstätten, Schulen und auch bei der Polizei**. Denn der Schutz der Flüchtlingseinrichtungen ist ebenso eine Aufgabe des Staates wie der Schutz vor Kriminalität für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. **Den rechten Hetzern und Menschenfeinden dürfen wir keinen Raum lassen**. Die aktuellen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte zeigen, dass die Gefahren des Rechtsextremismus nicht geringer werden. Eine verstärkte, nachhaltige Unterstützung der Engagierten vor Ort, der präventiv-pädagogischen Arbeit und der politischen Bildung gegen Stereotype und rassistische Äußerungen sowie des Auf- und Ausbaus zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen ist nötig ebenso wie eine verstärkte Förderung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus im Internet und in den neuen Medien sowie von Projekten zur Frühprävention. Die mobilen Beratungsnetzwerke und -teams und die Unterstützung für Opfer rechtsextremer Gewalt müssen ausgeweitet werden.

(5) Deutschland kann – wenn wir es als nationale Aufgabe richtig anpacken – viel leisten und auch eine große Zahl von Flüchtlingen aufnehmen. Das heißt aber nicht, dass wir deshalb auf eine faire und menschliche **gemeinsame Flüchtlingspolitik in Europa** verzichten können. Im Gegenteil: Wächst der Zuzugsdruck auf einige wenige Länder, während die anderen europäischen Partner beiseite schauen, wird Europa eine der wichtigsten Errungenschaften der letzten Jahre in Gefahr bringen: offene Grenzen. Aus diesem Grund muss es das Ziel der deutschen Politik sein, gemeinsam mit Frankreich der Motor einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik zu sein. Wir müssen dafür sorgen, dass das geltende „Gemeinsame Europäische Asylsystem" nicht länger nur auf dem Papier steht und fortentwickelt wird. Viele wissen gar nicht, dass innerhalb der ganzen EU nahezu das gleiche Flüchtlingsrecht gilt. Doch die Realität ist davon meilenweit entfernt.

(6) Und nicht zuletzt: Europa braucht einen neuen Anlauf in der **Bekämpfung der Fluchtursachen**. Deutschland sollte mit neuen außen- und sicherheitspolitischen Initiativen dabei voran gehen. Das beginnt mit den Ländern Europas selbst. Es kann nicht sein, dass Menschen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union sich in ihren Heimatländern so sehr diskriminiert und ausgegrenzt fühlen, dass ihnen nur die Ausreise bleibt. So darf die EU weder tatenlos der Diskriminierung z.B. der Roma in den in die EU strebenden Beitrittsländern zusehen noch Korruption, schlechte Regierungsführung und miserablen Bildungs- und Aufstiegschancen dulden. Die europäische Politik muss ihre einseitige Orientierung am Binnenmarkt überwinden und wieder eine Gemeinschaft werden, die bessere Lebenschancen für alle, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zum Ziel ihrer praktischen Politik macht. Und auch die kriminellen Netzwerke von Schleusern und Schleppern, die sich am Elend Schutzsuchender hemmungslos bereichern, müssen zerschlagen und die Täter verfolgt werden.

Aber nicht nur innerhalb der Europäischen Union und ihrer unmittelbaren Nachbarschaft brauchen wir eine Neubestimmung der europäischen Politik. Krieg und Bürgerkrieg, Armut und repressive Systeme, die ihren Bürgerinnen und Bürgern keine fairen Lebensperspektiven geben, sind die Ursachen für die aktuellen großen Fluchtbewegungen. Deutschland allein kann dagegen einiges tun, aber nicht genug ausrichten. Erst gemeinsam mit unseren europäischen Partnern können wir wirkungsvoll zur Bekämpfung dieser Fluchtursachen beitragen: durch die Förderung regionaler Kooperation und Zusammenarbeit und durch Investitionen in die Infrastruktur und den wirtschaftlichen Aufbau von Ländern mit guter Regierungsführung. Die europäische Sozialdemokratie muss dafür gemeinsame Ideen für Europa entwickeln. Auch bei ihrer Assoziierungs- und Handelspolitik muss die Europäische Union künftig stärker die wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Folgen ihrer Politik – auch im Kontext aktueller Fluchtbewegungen - berücksichtigen.

Wir haben für vieles, was wir jetzt anpacken müssen, keine Bilderbuchlösungen parat, die morgen bereits Wirkung zeigen. Und wir werden auch Konflikte und Rückschläge erleben. Und trotzdem: wer, wenn nicht die SPD und die europäische Sozialdemokratie sollte sich der dreifachen Aufgabe der Integration stellen – der menschenwürdigen Aufnahme von Flüchtlingen, dem sozialen Zusammenhalt unseres Landes und einer solidarischen europäischen Politik zum Schutz von flüchtenden Menschen und zur Bekämpfung der Fluchtursachen. Seit 152 Jahren sind Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität für uns keine nationalen, sondern universelle und internationale Ziele. **In der Tradition Willy Brandts und Egon Bahrs werden wir diese Aufgabe annehmen**.

PARTEIVORSTAND, 21.9.2015

BESCHLUSS: ZEHN ENTSCHEIDUNGEN, DIE JETZT NÖTIG SIND

Die aktuellen Flüchtlingszahlen sind eine enorme, eine historische Herausforderung für Deutschland. Deutschland will ein sicherer Hafen sein für Menschen, die vor dem brutalen Bürgerkrieg in Syrien und Nordirak unter lebensbedrohlichen Bedingungen zu uns geflohen sind. Wer um Sicherheit und Leben fürchten muss, soll Schutz erhalten. Zugleich kann Deutschland diese Aufgabe nicht alleine schultern. **Europa muss mithelfen.**

Und wir dürfen unsere eigene Bevölkerung dabei nicht aus dem Auge verlieren. Die SPD ist die Partei, die beides schaffen muss: **Flüchtlinge, die auf Dauer bei uns bleiben können, schnell zu integrieren**. Und gleichzeitig **unser Land zusammenzuhalten und niemanden, der hier lebt, zu vergessen.**

Wir wollen diese Aufgabe gemeinsam anpacken. Mit **Zuversicht und Realismus.**
Zuversicht, weil Deutschland ein starkes und mitfühlendes Land ist. Darauf können wir vertrauen. Realismus, weil die Herausforderung groß ist. Die Integration von hunderttausenden neuen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes ist eine Aufgabe, bei der alle mithelfen müssen. Der Staat, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Zivilgesellschaft. Wir brauchen auch die Erfahrung und den Rat der Menschen, deren Familien früher einmal nach Deutschland eingewandert sind. Migrantinnen und Migranten, die unser Land kennen, können eine große Brücke bauen, nicht nur in vielen Fällen als „Sprachdolmetscher", sondern auch als **„Kulturdolmetscher"**, die unsere Gesellschaft und unsere Grundwerte vermitteln helfen. Denn wir brauchen auch eine **offensive Liberalität** denjenigen gegenüber, die jetzt zu uns kommen. Unsere Leitkultur sind die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Ihre Kenntnis und innere Akzeptanz müssen wir fördern, aber auch einfordern.

Dafür müssen wir jetzt mutige, weitreichende, aber auch unbequeme Entscheidungen treffen. Jetzt ist nicht die Zeit zum Zögern und Zaudern, sondern zum **kraftvollen Anpacken**. Die Anteilnahme im ganzen Land und der unermüdliche Einsatz der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie der Einsatzkräfte gereichen unserem Land zur Ehre.

Die Politik muss entschlossen handeln und den Weg ebnen für eine solidarische und realistische Bewältigung dieser enormen Aufgabe. Wir müssen die Fluchtursachen eindämmen; diejenigen schützen, die akut bedroht werden; diejenigen in unsere Gesellschaft aufnehmen, die auf absehbare Zeit nicht mehr in ihre Heimat zurück können; aber auch dort konsequent handeln, wo keine Schutzbedürftigkeit besteht. Wir müssen heute handeln, damit aus der Herausforderung heute nicht die Integrationskrise von morgen wird.

Vor allem brauchen wir aber dazu jetzt eine klare Konzentration auf die Maßnahmen, die entscheidend für das langfristige Gelingen einer humanen Flüchtlingspolitik sind. Dazu gehört für uns:

1. FINANZHILFE DES BUNDES IST EIN GEBOT DER STUNDE

Die Finanzhilfe des Bundes muss der tatsächlichen Zahl der Flüchtlinge entsprechen. Die Kosten für die Flüchtlinge dürfen daher nicht abstrakt und einmalig festgelegt werden, sondern müssen dynamisch an die tatsächlichen Erfordernisse angepasst werden. Länder und Kommunen brauchen eine **dauerhafte und strukturelle Entlastung**, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden und den sozialen Frieden in unserem Land erhalten zu können.

Deshalb ist es sinnvoll, eine **Pauschale für die Versorgung der Flüchtlinge** einzuführen. Länder und Kommunen erhalten damit einen Betrag pro Flüchtling, der die erforderliche Aufwendung deckt. Die gegenwärtig diskutierte Summe von drei Milliarden Euro zur Entlastung der Länder und Kommunen für nächstes Jahr wird angesichts der aktuellen Flüchtlingszahlen sicher nicht ausreichen.
Die anfallenden Kosten für die **Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge** sollten über eine Gesundheitskarte abgerechnet und vom Bund im Rahmen der Pauschale getragen werden, um die Kommunen finanziell und organisatorisch zu entlasten.

2.FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE SICHERSTELLEN

Der Bund hat sich bereits verpflichtet, für die Erstunterbringung und Versorgung von 40.000 Flüchtlingen zu sorgen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber bei weitem nicht aus. In vier bis fünf dezentralen Aufnahmeeinrichtungen müssen deutlich **mehr Flüchtlinge in den ersten Monaten auf Kosten des Bundes** untergebracht und versorgt werden. Erst wenn über ihren Status entschieden worden ist, werden sie auf die Städte und Gemeinden verteilt.
Bundesliegenschaften werden den **Kommunen mietfrei zur Verfügung** gestellt. Zur Sanierung alter Kasernen oder anderer Gebäude setzt der Bund Bauauflagen aus.

3. INTEGRATION DURCH GUTE BILDUNG

Wir brauchen massive Investitionen in Bildung, Ausbildung und Sprachkurse. Und zwar für alle – für jene, die schon lange bei uns leben genauso wie für die, die jetzt erst zu uns kommen und noch lange oder für immer bleiben werden. **Mehr Lehrerinnen und Lehrer und mehr Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter** kommen allen Kindern zu Gute! Damit Bund und Länder gemeinsam handeln können, wollen wir das hinderliche Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern abschaffen.
Wir brauchen auch ein Programm, um den Bau und die Sanierung von Einrichtungen voranzutreiben und **Schulen spürbar besser auszustatten**. Hier sind Bund und Länder gleichermaßen gefragt. Und für die Kleinsten müssen wir den KiTa-Ausbau noch schneller vorantreiben als bisher. Dabei geht es uns nicht nur **mehr KiTa-Plätze**. Wir wollen auch die Qualität unserer Kindergärten und Krippen verbessern mit den freigewordenen Mittel des Betreuungsgeldes.

4. INTEGRATION AUF DEM ARBEITSMARKT

Die Flüchtlinge, die zu uns kommen, wollen arbeiten und sich einbringen. Deshalb muss die Bundesagentur für Arbeit die **Arbeitsvermittlung für Flüchtlinge** mit ihren speziellen Bedürfnissen deutlich verbessern.
Künftig soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) flächendeckend und einheitlich den **Bildungs- und Ausbildungsstatus der Flüchtlinge** erfassen. Und wir brauchen ein Bündnis mit den Kammern und Arbeitgebern für Ausbildung und Ausbildungsvorbereitung.

5. MEHR SOZIALER WOHNUNGSBAU FÜR ALLE

Wenn immer mehr Menschen zu uns kommen, wird bezahlbarer Wohnraum noch knapper. Deshalb braucht es ein ambitioniertes **Wohnungsbauprogramm**, mit dem wir in den nächsten Jahren 350.000 neue Wohnungen errichten. Die Wohnungen kommen nicht nur Flüchtlingen zugute, sondern allen, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind. Wir wollen auch steuerliche Anreize schaffen, damit die privaten Investitionen in den Wohnungsbau deutlich anziehen.

6. WIR STEHEN AN DER SEITE DER FREIWILLIGEN

Die Bilder der vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer haben weit über die Grenzen unseres Landes hinaus die Menschen tief beeindruckt. Sie sind die Botschafter eines weltoffenen und toleranten Deutschlands. Wir wollen daher in noch größerem Rahmen Projekte und die Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in **Wohlfahrtsverbänden fördern**. Und wir wollen das Programm **„Hilfen für Helfer" ausweiten**, das finanzielle und strukturelle Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vorsieht. Die bereits 10.000 zusätzlichen Stellen des **Bundesfreiwilligendienstes** helfen

jungen Leuten, sich insbesondere in der Flüchtlingsbetreuung engagieren zu können.

7. LEGALE WEGE DER ZUWANDERUNG VERBESSERN!

Viele Antragsteller, insbesondere jene vom Westbalkan, suchen in Deutschland eigentlich nicht Asyl, sondern Arbeit. Es ist kein Verbrechen, für sich und seine Familie ein besseres Leben anzustreben. Aber das Asylverfahren ist der falsche Weg, der oft wirtschaftlich perspektivlosen Situation in den Herkunftsländern zu entkommen. Wir wollen eine Alternative zum Asylrecht anbieten, um auch das Asylsystem zu entlasten: **Arbeitsvisa für Bürgerinnen und Bürger des Westbalkan**. Wer vor seiner Einreise einen Arbeitsvertrag vorweisen kann, der nach Mindestlohn oder Tarif entgolten wird, soll künftig ein Arbeitsvisum für Deutschland bekommen können.
Mittelfristig müssen wir ein **Einwanderungsgesetz** schaffen, das eine moderne, unkomplizierte und transparente Arbeitsmigration nach Deutschland möglich macht und Zuwanderung noch stärker mit Integration verbindet.

8. ASYLVERFAHREN BESCHLEUNIGEN. REGELN KONSEQUENT DURCHSETZEN!

Wer vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung flüchtet, erhält bei uns Schutz und Zuflucht. Der Bund sorgt durch ausreichendes Personal für eine **beschleunigte Entscheidung** der Asylanträge bzw. Klärung des Aufenthaltsstatus. Zum Abbau des Verfahrensstaus stellt das BAMF befristet Entscheider ein, die über eine verkürzte Einarbeitung schnell in die qualifizierte Unterstützung gebracht werden können.
Wer keinen Asylgrund darlegen kann und dessen Antrag abgelehnt wird, muss Deutschland wieder verlassen, damit die Hilfe auf die wirklich Schutzbedürftigen konzentriert werden kann. Bund und Länder müssen dabei noch enger zusammenarbeiten, um **Abschiebungen durchzusetzen**. Die Polizeibehörden müssen personell besser ausgestattet werden. Wer nach Abschluss des Verfahrens und nach Ausschöpfung von Rechtsmitteln einen vollziehbaren Abschiebebescheid hat, soll nur noch Leistungen auf dem Niveau des unabweisbaren Existenzminimums erhalten. Wir wollen klar machen: In diesen Fällen muss die Ausreise rasch erfolgen.

Die Liste der **sicheren Herkunftsstaaten** wird um die übrigen Westbalkanstaaten ergänzt. Dies erleichtert und beschleunigt die Rückführung der Betroffenen nach einem gescheiterten Asylverfahren.

9. EUROPA MUSS ALS GEMEINSCHAFT HANDELN

Alle EU-Staaten müssen sich wieder an europäisches Recht halten. Ohne spürbare Solidarität nimmt die europäische Idee schweren Schaden. Durch einen fairen und transparenten **Verteilungsschlüssel** müssen Flüchtlinge künftig tatsächlich auf alle 28 Mitgliedstaaten verteilt werden. Die Europäische Union hält es langfristig nicht aus, wenn drei Mitgliedstaaten die Hauptlast tragen.
Voraussetzung für die Verteilung sind an den EU-Außengrenzen Aufnahmeeinrichtungen, sogenannte **„Hotspots“**. Die Europäische Union muss die betroffenen Länder massiv dabei unterstützen, leistungsfähige Einrichtungen aufzubauen in den Staaten, in denen die meisten Flüchtlinge in die EU gelangen.
Die finanzielle Belastung durch die Aufnahme von Flüchtlingen sollte als Bedarf für die **Zuweisung von Strukturfondsmitteln** anerkannt werden. Damit geben wir ein Signal, dass die Europäische Union die Übernahme von Verantwortung zur Bewältigung der Flüchtlingskrise honoriert. Insbesondere die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen werden dadurch unterstützt, die nötigen Strukturen aufzubauen.

10. ALLIANZ GEGEN FLUCHTURSACHEN

Langfristig müssen wir uns daran machen, die Ursachen für die Flucht der Menschen zu bekämpfen, denn niemand verlässt gerne seine Heimat. **Deutschland und Europa sollten eine Geberkonferenz für Hauptaufnahmeländer in der Region initiieren**. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen und Jordanien, der Libanon und die Türkei brauchen dringend mehr Geld für die Versorgung der Flüchtlinge in der Region.
Wir wollen, dass die **Europäische Union seine Unterstützung für die Flüchtlingshilfe der UN um mindestens 1,5 Mrd. Euro aufstockt**. Und wir erwarten, dass die USA, die Golfstaaten und andere entwickelte Industrieländer ebenfalls einen weiteren Beitrag von jeweils mindestens 1,5 Mrd. Euro erbringen. Wenn wir die Lage vor Ort spürbar verbessern können, senken wir die Anreize, sich auf den gefährlichen Weg nach Europa zu machen.

ERKLÄRUNG: MANUELA SCHWESIG ZUM 25. JAHRESTAG DER DEUTSCHEN EINHEIT

STELLVERTRETENDE PARTEIVORSITZENDE, 1.10.2015

Zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2015 erklärt die stellvertretende SPD-Vorsitzende **Manuela Schwesig**:

Am 3. Oktober 2015 jährt sich die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zum fünfundzwanzigsten Mal. Es ist ein Tag der Freude für ganz Deutschland. Mit Tatkraft und Solidarität haben die Deutschen in den vergangenen 25 Jahren gemeinsam viel erreicht und die Teilung überwunden. Es waren viel Freiheitswille, Solidarität und Zusammenhalt nötig, um diesen unvergleichlichen Kraftakt zu meistern. Deutschland steht heute wieder vor ähnlichen Herausforderungen.

Durch die Deutsche Einheit haben wir erfahren, dass wir Dinge verändern können. Die Erfahrungen können wir nutzen, um gemeinsam neue Antworten für neue Herausforderungen zu finden.

Die Erfahrung aus 25 Jahren Deutscher Einheit hilft uns, die gegenwärtigen Flüchtlingszahlen zu bewältigen. Sie ist gleichfalls Richtschnur für das, was Deutschland geben kann und auch von den ankommenden Flüchtlingen erwartet: Engagement für die freiheitliche Demokratie, den Einsatz für ein friedliches und solidarisches Miteinander, bei dem sich jede und jeder nach seinen Möglichkeiten für das Gemeinwohl einbringt.

Der Aufbruch durch die friedliche Revolution und die deutsche Wiedervereinigung wären ohne die Unterstützung unserer europäischen Nachbarländer so nicht möglich gewesen. Das von Michail Gorbatschow beschworene „gemeinsame Haus Europa“ war Leitbild jener Zeit. Es hat an Aktualität nichts eingebüßt. Heute können wir sehen, dass die besondere Verantwortung unseres Landes für Frieden in Europa erneut gebraucht wird. Alleine kann Deutschland diese Verantwortung für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben in Europa nicht stemmen – Europa als Ganzes ist gefordert.

Der Aufbau Ost ist weit fortgeschritten – darauf können wir stolz sein. Aber: Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost- und West ist noch nicht in allen Bereichen erreicht. Die SPD wird nicht locker lassen und weiter dafür kämpfen, die Deutsche Einheit zu vollenden.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben einen beachtlichen Anteil am Erfolg der Deutschen Einheit. Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR war ein mutiger Schritt, der die SED-Diktatur im Kern erschütterte. Namen wie Markus Meckel, Christine Bergmann, Regine Hildebrandt, Reinhard Höppner, Matthias Platzeck, Harald Ringstorff, Manfred Stolpe und Wolfgang Thierse stehen stellvertretend für den Aufbau Ost und die Erfolge der SPD in Ostdeutschland.

Im kommenden Jahr werden zwei ostdeutsche Landesparlamente und Berlin neu gewählt. Katrin Budde tritt im Frühjahr 2016 in Sach-

sen-Anhalt an, um Ministerpräsidentin zu werden. Erwin Sellering führt im Herbst 2016 die SPD in Mecklenburg-Vorpommern in die Landtagswahl und zwei Wochen später folgen die Wahlen in Berlin mit Michael Müller an der Spitze. Wir sind zuversichtlich, in allen drei Ländern nach der Wahl die Regierung anzuführen.

Die Deutsche Einheit ist noch nicht vollendet. Die Wirtschaftskraft im Osten liegt noch um ein Drittel niedriger als die westdeutsche. Die Löhne in Ostdeutschland stagnieren bei zirka drei Viertel der Westlöhne. Dahinter verbirgt sich ein Produktivitätsrückstand, den es aufzuholen gilt.

Die Deutsche Einheit war und ist keine Einbahnstraße von West nach Ost. Ostdeutschland ist Impulsgeber für ein modernes Familienbild und für mehr Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Denn: Unser Land ist auch „ostdeutscher" geworden. Deutschlands Familienbild ist bunter geworden. Bereits 1990 war die Offenheit für Alternativen zu traditionellen Familien- und Rollenbildern in Ostdeutschland deutlich größer als in Westdeutschland. Auch das Selbstverständnis von ostdeutschen Frauen und Männern, Beruf und Familie zu vereinbaren, hat dem gesamten Land gutgetan.

Die frühkindliche Bildung und eine flächendeckende Versorgung mit Kitaplätzen ist ebenfalls ein Bereich, von dem ganz Deutschland profitiert. Auch hier ist Ostdeutschland Vorreiter.

Es bleiben Herausforderungen. Erstens: Deutschland braucht ein einheitliches Rentensystem. Die Trennung zwischen Ost- und Westrente muss beendet werden. Wir haben dieses Ziel in der Koalition vereinbart und werden es auch umsetzen.

Zweitens: Demokratie braucht Demokraten. Unser Land lebt vom Engagement vieler für das Gemeinwohl. Wir wollen die Menschen, die sich einbringen und die die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland tragen, dabei unterstützen mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen. Jene, die die Demokratie verunglimpfen und verachten, müssen in die Schranken gewiesen werden und sich ihrer Minderheitenposition klar werden. Rechtsextremismus werden wir bekämpfen.

Drittens: Länder und Regionen mit besonderem Förderbedarf müssen zukünftig bundesweit solidarisch unterstützt werden. Wir brauchen einen innerdeutschen Finanzausgleich, der dies nach dem Jahr 2019 gewährleistet.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben beginnend mit der neuen Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr viel für die Einheit Deutschlands und Europas geleistet.

Diese Erbe wollen wir weitertragen und das sozialdemokratische Versprechen erneuern!

PARTEIVORSTAND, 19.10.2015

BESCHLUSS: MODERNE FAMILIENPOLITIK WEITER DENKEN

Auf seiner heutigen Sitzung hat der SPD-Parteivorstand folgenden Leitantrag für den Bundesparteitag im Dezember 2015 in Berlin beschlossen:

FAMILIE IM WANDEL – MODERNE FAMILIENPOLITIK WEITER DENKEN

Für die allermeisten Menschen bedeuten Familie und Kinder Glück und Erfüllung. Familie ist Lebensmittelpunkt, Rückzugsort, gibt Sicherheit und ist bestimmend für die Lebensplanung. Familie ist der Ort, an dem Menschen füreinander einstehen und an dem Kinder Geborgenheit und Schutz erfahren, sozialisiert und an die Gesellschaft herangeführt werden. Und sie ist der Ort, von dem aus Kinder ins eigene Leben aufbrechen.
Eltern stehen häufig unter Druck als „geforderte Generation", wenn sie Familie gründen, im Beruf Fuß fassen wollen und manchmal auch für ihre älteren Angehörigen da sein sollen. Wir wollen, dass Eltern Familie und Beruf als doppeltes Glück und nicht als Doppelbelastung empfinden können. Unser politischer Anspruch ist es, Familien verlässliche und wirksame Unterstützung zu geben, damit sie ein eigenständiges Leben nach ihren Vorstellungen führen und ihren Kindern ein gutes Aufwachsen ermöglichen können. Die Bedürfnisse von Familien dürfen sich nicht länger der Arbeitswelt unterordnen müssen. Die Arbeitswelt muss familienfreundlicher werden.
Wir wollen Familien als die arbeitende Mitte Deutschlands wirksam unterstützen. Gerade die Eltern mit kleinen und mittleren Einkommen wollen wir mit unserer neu aufgestellten Familienpolitik erreichen. Dies sind mehr als ein Drittel der Familien. Dabei nehmen wir alle Familienformen in den Blick – die vielen Paare mit Kindern, ob mit oder ohne Trauschein, die Alleinerziehenden, Regenbogen- und Patchworkfamilien und auch die Frauen und Männer, die sich um ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern. Alle Familien brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur - gute Bildungs- und Betreuungsangebote für ihre Kinder und Unterstützung für ihre pflegebedürftigen Angehörigen.
Wir wollen einen Paradigmenwechsel bei der Förderung von Familien und werden deshalb neue Wege einschlagen. Mit der neuen Förderung soll die Unterstützung der Kinder beim Heranwachsen im Zentrum stehen. Dabei stellen wir folgende Konzepte zur Diskussion:

1. Wir wollen eine partnerschaftliche Arbeitsteilung von Müttern und Vätern in Familie und Beruf unterstützen. Mit der Familienarbeitszeit wollen wir ein Konzept weiterentwickeln, das berufstätigen Eltern mehr Zeit für die Familie gibt.

2. Im Steuerrecht brauchen wir mehr Förderung von Kindern – wo auch immer sie aufwachsen, ob bei Müttern und Vätern, die verheiratet, unverheiratet, alleinerziehend oder in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft leben. Mit dem sozialdemokratischen Familiensplitting sollen deshalb zukünftig die Kinder bei der Besteuerung aller Eltern unabhängig von der Familienform berücksichtigt werden. Es soll ein gerechtes Steuersystem entstehen, das Eltern mit kleinem und geringem Einkommen nicht schlechter stellt als Eltern mit hohem Einkommen. Wir brauchen eine zielgenauere Förderung von Alleinerziehenden, damit diese von ihrem Einkommen besser leben können. Mit einem Steuerabzug anstelle des Entlastungsbetrags sollen Alleinerziehende mehr Netto vom Brutto erhalten.

3. Wir wollen erwerbstätige Eltern und Seniorinnen und Senioren, gerade auch mit kleinen oder mittleren Einkommen, ermutigen, sich legal im Haushalt helfen zu lassen und sie dafür von Kosten für die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen und von Bürokratie entlasten. Deutschland als alternde Gesellschaft mit weniger Kindern muss die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, damit Kinder in stabilen Familien glücklich aufwachsen können. Wir werden daher die Kinder ins Zentrum unseres Handelns rücken.

4. Wir wollen Geringverdienerfamilien besser erreichen, um verdeckte Armut zu verhindern. Mit einem gestaffelten Kindergeld, das gerechter ausgestaltet ist, sollen Eltern spürbar und zielgenau unterstützt werden.

5. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf schrittweise Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern einführen.

6. Mit einem Qualitätsgesetz inklusive einer angemessenen finanziellen Beteiligung des Bundes und weiterzuentwickelnden Qualitätszielen wollen wir die Qualität in der frühkindlichen Bildung verbes-

sern. Dabei wollen wir die unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedarfe in den Ländern berücksichtigen.

Immer mehr Menschen haben pflegebedürftige Angehörige, um die sie sich kümmern wollen und müssen. Auch sie wollen wir besser unterstützen.

7. Die Familienarbeitszeit soll auch für die Pflege von Angehörigen greifen und wir wollen die Familienpflegezeit weiter ausbauen.

NEUE KONZEPTE ZUR UNTERSTÜTZUNG WERDEN GEBRAUCHT

- Familie ist der Ort des Miteinander-Lebens und Füreinander-Sorgens und wird in verschiedenen Konstellationen gelebt. Realität ist, dass es heute auch Verantwortungsgemeinschaften gibt, die sich bewusst entscheiden, nicht zu heiraten. Wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, wollen wir sie angemessen fördern.

- Familien sind die soziale Mitte der Gesellschaft. Sie leisten tagtäglich einen bedeutsamen Beitrag für unser gesellschaftliches Miteinander und den Wohlstand unseres Landes. Sie benötigen ein solides Fundament, von dem aus sie sich entwickeln können – Eltern wie Kinder. Damit sie das weiterhin tun können, müssen wir unser System so anpassen, dass Familien stabil bleiben und dass Mütter und Väter ihre Existenzen auf Dauer und auch unabhängig voneinander sichern können. Dabei ist für uns klar: Nicht die Familien müssen sich immer mehr an die Arbeitswelt anpassen, sondern die Arbeitswelt muss familienfreundlicher werden.

- Auf die Frauen und Männer, die in der Mitte des Lebens stehen, kommen gleichzeitig viele Herausforderungen zu. Sie wollen sich ihrer Familie und auch ihrem Beruf widmen. Dazu gehört Zeit für die Erziehung der Kinder. Immer öfter kommt auch die Sorge für pflegebedürftige Angehörige hinzu. Auch wünschen sich viele mehr Zeit, um sich ehrenamtlich engagieren zu können. Für das gute Aufwachsen der Kinder ist es wichtig, dass ihre Eltern sich nicht ständig um die finanzielle Lage der Familie sorgen müssen, sondern beruflich auf festem Boden stehen und dabei Zeit für die Familie haben.

- Um sich ihren Traum von einem sinnerfüllten Leben verwirklichen zu können, benötigen alle Kinder beste Chancen von Anfang an. Auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung werden Kinder – mit und ohne Migrationshintergrund – immer wichtiger für die Zukunft dieses Landes. Wir können es uns nicht leisten, auch nur ein Kind zurückzulassen. Bildung unabhängig vom sozialen Hintergrund ist für ein kinderarmes Land die zentrale Ressource und wird darüber entscheiden, wie es unserer Gesellschaft in Zukunft gehen wird. Kinder aus benachteiligten Familien und Flüchtlingskinder brauchen unsere besondere Unterstützung und eine frühe Förderung.

- Frauen ist es wichtiger als früher, berufstätig und finanziell unabhängig zu sein. Insbesondere die Erwerbstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern ist beständig und spürbar gestiegen. Mütter wollen beruflich vorwärts kommen und nicht in der Teilzeitfalle stecken bleiben. Sie steigen heute nach der Geburt eines Kindes schneller wieder in den Beruf ein. Gleichzeitig identifizieren sich Väter stärker mit einer aktiven Vaterrolle. Mehr als jeder zweite Vater würde gern mindestens die Hälfte der Kinderbetreuung übernehmen. 79 Prozent der Väter wünschen sich mehr Zeit für ihre Familie. Der Wunsch nach einer fairen Zeiteinteilung zwischen Familie und Beruf ist in den Vordergrund getreten.

- Das Ein-Ernährer-Modell mit der hinzuverdienenden Partnerin ist nicht mehr der Maßstab für die Mehrheit. Mütter und Väter und ihre Kinder brauchen eine neue Vereinbarkeit, die Staat und Wirtschaft in die Pflicht nimmt und den veränderten Lebensrealitäten der Familien entspricht. Wir müssen eine gute Förderung der Kinder und eine gerechte Aufgabenteilung zwischen Partnern ermöglichen. Wir müssen die Familien der arbeitenden Mitte stark machen, damit Mütter und Väter ihre Existenzen auf Dauer und unabhängig voneinander sichern können. Niemand darf durch die Struktur des Steuer- und Sozialsystems oder durch fehlende Infrastruktur und zu geringe Unterstützung zu einem bestimmten Lebens- und Familienmodell faktisch „gezwungen“ werden.

- Eine gute Vereinbarkeit allein reicht aber nicht aus. Familien brauchen auch finanzielle Unterstützung, um nicht gegenüber Kinderlosen oder Personen, die keine Fürsorgeaufgaben wahrnehmen, benachteiligt zu sein.

- Damit wir Familien in ihrer Vielfalt heute wirksam unterstützen können, benötigen wir einen wirksamen Mix aus Zeit, Geld und Infrastruktur.

UNSERE ZIELE UND UNSER WEG DORTHIN:

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in der Großen Koalition mit dem Eltern-geldPlus, der neuen Familienpflegezeit und dem weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung wichtige Akzente für eine moderne Familienpolitik gesetzt. Jedoch stoßen wir dabei immer wieder an die Grenzen eines konservativen Familienbildes der Koalitionspartner.
Mit einer sozialdemokratischen Politik für Familien wollen wir zukünftig die guten Ansätze der Familienpolitik weiterentwickeln. Wir wollen notwendige Korrekturen angehen und neue Impulse setzen. Unser Ziel ist es, die Lebenslagen von Familien und ihren Kindern umfassend zu verbessern und sie in ihren vielfältigen Lebensmustern und Formen zielgenau zu erreichen. Hierbei kommen der Verbesserung einer partnerschaftlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie dem Recht von Kindern auf gute Bildungschancen, insbesondere in Kitas und Schulen, eine besondere Bedeutung zu. Das Steuerrecht soll Familien der arbeitenden Mitte und mit kleinen Einkommen in Zukunft zielgerichtet entlasten. Unser Ziel ist ein Qualitätssprung in der Familienpolitik.

SPD IM DIALOG: DEUTSCHLAND 2025

Die SPD wird 2016 den Dialog über die Perspektiven sozialdemokratischer Politik mit der eigenen Mitgliedschaft und mit den Bürgerinnen und Bürgern führen. Im Rahmen dieser Perspektivdebatte werden wir auch über das sprechen, was Familien brauchen. Es geht um eine neue Vereinbarkeit, um die wirksame Förderung von Kindern und um neue Wege, die das Steuer- und Abgabensystem für Familien in Deutschland gerechter gestalten. Wir wollen bundesweite Regionalkonferenzen durchführen. Die Ergebnisse sollen in unser Wahlprogramm für die Bundestagswahlen 2017 einfließen.

1. FAMILIENZEIT – ZEIT FÜR FAMILIE

Wo stehen wir heute?

- Die Berufsorientierung von Frauen bzw. Müttern ist enorm gewachsen. So waren 2013 rund 42 Prozent der Mütter mit Kindern zwischen ein und zwei Jahren erwerbstätig, 2007 nur 33 Prozent. Bei Müttern mit Kindern zwischen zwei und drei Jahren ist die Erwerbsquote von 42 Prozent auf 55 Prozent gestiegen. Mütter steigen dabei vermehrt in vollzeitnahem oder mittlerem Teilzeitumfang wieder in den Beruf ein.

- Gewünschte und tatsächliche Arbeitszeiten von Eltern stimmen jedoch immer noch nicht überein. Teilzeitbeschäftigte Mütter wollen oftmals ihre Stunden ausdehnen. Vollzeitbeschäftigte Väter wollen ihre Stunden etwas reduzieren und vor allem Überstunden vermeiden. Die Väter haben sich auf den Weg gemacht, eine neue Rolle in den Familien und als erwerbstätige Väter zu finden.

- Das neue Elterngeld Plus unterstützt als einzige Familienleistung gezielt diese partnerschaftlichen Orientierungen junger Eltern. Zusätzliche Partnermonate können als „Boni“ die aktive Rolle der Väter in der Familie unterstützen, mehr Müttern den gewünschten früheren Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit erleichtern

und die gegenseitige Entlastung von Partner befördern. Dies kann aber nur ein erster Schritt sein, um Paare bei der Umsetzung partnerschaftlicher Lebensmodelle zu unterstützen.

- Das Recht auf Teilzeit hilft heute vielen bei der Wahrnehmung der Verantwortung für Familie. Allerdings ist Teilzeit bislang häufig eine Sackgasse, denn es fehlt das Rückkehrrecht auf Vollzeittätigkeit. Deshalb wird die SPD in der Großen Koalition dieses Rückkehrrecht umsetzen.

- Weiter steigend ist zudem die Zahl derer, die ihre Angehörigen in der Familie pflegen und unterstützen wollen, wenn das erforderlich ist. 2013 waren 2,63 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig. Mehr als zwei Drittel aller Pflegebedürftigen wurden zu Hause versorgt. Hier sind es aber noch immer überwiegend die Frauen, die diese Fürsorgearbeit übernehmen. Die weiterentwickelte Familienpflegezeit ist ein Einstieg in eine unterstütze Care-Zeit in Familien.

Wo wollen wir hin? Was brauchen wir?

Sozialdemokratische Familienpolitik trägt dafür Sorge,
- dass sie sich an den Lebenswünschen und -bedarfen der geforderten Generation orientiert,
- dass sie einen Schwerpunkt auf die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und für Väter legt,
- dass sie eine arbeitsteilige Strategie mit Unternehmen und den Sozialpartnern verfolgt,
- dass sie einen Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern leistet,
- dass sie zum gesellschaftlichen Wohlstand und Wachstum beiträgt und
- dass sie auch dann die partnerschaftliche Vereinbarkeit ermöglicht, wenn Söhne und Töchter sich um ihre pflegebedürftigen Eltern kümmern.

Wir werden folgende Fragen diskutieren:

- Welche Rahmenbedingungen braucht die geforderte Generation, um in der „rush hour" des Lebens ihre Vorstellungen von der richtigen Balance zwischen Familie und Beruf verwirklichen zu können?
- Wie können Männer und Frauen in Familienphasen (Kinderbetreuung / Pflege) Teilzeit arbeiten, ohne großen Nachteilen ausgesetzt zu sein?
- Wie können wir Zeitregelungen für Eltern weiterentwickeln? Wie können wir eine gleichmäßige Arbeitsteilung von Beruf und Familie anregen und unterstützen?
- Wie können das Steuerrecht und das Leistungssystem dazu beitragen, erwerbstätigen Eltern mit kleineren Einkommen professionelle Unterstützung im Haushalt zu ermöglichen und damit zeitliche Ressourcen freizusetzen?
- Wie erreichen wir für Mütter und Väter gleiche Einkommensperspektiven, damit sie ihre Arbeitsteilung nach ihren Wünschen gestalten können?

Dafür wollen wir folgende Konzepte entwickeln und mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren:

- Das Konzept einer Familienarbeitszeit

> mit einer Leistung, die bürokratiearm, kalkulierbar und einfach gestaltet ist und in einem ersten Schritt Eltern vor allem mit kleinen Kindern erreicht, die gleichzeitig vollzeitnah erwerbstätig sind,
> mit einem neuen Familienzeitrecht, das Familien im Lebensverlauf über die Elternzeit hinaus in Situationen entlastet, in denen Fürsorgeaufgaben anstehen und
> mit einem ausgleichenden Steuerabzug für diejenigen Eltern, die sich trotz der neuen Familienarbeitszeit bewusst für doppelte Vollzeit entscheiden – damit sie durch die neue Regelung keinen Nachteil haben.

- Eine Entlastung erwerbstätiger Eltern sowie Seniorinnen und Senioren mit kleinen und mittleren Einkommen von Kosten für die Inanspruchnahme legaler haushaltsnaher Dienstleistungen.
- Lohngerechtigkeit als unabdingbare Voraussetzung für die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

2. FAMILIEN WIRKSAM FÖRDERN

Wo stehen wir heute?

- Den Wohlstand unseres Landes erwirtschaften die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbständige. Viele von ihnen haben Familie und Kinder, die sie mit ihrem Einkommen versorgen müssen. Der Staat unterstützt Familien mit einer Vielzahl von Leistungen, doch Grundlage für einen dauerhaften Wohlstand bleibt die Erwirtschaftung eigenen Einkommens durch Erwerbstätigkeit. Deshalb spielt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Stabilität der Familien.

- Mit der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen hat die Bundesregierung von 2009 bis 2014 die Wirksamkeit der zentralen Leistungen wissenschaftlich untersuchen lassen. Die Evaluation zeigt, dass Deutschland die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern muss. Auch deshalb treiben wir die Kinderbetreuung weiter voran und haben das Elterngeld zu einem ElterngeldPlus fortentwickelt. Die Gesamtevaluation kommt darüber hinaus zu dem Ergebnis, dass es im Familienleistungssystem Unwuchten gibt.

- Die bekannteste und bei den Familien hoch geschätzte Leistung ist das Kindergeld. Allein wegen des Kindergelds sind rund 1,2 Mio. Familien nicht auf die Grundsicherung angewiesen. Aber das doppelte System aus Kindergeld und steuerlichen Kinderfreibeträgen entlastet reiche Eltern stärker als Familien mit geringen und mittleren Einkommen. Das ist ungerecht.

- Neben dem Kindergeld werden Geringverdienerfamilien wirksam und zielgenau durch den Kinderzuschlag unterstützt. Dieser wird jedoch nur von einem kleinen Teil der Berechtigten in Anspruch genommen. So erhielten 2014 nur rund 100.000 Familien mit 250.000 Kindern diese Leistung. Dabei wachsen rund 2 Mio. Kinder mit einem Armutsrisiko auf.

- Das Ehegattensplitting in der aktuellen Ausgestaltung wird nicht mehr den heutigen Ansprüchen an Partnerschaftlichkeit und der Lebenswirklichkeit von immer mehr Familien gerecht. Es nimmt keinerlei Rücksicht darauf, ob Kinder im Haushalt leben. Durch die unbegrenzte Übertragbarkeit von Einkommen werden Hochverdiener mit großen Einkommensunterschieden am meisten entlastet.

- In den Sozialversicherungssystemen werden Kinder schon jetzt sowohl auf der Leistungsseite berücksichtigt (Erziehungs- und Berücksichtigungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung, erhöhte Ersatzrate beim Arbeitslosengeld I) als auch auf der Beitragsseite (beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und den nicht selbst versicherungspflichtigen Ehegatten in der gesetzlichen Krankenversicherung- und Pflegeversicherung, sowie geringerer Beitragssatz für Eltern in der gesetzlichen Pflegeversicherung). Modelle der Umgestaltung der Systematik unter Betonung der Beitragsentlastung und der konsequenten Berücksichtigung von Kinderkomponenten sind in ihren Wirkungen jedoch bisher nicht ausreichend diskutiert.

Wo wollen wir hin? Was brauchen wir?

Sozialdemokratische Familienpolitik trägt dafür Sorge,
- dass die Familien in der geforderten Generation wirtschaftlich auf stabilen Füßen stehen,

- dass sich die Steuerlast von Eltern daran orientiert, ob Kinder erzogen werden,

- dass Familien mit besonderen Unterstützungsbedarfen zusätzlich entlastet werden und

Wir befassen uns daher mit folgenden Fragen:

- Wie schaffen wir eine gerechte Förderung von Familien, unabhängig davon, ob Eltern
- verheiratet sind oder nicht?
- Wie können wir die Familienorientierung im Steuer- und Abgabesystem und die Gleichstellung in der Leistungsfähigkeit von Eltern gegenüber kinderlosen Paaren und Alleinerstehenden stärker fördern?
- Wie können wir die Erwerbswünsche und die Erwerbsbedingungen von Eltern dabei besser berücksichtigen?
- Können wir vorhandene Kinderkomponenten im Steuer- und Abgabesystem verstärken oder zielgenauer ausgestalten?
- Wie können wir Familien mit kleinen bis mittleren Einkommen gezielt erreichen und in ihren Bemühungen um ein eigenes Auskommen wirksam unterstützen?

Dafür wollen wir folgende Konzepte entwickeln und mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren:

- ein gestaffeltes Kindergeld, das gerecht ist und möglichst unbürokratisch Familien nach Kinderzahl und Einkommen spürbar entlastet, indem Kindergeld und Kinderzuschlag sowie der Betrag für Erziehung und Ausbildung zusammengeführt werden;
- ein sozialdemokratisches Familiensplitting, das bei der Besteuerung von Familien in erster Linie die Kinder unabhängig von der Familienform berücksichtigt, indem bei der Besteuerung von Eltern die Kinder in besonderer Weise mit einer Kinderkomponente bedacht werden;
- die Kinderkomponente sollen verheiratete, unverheiratete und alleinerziehende Eltern nutzen können. Ziel ist ein gerechtes Familiensplitting, das Eltern mit kleinen und mittleren Einkommen nicht schlechter stellt als Eltern mit hohem Einkommen. Dem Staat muss jedes Kind gleich viel wert sein;
- für die zukünftigen Ehen wird bei der Besteuerung die gegenseitige Unterhaltsverpflichtung berücksichtigt, dies ist verfassungsrechtlich geboten. Sie mindert die Steuerschuld des Paares;
- diejenigen, die das bisherige Splitting nutzen, sollen dies auch weiter tun können (Bestandsschutz);
- einen Steuerabzug für Alleinerziehende, der an die Stelle des derzeitigen Freibetrags tritt, um gerade Alleinerziehende mit kleinen Einkommen in ihrer Erwerbstätigkeit noch wirksamer zu stärken.

3. GUTE BETREUUNG, GUTE BILDUNG – VON ANFANG AN

Wo stehen wir heute?

- Gute Kindertagesbetreuung ist nicht allein wichtig, damit Eltern Familie und Beruf besser vereinbaren können. Auch der **Förderauftrag von Kitas gewinnt immer mehr an Bedeutung**. Bildung beginnt in der Kita und stellt die Weichen für die weitere Entwicklung der Kinder. Alle Länder haben Bildungspläne und Curricula für den frühkindlichen Bereich entwickelt. Sprachbildungs- und Sprachförderprogramme helfen Kindern, Deutsch zu lernen und so beim Schulstart bessere Chancen zu haben. Aber wir nutzen die Potentiale, die gute Qualität in der Kinderbetreuung hat, immer noch zu wenig für frühkindliche Bildung, für Chancengleichheit und für das gute Aufwachsen von Kindern.
- Rund 14 Prozent aller **Flüchtlinge**, die in unser Land kommen, sind Kinder im **Kita-Alter**. Zentrale Aufgabe von Politik und Gesellschaft ist es, diesen Kindern und ihren Familien Brücken zu bauen für eine gute Integration in unsere Gesellschaft. Die Kitas – als Orte der frühkindlichen Bildung, wo Sprache und soziales Miteinander eingeübt werden - spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie stehen damit vor neuen Herausforderungen, für deren Bewältigung sie unsere Unterstützung benötigen.
- Durch die **Umwidmung des Betreuungsgeldes** zugunsten der Kindertagesbetreuung ist ein wichtiger Schritt getan: Das freiwerdende Geld kann nun von Ländern und Kommunen genutzt werden, um mehr Plätze zu schaffen und die Qualität überall dort zu verbessern, wo es dringend nötig ist. Alle sozialdemokratisch regierten Länder werden diese Mittel in den weiteren qualitativen und quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung investieren.
- Die **Qualität der Kinderbetreuung** unterscheidet sich stark und ist nicht transparent. Je nach Lage der Kita variieren die Rahmenbedingungen. Kinderbetreuung muss – bei allen sinnvollen Unterschieden im Detail – eine gute Qualität bundesweit gewährleisten.
- Passgenaue Angebote für die Kindertagesbetreuung sind ein wirksames Instrument moderner Familienpolitik. Sie machen es vielen Eltern erst möglich, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen oder diese fortzusetzen. Notwendig sind flexible, am Bedarf der Familien ausgerichtete Betreuungszeiten. Das **Bundesprogramm KitaPlus** trägt diesem Anspruch Rechnung. Es schafft zusätzliche Angebote für die Betreuung von Kindern in Randzeiten für Eltern, die z.B. in Schichtarbeit tätig sind, für Alleinerziehende oder Langzeitarbeitslose.
- Zunehmend wird erkannt, dass **Kinderbetreuung auch Armutsbekämpfung** ist. Die Gesamtevaluation der Familienleistungen hat gezeigt, dass die öffentlich geförderte Kinderbetreuung das Armutsrisiko von Familien mit Kindern um sieben Prozentpunkte senkt. Das gilt im besonderen Maße für Alleinerziehende.
- Die Bedeutung von **Kitas im Sozialraum** geht weit über die Kinderbetreuung hinaus:
- Kitas sind bereits vielfach niedrigschwellige Angebote für Familien in vielerlei Hinsicht: häufig sind Familienzentren angegliedert, in denen beispielsweise Mütter Deutsch lernen, Familienberatung stattfindet, Integration gelebt wird. Gerade vor dem Hintergrund der steigenden Flüchtlingszahlen kommt Kitas damit eine neue Bedeutung zu: Hier können Familien erreicht werden und wertschätzend angesprochen werden im Unterschied zu den Orten, an denen die Probleme der Personen im Vordergrund stehen (Jobcenter, Jugendamt, Ausländerbehörde, etc.).
- Die Bedeutung früher Bildung spiegelt sich nicht in der Personalstruktur wieder. Erzieherinnen und Erzieher übernehmen eine große Verantwortung für die Bildung und gesellschaftliche Integration der Kleinsten. Ihnen gebührt eine hohe Anerkennung und sowohl gesellschaftliche als auch finanzielle Wertschätzung. Immer noch gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern – sowohl bei den Personalschlüsseln als auch beim **Qualifikationsniveau der Erzieherinnen und Erzieher**. Die Attraktivität des Berufes (z.B. Bezahlung, Aufstiegsmöglichkeiten, Rahmenbedingungen) entspricht nicht der Bedeutung der Tätigkeit.
- Noch gibt es nicht genügend Angebote der Ganztagsbetreuung – dies gilt insbesondere für **jüngere Kinder** in Schule oder Hort. Ein am Wohlergehen der Kinder ausgerichtetes Angebot an **Ganztagsbetreuung** – unabhängig davon, welche staatliche Stelle hierfür zuständig ist – dient sowohl der Vereinbarkeit als auch der Entwicklung der Kinder. Kinder haben ein Recht auf die freie Entwicklung ihrer Persönlichkeit durch die eigenständige Gestaltung von (Zeit-)Räumen ohne Erwachsene.

- Obwohl wir in den vergangenen Jahren gemeinsam in Bund und Ländern im Bereich der Kinderbetreuung schon viel erreicht haben, bleibt noch viel zu tun, bis wir über ein flächendeckend bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot verfügen. Das Betreuungssystem ist weiterhin unterfinanziert. Deutschland erreicht nicht das OECD-Ziel in Höhe von einem Prozent des BIP. Hinzu kommt eine ausgeprägte Asymmetrie zwischen den Kosten- und Nutzenträgern der Kindertagesbetreuung: Die Kommunen haben den größten Teil der Kosten für den Regelbetrieb zu finanzieren. Auf der anderen Seite aber fallen die durch das Angebot an Kindertagesbetreuung generierten volkswirtschaftlichen Nutzen bei ihnen nur in einem sehr geringen Umfang an. Die Bundesländer, vor allem aber der Bund und die Sozialversicherungen profitieren hingegen ganz erheblich davon. Die gegebene Fehlfinanzierung der Kindertagesbetreuung in Deutschland muss folglich dahingehend korrigiert werden, dass insbesondere der **Bund in die Regelfinanzierung der Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege eingebunden wird**. Dasselbe gilt auch für die Ganztagsbetreuung in der Schule.

Wo wollen wir hin? Was brauchen wir?

Sozialdemokratische Familienpolitik trägt dafür Sorge, dass

- Eltern für die gute Betreuung ihrer Kinder passgenaue Angebote zur Verfügung stehen, insbesondere zu Randzeiten;
- Transparenz bei Qualität und bundesweit gleiche Standards herrschen;
- Zugangshürden, wie hohe Elternbeiträge, beseitigt werden;
- benachteiligte Kinder und Kinder mit Fluchthintergrund besonders unterstützt werden;
- der Erzieherberuf seiner Bedeutung entsprechend aufgewertet wird und dafür u.a. die Ausbildung vergleichbar mit anderen Berufungsausbildungen, die im Bundesausbildungsgesetz geregelt sind, verbessert wird;
- Kitas so ausgestattet sind, dass sie die Herausforderungen in ihrem Sozialraum annehmen können;
- Kinder, insbesondere jüngere Schulkinder, schrittweise einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung erhalten;
- die Finanzierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu geregelt wird. Dabei darf die Hauptlast nicht einseitig bei Kommunen und Ländern liegen, sondern durch Bundesbeteiligung verbessert werden.

Wir befassen uns daher mit folgenden Fragen:

- Welche Schritte sind nötig, damit wir die Qualität in Kitas verbessern können?
- Wie kann der Bund stärker seine Verantwortung für gute Qualität in Kitas (finanziell) wahrnehmen?
- Wie können Kinder unabhängig von ihrer Herkunft, Heimat, Abstammung und Sprache gute Bildungschancen erhalten? Auf welche bundeseinheitlichen Qualitätsstandards können wir uns verständigen?
- Auf welche Qualitätsziele können wir uns verständigen?
- Wie kann Gebührenfreiheit für alle Kinder schrittweise umgesetzt werden?
- Wie kann der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen schrittweise erreicht werden?

Dafür wollen wir folgende Konzepte entwickeln und mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren:

- ein bundesweites Qualitätsgesetz für frühkindliche Bildung
  > mit einer angemessenen finanziellen Beteiligung des Bundes an den Gesamtkosten ,
  > mit weiterzuentwickelnden Qualitätszielen (insbesondere Sozialraumorientierung, alltagsintegrierte sprachliche Bildung, Fachkraft-Kind-Relation, Fachberatung und Qualifikation der Fachkräfte),
  > mit einem Instrumentenkasten, aus dem die Länder ihren vordringlichen Bedarf auswählen können.
- einen Rechtsanspruch auf schrittweise Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern unter Bundesbeteiligung
- Schritte zur bundesweiten Gebührenfreiheit unter Bundesbeteiligung

PARTEIVORSTAND, 19.10.2015

BESCHLUSS: DIE ARBEITSWELT DER ZUKUNFT GESTALTEN – LEITLINIEN EINER MODERNEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITSPOLITIK

Auf seiner heutigen Sitzung hat der SPD-Parteivorstand folgenden Leitantrag für den Bundesparteitag im Dezember 2015 in Berlin beschlossen:

I. EINLEITUNG

In Deutschland hat Arbeit Hochkonjunktur. Die Zahl der Erwerbstätigen ist mit über 43 Millionen auf Rekordniveau. Besonders stark ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gestiegen, zugleich ist die Zahl der Minijobs gesunken. Die Lohnentwicklung zeigt nach oben, vor allem aufgrund guter Tarifabschlüsse der Gewerkschaften und der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns.
Frauen haben deutlich mehr Anteil an der Erwerbsarbeit als noch vor einigen Jahren. Wirklich gerechte Teilhabe werden wir jedoch erst erreichen, wenn Frauen nicht mehr in unfreiwilliger Teilzeit fest stecken, Arbeit gerecht entlohnt wird, Führungsfunktion gleichermaßen von Frauen und Männern besetzt werden und wir eine wirklich partnerschaftliche Arbeitsteilung haben.
Ältere bleiben länger im Beruf, auch das ist ein echter Erfolg. Gegenüber dem Jahr 2000 ist die Erwerbstätigenquote der 60-64-jährigen von knapp 20 Prozent auf über 52 Prozent gestiegen. Mit der Ermöglichung des um zwei Jahre vorgezogenen, abschlagfreien Renteneintritts nach 45 Beitragsjahren setzen wir ein wichtiges Zeichen der Anerkennung für (oft körperlich belastende) Lebensleistung.
Mit dem Mindestlohn von 8,50 Euro haben wir ein neues soziales Recht geschaffen und die weitere Abkopplung vieler Arbeitnehmer vom gesellschaftlichen Wohlstand gestoppt. Die künftigen Anpassungen des Mindestlohns obliegen einer Kommission, in der die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite vertreten sind.
Unsere Gesellschaft bleibt eine Arbeitsgesellschaft, in der sich aus der Erwerbsarbeit Identifikation, soziale Stellung, Einkommens-, Teilhabe - und Lebenschancen der Menschen ergeben. Diese Arbeitsgesellschaft befindet sich in einem steten Wandel. Der sich unter der Globalisierung verschärfende ökonomische Wettbewerb sowie beständige technologische Innovationen, digitale Vernetzung, heterogene Lebensentwürfe und eine wachsende Vielfalt der Beschäfti-

gungsformen bilden neue Herausforderungen für die soziale Gestaltung der Arbeitsgesellschaft. Eine zunehmende Zahl der Menschen erlebt den Wandel der Erwerbsbiographien ganz praktisch. Ihre Erwerbstätigkeit ist von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, selbständiger Tätigkeit und Phasen der Familienarbeit oder Nichterwerbstätigkeit bestimmt.
Doch alte und neue Herausforderungen liegen noch vor uns. Das Prinzip der Guten Arbeit ist noch längst nicht überall realisiert. Megatrends wie die Digitalisierung und der demografische Wandel werden die Arbeitswelt weiter verändern. Mit der Vorlage eines Grünbuchs „Arbeiten 4.0“ hat Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles einen wichtigen Beitrag geleistet, Trends frühzeitig zu erkennen und den gesellschaftlichen und sozialpartnerschaftlichen Dialog über die Arbeitswelt der Zukunft zu führen. Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion arbeiten intensiv an Konzepten der Arbeitswelt von morgen.

II. DIGITALISIERUNG, DEMOGRAFIE, DIVERSITÄT: ARBEIT IM WANDEL

Mit dem Wandel von Technik, Wirtschaft und Gesellschaft wird sich auch die Arbeitswelt verändern, so wie seit der ersten industriellen Revolution das Arbeiten in der Landwirtschaft, der Industrie und dem Dienstleistungssektor einem stetigen Wandel unterworfen war. Ausgehend von den bisherigen Wellen der industriellen Entwicklung ist derzeit von einer Arbeitswelt 4.0 die Rede, die wiederum auch Arbeit außerhalb des produzierenden Gewerbes umfasst. Doch wie die Industrie 4.0 und erst Recht die Arbeitswelt 4.0 aussehen werden, ist nicht nur Ergebnis technologischer Entwicklungen. Über die Quantität und Qualität der Arbeit entscheiden maßgeblich auch historisch gewachsene Institutionen, soziale Rechte sowie betriebliche, tarifliche und politische Aushandlungsprozesse. Deutschland verfügt mit seinem Arbeits- und Sozialrecht, der Mitbestimmung und der Sozialpartnerschaft über wichtige Voraussetzungen, um den Wandel konstruktiv zu gestalten. Es sind drei wesentliche Entwicklungen, die wir bei der Gestaltung der Arbeitswelt von morgen in den Blick nehmen müssen:

1. DIGITALISIERUNG UND GLOBALISIERUNG

Digitalisierung ist eines der Megathemen unserer Zeit. Sie ist längst ein wesentlicher Treiber für wirtschaftlichen Erfolg, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Industrie 4.0 steht für die Weiterentwicklung der deutschen Kernbranchen im Hinblick auf eine digital vernetzte Produktion. Produkte, Dienstleistungen und Produktionsprozesse werden „smarter“, d.h. immer vernetzter und zunehmend selbststeuernd. Die digitale Transformation von Produktion, Arbeit und Konsum wird in den nächsten Jahren voranschreiten. Mit der Digitalisierung verändert sich auch die globale Arbeitsteilung. Wichtige Voraussetzung unseres Wohlstands ist, dass unsere Kompetenzen und spezifischen Wettbewerbsvorteile auch im digitalen Zeitalter bestehen bleiben. Digitale Arbeit steht dabei für eine Reihe von Entwicklungen:

- Neue Möglichkeiten der Automatisierung von menschlichen Tätigkeiten angesichts enormer Fortschritte zum Beispiel im Bereich der Robotik und der künstlichen Intelligenz,
- Die Vernetzung von Mensch, Maschinen und Produkten im Zuge neuer, digital vernetzter Produktionsprozesse (so genannter cyber-physischer Systeme) und damit einhergehend die Entstehung und Nutzung großer Datenmengen (Big Data) und die Gestaltung der Arbeitsorganisation;
- Die Modernisierung von Unternehmen und Arbeitsorganisation und die Chance auf mehr Beteiligung und Demokratie;
- Die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle (u.a. Plattformen), die Verdrängung etablierter Anbieter und die Entstehung neuer Monopolisten mit enormer Marktmacht;
- Neue Chancen für Selbstständige, Start-Ups und Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmer, innovative Lösungen zu entwickeln und Plattformen für spezielle Nischenangebote oder Kreativ- und Kulturangebote zu nutzen;
- Die Zunahme von (Solo-)Selbstständigkeit und neuer Erwerbsformen wie Crowdwork.
- Neue Optionen, räumlich und zeitlich flexibler zu arbeiten.

Diese Entwicklungen vollziehen sich nicht überall und schon gar nicht im gleichen Tempo. Neue Erfindungen und technische Revolutionen haben bisher nie das Ende der Arbeit gebracht. Auch in Zukunft wird uns die Arbeit nicht ausgehen. Denn die derzeitige Debatte um die Automatisier- und somit Ersetzbarkeit zahlreicher Berufe und Tätigkeiten wird von der Frage der technologischen Machbarkeit bestimmt. Nicht alles aber, was technisch machbar ist, wird auch gemacht – oft stehen schon rein betriebswirtschaftliche Erwägungen einer Substitution menschlicher Arbeitskraft entgegen. Und auch dort, wo Tätigkeiten durch Maschinen ersetzt werden, wird es weiter qualifizierte Beschäftigte brauchen, die mit ihrem Erfahrungswissen zunehmend komplexer werdende Systeme überblicken, situativ mit Unwägbarkeiten umgehen und selbstorganisiert Probleme lösen können.
Die Digitalisierung hat das Potential, Arbeit besser zu machen. Sie kann mehr selbstbestimmte Flexibilität, mehr Autonomie über Zeit und Ort der Arbeit ermöglichen. Ebenso besteht die Chance, körperlich und psychisch belastende Arbeit durch Technik zu ersetzen oder auch unnötige Wege- und Reisezeiten zu vermeiden. Neue Technologien können die Integration von Menschen mit Behinderungen in die Arbeitswelt erleichtern.
Demgegenüber stehen die Risiken der Digitalisierung, wie eine weitgehende Auflösung der Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben, die Automatisierung von Tätigkeiten und Berufen, ohne dass die Arbeitnehmer frühzeitig weiterqualifiziert werden, die ständige Überwachung oder die Zunahme ungesicherter (schein-)selbstständiger Arbeit.
Entscheidend für gute digitale Arbeit sind vier Dinge: Erstens die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Einführung neuer Technologien sowie bei Veränderungen der Arbeitsorganisation, zweitens Chancen und Rechte auf berufliche Weiterqualifizierung, drittens die Anpassung von Schutzrechten, die sich aus Veränderungen in der digitalen Arbeitswelt ergeben und nicht zuletzt viertens eine Beschäftigungspolitik, die dazu beiträgt, dass die möglichen Produktivitätsgewinne über Investitionen, Löhne und Steuern zu neuen guten Arbeitsplätze in anderen Bereichen führen.

2. DEMOGRAFIE UND MIGRATION

Auch die demografischen Veränderungen haben erheblichen Einfluss auf die Arbeitswelt.
Aktuellen Prognosen des Statistischen Bundesamtes zufolge wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um mehr als vier Millionen Personen bis zum Jahr 2030 abnehmen. Zwar wird die Zahl der Erwerbstätigen bis zum Jahr 2018 noch leicht ansteigen, anschließend aber sinken. In den kommenden zwei Jahrzehnten werden die „Babyboomer“ in den Ruhestand gehen. Der Bevölkerung im Erwerbsalter stehen in den nächsten Jahrzehnten mehr Ältere, insbesondere mehr Hochbetagte, gegenüber - dies ist eine enorme Herausforderung für den Arbeitsmarkt und die Stabilität, Finanzierbarkeit und Verlässlichkeit der sozialen Sicherungssysteme.
Die Diskussion über den veränderten Altersaufbau der Bevölkerung wurde in den vergangenen Jahren sehr verengt auf die möglichen Auswirkungen auf unsere sozialen Sicherungssysteme geführt. Doch die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherung hängt eng mit dem Arbeitsmarkt der Zukunft zusammen.
Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Hierbei muss jedoch genauer unterschieden werden: Wer Vollbeschäftigung als Ziel formuliert und dieses anstrebt, darf ein knapperes Auswahlangebot für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nicht zugleich pauschal als „Fachkräftemangel“ bewerten. Einen generellen Arbeitskräftemangel gibt es derzeit nicht. Allerdings gibt es bereits jetzt Engpässe in bestimmten Berufen und Regionen. Auch die weitere Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes wird sich regional unterschiedlich vollziehen. Während die meisten Metropolregionen leicht gewinnen, werden ganze Regionen v.a. im Osten des Landes schrumpfen.
Die mobilisierbaren Fachkräfte-Potentiale im Inland liegen vor allem bei Frauen, älteren Beschäftigten und Niedrigqualifizierten. Der Zusammenhang zwischen Qualifizierungsanforderungen, familiengerechter sowie alterns- und altersgerechter Arbeitsgestaltung zeigt Gestaltungsbedarfe bei der Qualität der Arbeit auf. Der Arbeitsmarkt insgesamt und die verschiedenen Unternehmenskulturen müssen

sich stärker als bisher für Frauen, Ältere, Menschen mit Migrationshintergrund sowie auch für Menschen mit Behinderungen öffnen. Längeres Arbeiten stellt neue und besondere Herausforderungen an den betrieblichen Gesundheitsschutz.
Zudem brauchen wir aktuell und in Zukunft Einwanderung. In den letzten Jahren hatten wir eine krisenbedingte Einwanderung von qualifizierten Arbeitnehmern aus südeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten. Die aktuell hohe Zahl an Flüchtlingen nach Deutschland ist kurz- und mittelfristig eine enorme Herausforderung, die sich in vielen Politikfeldern zeigt, nicht zuletzt in der Integrations- und Arbeitsmarktpolitik. Langfristig kann die hohe Nettozuwanderung seit 2011 dabei helfen, die Bevölkerungsentwicklung zu stabilisieren und neue Impulse für wirtschaftliche Innovationen sowie gesellschaftliche Entwicklung zu setzen.

3. FLEXIBILISIERUNG DER ARBEIT UND GEWANDELTE ANSPRÜCHE DER ERWERBSTÄTIGEN AN ARBEIT

In den letzten Jahrzehnten ist die Arbeitswelt in vielerlei Hinsicht flexibler geworden. Es gibt ein hohes Maß an interner Flexibilität in den Betrieben und externer Flexibilität (z.B. durch Leiharbeit), um auf Kundenanforderungen, Auftragsschwankungen und gesamtwirtschaftliche Krisen zu reagieren. Doch diese Flexibilität geht vielfach mit Arbeitsbedingungen einher, die nicht den Kriterien Guter Arbeit entsprechen. Atypische und prekäre Arbeitsformen haben ebenso zugenommen wie atypische Arbeitszeiten.
Für die allermeisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind eine gute Bezahlung, eine unbefristete Beschäftigung, die Sicherheit des Arbeitsplatzes und klar geregelte Arbeitszeiten, also wesentliche Elemente des klassischen Normalarbeitsverhältnisses, immer noch zentral. Diese Ansprüche gelten in besonderer Weise für prekär Beschäftigte, für die viele dieser Bedingungen nicht erfüllt sind.
Zugleich gewinnen Aspekte wie Zeitsouveränität, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie die Beteiligung an Entscheidungsprozessen an Bedeutung. Vor allem der Wunsch, die Arbeitszeit und -belastung an die jeweilige Lebenssituation anzupassen, nimmt zu. Viele Frauen und Männer wollen eine partnerschaftliche Arbeitsteilung von Beruf und Familie - stoßen damit aber oft an die Grenzen der Machbarkeit. Insbesondere die mittlere Generation spürt die Doppelbelastung, einerseits eine Familie zu gründen und sich um diese zu kümmern und andererseits engagiert im Beruf sein zu wollen. Oft löst sich dieser Konflikt so auf, dass Männer in Vollzeit und Frauen in Teilzeit arbeiten. Während eine halbe Mio. Männer in Vollzeit ihre Arbeitszeit gerne reduzieren würden, selbst wenn sie dafür einen niedrigeren Verdienst in Kauf nehmen müssten, wünschen 1,2 Mio. Frauen in Teilzeit eine Erhöhung ihrer Arbeitszeit.
Ebenso wächst der Wunsch nach mehr Autonomie und persönlicher Flexibilität. Viele Beschäftigte können mit starren und streng hierarchischen Führungsmodellen nichts mehr anfangen. Sie wollen beteiligt sein und mitbestimmen. Insbesondere Teile der jungen Generation und Erwerbstätige der Kreativ- und Wissensarbeit wollen sich nicht in das Korsett eines „9-to-5“-Tages im Büro zwängen, sondern freier entscheiden, wann und wo sie arbeiten. Auch der Wunsch nach einer selbstständigen Arbeit hat eine hohe Bedeutung.
Diversität ist in modernen Unternehmen ein wichtiges Thema. Auch sozialdemokratische Arbeitspolitik muss sich dieser Pluralität von Arbeitswirklichkeiten, Ansprüchen und Problemen von Frauen und Männern, Inländern und Migranten, der Berufsgruppen sowie Generationen stellen.

III. GUTE ARBEIT UND NEUER FLEXIBILITÄTSKOMPROMISS

UNSER LEITBILD: GUTE ARBEIT

Gute Arbeit als Leitbild setzt darauf, dass Arbeit existenzsichernd ist, möglichst auch tarifvertraglich geregelt. Gute Arbeit darf nicht krank machen. Gute Arbeit sollte den persönlichen Entwicklungs- und Zeitbedürfnissen entsprechen.
Das so genannte Normalarbeitsverhältnis (v.a. Vollzeit, unbefristet, sozialversicherungspflichtig) ist derzeit immer noch die Norm - sowohl statistisch, als auch hinsichtlich der Wünsche vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nicht alles was „atypisch“ ist, ist zugleich prekär, vor allem dann nicht, wenn die Arbeit in Solo-Selbstständigkeit oder in Teilzeit dem individuellen Wunsch entspricht und in der Erwerbsbiografie nicht zu Sicherungslücken führt.
Darüber hinaus aber wollen wir prekäre Arbeit zurückdrängen. Der Rückgang der hohen Arbeitslosigkeit bietet hierzu auch eine realistische Chance. Dazu muss die gesamte Erwerbsbiografie in den Mittelpunkt gestellt werden: ungewollte Arbeit in einem Minijob, in Leiharbeit oder in Befristung sollte für Beschäftigte niemals eine Dauerlösung sein. Wichtig ist, dass es Brücken in reguläre Beschäftigung gibt. Niemand sollte in eine berufliche Sackgasse geraten. Hierzu gehört auch die Möglichkeit auf berufliche Weiterentwicklung. Jeder sollte das Recht auf eine gute Erwerbsbiografie haben, die beinhaltet, seinen Beruf auszuüben, seine Talente einzubringen und ausreichende Ansprüche auf Alterssicherung aufzubauen.
Belastend ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jedoch nicht nur prekäre Arbeit. Leistungsverdichtung, unternehmensinterne Vermarktlichung und Konzepte der indirekten Steuerung führen nicht selten dazu, dass Beschäftigte überlange Arbeitszeiten leisten bzw. meinen, für ihre berufliche Karriere eine immer höhere Leistung erbringen zu müssen. Gute Arbeit muss Schutz vor zu hohem Stress auch innerhalb von „normalen“ Arbeitsverhältnissen bieten.

UNSER PRINZIP: EIN NEUER „FLEXIBILITÄTSKOMPROMISS“

Die Risiken der Globalisierung und der Digitalisierung dürfen nicht mehr einseitig auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – vor allem nicht am unteren Ende des Arbeitsmarktes – verlagert werden. Gerade sie sollten darauf vertrauen können, dass der Sozialstaat ihnen Sicherheiten im Wandel bietet. Gute Arbeit lässt sich ohne gesetzliche Regeln oft nicht durchsetzen. Zugleich sind die Arbeitsrealitäten so verschieden, dass Gesetze diesen unterschiedlichen Bedingungen nicht immer gerecht werden können.
Darum setzen wir bei der Gestaltung der Zukunft der Arbeit auf Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft. In einer sich immer weiter ausdifferenzierenden Produktions- und Dienstleistungswirtschaft werden flexible und passgenaue Regelungen am besten vor Ort ausgehandelt. Wo immer möglich, sollen tarifliche und betriebliche Vereinbarungen die Arbeit regeln. Wer sich als Arbeitgeber Flexibilität sichern will, muss sie im Betrieb oder per Tarifvertrag aushandeln und so auch den Beschäftigten Sicherheit geben. Wo Tarifverträge vorhanden sind und zudem Betriebsräte existieren, können „Flexibilitätskompromisse“ in definierten Grenzen auch in Abweichung von gesetzlichen Regelungen möglich sein. Wo dies aber nicht funktioniert oder gar verhindert wird, sollten gesetzliche Regelungen den Rahmen setzen. Wir setzen auf das Prinzip: Flexibilität gegen Sicherheit.
Insbesondere in der Gestaltung der Arbeitszeit treffen betriebliche Belange, individuelle Präferenzen, kollektive Interessen der Belegschaften und gesellschaftliche Anliegen aufeinander. Die Lage und Dauer der Arbeitszeit entscheidet maßgeblich über die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Darum brauchen wir einen neuen „Flexibilitätskompromiss“, der individuelle Optionen, betriebliche sowie tarifliche Lösungen, einen gesetzlichen Schutzrahmen und zielgenaue finanzielle Förderung verbindet. Erforderlich ist also ein neu definiertes Normalarbeitsverhältnis, das neue Sicherheiten entlang von Lebensphasen und in beruflichen Übergängen bietet.
Wo Unternehmen Flexibilität benötigen und alte und neue Formen (Werkverträge, Leiharbeit, Crowdworking) genutzt werden, darf dies nicht zu Lohndrückerei, Aushöhlung von Standards, psychischen Belastungen und Perspektivlosigkeit führen. Wer Flexibilität will, muss eine Gegenleistung erbringen.
Zeitsouveränität und Vereinbarkeit dürfen auch nicht zur neuen sozialen Frage werden, weil nur Gutverdiener und Arbeitnehmer mit hoher Verhandlungsmacht individuelle Lösungen realisieren können. Wir brauchen einen Wandel der Unternehmens- und Führungskultur, die gesunde Arbeit, Diversität und Beteiligung zu ihren Prinzipien macht. Neben der gesetzlichen Quote für Frauen in Führungspositionen braucht es darum eine gesellschaftliche Debatte über eine neue Arbeitskultur und eine andere Vorstellung von Führung, die auch mit Sorgeverpflichtungen zu vereinbaren ist.
Wir brauchen Regeln und Anreize, um eine gute Betriebs- und Sozialpartnerschaft zu beleben. Ein Teil der Unternehmen erzeugt soziale Kosten und wälzt diese auf die Gesellschaft ab. Arbeitsbedingte Erkrankungen oder Erwerbsunfähigkeit, unzureichende Investitionen

in Qualifikation und Weiterbildung der Belegschaft und dadurch höhere Arbeitsplatzrisiken, niedrigere Löhne und schlechtere soziale Absicherung – die Kosten hierfür trägt die Gesellschaft zumeist über die Sozialversicherungen. Unternehmen mit guter Arbeits- und Führungskultur werden so nicht nur mit zur Kasse gebeten, sondern müssen auch mit jenen konkurrieren, die schlechte Arbeit als Wettbewerbsvorteil nutzen. Wir werden prüfen, wie durch Regeln und Anreize gute Arbeitsbedingungen und nachhaltige Unternehmensführung gestärkt und damit eine Übertragung dieser Kosten auf die Gemeinschaft verringert werden kann.

Gute Arbeit und Vollbeschäftigung

Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland fest. Trotz der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt der vergangenen Jahre bleibt das ein anspruchsvolles Ziel. Um dieses zu erreichen und zugleich das Leitbild der Guten Arbeit durchzusetzen, ist eine flankierende Wirtschafts-, Lohn- und Beschäftigungspolitik im Industrie- und Dienstleistungssektor erforderlich.

- Die Lohneinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland sind in den vergangenen beiden Jahrzehnten deutlich hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben, während Kapitaleinkommen weit überdurchschnittlich zugelegt haben. Der Anstieg der Ungleichheit vor allem bis zur Mitte des vergangenen Jahrzehnts war auch eine Konsequenz dieser Entwicklung. Lange Zeit galt Ungleichheit als Preis, der für mehr wirtschaftliche Dynamik und Verbesserungen am Arbeitsmarkt zu zahlen war. Neuerdings betonen aber auch der Internationale Währungsfonds oder die OECD , dass zunehmende Ungleichheit sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken kann – und zwar über die Schwächung der Massenkaufkraft, negative Anreize für Bildungsinvestitionen in unteren Einkommensgruppen oder wachsende Risiken von Finanzmarktkrisen. Die simple Übertragung einzelwirtschaftlicher Logik (niedrigere Löhne = mehr Beschäftigung) auf die Gesamtwirtschaft greift zu kurz.
- Viele Länder beneiden uns um unseren industriellen Kern. Er ist Motor und zugleich Basis für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Viele Dienstleistungen sind Bestandteil von mit der Industrie eng verbundenen Wertschöpfungsnetzen. Darum sind im Sinne einer beschäftigungsorientierten Industriepolitik Investitionen in Infrastrukturen und in zukünftige Innovationen entscheidend: Wir können es uns nicht leisten, Zukunftsinvestitionen zu verschleppen und weiter von der Substanz zu leben. Deshalb sind ausgeglichene Haushalte nur dann generationengerecht, wenn sie in nicht in Zukunftsbereichen sparen.
- Care- bzw. Sorge-Arbeit ist eine wichtige Grundlage für den Fortbestand unserer Gesellschaft und für eine funktionstüchtige Wirtschaft. Die Sorge für Kinder und pflegebedürftige Menschen erfährt zwar inzwischen viel (rhetorische) Wertschätzung, sie ist aber für diejenigen, die sie privat und unentgeltlich leisten, weiterhin im Lebensverlauf schlecht abgesichert und mit erheblichen Nachteilen im Erwerbsverlauf verbunden. Professionell und überwiegend von Frauen geleistete Care-Arbeit wird ein immer bedeutenderer Wirtschaftszweig, allerdings einer mit oft niedriger Entlohnung, geringen beruflichen Weiterentwicklungsmöglichkeiten und aufgrund der hohen Arbeitsverdichtung hohen Teilzeitquoten. Es geht also darum, Care-Arbeit als wichtigen Produktivitätsfaktor anzuerkennen, sie besser zu honorieren und Care-Berufe so zu konzipieren, dass für die Beschäftigten eine Weiterentwicklung im Lebensverlauf möglich ist.
- Trotz der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt stellen wir fest: Langzeitarbeitslosen kommt der Aufbau von Beschäftigung nicht in gleicher Weise zugute. Zwar ist die Langzeitarbeitslosigkeit in den Jahren 2007 bis 2009 um ein Drittel zurückgegangen, seit dem jedoch kaum. Es gibt vielfältige Gründe, warum die Chancen der Bezieherinnen und Bezieher von SGB-II-Leistungen auf eine dauerhafte Beschäftigung geringer sind. Vielfältige individuellen Hemmnissen, aber auch die Lage auf regionalen und lokalen Arbeitsmärkten erschweren ihre Vermittlung. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, Menschen, die schon lange arbeitslos sind, wieder neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Sie brauchen maßgeschneiderte Betreuungs- und Vermittlungsangebote und passgenaue Hilfen.

GUTE ARBEIT UND GENDER

Eine zentrale Querschnittsaufgabe sozialdemokratischer Beschäftigungspolitik ist die Gleichstellung von Frauen und Männern. Noch immer sind Einkommen, Zugänge, Aufstiegschancen und insbesondere die unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen ungleich verteilt. Ursächlich dafür ist das Zusammenwirken von tradierten Interessen, staatlichen Fehlanreizen, kulturellen Zuschreibungen und einer unzureichenden gesellschaftlichen Organisation von Care-Arbeit, die Verantwortung in hohem Maße an die Familien delegiert – und das bedeutet aufgrund der herrschenden Geschlechterverhältnisse: an die Frauen. Da diese Blockadefaktoren so vielfältig und stark miteinander verwoben sind, kann echte Gleichstellung nur durch einen ganzheitlich, systematischen Ansatz erreicht werden. Gender Mainstreaming ist der Schlüssel zu einer geschlechtergerechteren Gesellschaft. Gender Mainstreaming dient dazu, jedes politische Vorhaben daraufhin zu prüfen, welche Auswirkungen es auf die Lebensbedingungen von Frauen und Männern hat. Familienleistungen wie das Ehegattensplitting bestrafen de facto eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit in den Familien. Gleichzeitig benachteiligen sie Alleinerziehende und nicht verheiratete Paare mit Kindern in erheblichem Umfang. Nötig ist eine Reform der Familienleistungen mit dem Ziel, die unterschiedlichen Familienmodelle abzusichern und den Wunsch der Eltern nach Partnerschaftlichkeit zu unterstützen.

IV. ECKPUNKTE EINER MODERNEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITSPOLITIK

1. REGELN FÜR GUTE ARBEIT DURCHSETZEN

Die SPD hat im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass es im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz für Leiharbeit künftig wieder eine gesetzlich festgeschriebene Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten geben soll. In vielen Branchen, u.a. in der Metall- und Elektroindustrie und der chemischen Industrie, gibt es tarifvertragliche Regelungen, die eine gestaffelte bessere Entlohnung von Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmern vorsehen. Unter Beachtung der entsprechenden tarifvertraglichen Regelungen soll der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ künftig nach spätestens neun Monaten für Leiharbeitnehmer und Stammbeschäftigte gelten. Der Einsatz von Leiharbeitsbeschäftigten als Streikbrecher soll verboten werden.

Aus vielen Branchen gibt es Rückmeldungen, dass verstärkt Werkverträge als Alternative zu Leiharbeit eingesetzt werden. Wir werden die durch die Rechtsprechung entwickelten Abgrenzungskriterien zwischen ordnungsgemäßen und missbräuchlichen Fremdpersonaleinsatz gesetzlich niederlegen. Darüber hinaus werden wir die Prüftätigkeit bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit konzentrieren, organisatorisch effektiver gestalten und erleichtern. Die Informations- und Unterrichtungsrechte der betrieblichen Mitbestimmung werden wir sicherstellen und konkretisieren.

Die massive Ausweitung atypischer und prekärer Beschäftigungsformen setzt die Stammbelegschaften und Betriebsräte zunehmend unter Druck. Der günstigere Mitarbeiter nebenan, der die gleiche Arbeit macht, aber ein Drittel weniger verdient, stellt immer auch ein Drohpotential dar. Es ist deshalb aus sozialdemokratischer Sicht in Zukunft notwendig, die echten Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Fremdbeschäftigung im Betrieb deutlich zu stärken. Das betrifft Umfang und Dauer von Leiharbeit ebenso wie das Zustimmungsverweigerungsrecht beim Einsatz von Werkverträgen.

Mit dem Mindestlohn ist es gelungen, vielen Beschäftigten einen Weg aus Minijobs in reguläre Arbeit zu öffnen. Dieses Ziel verfolgen wir weiter. Auch wollen wir weiterhin Möglichkeit sachgrundloser Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen und den Katalog möglicher Befristungsgründe überprüfen.

Um gleiche Bezahlung für Frauen und Männer zu erreichen, wollen wir die Einführung eines Entgeltgleichheitsgesetzes.

2. TARIFBINDUNG STÄRKEN

Wo Tarifverträge gelten und Betriebsräte mitbestimmen, erhöhen vielfältige Regelungen die Möglichkeiten der Beschäftigten zur (Mit-) Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen. Die Tarifbindung erodiert jedoch in dramatischem Maße. Nur gut die Hälfte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitiert von einer Tarifbindung und noch weniger werden gegenüber ihrem Arbeitgeber durch einen

Betriebsrat vertreten. Deshalb ist es richtig, dass die SPD die Möglichkeiten, Tarifverträge allgemein verbindlich zu erklären, verbessert hat. Die Digitalisierung verändert die Bewertung von Arbeit und Leistung. Die Leistungsbewertung erfolgt arbeits- und tarifvertraglich bislang vor allem anhand der Kriterien Qualifikation, konkrete Tätigkeit und Arbeitszeit. In dem Maße, in dem digitale Arbeit zu einer Entgrenzung von Raum und Zeit führt und in dem bei vielen Tätigkeiten der Faktor Zeit bei der Leistungsbewertung eine geringere Rolle spielt, kann dies zulasten der Sicherung der Ansprüche von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gehen.

- Deshalb werden wir prüfen, ob weitere Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung erforderlich sind. Ein zusätzlicher Anreiz könnten gesetzliche Rahmenbedingungen sein, die in tarifgebundenen Betrieben mehr Flexibilität erlauben, als in tarifungebundenen Betrieben.
- Ausgehend von der Regelung der Generalunternehmerhaftung im Mindestlohngesetz und den Tariftreueregelungen bei öffentlicher Auftragsvergabe sollte geprüft werden, inwieweit der Gedanke der Tariftreue auch im privatwirtschaftlichen Sektor gestärkt werden kann.
- Ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften kann die Rechtsposition von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern insbesondere in Klein- und mittelständischen Betrieben fördern und die Stellung der Gewerkschaften stärken.

3. MEHR CHANCEN FÜR JUNGE MENSCHEN

Wir wollen gute Arbeit auch für junge Beschäftigte. Gerade junge Menschen brauchen eine Perspektive, sonst ist eine vernünftige Lebens- und Familienplanung nicht möglich. Junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind aber aktuell weiterhin überproportional von atypischen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen. Deshalb bleibt es dabei:

Wir wollen die Möglichkeit sachgrundlos befristeter Arbeitsverträge abschaffen und die möglichen Sachgründe für Befristungen einer kritischen Prüfung unterziehen.

Die duale Ausbildung ist ohne Zweifel eine der Stärken unseres Ausbildungssystems und der Garant für die im europäischen und internationalen Vergleich niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Die duale Ausbildung ist wichtig für die Fachkräftesicherung von morgen und trägt entscheidend zur Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstands unseres Landes bei. Deshalb wollen wir sie weiter stärken.

Noch immer aber stecken fast 260.000 junge Menschen im Übergangsbereich fest, gerade einmal 65 Prozent der Ausbildungsinteressierten haben im letzten Ausbildungsjahr einen Ausbildungsplatz bekommen und 14 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Und immer weniger Betriebe in Deutschland bilden aus. Die Quote der Ausbildungsbetriebe sinkt kontinuierlich und liegt derzeit nur noch knapp über 20%. Wer nicht ausbildet, darf sich über Fachkräftemangel nicht beschweren. Ein hoher Ausbildungsstand muss im ureigenen Interesse der Betriebe liegen. Der demografische Wandel macht veränderte Personalpolitik notwendig. Das ist nicht neu, aber offensichtlich immer noch nicht in allen Betrieben angekommen.

Mit der im Wesentlichen von der SPD vorangetriebenen Allianz für Aus- und Weiterbildung gehen Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft gemeinsam in die richtige Richtung. Jetzt kommt es darauf an, dass alle Partner in der Allianz ihre Zusagen einhalten. Mit der Ausweitung der Zielgruppe für ausbildungsbegleitende Hilfen und der gesetzlichen Verankerung der Assistierten Ausbildung als neuem Instrument sind wesentliche Verabredungen umgesetzt. Von der Wirtschaft erwarten wir ihre Zusagen ebenfalls einzuhalten. Sie hat u.a. zugesichert, 20.000 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und jedem Jugendlichen, der keinen Ausbildungsplatz findet, drei konkrete Angebote für eine betriebliche Ausbildung zu machen. Mit den zurzeit neu nach Deutschland kommenden Flüchtlingen wird die Herausforderung noch größer. Es entsteht ein zusätzlicher Bedarf an ausbildungsvorbereitenden Programmen und assistierter Ausbildung.

Jeder Jugendliche hat das Recht auf eine Ausbildung und dieses Recht gilt es umzusetzen. Wir wollen jedem ausbildungsinteressierten Menschen einen Pfad aufzeigen, der frühestmöglich zu einem Berufsabschluss führt. Unser Ziel bleibt die Garantie auf einen Ausbildungsplatz und damit der Anspruch für alle in Deutschland lebenden jungen Menschen auf eine qualitativ hochwertige und vollqualifizierende Ausbildung. Dazu zählt auch eine Mindestausbildungsvergütung. Junge Menschen wollen auf eigenen Beinen stehen. Dies können sie nur, wenn sie bereits während der Ausbildung angemessen entlohnt werden.

Das Bildungs- und Ausbildungssystem muss sich durch eine Kultur niedrigschwelliger und über alle Lebensphasen hinweg offener Zugänge auszeichnen. Jeder braucht die Möglichkeit auf eine zweite oder auch dritte Chance. 2009 wurde bereits auf Initiative der SPD hin das lebenslange Recht auf das Nachholen eines Hauptschulabschlusses erfolgreich eingeführt. Darüber hinaus braucht es Wege, die sozial benachteiligten und lernbeeinträchtigen Jugendlichen bessere Chancen auf eine Ausbildung in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes und damit bessere Chancen für ihre gesamte Erwerbsbiografie bieten. Diese Jugendlichen müssen von fachlich und sozialpädagogisch geschulte Assistenten profitieren, die sie und die Betriebe begleiten und auch Arbeitgebern als Ansprechpartner zur Seite stehen. In der Allianz für Aus- und Weiterbildung haben wir hier geeignete Instrumente entwickelt, die es gilt in geeigneter Form zu verstetigen. Wir stärken damit die duale Ausbildung im Betrieb, indem eine Begleitung über die gesamte Ausbildungsdauer ermöglicht wird.

Für das Gelingen der Ausbildung ist deren Qualität von entscheidender Bedeutung. Hier jedoch besteht in bestimmten Bereichen und Branchen ein großer Mangel, der u.a. in hohen Abbruchquoten, der Zunahme ausbildungsfremder Tätigkeiten oder einen fehlenden Eignung der Ausbilder seinen Niederschlag findet. Deshalb wollen wir das Berufsbildungsgesetz (BBiG) novellieren, um so ganz wesentlich die Qualität der Ausbildung im dualen System zu stärken.

Um die Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weiter zu stärken ist die Deckung des Fachkräftebedarfes von entscheidender Bedeutung. Dazu wollen wir die Vorteile des beruflichen und des akademischen Bildungssystems sinnvoll miteinander verknüpfen. Wir können die Lebensentscheidungen junger Menschen nicht vorwegnehmen, deshalb wollen wir dafür Sorge tragen, dass beide Ausbildungsformen ein Garant für Beschäftigung und gute Verdienstchancen werden. Die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Bildungsgängen - und zwar alle in Richtungen - eröffnet die Chance auf zahlreiche individuelle Bildungs- und damit auch Beschäftigungskarrieren.

Der Ausbau der Studien- und Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulen wie auch die flächendeckende Etablierung von Jugendberufsagenturen zur erfolgreichen Gestaltung des Überganges zwischen Schule, Ausbildung und Beruf ist hier entscheidend. Mit einem gerechten und leistungsfähigen System der Aus- und Weiterbildungsfinanzierung müssen wir darüber hinaus das lebenslange Lernen, das nicht immer linear verläuft, stärker in den Blick nehmen und an die Lebenswirklichkeiten der Betroffenen anpassen. Mit der substanziellen Verbesserung beim BAföG und den verbesserten Fördermöglichkeiten bei der Aufstiegsfortbildung (Meister-BAföG) sind wir hier erste wichtige Schritte gegangen.

4. AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK UND QUALIFIZIERUNG: UMBAU DER ARBEITSLOSENVERSICHERUNG ZUR ARBEITSVERSICHERUNG

Wie genau die Arbeitswelt der Zukunft aussehen wird und welche Innovationen die Arbeit von morgen bestimmen werden, wissen wir nicht. Künftig wird der Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit wohl gegenüber der Sicherung eines konkreten Arbeitsplatzes an Bedeutung gewinnen. Die einmalige Ausbildung am Start des Berufslebens reicht schon heute nicht mehr aus. Um die Kompetenzen up-to-date zu halten, wird es zukünftig noch mehr darum gehen, dass alle Beschäftigen ihre Talente über den Verlauf ihres Erwerbslebens einbringen und weiterentwickeln können.

Einerseits geht es um höhere Qualifikationen, damit Erwerbstätige mit den technologischen Entwicklungen Schritt halten können. Andererseits sind neben fachspezifischen Kenntnissen verstärkt soziale und personale Fähigkeiten, wie Problemlösungskompetenz, Kreativität, Kommunikationsstärke oder die Fähigkeit zu ganzheitlichem und vernetztem Denken, gefragt.

Die Weiterbildung ist ein Schlüsselthema sowohl der Arbeitsmarkt- als auch der Innovationspolitik. In ihr kristallisiert sich der sozialde-

mokratische Anspruch, wirtschaftliche Stärke der Volkswirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit für den Einzelnen zu verbinden. Wenn wir im globalen Wettbewerb besser sein wollen, brauchen wir gute Fachkräfte und hochqualifizierte Belegschaften. Wir brauchen die Kreativität älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit einer Kombination aus ihren Erfahrungen und aktuellem Wissen ein wertvolles Potential darstellen.
Mit einer klugen Politik können aus dem wachsenden Bedarf an Fachkräften neue Aufstiegsmöglichkeiten für viele Beschäftigte werden. Dafür bedarf es einer Doppelstrategie: Zum einen wollen wir allen die Chance geben, so qualifiziert wie möglich zu arbeiten. Zum anderen wollen wir denjenigen, die unfreiwillig von Arbeit ausgeschlossen sind, neue Zugänge eröffnen. Dazu zählen vor allem Frauen, aber auch Menschen mit Einwanderungsgeschichte so wie Schul- und Ausbildungsabbrecher.
Die Zusammenführung und der Ausbau der bestehenden Instrumente der beruflichen Weiterbildung in einem umfassenden Recht auf Weiterbildung sind überfällig. Darin eingeschlossen sollte auch ein Rechtsanspruch auf eine lebensbegleitende Qualifizierungs- und Weiterbildungsberatung sowie die Möglichkeit zur kontinuierlichen Kompetenzfeststellung.
Darum hat die SPD als erste Partei seit vielen Jahren das Ziel formuliert, die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterzuentwickeln und dementsprechend einen Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung voranzutreiben. Mit der Arbeitsversicherung wollen wir die Beschäftigungsfähigkeit aller Erwerbstätigen über alle Qualifikationsstufen stärken und in Übergängen des Erwerbsverlaufs absichern.
Aus der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit erwächst auch eine gemeinsame Finanzierungsverantwortung von Staat, Sozialpartnern, Arbeitgebern und Beschäftigten. Bestehende betriebliche und tarifpolitische Instrumente sollen die Arbeitsversicherung gezielt ergänzen und neben staatlichen Formen der Weiterbildungsförderung für einen breiten Finanzierungsmix sorgen.
Die Arbeitsversicherung reagiert nicht erst bei Arbeitslosigkeit. In einer Arbeitswelt, die mit immer mehr Brüchen in den Erwerbsbiografien verbunden ist, sichert die Arbeitsversicherung durch berufsbegleitende Beratung und Weiterqualifizierung die Menschen vorsorgend ab durch

- einen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Weiterbildungsberatung verbunden mit der Pflicht zur Beratung, wenn Förderleistungen in Anspruch genommen werden;
- einen arbeitsrechtlichen Anspruch gegenüber dem Arbeitsgeber auf Sicherung und Erhalt der Qualifikation sowie das Recht auf Freistellung für Qualifizierung verbunden mit einem Rückkehrrecht auf den bisherigen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz;
- und den bestehenden sozialrechtlichen Anspruch auf Qualifizierung durch die bisherige Arbeitsmarktförderung der BA im Falle von Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitsversicherung richtet zusammen mit den Agenturen für Arbeit Qualifizierungsstützpunkte zur unabhängigen Qualifizierungsberatung ein. Sie schafft regionale Qualifizierungsnetze zur Umsetzung des Anspruchs auf Weiterbildung. Diesen Weg von der Arbeitslosen- zur Arbeitsversicherung gehen wir schrittweise und in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern.

5. MODERNE ARBEITSZEITPOLITIK: SOUVERÄNITÄT UND LEBENSPHASENORIENTIERUNG

Um biografisch und häufig auch familiär bedingten Bedürfnissen besser entsprechen zu können, ist eine stärker am individuellen Lebenslauf orientierte Gestaltung der Arbeitszeit erforderlich. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen mehr Möglichkeiten, Dauer, Lage und Rhythmus ihrer Arbeitszeiten gemäß den Anforderungen ihrer jeweiligen Lebenslage zu wählen. Hierzu bedarf es gesetzlicher Rahmenbedingungen sowie tariflicher und betrieblicher Lösungen. Dabei geht um zwei mit einander verknüpfte Ziele:
Zum einen sollten Beschäftigte mehr individuelle Möglichkeiten haben, Lage, Dauer und Ort der täglichen Arbeit bzw. Arbeitszeit zu bestimmen, sofern nicht betriebliche Belange entgegenstehen.
Zum anderen sollte sich die regulär vereinbarte (Wochen-)Arbeitszeit stärker an den Bedürfnissen von Lebenssituation und Lebensphase orientieren. Das im Koalitionsvertrag der Großen Koalition vereinbarte Recht, nach einer Phase der Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückzukehren, ist hierzu ein wichtiger Schritt. Zudem muss es möglich sein, in Phasen eines hohen Arbeitsvolumens (z.B. nach der Ausbildung oder der Familienphase) zusätzlich geleistete Arbeitszeiten anzusparen und darauf in Phasen verringerter Erwerbsarbeit zurückzugreifen, um fürsorgebedingte Auszeiten oder Arbeitszeitreduzierungen zu kompensieren.
Für bestimmte Übergänge in der Erwerbsbiografie, Phasen der Nicht-Erwerbstätigkeit oder der reduzierten Arbeitszeit, die auch im gesellschaftlichen Interesse sind (v.a. Betreuung, Qualifizierung, Pflege) gibt es bereits Instrumente, die diese Phasen finanziell absichern wie das ElterngeldPlus oder die Familienpflegezeit. Die Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und Ruhestand wollen wir flexibler ausgestalten. Ebenso wollen wir andere Übergänge und Qualifizierungsphasen besser absichern. Wir setzen uns darüber hinaus für die Einführung einer Familienarbeitszeit ein. Sie baut auf dem Elterngeld auf und ermöglicht Eltern, die beide in Teilzeit arbeiten, einen einkommensabhängigen Teillohnausgleich. Die Familienarbeitszeit unterstützt die partnerschaftliche Arbeitsteilung, erhöht die Chance, dass Frauen statt in „kleiner Teilzeit“ in „großer Teilzeit“ arbeiten und so ihre individuelle Existenzsicherung verbessern und sie hebt insgesamt das Arbeitsvolumen an.
All diese Maßnahmen leisten einen Beitrag, ein neu definiertes Normalarbeitsverhältnis zu ermöglichen. Doch ist es wichtig, dass diese Einzelmaßnahmen nicht unverbunden nebeneinander stehen und finanzielle Mittel zielgenau eingesetzt werden. Die SPD vertritt das Leitbild einer lebensphasenorientierten Beschäftigungspolitik. Bis zur Bundestagswahl 2017 werden wir dieses Leitbild übersetzen in ein (Lebens-) Arbeitszeitkonzept aus einem Guss. Dieses Konzept soll einen Sockel bilden, auf dem Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge aufbauen können.

6. INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN IN DEN ARBEITSMARKT

Hunderttausende Menschen werden in diesem und in den kommenden Jahren bei uns Asyl erhalten und sich ein neues Leben aufbauen wollen. Ihre erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft ist eine immense Aufgabe. Sie wird nicht von heute auf morgen zu lösen sein, aber sie muss gerade am Arbeitsmarkt rasch gelingen. Denn Arbeit ist der Schlüssel für die Verwirklichung von Chancen und für gesellschaftliche Teilhabe.
Gelingende Integration ist ein Gewinn für jeden einzelnen Menschen, der zu uns kommt, aber auch für die gesamte Gesellschaft. Gelingende Integration kann wesentlich dazu beitragen, die gesellschaftlichen Auswirkungen des demografischen Wandels abzufedern, die Fachkräftebasis zu stärken und unsere sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren.

Unter den Flüchtlingen, die jetzt in unser Land kommen, sind sehr viele junge Menschen. Diese jungen Menschen auszubilden und zu qualifizieren, ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes.

- Die berufsbezogene Sprachförderung (ESF-BAMF-Kurse) ist erheblich auszuweiten, damit Flüchtlinge in Anknüpfung an die im Integrationskurs erworbenen allgemeinen Sprachkenntnisse auch arbeitsspezifische Sprachkenntnisse erwerben können.
- Die im Modellprojekt („Early Intervention“) erprobten Maßnahmen, mit denen einige Arbeitsagenturen die Vermittlung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt gezielt vorantreiben, müssen in allen Arbeitsagenturen und Jobcentern zur Anwendung kommen: Das Modell muss zur Regel werden. Dafür ist es auch notwendig, die personelle Ausstattung zu verbessern und die interkulturelle Öffnung weiter voranzutreiben. Denn klar ist: Auch wenn unter den Flüchtlingen Fachkräfte sind, so werden doch viele bei der Integration in den Arbeitsmarkt Unterstützung benötigen.
- Junge Asylbewerber und Geduldete müssen bei uns eine begonnene Ausbildung beenden können und brauchen für die gesamte Dauer der Ausbildung einen regulären Aufenthaltstitel. Anschließend müssen sie natürlich am Arbeitsmarkt Fuß fassen können.

- Es ist zu prüfen, wie die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit für junge Asylbewerber und Geduldete geöffnet werden können. Die erforderlichen Mehrbedarfe sind im Bundeshaushalt und nicht aus Beitragsmitteln bereit zu stellen.
- Die Wirtschaft steht in besonderer Verantwortung. Sie muss jetzt in eine Ausbildungsoffensive für alle gehen.

7. MEHR DEMOKRATIE IM BETRIEB – MITBESTIMMUNG AUSBAUEN

Mitbestimmte Unternehmen sind wirtschaftlich erfolgreicher, innovationsstärker und weisen eine höhere innerbetriebliche Flexibilität auf. Mitbestimmung schafft gerade in wirtschaftlichen Umbruchzeiten die Voraussetzung für Lösungen, die beiden Seiten gerecht werden – den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen und den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach guten Arbeitsbedingungen.

Betriebliche Mitbestimmung

Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen wo nötig anpassen und die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Organisation und Gestaltung von Arbeit und die Rechte der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern im mitbestimmten Aufsichtsrat ausbauen und sichern. Gerade unter den veränderten Kommunikations- und Interaktionsformen muss der Betrieb im Sinne einer „digitalen Beteiligungskultur" als sozialer und demokratischer Ort erlebbar werden.

- Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung des Erhalts der Beschäftigungsfähigkeit im Wandel und der betrieblichen Qualifizierung sollen die Mitwirkungsrechte des Betriebsrats erweitert werden, etwa durch Ausbau des bestehenden Vorschlags- und Beratungsrechts zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung und durch ein generelles Initiativrecht auf die Einführung betrieblicher Berufsbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.
- Noch immer gibt es zu viele Betriebe ohne betriebliche Mitbestimmung. Wir wollen die Reichweite der betrieblichen Mitbestimmung erhöhen. Dazu sollte das mit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 2001 eingeführte vereinfachte Wahlverfahren auf Betriebe bis 100 Beschäftigte erweitert werden.
- Die Behinderung der betrieblichen Mitbestimmung ist kein Kavaliersdelikt. Deshalb sollten die Sanktionen bei Be- oder Verhinderung von Betriebsratsarbeit verschärft werden.
- Digitales Arbeiten erhöht die Gefahren, dass durch Fremdvergabe zunehmend mehr Beschäftigte in Unternehmen nicht mehr der betrieblichen Mitbestimmung unterliegen. Beim Einsatz von Fremdbeschäftigung wollen wir die frühzeitigen Beratungs- und Verhandlungsrechte der Betriebsräte ausweiten und das Zustimmungsverweigerungsrecht verbessern.

Unternehmens-Mitbestimmung

Globalisierte Wirtschaftsstrukturen machen Ländergrenzen für Unternehmen immer unwichtiger, für die Mitbestimmung bleiben sie dagegen oft unüberwindbar. Wir wollen daher geeignete Maßnahmen ergreifen, um einer Flucht aus der Mitbestimmung entgegen zu wirken.

- Wesentliche Entscheidungen über Produktionsstandorte dürfen nicht ohne Mitbestimmung gefällt werden. Deswegen sollte der Gesetzgeber einen Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte im Aufsichtsrat eines Unternehmens erlassen.
- Vor dem Hintergrund zunehmender globaler Verflechtung über die Finanzmärkte müssen die Mitbestimmungsrechte der Betriebsverfassungsorgane zur Berücksichtigung der berechtigten Belegschaftsinteressen bei Unternehmensübernahmen gestärkt werden, insbesondere im Falle der Übernahme durch Finanzinvestoren.
- Da die Zahl der Unternehmen steigt, die in Deutschland arbeiten, aber über eine ausländische Rechtsform sich der Mitbestimmung entziehen, sollte das deutsche Mitbestimmungsrecht auch auf Unternehmen mit ausländischer Rechtsform und Sitz in Deutschland erstreckt werden.

8. ABSICHERUNG VON (SOLO-)SELBSTSTÄNDIGEN

Auch wenn Solo-Selbstständigkeit in den letzten Jahren statistisch nicht zugenommen hat und neue Formen wie Cloud- oder Crowdwork nur von einer Minderheit der Unternehmen eingesetzt werden, zeigen die Entwicklungen in einigen Bereichen dennoch, dass eine Verlagerung von abhängiger Beschäftigung in selbstständige Erwerbsformen stattfindet.

Vor allem so genannte Vermittlungsplattformen spielen hier eine wichtige Rolle. Es muss klarer definiert werden, was ein Auftrags- und was Arbeitsverhältnis ist. Möglicherweise wird jedoch eine Differenzierung in Arbeitnehmer einerseits und Selbstständige andererseits der Herausbildung von neuen Erwerbsformen und Mischformen von abhängiger und selbstständiger Erwerbstätigkeit nicht mehr gerecht.

Zudem ist zu klären, welche Verantwortung Vermittlungsplattformen und andere Auftraggeber für Solo-Selbstständige zu übernehmen haben. Denkbar ist z.B., dass sie dazu verpflichtet werden, einen Quasi-Arbeitgeberanteil in die Sozialversicherungen zu entrichten.

Anders als in vielen anderen europäischen Ländern besteht für die Mehrheit der Selbstständigen in Deutschland keine Versicherungspflicht. Selbstständigkeit per se ist aber weder eine Garantie für ausreichende Altersvorsorge, noch lässt sich diese bei pauschaler Differenzierung hinsichtlich Branche, Rechtsform des Unternehmens oder Zahl der Mitarbeiter unterstellen. Wenn in einer Erwerbsbiografie durch Zeiten der Selbstständigkeit Sicherungslücken entstehen oder sich die private Vorsorge Selbstständiger aus welchen Gründen auch immer als unzureichend erweist, besteht die Gefahr von Bedürftigkeit im Alter. Dies hat erhebliche negative Konsequenzen nicht nur für die Lebensqualität der Betroffenen selbst, sondern auch für das Gemeinwesen, das die Grundsicherung im Alter finanziert.

Vor diesem Hintergrund ist es sozial- und ordnungspolitisch geboten, Selbstständige stärker als bislang zur Altersvorsorge zu verpflichten. Diese Versicherungspflicht muss jedoch den Besonderheiten selbstständiger Tätigkeit Rechnung tragen. Dazu gehört zum Beispiel, Selbstständige nicht mit rigiden Regelungen hinsichtlich Form und Umfang der Vorsorge zu überfordern, die Bedürfnisse von Existenzgründern zu berücksichtigen, berufliche Statuswechsel zu berücksichtigen und Lösungen für die schwankenden Einkommen von Selbstständigen zu entwickeln.

9. ARBEITS- UND DATENSCHUTZ IN DER DIGITALEN ARBEITSWELT

Big Data, also die Verarbeitung, Aggregierung und Verknüpfung unterschiedlichster Arten und großer Mengen von Daten in Echtzeit, eröffnet ein beträchtliches wirtschaftliches und gesellschaftliches Potential, das wir nutzbar machen möchten.

Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht der mündige, selbstbestimmte Bürger auch in der digitalen Welt an vorderster Stelle. Die Herstellung der größtmöglichen Datensouveränität ist hierfür eine unbedingte Voraussetzung.

Im digitalen Zeitalter werden aber auch in der Arbeitswelt immer mehr Daten über die Beschäftigten erfass- und verwertbar. Das gilt etwa für Aufenthaltsorte und -dauer am vernetzten Arbeitsplatz oder persönliche Profildaten für individualisierte Mensch-Maschine-Schnittstellen. Es liegt auf der Hand, dass sich damit auch völlig neue Möglichkeiten der Leistungs- und Verhaltenskontrolle eröffnen. Der Ausgleich zwischen Interessen der Unternehmen und den Beschäftigten kann hier nicht den Beteiligten selbst überlassen bleiben, da zwischen Datenverwendern und Betroffenen ein Abhängigkeitsverhältnis existiert. Den gläsernen Beschäftigten wollen wir nicht. Hier besteht ein klarer gesetzgeberischer Handlungsbedarf. In der europäischen Datenschutzgrundverordnung müssen Mindeststandards für den Arbeitnehmerdatenschutz definiert werden. Diese muss in Deutschland ausgestaltet und per Öffnungsklausel weiter ausgebaut werden, um insbesondere die informationellen Selbstbestimmungsrechte der Beschäftigten zu wahren. Wir setzen uns für die Verabschiedung eines eigenständigen Arbeitnehmerdatenschutzgesetzes ein, das Übersicht über geltende Regelungen schafft und bestehende Lücken beseitigt.

Psychische Erkrankungen nehmen deutlich zu. Häufig vermischen sich dabei private und berufliche Auslöser. Psychische Erkrankungen sind aber nicht nur individuelle Schicksale, sondern haben Auswir-

kungen auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes: In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Ausfall von Arbeitsstunden durch psychische Erkrankungen verdoppelt. Das durchschnittliche Einstiegsalter in die Erwerbsminderungsrente ist seit Ende der 1990er Jahre von 58 auf 48 gesunken. Die ILO geht davon aus, dass die Kosten psychischer Erkrankungen in der EU drei bis vier Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen.
Im Frühjahr 2016 wird die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) den Wissensstand zu Ursachen und Wechselwirkungen psychischer Erkrankungen systematisch aufbereitet und in konkrete Gestaltungsanforderungen überführt haben. Nach Vorlage dieser Ergebnisse sind Politik und Sozialpartner gemeinsam in ihrer Verantwortung gefordert, betrieblich wirksame Handlungsoptionen unter Einbezug des gesetzlichen Arbeitsschutzes zu entwickeln.
Schon heute ist klar: Jeder Arbeitgeber ist beim psychischen Arbeitsschutz in der Pflicht und darf psychische Belastungen nicht anders behandeln als körperliche Belastungen. Es ist Aufgabe der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, durch Gefährdungsbeurteilungen gesunden Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten sicherzustellen. Hier müssen gesetzlicher Anspruch und Wirklichkeit näher zusammen gebracht werden.
Über das gesetzgeberische Handeln hinaus, ist es Aufgabe der Sozialpartner, gemeinsam Arbeitswelten zu etablieren, die sich förderlich auf die psychische Gesundheit auswirken. Wir begrüßen daher sozialpartnerschaftliche Initiativen, wie die Übereinkunft zur guten und gesunden Arbeit in der Chemiebranche oder entsprechende tarifvertragliche Regelungen für die Erzieherberufe. Weitere sollten im Interesse der Beschäftigten und deren Unternehmen folgen.

V. AUSBLICK – GUTES LEBEN BRAUCHT GUTE ARBEIT

Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind untrennbar miteinander verbunden. Der Einsatz für gute Arbeitsbedingungen und gleiche Lebenschancen gehören zum identitätsstiftenden Selbstverständnis der Sozialdemokratie. Eine gerechte Ordnung des Arbeitsmarktes ist eine grundlegende Voraussetzung für gutes Leben. Die Definition, was für jeden Menschen ein gutes Leben ist, mag individuell verschieden sein und hängt auch von unterschiedlichen Startvoraussetzungen ab. Ein gutes Einkommen, soziale Sicherheit, Gleichstellung, Partnerschaftlichkeit, Teilhabe und die Planbarkeit des eigenen Lebens sind aber elementare Voraussetzungen, um die jeweilige individuelle Vorstellung eines guten Lebens überhaupt erst möglich zu machen und dieser Vorstellung folgend, das eigene Leben zu gestalten.
Wenn wir die Arbeitswelt von morgen gestalten wollen, müssen wir den ganzen Zusammenhang von Wirtschaft, Technologie, Arbeit, Gesundheit, Bildung und Familie in den Blick nehmen und die Schnittstellen der Politikfelder eng verzahnen. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe „Zukunft der Arbeitswelt“ des SPD-Parteivorstands werden wir im Jahr 2016 zur kommenden Bundestagswahl ein Gesamtkonzept entwickeln.

BESCHLUSS: UNSERE DEMOKRATIE STÄRKEN – MEHR TRANSPARENZ, MEHR PROFIL, MEHR MITENTSCHEIDUNG, MEHR WAHLBETEILIGUNG!

PARTEIVORSTAND, 19.10.2015

Auf seiner heutigen Sitzung hat der SPD-Parteivorstand folgenden Leitantrag für den Bundesparteitag im Dezember 2015 in Berlin beschlossen:

I. WAHLBETEILIGUNG UND DEMOKRATISCHE KULTUR

SINKENDE WAHLBETEILIGUNG GEFÄHRDET DIE DEMOKRATIE

Demokratie ist die Grundlage für Freiheit, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Nur in einer starken und lebendigen Demokratie können Menschen ihre Wünsche und Interessen frei artikulieren und gemeinsam – auch im Konflikt – friedlich in der Gesellschaft umsetzen. Demokratie ist jahrhundertelang erkämpft worden. Und auch heute noch sterben Menschen in ihrem Einsatz für Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit. Viele Millionen Menschen auf der Welt sind noch dabei, demokratischen Fortschritt zu erkämpfen. Und auch in Deutschland ist es gerade einmal 25 Jahre her, dass Menschen für ihre Freiheit gekämpft haben. Heute sind Europa und Deutschland Vorbilder des politischen Fortschritts, trotz aller Mängel und Probleme.
Politische Willensbildung in Parteien und in gesellschaftlichen Initiativen ist eine tragende Säule für eine starke Demokratie. Wahlkämpfe und Wahlen sind Festtage der Demokratie. Dieses demokratische Grundverständnis wollen wir erneuern.
Über viele Jahre beobachten wir in Deutschland aber auch in anderen europäischen Demokratien, dass sich immer weniger Menschen an den Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen beteiligen. Einzelne Ausnahmen haben diesen Trend bislang nicht umkehren können. Auch bei den Landtagswahlen in diesem Jahr ist die Wahlbeteiligung noch weiter gesunken.

- Wahlbeteiligungen von knapp unter oder knapp über 50 Prozent bei einigen Landtagswahlen und z.T. deutlich unter 50 Prozent bei vielen Kommunalwahlen werfen die Frage nach der Legitimation der politischen Repräsentation auf.
- Hinzu kommt: Aktuelle Studien (u.a. der Bertelsmann-Stiftung) haben gezeigt: Je sozial schwieriger die Lebensverhältnisse in einem Wahlbezirk, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Auch ein geringeres Bildungsniveau verstärkt Wahlenthaltung. Die sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland geht einher mit einer sozialen Spaltung der Wählerschaft. Die Wahlergebnisse in Deutschland sind im Blick auf die Sozialstruktur der Wählerschaft z.T. nicht mehr repräsentativ.
- Beim Thema Repräsentation gilt überdies leider auch: die ungleiche Repräsentation der Geschlechter ist ein Anachronismus, der zu überwinden ist: Frauen stellen mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Aber auch im 21. Jahrhundert bleibt der Frauenanteil im Deutschen Bundestag, den Landtagen, den Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten deutlich hinter ihrem Bevölkerungsanteil zurück, auch wenn es einige Fortschritte in den letzten 20 Jahren gegeben hat.
- Und nicht zuletzt gewinnt angesichts hoher Zuwandererzahlen nach Deutschland auch die Frage nach der Integration in unser politisches und demokratisches System an Bedeutung. Dabei geht es nicht zuallererst um die Beteiligungsmöglichkeit an Wahlen, sondern um das Kennenlernen und Annehmen der politischen Kultur, die sich vor allem in den ersten 20 Artikeln des Grundgesetzes ausdrückt.
- Eine geringe Wahlbeteiligung begünstigt extreme, populistische und Splitterparteien und macht damit Parlaments- und Regierungsarbeit gerade in Krisenzeiten nicht einfacher.
- Auf europäischer Ebene ist die Akzeptanz der Integrationsperspektive in eine grundsätzliche Krise geraten, die nur über neues Vertrauen in demokratische Willensbildungsverfahren überwunden werden kann.
- Politik, aber auch die Medien, erleben eine wachsende argwöhnische Distanz der Menschen zu ihren Aufgaben und Leistungen. Lobby-Interessen und Beeinflussungsstrategien scheinen für viele die demokratischen Verfahren zu unterlaufen. Das Ansehen von Politik und Politikerinnen und Politikern rangiert neben den Medien weit unten.
- Eine Haltung scheint sich bei einigen zu verfestigen, die Wahlenthaltung als „coole“ Protesthaltung zelebriert, anderen scheint

Politik „egal“ zu sein. Für viele sind Politik und Wahlen eine alltagsweltlich fremde Welt.

Dies sind allesamt dringende Gründe für die SPD, eine breite, überparteiliche Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung anzuregen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen nicht tatenlos bleiben und uns gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien auf Bundes- und Länderebene dafür einsetzen, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger aktiv an Wahlen und aktiv am politischen Leben insgesamt beteiligen. Eine starke Wahlbeteiligung stärkt die Legitimation von Politik und Institutionen, kann Vertrauen erneuern helfen und sorgt auch dafür, dass rechtsextreme und -populistische Parteien weniger Chancen auf den Einzug in die Parlamente haben.

DEMOKRATISCHE VERANTWORTUNG DER SPD IN DEUTSCHLAND

- Die SPD als älteste demokratische Partei des Landes kämpft seit 152 Jahren für Gerechtigkeit, demokratische Qualität und Vitalität des politischen Systems in Deutschland.
- Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben vor bald 100 Jahren – zusammen mit der Arbeiter-, Gewerkschafts- und Frauenbewegung maßgeblich das demokratische Wahlrecht in Deutschland durchgesetzt. Am 12. November 1918 verkündete der Rat der Volksbeauftragten: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystem für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“ Am 19. Januar 1919 konnten Frauen in Deutschland bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung erstmals auf nationaler Ebene ihr Wahlrecht ausüben.
- Vor demnächst 50 Jahren setzte Willy Brandt unter dem Motto „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ (Regierungserklärung 1969) Reformen in der Bundesrepublik durch, die Staat und Gesellschaft moderner und liberaler machten und viele Bürger zur politischen Partizipation aktivierten.
- Seit 1989 fordert die SPD, das Recht auf Volksabstimmungen ins Grundgesetz aufzunehmen. Das würde den Bürgerinnen und Bürgern mehr Rechte zur Mitgestaltung einräumen und die Politik zwingen, ihre Gesetzgebung sorgfältiger zu begründen, wenn sie nicht Gefahr laufen will, in einer Volksabstimmung korrigiert zu werden. Leider blockiert die CDU unter Angela Merkel bis heute beharrlich alle Vorschläge hierzu.
- Die SPD setzt heute auch innerparteilich die Standards moderner Partizipation. Viele Menschen haben auf unser Wahlprogramm per Bürgerdialog Einfluß nehmen können und unsere Mitglieder haben erstmals direkt über einen Koalitionsvertrag in Deutschland verbindlich abgestimmt.

PARTIZIPATION UND INTEGRATION ALS ZENTRALE ZUKUNFTSAUFGABEN DER MODERNEN GESELLSCHAFT

- Trotz sinkender Wahlbeteiligung gilt: Große Mehrheiten in der Bevölkerung wünschen nicht weniger, sondern mehr demokratische Teilhabe. Auch durch transparente Verfahren der Bürgerbeteiligung und direkte Abstimmungen auf Kommunal-, Landes-und Bundesebene wollen die Menschen partizipieren. Grundsätzlich gilt: die Förderung bürgerschaftlicher Teilhabe und ehrenamtlichen Engagements in einer „Bürgergesellschaft“ ist mit der Erneuerung der politischen Kultur und einer Stärkung des politischen Systems eng verbunden. Das „neue Ehrenamt“ ist dabei z.T. weniger dauerhaft, dynamischer, anspruchsvoller und auch von Eigeninteresse geprägt. Daher sind Selbstorganisation, Entscheidungskompetenz, persönliche und moralische Betroffenheit sowie Handlungsautonomie heute die wichtigsten Treiber für bürgerschaftliches Engagement.
- Dabei darf aber nicht die sozial unterschiedlich verteilte tatsächliche Teilhabe-Chance und reale Teilhabe unterschlagen werden. Erst die Verminderung bzw. Überwindung sozialer Spaltung und der Ausbau sozialer Teilhabe kann unsere Demokratie nachhaltig stärken. Neben einer Politik, die auf Vollbeschäftigung, Entlastung von Familien und Alleinerziehenden und z.B. gezielte Integration von MigrantInnen setzt, ist die Qualität und Durchlässigkeit unseres Bildungssystems dafür entscheidend.
- Insbesondere junge Menschen müssen wir noch stärker in den Blick nehmen. Um für Demokratie zu begeistern, müssen wir Schulen und Hochschulen zu Orten der gelebten Demokratie machen. Diskussionen und politische Veranstaltungen müssen überall selbst-verständlich sein. Nur so kann politische Willensbildung schon früh beginnen - und das Bewusstsein mit der eigenen Stimme Einfluss zu nehmen, wachsen. Daneben sind für die Demokratieerziehung von jungen Menschen die Landeszentralen und die Bundeszentrale für Politische Bildung von großer Bedeutung. Diese gilt es zu stärken.
- Das Internet verändert Informationsgewinnung, Kommunikation und politische Entscheidungsfindung. Die Modernisierung der Wahl- und Abstimmungsverfahren mit Unterstützung durch elektronische Mittel ist auf mittlere Sicht unausweichlich. Dies sollte bei allen Reformdiskussionen berücksichtigt werden. Dabei ist klar: Wahlen müssen verlässlich und sicher sein. Ein berechenbares, nicht manipulierbares Wahlsystem ist elementar für eine Demokratie. Unabdingbar dafür sind aber eine deutlich höhere Sicherheit im Netz und die Unverletzbarkeit des Wahlgeheimnisses.
- Nicht zuletzt erfordert die Realität der Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland im Herzen der Europäischen Union eine demokratische politische Willkommens-Kultur, die Integration und Beteiligung für Migrantinnen und Migranten erleichtert und zugleich der Stärkung eines positiven Bezuges zu unserer Verfassung und unserem Gemeinwesen dient.
- Das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren ortsansässig sind, sollte in Deutschland ermöglicht werden.

GEMEINSAME INITIATIVE ZUR STEIGERUNG DER WAHLBETEILIGUNG

- Wir haben allen im Bundestag vertretenen Parteien eine „Gemeinsame Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung“ vorgeschlagen, die auch gesellschaftliche Akteure wie z.B. Gewerkschaften, Verbände, NGOs, Kirchen und Unternehmerverbände einbeziehen soll. Gemeinsam mit den demokratischen Parteien auf Bundesebene wollen wir Maßnahmen entwickeln, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen und unsere Demokratie zu stärken. Den Sachverstand der Wissenschaft beziehen wir mit ein.
- Zugleich werben wir in Öffentlichkeit und Medien für eine breite Diskussion über unsere demokratische politische Kultur. Dabei wollen wir uns auch offen und lernbereit zeigen für Kritik an den Parteien. Die demokratischen Parteien haben eine Mitverantwortung dafür, dass möglichst viele Menschen zur Wahl gehen. Sie haben eine Verpflichtung, ihren Verfassungsauftrag der Willensbildung durch deutliches programmatisches Profil, klare Sprache und verantwortliches Handeln umzusetzen. Sie leben vom Vertrauen der Bürger und obliegen ihrer Kontrolle. Politik, Parteien und die handelnde Personen müssen sagen, was sie tun und tun, was sie sagen.
- Politische Willensbildung – auch im Konflikt – ist Kernvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Wahlkämpfe und Wahlen sind Festtage der Demokratie. Dieses demokratische Grundverständnis muss wieder erneuert werden. Eine klare und unterscheidbare politische Programmatik der Parteien ist dafür unerlässlich. Die Wählerinnen und Wähler müssen das Vertrauen haben, etwas bewirken zu können und klare Entscheidungsalternativen haben.
- Parteien und Politikerinnen und Politiker müssen das Vertrauen der Menschen durch verantwortliche Entscheidungen rechtfertigen können. Politik ist für die Menschen da – nicht umgekehrt. Verbesserte Transparenzregeln für Abgeordnete sind ein wichtiger Schritt gewesen, ein umfassender Verhaltenskodex sowie ein Register für den Lobbyismus sind noch zu schaffen, auch eine Erweiterung öffentlicher Informationsrechte und eine verbesserte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in unterschiedliche Planungsprojekte steht weiter auf der Agenda.

II. HANDLUNGSVORSCHLÄGE FÜR MEHR WAHLBETEILIGUNG UND EINE ERNEUERTE POLITISCHE KULTUR

Wählen ist ein sozialer Akt. Eine Debatte über Instrumente allein

oder politische Kosten-Nutzen-Rechnungen werden dem Anspruch an eine gute demokratische Kultur nicht gerecht. Es geht nicht um moralisch-wertende Vorschriften. Menschen werden am meisten in ihrer Lebenswelt über Familie und Freunde motiviert, wählen zu gehen. Wahlen gehören zurück ins Alltagsleben. Zeitliche und räumliche Flexibilität gehört zu den gewachsenen Ansprüchen der Menschen. Wir müssen es ihnen so einfach wie möglich machen, ihre politischen Interessen bei Wahlen zu artikulieren. Wir müssen die Wahlurne näher an die Wählerinnen und Wähler bringen. Und die Menschen müssen das Gefühl haben: ihre Stimme zählt, es bewirkt etwas, wenn sie wählen gehen.

Die Politik muss ein doppeltes Signal an die Bürgerinnen und Bürger senden: Erstens: Jede Wählerstimme ist gefragt, Wahlkämpfe und Wählen stärken die Demokratie. Zweitens: Wir wollen die Stimmabgabe soweit es möglich ist, weiter erleichtern und in die Alltagskultur der Menschen integrieren.

Dabei können zunächst in einem ersten Schritt eine Reihe von einfachen, wirksamen und positiven Maßnahmen helfen, die ohne großen Streit und Gesetzesreformen auskommen. Dies sind vor allem Vorschläge, die zu einer Verbesserung der Information und der Motivation beitragen und das Verständnis bzw. die Akzeptanz der Wahlkämpfe sowie die Aufmerksamkeit für die Bedeutung von Wahlen erhöhen.

In einem zweiten damit verbundenen Folgeschritt müssen Reformen des Wahlsystems geprüft und eingeleitet werden, die Hürden absenken und die Stimmabgabe alltagstauglich erleichtern. Ein dritter Schritt wäre die Ergänzung demokratischer Verfahren in der parlamentarischen Demokratie durch Elemente wie Volksabstimmungen oder ggf. die Absenkung des Wahlalters.

MEHR INFORMATION, MOTIVATION UND AKZEPTANZ

■ Verbesserter Service

Informationen zu anstehenden Wahlen müssen früher, einfacher (verständliche Sprache und mehrsprachige Info-Angebote) und serviceorientierter erfolgen. Die Möglichkeiten der Kommunikation über Email und SMS (Hinweise zu Wahllokalen, Erinnerungsservice u.a.m.) sollten verstärkt genutzt werden.

■ Logos auf Stimmzettel

Auf den Wahlzetteln sollen Parteilogos aufgedruckt werden, um die Wahl für seh- und lesebenachteiligte Menschen zu erleichtern.

■ Öffentliche Wahlaufrufe

Verwaltungen und Medien sollten verstärkt neutral zur Wahlteilnahme aufrufen, öffentliche Initiativen zur Steigerung der Wahlbeteiligung von prominenten und nichtprominenten Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden sind zu fördern.

■ Politische Bildung

Die Landeszentralen für Politische Bildung und andere Bildungs-Einrichtungen sollen ihr Informationsangebot im Bezug auf Wahlen und Wahlkämpfe erweitern. Entsprechende Fördermittel werden aufgestockt.

■ Aktionstage für die Demokratie

An Schulen und Bildungseinrichtungen könnten Aktionstage für die Demokratie (mit Probewahlen, Planspielen, Podiumsdiskussionen, Wahlanalysen u.a. Veranstaltungsformaten) durchgeführt werden, die das Verständnis für die Verfassungsordnung und das politische System stärken. Demokratie muss bereits in der Schule erlebbar sein.

■ Tage der offenen Tür

Tage der offenen Tür in Rathäusern, Parlamenten oder Ministerien sind wertvolle Angebote, entsprechend sind auch informative Gruppenreisen in die Hauptstädte des föderalen deutschen Systems weiter zu fördern.

■ Wahlkampfrestriktionen abbauen

Unnötige Restriktionen des Wahlkampfes insbesondere auf kommunaler Ebene (Raum-vergabe, Infostände, Veranstaltungen in öffentlichen Gebäuden/Schulen) sind zu überprüfen. Wahllokale sollten offensiv ausgeschildert werden.

■ Engagement würdigen

Das ehrenamtliche Engagement der Wahlhelferinnen und Wahlhelfer muss noch stärker gewürdigt werden.

■ Wahltermine zusammenlegen

Wo sinnvoll und möglich, sollten Wahltermine weiter zusammen gelegt werden oder mit Abstimmungen über Sachfragen kombiniert werden (Beispiel Europawahl und Kommunalwahlen, Bayrische Landtagswahl und Volksabstimmungen zur Verfassung, allgemein: Bürgermeister- und Ratswahlen). Dabei gilt es zu bedenken, dass die Zusammenlegung von Wahlterminen aus technischen Gründen (unterschiedliche Wahlperioden) oft schwierig ist. Zugleich müssen Wahlen auf unterschiedlichen Ebenen ihrer eigenen politischen Logik folgen können.

■ Debattenkultur und Regierungsbefragung verbessern

Wir unterstützen die Bemühungen des Bundestagspräsidenten und der Fraktionen im Ältestenrat des Deutschen Bundestages, die Parlamentsdebatten künftig spannender zu gestalten und die Verfahren der Regierungsbefragung zu verbessern. Offene und interessante Debatten im Parlament sind unverzichtbar für die Aufmerksamkeit der Menschen gegenüber den für sie wichtigen Themen und Problemen im Land.

HÜRDEN ABSENKEN UND STIMMABGABE ERLEICHTERN

■ Briefwahl vereinfachen

Die heutige Briefwahlmöglichkeit kann leider nur noch in begrenztem Umfang vereinfacht und erweitert werden. Unsere verfassungsrechtlichen Prüfungen haben auf Prinzipien verwiesen, die bei der Diskussion um Erleichterung der Stimmabgabe zu beachten sind. So ist vor allem im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes von einem verfassungsrechtlichen „Leitbild der Urnenwahl“ auszugehen, was z.B. die Möglichkeiten einer Ausweitung der Briefwahl begrenzt bzw. ein hohes rechtliches Risiko bedeutet. Eine obligatorische Übersendung der Briefwahlunterlagen an alle Wahlberechtigten ist daher z.B. nicht zu empfehlen.

■ Stimmabgabe für Auslandsdeutsche erleichtern

Für die Wählergruppe der Auslandsdeutschen, die in der Regel per Briefwahl abstimmen, sollten starke Erleichterungen der Registrierung und Stimmabgabemöglichkeiten geprüft werden.

■ Wahlwochenende und mobile Wahlstationen

Bei den für die Steigerung der Wahlbeteiligung wirksamen Vorschlägen sind sowohl die zeitliche Ausweitung der Stimmabgabemöglichkeit („Vorgezogene Urnenwahl“) als auch die Einrichtung mobiler Wahlstationen besonders relevant. Ziel ist hier, den Bürgerinnen und Bürgern alltagspraktisch erleichterte Wege zur Stimmabgabe zu eröffnen. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen frühere und mobile Stimmabgaben bestehen nicht. Als Referenz können u.a. Erfahrungen des schwedischen Wahlsystems gelten, das seit vielen Jahren praxistauglich funktioniert.

Eine briefwahlunabhängige und mobile Erweiterung der Stimmabgabemöglichkeit könnte praktisch z.B. so aussehen: Kurzfristig könnten „Filialen“ der Gemeindebehörde innerhalb eines Wahlbezirks (Wahlstationen) in Bürgerämtern, kommunalen Dienststellen oder auch öffentlichen Bibliotheken bis hin zu Polizeistationen eingerichtet werden, bei denen am Freitag und Samstag vor dem Wahlsonntag abgestimmt werden kann. Zusätzlich könnten mobile Wahlstationen (Busse/Container) eingesetzt werden, die an besonders frequentierten und bequem erreichbaren (nach rechtskonformen Kriterien ausgewählten) Verkehrsknotenpunkten (Bahnhöfe, Fußgängerzonen) aufgestellt werden. Neben den „festen“ mobilen Wahlstationen sollte zugleich der Einsatz tatsächlich mobiler Wahlstationen (z.B. in Altenheimen, Behinderteneinrichtungen, Krankenhäusern) umgesetzt werden.

Für mobile Wahlstationen sprechen eine Reihe von Gründen. Wichtig ist zunächst der Abbau von Mobilitätshürden wie sie sich schon durch die unterschiedliche Situation in urbanen und ländlichen Räumen ergeben. Hinzu kommt die demografische Entwicklung. In den letzten 40 Jahren ist die Anzahl der Menschen, die wegen ihres hohen Alters und der schwindenden Mobilität die Wohnung nicht mehr alleine verlassen können, und des-halb den langen Weg zum Wahllokal meiden oder die fehlende Barrierefreiheit fürchten, gestiegen. Dabei gilt: Alte Menschen beteiligen sich überdurchschnittlich aktiv an Wahlen. Insbesondere für alte Menschen ist – auch aus historischen Gründen – der Gang zur Wahlurne ein ganz wichtiger Akt. Der Wahltag war für diese Altersgruppe schon immer ein besonderer Tag, den man z.T. auch mit Festtagskleidern beging.

Wir verzeichnen insgesamt einen Anstieg der Personen, die wegen Gebrechlichkeit oder Demenz in Seniorenheimen leben. Für diese Personengruppen und viele weitere Menschen mit Mobilitätseinschränkungen müssen Lösungen gefunden werden, ihnen den Zugang zu einer mobilen Wahlurne zu ermöglichen.
In diesem Sinne fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion auf, bei der Novellierung des Betreuungsrechts bzw. des Wahlrechts im Sinne der Inklusion das Thema „Wahl trotz geistiger Behinderung oder Demenz" entsprechend zu bearbeiten. Viele Demente wissen trotz ihrer zeitweisen „Verwirrung" sehr gut, was sie wählen wollen. Ihre Behinderung behindert sie nicht am Politisch-Sein. Und sie legen oft Wert darauf, auch zur Wahl gehen zu können, weil sie es ja ihr ganzes Leben lang getan haben. Dem muss der/die eingesetzte Betreuer/in folgen, sofern der/die Betreute nicht unter genereller Betreuung (Betreuung in allen Angelegenheiten) steht. Eine faktische Betreuung in den Bereichen „Aufenthaltsbestimmung", „Gesundheitsfürsorge" und „Vermögenssorge" beinhaltet keinen Ausschluss vom Wahlrecht.

- Elektronisches Wählerverzeichnis

Grundlegend für eine erweiterte zeitliche und mobile Stimmabgabemöglichkeit ist die Schaffung elektronischer Wahlregister als Basis mobiler Wahlstationen. Die „Filialen" der Gemeindebehörde müssten online verbunden sein und Zugriff auf ein elektronisches Wählerverzeichnis haben. Dabei ist vor allem auf sichere und manipulationsresistente Netzverbindungen und auf die Nutzung einer zuverlässigen Verschlüsselungssoftware zu achten. Erforderlichenfalls müsste ein besonderes, nur beschränkt zugängliches Intranet der Wahlbehörden installiert werden. Bis zur Etablierung eines funktionsfähigen und sicheren elektronischen Wahlverzeichnisses muss es anfangs praktikable Schritte für die Einführung von erweiterten zeitlichen und mobilen räumlichen Stimmabgaben auch unter „analogen" Bedingungen geben.

- Bundesmelderegister und Wählerverzeichnis

Langfristig sollte ein Bundesmelderegister geschaffen oder die Landesmelderegister derart vernetzt werden, dass von jeder Wahlstation der Zugriff auf ein zentrales Wählerregister zur Prüfung der Wahlberechtigung möglich ist. Ein Bundesmelderegister ist im Übrigen auch die grundlegende Voraussetzung für mögliche bundesweite Online-Wahlen bzw. –Abstimmungen in der Zukunft.

- Personal- und Sachkosten

Bei der Umstellung auf ein Frühwahlsystem mit zusätzlichen Wahlstationen und mobilen Wahlurnen fallen Personal- und Sachkosten (u.a. auch für Intranet/Software) an, die aber überschaubar bleiben, wenn der Einsatz von festen und mobilen „Filialen" einem effektiven Kriterienkonzept folgt. Neben ehrenamtlich tätigen Wahlhelfern müssten ggf. auch kommunale Bedienstete verpflichtet werden.

- Prüfung durch Pilotprojekte

Die Einführung eines reformierten Stimmabgabesystems erfordert die Prüfung in einem Pilotprojekt auf kommunaler bzw. Landesebene. Wir setzen uns dafür ein, dass in ausgewählten Bundesländern entsprechende Vorbereitungen umgehend begonnen werden.

ERGÄNZUNG UND ERWEITERUNG DEMOKRATISCHER PARTIZIPATIONSMÖGLICHKEITEN

- Wahlalter und Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft

Grundsätzlich sind Signale der Anerkennung und Wertschätzung sinnvoll für die politische Kultur. Eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre oder verbesserte Partizipation für Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund sollten jedoch nicht im Zeichen der Wahlbeteiligung, sondern müssen in erster Linie mit Blick auf allgemeine demokratische Partizipationsrechte diskutiert werden. Sie verbreitern das Wählerspektrum, tragen aber nichts oder nur wenig zur Steigerung der Wahlbeteiligung bei. Die Einbeziehung der Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne deutsche Staatsbürgerschaft bei Wahlen stößt an verfassungsrechtliche Grenzen. Eine verbesserte Willkommenskultur mit vermehrter Einbürgerung ist hier die Alternative.

- Regelung von Volksabstimmungen im Grundgesetz

Die SPD streitet aktiv für eine Grundgesetzergänzung, die das künftige Verfahren von Volksbegehren und Volksabstimmungen auf Bundesebene regelt.

III. WEITERE SCHRITTE

- Wir wollen die Gespräche mit den anderen Parteien ergebnisorientiert und konstruktiv fortsetzen. Wir begrüßen, dass die parteinahen Stiftungen mit ihrer Expertise in einer ei-genständigen Veranstaltungsreihe die Debatte um Wahlbeteiligung, Partizipation und politische Kultur im kommenden Jahr intensiv begleiten werden.
- Wir schlagen vor, im Herbst 2016 eine parteiübergreifende öffentliche Konferenz durch-zuführen, auf der die rechtlichen und organisatorischen Vorschläge der einzelnen Partei-en für mehr Wahlbeteiligung diskutiert werden. An dieser öffentlichen Konferenz sollten auch gesellschaftliche Akteure wie Verbände, Glaubensgemeinschaften und NGOs beteiligt werden. Mit einer solchen Konferenz könnten wir als Parteien ein gemeinsames Zeichen für ein Mehr an Partizipation und für die Wertschätzung unserer Demokratie setzen. Das Ziel lautet, das erkämpfte demokratische Wahlrecht als Errungenschaft der Moderne zu verteidigen und so einem um sich greifenden Antiparlamentarismus sowie der Diskreditierung von PolitikerInnen und Parteienwettstreit entgegen zu treten. Am Ende soll ein konkretes Maßnahmenpaket stehen, zu dessen Umsetzung sich die Parteien auf den jeweiligen Ebenen verbindlich verpflichten.
- Wir wollen die Ergebnisse der Beratungen mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren und sie in die Auswahl der besten Maßnahmen einbeziehen. Erste Schritte zur Verbesserung unserer politischen Kultur sollen noch vor der Bundestagswahl umgesetzt werden.
- Pilotmodelle erweiterter Stimmabgabeverfahren sollen zugleich umgehend auf den Weg gebracht werden. Sie sollen in Kommunal- und/oder Landtagswahlen getestet und wissenschaftlich evaluiert werden. Dies soll ideologische Debatten vermeiden helfen und Klarheit über Wirksamkeit, Praxistauglichkeit und entstehende Kosten bringen.
- Neben der Modernisierung des Wahlrechts fordert die SPD auch weiterhin verbesserte Transparenzregelungen für den Lobbyismus und ein umfassendes Lobbyregister mit Verhaltenskodex des Bundestages. Auch die Ausgestaltung der Abgeordnetenmandate muss in den öffentlichen Debatten eine nachvollziehbare Legitimation besitzen. Dabei kann es nicht um eine finanzielle Kürzung der Abgeordnetentätigkeit oder Mandatsausstattung gehen, denn wir wollen ausdrücklich gute, professionelle Arbeitsbedingungen für eine gute politische Arbeit, sondern um eine verbesserte Regelung und Legitimation der Abgeordnetenbezuge und der Altersvorsorgeregelungen aber auch um noch transparentere Karenzzeitregelungen beim Wechsel zurück oder Einstieg in das Wirtschaftsleben.
- Zur Bundestagswahl 2017 beteiligt sich die SPD an einer überparteilichen Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung, an der sich Bürgerinnen und Bürger, prominente Multiplikatoren („Elder Statesmen", KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen, MedienvertreterInnen), Verbände und Parteien beteiligen sollen. Mottovorschlag: „Demokraten wählen!"

BESCHLUSS: EIN MODERNISIERUNGSPAKT FÜR DEUTSCHLAND

PARTEIVORSTAND, 17.1.2016

Der SPD-Parteivorstand hat bei seiner Jahresauftaktklausur in Nauen heute folgenden Beschluss gefasst:

UNSERE ERFOLGE

Die Welt befindet sich in einer Phase des politischen und wirtschaftlichen Umbruchs, die Unsicherheiten nehmen zu. Und dennoch ist unser Land, basierend auf einer guten wirtschaftlichen Entwicklung, stabil.

Unser Wirtschaftswachstum war im vergangenen und wird in diesem Jahr im europäischen Vergleich überdurchschnittlich sein, getragen vor allem von der Binnennachfrage, insbesondere dem privaten Konsum durch steigende Haushaltseinkommen. Mehr als 43 Millionen Beschäftigte: Nie waren in der Geschichte der Bundesrepublik mehr Menschen in Beschäftigung als heute. Die Arbeitslosenquote ist auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken, und nach einer langen Phase stagnierender Löhne sind die Reallöhne im 1. Halbjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Prozent gestiegen.

Das alles sind beeindruckende Belege für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Während heute viele andere Länder in Europa und Nordamerika um die richtigen Wege für ihre „Re-Industrialisierung" ringen, ist Deutschlands industrieller Mittelstand ebenso wie seine großen und weltweit tätigen Unternehmen hochproduktiv, innovativ und wettbewerbsfähig. Unser heutiger Wohlstand basiert nicht zuletzt auf den mutigen Entscheidungen der SPD-geführten Bundesregierung vor mehr als 10 Jahren, fortgesetzt durch sozialdemokratische Finanz-, Arbeits- und Wirtschaftsminister in zwei Großen Koalitionen.

UNSERE AUFGABE

An diesen Mut können wir Sozialdemokraten anknüpfen. Deutschland darf die heute gute wirtschaftliche Lage nicht als selbstverständlich für die Zukunft voraussetzen und sich nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen. Denn wir leben wirtschaftlich von der Substanz und auch von Rahmenbedingungen wie einem niedrigen Ölpreis und einem schwachen Euro. Im Kern sichert aber nur die innere Stärke und Innovationskraft unserer Unternehmen und der Wirtschaft langfristig Erfolg und Arbeitsplätze.

Deshalb müssen wir die Grundlagen unseres wirtschaftlichen Erfolgs wiederum erneuern. Deutschland hat inzwischen einen erheblichen Modernisierungsstau:

- Modernisierungsstau in der Infrastruktur
- Modernisierungsstau in der digitalen Infrastruktur und der digitalen Bildung
- Modernisierungsstau in den Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung
- Modernisierungsstau in den privaten Investitionen
- Modernisierungsstau im Zugang von Fachkräften zum deutschen Arbeitsmarkt

Wenn wir auch in 10 Jahren noch gut und sicher leben wollen, werden wir diesen Modernisierungsstau anpacken müssen.

UNSER ZIEL: EIN MODERNISIERUNGSPAKT FÜR DIE NÄCHSTEN ZEHN JAHRE

Deutschland braucht in den kommenden 10 Jahren einen Modernisierungspakt mit zusätzlichen privaten und öffentlichen Investitionen von rund 60 Mrd. Euro jährlich, um seine Wettbewerbsfähigkeit, seine wirtschaftliche Kraft, seine soziale Sicherheit und seine ökologische Nachhaltigkeit zu erhalten und auszubauen.

Deshalb darf es für die Finanzierung dieses Modernisierungspaktes keine ideologischen Tabus geben: Weder dürfen wir die Erschließung privatwirtschaftlicher Finanzierungsquellen für eine öffentlich-private Investitionspartnerschaft zum Tabu erheben noch die Finanzierung von langfristigen Investitionsvorhaben durch öffentliche Kreditaufnahme.

Ohne mehr Investitionen, ohne wirkliche Innovationen, ohne moderne Infrastrukturen, ohne die Internationalisierung unserer Wirtschaft und ohne die Integration aller Qualifikationen werden wir in Deutschland und Europa nicht erfolgreich und weder wettbewerbs- noch zukunftsfähig sein. Auf fünf Feldern müssen wir handeln:

- **Investitionen**: Investitionen in die Kernbereiche der deutschen Wirtschaft und die Leitmärkte der Zukunft sind für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes von fundamentaler Bedeutung. Deshalb wollen wir eine gesamtstaatliche Investitionsquote oberhalb des Durchschnitts der OECD-Staaten erreichen.

- **Innovationen**: Mit gesamtstaatlichen Forschungsausgaben von knapp 3 Prozent des BIP unternehmen wir im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Anstrengungen zur Stärkung der Innovationsfähigkeit. Wir müssen aber den Anschluss an die innovationsfreudigsten Regionen der Welt finden, in denen die FuE-Ausgaben die Marke von 4 Prozent des BIP übersteigen. Das muss für 2025 auch Deutschlands Ziel sein.

- **Infrastrukturen**: Insbesondere im Bereich der öffentlichen Infrastrukturen lebt Deutschland von der Substanz. Schätzungen zufolge summieren sich unterlassene Sanierungs- und Erneuerungsinvestitionen auf über 100 Milliarden Euro. Nachholbedarf besteht vor allem im kommunalen Bereich.

- **Internationalisierung**: Die deutsche Wirtschaft profitiert wie kaum eine andere von der weltweiten Vernetzung. Knapp jeder zweite Euro unserer Wirtschaftsleistung beruht auf Ausfuhren, jeder vierte Arbeitsplatz im Land hängt unmittelbar vom Export ab, in der Industrie sogar jeder Zweite. Wir müssen deshalb in Europa die Trendwende zu Wachstum und Beschäftigung erreichen und unsere internationalen Handelsbeziehungen stärken.

- **Integration aller Talente und Qualifikationen**: Fortschritt und Wachstum entstehen durch die Arbeit und die Qualifikationen der Menschen. Wir müssen uns darum bemühen, alle Talente in unserem Land zu finden und zu fördern. Wir müssen die Investitionen in Bildung und Ausbildung weiter massiv steigern.

WAS JETZT GETAN WERDEN MUSS

Wir brauchen eine Politik für Fortschritt und Gerechtigkeit. Sie muss den demographischen und den digitalen Wandel gestalten, gute Arbeit und Wohlstand für alle schaffen, die Energiewende als Kern einer nachhaltigen Wirtschaft zum Erfolg führen und die europäische Integration vorantreiben

I. GUTE ARBEIT, INTEGRATION UND QUALIFIZIERUNG FÖRDERN

Vieles von dem, was zu besserer Arbeit führt, haben wir in dieser Legislaturperiode bereits umgesetzt. Weiteres werden wir in diesem Jahr noch anpacken. Über die Vorhaben des Koalitionsvertrages hinaus geht es im nächsten Jahrzehnt vor allem auch darum, eine behutsame Evolution von Arbeit im digitalen Wandel herbeizuführen. Dies zum Beispiel, indem wir den Betriebsbegriff sowie dern Arbeitnehmerbegriff weiterentwickeln, neue Angebote für die soziale Absicherung von Solo-Selbständigen schaffen und neue, digitale Dienstleistungsplattformen stärker in die Verantwortung für die Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen sowie die soziale Absicherung nehmen.

Qualifizierung ist das beste Mittel, um Integration zu schaffen, das inländische Fachkräftepotenzial zu nutzen und die Menschen auf die

Arbeitswelt 4.0 vorzubereiten. Wir brauchen deshalb eine **bessere Finanzierung von Bildung in allen Bereichen** – bei den Kitas, Schulen, Hochschulen und der beruflichen Qualifizierung. Nirgends sind die gesellschaftlichen Renditen so hoch wie im Bildungsbereich. Die Länder haben hier enorme Ausgaben zu stemmen, sind aber ab 2020 mit dem Neuverschuldungsverbot des Grundgesetzes konfrontiert. Damit die Bildungsinvestitionen in ganz Deutschland im nächsten Jahrzehnt substanziell steigen können, muss die **Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen** die Finanzkraft aller Länder verbessern.

Der bildungspolitische Flickenteppich tut unserem Land nicht gut. Je mobiler unsere Gesellschaft wird, desto kompatibler müssen unsere Curricula und unsere Abschlüsse werden. Wir brauchen deshalb eine bessere Koordinierung und Zusammenarbeit in der Bildungspolitik Deutschlands. Deshalb sollten wir einen neuen Anlauf für einen modernen Bildungsföderalismus starten und das **Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufheben.**

Gute Arbeit und speziell die Ermöglichung von flexibler, partnerschaftlicher Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen und damit einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch ein Vorteil im globalen Wettbewerb. Wir brauchen deshalb auch einen weiteren quantitativen und **qualitativen Ausbau von Kitas und Ganztagsschulen.**

Durch den Zuzug von rund 1 Million Flüchtlingen im Jahr 2015 wächst der Bedarf an Kita- und Schulplätzen mit Sprachförderung und Ganztagsangeboten. Schätzungsweise werden mehr als 300.000 zusätzliche Kinder in Deutschland schulpflichtig sein. Rund 140.000 Kinder im Vorschulalter werden zu fördern sein. Dafür brauchen wir **20.000 neue Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas und zusätzlich 25.000 Lehrerinnen und Lehrerinnen**. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund die Länder bei diesen zusätzlichen Anstrengungen unterstützt.

Die **Duale Berufsausbildung** ist ein Erfolgsfaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir müssen sie vor allem mit Blick auf die Digitalisierung **um neue Berufsbilder ergänzen und modernisieren**. Wir brauchen mehr Auszubildende, um die Zukunft von Handwerk, Dienstleistung und Industrie in Deutschland zu sichern. Eine Ausbildung ist nicht „last exit", eine Ausbildung steht gleichberechtigt neben dem Studium.

II. INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT ERHÖHEN

Die **Fratzscher-Kommission** im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums hat im vergangenen Jahr festgestellt, dass Deutschlands Zukunft durch eine immense Investitionslücke belastet wird. Wir wollen bis 2025 die Investitionsquote Deutschlands **deutlich über den OECD-Durchschnitt heben und die Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf über 4 Prozent des BIP steigern**. Steigern müssen wir die kommunalen Investitionen, Investitionen in schnelles Internet, in die Digitalisierung und in die Energiewende.

Die SPD hat durchgesetzt, dass der Bund rund 20 Mrd. Euro Entlastung und zusätzliche Investitionsmittel den Ländern und den Städten und Gemeinden in dieser Legislaturperiode zur Verfügung stellt. Das ist das größte kommunale Entlastungsprogramm seit Jahrzehnten und stärkt vor allem die kommunalen Investitionsmöglichkeiten. Wir wollen diesen Weg fortsetzen: **Die Struktur- und Investitionsstärken im Bundesgebiet sind nach wie vor ungleich verteilt**. Die Ungleichheiten zwischen Ost und West sind jedoch nur eine Dimension der regional gespaltenen Entwicklung Deutschlands. Die Finanzkraft der Kommunen fällt bundesweit weit auseinander. Sowohl ost- als auch westdeutsche Flächenländer spüren die Lasten einer ungünstigen demografischen Entwicklung und die wachsenden Herausforderungen des wirtschaftlichen Strukturwandels. Bundesweit gibt es strukturschwache Regionen, die ohne gezielte Strukturpolitik weiter zurückfallen. Die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wollen wir nutzen, um die **Solidarität im Gesamtstaat zu stärken und Investitionschancen in schwächeren Regionen dauerhaft zu erhöhen**.

Wir wollen die bewährte und eingespielte Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftspolitik" erhalten und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder weiterentwickeln. Im Sinne eines integrierten Ansatzes wollen wir prüfen, ob sie durch Maßnahmen zur Innovationsförderung und zur Förderung der Daseinsvorsorge ergänzt werden kann.

Wir wollen die Energiewende der Mobilität beschleunigen. Dazu brauchen wir jetzt wirksame industriepolitische Impulse, an erster Stelle, um das Ziel von einer Million Elektroautos bis 2020 noch zu erreichen. **Wir wollen eine Kaufprämie für Elektroautos und gezielte Investitionen in den Ausbau der Ladeinfrastruktur**.

Wir haben erreicht, dass die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur bis 2018 um 40 Prozent erhöht werden und damit auf ein Niveau von rund 14 Mrd. Euro anwachsen. Dabei investieren wir vorrangig in den Erhalt der bestehenden Verkehrswege und in Projekte mit überregionaler Bedeutung. Um den umweltfreundlichen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Kommunen weiter zu stärken, wollen wir die **Mittel für den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV** (Entflechtungsmittel) über das Jahr 2019 hinaus **fortführen**.

Wir wollen die projektorientierte steuerliche Forschungsförderung weiter ausbauen, die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft stärken und den Transfer von Technologie in die Marktreife beschleunigen. Über eine **Steuergutschrift für FuE-Ausgaben in kleinen und mittleren Unternehmen** soll die Forschungstätigkeit im Mittelstand gestärkt werden.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Wagniskapital deutlich verbessern, auch um Startups in Deutschland groß zu machen und zu halten. Es braucht einen attraktiven Rechtsrahmen für potentielle Investoren und **Wagniskapitalgeber**, am besten durch ein Wagniskapitalgesetz. Die steuerlichen Rahmenbedingungen sollten an europäische Standards angepasst werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dazu gehört, dass die Veräußerung von Streubesitzanteilen von Kapitalgesellschaften weiterhin steuerfrei sein muss. Daneben wollen wir die Möglichkeiten zur Eigenkapitalfinanzierung durch Schaffung besserer Rahmenbedingungen wie das im letzten Jahr eingeführte vorbörsliche Segment erweitern.

Wir wollen, dass Beteiligungsinvestitionen insbesondere in junge Unternehmen gefördert oder zumindest nicht schlechter gestellt werden als eine Fremdkapitalfinanzierung. Dazu gehört, eine **gezielte Verlustnutzung bei der Beteiligung an innovativen Unternehmen** europarechtsgemäß zuzulassen.

Neben der Finanzierung werden von Gründern immer noch bürokratische Hürden als ein zentrales Gründungshemmnis genannt. Wir haben in dieser Legislaturperiode mit dem Bürokratieentlastungsgesetz, welches unter anderem die Regel beinhaltet, dass für jede neue Belastung durch Bürokratiekosten eine bestehende abgebaut werden muss (one-in-one-out) bereits viel erreicht. Wir wollen ein **zweites Bürokratieabbaugesetz**: mit einer Anhebung der Geringwertige-Wirtschaftsgüter-Schwelle, der umsatzsteuerlichen Kleinunternehmer-Regelung, der Einführung einer elektronischen Steuerbescheinigung für Kapitalerträge und der vierteljährlichen Umsatzsteuervoranmeldung für Existenzgründer.

III. EINE DIGITALE INDUSTRIEPOLITIK AUF DEN WEG BRINGEN

Die Digitalisierung stellt vor allem für die Industrie, aber auch für den Dienstleistungssektor durch die Verbindung von physischer und virtueller Welt eine historische Zäsur dar: Prozesse, Produktion, Produkte und Services werden sich radikal verändern. Der Sprung in ein neues Industriezeitalter erfordert eine mutige Innovations- und Industriepolitik, die den notwendigen regulatorischen Rahmen schafft, damit aus den Herausforderungen Chancen für Wachstum und Beschäftigung werden.

Wir brauchen eine hochleistungsfähige digitale Infrastruktur. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Breitband-Ausbauziele mit flächen-

deckend mindestens 50 Mbit/s bis 2018 sind ein Zwischenschritt. Bald aber werden Bandbreiten mit 500 Mbit/s und mehr zum Stand avancierter technologischer Anforderungen gehören. Daher wollen wir eine zukunftsfähige **Glasfaser-Strategie für ein Gigabitnetz mit klaren Ausbauzielen bis 2025 entwickeln und umsetzen. In den nächsten zehn Jahren müssen wir vor allem aus privaten, aber auch aus öffentlichen Mitteln 100 Mrd. Euro in ein Gigabitnetz investieren.**

IV. DIE ENERGIEWENDE ALS TREIBER WIRTSCHAFTLICHER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ZUM ERFOLG FÜHREN

Wir müssen den nachhaltigen Umbau unseres Energiesystems konsequent fortsetzen. Bei all unseren Bemühungen gilt: Die Balance des energiepolitischen Dreiecks – Ausbau von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, Versorgungssicherheit, bezahlbare Energiepreise für alle, muss stets gewahrt werden. Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität können nur dann gesichert werden, wenn die Energieversorgung nicht nur umweltpolitisch nachhaltig, sondern auch zu wettbewerbsfähigen Preisen möglich und langfristig sicher ist. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie darf nicht durch steigende Energiepreise gefährdet werden, und wir müssen unser Energiesystem in den europäischen Verbund integrieren.

Gleichzeitig ist der Umweltschutz ein Wachstumsmotor. 1,5 Millionen Menschen verdienen heute ihr Geld mit Umwelttechnologien. Der Weltmarktanteil ‚grüner' Produkte, Verfahren und Dienstleistungen „Made in Germany" liegt bei rund 14 Prozent. Es ist uns gelungen, das Wirtschaftswachstum in Deutschland vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln – sowohl vom Energie- wie auch vom Rohstoffverbrauch allgemein. Diese Effizienzstrategien und damit auch der Klimaschutz sind besonders erfolgreiche Innovationstreiber.

Wir wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien planbar gestalten und die Erneuerbaren in den Wettbewerb überführen und die Förderhöhe für erneuerbare Energien ab Ende 2016 grundsätzlich durch wettbewerbliche Ausschreibungen ermitteln. Im Strommarkt 2.0 refinanzieren sich die benötigten Kapazitäten über bestehende Marktmechanismen. Mit einem investitionsfreundlichen Regulierungsrahmen wollen wir Rekommunalisierungen ermöglichen. Investitionen in die Energieeffizienz als zweite Säule der Energiewende werden wir massiv erhöhen und Energiespeicher und deren wirtschaftlichen Einsatz als Flexibilitätsoption im Stromsystem der Zukunft weiter im Blick behalten.

Wir wollen die Digitalisierung der Energiewende. Die intelligente Vernetzung bietet große Chancen für die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Wir haben daher das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende auf den Weg gebracht. Intelligente Messsysteme schaffen die Möglichkeit, die Kommunikation zu verbessern und ein intelligentes Netz zu entwickeln. Aber wir behalten dabei auch Datenschutz und Wirtschaftlichkeit im Blick.

Energiekosten sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Daher müssen die staatlich veranlassten Preisbestandteile auf den Prüfstand. Wir werden Vorschläge für ein Energiesteuerentlastungsgesetz erarbeiten, das für die kommenden zehn Jahre eine stufenweise Absenkung der energiebezogenen Steuern regelt. Unsere Zielstellung, die Energiewende konsequent voranzutreiben, bleibt davon unberührt.

V. EUROPÄISIERUNG UND INTERNATIONALISIERUNG STÄRKEN

Die europäische Schulden-, Wirtschafts- und Beschäftigungskrise als Folge des Zusammenbruchs der Finanzmärkte haben die Schwächen der Architektur der Eurozone klar aufgezeigt und Zweifel am Euro und an Europa geschürt. Seit der Krise von 2008 ist insbesondere der Euroraum nicht mehr aus Wachstumsschwäche und Finanzierungskrisen herausgekommen.

Wir wollen **den Stabilitäts- und Wachstumspakt verbessern**. Länder, die die Defizitkriterien verletzen, sollen größeren Spielraum bekommen, um wachstumsfördernde Reformen durchzuführen. Eine nachhaltige **Wachstumspolitik** mit dem Ziel der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in Europa muss gleichrangig in der Politik der Europäischen Union verankert werden wie eine Politik solider Finanzen und **darf der Stabilitätspolitik nicht länger nachgeordnet bleiben.**

Wir wollen **Steuerdumping unterbinden** und Ausnahmen von Steuergesetzen für einzelne Unternehmen grundsätzlich verbieten, um für die längerfristige fiskalpolitische Stabilisierung auch die Einnahmenseite effizienter und gerechter zu gestalten.

Einzelfallauslegungen geltenden Rechts, sog. Tax-Rulings, müssen der EU-Kommission angezeigt und in den automatischen Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden der Mitgliedstaaten und die bessere Zusammenarbeit der Steuerbehörden in Europa einbezogen werden. Wir wollen **den unfairen Wettbewerb durch spezielle Begünstigung bestimmter Einkunftsarten, z.B. aus Lizenzen oder Patenten, bekämpfen.**

Wir wollen **Briefkastenfirmen und Stiftungen, deren wirtschaftlich Berechtigte anonym bleiben, sowie noch bestehende Möglichkeiten staatenloser Gesellschaftsgründungen verbieten.**

Um den schädlichen Steuerunterbietungswettbewerb zwischen den Staaten dauerhaft zu überwinden und Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, brauchen wir eine **stärkere Harmonisierung der nationalen Steuersysteme**. Wir unterstützen die Vorschläge der Kommission zur Einführung einer gemeinsamen Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage. Wir sprechen uns dafür aus, diese gemeinsam und zeitgleich mit Mindeststeuersätzen bei den Unternehmenssteuern einzuführen.

Der fortschreitende Konvergenzprozess unter den Mitgliedstaaten in der Steuer- und Finanzpolitik kann Vorstufe eines eigenen **Budgets für die Eurozone** sein. So kann die einzuführende Finanztransaktionssteuer als Ausgangspunkt für eigene Finanzmittel und eine Kreditaufnahmefähigkeit auf europäischer Ebene dienen. Dieses Budget kann in Zukunft einerseits wichtige Investitionsfunktionen auf europäischer Ebene wahrnehmen – zum Beispiel im Bereich europäischer Netze und grenzüberschreitender Infrastruktur – und andererseits durch Anpassung von Einnahmen oder Ausgaben die EZB bei der Stabilisierung der Konjunktur der Eurozone unterstützen, wenn die Summe nationaler Fiskalpolitiken nicht ausreicht.

DEM FORTSCHRITT EINE RICHTUNG GEBEN

Deutschland muss die großen aktuellen Herausforderungen erkennen und die Soziale Marktwirtschaft auf diese Herausforderungen einstellen. Unser Ziel ist es, gesellschaftlichen Wohlstand und Fortschritt auch zukünftig zu gewährleisten. Dafür ist das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts notwendig. Aber BIP-Wachstum allein ist als Orientierungsgröße nicht hinreichend. Die Verteilung des Wohlstands und der soziale Zusammenhalt bestimmen unsere Zukunftsfähigkeit. Die Qualität des Wachstums ist der Maßstab. Deswegen wollen wir das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahre 1967 diesen Anforderungen anpassen, damit Wachstum, Investitionen, sozialer Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit zu einem progressiven Kompass der Wirtschaftspolitik werden.

PARTEIVORSTAND, 18.1.2016

BESCHLUSS: FÜR DEN ZUSAMMENHALT DER GESELLSCHAFT: EIN INTEGRATIONSPLAN FÜR DEUTSCHLAND

Der SPD-Parteivorstand hat bei seiner Jahresauftaktklausur in Nauen heute folgenden Beschluss gefasst:

In unserem Grundsatzprogramm stellen wir klar: „Einwanderung verlangt Integration. Sie ist eine gemeinsame Anstrengung. Dazu müssen beide Seiten bereit sein. Einwanderer müssen sich integrieren, wir müssen ihnen dazu alle Möglichkeiten geben, am Leben unserer Gesellschaft teilzunehmen. Daher verlangt Integration faire Chancen, aber auch klare Regeln."

Ganz in diesem Sinne haben wir eine doppelte Integrationsaufgabe zu meistern: Die Integration der Einwanderer und Flüchtlinge in unsere Gesellschaft und gleichzeitig die Integration und den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu sichern. Hierfür müssen Staat und Politik die Voraussetzungen schaffen, die finanziellen Anstrengungen vor allem bei Sprachförderung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt und Wohnungsbau verstärken, nicht zuletzt aber auch Regeln des Zusammenlebens darlegen und über ihre Einhaltung wachen. Integration gelingt nur in einem gesellschaftlichen Klima des Vertrauens in die Sicherheitskräfte und den Rechtsstaat. Deshalb ist klar: Integration ist Staatsaufgabe. Aber Integration ist eine zivilgesellschaftliche Leistung von Menschen in der Nachbarschaft, in der Schule, am Arbeitsplatz.

Tatsache ist: Die gelungene Integration und Teilhabe von Einwanderinnen und Einwanderern ist millionenfache Realität in Deutschland. Die wirklichen Erfolge eines guten Zusammenlebens spielen sich außerhalb der großen Schlagzeilen ab. Deshalb ist es geboten, an die vielen guten Beispiele für Integration zu erinnern und die großen Anstrengungen zu würdigen, die Einwanderinnen und Einwanderer erbringen, um aktiv am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben in Deutschland teilzunehmen. Anzuerkennen ist das erfolgreiche Engagement von Kommunen, vieler Kindergärten und Schulen, Universitäten, Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie einer Vielzahl von ehrenamtlichen Initiativen.

Wo das Zusammenleben gelingt, gibt es ein gemeinsames Verständnis der Grundwerte und Regeln, die in Deutschland gelten, der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse befähigt zur Verständigung im Alltag, eine gute Bildung erhöht die Chancen auf dem Arbeitsmarkt und der Arbeitsplatz sichert das Einkommen.

Dabei verschließen wir nicht die Augen vor Problemen und Konflikten. Es gibt Verständigungsprobleme sprachlicher und kultureller Art, aber auch Gewalt und Missachtung. Pöbeleien und Übergriffe auf öffentlichen Plätzen und in Verkehrsmitteln, Einschüchterung an manchen Schulen mit einem hohen Migrationsanteil und sozialen Problemlagen sowie religiösen Fanatismus extremistischer Organisationen dulden wir nicht. Migranten, die solche Verhaltensweisen an den Tag legen, schaden dem friedlichen Zusammenleben zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass fremdenfeindliche Übergriffe deutscher Gewalttäter zunehmen. Wer andere wegen ihrer Herkunft oder Hautfarbe angreift, gefährdet den Rechtsfrieden in unserem Land. Gleiches gilt für Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte oder andere Vertreterinnen und Vertreter des Staates.

BINDUNG ALLER AN GEMEINSAME GRUNDWERTE

Die kulturelle Vielfalt in unserem Land ist eine Bereicherung. Gleichzeitig gilt: Wer dauerhaft in Deutschland leben will muss bereit sein, Teil einer Gesellschaft nach dem Leitbild des Grundgesetzes zu sein. Seit 1949 bildet es den gesellschaftlichen Wertekanon und hat bis heute nichts an Aktualität und Orientierungskraft verloren. Das Grundgesetz bietet genügend Raum für kulturelle Vielfalt, es sichert Freiheit des Glaubens, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Rechte von Minderheiten. Es setzt aber auch klare Grenzen, über die sich niemand weder mit Verweis auf Herkunft noch auf religiöse oder politische Überzeugung hinwegsetzen darf. Respekt und Toleranz, Gleichberechtigung und Religionsfreiheit sind für uns nicht verhandelbar. Die Vermittlung dieser Grundwerte und unserer Gesetze sind beim Thema Integration von besonderer Bedeutung. Wir schützen und bekräftigen unsere tolerante Gesellschaft - Toleranz gegenüber Anders- und Nichtgläubigen, Gleichstellung von Frauen sowie die Akzeptanz von Menschen anderer sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität gehören unverzichtbar dazu. Antisemitismus werden wir niemals dulden.

- Wir wollen auf der Grundlage von Freiheit und Gleichheit das gute Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen. Die Grundlage dafür ist die Verfassung unseres Landes. Die ersten 20 Artikel beschreiben das Leitbild unseres Landes. Sie zu vermitteln ist ebenso Aufgabe aktiver Integrationspolitik wie Sprachunterricht und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt.
- **Frauen und Männer, die schon lange in Deutschland leben und selber** eine Einwanderungsgeschichte haben, verfügen oft über ein Erfahrungswissen, das anderen für einen guten Start in unserem Land helfen kann. Wir brauchen sie als Brückenbauer und Kulturdolmetscher, um die Integration schnell voranzubringen.
- **Integration ist eine Vereinbarung zwischen Einwanderern und Mehrheitsgesellschaft**. Wir wollen Verbindlichkeit und Verlässlichkeit auf beiden Seiten. Der Staat verpflichtet sich zu grundlegenden Angeboten, die für eine rasche und umfassende Teilhabe erforderlich sind (v.a. zum Spracherwerb, für gute Bildung und Qualifizierung, für Ausbildungsförderung, Arbeitsvermittlung, aber auch Integrationskurse für das Verständnis der normativen Grundlage unserer Gesellschaft). Zugewanderte Frauen und Männer verpflichten sich ihrerseits, die Angebote nach Kräften wahrzunehmen. Nur zusammen machen diese Maßnahmen Sinn. Wer aber von Integrationspflicht und Sanktionen redet, ohne die erforderlichen Angebote an Sprach- und Integrationskursen zu schaffen, der betreibt populistische Stimmungsmache gegen „die Ausländer".

DIE NÄCHSTEN SCHRITTE FÜR DIE INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN UND ASYLBEWERBERN

Die Bundesregierung muss jetzt die für eine erfolgreiche Integrationspolitik notwendigen Voraussetzungen schaffen. In den weiteren Gesprächen zur Asyl- und Flüchtlingsgesetzgebung (Asylpaket III) müssen die folgenden Punkte für einen Integrationsplan aufgenommen werden:

- **Integrationsoffensive Kita: Wir wollen 80.000 zusätzliche Kita-Plätze und 20.000 zusätzliche Stellen für Erzieherinnen und Erzieher** schaffen. Dafür soll der Bund die Länder und Kommunen mit zusätzlichen Mitteln unterstützen. Wir wollen die Mittel des **Bundesprogramms „Sprach-Kitas"** verdoppeln und das Programm um spezifische Maßnahmen zur **Integration von Kindern mit Fluchterfahrung** ergänzen.
- **Integrationsoffensive Ganztagsschulen**: Wir wollen mit einem neuen Ganztagsschulprogramm den **Ausbau der Ganztagsangebote** für die Integration von Schulkindern fördern und die Länder in die Lage versetzen, **25.000 zusätzliche Lehrkräfte** und auch mehr **Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter** einzustellen.
- Jungen Flüchtlingen wollen wir angepasste **Einstiegsprogramme in die berufliche Ausbildung** (Öffnung der assistierten Ausbildung, Berufsausbildungsbeihilfe, ausbildungsbegleitende Hilfen und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen für Menschen mit Aufenthaltsgestattung und guter Bleibeperspektive). Ein einfacher Zugang in den Arbeitsmarkt soll über 100.000 Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge geschaffen werden, für die zusätzliche 450 Mio. Euro benötigt werden. Wir wollen für junge Flüchtlinge ein Aufenthaltsrecht für die Dauer der Ausbildung und für zwei Jahre Beschäftigungszeit nach der Ausbildung (sogenannte 3-plus-2-Regelung).

- **Bildungsintegration muss sich lohnen**: Flüchtlinge, die eine Berufsausbildung oder eine akademische Ausbildung in Deutschland erfolgreich absolviert haben, müssen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Hürden, die einem frühestmöglichen Ausbildungsbeginn im Wege stehen, wollen wir beseitigen.
- Flächendeckende Einführung der sogenannten **„Integration Points“** (zentrale Anlaufstellen für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive) von Arbeitsagenturen, Jobcentern und Kommunen.
- Wir wollen, dass Flüchtlinge **Sprachkurse und Maßnahmen zum Arbeitsmarkteinstieg** parallel – und nicht wie bisher hintereinander – absolvieren können.
- Wie wollen insbesondere **Frauen** bei allen Integrationsmaßnahmen erreichen und sie in den Arbeitsmarkt integrieren.
- Wir brauchen zusätzliche Finanzmittel für die aktive Arbeitsmarktförderung von Flüchtlingen und wollen in gleichem Maße unsere **Initiative gegen Langzeitarbeitslosigkeit verstärken**, um allen Menschen eine neue Chance zu geben, die Arbeit suchen.
- Wir wollen **Qualität und Quantität der Integrationskurse verbessern**. Das gilt für die Sprachkursangebote sowie für die Orientierungskurse. Deren Umfang wollen wir aufstocken und hierin die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie die sexuelle Selbstbestimmung zum Schwerpunktthema machen.
- Wir wollen eine weitere **Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau um 5 Milliarden Euro** für die kommenden fünf Jahre.
- Zudem wollen wir zusätzliche Anreize für den Neubau von bezahlbaren Wohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt setzen, etwa durch **steuerliche Anreize und Verschlankung des Baurechts.**
- Der Neubau von günstigen Wohnungen braucht Zeit. Aufgrund des erheblichen Bedarfs vor allem in Großstädten und Ballungsräumen stellt die hohe Anerkennungsrate bei Asylsuchenden die Kommunen hier vor gravierende Probleme. Um die an sich schon angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht weiter zuzuspitzen, wollen wir, dass **anerkannte Flüchtlinge, die über kein eigenes Einkommen verfügen, eine zeitlich befristete Wohnsitzauflage** bekommen.
- Wir wollen das **Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ zu einem Leitprogramm der sozialen Integration** ausbauen und zu einer ressortübergreifenden Strategie weiter entwickeln. Hierfür müssen die Mittel um mindestens 300 Millionen Euro pro Jahr von 2017 bis 2021 aufgestockt werden.

BESCHLUSS: DEMOKRATIE STÄRKEN – KAMPF GEGEN RECHTS

PARTEIVORSTAND, 18.1.2016

Der SPD-Parteivorstand hat bei seiner Jahresauftaktklausur in Nauen heute folgenden Beschluss gefasst:

I. ZIEL

Das vergangene Jahr hat mit Wucht gezeigt, dass sich die Menschenfeindlichkeit in der Mitte unserer Gesellschaft weiter ausbreitet. Seit um die Jahreswende 2014/15 Pegida in Dresden und ihre kleineren Ableger in anderen deutschen Städten durch die Straßen marschieren und eine rassistische Grundstimmung verbreiten, geht mit der verbalen Hetze eine massive und signifikante Steigerung von rassistisch motivierten Straftaten einher. Auch die in Gruppen begangenen Straftaten von Asylbewerbern in der Silvesternacht, die der Rechtsstaat jetzt konsequent aufklären und ahnden muss, werden von Rechtsextremisten dazu missbraucht, die Stimmung weiter anzuheizen und zunehmend ungehemmt rassistisches und fremdenfeindliches Gedankengut zu verbreiten. Dabei bleibt es nicht bei verbaler Erniedrigung, auch die Gewalttaten häufen sich drastisch. Attacken auf Flüchtlinge, Brandanschläge, sogar Mordversuche sind leider Realität in Deutschland. Genauso wie Angriffe auf ehrenamtliche Helferinnen und Helfer und Journalistinnen und Journalisten.
Die Zunahme dieser Übergriffe und Anschläge gefährden ernsthaft den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Neben der konsequenten Strafverfolgung der Taten und Täter wollen wir auch die Ausweitung und Verstetigung der Präventionsarbeit weiter voranbringen. Mit Null Toleranz und einer Kultur des Widerspruchs muss Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit entschieden entgegnet werden.
Vor diesem Hintergrund ist klar: Wir dürfen diese Zustände nicht hinnehmen. Die Sozialdemokratie sagt laut und unmissverständlich: Wer in diesem Land Flüchtlingsheime anzündet, zu Gewalttaten anstachelt oder Gewalt verübt, wird mit allen verfügbaren rechtsstaatlichen Mitteln zur Rechenschaft gezogen.
Wir müssen alles tun, um:

- **Taten zu verhindern**: Durch einen starken und wehrhaften Staat ebenso wie durch eine sensibilisierte und wachsame Zivilgesellschaft wollen wir jeglichen Rückhalt für wie auch immer motivierte Gewalt verhindern. Wir machen die Gesellschaft stark gegen die Menschenfeindlichkeit der Rechtspopulisten und Rechtsextremen. Potentiellen Tätern muss klar gemacht werden, dass sie sich mit ihrer Menschenfeindlichkeit und Gewalt ins gesellschaftliche Abseits stellen.
- **Täter zu finden**: Mit aller Härte werden wir extremistisch motivierte Straftäter weiter verfolgen und ihre Taten ahnden.
- **Täter zu verurteilen**: Täter brauchen kein Verständnis, sondern eine Bestrafung. Sobald Täter ermittelt werden, müssen sie hart und konsequent bestraft werden.

II. WIRKSAME MAßNAHMEN GEGEN RECHTE GEWALT

Eine wirksame und konsequente Strategie gegen Rechts erfordert zwei Ansatzpunkte:
Zum einen die **Stärkung des sozialen Zusammenhalts**. Hier kommt auf die nachhaltige Förderung unserer Zivilgesellschaft an, die alle mit einbezieht, keinen ausgrenzt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konsequent entgegentritt. Der soziale Zusammenhalt braucht auch einen handlungsfähigen Staat, der soziale Sicherheit gibt und Verteilungskämpfe verhindert, der Aufstieg ermöglicht und gute Bildung schafft.
Zum anderen muss der **Staat konsequent gegen rechte Gewalt** und sonstige Straftaten vorgehen. In diesem Sinne treten wir Radikalisierung mit einer engen Zusammenarbeit aus präventiven und repressiven Maßnahmen entgegen. Der Kampf für unsere Demokratie und gegen Rechtsextremismus ist nicht nur eine sicherheitspolitische, sondern auch eine sozial- und gesellschaftspolitische Aufgabe.
Folgende Maßnahmen werden wir ergreifen:

- **Wir werden zivilgesellschaftliches Engagement weiter fördern.** Engagement, Aufklärung und Sensibilisierung als Teil einer umfassenden Prävention dürfen nicht am Geld scheitern. Wir werden hier insbesondere darauf dringen, die durch Bundesprogramme geschaffenen Projektstellen zu verstetigen, damit Mitarbeiter sich nicht immer von einer Befristung zur nächsten hangeln müssen. Denjenigen, die mit ihrer Arbeit für uns in der ersten Reihe gegen Nazis kämpfen, müssen wir die Unsicherheit nehmen. Die Aufstockung der Mittel des größten Präventionsprogramms des Bundes „Demokratie leben!“ um 10 Mio. Euro und des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gegen Rechtsextremismus haben wir bereits erreicht. Angesichts der großen Herausforderungen durch alle Formen des Extremismus müssen wir aber mehr tun, um flächendeckend Radikalisierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit präventiv zu begegnen. Deshalb setzen wir uns für eine Verdoppelung der Mittel für

„Demokratie leben!“ auf 100 Mio. Euro ein. Auch werden wir die Jugendsozialarbeit stärken. Die Förderung muss verstetigt werden, wie es im Koalitionsvertrag und den Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses auf Bundesebene festgehalten wurde.

- **Nachhaltige Stärkung lokaler Demokratiearbeit**. Durch eine erweiterte Förderung der bestehenden Partnerschaften für Demokratie mit zusätzlichen Aufgaben, z.B. Beratung, Vernetzung, Aktivierung, und Beteiligung weiterer Kommunen, sollen flächendeckend Gebietskörperschaften in der lokalen Demokratiearbeit gestärkt werden.
- **Wir werden weitere Radikalisierung und Rekrutierung in den Jugendvollzugsanstalten verhindern**. Hierzu muss auf Gefährdete und Gefährder gezielt zugegangen werden.
- **Trainings gegen Rechts**. Rassismus drückt sich nicht nur durch Straftaten aus. Vielmehr werden viele Ressentiments auch in der Mitte der Gesellschaft transportiert. Es ist wichtig, dass möglichst viele Menschen hier nicht einfach wegschauen, sondern ihre Stimme erheben und Widerspruch äußern. Weil das nicht einfach ist, wird die SPD stärker mit Initiativen zusammenarbeiten, die Anti-Rassismus-Trainings anbieten.
- **Bundesminister Heiko Maas hat die Justizminister der Länder noch im ersten Quartal 2016 zu einer Tagung eingeladen, um eine gemeinsame, parteiübergreifende Strategie gegen rechte Gewalt abzustimmen und Erfahrungen auszutauschen**. Dabei wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sowie der Länder untereinander stärken und dabei zivilgesellschaftliche Organisationen mit einbeziehen. Gegen rechte Gewalt müssen alle demokratischen Kräfte gemeinsam vorgehen.
- **Wir setzen uns dafür ein, dass Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund in Zukunft besser erfasst und statistisch ausgewertet werden**. Wir müssen wissen, welche und wie viele Delikte es gibt, in welchen Fällen die Täter ermittelt werden und wie sie bestraft werden. Wir müssen auch erfassen, warum in vielen Fällen Täter nicht gefasst und bestraft werden. Rechte Gewalt muss sichtbar werden. Sie darf in der öffentlichen Wahrnehmung nicht untergehen.
- **Wir wollen in den Bundesländern Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften gegen rechte Gewalt einsetzen**. Straftaten müssen konsequent ermittelt werden. Spezialisierung und Fokussierung ist hier besonders wichtig.
- **Wir fordern die Schaffung von insgesamt 12.000 neuen Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern bis 2019**. Zusätzlich zu den im Bund bereits beschlossenen 3.000 Stellen müssen weitere 3.000 Stellen für die Bundespolizei und beim Bundeskriminalamt sowie in den Ländern 6.000 neue Stellen geschaffen werden. Wir werden zudem schnell ermitteln, inwiefern **zusätzlicher Personalbedarf bei den Staatsanwaltschaften** erforderlich ist. Die Ermittlung der Täter, ihre Verurteilung und die Vollstreckung von Strafurteilen dürfen nicht an fehlendem oder überlastetem Personal scheitern.
- **Wir begrüßen, dass der Generalbundesanwalt (GBA) in Zusammenarbeit mit den Generalstaatsanwälten der Länder Workshops zur Sensibilisierung und Schulung von Staatsanwälten und Richtern durchführt**. Der GBA hat (gemeinsam mit dem BKA) hierzu ein Merkblatt zu den Indikatoren zum Erkennen rassistisch motivierter Straftaten entwickelt.
- **Verbalradikalismus im Internet**. Es muss deutlich gemacht werden, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist. Diese Forderung ist konsequent in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Plattformbetreibern umzusetzen und Straftaten bzw. strafbare Äußerungen konsequent zu verfolgen.
- **Hartes Vorgehen gegen Brandanschläge**: Wer Häuser und Unterkünfte in Brand steckt, handelt gemeingefährlich und nimmt billigend den Tod von Frauen, Männern und Kindern in Kauf. Jeder Brandanschlag empört uns zutiefst. Jedem Fall muss mit Akribie und langem Atem nachgegangen werden. Deshalb darf die Aufklärung von Straftaten niemals daran scheitern, dass existierende Ermittlungsmethoden aufgrund mangelnder Ressourcen nicht genutzt werden. Gerade im Bereich der Brandstiftung gibt es ein Potential für bessere Ermittlungsmethoden. Die Aufklärungsquote ist derzeit sehr niedrig, das werden wir nicht hinnehmen.

PARTEIVORSTAND, 18.1.2016

BESCHLUSS: TATEN VERHINDERN – TÄTER BESTRAFEN – HETZE ENTGEGENTRETEN

Der SPD-Parteivorstand hat bei seiner Jahresauftaktklausur in Nauen heute folgenden Beschluss gefasst:

WAS WIR JETZT BRAUCHEN: EIN STARKER UND ENTSCHLOSSENER RECHTSSTAAT

„Nur reiche Menschen können sich einen armen Staat leisten“. Diese Erkenntnis gilt nicht nur für die soziale Sicherheit in unserem Land, sondern auch für die Aufgaben der inneren Sicherheit. Der Blick in Länder mit privatem Reichtum und öffentlicher Armut zeigt: Während Wohlhabende sich durch privaten Wachschutz Sicherheit kaufen können, bleiben die meisten anderen Bürgerinnen und Bürger schutzlos.

Für die Sozialdemokratie ist deshalb ein starker, entschlossener und vor allem handlungsfähiger Rechtsstaat unabdingbar. Er muss Alltagskriminalität ebenso wirkungsvoll verfolgen und unterbinden wie organisierte Kriminalität. Und er muss auch in der Lage sein, seine Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen zu schützen, wie wir sie in der Silvesternacht 2015/2016 erleben mussten. Und wo Straftaten nicht verhindert werden, muss die Strafverfolgung konsequent und wirkungsvoll möglich sein und durchgesetzt werden.

Wir verurteilen Gewalt und Kriminalität überall und unabhängig von wem sie ausgeht: Ob es Straftaten von Ausländern sind wie in Köln und anderen Städten oder rechte Gewalt gegen Asylsuchende und Menschen mit Migrationshintergrund. Wer Brandanschläge auf Häuser und Unterkünfte verübt, in denen zu uns geflohene Frauen, Männer und Kinder schlafen, verteidigt nicht das Abendland. Diese Täter sind Schwerstverbrecher, die sich weit außerhalb unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung stellen und deshalb mit aller Härte von unserem Rechtsstaat zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Unsere Haltung ist: konsequent und entschieden für das Recht und für die Sicherheit aller Menschen, die in Deutschland leben. Wir stellen mit Nachdruck klar: Das Gewaltmonopol des Staates wird von unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ausgeübt – bürgernah und robust, wenn es darauf ankommt. Angriffe auf die Beamtinnen und Beamten tolerieren wir nicht. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Polizei mit genügend gut ausgebildetem Personal und modernen Sachmitteln ausgestattet werden. Insbesondere müssen Analysefähigkeit und die Kompetenzen zur Lageeinschätzung derart ausgeprägt sein, dass auch unvorhergesehene Sicherheitslagen schnell und nachhaltig bewältigt werden können.

Die aktuellen Vorfälle zeigen, dass wir handeln müssen, um unseren starken und entschlossenen Rechtsstaat zu erhalten. Wir werden dafür sorgen, dass Recht und Gesetz konsequent durchgesetzt werden kann. Dazu gehört vor allem ausreichend Personal bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten. Es war deshalb richtig, dass die SPD in der Bundesregierung 3.000 zusätzliche Stellen für die Bundespolizei durchgesetzt hat.

Zusätzlich muss das Aufenthalts- und Strafrecht da verschärft werden, wo dies einen spürbaren Nutzen bedeutet. Auch wenn sich Erfolge nur langfristig zeigen: Die SPD wird auch weiterhin darauf setzen, die

Zivilgesellschaft zu stärken, um Tätern von Anfang an den Boden zu entziehen.
Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung ist eine Aufgabe des Staates. Das staatliche Gewaltmonopol darf nicht in Frage gestellt werden. Wir akzeptieren es daher nicht, wenn sich sog. Bürgerwehren oder andere private Gruppierungen dazu aufschwingen, selbst Polizei zu spielen.

WORAUF ES ANKOMMT: RECHT KONSEQUENT DURCHSETZEN

1. Wir werden auf allen Ebenen die aktuellen Vorkommnisse in Köln, Stuttgart, München und Hamburg intensiv untersuchen. Bund und Länder müssen daraus Konsequenzen ziehen. Vollzugsdefizite werden wir nicht dulden. Vollzugsdefizite können nicht durch neue Gesetze behoben werden. Die Situation muss vielmehr analysiert und es müssen passgenaue Schlussfolgerungen gezogen werden (z.B. in Bezug auf die Zusammenarbeit der Behörden).

2. Weiterhin erfüllen das BMI und sein Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht die Vereinbarung im Hinblick auf zügigere Bearbeitung der Asylanträge. Im Gegenteil: Der Berg unbearbeiteter Anträge ist weiter angewachsen. Der permanente Ruf nach Gesetzesänderungen kann nicht kaschieren, dass das BMI die Lage nicht unter Kontrolle bekommt. Der Verwaltungsvollzug wird dadurch in erheblichem Maße behindert. Wir brauchen schnelle und rechtsstaatliche Entscheidungen, aufgrund derer klar ist, wer in Deutschland Anerkennung als Flüchtling bekommt und wer nicht. Nur auf diese überfälligen Entscheidungen des BAMF können die weiteren Schritte aufbauen – Aufenthalt und Integration der anerkannten Asylbewerber genauso wie die Rückführung und Abschiebung der abgelehnten.

3. Straftaten schon im Ansatz zu verhindern, aufzuklären und Täter anzuklagen, erfordert eine gut ausgestatte und jeder Zeit an jedem Ort handlungsfähige Polizei und Justiz. Polizistinnen und Polizisten müssen sich Respekt verschaffen können. Alles dies darf nicht an fehlendem oder überlastetem Personal scheitern. Die SPD dringt darauf, das Personal bei den Staatsanwaltschaften und der Polizei weiter zu erhöhen.
Insgesamt fordern wir die Schaffung von 12.000 neuen Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern bis 2019: Im Bund sollen zusätzlich zu den von uns geforderten und bereits beschlossenen 3.000 Stellen weitere 3.000 Stellen für die Bundespolizei und beim Bundeskriminalamt sowie in den Ländern 6.000 neue Stellen geschaffen werden. Wir werden zudem schnell ermitteln, inwiefern zusätzlicher Personalbedarf bei den Staatsanwaltschaften erforderlich ist.

4. Wir wollen in den Bundesländern für bestimmte Tatmuster schneller und flexibler Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten, die Kompetenz und Erfahrung bündeln und so konsequenter Straftäter ermitteln können.

5. Wer Häuser und Unterkünfte in Brand steckt handelt gemeingefährlich und nimmt billigend den Tod von Frauen, Männern und Kindern in Kauf. Jeder Brandanschlag empört uns zutiefst. Jedem Fall muss mit Akribie und langem Atem nachgegangen werden. Deshalb darf die Aufklärung von Straftaten niemals daran scheitern, dass existierende Ermittlungsmethoden aufgrund mangelnder Ressourcen nicht genutzt werden. Gerade im Bereich der Brandstiftung gibt es ein Potential für bessere Ermittlungsmethoden.

6. Wir werden die bestehenden Rechtsgrundlagen für die Videoüberwachung des öffentlichen Raums ausschöpfen. Wir wollen an bekannten Kriminalitätsschwerpunkten die Videoüberwachung ausweiten. Dabei ist klar, dass Kameras keine Alternative zu klassischer präventiver Polizeiarbeit sind, sondern eine sinnvolle Ergänzung.

7. Wir setzen uns dafür ein, die Sicherheitsbehörden in Deutschland und in Europa besser zu vernetzen. Soweit erforderlich stellen wir hierfür auch zusätzliche Personalkapazitäten zur Verfügung. Wir müssen erreichen, dass alle Informationen schnell gebündelt werden und auf diese Weise Straftaten verhindert und aufgeklärt werden.
8. Wir werden den EU-weiten Datenaustausch der Sicherheitsbehörden weiter erleichtern. Die SPD steht zu Europa und stellt sich allen Versuchen, zum Nationalstaat zurückzukehren, entgegen. Das bedeutet aber auch, dass wir im Sicherheitsbereich gemeinsam agieren und zusammenarbeiten müssen.

9. Wir werden den Datenaustausch im Flugverkehr verbessern. Nach der Einigung im EU-Rat über eine entsprechende Richtlinie müssen die Fluggastdaten aller Passagiere, die von Deutschland in Drittstaaten bzw. aus Drittstaaten nach Deutschland fliegen, und auch der Intra-EU-Flüge von und nach Deutschland gespeichert werden. Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der Richtlinie ein.

10. Mit dem Aufbau einer Europäischen Staatsanwaltschaft werden wir dafür sorgen, dass Straftaten in der EU über Staatsgrenzen hinweg künftig effektiv verfolgt werden können.

KONSEQUENT UND ZIELSICHER: OPFER BESSER SCHÜTZEN

1. Wir werden Strafbarkeitslücken bei Sexualdelikten schließen. Es gibt sexuelle Übergriffe, die nach der aktuellen Rechtslage nicht bestraft werden können, weil kein physischer Widerstand gewaltsam gebrochen wird. Unser Justizminister Heiko Maas hat dazu bereits einen Vorschlag vorgelegt. Es sollen dabei insbesondere erfasst werden:
a) die Fälle, in denen der Täter ein Überraschungsmoment ausnutzt, sowie
b) die Fälle, in denen der Täter die Furcht des Opfers ausnutzt, er werde bei Widerstand Gewalt anwenden oder dem Opfer ein anderes empfindliches Übel zufügen.
Wir begrüßen, dass die Union ihre Blockade gegen diesen Vorschlag nun endlich aufgibt.

2. Die Ausweisung von Drittstaatsangehörigen, die Straftaten begangen haben, werden wir weiter erleichtern. Kriminelle müssen konsequent zur Rechenschaft gezogen werden – gerade zum Schutz der vielen Flüchtlinge, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen. Die Strafrahmen für die Ausweisung werden bei bestimmten Delikten (Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder wegen des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte) abgesenkt, sofern diese Straftaten mit Gewalt oder unter Anwendung von Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben oder mit List begangen sind. Eine Ausweisung kann in Zukunft bei jeder rechtskräftigen Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe erfolgen – unabhängig von der Höhe.

3. Bei der Gesamtabwägung für die Entscheidung über die Ausweisung eines Ausländers wird künftig neben der Dauer des Aufenthalts, den persönlichen, wirtschaftlichen und sonstigen Bindungen im Bundesgebiet und im Herkunftsstaat oder einem anderen zur Aufnahme bereiten Staat sowie den Folgen der Ausweisung für Familienangehörige und Lebenspartner auch die Tatsache berücksichtigt, ob sich der Ausländer rechtstreu verhalten hat.

4. Flüchtlingen, die Straftaten begehen, werden wir künftig konsequenter die rechtliche Anerkennung als Flüchtling versagen. Wer wegen einer oder mehrerer vorsätzlich begangener Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum, auch in Form serieller Begehung oder wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, sofern diese Straftaten mit Gewalt oder unter Anwendung von Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben oder mit List begangen sind, rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von einem Jahr verurteilt ist, und deshalb eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, kann künftig von der Anerkennung als Flüchtling ausgeschlossen werden. Dies gilt unabhängig davon, ob die Freiheits- oder Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt ist.
Bei allen anderen Delikten ist die Flüchtlingsanerkennung weiterhin ausgeschlossen, wenn der Flüchtling aufgrund einer rechtskräftigen Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren wegen eines Verbrechens oder besonders schweren Vergehens als eine

Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland anzusehen ist oder eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet.

5. Wir setzen uns auf europäischer Ebene für eine systematische und koordinierte Kontrolle der EU-Außengrenzen ein. Die Kommission wird noch in diesem Jahr einen Vorschlag vorlegen, den wir konstruktiv beraten werden.

6. Islamistische Extremisten, die zur terroristischen Ausbildung bzw. Kriegsteilnahme ausreisen wollten, konnte bislang präventiv nur der Reisepass entzogen werden. Eine Ausreise vor allem über die Türkei nach Syrien war mit dem Personalausweis noch möglich. Diese Lücke haben wir mit einem Gesetz geschlossen, das den Entzug des Personalausweises ausreisewilliger Jihadisten ermöglicht.

7. Wir werden die Vermögensabschöpfung bei Straftaten erleichtern. Damit stellen wir sicher, dass Täter - und insbesondere die Drahtzieher und Hintermänner - schwerer von ihrer Kriminalität profitieren.

8. Wir sorgen dafür, dass der von uns geschaffene neue Straftatbestand der Terrorismusfinanzierung einen wirksamen Beitrag zur Verhinderung terroristischer Anschläge leistet. Wir haben eine selbstständige Strafbarkeit der Handlungen, die in der UN-Konvention zur Terrorismusfinanzierung genannt sind, eingeführt. Damit entsprechen wir den Anforderungen der Financial Action Task Force. Zudem haben wir die Strafbarkeit der Selbstgeldwäsche entsprechend den Vorgaben der Financial Action Task Force (FATF) erweitert.

9. Wir haben bereits die Ausreise sowie deren Versuch in ein Terror-Camp unter Strafe gestellt, um auch diejenigen bestrafen zu können, die noch keinen konkreten Anschlag begangen oder geplant hatten.

TÄTERN DEN BODEN ENTZIEHEN: DIE ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

1. Wer terroristische Straftaten begeht, wurde meist radikalisiert. Auch fremdenfeindlichen Straftaten geht meistens Hetze und der Aufruf zu Straftaten u.a. im Netz voraus – hier müssen wir die Grundlagen schaffen, früher einzuschreiten. Strafbare Hetze und Propaganda wollen wir deshalb verhindern – egal, von wem sie ausgeht. Gemeinsam mit sozialen Netzwerken hat Justizminister Maas bereits zahlreiche Maßnahmen erarbeitet. Diesen Weg begrüßen wir.
2. Wir wollen die Mittel für zivilgesellschaftliche Programme gegen Radikalisierung erhöhen.

Wir müssen der Radikalisierung von Menschen schon im Ansatz begegnen. Die Deradikalisierung von Menschen ist meist ein längerfristiger Prozess. Das geht am besten durch Bildung und Aufklärung. Wir müssen uns um junge Menschen kümmern, bevor sie sich radikalisieren. Und wir müssen denjenigen den Ausstieg ermöglichen, die den Menschenfängern bereits in die Hände gefallen sind.

PARTEIVORSTAND, 18.1.2016

BESCHLUSS : MEHR RESPEKT – MEHR GERECHTIGKEIT – MEHR UNTERSTÜTZUNG

2016 – EIN JAHR FÜR DIE FRAUEN

Der SPD-Parteivorstand hat bei seiner Jahresauftaktklausur in Nauen heute folgenden Beschluss gefasst:

Wir leben in einer modernen und weltoffenen Gesellschaft. Eine wesentliche Grundlage dafür ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, für die sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit mehr als 150 Jahren einsetzen. Sie ist festgeschrieben in Artikel 3 unseres Grundgesetzes und eine zentrale Antriebsfeder für sozialdemokratische Politik. Frauen haben in diesem Land schon viel erreicht. Doch trotz rechtlicher Gleichstellung ist die tatsächliche Gleichstellung immer noch nicht vollständig erreicht. Es gibt immer noch viele Ungerechtigkeiten – sowohl in der Arbeitswelt als auch im gesellschaftlichen Miteinander. Immer noch verdienen Frauen durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer. Immer noch fehlen Aufstiegschancen vor allem in den Berufen, die von Frauen ausgeübt werden. Immer noch sind gesetzliche Rahmenbedingungen auf alte Rollenmuster ausgelegt. Und immer noch werden Frauen Opfer von sexueller Gewalt.
Die meisten Männer und Frauen wünschen sich ein gleichberechtigtes Miteinander und leben es selbstverständlich im Alltag. Ihr Lebensalltag ist oft moderner als noch so manche politische Debatte. Diese Menschen wollen wir mit unserer Politik unterstützen.
Nach den Übergriffen auf Frauen in der Kölner Silvesternacht hat die Diskussion über das Geschlechterverhältnis in unserer Gesellschaft an Fahrt aufgenommen. Dabei gilt: Sexuelle Gewalt gibt es nicht nur von Ausländern gegenüber Frauen, sondern in allen Teilen unserer Gesellschaft und unter Deutschen. Deshalb hat der SPD - Bundesjustizminister Heiko Maas schon vor Monaten einen Gesetzentwurf zum besseren Schutz von Frauen vorgelegt. Der Widerstand von CDU/CSU dagegen ist mehr als unverständlich und muss überwunden werden.
Das Grundrecht der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in unserem Land ist nicht verhandelbar. Es ist von allen zu akzeptieren – egal welcher Herkunft. Für uns ist die Beachtung dieses Grundrechts eine Trennungslinie zwischen denen, die hier Schutz und Unterstützung erhalten und denjenigen, die ihr Asyl- und Gastrecht missbrauchen, bis hin zu der Konsequenz, dass sie es bei straffälligem Verhalten verwirken.
Wir stehen vor einer Vielzahl von Aufgaben. Angesichts der Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen, der außenpolitischen Konflikte und der Krise Europas leisten Frauen einen erheblichen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Ihr Einsatz, ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe, ihre Hoffnungen verlangen mehr Gerechtigkeit, Respekt und Unterstützung. Erforderlich sind reale Verbesserungen, mit rein rhetorischer Unterstützung ist es nicht getan. So ist die Integration von Frauen der Schlüssel für eine gelingende Integrationspolitik. Spracherwerb, der Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt müssen für Frauen genauso gesichert sein wie für Männer und dürfen nicht an fehlender Kinderbetreuung scheitern.

In den vergangenen zwei Jahren ist es der SPD gelungen, einen politischen Perspektivwechsel zu erreichen und die Belange der Frauen in den Mittelpunkt zu rücken. CDU/CSU haben dagegen erbitterten Widerstand geleistet und zentrale Reformprojekte lange blockiert – und tun es immer noch -, obwohl sie Bestandteil der gemeinsamen Koalitionsvereinbarung waren.
Wir haben die Belange von Frauen in den Mittelpunkt gerückt:

- Von der **Einführung des Mindestlohns** profitieren vor allem Frauen, denn sie sind häufiger von Niedriglöhnen betroffen. Während 2012 rund 14 Prozent der abhängig beschäftigten Männer weniger als 8,50 Euro verdienten, war es bei den Frauen fast jede Vierte.

- Mit der **Frauenquote** in der Privatwirtschaft haben wir einen Kulturwandel in der Arbeitswelt eingeleitet. Seit dem 1. Januar 2016 gilt die fixe Geschlechterquote von 30 Prozent für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten in etwa 100 großen Unternehmen. Rund 3500 weitere Unternehmen sind verpflichtet, sich

eigene Zielgrößen in Aufsichtsräten, Vorständen und obersten Management-Ebenen zu geben. Und auch im öffentlichen Dienst gilt die Quote.

- Die meisten Frauen und Männer wollen sich heute gemeinsam um das Kind kümmern und dabei nicht auf Berufstätigkeit verzichten müssen. Dabei unterstützt sie das neue **ElterngeldPlus**. Es fördert die Partnerschaftlichkeit zwischen in der Familie und orientiert sich damit an den Wünschen junger Paare.

- Mit besseren Leistungen durch die beiden **Pflegestärkungsgesetze** sowie mit flexibleren Arbeitszeiten durch das Pflegezeit- und das Familienpflegezeitgesetz unterstützen wir sowohl die Pflegebedürftigen als auch ihre Angehörigen. Das sind immer noch zum größten Teil Frauen.

Diesen Weg der gesellschaftlichen Modernisierung werden wir auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode konsequent weiterverfolgen. Dafür haben wir uns viel vorgenommen:

GERECHTIGKEIT IN DER ARBEITSWELT SCHAFFEN:

1) Lohnlücke zwischen Frauen und Männern schließen: Lohngerechtigkeitsgesetz
2) Soziale Berufe aufwerten: Pflegeberufegesetz / Lohngerechtigkeitsgesetz
3) Missbrauch verhindern: Gesetz zu Leiharbeit und Werkverträgen (im Dienstleistungssektor sind Frauen überdurchschnittlich von diesen prekären Formen der Beschäftigung betroffen)
4) Lebensleistung in der Rente besser honorieren: Gerade Frauen arbeiten häufig im Niedriglohnsektor. Das Ergebnis sind oft Renten, die selbst nach Jahrzehnten der Arbeit niedriger sind als die Sozialhilfe für Menschen, die nie gearbeitet haben. Das muss sich ändern.

VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF VERBESSERN:

1) Mehr Zeit für die Familie schaffen: Familienarbeitszeit
2) Mehr Flexibilität ermöglichen: Rückkehrrecht in vorherige Arbeitszeit
3) Kita-Ausbau weiter vorantreiben
4) Neues Ganztagsschulprogramm
5) Chancen neuer digitaler Arbeitsformen nutzen: Arbeiten 4.0 – von der Präsenzkultur zur Ergebniskultur
6) Den Unterhaltsvorschuss ausbauen: Gerade alleinerziehende Mütter sind auf Unterhaltsvorschüsse angewiesen. Es ist völlig unverständlich, dass dieser Unterhaltsvorschuss gerade dann endet – mit dem Kindesalter von 12 Jahren – wenn die Kosten für den Unterhalt steigen.

FRAUEN IM BERUF UND IN DER WIRTSCHAFT STÄRKEN:

1) Existenzgründerinnen fördern
2) Geflüchtete Frauen in die Arbeitswelt integrieren (Zugang zu und Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen sowie Arbeitsmarktmaßnahmen, Wiedereinführung von Kinderbetreuung bei Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen)
3) Programme für langzeitarbeitslose Frauen, insbesondere Alleinerziehende

FRAUEN VOR GEWALT SCHÜTZEN

1) Reform der Strafbarkeit der Vergewaltigung und sexuellen Nötigung (§177 StGB) und Reform des Sexualstrafrechts
2) Umfassendes Schutzkonzept für geflüchtete Frauen und Kinder
3) Reform Stalking
4) Hilfe und Beratung durch das Frauenhilfetelefon sowie die örtlichen Beratungsstellen und Frauennotrufe.
5) Zugang für geflüchtete Frauen zum Hilfesystem (z.B. zu Beratungsstellen oder Frauenhäusern) unabhängig von ihrem eigenen Asylstatus und eigenständiges Aufenthaltsrecht bei häuslicher Gewalt

RESPEKT IM ALLTAG VERSCHAFFEN, GESCHLECHTERBILD MODERNISIEREN

1) Jungen und Mädchen schon in der Schule mit modernen Rollenbildern der Gleichstellung von Frauen und Männern vertraut machen
2) Thema Gleichberechtigung zum Schwerpunktthema von Integrationskursen machen
3) Das Steuerrecht durch das sozialdemokratische Familiensplitting modernisieren
4) Verbot geschlechterdiskriminierender Werbung
5) Öffnung der Ehe für alle

FRAUENRECHTE INTERNATIONAL STÄRKEN

1) Frauenförderung, Frauenrechte und Schutz von Frauen als ein Fokus unserer Außenpolitik (Stabilisierungsprojekte in Krisengebieten speziell für Frauen, Einbeziehung in Friedensprozesse, Berufung einer Genderbeauftragten als persönliche Beauftragte des OSZE-Vorsitzes, etc.)
2) Konsequente Umsetzung der Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz in Peking und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung
3) Umsetzung der VN-Resolution Frauen, Frieden Sicherheit (Fortschreibung Nationaler Aktionsplan, Implementierung in Projekten weltweit)
4) Internationales frauenpolitisches Engagement (Deutschland übernimmt Vizevorsitz in der VN-Frauenrechtskommission und Vizevorsitz im Exekutivrat von UN Women)
5) Förderung von Frauen in internationalen Führungspositionen
6) Neuauflage der EU-Gleichstellungsstrategie

BESCHLUSS: GERECHTE ORDNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT – MISSBRAUCH VON LEIHARBEIT UND WERKVERTRÄGEN STOPPEN

PARTEIVORSTAND, 18.1.2016

DER SPD-PARTEIVORSTAND HAT BEI SEINER JAHRESAUFTAKTKLAUSUR IN NAUEN HEUTE FOLGENDEN BESCHLUSS GEFASST:

Unser Land ist ökonomisch gut aufgestellt. Der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes basiert auf gut ausgebildeten Beschäftigten, guten Produkten und Dienstleistungen sowie einem hohen Maß an sozialem Frieden. Dies alles kommt nicht von selbst. Unsere Erfolge sind das Ergebnis von klaren und gerechten Spielregeln für die wirtschaftlichen Prozesse und guten Arbeitsbedingungen in der sozialen Marktwirtschaft.

Zentrale Pfeiler dieses deutschen Erfolgsmodells der sozialen Marktwirtschaft sind:

die mit dem Tarifvertragsgesetz geregelte Tarifautonomie, die sozialen Sicherungssysteme, welche Schutz bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter bieten, und die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Betrieb und im Unternehmen.

Das Modell der sozialen Marktwirtschaft war immer auch deshalb erfolgreich, weil ökonomisch notwendige Flexibilität und Sicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwei Seiten der glei-

chen Medaille waren. Dieses Modell hat Risse bekommen.

Die Tarifbindung ist dramatisch gesunken. Nur noch rund 58 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitet in einem tarifgebundenen Betrieb. Verantwortlich ist die Tarifflucht vieler Arbeitgeber, die entweder ihren Arbeitgeberverband verlassen haben oder sich der Tarifbindung über eine so genannte OT-Mitgliedschaft (ohne Tarifbindung) entziehen.

Der Niedriglohnsektor ist in den letzten Jahrzehnten deutlich angewachsen. Die Zahl atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse hat zugenommen. Insbesondere über Leiharbeitsverhältnisse und dubiose Werkvertragskonstruktionen werden mehr Menschen beschäftigt. Damit wird in Betrieben eine zweite Lohnstruktur eingeführt, die zum Teil weit unter den geltenden Tarifverträgen liegt.

Diese Entwicklungen gefährden das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft. Sie haben Auswirkungen weit über die unmittelbar Betroffenen hinaus bis in die Mittelschichten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der über Leiharbeit oder Werkvertrag eingestellte Kollege, der die gleiche Arbeit für deutlich weniger Lohn machen muss, ist immer auch ein erhebliches Drohmittel. Die Prekarisierung hat den Druck auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mittelschichten deutlich erhöht. Die gesellschaftliche (Arbeitnehmer-)Mitte verdient erstmalig weniger als die Hälfte der Markteinkommen.

Die SPD hat deshalb dafür gesorgt, dass diese Entwicklung korrigiert wird.

Mit dem **gesetzlichen Mindestlohn** haben wir ein Stoppschild gegen extremes Lohndumping gesetzt. Ein Jahr nach seiner Einführung ist sich die Fachwelt einig: der Mindestlohn ist ein großer Erfolg. Sämtliche im Vorfeld verbreiteten Horrorszenarien sind nicht eingetreten. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bewegen sich weiter auf Rekordniveau. Der Mindestlohn hat zusammen mit guten Tarifabschlüssen der Gewerkschaften große stabilisierende Wirkung auf die Konjunktur. Die gute Binnennachfrage ist Motor der konjunkturellen Entwicklung in unserem Land.

Mit dem **Tarifautonomiestärkungsgesetz** haben wir die Möglichkeiten verbessert, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären. Das hilft den Beschäftigten, denn die Arbeitsbedingungen sind mit Tarifvertrag besser als ohne. Und es hilft den Unternehmen, die sich in einen fairen Wettbewerb begeben.

Mit der Reform des **Vergabegesetzes** haben wir erstmals festgelegt, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden sollen. Verstöße gegen das Arbeits-, Sozial- und Umweltrecht können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen. Damit vollziehen wir im Bundesrecht nach, was wir in allen sozialdemokratisch geführten Landesregierungen mit Tariftreue- und Vergabegesetzen bereits angestoßen haben.

Zur Wiederherstellung einer gerechten Ordnung auf dem Arbeitsmarkt gehört auch, dass der Missbrauch von **Leiharbeit und Werkverträgen** zu Lohndumping beendet wird. Dazu haben wir im Koalitionsvertrag eine klare Verabredung getroffen.

Das Ziel des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes war und ist, den Unternehmen insbesondere für die Abdeckung von Auftragsspitzen oder beim vorübergehenden Ausfall von Beschäftigten Flexibilität zu ermöglichen. Ziel war aber nie, dass Leiharbeit dauerhaft und zum Teil in hohem Maße in einem Betrieb eingesetzt wird und damit Teile der bisherigen Stammbelegschaften verdrängt werden. In den letzten Jahren wurde die Deregulierung vermehrt genutzt, um Tarifverträge zu umgehen und eine zweite, niedrigere Tarifstruktur zu implementieren. In den letzten Jahren gab es einige Fortschritte. Für die Leiharbeitsbranche wurde ein tariflich vereinbarter Mindestlohn umgesetzt und für allgemein verbindlich erklärt und viele DGB-Gewerkschaften haben tarifliche Zuschläge, zeitlich gestaffelt nach Beschäftigungsdauer, für Leiharbeitnehmer durchgesetzt. Gleichwohl sind gesetzliche Regelungen für die Bereiche notwendig, wo tarifliche Regelungen nicht gelten. Dies betrifft vor allem den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, eine Höchstüberlassungsdauer und die Verhinderung des Einsatzes von Leiharbeitnehmern als Streikbrecher, wie insbesondere die Vorgänge in der Tarifauseinandersetzung bei der Deutschen Post im Sommer 2015 wieder gezeigt haben.

Werkverträge sind aus der heutigen spezialisierten und arbeitsteilig organisierten Praxis der Betriebe und Unternehmen in Deutschland nicht wegzudenken. Nicht jedes Unternehmen kann sämtliche für die Erreichung seines Betriebszweckes notwendigen Gewerke und Leistungen im eigenen Betrieb herstellen oder personell vorhalten. Das, was in den Unternehmen nicht vorhanden ist und nur gelegentlich gebraucht wird, muss über einen Werkvertrag „eingekauft“ werden.

Aus vielen Branchen gibt es jedoch Rückmeldungen, dass verstärkt Werkverträge als Alternative zu Leiharbeit eingesetzt werden. Offensichtlich führten die ersten Regulierungen bei der Leiharbeit dazu, dass Arbeiten, die bisher über Leiharbeit erledigt wurden, nun über Werkverträge organisiert werden. Ziel ist in der Regel, Personalkosten zu sparen und Tarifverträge zu umgehen. Regulär Beschäftigte werden dadurch verdrängt. Dies wollen wir insbesondere durch die Abschaffung der sogenannten „Vorratsverleiherlaubnis“, die gesetzliche Festschreibung der Abgrenzungskriterien zwischen Leiharbeit und Werkverträgen sowie die Stärkung und gesetzliche Definition der Informationsrechte des Betriebsrates verhindern.

Der SPD-Parteivorstand begrüßt deshalb den Gesetzentwurf von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, der die Verabredungen getreu dem Koalitionsvertrag umsetzt.

Wir setzen das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ um. Wir sorgen dafür, dass Leiharbeit ein vorübergehendes Instrument der Personalpolitik ist und nicht zum Ersatz der Stammbelegschaft genutzt wird. Gleichzeitig muss es Ziel sein, dass mit einer klaren Definition des Werkvertrags nicht andere Wege des Sozialdumpings genutzt werden.

Wir werden Leiharbeit und Werkverträge nicht abschaffen. Beides sind notwendige Instrumente für die Abdeckung von Auftragsspitzen und/oder der Vergabe von Tätigkeiten, die sonst im Betrieb nicht erledigt werden können. Wenn diese Instrumente aber offensichtlich zum Zwecke der Umgehung von Tarifverträgen und zu Lohndumping missbraucht werden, muss die Politik einschreiten und die gesetzlichen Rahmenbedingungen konkretisieren und verändern.

Der Gesetzentwurf wurde im intensiven Dialog mit den Sozialpartnern erarbeitet. Es ist auch ein Ergebnis dieses Dialogs, dass tarifvertragliche Vereinbarungen Bestand haben und maßvolle Abweichungen von den gesetzlichen Vorgaben möglich sind, wenn Schutz durch Tarifverträge besteht. Dies stärkt zusätzlich die Tarifautonomie.

Der SPD-Parteivorstand erwartet, dass die Union die Verabredungen des Koalitionsvertrages einhält. Die Vereinbarungen sind ein Kompromiss, der nach langer Diskussion entstanden ist. Auch die SPD hatte weitergehende Ziele, insbesondere die deutlichere Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen. Gleichwohl setzen wir den Koalitionsvertrag jetzt so um, wie es verabredet wurde. Die derzeitige Blockadehaltung aus der Union zum Gesetzentwurf ist eine ernsthafte Belastung für die weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Koalition und muss sofort beendet werden.

BESCHLUSS: ZUSAMMENHALT, ZUVERSICHT UND SICHERHEIT – RESOLUTION ZU AKTUELLEN HERAUSFORDERUNGEN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK

PRÄSIDIUM, 15.2.2016

In einer gemeinsamen Sitzung des SPD-Präsidiums und des Präsidiums der SPD Rheinland-Pfalz heute in Mainz wurde folgender Beschluss gefasst:

In herausfordernden Zeiten stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine verantwortungsvolle Politik. Nicht spalten, sondern zusammenhalten ist unsere oberste Maxime. Das gilt jetzt, angesichts der Herausforderung der Flüchtlingsfrage. Das gilt seit jeher für die 153jährige Geschichte der SPD.

Wir tun das mit Zuversicht, Vernunft und Pragmatismus. Ganz in diesem Sinne zeigen Malu Dreyer und die SPD in Rheinland-Pfalz, wie man erfolgreich Politik macht: Nicht mit markigen Sprüchen, hektisch und überstürzt. Sondern überlegt, unaufgeregt, aber mit klarer Haltung. Die erfolgreiche Bilanz der letzten drei Jahre gibt ihnen Recht.

Wir haben einen klaren Kurs, wie die Herausforderungen der Flüchtlingsfrage bewältigt werden können. Dafür bedarf es internationaler, europäischer wie nationaler Anstrengungen. Zum einen geht es dabei um eine deutliche Reduzierung der Flüchtlingszahlen. Zum anderen geht es um die großen Herausforderungen der Integration der Einwanderer und Flüchtlinge in Deutschland.
Niedrigere Flüchtlingszahlen wollen wir durch einen Dreiklang von Maßnahmen erreichen:

- Fluchtursachen bekämpfen und Investitionen in die Nachbarstaaten Syriens, um die Lebensbedingungen der Menschen deutlich zu verbessern;
- Sicherung der EU-Außengrenzen auch durch Zusammenarbeit mit der Türkei;
- im Gegenzug Übernahme großer Kontingente von mehreren hunderttausend Flüchtlingen pro Jahr nach Europa.

Viele Flüchtlinge werden in ihre Heimat zurückkehren, wenn dort wieder Frieden und Sicherheit herrschen, einige werden länger bei uns bleiben. Sie wollen wir alle von Anfang an integrieren. Schließlich helfen Bildung und Ausbildung den Flüchtlingen nicht nur, in Deutschland anzukommen. Sie sind auch Rüstzeug für diejenigen, die eines Tages ihre zerstörte Heimat wieder aufbauen müssen. Dies wollen wir unterstützen.

Hinsichtlich der Integration der Menschen in Deutschland haben wir eine doppelte Aufgabe zu meistern: Die Integration der Einwanderer und Flüchtlinge in unsere Gesellschaft und gleichzeitig die Integration und den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu sichern. Staat und Politik müssen hierfür die Voraussetzungen schaffen und vor allem die Anstrengungen bei Sprachförderung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt und Wohnungsbau deutlich verstärken.

Integration gelingt nur in einem gesellschaftlichen Klima des Vertrauens in die Sicherheitskräfte und den Rechtsstaat. Der Staat muss unmissverständlich die Regeln des Zusammenlebens vermitteln und konsequent über ihre Einhaltung wachen. Dazu gehört auch die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern - bevorzugt durch Unterstützung einer freiwilligen Ausreise, notfalls aber auch durch konsequente Abschiebung in die Herkunftsländer.

Für uns ist seit langem klar: Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Sie sind für die Rahmenbedingungen verantwortlich, damit die zivilgesellschaftliche Leistung der Integration im Sinne einer umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen möglich wird.

Nach den schwierigen, oft ideologisch aufgeladenen Diskussionen um das Asylpaket II haben wir nun den Weg frei, uns endlich um die wahre Kärrnerarbeit zu kümmern, die vor uns liegt: Die Bundesregierung muss jetzt die für eine erfolgreiche Integrationspolitik notwendigen Voraussetzungen schaffen. Wir brauchen eine Deutschland-Allianz für sozialen Zusammenhalt und Integration. Dafür müssen folgende Dinge jetzt umgesetzt werden:

- Sprachausbildung für alle und nach Möglichkeit von der ersten Aufenthaltswoche an;
- verpflichtende Integrations- und Sprachkurse - wer das mit uns fordert, muss auch dafür sorgen, dass im Bund die hierfür nötigen Finanzmittel nicht weiter blockiert werden;
- Integrationsoffensive Kita und Ganztagsschule mit 20.000 zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern und 25.000 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern, Kita und Ganztagsschule müssen in jedem Fall kostenfrei sein, wie in Rheinland-Pfalz;
- Schaffung von 100.000 Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge und Initiativen gegen Langzeitarbeitslosigkeit für alle in Deutschland;
- Wohnungsbau für alle, die bezahlbare Mieten brauchen;
- Sicherheit, als Flüchtling eine Ausbildung zu Ende machen zu können und danach auch in Deutschland arbeiten zu dürfen;
- Förderung von Vereinen z. B. im Sportbereich, wenn sie besondere Integrationsprogramme auflegen.

Wir müssen stärker als bisher investieren in die Modernisierung des Landes – für Zusammenhalt, Zuversicht und Sicherheit. Haushaltsdisziplin bleibt wichtig, aber die „Schwarze Null“ ist kein Selbstzweck. Dass wir die Schuldenregel im Grundgesetz einhalten, ist selbstverständlich.

Für den Zusammenhalt in unserem Land einzustehen heißt auch, offensiv gegen Hetzer, Demagogen und rechte Menschenfeinde in unserer Gesellschaft vorzugehen. Für uns ist klar: Eine Partei, die uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als „linke Gesinnungsterroristen“ bezeichnet, die vor dem „afrikanischen Ausbreitungstyp“ warnt, die Homosexuelle zählen lassen will, die es für legitim hält, an der Grenze auf geflüchtete Frauen und Kinder schießen zu lassen – diese Partei ist keine Alternative für Deutschland sondern eine Zusammenrottung von Menschenfeinden. Deren Versuch, unsere Gesellschaft durch Hass und Hetze auseinander zu treiben, stellen wir uns mit aller Kraft entgegen. Denn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind uns der eigenen Geschichte bewusst und unseren Grundwerten verpflichtet.

PRÄSIDIUM, 15.2.2016

BESCHLUSS: DEUTSCHLAND BRAUCHT EIN SOZIALES INVESTITIONSPROGRAMM FÜR ALLE, DIE IN UNSEREM LAND LEBEN.

In einer gemeinsamen Sitzung des SPD-Präsidiums und des Präsidiums der SPD Rheinland-Pfalz heute in Mainz wurde folgender Beschluss gefasst:

Niemand darf dabei gegen den anderen ausgespielt werden. Die Regeln müssen für alle gleich gelten. Wer jetzt den Mindestlohn für Flüchtlinge aushebeln will, wirft einen Brandsatz in unsere Gesellschaft, denn er spielt Arbeitsuchende, die kommen, gegen die Arbeitnehmer aus, die schon hier sind.

Bildung, Arbeit, Wohnen und öffentliche Sicherheit müssen für alle Menschen garantiert werden. Jetzt müssen wir die Entscheidungen für den Integrationsplan der nächsten zehn Jahre treffen. Das ist Staatsaufgabe. Man kann nicht Integrationspflichten fordern, ohne Integrationsangebote zu organisieren und zu finanzieren. Man kann nicht die Grenze für eine Million Menschen öffnen, dann aber das Geld für die Integration und den sozialen Zusammenhalt verweigern. Die Union verschweigt der Gesellschaft die Kosten für Sprachförderung, Integrationskurse, Kitaversorgung, Schulplätze, Wohnungsbau und zusätzliche Polizeistellen. Malu Dreyer hat für die deutsche Sozialdemokratie einen Integrationsplan und ein Maßnahmenprogramm vorgelegt, die zeigen, wie wir es schaffen. Ziel ist es jetzt nicht, Haushaltsüberschüsse zu verbuchen, sondern in eine gute Zukunft zu investieren. Bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2017 und dem Finanzplan bis 2020 müssen wir diese Aufgaben berücksichtigen.

Wir brauchen Anreize für das Gelingen der Integration.

- Dazu zählen ausreichende Sprach- und Integrationskurse schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Rheinland-Pfalz ist hier vorangegangen und bietet Sprach- und Rechtskundeunterricht an. Wir brauchen aber durch den Bund mehr Angebote in ganz Deutschland. Dann sollten der Besuch und der Abschluss dieser Kurse auch verpflichtend sein.
- Positive Anreize brauchen wir bei Bildung und Ausbildung. Jeder Flüchtling ohne Schul- oder Berufsabschluss soll einen Abschluss machen können. Dafür müssen wir genügend Schulplätze, mehr Lehrerstellen bereit stellen und die Sozialpartner mit einem „Ausbildungspakt für Flüchtlinge“ unterstützen, der den Zugang zur Ausbildungsförderung verbessert. Ebenso müssen wir die Aufnahme eines Studiums für Flüchtlinge erleichtern, die für den Besuch einer Hochschule qualifiziert sind.
- Das Aufenthaltsrecht soll ebenfalls Anreize für eine gelingende Integration schaffen. Insbesondere brauchen wir einen sicheren Aufenthaltsstatus für Auszubildende mit einer Aufenthaltserlaubnis bis zum Abschluss der Ausbildung und für zwei Jahre im Anschluss an die Ausbildung zur Arbeitsplatzsuche. Wer sich sehr rasch integriert, Deutschkenntnisse nachweisen kann, erfolgreich eine Ausbildung absolviert und einen Arbeitsplatz hat, der den Lebensunterhalt sichert, soll auch schneller ein Daueraufenthaltsrecht erhalten können. Wer hingegen die deutsche Sprache auch nach drei Jahren Aufenthalt noch nicht gelernt hat und strafffällig geworden ist, kann aufenthaltsrechtliche Sanktionen erhalten. Die genauen Bestimmungen dazu werden wir sehr sorgfältig im Rahmen eines umfassenden Integrationskonzeptes des Bundes und der Länder prüfen.

PRÄSIDIUM, 15.2.2016

BESCHLUSS: DIE GEWALTSPIRALE IN SYRIEN DURCHBRECHEN

In einer gemeinsamen Sitzung des SPD-Präsidiums und des Präsidiums der SPD Rheinland-Pfalz heute in Mainz wurde folgender Beschluss gefasst:

Lange Zeit erschienen die Folgen ungerechter Globalisierung, Staatsversagens und regionaler Kriege weit entfernt. Die gegenwärtigen Krisen und Herausforderungen zeigen jedoch auf das Deutlichste: Deutschland und Europa sind direkt von den Folgen von Krieg, Terror, gewaltsamen Auseinandersetzungen und Katastrophen in anderen Teilen der Welt betroffen. 60 Millionen Menschen, davon fast 40 Millionen Binnenflüchtlinge, sind derzeit weltweit auf der Flucht und suchen Schutz – nicht nur vor Krieg und Terror, sondern auch vor Verfolgung, Hunger und Seuchen.

In Syrien vollzieht sich mit über 250.000 Toten, über 1 Million Verletzten und fast 11 Millionen Flüchtlingen die größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit. Die bedrückenden Nachrichten aus dem zerbombten Aleppo und der dadurch verursachten neuen Flüchtlingswelle aus dieser zwischen dem Regime und der Opposition umkämpften Stadt sowie die dramatische Lage für die Flüchtlinge im syrisch-türkischen Grenzgebiet machen deutlich: Wir haben die politische Pflicht, alles zu versuchen, um Auswege aus der Gewalteskalation zu finden und das Morden in Syrien zu stoppen.

FÜR EINE UMFASSENDE POLITISCHE LÖSUNG

Dabei muss allen Beteiligten, auch Russland, klar sein: Der Bürgerkrieg in Syrien kann nicht militärisch gelöst werden. Nach fast fünf Jahren des Kämpfens und Blutvergießens ist dies unbestreitbar. Die Komplexität des mittlerweile zum regionalen und religiösen Stellvertreterkrieg angewachsen Konfliktes in Syrien fordert stattdessen intensive und umfassende diplomatische Anstrengungen.
Mit aller Kraft setzen wir uns daher auch weiterhin dafür ein, dass wir eine politische Lösung für Syrien erreichen. Der Weg dorthin bleibt steinig – das haben zuletzt die Verhandlungen in München am Rande der Sicherheitskonferenz erneut deutlich gezeigt. Es gibt jedoch keine Alternative zu diesem Weg der Verhandlungen und der Diplomatie.
In München ist neue Hoffnung entstanden, dass mit einem konkreten Fahrplan eine echte Perspektive für eine politische Lösung eröffnet wird. Das gibt Hoffnung für die notleidenden Menschen in Syrien und für eine Deeskalation im Mittleren Osten. Durch die Vereinbarung, humanitäre Zugänge zu den belagerten Städten und Dörfern zu eröffnen, sollen die Menschen aus der Luft oder von LKW-Konvois mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgt werden können.
Zweitens soll innerhalb einer Woche das Einstellen der Kampfhandlungen erzielt werden. Damit diese Vereinbarung umgesetzt wird, müssen Russland und der Iran das Assad-Regime dazu bringen, die Waffen ruhen zu lassen. Auch die kämpfenden Verbände und Milizen der Opposition müssen die Waffenruhe einhalten. Wenn die Vereinbarungen zur humanitären Hilfe und zur Einstellung der Kampfhandlungen tatsächlich in Syrien durchgesetzt werden, ist auch der Weg frei für die Fortsetzung der Friedensgespräche in Genf. Dann kann endlich über eine politische Zukunft Syriens und die Einrichtung einer Übergangsregierung verhandelt werden. Dabei unterstützen wir nachdrücklich die Bemühungen des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier.
Für eine politische Lösung müssen auch alle regionalen Mächte mit eingebunden sein. Gerade einer weiteren Eskalation zwischen Iran

und Saudi-Arabien muss dabei entgegengewirkt werden. Eine politische Lösung muss eine Zukunft für Syrien ohne Assad anstreben.

MENSCHEN IN NOT UNTERSTÜTZEN

Die bei weitem größte Anzahl der syrischen Flüchtlinge lebt in den angrenzenden Ländern, in denen die Lebensbedingungen insgesamt verbessert werden müssen. Vordringlich ist, dass ausreichend Nahrung, medizinische Versorgung vorhanden und Schulbildung für Kinder und Berufsaufnahme für die Erwachsenen möglich sind. Dies ist entscheidend, damit sich die Menschen nicht erst auf einen lebensgefährlichen Fluchtweg machen müssen. Darüber hinaus wissen wir: Je näher Flüchtlinge an ihrer Heimat bleiben können, desto leichter fallen ihnen eines Tages Rückkehr und Neubeginn.
Daher begrüßen wir, dass es auf der Syrien-Konferenz in London gelungen ist, die internationale humanitäre Hilfe für die Bevölkerung in Syrien und für die syrischen Flüchtlinge vor allem in der Türkei, im Libanon und in Jordanien deutlich zu erhöhen. Deutschland zählt seit Beginn der Syrienkrise zu den größten Geberländern weltweit und hat in London seine Hilfe erneut deutlich aufgestockt und wird nunmehr 2,3 Milliarden Euro bis 2018 zahlen. Neben finanziellen Zusagen konnten in London mit den wichtigsten Aufnahmeländern der Region – der Türkei, Libanon und Jordanien – Fortschritte in den Bereichen Beschäftigungsmöglichkeiten und Zugang zu Bildung für syrische Flüchtlinge vereinbart werden. So sollen bis zum Jahr 2018 bis zu 1,1 Mio. neue Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden, vor allem für syrische Flüchtlinge.
Insgesamt hat die Londoner Geberkonferenz das klare Signal gesendet, dass die internationale Gemeinschaft an der Seite der Not leidenden Menschen in Syrien und der Nachbarregion steht. Jetzt kommt es darauf an, dass alle Staaten sich an ihre Zusagen halten und die Gelder zügig bei den Menschen vor Ort ankommen.

KAMPF GEGEN DEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS

Die menschenverachtenden Terroranschläge im vergangenen Jahr in Paris haben gezeigt, welche Gefahren von religiösem Fanatismus und Terrorismus auch für unsere freiheitlichen europäischen Gesellschaften ausgehen. Angesichts der umfassenden Bedrohung durch den sogenannten „Islamischen Staat“ in der Region aber auch darüber hinaus haben Deutschland und andere Länder der internationalen Allianz gegen den IS ihre Unterstützung zugesagt. Damit wird der Aufforderung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nachgekommen, der die weltweiten Anschläge des IS einstimmig verurteilt und die internationale Gemeinschaft dazu aufgerufen hat, „alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und ihre Anstrengungen zu verstärken und zu koordinieren, um terroristische Handlungen zu verhüten und zu unterbinden“. Der IS sei eine „beispiellose Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.“
Angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen und des Mordens an Jesiden, Kurden, Christen und anderen Minderheiten haben wir uns entschieden, neben einem Ausbau unserer zivilen Hilfe auch die irakischen Sicherheitskräfte und vor allem die kurdischen Peschmergas im Kampf gegen den IS zu unterstützen. Dabei geht es um militärische Ausrüstung, Ausbildung und auch die Lieferung von Militärgerät. Hierfür haben wir uns in diesem Einzelfall entschieden, um so einen Beitrag zur Stabilisierung der Region zu leisten. Solange der Islamische Staat weiter die Menschen im Irak bedroht, muss die humanitäre und militärische Hilfe fortgesetzt werden, wobei der Umfang unserer zivilen Hilfe stets größer sein wird als die militärische Unterstützung.
Klar ist, dass der Terrorismus am Ende nicht allein militärisch besiegt werden kann. Die Überwindung des islamistischen Terrorismus wie auch die Beendigung des Bürgerkriegs in Syrien können nur mit einem umfassenden Ansatz gelingen, der vor allem auch politische und diplomatische Mittel einschließt und auf der Grundlage des Völkerrechts basiert. Der in Wien begonnene Prozess für eine politische Lösung des syrischen Bürgerkriegs hat daher weiter oberste Priorität.

EUROPA ALS GEMEINSCHAFT GEFORDERT

Deutschland und Europa müssen alles dafür tun, dass Auswege aus Krieg, Gewalt und der bedrückenden Not vieler Menschen in Syrien und der gesamten Region gefunden werden. Auch bei der Suche nach einer Lösung für Syrien gilt, was die Verhandlungen zum iranischen Atomprogramm deutlich gemacht haben: Nur mit Ausdauer und Nachdrücklichkeit kann auch bei solch schwierigen und komplexen Verhandlungen eine friedliche Lösung gefunden werden. Gemeinsame Anstrengungen der europäischen Partner sind zugleich aber auch dringend notwendig, um die Folgen der Flüchtlingsbewegungen bei uns in Europa zu bewältigen. Die bisher vereinbarten Maßnahmen reichen bei Weitem noch nicht aus. Europa ist jetzt als Gemeinschaft gefordert. Besonders wichtig ist, dass

- die gemeinsamen Anstrengungen zur Registrierung und Verteilung der Flüchtlinge verstärkt werden;
- die Außengrenzen der EU effektiv gesichert werden, und mit der Türkei Rückübernahmeregelungen geschlossen werden;
- wir stärker zusammenarbeiten, um die Grenzsicherung und Flüchtlingsaufnahme in Griechenland zu verbessern. Europa kann nicht nur fordern, sondern muss auch helfen. Gerade beim Grenzschutz ist zusätzliche materielle, personelle und finanzielle Unterstützung erforderlich.
- feste Kontingente von Flüchtlingen aus der Türkei, Jordanien und dem Libanon in die EU und nach Deutschland kommen können. Damit wollen wir den Schleppern und Menschenhändlern das lebensgefährliche Handwerk legen und Flüchtlingen einen sicheren Zugang nach Europa verschaffen.

Gelingt es, ein solches Paket auch mit Hilfe der EU umzusetzen, dann können wir auch die offenen Grenzen in Europa sichern. Die wirtschaftlichen Folgen wären für alle wären schwerwiegend, wenn Schengen scheitert. Das muss allen gemeinsam in Europa bewusst sein. Die nächsten Wochen sind entscheidende Wochen für die Zukunftsfähigkeit des europäischen Einigungsprojektes. Europa muss in seinem Handeln nach außen wie nach innen Handlungsfähigkeit, Zusammenhalt und Solidarität unter Beweis stellen.

BESCHLUSS: STÜRMISCHE ZEITEN – ABER KEIN KALTER KRIEG

PRÄSIDIUM, 15.2.2016

In einer gemeinsamen Sitzung des SPD-Präsidiums und des Präsidiums der SPD Rheinland-Pfalz heute in Mainz wurde folgender Beschluss gefasst:
Wir leben in stürmischen Zeiten. Es sind Zeiten neuartiger, gefährlicher, hochkomplexer Konflikte, die auch uns in Europa unmittelbar betreffen. Das spüren wir hautnah in der Flüchtlingskrise.

Aber wir leben nicht in der Vergangenheit. Wir sind nicht im Kalten Krieg und wir dürfen ihn auch nicht herbeireden. Wer so redet –im Osten wie im Westen- macht es sich viel zu leicht, und bringt uns nicht weiter auf dem schmalen Pfad hin zu Lösungen.

Alte Kategorien greifen nicht mehr. Wir leben in einer Zeit der globalen Unordnung. Insbesondere im Mittleren Osten erleben wir erodierende Ordnungsstrukturen, zerbrechende Staatlichkeit, neue, asymmetrische Konflikte befeuert von nicht-staatlichen Akteuren, vielfach überlagert von nationalen Interessen der Nachbarn und dem Ringen um Hegemonie.

Freund-Feind-Schemata und Schwarz-Weiß-Urteile helfen uns nicht weiter. Die Welt ist eine andere. Mit ihren Widersprüchen müssen

wir politisch umgehen. Wir müssen Gräben überbrücken, widerstrebende Interessen zusammenführen, scheinbar Unvereinbares vereinen. Wir müssen mit Staaten verhandeln, die gleichzeitig Teil eines Problems und seiner möglichen Lösung sind. Schnelle und makellose Lösungen gibt es nicht.

Es ist daher nicht nur falsch, es ist sogar unverantwortlich, alte Drohkulissen wieder hochzuziehen, die schlicht nicht zutreffen auf die Realität der modernen Konflikte.

Was wir zu tun haben, ist das beharrliche Ringen um Lösungen in neuartigen Konflikten.

- Deshalb haben wir uns entschieden, im Jahr 2016 den Vorsitz der OSZE zu übernehmen. Dialog erneuern, Vertrauen neu aufbauen, Sicherheit wieder herstellen – das sind unsere Prioritäten in der OSZE.
- Für gemeinsame Antworten auf die Krisen werben wir auch in der Europäischen Union, gerade in Zeiten großer Fliehkräfte in Europa. Den Stürmen außerhalb der EU werden wir nur trotzen, wenn wir in der EU zusammenstehen statt jetzt auseinander zu laufen.
- Und insbesondere auf dem internationalen Parkett kommt es mehr denn je darauf an, dass die internationalen Mächte ihre Verantwortung für Sicherheit und Stabilität jenseits der eigenen Grenzen und nationalen Interessen annehmen: Russland und die USA, Europa und die Mächte im Mittleren Osten, insbesondere der Iran, Saudi-Arabien und die Türkei. Es ist ein Kernanliegen deutscher Außenpolitik, widerstrebende Interessen am Verhandlungstisch zusammenzuführen und Staaten auf ihre gemeinsame Verantwortung zu verpflichten.

Das haben wir in den Münchener Syrien-Verhandlungen am Donnerstag getan und wir haben konkrete Vereinbarungen erreicht: insbesondere über humanitäre Hilfslieferungen an die leidenden Menschen in Syrien, die jetzt beginnen müssen, und nächste Schritte auf dem Weg zu einer Waffenruhe. Die Münchener Verpflichtungen sind eindeutig. An ihrer Umsetzung müssen wir einander jetzt messen, nicht an der Markigkeit der Rhetorik!

PRÄSIDIUM, 15.2.2016

BESCHLUSS: GLEICHE GESUNDHEITSCHANCEN FÜR ALLE – ZUSAMMENHALT UND SOLIDARITÄT IM GESUNDHEITSWESEN HERSTELLEN.

In einer gemeinsamen Sitzung des SPD-Präsidiums und des Präsidiums der SPD Rheinland-Pfalz heute in Mainz wurde folgender Beschluss gefasst:

Das Gesundheitswesen in Deutschland bietet eine hochwertige Versorgung. Die Reformen dieser Wahlperiode haben diese weiter verbessert und tragen die Handschrift der SPD.

PARITÄTISCHE FINANZIERUNG WIEDER HERSTELLEN

Zugleich steigen die Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenkassen für die Versicherten stark. Wenn auch künftige Erhöhungen allein von den Versicherten bezahlt werden müssen, verstößt dies gegen eine solidarische Finanzierung. Die jetzige Aufteilung der Beiträge belastet vor allem die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund ist eine Rückkehr zur vollständigen paritätischen Finanzierung dringend geboten.
Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die paritätische Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge zeitnah wieder hergestellt wird.

GESUNDHEITSPOLITIK IST SOZIALPOLITIK

Um für die Zukunft sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich gleichermaßen auf eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung - unabhängig von Geldbeutel, Wohnort oder Lebensumständen - verlassen können, bedarf es der Weiterentwicklung des Gesundheitswesens.
Unser Ziel bleibt die Bürgerversicherung. Das bedeutet für uns: gleicher Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, solidarische Versicherung für alle und eine gerechte Finanzierung.

GUTE ARBEIT GUT ABSICHERN

Arbeit ist die Grundlage der medizinischen Versorgung und ihrer Finanzierung. Gute Arbeit ist krankheitsvermeidend, sie meidet Kosten und trägt zu einer stabilen Finanzierung bei.
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind mehrfach an der Finanzierung von Kosten im Gesundheitswesen beteiligt: als Beitragszahlende, Steuerzahlende, Zahlende von Zuzahlungen und Aufzahlungen sowie als Selbstzahlende. Auch die Verantwortung der Arbeitgeber für die Gesundheit ihrer Beschäftigten erfordert eine paritätische Finanzierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung.
Es geht vor allem um die „arbeitende Mitte“, zunehmend aber auch um die Absicherung neuer Erwerbsformen in einer sich wandelnden Arbeitswelt. Die Bürgerversicherung ist ein moderner Ansatz für eine gute und umfassende Absicherung und Versorgung.
Die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegewesen brauchen gute Arbeitsbedingungen und Löhne, die dem gerecht werden, was sie tagtäglich leisten.

GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

Die Gesundheitswirtschaft ist ein Beschäftigungsmotor. 5,1 Millionen Menschen und damit etwa jeder achte Erwerbstätige ist heute in dieser Branche tätig. Umso mehr entscheidet sich hier, ob eine solidarische Ordnung Vorrang vor den Regeln des Marktes behält. Das Gesundheitswesen alleine dem Markt zu überlassen, ist verfehlt.
Krankheit ist ein Lebensrisiko, das niemand allein verantwortet und auch niemand alleine schultern kann. Deshalb bleibt die sozialstaatliche Organisation zentral. Solidarität statt individueller Risiken und eine solidarische und gerechte Finanzierung statt individueller Prämien, das müssen die Grundsätze für alle sein.

ERKLÄRUNG KATARINA BARLEY: 2016 IST EIN JAHR FÜR DIE FRAUEN.

GENERAL-SEKRETÄRIN, 7.3.2016

Zum Internationalen Frauentag am 8. März erklärt die Generalsekretärin der SPD:
Der Internationale Frauentag ist in diesem Jahr politisch wie lange nicht mehr. Im Fokus stehen zum einen arbeitsmarkt- und sozialpolitische Themen: die Lohngerechtigkeit für Frauen, die Frauenquote in Unternehmen, die Neuordnung der Pflegeberufe. Zum anderen wird nach den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln stärker über das Geschlechterverhältnis, über Sexismus und Gewalt in unserer Gesellschaft diskutiert.

MEHR RESPEKT!

Sexismus in den Medien und sexualisierte Gewalt gegen Frauen finden Aufmerksamkeit wie schon lange nicht mehr. Wir werden das Sexualstrafrecht zum Schutz von Frauen und Mädchen umfassend reformieren. Bundesjustizminister Heiko Maas hat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, bereits im letzten Jahr, lange vor den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht.

MEHR GERECHTIGKEIT!

Das Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit kommt. Es trägt dazu bei, die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern und die daraus resultierende Rentenlücke zu schließen. Wenn Frauen dauerhaft und unfreiwillig Teilzeit arbeiten, sind Nachteile langfristig unvermeidlich. Deshalb wird das Recht, auf die alte Arbeitszeit zurückzukehren, kommen.

Pflegeberufe – ein Bereich, in dem sehr viele Frauen arbeiten – werden neu geordnet, modernisiert und neu bewertet. Mit der Frauenquote für Unternehmen, die Anfang 2016 in Kraft getreten ist, wird auch in Führungspositionen mehr Geschlechtergerechtigkeit einziehen.

MEHR UNTERSTÜTZUNG!

Wir sind solidarisch mit den tausenden geflüchteten Frauen und ihren Familien. Wir wollen Flüchtlinge menschlich und sicher aufnehmen. Dazu gehört auch der Schutz von allein reisenden Frauen und anderen gefährdeten Personengruppen in Einrichtungen und Unterkünften. Wer besonders schutzbedürftig ist, dem muss Schutz gewährt werden. Das ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit.
Wir wollen, dass alle Flüchtlinge – Frauen und Männer – an Sprach- und Integrationskursen teilnehmen. Um das auch Eltern zu ermöglichen, müssen wir begleitend Kinderbetreuung anbieten.

Die geflüchteten Frauen und ihre Töchter sind unsere Nachbarinnen, Mitschülerinnen, Kolleginnen, Freundinnen von morgen.
Dies alles dient unserem gemeinsamen Ziel: Wir wollen in einer freiheitlichen und toleranten Gesellschaft leben, in der Frauen und Männer gleichberechtigt sind.

AUFRUF ZUM 1. MAI: GUTE ARBEIT VERBINDET

PARTEIVORSTAND, 27.4.2016

Gute Arbeit ist entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer eine gute Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen hat, der hat bessere Chancen auf ein gutes Leben. Gute Arbeit verbindet! Sozialdemokratische Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik stärkt die Tarifpartnerschaft in unserem Land. Starke Gewerkschaften, die auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln, sind das Erfolgsrezept der Sozialen Marktwirtschaft. Dieses Prinzip haben wir beim Mindestlohn, beim Tarifpaket und bei dem Gesetzentwurf zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen durchgesetzt. Und es spielt auch eine zentrale Rolle in der Debatte um die Digitalisierung der Arbeitswelt. Überall gilt: Mehr Flexibilität kann es nur für mehr Sicherheit geben.

Unser Land ist erfolgreich. Das ist nicht selbstverständlich. Drei Dinge sind wichtig dafür:

- Die Tarifautonomie, in der starke Sozialpartner mit Tarifverträgen die wesentlichen Arbeitsbedingungen festlegen,
- unsere sozialen Sicherungssysteme, die den Lebensstandard im Alter und bei Lebensrisiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit schützen und präventive Funktion haben und
- die Mitbestimmung auf Augenhöhe, die für mehr Demokratie in Betrieben und Unternehmen sorgt.

Leider haben diese Grundlagen unseres wirtschaftlichen und sozialen Erfolgs deutliche Risse bekommen. Arbeit wurde zunehmend entwertet: durch einen steigenden Niedriglohnsektor und dadurch, dass immer mehr Betriebe nicht mehr tariflich gebunden sind und Arbeitsplätze prekär oder atypisch werden. Einige Arbeitsmarktreformen haben diese Entwicklung begünstigt. Das muss korrigiert werden.

Deshalb steuert sozialdemokratische Politik diesen Entwicklungen entgegen. Die SPD arbeitet in der Bundesregierung dafür, dass die Leistungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern fair entlohnt und ihre Rechte gestärkt werden. Der gesetzliche Mindestlohn ist ein historischer Erfolg, sozial und ökonomisch. Durch ihn haben sich die Löhne und Gehälter von über vier Millionen Menschen deutlich verbessert. Sie bekommen seit dem 1.1.2015 durchschnittlich 18 Prozent mehr Lohn. Durch den Mindestlohn nimmt aber auch geringfügige Beschäftigung ab. Traditionelle Niedriglohnbranchen wurden in die Tarifbindung einbezogen. Das ist eine gute Nachricht! Denn wo Tarifverträge gelten, gibt es gerechtere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Diese Politik verfolgen wir weiter. Nach dem Mindestlohn gilt es jetzt, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu beenden. Für uns gilt: „Gute Arbeit muss auch fair bezahlt werden." Mit einer klaren Definition des Werkvertrags verhindern wir, dass über Werkverträge Sozialdumping betrieben wird. Der Einsatz von Leiharbeitnehmern als Streikbrecher muss verboten werden. Und Betriebsräte müssen mehr Rechte erhalten.

Wir brauchen in unserem Land wieder eine Kultur der Wertschätzung der Arbeit. Das ist unsere Maxime, wenn wir den neuen Herausforderungen der Arbeitswelt begegnen.

Digitale Arbeit verändert die Arbeitswelt. Sie bietet Chancen für mehr selbstbestimmte Arbeit und eine Reduzierung von Arbeitsbelastungen. Gleichzeitig birgt sie Risiken, die wir nur minimieren können, wenn wir den digitalen Wandel gemeinsam mit den Sozialpartnern aktiv gestalten. Dabei ist der Ausbau von echten Mitbestimmungsrechten von zentraler Bedeutung.

Die Wünsche und Erwartungen der Menschen an eine moderne Arbeitszeitpolitik haben sich verändert. Die meisten Menschen wünschen sich mehr Selbstbestimmung und mehr Zeit für sich selbst, für die Familie und auch für Bildung und Weiterentwicklung im Job. Das erreicht man am besten in den Betrieben und über gute Tarifverträge. Innovative Arbeitszeitpolitik muss aber unterstützt werden durch gute politische Rahmenbedingungen. Dafür steht die SPD.

In einer modernen Arbeitswelt hat die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern keinen Platz mehr. Im 21. Jahrhundert muss damit endlich Schluss sein. Frauen dürfen nicht länger schlechter bezahlt werden als Männer, wenn sie die gleiche Tätigkeit ausüben. Das werden wir noch in der Großen Koalition durchsetzen!

Gute Arbeit ist aber auch entscheidend für die Zeit nach dem Erwerbsleben. Für immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer reicht selbst jahrzehntelange Beschäftigung nicht für eine Absicherung im Alter oberhalb der Grundsicherung. Dies stellt die Zustimmung zur gesetzlichen Rentenversicherung infrage. Dabei gibt es nichts gerechteres als die gesetzliche Rentenversicherung mit ihren Elementen des sozialen Ausgleichs. Deshalb wollen wir die erste Säule der Alterssicherung stärken und das Rentenniveau stabilisieren. Außerdem werden wir ergänzend eine solidarische Lebensleistungsrente einführen. Wer jahrzehntelang Beiträge gezahlt hat, darf am Ende des Erwerbslebens nicht auf Grundsicherung verwiesen werden. Die Lebensleistungsrente ist die Schwester des Mindestlohnes. Sie ist unverzichtbar.

Der 1. Mai ist der Tag der Solidarität. Unser Land hat in den vergangenen Monaten ein bemerkenswertes Zeichen der Solidarität gesetzt. Hunderttausende Menschen sind zu uns vor Krieg und Verfolgung geflohen. Besondere Anerkennung gebührt den vielen Menschen in unserem Land, die ehrenamtlich mit hohem persönlichen Einsatz geholfen haben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen uneingeschränkt zum Asylrecht und zur Genfer Flüchtlingskonvention.

Die Integration der Menschen, die bei uns Schutz suchen, ist eine historische Herausforderung. Die SPD hat mit dem Integrationsgesetz die entscheidende Grundlage geschaffen, dass diese Aufgabe gelingt. Zugleich lassen wir es nicht zu, dass Arme gegen noch Ärmere ausgespielt werden. Deshalb haben wir allen Versuchen eine Absage erteilt, den Mindestlohn im Zuge der Flüchtlingsdebatte wieder aufzuweichen. Und deshalb hat die SPD ein Solidarprojekt für alle Menschen durchgesetzt, die bei uns leben. Wir investieren zusätzlich fünf Milliarden Euro: für aktive Arbeitsförderung für alle, für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle, für mehr und bessere Kita-Plätze für alle.

Arbeitnehmerinteressen können nur mit starken Gewerkschaften und einer starken Sozialdemokratie verwirklicht werden. Wir rufen die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf, am 1. Mai 2016 gemeinsam mit unseren Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund für gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit und sichere Arbeitnehmerrechte zu demonstrieren.

PARTEIVORSTAND, 5.9.2016

BESCHLUSS: LEITANTRAG ZUM FREIHANDELSABKOMMEN CETA „GLOBALER HANDEL BRAUCHT FORTSCHRITTLICHE REGELN“

Der SPD Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung mit sehr großer Mehrheit den Leitantrag zum Freihandelsabkommen CETA „Globaler Handel braucht fortschrittliche Regeln“ beschlossen:

I. UNSER ZIEL – FORTSCHRITTE FÜR WOHLSTAND UND GERECHTEN HANDEL

Globalisierung braucht faire Regeln. Für die SPD ist klar: Wir wollen den globalen Handel gerecht gestalten und den Primat der Politik gegenüber den ungezügelten Marktkräften durchsetzen. Das ist unser politischer Anspruch. Im nationalen Rahmen ist es der Sozialdemokratie im vergangenen Jahrhundert weitgehend gelungen, den Kapitalismus einzuhegen und sozial gerechten Regeln zu unterwerfen. Für den globalen Kapitalismus steht dieser Prozess noch aus. Die Bemühungen in der Tradition des Nord-Süd-Dialogs unter Willy Brandt müssen deshalb noch entschiedener als in der Vergangenheit und mit allen Teilen der Welt für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit vorangetrieben werden. Die berechtigte Kritik an der bisherigen Art und Weise muss sich nicht nur in internationalen Erklärungen wiederfinden, sondern endlich zu einer Veränderung der Politik führen: Eine andere, gerechtere Welt ist möglich.

Wir wissen: Fortschritte für einen gerechten Welthandel und mehr Wohlstand für alle sind in der komplexen Welt von heute nicht leicht zu erreichen. Internationale Kooperation ist dafür unverzichtbar. In besonderer Weise wird es auf die gemeinsame politische und wirtschaftliche Kraft der Europäischen Union ankommen, um unsere Vorstellungen, Werte und Standards gegenüber anderen Regionen der Welt zu behaupten und in der globalen Wirtschaftsordnung der Zukunft möglichst weitgehend zu verankern. Das gilt nach der Entscheidung über den BREXIT umso mehr.
Eine in der Handels-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik handlungsfähige EU ist deshalb unerlässlich. Nur Schritt für Schritt und im Zusammenspiel mit weiteren, uns nahestehenden Partnern kann es überhaupt gelingen, Fortschritte in einer Welt zu erreichen, in der andere Staaten und Regionen teils aggressiv auf eigene Wettbewerbsvorteile und nationale Interessen bedacht sind.

Eben weil viel auf dem Spiel steht, darf Europa nicht abseits stehen, wenn die Standards und Regeln der Zukunft ausgehandelt werden. Der beste, weil multilaterale Rahmen für diese Verhandlungen, ist ohne Zweifel die Welthandelsorganisation (WTO), die allerdings derzeit weitgehend blockiert und handlungsunfähig ist. Wir werden alles daran setzen, diese Blockade gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit zu überwinden. Angesichts dieser Blockade sind bilaterale Handelsabkommen mit wichtigen Partnern zu einer immer stärker genutzten Alternative geworden. Diese bilateralen Handelsabkommen sind zum Teil von schlechter Qualität, fehlender sozialer Verantwortung und keiner ernsthaften ökologischen Nachhaltigkeit gekennzeichnet. Je mehr sich diese Art Handelsabkommen durchsetzen – z.B. das US-Abkommen mit Pazifikstaaten (TPP) – umso größer wird die Gefahr einer Verfestigung dieser Mängel. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen deshalb ein Interesse daran haben, bessere Handelsabkommen zu schließen, um die Standards im internationalen Handel nach oben und nicht nach unten zu entwickeln. Europa muss dabei eine Vorbildrolle einnehmen, um gute, fortschrittliche und faire Handelsbeziehungen einzugehen.

Viele Bürgerinnen und Bürger, viele Organisationen bringen sich in die Diskussion über die zukünftige EU-Handelspolitik ein. Ihr öffentliches Engagement ist ein Statement für einen fairen Handel. Dies teilt die SPD. Handel heute muss in der Tat frei und fair zugleich sein. Freihandel ist nicht automatisch fairer Handel. Wie alle marktwirtschaftlichen Beziehungen braucht er klare soziale und ökologische Regeln, die demokratisch abgesichert sind. Unbegrenzte Handlungsfreiheit soll es auch im internationalen Handel nicht geben, weil das nur die Starken stärker und die Schwachen schwächer machen würde. Umgekehrt gilt aber auch: Ohne freien Handel ist auch Fairness nicht zu erreichen.

Nur im breiten Diskurs lassen sich gute Lösungen für einen freien UND fairen Welthandel finden. Die Gestaltung von Globalisierung und von Handelsabkommen kann nur gelingen, wenn es Transparenz gibt. Die bisherigen Praktiken der Intransparenz im Bereich der EU-Handelspolitik müssen endgültig verschwinden.

Wir haben vor eben diesem Hintergrund in unserem Regierungsprogramm und dem Koalitionsvertrag 2013 die Aufnahme von Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) grundsätzlich begrüßt und unterstützt. In unserem Konventsbeschluss vom September 2014 haben wir zugleich klare Kriterien und Erwartungen für die Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) formuliert. Der Beschluss des Bundesparteitages vom Dezember 2015 hat diese Kriterien ausdrücklich bekräftigt. Sie sind der Maßstab, an dem wir die Ergebnisse der Verhandlungen messen werden.. Unsere grundlegende Haltung ist dabei klar: Wir sagen ja zum globalen Handel – aber nur mit fortschrittlichen Regeln.

II. TRANSPARENZ UND WEITERER DIALOG SIND UNERLÄSSLICH

Die SPD hat sich kontinuierlich auf den unterschiedlichen Ebenen der Partei mit dem Freihandelsabkommen CETA befasst. Viele Gliederungen der Partei haben intensiv und kontrovers beraten und ihre Auffassungen durch zahlreiche Anträge zu den SPD-Konventen und Bundesparteitagen zum Ausdruck gebracht. Wir haben diese Diskussionen in Beschlüssen zusammengefasst, die uns klare inhaltliche Maßgaben an die Hand geben.

Während andere Parteien einer ernsthaften Diskussion aus dem Weg gehen, führt die SPD die notwendige Debatte über eine gerechte Handelspolitik offen und ausgewogen. Uns geht es nicht um plakative Parolen und vorschnelle Schlussfolgerungen, sondern um eine ernsthafte, wert- und faktenbasierte Auseinandersetzung und Abwägung. Dies schließt sachliche Kritik ausdrücklich mit ein. Wir wissen um die teils noch immer bestehenden Kritikpunkte von Teilen der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften und nehmen diese sehr ernst.

Die neue progressive kanadische Regierung unter der Führung von Premierminister Trudeau ist sehr interessiert daran, ein fortschrittliches Handelsabkommen zu schaffen. Die Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der kanadischen Regierung sind zwar abgeschlossen. Für die politische Beratung und Beschlussfassung über das CETA-Abkommen gilt dies allerdings ausdrücklich nicht. Die Beschlussfassung im Rat und die Ratifizierung im Europäischen Parlament und anschließend den nationalen Parlamenten stehen erst noch bevor. Wir werden dabei sicherstellen, dass es ausreichend Zeit und Raum für einen fortgesetzten, offenen und kritischen Dialog unter Einschluss der Zivilgesellschaft geben wird.

III. DAS CETA-ABKOMMEN: EINE ERSTE BEWERTUNG

Kanada zählt zu den ältesten und engsten Partnern der Europäischen Union. Kanada ist ein wichtiger Freund und Verbündeter auf dem nordamerikanischen Kontinent, der europäischen und deutschen Interessen durch Geschichte und Selbstverständnis aufgeschlossen gegenübersteht. Die bilateralen Beziehungen wurden schon in den 1950er-Jahren aufgenommen. Deutschland und Kanada verbindet eine aktive Mitarbeit in internationalen Gremien, vor allem in Fragen der Sicherheit und Abrüstung, der Menschenrechte, bei humanitären Aktionen und bei friedenserhaltenden Maßnahmen. Auch die EU und Kanada arbeiten bei globalen Herausforderungen, z.B. in den Bereichen Umwelt, Klimawandel, Energiesicherheit und regionale Stabilität, eng zusammen.
Das 1976 zwischen der EU und Kanada geschlossene Rahmenabkommen über handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit war das erste formelle Abkommen dieser Art, das die EU mit einem Industrieland unterzeichnet hat. Die Beziehungen wurden seitdem ausgeweitet und es gibt regelmäßige Gipfeltreffen und Treffen auf allen Ebenen. Inzwischen bestehen 36 bilaterale Abkommen EU – Kanada und wir sind mit Kanada insgesamt (bilateral und multilateral) in 110 Abkommen verbunden.

Mit Blick auf das CETA-Abkommen begrüßen wir ausdrücklich, dass der sozialdemokratische Vorsitzende im Handelsausschuss des Europäischen Parlamentes, Bernd Lange, eine Synopse vorgelegt hat, die den CETA-Vertrag anhand der in den SPD-Beschlüssen formulierten Kriterien ausführlich analysiert.

Auf dieser Grundlage gelangen wir mit Blick auf die Bedingungen des SPD-Konvents-Beschlusses vom 20. September 2014 und des gleichlautenden Beschlusses des SPD-Bundesparteitages vom 8. Dezember 2015 zu folgender Bewertung bei den zentralen Punkten des Abkommens:

- **Einstufung als gemischtes Abkommen**: Wir haben immer die Auffassung vertreten, dass es sich bei CETA um ein gemischtes Abkommen handelt. Daher begrüßen wir nachdrücklich, dass die EU-Kommission vor allem auf sozialdemokratischen Druck hin mittlerweile CETA als gemischtes Abkommen eingestuft hat. Damit ist klar, dass sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente, in Deutschland der Bundestag und der Bundesrat, das Abkommen beraten und ratifizieren müssen. Das heißt im Umkehrschluss auch: Wenn ein nationales Parlament CETA ablehnt, kann es nicht in Kraft treten.

- **Einsetzung eines öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshofs**: Beim Investitionsschutz haben wir uns dafür ausgesprochen und eingesetzt, dass das alte privatrechtliche ISDS-System abgeschafft wird. Auf sozialdemokratische Initiative hin ist es gelungen, den bereits ausverhandelten Vertragstext an dieser Stelle nochmals grundlegend zu verändern und erstmals überhaupt einen öffentlich-rechtlichen Investitionsgerichtshof zu etablieren. Damit würden nicht nur die bisherigen Investitionsschutzbestimmungen zwischen den EU-Staaten und Kanada, die noch auf dem alten ISDS-System beruhen, abgeschafft. Der Gerichtshof bietet auch die Chance, einen völlig neuen Standard für einen modernen Investitionsschutz nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu schaffen. Die EU-Kommission hat erklärt, dass dies künftig die Grundlage für alle EU-Handelsabkommen sein wird. Das alte ISDS-System ist damit tot. CETA ist so der Startpunkt für einen Prozess, an dessen Ende die Einrichtung eines internationalen Handels- und Investitionsgerichtshofes für den globalen Handel stehen sollte – ein Ziel, zu dem sich die Vertragspartner im CETA-Abkommen ausdrücklich gemeinsam bekennen. Im weiteren Prozess sollten unbestimmte Rechtsbegriffe vermieden werden. Zudem soll die öffentliche Daseinsvorsorge aus dem Streitschlichtungsmechanismus herausgenommen werden.

- **Neue Regeln, mehr Transparenz, verbesserte Standards**: Der neue Ansatz eines Investitionsgerichtshofs sieht u.a. transparentere Verfahren, verbesserte Standards bei der Auswahl der Richter, klarere Definitionen von Rechtsbegriffen und eine Berufungsmöglichkeit vor. Dies sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Es wird im weiteren parlamentarischen Verfahren genau zu prüfen sein, inwieweit insbesondere die Definitionen der unbestimmten Rechtsbegriffe tatsächlich bereits hinreichend präzise sind und ob die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidungen ausreichend gewährleistet ist. In unserem Konventsbeschluss haben wir formuliert, dass wir unklare Definitionen dieser Rechtsbegriffe ablehnen. Wir erwarten, dass die Parlamente diese Fragen, die auch von Teilen der Zivilgesellschaft vorgebracht werden, umfassend prüfen und nötigenfalls Klarstellungen vor der Ratifizierung herbeiführen.

- **Parlamentarische Entscheidungshoheit**: Mit Blick auf die regulatorische Kooperation zur Anpassung von Normen und Standards haben wir die Erwartung formuliert, dass hierdurch der politische Gestaltungsspielraum von Parlamenten und Regierungen nicht eingeschränkt werden darf. Der CETA-Vertrag sieht eine regulatorische Kooperation auf freiwilliger Basis und ohne bindende Wirkung auf parlamentarische Entscheidungen vor. Er betont zudem das „right to regulate“ der Vertragsparteien, stellt also klar, dass die Entscheidungshoheit der Parlamente in vollem Umfang gesichert ist.

- **Zollabbau und Marktzugang**: CETA sieht vor, dass Zölle und technische Handelshemmnisse weitreichend abgebaut werden. Europäische Unternehmen erhalten Zugang zu den kanadischen Märkten, insbesondere erstmals auch den Beschaffungsmärkten auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen Kanadas.

- **Kein Dumping-Wettbewerb**: In CETA wird ausdrücklich klargestellt, dass die Vertragspartner einen Dumping-Wettbewerb ablehnen und Handelsziele nicht dazu dienen dürfen, Schutzstandards für Arbeit oder Umwelt auszuhebeln. In CETA sind in vielen Bereichen fortschrittliche Regeln und Standards für den Schutz von Arbeitnehmerrechten, Umwelt, Gesundheit und für nachhaltiges Wirtschaften insgesamt vereinbart worden.

- **Schutz der Arbeitnehmerrechte**: Besonders wichtig sind uns der Schutz der Arbeitnehmerrechte und die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). In CETA verpflichten sich die Vertragsparteien Anstrengungen zur Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen zu unternehmen. Bei Vertragsschluss hatte Kanada zwei der insgesamt acht ILO-Kernarbeitsnormen noch nicht ratifiziert: Zum einen die ILO-Konvention 138 über das Mindestalter der Beschäftigung, zum anderen die ILO-Konvention 98 über kollektive Tarifverhandlungen. Die neue kanadische Regierung hat nunmehr aber erklärt, die beiden ausstehenden ILO Normen zügig zu ratifizieren. Am 9. Juni 2016 hat Kanada mittlerweile bereits die Konvention 138 ratifiziert. Die Ratifizierung der ILO-Konvention 98 soll folgen. Unserer Erwartung ist, dass dies zeitnah erfolgt. Insgesamt setzt die neue kanadische Regierung unter Führung von Premierminister Trudeau damit neue Schwerpunkte, die zu begrüßen sind.

- **Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards**: In unserem Konventsbeschluss haben wir die Erwartung formuliert, dass die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards in Konfliktfällen genauso wirkungsvoll sichergestellt sein muss, wie die Einhaltung anderer Regeln des Abkommens. Der CETA-Vertrag sieht zur Durchsetzung der im Nachhaltigkeitskapitel verankerten Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards ein dialogorientiertes Verfahren unter Einbindung der Zivilgesellschaft einschließlich der Gewerkschaften und der ILO vor. Anders als in anderen Teilen des Abkommens sieht dieses Verfahren bislang keine Sanktionsmöglichkeiten vor. Allerdings verpflichten sich auch in diesem bisherigen Ansatz die Vertragsparteien dazu, die Empfehlungen des einzurichtenden „Expertenpanels“ umzusetzen. Die Verbindlichkeit der Entscheidungen ist sicherzustellen . In der weiteren Beratung muss dieses Verfahren auf seine Effektivität geprüft werden. Dabei muss auch geprüft werden, inwieweit – unter Bezug auf die speziell hierfür bereits vorgesehene Revisionsklausel im CETA-Vertrag – der bestehende Durchsetzungsmechanismus perspektivisch um Sanktionsmöglichkeiten erweitert werden kann.

- **Schutz der Daseinsvorsorge**: Der Schutz der Daseinsvorsorge hat für uns höchste Bedeutung und muss umfassend gewährleistet sein. Für viele Dienstleistungsbereiche und insbesondere die Daseinsvorsorge werden in CETA vielfältige Schutzregeln formuliert: So gilt für die Daseinsvorsorge eine allgemeine Schutzregel (so genannter „public utilities“-Vorbehalt) sowie weitere weitreichende spezielle Schutzregelungen etwa für Bereiche wie Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit oder soziale Dienstleistungen. Die Bereiche der Daseinsvorsorge sind im Wesentlichen durch die Ausnahmen des so genannten Annex II geschützt, für den insbesondere auch keine Ratchet (Sperrklinke)-Klauseln oder Standstill (Stillhalte)-Klauseln gelten. Rekommunalisierungen sind demnach in diesen Bereichen weiterhin möglich.

Allerdings findet in CETA zugleich eine so genannte Negativliste Anwendung. Das bedeutet, dass Verpflichtungen zur Marktöffnung für Dienstleistungen mit Ausnahme der ausdrücklich auf der Liste aufgeführten Dienstleistungen eingegangen werden. Im SPD-Konventsbeschluss haben wir die Auffassung formuliert, dass ein Positivkatalog besser ist und mehr Vertrauen schafft als der bisherige Ansatz der Negativlisten. Deshalb muss genau geprüft werden, wie im Detail die Negativliste und die Schutzregeln für die Daseinsvorsorge ausgestaltet sind, um auch mögliche künftige und in der aktuellen Negativliste noch nicht erfasste Entwicklungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Zwang zu Privatisierung und Liberalisierung zu schützen. Dies ist ein zentraler Punkt, der in den weiteren Beratungen durch begleitende Klarstellungen sichergestellt werden sollte.

Diese Analyse des CETA-Vertrages zeigt, dass in sehr vielen Bereichen fortschrittliche Regeln vereinbart wurden. Vor dem Hintergrund dieser Fortschritte ist es gerechtfertigt, dass der EU-Ministerrat mit Zustimmung Deutschlands den Weg für die weitere parlamentarische Beratung des CETA-Vertrages freimacht, wenn zugleich die Regelungen zum Investitionsschutz von der vorläufigen Anwendung ausgenommen sind. Es gibt allerdings wie beschrieben an einigen Stellen noch offene Punkte und Fragen, die im bevorstehenden Beratungs- und Ratifizierungsprozess weiter geprüft werden müssen. Hier ist genau zu prüfen, ob die bisherigen Regelungen bereits ausreichen oder ob Klarstellungen und Präzisierungen erforderlich etwa in Form von ergänzenden Erklärungen zwischen den Vertragspartnern erforderlich sind. Das Europäische Parlament muss alle Optionen nutzen und sein politisches Gewicht in der Handelspolitik dafür in die Waagschale werfen.

Durch die genaue Prüfung der bevorstehenden Regelungen sowie – wo nötig – durch Klarstellungen ist in jedem Fall sicherzustellen,

- dass beim Investitionsgerichtshof die Unabhängigkeit der richterlichen Entscheidung gesichert ist und dass die materiellen Rechtsstandards durch klare Definitionen unseriöse Forderungen ausschließen;
- dass die 8 ILO Kernarbeitsnormen ratifiziert werden, der soziale Dialog gut ausgestaltet wird, das Verfahren zur Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards wirkungsvoll genug ist und wie es perspektivisch durch Sanktionsmöglichkeiten ergänzt werden kann;
- dass im Dienstleistungsbereich der Negativlistenansatz zu keinen unkontrollierten Liberalisierungen führt und ob die vorgesehenen Schutzvorbehalte tatsächlich alle Bereiche der Daseinsvorsorge ausreichend und umfassend sichern oder ggf. Ergänzungen nötig sind. Dienstleistungen im Allgemeinen und allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge) müssen hieb und stichfest gesichert sein und es muss hinreichend Gestaltungsmöglichkeiten für die kommunalen Körperschaften geben.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden alles tun, um sicher zu gehen, dass dieses Abkommen im Interesse der Menschen ist und wirtschaftliche Macht reguliert. Hierfür erwarten wir insbesondere, dass die genannten offenen Punkte und Fragen im weiteren Prozess erörtert und geklärt werden. Dies ist die Grundlage dafür, dass die Sozialdemokratie abschließend im Deutschen Bundestag zustimmen kann.

IV. DIE STUNDE DER PARLAMENTE – UNSERE ERWARTUNGEN AN DEN WEITEREN RATIFIZIERUNGSPROZESS

Die Parlamente sind die Interessenvertretungen der Bürgerinnen und Bürger Europas. Sie allein können der europäischen Handelspolitik und einem Abkommen wie CETA die notwendige demokratische Legitimierung verschaffen. Der bisher vorliegende Vertragstext ist das Ergebnis der Verhandlerinnen und Verhandler von EU und Kanada. Wir sagen: Jetzt muss die Stunde der Parlamente kommen. Sie müssen ausführlich beraten und umfassend prüfen, inwieweit CETA die Ansprüche an eine fortschrittliche Handelspolitik erfüllt.

Der Deutsche Bundestag wird bereits vor der Beratung und Entscheidung im EU-Ministerrat das Abkommen diskutieren. Nach Beratung und einer positiven Beschlussfassung im Ministerrat ist dann der Weg für die weitere parlamentarische Behandlung und Ratifizierung frei, zunächst im Europäischen Parlament sowie anschließend in den nationalen Parlamenten, in Deutschland dem Bundestag und dem Bundesrat. Die Parlamente sind dabei die Herren des Verfahrens und entscheiden abschließend.

Die SPD hat vor diesem Hintergrund folgende klare Erwartungen an den weiteren parlamentarischen Beratungs- und Ratifizierungsprozess:

- Wir wollen, dass der CETA-Vertrag nun zur weiteren Beratung an die Parlamente geht. Vor allem die Beratungen im Europäischen Parlament und später in den nationalen Parlamenten müssen dabei eine sorgfältige Prüfung sicherstellen und die noch offenen Punkte aufgreifen. Wir erwarten, dass zunächst das Europäische Parlament umfassend berät und wo erforderlich Klarstellungen erwirkt.

- Die Beratungen in den Parlamenten müssen unter Einschluss der Zivilgesellschaft erfolgen. Angesichts der besonderen Bedeutung des CETA-Abkommens plädieren wir zudem für eine außerordentliche gemeinsame Anhörung von Vertretern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zum CETA-Abkommen. Zudem sollen die nationalen Parlamente Stellungnahmen vor der abschließenden Beratung an das Europäische Parlament übermitteln. CETA soll neue Standards in der parlamentarischen Befassung mit Handelsabkommen und in der Zusammenarbeit des Europäischen und der nationalen Parlamente setzen. Dies soll ein positives Signal für einen starken europäischen Parlamentarismus geben.

- Bei gemischten Abkommen der EU entspricht es der europäischen Rechtslage und Praxis, dass nur die Teile der Abkommen, die nicht in die nationale Zuständigkeit fallen, vorläufig angewendet werden können. Allerdings darf auch dies erst erfolgen, wenn zuvor das Europäische Parlament entschieden und das Abkommen ratifiziert hat, sodass eine demokratische Legitimierung sichergestellt ist. Grundsätzlich soll mit dieser Regelung die europäische Handelspolitik handlungsfähig und kohärent bleiben. Keinesfalls dürfen die Bereiche vorläufig in Kraft treten, die nationalstaatlich zu regeln sind. Bei CETA heißt das konkret, dass eine vorläufige Anwendung der Regelung zum Investitionsschutz ausgeschlossen werden muss. Eine umfassende Anwendung und ein vollständiges Inkrafttreten des CETA-Abkommens können erst nach Abschluss der Ratifizierung im Europäischen Parlament und allen nationalen Parlamenten erfolgen.

- Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden wir uns mit allem Nachdruck für die Umsetzung der in diesem Beschluss formulierten Ziele einsetzen – auf europäischer Ebene im Europäischen Parlament und im EU-Ministerrat, im Deutschen Bundestag ebenso wie im Bundesrat. Bereits im Ministerrat werden wir die offenen Punkte und notwendigen Klarstellungen einbringen, um den weiteren Prozess der Beratung und Nachbesserung einzuleiten.

- Wir werden als Partei die weitere Beratung und Ratifizierung genau verfolgen und aktiv mitgestalten. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Parlamenten werden alle Optionen nutzen, um sicherzustellen, dass nur ein Abkommen, dass unseren klaren Kriterien entspricht, eine Chance auf Zustimmung hat.

BESCHLUSS: UNSERE SCHULEN VON MORGEN – GERECHTER, MODERNER, LEISTUNGSFÄHIGER.

PARTEIVORSTAND, 26.9.2016

In einer Sitzung des SPD-Parteivorstandes vom 26. September wurde folgender Beschluss „Eckpunkte für ein Programm zur Modernisierung der schulischen Bildung in Deutschland 2017 bis 2021“ gefasst:

1. HERAUSFORDERUNGEN UND ZIELE

Bildung - insbesondere die schulische Bildung - ist der entscheidende Schlüssel für die Verwirklichung individueller Lebenschancen, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und nicht zuletzt den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Seit dem sogenannten „PISA-Schock“ haben vor allem die Bundesländer und die Kommunen viel auf den Weg gebracht, um die schulische Bildung in Deutschland zu verbessern: Schulstrukturen wurden modernisiert, das Angebot an Ganztagsschulen auch als Folge des Programmes aus der Zeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder massiv ausgebaut und die frühkindliche Bildung in quantitativer und qualitativer Hinsicht verstärkt. Gleichwohl steht unser Bildungs- und Schulsystem heute vor großen Herausforderungen:

- Studien der OECD und der letzte Nationale Bildungsbericht bestätigen, dass nach wie vor die soziale Herkunft sehr stark über die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen entscheidet. Es gilt, die Chancengleichheit zu verbessern. Wir wollen, dass Leistung und Talent entscheiden und nicht Herkunft.
- Etwa die Hälfte aller Schulen in Deutschland ist nach Angaben des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sanierungsbedürftig. Eine aktuelle Studie der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beziffert den Investitionsstau auf 34 Mrd. Euro. Der Zustand unserer Lernorte ist dringend verbesserungsbedürftig.
- Der Stand des Ausbaus der Ganztagsschulen entspricht nach wie vor nicht dem gesellschaftlichen Bedarf. . Allerdings gibt es nur für 38 Prozent der Schülerinnen und Schüler tatschlich einen Ganztagsplatz, für Grundschüler und Grundschülerinnen sogar nur für 33 Prozent. Nur für jede zweite Familie, die sich heute einen Ganztagsschulplatz für ihr Kind wünscht, gibt es heute auch tatsächlich ein Angebot.
- Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erfordert erhebliche Anstrengung zur Förderung digitaler Bildung – insbesondere müssen wir die entsprechenden Infrastrukturen an unseren Schulen aufbauen und neue digitale Lernkonzepte umsetzen. Dringend notwendig sind Maßnahmen zu Vermittlung von Medienkompetenz an Schulen.
- In sozialen Brennpunkten und angesichts der erheblichen Zuwanderung von Flüchtlingen stehen unser Bildungswesen und die Lehrerinnen und Lehrer vor erheblichen Herausforderungen. Allein im Jahre 2015 kamen nach Schätzungen der Kultusministerkonferenz etwa 325.000 zusätzliche Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter nach Deutschland. Dafür brauchen unsere Schulen mehr Personal und zusätzlich multiprofessionelle Teams, in denen neben den Lehrkräften Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und andere pädagogische Fachkräfte zusammenarbeiten sollen.
- Trotz des wachsenden Fachkräftebedarfs verlassen jährlich etwa 50.000 Jugendliche unsere Schulen ohne Schulabschluss. Etwa 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren verfügen über keinen beruflichen Abschluss, die Zahl der Studienabbrecher ist nach wie vor zu hoch. Es gilt, durch frühzeitige Berufsorientierung und verbesserte Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung zu verwirklichen. Wir wollen Durchlässigkeit ermöglichen und die Attraktivität der Berufsausbildung verbessern.

2. MAßNAHMEN IM RAHMEN EINER NATIONALEN BILDUNGSALLIANZ

Die Kompetenz in der Schulpolitik liegt im Rahmen unserer bundesstaatlichen Ordnung bei den Ländern, Schulträger sind im Regelfall die Kommunen. Angesichts der genannten Herausforderungen und der durch die Schuldenbremse limitierten Finanzierungsmöglichkeiten braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung im Rahmen einer nationalen Bildungsallianz von Bund, Ländern und Kommunen. Im Rahmen dieser Allianz sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Der Bund stellt ein Programm zur Schulmodernisierung für den Zeitraum von 2017 bis 2021 mit zusätzlich 9 Mrd. Euro zu Verfügung.

2. Diese Mittel sollen vorrangig in Verbindung mit den Mitteln von Ländern und Kommunen zur Sanierung und Modernisierung von Schulen, zur digitalen Ausstattung der Schulen, zum Ausbau der sportlichen, kulturellen und sozialen Angebote und zum Ausbau von Ganztagsschulen eingesetzt werden.

3. Im Ganztagsbereich streben wir einen Rechtsanspruch auf gute und verlässliche Ganztagsschulplätze zumindest im Primarbereich bis 2021 an.

4. Bei der Personalausstattung der Ganztagsschulen beteiligt sich der Bund durch ein zusätzliches Programm am flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit. Die Länder stellen ihrerseits den notwendigen Ausbau und die Einstellung der erforderlichen Lehrkräfte sicher.

5. Der Bund unterstützt die Länder im Rahmen eines Programmes zum Ausbau der Kapazitäten in der Lehrerausbildung an den Hochschulen.

6. Bund und Länder vereinbaren sich über gemeinsame Schritte zum Ausbau der digitalen Bildung. Dazu gehören Investitionen in die notwendige Infrastruktur, Maßnahmen zur Entwicklung einer gemeinsamen Digitalisierungsstrategie, der gemeinsamen Aufbau von Lernplattformen, von Lernsoftware und digitale Reformen in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte.

7. Im Rahmen der Bildungsallianz sollen Bund, Länder und Kommunen einen besonderen Schwerpunkt auf die Modernisierung und Digitalisierung der beruflichen Schulen legen. In einem „Pakt für Berufliche Bildung“ wollen wir damit einen Beitrag zur Stärkung der beruflichen Bildung, insbesondere der „Dualen Ausbildung“ leisten.

8. Durch eine Änderung des Grundgesetzes wird die Möglichkeit zur gezielten Kooperation in der schulischen Bildung von Ländern und Bund geschaffen. Ein Einstimmigkeitsprinzip sichert dabei den Gestaltungsanspruch der Länder und ihre Kultushoheit.

Wir wollen diese nationale Bildungsallianz und das Schulmodernisierungsprogramm noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg bringen.
Wir schlagen deshalb unserem Koalitionspartner auf Bundesebene vor, zügig die Gespräche zwischen der Bundesregierung, den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden aufzunehmen und werden daher dieses Thema zum Gegenstand des nächsten Koalitionsausschusses machen.
Unsere Schulen von morgen sollen gerechter, moderner und leistungsfähiger sein.

PARTEIVORSTAND, 17.10.2016

BESCHLUSS: FÜR EIN ENDE DER GEWALT IN SYRIEN

In der Sitzung des SPD-Parteivorstandes vom 17. Oktober wurde folgender Beschluss „Für ein Ende der Gewalt in Syrien“ gefasst:
Der Krieg in Syrien ist die größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit. Tagtäglich erreichen uns schreckliche Nachrichten: Die Zerstörung von Krankenhäusern in Aleppo, die Bombardierung eines internationalen Hilfskonvois mit dringend benötigten Nahrungsmitteln und Medikamenten, die menschenverachtende Kriegsführung des syrischen Regimes und der Terror des sogenannten Islamischen Staates.

Die Menschen in Syrien sind seit über fünf Jahren Tod und Gewalt, entsetzlichem Leid und furchtbaren Entbehrungen ausgesetzt. Fast 300.000 Menschen haben ihr Leben verloren, über 1,2 Millionen Menschen sind verletzt. Mehr als zwölf Millionen Syrerinnen und Syrer sind auf der Flucht vor Gewalt, Folter und Hunger; über 13 Millionen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Ein Ende dieser Tragödie ist nicht in Sicht. Alle bisherigen diplomatischen Bemühungen, die Gewalt und das Leid zu beenden, haben trotz des großen Engagements auch der Bundesregierung keinen dauerhaften Erfolg gebracht. Die fortdauernden Angriffe insbesondere auf Aleppo, der Abbruch der jüngsten Verhandlungen zwischen den USA und Russland sowie die wiederholte Blockade des VN-Sicherheitsrates sind schwere Rückschläge auf dem Weg zu einer Beruhigung der Lage.
Und dennoch: Es gibt zu den politisch-diplomatischen Bemühungen keine vernünftige Alternative. **Keine militärische Lösung wird dauerhaften Frieden bringen.**

Deshalb unterstützen wir Außenminister Frank-Walter Steinmeier in seinem Bemühen, auch in der aktuell ausweglos erscheinenden Situation Gesprächskanäle zu erhalten, Brücken zwischen den verschiedenen Akteuren zu bauen und eine weitere Eskalation zu verhindern. Wir fordern:

- **Das sofortige Ende der Gewalt**: Die Bombardierung von Aleppo muss sofort aufhören. Alle Kriegsparteien müssen die Kämpfe einstellen. Eine Waffenruhe, die zeitlich verlängert werden kann, ist dafür ein erster Schritt. Das Regime und die mit ihm verbündeten Staaten Russland und Iran müssen Luftangriffe und die Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung einstellen. Vor allem Russland muss endlich seinen Einfluss nutzen, um auf das syrische Regime einzuwirken, seine Luftangriffe einzustellen. Auf der anderen Seite muss den radikalislamischen Gruppierungen wie Al Nusra und ihren Verbündeten jede Unterstützung entzogen werden. Jedes weitere Zögern und Nichthandeln verlängert die Gewalt und das Leid der Menschen in Syrien und wird noch mehr Menschen zur Flucht in andere Länder zwingen. Im Zentrum aller Bemühungen muss jetzt stehen, die humanitäre Lage der Menschen in Aleppo schnellstmöglich zu verbessern. Weitere Sanktionen sind in der aktuellen Situation kein geeignetes Instrument, um dieses Ziel zu erreichen, sie tragen vielmehr zu einer weiteren Eskalation bei. Für uns ist klar: Russland trägt in der aktuellen Situation eine große Verantwortung, der es so schnell wie möglich durch konkrete Schritte zu einer Verbesserung der humanitären Lage gerecht werden muss.
- **Humanitäre Hilfe ermöglichen**: Wir erwarten von allen Akteuren, das humanitäre Völkerrecht und die humanitären Prinzipien zu achten. Wir fordern humanitären Zugang auch in die umkämpften Gebiete und die dafür notwendigen Sicherheitsgarantien aller Konfliktparteien. Wir fordern sicheres Geleit für die Zivilbevölkerung, besonders für Frauen und Kinder, die die umkämpften Gebiete verlassen wollen. Unsere Anerkennung und Solidarität gilt den syrischen Weißhelmen, die zu Recht für ihre mutige und wichtige Arbeit unter schwierigsten Bedingungen dieses Jahr den Alternativen Nobelpreis erhalten. Finanzielle und logistische Unterstützung für die Vereinten Nationen und internationale Hilfsorganisationen müssen weiter aufgestockt werden. Deutschland hat seine humanitäre Hilfe bereits massiv erhöht. Wir machen uns dafür stark, dass auch die internationale Gemeinschaft ihrer Verantwortung gerecht wird.
- **Politische Gespräche fortsetzen**: Der Krieg in Syrien kann nicht militärisch gelöst werden, sondern nur politisch. Die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitglieder des VN-Sicherheitsrats müssen endlich gemeinsam handeln und ihrer Verantwortung für den Frieden gerecht werden. Wir rufen alle regionalen Akteure zur Zurückhaltung auf; sie werden gebraucht,

um den Konflikt zu lösen, statt ihn weiter anzuheizen. Die schwierige Aufgabe des VN-Sondergesandten Staffan de Mistura, zwischen den Parteien zu vermitteln, verdient jede erdenkliche Unterstützung. Deutschland wird weiterhin alles tun, um ihn bei seinen Bemühungen bestmöglich zu unterstützen.

- **Kriegsverbrechen ahnden**: Angriffe auf die Zivilbevölkerung, der Einsatz von Fassbomben in bewohntem Gebiet und die Anwendung von chemischen Kampfstoffen sind Kriegsverbrechen. Sie müssen geahndet und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist die Aufgabe des Internationalen Strafgerichtshofs.

Wir erheben unsere Stimme für ein Ende der Gewalt in Syrien, für den Schutz und die humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung und für die Hoffnung auf den Frieden.

BESCHLUSS: WIR SCHREIBEN DEUTSCHLANDS ZUKUNFT. DIE KRÄFTE DES LANDES BÜNDELN, ORIENTIERUNG GEBEN, VERTRAUEN SCHAFFEN.

PRÄSIDIUM, 30.10.2016

Viele Menschen fragen sich, wie es mit unserem Land weitergehen wird. Nicht zuletzt der Ausgang der nächsten Bundestagswahl wird über den weiteren Weg Deutschlands entscheiden. Wir laden alle ein, mit uns gemeinsam über die Zukunft unseres Landes zu diskutieren. Deutschland ist ein starkes Land: wirtschaftlich erfolgreich, sozial sicher und ökologisch nachhaltig. Natürlich gibt es auch bei uns ungelöste Probleme und soziale Ungerechtigkeiten. Aber die können wir lösen, weil unser Land auf einem großartigen Fundament gebaut ist. Dieses Fundament haben unsere Großeltern aus Trümmern errichtet. Unsere Eltern haben darauf ein Haus gebaut, das während vieler Krisen Sicherheit und Geborgenheit gegeben hat. Auf diese Leistungen können alle stolz sein. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass auch unsere Kinder und Enkel in diesem Haus gut leben können.

Dafür müssen wir jetzt etwas tun. Dazu gehört, dass in unserem Land der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder stärker wird und der Respekt und der anständige Umgang untereinander nicht durch die politische Radikalisierung verloren gehen. Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland sicher leben können. Dass wir wirtschaftlich erfolgreich bleiben, damit wir die soziale Sicherheit für alle erhalten und ausbauen können. Und wir wollen ein Land der guten Nachbarn sein. Im Innern und nach außen, wie es Willy Brandt einmal formuliert hat.

Für die SPD ist die Zukunft ein Versprechen auf ein besseres Leben. Und die SPD hat in dieser Wahlperiode bewiesen: Wir halten unsere Versprechen. Wir haben den Mindestlohn und bessere Renten durchgesetzt. In Kindertagesstätten und Schulen investiert. Den gleichen Lohn bei gleicher Arbeit für Frauen und Männer vorangebracht. Eine Geschlechterquote für Aufsichtsräte, Vorstände und oberste Management-Ebenen eingeführt. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus verdreifacht. Städte und Gemeinden finanziell entlastet. Mehr Polizisten eingestellt. Und wir haben dazu beigetragen, dass mehr Menschen in Deutschland Arbeit haben als jemals zuvor. Das ist unsere sozialdemokratische Handschrift.

Und wir wollen mehr erreichen. Denn auch der Zustand Europas und der Welt bestimmt unser Leben in Deutschland. Deshalb haben wir ein eigenes Interesse an sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlichem Fortschritt und politischer Stabilität. Nicht nur in unserem Land, sondern in allen Teilen der Welt. In den letzten 30 Jahren sind immer mehr die wirtschaftlichen Interessen in den Mittelpunkt der Politik geraten und haben vieles andere verdrängt, was für den Zusammenhalt der Gesellschaft wichtig ist. Bildung, Kultur und ein solidarisches Zusammenleben wurden einer abstrakten ökonomischen Nützlichkeit und Verwertbarkeit untergeordnet. Aus dem Menschen wurde das Humankapital. Aus individueller Freiheit wurde der Egoismus des Stärkeren.

Wir sind sicher: Eine solche Gesellschaft verliert ihre Bindungen. Die SPD will den Maßstab wieder verändern: Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen. Und für das Zusammenleben wollen wir faire und gerechte Regeln, national wie international. Die internationale Finanzwirtschaft muss Regeln unterworfen werden. Die Risiken müssen dort getragen werden, wo der Profit hingeht. Unternehmen müssen dort ihre Steuern zahlen, wo sie angesiedelt sind und Infrastruktur in Anspruch nehmen. Das Steuersystem muss insgesamt so gestaltet sein, dass jedes Unternehmen und jede Privatperson ihren fairen Anteil zur Finanzierung des Gemeinwesens beiträgt.

Die Welt verändert sich und viele Menschen spüren das. Und wir wollen, dass dieser Wandel so gestaltet wird, dass die Menschen dabei nicht unter die Räder geraten. Digitalisierung und Globalisierung beinhalten Chancen, nicht nur Unsicherheiten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Zukunft gestalten, Regeln der Globalisierung und Digitalisierung bestimmen und alle dabei mitnehmen.

Die Sozialdemokratische Partei war und ist von der Vorstellung geprägt, dass sich mit demokratischer Politik eine gute Zukunft erreichen lässt. Im Interesse jeder und jedes Einzelnen. Jeder Mensch verdient Unterstützung dabei, sein Leben nach eigenen Vorstellungen führen zu können. Und wer schwierigere Ausgangsbedingungen hat, verdient mehr Unterstützung als andere. Die Kräfte der Gesellschaft bündeln, Orientierung geben, Chancen für alle schaffen und Vertrauen stärken – so packen wir die Herausforderungen unserer Zeit an. Unser Respekt gilt allen, die unsere Gesellschaft und unseren Staat zusammenhalten.

Unsere Politik fördert diesen Zusammenhalt. Populisten begegnen wir mit der Stimme der Vernunft.

Politik braucht Haltung, wenn sie Orientierung geben und Vertrauen gewinnen will. Die SPD hat in ihrer 153-jährigen Geschichte immer wieder Haltung bewiesen – gerade in schwierigen Zeiten. Auch heute ist Haltung gefragt, um mit Zuversicht unsere Zeit gerecht, frei und solidarisch zu gestalten:

FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT SORGEN
ZEIT FÜR VERNUNFT UND RESPEKT IN UNSERER GESELLSCHAFT.

Eine in Deutschland lange nicht gekannte Kultur von Respektlosigkeit, Pöbelei, Einschüchterung, Radikalität und Gewaltbereitschaft hat sich ausgebreitet und stellt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft in Frage. Rechtspopulisten und Rechtsradikale greifen die Weltoffenheit und Liberalität unseres Landes an. Die SPD verteidigt Demokratie, Freiheit und Vielfalt in unserem Land unmissverständlich gegen alle Verrohungstendenzen – gemeinsam mit allen anderen Demokraten. Die Repräsentanten unseres demokratischen Staates – angefangen von Lehrerinnen und Lehrern über Polizistinnen und Polizisten bis hin zu Rettungskräften – erhalten dabei unsere besondere Unterstützung.

1. Zeit für ein gerechtes Steuersystem, das Familien entlastet.
Wir brauchen keine Steuersenkungen mit der „Gießkanne“ für alle. Sondern Entlastungen für die, die es nötig haben: Familien, Alleinerziehende und Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen. Und besonders hohe Einkommen und Vermögen müssen mehr zum Allgemeinwohl beitragen.

2. Zeit für gute Bildung.
Bildung ist die wichtigste Investition in unsere Zukunft. Wir sind stolz, dass wir eine Grundgesetzänderung durchgesetzt haben und

der Bund die Länder endlich bei der Bildung besser finanziell unterstützen kann. Wir werden bis 2021 die Schulen sanieren und modernisieren, ein verlässliches Ganztagsangebot verwirklichen und den flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit gewährleisten. Wir fangen in den Stadtteilen an, in denen es die Menschen am schwersten haben. Und für uns ist klar: Bildung muss gebührenfrei sein - von der Kita bis zur Hochschule.

3. Zeit für den Kampf gegen Kinderarmut.
In einem so reichen Land wie unserem darf es keine Kinderarmut geben. Weil Kinderarmut immer auch Elternarmut ist, werden wir die Steuern und Abgaben für Familien und Alleinerziehende senken. Zudem wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld einführen. Dafür wollen wir das Kindergeld mit dem Kinderzuschlag zusammenführen.
Wir werden Krippen, Kitas, Horte und Ganztagsschulen ausbauen und den Unterhaltsvorschuss weiter verbessern. Wir wollen, dass alle Kinder in materieller Sicherheit aufwachsen.

4. Zeit für sichere und gute Arbeit.
Wir wollen für mehr gute und sichere Arbeit sorgen. Arbeitsverträge sollen nur in Ausnahmefällen vom Arbeitgeber befristet werden können. Schließlich brauchen gerade junge Menschen eine verlässliche Perspektive, wenn sie eine Familie gründen wollen. Zu guter Arbeit gehört auch, flexible Arbeitszeiten zu ermöglichen, statt dauerhafter Verfügbarkeit. Die Digitalisierung bietet dafür neue Chancen. Diese wollen wir nutzen, die Arbeitnehmer aber gleichzeitig vor digitalem Dauerstress schützen. Für die immer noch zu vielen Langzeitarbeitslosen wollen wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor schaffen und so Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Wir wollen das „Fördern“ in der Arbeitsmarktpolitik verstärken und damit mehr Sicherheit bei Arbeitslosigkeit und den Veränderungen durch Industrie 4.0 schaffen.

5. Zeit für eine Bürgerversicherung und gute Pflege.
Eine gute medizinische Versorgung steht jedem Menschen zu. Wir sorgen dafür, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder den gleichen Anteil an den Kosten der Krankenversicherung tragen. Deswegen wollen wir eine paritätische Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und durch die alle die gleiche gute Versorgung bekommen.
Wir freuen uns, dass immer mehr Menschen länger leben und länger fit bleiben. Dennoch wird die Zahl der Pflegebedürftigen deutlich steigen. Gute Pflege ist ein Grundrecht. Die gleiche Sorgfalt und Energie, die wir auf die ersten Jahre unserer Kinder verwenden, müssen wir auch für die letzten Jahre unserer Älteren aufbringen. Die Männer und Frauen in den Pflegeberufen verdienen Anerkennung und eine bessere Bezahlung.

6. Zeit für eine gerechte Rente und soziale Sicherheit im Alter.
Die gesetzliche Rentenversicherung steht gegenwärtig gut da. Darauf können wir aufbauen. Wir wollen das Rentenniveau stabilisieren und die Rente zukunftsfest machen. Wir wollen die Erwerbsminderungsrentner besser stellen. Und eine Mindestrente einführen für Menschen, die über vier Jahrzehnte lang Vollzeit gearbeitet haben. Bisher nicht versicherte Erwerbstätige wie Solo-Selbstständige wollen wir besser absichern.

7. Zeit für bezahlbaren Wohnraum.
Lebenswerte Städte müssen sich alle Menschen leisten können. Wir werden den Bau von bezahlbaren Wohnungen mit einer neuen Offensive für den sozialen Wohnungsbau voranbringen. Wir wollen sicherstellen, dass Normalverdiener sich Wohneigentum leisten können. Wir werden das erfolgreiche Modell der Genossenschaften mit neuem Leben erfüllen. Die Rechte der Mieter werden wir durch eine Präzisierung der Mietpreisbremse und die Begrenzung der Modernisierungsumlage stärken.

GUTES LEBEN IN EINER FORTSCHRITTLICHEN GESELLSCHAFT

8. Zeit für Investitionen in unsere Zukunft: Der SPD-Deutschlandplan.
Mit einem neuen Deutschlandplan werden wir in unsere Zukunft investieren und unser Land auf diese Weise „enkelfähig“ machen: Wir investieren in schnelle Glasfaserverbindungen, die überall in Deutschland die digitale Zukunft sichern. In die Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Und auch in die klassische Infrastruktur von Verkehrswegen und Versorgung.

9. Zeit für Familien.
Kinder brauchen Zeit mit ihren Eltern, Familien brauchen Zeit füreinander. Gut im Job zu sein und genug Zeit für die Kinder zu haben, ist für Millionen Familien immer noch ein täglicher Kampf. Das gilt unabhängig davon, ob ein oder zwei Elternteile im Haus leben. Mit dem Familiengeld wollen wir den Eltern die Flexibilität im Job geben, um Familie und Beruf zu vereinbaren.

10. Zeit für Gleichberechtigung von Frauen und Männern – auch beim Lohn.
Wir sind stolz, dass wir gegen heftigen Widerstand mehr Gerechtigkeit für Frauen erreicht haben. Wir haben mit dem Gesetz für Lohngerechtigkeit dafür gesorgt, dass endlich Transparenz in den Betrieben hergestellt wird. Frauen haben jetzt eine Chance zu erfahren, ob sie gegenüber männlichen Kollegen benachteiligt werden. Wir wollen weitere Schritte gehen, um die Lohnlücke zu schließen. So werden wir klassische „Frauenberufe“ wie Erzieherinnen oder Altenpflegerinnen aufwerten und das Schulgeld abschaffen. Wer einen sozialen Beruf ergreift, soll dafür entlohnt werden und nicht dafür bezahlen.

11. Zeit für Gleichberechtigung in einer fortschrittlichen Gesellschaft.
Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland die gleichen Rechte haben und gerecht behandelt werden. Unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, Herkunft oder Behinderung. Wir wollen die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare öffnen. Das schließt das Adoptionsrecht ausdrücklich mit ein. Für uns ist Familie dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen.

12. Zeit für Regeln zur Einwanderung.
Wer vor Krieg und Terror flieht, wird auch weiterhin in Deutschland Schutz finden. Zugleich müssen wir die Konzepte, mit denen wir Migration nach Deutschland und Europa besser steuern können, endlich durchsetzen. Wir wollen klare Regeln für die Zuwanderung nach Deutschland schaffen. Für uns ist klar: Zuwanderung braucht Kontrolle und Integration braucht Überzeugung. Ein modernes Einwanderungsgesetz beschreibt damit auch, wie wir Integration fördern und welche Anforderungen die Gesellschaft stellt.

13. Zeit für Lebensqualität auf dem Land.
Die meisten Menschen in Deutschland wohnen nicht in Metropolen, sondern in kleineren Städten und Dörfern. Wir wollen, dass die Menschen auch außerhalb der Ballungszentren gut leben und arbeiten können. Deshalb sorgen wir zusammen mit den Ländern für gute medizinische und pflegerische Versorgung, neue Mobilitätsangebote und gut erreichbare Schulen. Die Digitalisierung ist eine Chance gerade für den ländlichen Raum. Mit einem flächendeckenden Gigabit-Netz haben Unternehmen, Handwerksbetriebe und freie Berufe überall Perspektiven. So können Menschen aus einem lebenswerten, sozial gefestigten und schönen Umfeld heraus erfolgreich arbeiten.

14. Zeit für die Zukunftssicherung der Arbeitsplätze.
Die erneuerbaren Energien, Klimaschutz und der Umstieg auf Elektromobilität sind wichtig und unverzichtbar. Umwelt- und Energietechnologien „Made in Germany“ haben hunderttausende neue Arbeitsplätze geschaffen. Genauso werden wir die klassischen Industriebranchen und das Handwerk sichern und fördern. Diese gilt es gegen Dumping-Methoden in einem unfairen internationalen Wettbewerb zu verteidigen. Die SPD sorgt dafür, dass Deutschland ein starker Standort für industrielle Produktion bleibt.

15. Zeit für die Umwelt und Nachhaltigkeit.
Umweltschutz ist kein Luxus, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Unsere Natur, unsere Ressourcen und unser Klima

wollen wir schützen. Die Zeiten sind vorbei, in denen man geglaubt hat, dass Wirtschaft, Umweltschutz und Nachhaltigkeit Gegensätze sind. In der Landwirtschaft und der Produktion und beim Klimaschutz betrachten wir ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungen zusammen.

FRIEDEN UND SICHERHEIT IN DEUTSCHLAND UND DER WELT

16. Zeit für globale Gerechtigkeit.
Für Milliarden Menschen hat sich in den letzten Jahrzehnten das Leben verbessert. Und doch leiden immer noch viele Millionen an Hunger und Armut. Kriege, Diktaturen und Umweltkatastrophen bedrohen ihre Lebensperspektiven. Dies sind die Hauptursachen für Flucht. Das Ziel der Globalisierung muss Gerechtigkeit für alle und nicht Reichtum für wenige sein. Deshalb wollen wir besonders in den Ländern Afrikas eine Politik unterstützen, die für Stabilität, Entwicklung und Perspektiven sorgt. Das bedeutet an erster Stelle: aktive Friedenspolitik in den Regionen um Europa und bessere wirtschaftliche Perspektiven in den Krisengebieten.

17. Zeit für mehr Sicherheit.
Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt. Dennoch machen Alltagskriminalität wie Einbrüche und Diebstähle sowie Terrorgefahr den Menschen Sorge. Unsere Antwort darauf ist die deutliche Verstärkung des wehrhaften Rechtsstaats. Wir wollen mindestens 6.000 zusätzliche Bundespolizeikräfte, von denen wir 3.000 schon durchgesetzt haben. Außerdem brauchen wir eine moderne Ausstattung für die Sicherheitsbehörden und eine leistungsfähige Justiz. Auch jeder Fall von Alltagskriminalität muss verfolgt werden.

18. Zeit für Frieden. Eine neue Abrüstungsinitiative in Europa.
Wir arbeiten für den Frieden. Kaum eine Partei hat sich über Jahrzehnte hinweg international so sehr für Abrüstung eingesetzt wie die SPD. Wir setzen auf politischen Ausgleich, Krisenprävention und Stabilisierung. Nicht Konfrontation und neue Aufrüstungsspiralen sichern unseren Frieden, sondern Entspannung, Zusammenarbeit, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Wir wissen: Nachhaltige Sicherheit ist nur durch Dialog und Kooperation möglich. Wir treten für eine starke Bundeswehr und die militärische Partnerschaft in der EU und der NATO ein. Aber wir werden auch eine neue europäische Abrüstungsinitiative und einen Neustart in der Rüstungskontrolle erreichen.

19. Zeit für faire Regeln in einem freien und solidarischen Europa.
Nirgendwo in der Welt ist das Leben friedlicher, sicherer und demokratischer als auf dem europäischen Kontinent. Die SPD steht für einen neuen Gemeinschaftsgeist und einen Aufbruch für Europa. Dem Vormarsch autoritärer politischer Antworten und Regime setzen wir unsere europäische Antwort von Freiheit und Solidarität entgegen. Die EU braucht eine Erneuerung: für die konsequente Bekämpfung des Steuerdumping und gegen Steuerhinterziehung. Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Und einen fairen Wettbewerb um Aufträge und Arbeitsplätze und gegen den Sozialmissbrauch. Eine Zusammenarbeit in einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ist nur mit einem klaren und uneingeschränkten Bekenntnis zur Europäischen Union denkbar.

RESOLUTION FÜR EIN MODERNES STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT

PARTEIVORSTAND, 12.12.2016

In seiner Sitzung am 12. Dezember hat der SPD-Parteivorstand folgenden Beschluss gefasst:
Deutschland ist ein starkes, freies und weltoffenes Land. Viele Menschen haben hier ihre zweite Heimat gefunden. Mit ihrer Arbeit und ihrem Einsatz haben Einwanderinnen und Einwanderer wesentlich zu unserem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstand beigetragen. Oft haben sie hart in Stahlwerken, im Straßenbau oder in der Schwerindustrie geschuftet. Ihre Kinder und Enkel sind in Deutschland geboren. Wir sind Nachbarn, Kollegen, Mitschüler und Sportskameraden.
Wir wollen, dass diese Kinder mit ihrer Geburt auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten – und behalten. Die Abschaffung der sogenannten Optionspflicht war, ist und bleibt ein überfälliger Schritt: Wer in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, der soll als junger Erwachsener nicht wieder zum Ausländer gemacht werden. Genau das untergräbt das Zugehörigkeitsgefühl zu unserem Land. Genau das befördert die einseitige Reduzierung auf die Herkunft.
Wir wissen um die weitreichenden Wurzeln – mehr als jeder Fünfte in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Wir wissen um ihre vielschichtige Identität, die von Deutschland bestimmt und oft durch ihre Herkunft geprägt ist. Deshalb darf Heimat nicht wieder gegen Herkunft ausgespielt werden. Nicht zwei Pässe verursachen Loyalitätskonflikte, sondern das Aberkennen von Teilen der eigenen Identität durch deutschtümelnde Wirtshausparolen.
Eine moderne Gesellschaft braucht eine moderne Gesellschaftspolitik. Hierfür haben wir im Jahr 2000 mit dem rot-grünen Staatsangehörigkeitsrecht die nötigen Weichen gestellt. Diesen Paradigmenwechsel verteidigen wir gegen eine ignorante und rückwärtsgerichtete Politik. Wir werden unseren Weg konsequent weitergehen, indem wir Gemeinsames betonen und Trennendes überwinden.
„Es gibt ein neues deutsches „Wir", das ist die Einheit der Verschiedenen", erklärte Bundespräsident Joachim Gauck. Hierfür ist ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht eine notwendige Voraussetzung. Ein Recht, das nicht der Verhinderung dient, sondern einladend dem Bekenntnis zu unserem Land – mit allem was dazu gehört.
Deswegen sagen wir Ja zu einem modernen Staatsangehörigkeitsrecht in Deutschland!